

GRIGORE GAFENCU

EHEMALIGER RUMÄNISCHER AUSSENMINISTER UND GESANDTER RUMÄNIENS

IN MOSKAU

VORSPIEL
ZUM
KRIEG IM OSTEN

*Vom Moskauer Abkommen (21. August 1939) bis zum Ausbruch
der Feindseligkeiten in Russland (22. Juni 1941)*

DREI ORIENTIERUNGSKARTEN IM ANHANG



VERLAG AMSTUTZ, HERDEG & CO., ZÜRICH

Verlagsnummer 53

COPYRIGHT 1944 BY VERLAG AMSTUTZ, HERDEG & CO.

ZÜRICH, NÜSCHELERSTRASSE 45

Alle Rechte vorbehalten. Auch teilweiser Abdruck nur mit schriftlicher

Genehmigung des Verlages gestattet

Gedruckt bei C.J. Bucher AG., Luzern

Printed in Switzerland Hergestellt in der Schweiz

Eingescannt mit OCR-Software [ABBYY Fine Reader](#)

*Ich widme meiner Frau
dieses Buch
das wir gemeinsam erlebt haben*

Die Einleitung zu diesem Werk wurde im Januar **1942** geschrieben. Der erste Teil wurde im April **1942** abgeschlossen; der zweite Teil ebenso wie die Schlussfolgerungen stammen aus dem Dezember **1942**. Das Vorwort endlich wurde für die französische Ausgabe im Mai **1943** und für die deutsche Ausgabe im Juli **1944** abgefasst.

VORWORT ZUR DEUTSCHEN AUSGABE

Dieses Werk war schon abgeschlossen, als die deutschen Armeen vor Stalingrad erschienen. Heute haben die Russen Minsk und Wilna zurückgenommen.

Die Zeit hat manche meiner Beobachtungen bestätigt: der russische Widerstand hat wie im Jahre 1812 den wesentlichsten Einfluss auf die Ereignisse gehabt; er hat den Elan des Angreifers gebrochen, die Lage der Alliierten entscheidend verbessert und das Gleichgewicht der Kräfte wiederhergestellt. Er kann in naher Zukunft das Schicksal des Krieges entscheiden.

Indessen stellt uns die ununterbrochene Reihe der militärischen Erfolge Sowjetrusslands vor ein anderes Problem als jenes, das unsere Aufmerksamkeit anzog, als die Truppen der Wehrmacht tief in das Innere Russlands eindrangen. Die Lehren, die uns das Vorspiel zum Krieg im Osten liefert, müssen sich heute auf andere Fakten beziehen als die, welche noch gestern im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses standen; und sie sollen dazu beitragen, eine neue Situation zu erklären und aufzuhellen.

In den nun schon so fernen Tagen, als die Deutschen die Flüsse der Ukraine überschritten und vor Stalingrad kämpften, war das wesentliche Problem, das alle anderen an Bedeutung übertraf, das Schicksal der Sowjetunion. Man fragte

sich damals, ob Russland standhalten werde; ob es dem furchtbaren Ansturm des Angreifers widerstehen könnte oder ob es zusammenbrechen und mit seiner Niederlage den Ausgang eines Krieges bestimmen werde, dessen höchster Einsatz die Beherrschung Europas und vielleicht die Weltherrschaft war. Der Gedanke der Freiheit schien damals mit dem Widerstand Sowjetrusslands verknüpft.

Seitdem haben die Sowjetarmeen den verlorenen Boden restlos zurückgewonnen; der Krieg im Osten hat sich mehr und mehr nach Westen verlagert; das Problem des russischen Widerstandes stellt sich nicht mehr.

Heute erhebt sich eine andere Frage. Auch sie bezieht sich auf den Gedanken der Freiheit. Es ist das Problem des europäischen Friedens, von dem Ordnung und Zukunft eines Kontinents abhängen, der durch seine Kleinheit und durch seine ethnische Zusammensetzung für immer gezwungen ist, sich dem Gesetz der Begrenzung, des Gleichgewichts und der Mannigfaltigkeit zu unterwerfen.

Stellen wir zunächst einige Tatsachen fest. Der Krieg im Osten hat nicht nur die militärische Macht Russlands offenbart, sondern auch in weitem Masse dazu beigetragen, den Sowjetstaat zu konsolidieren. Während die national-sozialistische «Revolution» in ihren tragischen Stunden sich bemüht, das Regime stärker zu machen, und die Bereiche des Volkes und des Staates opfert, vermochte die Sowjetunion die Bande zwischen den so verschiedenen Völkern, aus denen sie sich zusammensetzt, enger zu knüpfen und die Idee des Vaterlandes zu erweitern. So sehen wir, wie in Deutschland die herrschende Partei alles an sich reisst, als ob sie hoffte, den Staat überleben zu können, indem sie sich an seine Stelle setzt. Währenddessen geht in Russland das Regime ganz natürlich im Staate auf und sucht seine feierliche Bestätigung in nationalem Massstabe.

Diese in entgegengesetzter Richtung vor sich gehende Entwicklung zweier Revolutionen erklärt sich nicht allein durch die Ereignisse, die sich an der Front vollziehen. Eine tiefere Ursache lässt die beiden Regime gegenüber der letzten

ERSTES VORWORT

Prüfung verschieden reagieren: es gibt da so etwas wie die Wirkung einer geheimnisvollen Gnade, aus der allein Russland Kraft zu ziehen scheint. Denn die Sowjetrevolution hat das Volk berührt: sie hat es auf ihre Seite gezogen. Indem sie den Rahmen des Marxismus sprengte, hat sie sich in die Breite und in die Tiefe entwickelt. So hat sie es verstanden, dem Volke ein Gefühl der «Befreiung» zu geben – trotz dem Fortbestehen des autoritären Regimes. Und dieses Gefühl findet ein ganz natürliches Mittel der Bestätigung im Verlauf des Verteidigungskrieges, der der Sowjetunion aufgezwungen worden ist. Der Krieg war sozusagen der Abschluss einer Klärung der revolutionären Epoche. Der Gedanke der «Befreiung» ist zum Boden, zum Staat und zum Vaterland in Beziehung getreten. Aus einer internationalen Lehre hervorgegangen, hat die Revolution ihre höchste Verwirklichung auf nationaler Ebene gefunden. Das Vaterland hat die Revolution aufgesogen.

In den moralischen Kräften, welche die ergreifende Wiederaufrichtung Russlands bestimmt haben, möchten wir die Garantie für die Versicherungen finden, die die Sowjetregierung den Nachbarvölkern gibt, denen sie verspricht, ihre nationale Unabhängigkeit, ihre ethnischen Grenzen und ihre staatliche Souveränität zu respektieren.

Diese Zusicherungen entsprechen den europäischen Notwendigkeiten. Sie gliedern sich in die einheitliche Ordnung ein, deren Verwirklichung die Vereinten Nationen versprochen haben.

Welches sind die besten Voraussetzungen, um die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu sichern?

Russland ist im Begriff, seinen Platz in der vordersten Reihe der Weltmächte einzunehmen, die in naher Zukunft die Aufgabe haben können, die Wiederherstellung und die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Welt zu leiten. Diese Sendung, die vollkommen Russlands Gefühl für Grösse, seinem Wunsch nach

KRIEG IM OSTEN

Sicherheit und seinem Bedürfnis der Wiederaufrichtung des russischen Reiches entspricht, erfordert nicht nur eine reibungslose Zusammenarbeit, sondern auch ein gefestigtes Gleichgewicht zwischen den führenden Mächten. Das Prinzip des Gleichgewichts scheint den Frieden von morgen bestimmen zu müssen, nachdem der Krieg aus den Hegemonietendenzen hervorgegangen ist.

Die Geschichte lehrt uns, dass die Russen und die Engländer im Allgemeinen bestrebt waren, ihre Kräfte mit friedlichen Mitteln im Gleichgewicht zu halten. Der Wiener Kongress und die europäischen Konferenzen, die ihm im Laufe des vergangenen Jahrhunderts folgten, bezeugen die Anstrengungen beider Seiten, die Ziele des britischen Empire und die Bestrebungen Russlands miteinander zu versöhnen; diese Bemühungen haben mehr als alles andere dazu beigetragen, gewisse europäische Grenzen festzulegen und dem alten Kontinent lange Friedensperioden zu sichern.

Auch morgen kann der Frieden Europas von der Art abhängen, in der Russen und Engländer (letztere repräsentieren gegenüber Europa die Interessen einer angelsächsischen Welt, die durch die Unterstützung der Vereinigten Staaten grösser geworden ist) ihre politischen Bestrebungen in Einklang zu bringen verstehen werden. Das Bewusstsein, welches die beiden Reiche von Problemen haben werden, die schon mehr als einmal ihre Aussenministerien beschäftigt haben; die Kraft, über die sie verfügen werden, um ihre Politik zu stützen; schliesslich das Wissen um ihre internationale Sendung, die sie verpflichtet, über die Befriedigung ihrer Sonderinteressen hinaus an die Verwirklichung einer allgemeinen Ordnung zu denken: all diese Faktoren werden Wert und Dauer des Friedens bestimmen.

In diesem Werk habe ich die Gründe auseinandergesetzt, aus denen heraus ich nicht glaube, dass eine Teilung der Welt – oder eines Kontinents – in Einflusszonen zwischen Grossmächten geeignet sein könnte, einen dauernden Frieden zu sichern.

ERSTES VORWORT

Im Gegensatz dazu kann ein Abkommen, das eine einheitliche Ordnung erstrebt wie die, welche die Führer der Vereinten Nationen verwirklichen zu wollen versichern (kategorische Erklärungen in diesem Sinne sind in London, in Washington und in Moskau abgegeben worden), die Elemente enthalten, die für die Errichtung eines friedlichen Übereinkommens notwendig sind. Im Schoße eines solchen Übereinkommens finden entgegengesetzte Tendenzen ihre Aussöhnung: nicht auf Kosten Dritter, sondern auf Grund von Rechtsprinzipien, die Ausschreitungen verhindern und jedem bestimmte Grenzen auferlegen. Das ist die Rückkehr zum Völkerrecht, welches das Gleichgewicht der grossen Staaten und die Existenz der kleinen sichert – eine Rückkehr, die unerlässlich ist, um eine Epoche kriegerischer Verwirrungen zu überwinden, die durch den Missbrauch der Gewalt, durch eine Politik der Teilung und durch Hegemoniebestrebungen verursacht wurden.

Und das ist zugleich die Rückkehr zu Europa. Das Gleichgewicht zwischen Angelsachsen und Russen erfordert eine Rechtsordnung, und diese Ordnung schliesst die Freibeiten Europas in sich. Das bedeutet, dass die Ordnung, welche für die Entwicklung eines friedlichen Übereinkommens zwischen den Westmächten und der Sowjetunion notwendig ist, den Völkern des alten Kontinents die Möglichkeit bietet, sich nach den grausamen Prüfungen, die ihnen auf erlegt wurden, wiederaufzurichten und ihr Dasein nach Grundsätzen zu sichern, die ihrer gemeinsamen Kultur entsprechen. Von der Weisheit dieser Völker wird es abhängen, dass der Idee Europas von neuem Inhalt und genauer Sinn gegeben werde. Die Uneinigkeit Europas hat zum Umsturz der Welt geführt; der Krieg hat mit seiner Ausbreitung die alten Kräfteverhältnisse zwischen den Erdteilen umgeworfen; nachdem Europa die schwerste Verantwortung auf sich geladen hat, läuft es jetzt Gefahr, die schlimmsten Folgen zu erdulden. Die Rettung des alten Erdteils hängt nunmehr von der Anstrengung ab, die er im Dienste des Friedens

zu machen in der Lage sein wird. In einer Welt, in der riesige Reiche immer gewaltigere Kräfte aufhäufen, ist die Grösse, nach der Europa noch streben kann, an die Verwirklichung einer friedlichen Ordnung gebunden, die den Willen und die Mannigfaltigkeit der einzelnen Länder respektiert, aber entschlossen zu einer höheren Einheit strebt.

Die Rolle, die unter den gegenwärtigen Umständen den Staaten zufällt, die im Osten an die beiden Grossmächte angrenzen, ist ganz besonders ernst. Diese Länder liegen in einem Gebiet, in dem der Begriff des Gleichgewichts eine Bedeutung hat, die mit der Gesamtheit der europäischen Probleme zusammenhängt; durch Umstände, die stärker waren als ihr Wille, wurden sie in den Sturm des Krieges mit hineingerissen. In dem Augenblicke, in dem diese Länder – ich denke vor allem an Rumänien – in den Krieg eintraten, war ihre Verantwortlichkeit sehr verringert, denn es bestand in Europa keine Ordnung mehr, noch irgendein Gefühl der Sicherheit oder der kollektiven Solidarität. Aber die Verantwortlichkeit dieser östlichen Grenzstaaten wird von Neuem angerufen sein, sobald die Umstände der Wiederherstellung einer europäischen Rechtsordnung günstig erscheinen. Es ist von ganzem Herzen zu wünschen, dass sie den Mut, die Kraft und die Möglichkeit finden, sich von Neuem in freier Weise ihrer friedlichen Sendung zu widmen.

* * *

Am Schluss dieses neuen Vorworts möchte ich aufs Herzlichste der Öffentlichkeit und der Presse der Schweiz für die wohlwollende Aufnahme danken, die sie diesem Buch bereitet haben. Die Würdigungen, die mich am meisten berührten, beziehen sich auf die Aufrichtigkeit und Unparteilichkeit meines Werkes. Wenn ich diese Eigenschaften wirklich besitze, so verdanke ich sie zum grossen Teil

ERSTES VORWORT

einer Erziehung, die in Glarisegg begann und in Genf vollendet wurde: eine Erziehung, die mich gelehrt hat, die verschiedensten Völker zu verstehen, sie unbefangen beurteilen, an die Möglichkeit ihrer Verständigung zu glauben – und die Freiheit zu lieben.

Genf, den 14. Juli 1944.

G. G.

VORWORT

« . . . wenn man ein Geschichtswerk liest, muss man stets an die Zeit denken, in welcher der Verfasser geschrieben hat.»

(VOLTAIRE, Charles XII).

Ich habe lange gezögert, bevor ich dieses Werk der Öffentlichkeit übergab.

Ich bin mir bewusst, wie unzureichend das dokumentarische Material ist, über das ich verfügen konnte: es bestand fast ausschliesslich aus meinen Notizen und meinen persönlichen Papieren. Unter solchen Bedingungen Geschichte zu schreiben ist schwierig.

Indessen ermutigten mich einige Freunde, denen ich Proben gezeigt hatte, sehr nachdrücklich. Wenige Tage vor seinem Tode schrieb mir Guglielmo Ferrero: «Ich glaube, dass Sie die endgültigen Linien dieses bedeutenden Kapitels der Geschichte des Krieges festgelegt haben. Man wird Ihrer Schilderung noch Tatsachen hinzufügen können, die Sie nicht kennen konnten –, aber die wesentlichen Linien werden nicht verändert werden.»

Diese Würdigung berührte mich ganz besonders. Ich schrieb sie der Befriedigung zu, die der grosse Historiker empfand, als er sah, wie ein Zipfel des Schleiers sich hob, welcher die von den verschiedenen Propagandazentralen systematisch entstellten Ereignisse verhüllte. Aber ich blieb bei meiner Ansicht: das Stück Geschichte, welches ich zu schreiben versucht habe, wird erst dann endgültige Gestalt annehmen, wenn man ihm «alle Tatsachen, die ich nicht kennen konnte», hinzuzufügen vermag.

Wenn ich mich trotzdem entschiess, diese Arbeit erscheinen zu lassen, so deshalb, weil ich den Augenblick gekommen glaube, da alle, die auch nur ein kleines Stück der Wahrheit kennen, verpflichtet sind, es der Öffentlichkeit zu-

gänglich zu machen. Der Krieg ist noch nicht beendet; aber sein Ende ist abzusehen. Jenseits der kriegerischen Wirren sucht der Geist schon jetzt die Grundsätze zu entdecken, welche den Frieden regeln werden. Man nimmt wieder seine Zuflucht zum Recht, zur Nationalökonomie, sogar zur Philosophie. Besser als jede andere Wissenschaft vermag die Geschichte, wesentliche Hilfe zu leisten. Man muss die Ursachen der Verwirrung kennen, um zu wissen, wie man sie überwinden kann. Um den Frieden wiederherzustellen, muss man wissen, warum und auf welche Art er gestört wurde.

Ich beabsichtige, hier das Problem des Krieges im Osten zu untersuchen. Ich lege eine Erklärung vor. Diese Erklärung bezieht sich auf Ereignisse, die ich aus nächster Nähe zu verfolgen und kennenzulernen in der Lage war; sie enthält gewisse Gesichtspunkte, die vielleicht morgen dem Werk des Wiederaufbaus dienen können. Möge meine Erklärung in der heutigen Verwirrung, in der sich aus einer noch dunklen Vergangenheit die grossen Linien der Zukunft zu entwickeln suchen, den bescheidenen, aber nützlichen Beitrag eines aufrichtigen Zeugnisses darstellen.

* * *

Um Geschichte zu schreiben, ist es gut, einen zeitlichen Abstand zu halten. Die Jahre, welche uns vom Gegenstand unserer Betrachtungen trennen, erlauben uns, die Ereignisse nach ihrer Bedeutung auszuwählen, sie von überflüssigen Nebenumständen und unwichtigen Einzelheiten loszulösen und sie in den Zusammenhang einzuordnen, der ihren ganzen Sinn enthüllt. Dieser zeitliche Abstand hat mir gefehlt: ich habe mitten im Sturm geschrieben, und die Tatsachen, welche ich festzuhalten bemüht war, wurden unaufhörlich von neuen Ereignissen eingeholt und überholt. Der Plan zu diesem Werk war niedergelegt, bevor der erste Winter (1941/1942) dem russischen Feldzug seine Spuren aufgedrückt hatte; das letzte Kapitel wurde zu der Zeit vollendet, da der zweite Winter meine Schlussfolgerungen bestätigte.

Eine feste und ruhige Überzeugung, die ich von aller Parteilichkeit und Leidenschaft freizubehalten suchte, hat mir die Vorteile ersetzt, welche mir der zeitliche Abstand hätte geben können. Sie hat mir als Führer durch das Labyrinth stürmisch bewegter und widerspruchsvoller Tatsachen gedient; dank ihr glaube ich, das Gesetz erfasst zu haben, welches unabänderlich ist wie ein Schicksal, und vor dem die gewaltigsten Anstrengungen sich schliesslich werden beugen müssen.

VORWORT

Ich könnte diese Überzeugung nicht besser ausdrücken als mit den alten, ewig wahren Worten von Benjamin Constant:

«Es ist ein grosses Übel, wenn die Männer, welche das Schicksal der Erde bestimmen, sich über das täuschen, was möglich ist... Ihr Starrsinn oder, wenn man will, ihr Genie verschafft ihnen Anstrengungen einen vorübergehenden Erfolg; aber da sie mit den Plänen, den Interessen, der ganzen moralischen Existenz ihrer Zeitgenossen in Kampf geraten, so wenden sich diese Widerstandskräfte gegen sie: und nach einer gewissen Zeit, die für ihre Opfer sehr lang, aber geschichtlich betrachtet sehr kurz ist, bleiben von all ihren Unternehmen nur die Verbrechen, die sie begangen, und die Leiden, die sie verursacht haben»¹⁾

Diese Worte haben ewigen Bestand: sie waren 1813 prophetisch und sind es noch heute. Die Einsicht, welche sie vermitteln, festigt das Vertrauen in die Widerstandskräfte, die heute ihre Gegenwirkung ausüben, wie sie es immer getan haben, um zu verhindern, dass der Missbrauch triumphiere und die Masslosigkeit sich verewige.

* * *

Der Frieden ist heute schon deutlicher wahrzunehmen als zu der Zeit, da ich meine Schlussfolgerungen schrieb: es scheint, als könne man sein Herannahen beobachten.

Aber sein Bild wird durch zwei schwere Probleme verdunkelt.

Da ist zuerst das Fragezeichen, welches mehr als je mit der Sowjetunion verbunden ist – mit ihren Plänen, ihrer Zukunft. Wäre ein Sieg, an dem Russland teilhätte, der Sieg der Revolution? Eine geschickte Propaganda bemüht sich, uns davon zu überzeugen: die schon so hart gepriifte europäische Ordnung käme unter den Druck einer Drohung, die um so beunruhigender wäre, da sie vielschichtig und unbestimmt schiene.

Aber das Unbehagen, welches die Furcht vor dem Bolschewismus hervorruft, hat nicht nur eine äussere Ursache; die Gefahr, welche viele fürchten, liegt im Innern jedes Landes. Man fürchtet weniger den Vormarsch der Sowjets als den Abzug der Besatzungstruppen; die Angst, allein unter sich und vor Besorgnis

¹⁾ BENJAMIN CONSTANT: *De l'Esprit de Conquête.*

erregenden Problemen der sozialen wie der nationalen Ordnung zu bleiben, beunruhigt die Gemüter. Solche Gefühle können nur unser klares Denken trüben: die europäische Ordnung hat weder vom Egoismus noch von der Feigheit irgend etwas zu erwarten, und niemals wird fremde Polizei den Frieden im Innern eines Landes wieder herstellen. Jeder wird mutig seine Pflicht erfüllen müssen, die darin besteht, in seiner Heimat – und sei es auch um den Preis schwerer Opfer – eine gerechte Ordnung zu errichten.

Warum will man übrigens dem Siege einen Sinn geben, den er nicht haben muss? Tut man das, so schieene jeder Erfolg der Sowjetarmeen ein Gewinn für die Revolution, und die Furcht, welche daraus erwüchse, wäre der sicherste Schrittmacher des Bolschewismus. Ist es nicht vernünftiger, die Frage unter einem andern Gesichtswinkel zu sehen? Kein Land hat sich mehr als die Sowjetunion unter das harte Gesetz der Arbeit gestellt; nirgends wurden die Sonderinteressen und die Interessen der Klassen – der Arbeiterklasse in erster Linie – stärker dem Allgemeininteresse untergeordnet; der Sinn für Hierarchie und der Respekt vor der Autorität, den die jüngsten Erlasse in der Armee und selbst im Schoß der Familie verstärkten, haben mächtig dazu beigetragen, das Gebäude des Staates zu festigen; die Liebe des Bauern zu seinem Boden, des Soldaten zu seiner Fahne und über all das hinweg die Liebe des Russen zu seinem Vaterland, dessen Bild durch keinen Wechsel getrübt oder entstellt werden konnte, erklären den Wert eines Widerstandes, welcher die Welt in Staunen versetzt hat. Aber diese Tugenden wurden nicht durch das Regime geschaffen; sie haben nichts Revolutionäres an sich; zu allen Zeiten haben Disziplin, Arbeit und Patriotismus die Kraft eines Volkes und die Grösse eines Staates bestimmt. So gibt England ein leuchtendes Beispiel von Grösse und Kraft, ohne von seinen Einrichtungen und Freiheiten das Geringste zu opfern. Das beste Mittel, um die «bolschewistische» Ansteckung zu bekämpfen, ist, die wahre Natur des russischen Phänomens zu erkennen.

Diese Klarstellung schliesst keineswegs die Behauptung in sich, dass Russland keinerlei Gefahr mehr darstelle. Es lebt dort eine Masse von einhundertachtzig Millionen Menschen, die sich ihrer Bedeutung und ihrer Kraft bewusst werden. Eine solche Masse wird immer stärker auf den europäischen Grenzen lasten; diese Grenzen mit Umsicht zu errichten und wirksam zu festigen, ist ein Gebot der elementarsten Vorsicht.

Nichts ist weniger angebracht, als die Probleme des Ostens schlecht unterrichtet

VORWORT

und zögernd in Angriff zuss nehmen; an unbestimmte Demarkationslinien zu denken, von «Einflusszonen» zu sprechen oder andere ebenso ungenaue Ausdrücke zu gebrauchen; schliesslich für den Tag des Friedens Übergangsregelungen vorzubereiten, welche die endgültigen Lösungen hinausschieben – all dies hiesse, eine gefährliche Unordnung verewigen zu wollen. Nur entschlossenes Handeln mit dem Ziel, eine eindeutige Grenze aufzurichten, kann den Frieden im Osten sichern. Europa ist ein sehr kleiner Erdteil; wenn es sich nicht vorsieht, kann es unter dem Gewicht eines gigantischen Reiches zerdrückt werden.

Diese Gefahr hatten die grossen Politiker des vergangenen Jahrhunderts schon zu ihrer Zeit erkannt. Der kluge Metternich hatte keine dringendere Sorge, als, ehe noch die Verbündeten ihren Feldzug gegen Napoleon beendet hatten, auf friedliche Weise alle für das allgemeine Gleichgewicht in Europa wesentlichen Gegengewichte zu festigen.¹⁾

Das russische Problem ist noch heute in seinem Kern ein Problem des Gleichgewichts. Wie zurzeit Metternichs handelt es sich darum, «Gegengewichte zu festigen»¹⁾. Und man darf dies nicht anders als auf friedliche Weise tun: extreme Lösungen wie Eroberung, Aneignung von Lebensraum, Ausrottung ganzer Völkerstämme sind nicht geeignet, eine Ordnung im Osten zu schaffen. Nach finstern Irrtümern wird Europa seiner Bestimmung gemäss zu einer sehr viel abgewogeneren Politik zurückkehren.

Es versteht sich von selbst, dass der Begriff «Europa!», wie er hier verstanden wird, Russland nicht ausschliesst. Indessen geht die Sowjetunion weit über die europäischen Grenzen hinaus: sie erstreckt sich über zwei Erdteile. Je nachdem, ob

¹⁾ Nichts ist für dieses Thema lehrreicher, als im Werk von Gentz («DÉPÊCHES INÉDITES AUX HOSPODARS DE VALACHIE») die Bemühungen der Wiederanpassung zu verfolgen, welche Metternich machte, um den durch den Sturz Napoleons und den Aufstieg Alexanders I. hervorgerufenen Veränderungen in der europäischen Lage zu begegnen. Am 5. Februar 1814, dem Tage der Eröffnung des Kongresses von Châtillon, schrieb Gentz: «Der Plan des Wiener Hofes konnte niemals darin bestehen, lediglich eine Gefahr gegen eine andere einzutauschen und das Übergewicht Frankreichs zu zerstören, um das Russlands vorzubereiten oder zu begünstigen. Fürst Metternich betrachtet heute, und zwar mehr als je, die Pforte als eins der wesentlichsten Gegengewichte im allgemeinen Gleichgewicht Europas . . . Am gleichen Tage hatte Gentz notiert: «Lord Castlereagh ist in vollständiger Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Ansichten des Fürsten Metternich, und die enge Verbundenheit, welche sich zwischen den beiden Ministern herausgebildet hat, unter allen gegenwärtigen und künftigen Beziehungen einer der glücklichsten und beruhigendsten Umstände für die grossen gemeinsamen Interessen Europas.»

KRIEG IM OSTEN

Russland sich im Innern seines ungebeuren Reiches oder in Annäherung an die westliche Kultur zu verwirklichen sucht, steht es im Widerspruch zur europäischen Idee oder gliedert sich ihr ein. Die Wahl liegt bei Russland: seine weiten Räume, seine verschiedenen Völker können es schicksalhaft nach Osten ziehen; die wesentlichen Anlagen seiner führenden Rasse können seine Verbindung mit der Alten Welt aufrechterhalten. Europa seinerseits dürfte nicht ein grosses Land zurückstossen, dessen seelische Energien seinen eigenen Geist ergänzen und dessen Ausdehnung, Gewicht und Masse seine geographische Gestalt vollenden. Russland kann also über seinen Platz auf dem Kontinent verfügen. Aber die Verbindung mit den Ländern des Westens unterliegt einer Bedingung: der Zustimmung zu einer Ordnung, in der die Grenze eine allgemeine Regel und das Gleichgewicht ein Lebensprinzip ist.

* * *

Eine weitere Anstrengung im Sinne einer wirklichen Befriedung zwischen der Sowjetunion und den europäischen Ländern bleibt zu leisten. Diese Anstrengung hängt weder von der Politik noch von der Diplomatie ab: sie bezieht sich auf die Stellung, welche die Sowjetunion innerhalb der menschlichen Gemeinschaft einzunehmen beabsichtigen wird. Bis in unsere Tage trennt eine undurchdringliche Wand Sowjetrussland von der übrigen Welt. Die Völker der Union leben abseits von den andern Völkern; es gibt zwischen ihnen (ausserhalb des engen und starren Rahmens, in welchem sich das internationale Leben der kommunistischen Partei abspielt) kaum eine Möglichkeit, Gedanken und Gefühle auszutauschen; Mysterium und gegenseitiges Nichtwissen trennen sie, und nur die trügerischen Lichter der Propaganda beleuchten manchmal ihre Beziehungen. Hinter diesen chinesischen Mauern ist die Sowjetunion nur allzu geneigt, Befürchtungen, Vorsichtsmassnahmen und Hintergedanken aufrechtzuerhalten. Die Undurchdringlichkeit Russlands viel mehr als sein Bestreben, sich in die Angelegenheiten seiner Nachbarn einzumischen, verewigt ein dumpfes Unbehagen. Vergessen wir es nicht: das Misstrauen des Westens gegenüber Russland hat das Kompromiss von München geboren; das Misstrauen der Sowjetunion gegenüber dem Westen erzeugte das Kompromiss von Moskau; diese wechselseitigen Unfreundlichkeiten und schuldhaften Abmachungen haben ein Drama tiefen gegenseitigen Missverstehens hervorgerufen und damit den Krieg begünstigt, welchen der Westen und

VORWORT

die Sowjetunion gleichermaßen fürchteten. Dieses Drama, dessen erste Opfer die aus den Fugen geratenen Nachbarländer wurden, brachte niemandem Vorteil; das Dritte Reich glaubte, es für sich auszunutzen zu können: es erkennt heute die Gefahren eines solchen Unternehmens.

Wie könnte man morgen den Frieden abschliessen und sichern, ohne zu versuchen, dieses wesentliche Problem zu klären: ist es möglich, die Scheidewand zwischen Russland und der Welt niederzureissen?

Ich erinnere mich daran, was mir Kalinin, der Präsident des Obersten Sowjets der Union, über dieses Thema sagte. Es geschah anlässlich der Überreichung meines Beglaubigungsschreibens, die sich nach dem sehr einfachen Zeremoniell vollzog, das im Kreml üblich ist. Der Präsident richtete einige Begrüssungsworte an mich, auf die ich sehr aufrichtig mit der Versicherung erwiderte, ich hätte den Wunsch, durch meine Arbeit die Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern verbessern und ein gutes Einvernehmen zwischen uns zu schaffen. Das lebendige und witzige Muschikgesicht Kalinins erhellte sich in einem wohlwollenden Lächeln. Ich verstand nicht genügend russisch, um seine Worte zu erfassen, aber während ich seinem Minenspiel, seinem Augenzwinkern und den Bewegungen seiner Finger folgte, mit denen er seinen kleinen Bart strich, ahnte ich eine günstige Antwort. Als der Dolmetscher sprach, musste ich meine Hoffnungen herunterschrauben. Der liebenswürdige alte Mann hatte mir versichert, dass auch er lebhaft eine Besserung unserer Beziehungen wünsche; was ein gerechteres Verstehen zwischen der Sowjetunion und der übrigen Welt beträfe, so sei er nicht mehr jung genug, um solche Illusionen zu teilen . . . Und doch hängt von diesen «Illusionen» und der Möglichkeit, sie am Ende des Krieges zum Leben zu erwecken, der Frieden der Welt ab.

Der Wunsch der Sowjetunion nach Isolierung entsprach dem Hang des russischen Volkes zum Mysterium und noch mehr einem gewissen Puritanismus der Sowjets, welche ihre «bessere Welt», die im Entstehen war, vor jedem fremden Einfluss bewahren wollten, der sie «beschmutzen» und «verderben» könnte. Der neue Staat zog aus dieser Isolierung seine Vorteile: im Innern des gewaltigen geschlossenen Gefässes, das die Sowjetunion darstellte, wirkte die Polizei im Dunkeln, organisierte sich die Armee im Geheimen und übte die Zentralgewalt ohne Kontrolle eine unbegrenzte Autorität aus.

Aber der Krieg, welcher die Widerstandskraft und Festigkeit des neuen Russ-

land auf die Probe stellte, hat auf dem russischen Boden das Blut und die Leiden der verschiedensten Völker, Feinde und Freunde, vermischt. Die undurchdringlichen Mauern sind gefallen, die Sowjetunion wurde in den Sturm hineingerissen. Ihre Interessen widersetzen oder verbinden sich denen der Nachbarreiche. Ihr Schicksal hängt vom Ausgang der allgemeinen Ummwälzung ab. Der Krieg macht keine Unterschiede zwischen den Ländern nach ihren Verfassungen und Grundsätzen. Der Frieden wird es ebenso wenig tun: er wird eine ungeheure Anstrengung gegenseitigen Verstehens erfordern. Wer könnte noch Russland das Recht bestreiten, sich nach seinem eigenen Willen zu organisieren? Wie könnte die Sowjetunion, die vor der Aufgabe eines Wiederaufbaus steht, der ihre letzte Kraft erfordern wird, ihre Möglichkeiten zersplittern und die Ordnung bei ihren Nachbarn zu stören suchen! Kein Frieden wird möglich sein auf der Grundlage der Unduldsamkeit; keine Sicherheit wird es geben, sofern die Unwissenheit Anklagen und Hassgefühle aufrechterhält und die wechselseitige Furcht neue Katastrophen vorbereitet. Russland muss sich in die Welt eingliedern. Es muss unmittelbar und offen am Leben der Kontinente teilnehmen. Über die Unterschiede der politischen Verfassungsformen hinweg müssen sich die Bande der menschlichen Gemeinschaft neu knüpfen können.

Das ist der Wunsch, den alle hegen, die einen wirklichen und dauernden Frieden im Osten ersehnen.

* * *

Ein zweites Problem wirft seinen Schatten auf die Aussichten des künftigen Friedens: das deutsche Problem.

Mehrere Male im Verlauf der neueren Geschichte hat Deutschland bewiesen, dass sein Ehrgeiz hartnäckig und sein «Dynamismus» zäh ist, Selbst wenn ein widriges Geschick es zur Demut zwingt, gibt es seine Pläne niemals auf. Es scheint schwierig, mit Deutschland einen sicheren Frieden zu schliessen.

Wäre Deutschland wirklich «unverbesserlich», so wäre keine europäische Ordnung mehr möglich. Entweder müsste das Reich derart zersstückelt werden, dass es für seine Nachbarn keine Gefahr mehr bilde; doch was würde dann aus dem System der Gegengewichte, die für das allgemeine Gleichgewicht Europas unentbehrlich sind! Oder Deutschland behielte genug Kraft, um an der Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts mitzuwirken, aber wie könnte man den Erdteil vor einer Wiederkehr des deutschen Imperialismus bewahren?

VORWORT

Um diesem Dilemma zu entgehen, wären einige politische Denker bereit, die europäische Idee preiszugeben. Nach ihrer Ansicht ist es sinnlos, noch von einer europäischen Kultur zu sprechen: die Theorien und Glaubenslehren, die sich in der Mitte des Erdteils (in krassem Gegensatz zu den politischen, juristischen und moralischen Auffassungen der westlichen Völker) herausgebildet haben, hätten für immer die gedankliche und gefühlsmässige Einheit in Europa zerschlagen. Wenn man diesen Denkern Glauben schenket, so wären neue Zivilisationen im Anmarsch; der Krieg hätte die Möglichkeiten offenbart, die sich für alle Uferstaaten des Atlantik bieten, rings um den Ozean eine gewaltige Gemeinschaft freier Völker zu bilden; anderseits werde Sowjetrußland den Staaten des Ostens die Vorzüge seiner Erfahrungen und die Vorteile seiner Theorien anbieten; ist es unter diesen Bedingungen nicht geraten, andere Gemeinschaftsformen als die Europas ins Auge zu fassen?

So berechtigt die Sorge erscheint, den Völkern dieses Erdteils das Unglück eines dritten Krieges zu ersparen, so begründet das Interesse für die Entwicklung Russlands und Amerikas ist, so bleibt es doch erlaubt, sich zu fragen, ob nicht die Preisgabe der europäischen Idee mehr Risiko als Vorteile in sich trüge. Europa aus Furcht vor der deutschen Gefahr ein Ende zu setzen – ist das wirklich die einzige Art, sich der Drohung jener zu entziehen, welche Europa zerstören wollten, um den Imperialismus triumphieren zu lassen? Die beiden Auffassungen sind von recht ungleichem Wert: die eine umreisst eine jener stürmischen, beunruhigenden und hartnäckigen Bewegungen nationaler Art, denen jedoch die Zeit schliesslich stets eine Grenze aufzwingt; Europa hingegen stellt eine beständige Idee dar: sie bietet den Völkern des Erdteils die wertvolle Stütze der gemeinsamen Vergangenheit einer sehr alten Kultur und weist sie auf eine höhere Form der Einheit hin, zu welcher sie trotz der heftigsten Krisen drängen.

Es ist wahr, dass das deutsche Volk, das seinem Traum von Grösse und seinem Verlangen nach Eroberungen freien Lauf liess, von Neuem «dem Menschengeschlecht den Fehdehandschub hinwarf, indem es den Anspruch erhob, mit seiner Hilfe Umwälzungen hervorzurufen, die es missbilligt, und Wunder zu tun, die es nicht wünscht»¹⁾ Aber die Umstände begünstigten diese Ansprüche in be-

¹⁾ BENJAMIN CONSTANT: *De l'Esprit de Conquete.*

sonderen Masse. Am Tage nach dem Siege hatte sich England vom Kontinent zurückgezogen, und die Vereinigten Staaten hatten Europa sich selbst überlassen. Frankreich, das eine viel geringere Bevölkerungszahl hatte, industriell weniger entwickelt und demgemäss viel schwächer war als Deutschland, diente als einziges Gegengewicht. Der Völkerbund sandte grossherzige Ideen in die Welt, vermochte aber nicht, eine «kollektive Sicherheit» zu organisieren. In Osteuropa liess Versailles ein grosses Loch entstehen: das unbekannte Russland, welches sich in aller Stille und in tiefem Geheimnis erneuerte und, um sich besser zu isolieren, den Mythos eines unsicheren Staates und eines leeren Raumes aufrechterhielt.

Die Entschlossenheit, diese Leere auszufüllen, war das erste Zeichen für das Wiedererwachen des deutschen Imperialismus.

Den ständigen Kundgebungen der deutschen Macht antwortete Europa mit dauerndem Zurückweichen. Das deutsche Volk pries die hervorragende Begabung seiner Rasse, das Gewicht seiner Masse, die gewaltige Wucht seiner Kraft. Es berief sich auf das Gesetz der Zahl und nannte immer eindrucksvollere Ziffern: sechzig, dann siebzig, schliesslich achtzig Millionen Deutsche waren entschlossen, sich ihren «Lebensraum» zu erobern . . .

Der zweite Weltkrieg schien sich ganz natürlich aus dieser Betonung der Macht zu ergeben; das deutsche Volk zweifelte nicht daran, dass ihm seine Zahl das Recht gäbe, Europa zu beherrschen und den grossen Raum des Ostens zu besetzen. Aber im Laufe des russischen Feldzuges sollte sich ein Wunder vollziehen: die Deutschen fanden im Osten nicht die Leere, welche sie zu finden geglaubt hatten. Der angreifenden Masse der Deutschen stellte sich der Widerstand der Masse der Sowjetvölker entgegen: eine geschlossene, organisierte, bewaffnete und «motorisierte» Masse, der im Feuer des Kampfes ihre gewaltige Stärke bewusst geworden war. «Achtzig Millionen Deutsche!» verkündete stolz die deutsche Propaganda, um ihren Eroberungsanspruch rechtlich zu begründen. — «Nicht genug!» antworteten die russischen Weiten. Und Moskau seinerseits berief sich auf das Gesetz der Zahl: «Hundertachtzig Millionen Sowjetbürger nehmen den Kampf auf!»

Während der zweiten Winteroffensive der Sowjetarmeen begriff das deutsche Volk, in welchem Grade seine «Masse» unzureichend war. Um den Rückzug zu erklären, sagten die Communiqués: «.....die ungezählten Horden Asiens ergiessen sich nach Westen.» Dieser ungezählte Gegner machte Deutschland einen

VORWORT

Raum streitig, der nicht mehr «zur Verfügung» war. Jede Rechtfertigung der Vorherrschaft verschwand mit einem Schlage. Deutschland fühlte, dass es bald zur Verteidigung übergeben müsse. Es fühlte auch, dass es sich nicht allein verteidigen könne. Der Name Europas tauchte aus der Vergessenheit auf. Er wurde mit immer mehr Nachdruck ausgesprochen.

Dies ist das entscheidende Ereignis der letzten Zeiten. Noch ebe das Schicksal des Krieges endgültig geregelt ist, bestimmt es im Vorhinein den Sinn des Friedens.

Deutschland fühlt sich bedroht. Es appelliert an den Kontinent. Gewiss, es genügt nicht, einen Namen auszusprechen, um eine Wirklichkeit zu schaffen. Zwischen Europa und der Rassenlehre erhebt sich eine unübersteigbare Mauer. Der Geist der Beherrschung führt nicht zu einem Europa. Aber Europa kann mit dem Geist der Beherrschung fertig werden.

Am Tage des Friedens – wie er auch aussehen möge – werden die Angelsachsen, die Sowjets, die Chinesen ihre Menschenmassen, die nach Hunderten von Millionen zählen, zusammenfassen – und dann wird es Deutschland voll bewusst werden, wie sehr sein Expansionsbedürfnis überholt ist. Es wird eine europäische Macht bleiben, das heisst, eine «begrenzte» Macht im Innern eines kleinen Kontinents. Wie Frankreich nach dem Sturz Napoleons wird es begreifen, dass eine Periode seiner Geschichte abgeschlossen ist. Überall, im Osten wie im Westen, werden ausgedehntere, reichere und mächtigere Staatengebilde seine Ambitionen in Schach halten. Sein Traum von Grösse wird sich seinem Bedürfnis nach Dauer anpassen müssen.

Die Existenz der Sowjets mit ihrer gewaltigen, tatenfrohen und fruchtbaren Masse wird die Ostgrenzen Europas beherrschen. Dies wird eine wichtige Veränderung gegenüber der Lage von 1918 sein. Die andere Veränderung vollzieht sich gegenwärtig im Westen, wo die enge Verbundenheit zwischen der Macht des britischen Empires und der der Vereinigten Staaten immer grösseres Gewicht und immer mehr Bedeutung gewinnt.

Die kontinentalen Staaten, die starken wie die schwachen, werden nur noch in der Einheit politische Grösse sehen können. Europa wird ihre Stütze und ihre Sicherung, die höchste Rechtfertigung ihres freien Daseins bilden.

Auch Deutschland wird gelungen sein, sich in dieses Europa einzugliedern. Es wird sich dabei dem Gesetz Europas unterwerfen müssen, das in der Mannig-

KRIEG IM OSTEN

faltigkeit besteht und in Verträgen, die auf freier Zustimmung beruhen. Die Rolle Deutschlands wird bescheidener, aber darum nicht unwichtiger sein: sein Handeln wird sich mit dem der friedlichen Nationen verbinden, und seine unbestreitbaren Gaben, die mit einer Vergangenheit gemeinsamen Ruhmes verknüpft sind, werden europäische Werte werden.

Diese ermutigenden Aussichten verbieten den Politikern und Diplomaten nicht, die Vorsichtsmassnahmen zu ergreifen, welche sie für notwendig erachten, um eine abermalige Störung des Weltfriedens zu vermeiden. Aber solche Massnahmen können nur bedingten Wert haben. Nur eine grundlegende Umformung in den Beziehungen der Kräfte kann dem künftigen Frieden die Sicherheiten geben, welche ihm in der Vergangenheit gefehlt haben.

Die Ereignisse, welche sich gegenwärtig abspielen, kündigen eine solche Umformung an. Eine Hoffnung erwächst aus ihnen. Sie ist noch schwach. Aber in der Ferne glaubt man die Umrisse eines befriedeten Europa wahrzunehmen, dessen endlich wieder hergestellte innere Ordnung ein Unterpfand des Friedens gegenüber der Welt sein wird.

* * *

Ich schliesse mit einigen persönlichen Betrachtungen. Ich verdanke Genf die wohltuende Umgebung eines Asyls, das mir seit meiner Jugend teuer ist: hier wird der Geist von den Verwirrungen der Leidenschaft frei und zum Nachdenken angeregt.

Mein letzter Gedanke gilt meinem Lande. Ich liebe es zu sehr, als dass ich ihm je ein Werk der «Propaganda» widmen könnte. Seine Leiden, sein heroischer Kampf, seine geistige Verwirrung – Folgen der europäischen Unordnung – erfordern und verdienen ernste Wahrheitsforschung. Ich kenne sein Bedürfnis nach Einsicht, seine Liebe zur Gerechtigkeit, seine Anhänglichkeit – trotz allem – an die Sache der Freiheit. An diese Tugenden habe ich gedacht, während ich mein Buch schrieb – Tugenden, die sich für mich in einer hochbetagten Frau mit lebendigem Herzen verkörpern, die ihr Blut und ihren edlen Charakter mit der grossen und schmerzlichen Vergangenheit ihres Landes verbinden: meiner Mutter.

Genf, im Mai 1943.

G.

INHALTSVERZEICHNIS

ERSTER TEIL

UNTERSUCHUNG DER POLITISCHEN UND DIPLOMATISCHEN EREIGNISSE, DIE DEM KRIEGE ZWISCHEN DEM DRITTEN REICH UND DER SOWJETUNION VORANGINGEN

(21. AUGUST 1939–22. JUNI 1941)

| | Seite |
|------------------|-------|
| EINLEITUNG | 35 |

Erstes Kapitel

| | |
|--|----|
| DAS MOSKAUER ABKOMMEN (21. AUGUST 1939)..... | 51 |
|--|----|

Ursachen der deutsch-russischen Annäherung. – Tragweite und Rechtfertigung des Abkommens. – Entwicklung des Sowjetstaates: Festigung der militärischen Disziplin. Erwachen des Nationalgefühls. – Analogien und Gegensätze zwischen dem nationalsozialistischen und dem Sowjetregime. – Hitler und Molotow verkünden die Festigkeit des Abkommens.

Zweites Kapitel

| | |
|---|----|
| ERSTER RISS IM MOSKAUER ABKOMMEN: DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN..... | 70 |
|---|----|

Deutschlands und Sowjetrusslands Ziele auf dem Balkan. – Die Balkanstaaten doppelt bedroht. – Die Schwenkung der Sowjetpolitik gegenüber dem Balkan. – Die Haltung der Moskauer Regierung zurzeit des Wiener Schiedsspruchs. – Die Be-

deutung der Garantie an Rumänien: Überraschung und Unzufriedenheit in Moskau.– Um neue «Missverständnisse» zu vermeiden, präzisieren die Sowjets ihre Politik. – Herr von Schulenburg reist nach Berlin, um mit seiner Regierung zu beraten (23. September 1940).

Drittes Kapitel

| | |
|--|----|
| ZWEITER RISS IM MOSKAUER ABKOMMEN: DER KAMPF UM DIE DONAUMÜNDUNG | 92 |
|--|----|

1. Wyschinski schneidet die Donauforderungen an (11. September 1940). – Neuer Schritt der Sowjets. – Molotow überreicht dem deutschen Botschafter eine Note (14. September): die Sowjetunion macht ihre Rechte als Uferstaat geltend und fordert Aufhebung der Europäischen Donaukommission. – Entstehung, Entwicklung und politische Bedeutung der Europäischen Donaukommission. – Das Reich prüft die russischen Vorschläge.

2. Bedeutung des internationalen Regimes an der untern Donau für Rumänien. – Deutschland fasst die Möglichkeit eines Abkommens ins Auge. – Russland benutzt dies, um seine Ansprüche zu erweitern: es sichert sich die Herrschaft über den Chilia-Arm der Donau, indem es vollendete Tatsachen schafft.

3. Deutsch-russisches Abkommen über ein provisorisches Regime an der Donaumündung. – Zusammentritt der Konferenz von Bukarest am 28. Oktober 1940. – Russland deckt die Karten auf: seine Forderungen machen einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den russischen und den deutschen Interessen sichtbar. – England protestiert gegen die Unterdrückung der Europäischen Donaukommission und «behält sich die Wahrung seiner Rechte vor». – Die Konferenz von Bukarest gibt Anlass zu bewegten Debatten und führt nicht zu einem Abkommen. – Am 21. Dezember 1940 wird sie *de facto* verhandelt.

Viertes Kapitel

| | |
|---|-----|
| DRITTER RISS IM MOSKAUER ABKOMMEN: DER DREIMÄCHTEPAKT | 118 |
|---|-----|

Die Unterzeichnung des Paktes zwischen den Achsenmächten und Japan ruft in Moskau stärkstes Unbehagen hervor (23. September 1940). – Deutschland bemüht sich, die Sowjetunion zu beruhigen; es gelingt seinen Erklärungen nicht, die russischen Befürchtungen zu zerstreuen. – Der Dreimächtepakt überholt das Moskauer Abkommen und stellt es in den Schatten. – Weshalb sich die «Teilung der Welt» ohne Mitwirkung der Sowjetunion vollzieht. – Die Sowjetregierung sieht die Ausdehnung des Weltkrieges voraus und bekräftigt ihre Politik der Neutralität und Unabhängigkeit. – Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und Japan.

Fünftes Kapitel

| | |
|---------------------------------|-----|
| MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN | 133 |
|---------------------------------|-----|

1. Die Rückkehr von Schulenburgs nach Moskau (15. Oktober 1940) und seine Bemühungen um Aussöhnung. – Das Reich bereitet sich auf eine Expedition nach dem Südosten vor, die eine neue Aussprache mit der Sowjetunion erfordert. – Die Militärparade vom 7. November und die Ansprache Marschall Timoschenkos. – Molotow nach Berlin eingeladen.
2. Abreise Molotows nach Berlin (10. November). – Die deutsche Presse unterstreicht Ziel und Bedeutung dieser Reise. – Kommentare in deutschen Diplomatenskreisen.
3. Molotows Rückkehr. – Erste Echos aus Berlin: Scheinbare Befriedigung in den deutschen führenden Kreisen. – Acht Monate später (22. Juni 1941) enthüllt Hitler die «wahren Ursachen» des totalen Misserfolges dieser Zusammenkunft. – Die unlösbare Meerengen-Frage.
4. Wiederaufnahme und Abschluss der Wirtschafts Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und dem Reich: Unterzeichnung des Abkommens am 20. Januar 1941. – Die Ergebnisse der Berliner Zusammenkunft erinnern an die Resultate der Zusammenkunft von Erfurt. – Die «Walküre» im Balsoi-Theater.

Sechstes Kapitel

| | |
|--|-----|
| DEUTSCHLANDS VORDRINGEN AUF DEM BALKAN. DER KRIEG DER COMMUNIQUE'S | 164 |
|--|-----|

1. Hitlers Macht auf dem Höhepunkt. – Die Balkanstaaten und die «Neuordnung».
2. Die Feierlichkeiten im Schloss von Belvédère: der Beitritt Ungarns, Rumäniens und der Slowakei zum Dreimächtepakt (20., 23. und 25. November 1940). – Die Communiqués der Agentur Tass. – Das Problem Bulgariens; Moskau warnt die Regierung von Sofia (12. Januar 1941). – Austausch friedlicher Erklärungen zwischen Bulgarien und der Türkei (17. Februar 1941). – Deutsch-türkische Annäherung und russische Befürchtungen. – Sir Stafford Cripps glaubt an einen nahe bevorstehenden Krieg zwischen dem Reich und der Sowjetunion. – Bulgarien tritt dem Dreimächtepakt bei, die Wehrmacht rückt in Bulgarien ein (2. März 1941); grosse Unzufriedenheit in Moskau (Communiqué vom 4. März).
3. Die Sowjetunion ermutigt die Türkei und Jugoslawien in ihrem Widerstand. – Austausch freundschaftlicher Erklärungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei (25. März 1941). – Die Sowjetunion und Jugoslawien; die Politik des Prinzen Paul und der Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt (März 1941). – Der Regimewechsel in Belgrad. – Der Freundschafts- und Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien (6. April) und sein Widerhall in Russland.

Siebentes Kapitel

| | |
|---|-----|
| DIE REISE DES HERRN MATSUOKA: DER PAKT ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND JAPAN..... | 204 |
|---|-----|

Nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens erstrebt die Sowjetunion eine Annäherung an die Achse. – Japan seinerseits erstrebt ein Abkommen mit der Sowjetunion. – Die asiatische Politik der Sowjets. – Die Verhandlungen Matsuokas in Moskau; Abschluss des Neutralitätspaktes zwischen der Sowjetunion und Japan (13. April 1941). – Stalin begleitet Herrn Matsuoka auf den Bahnhof. – Tragweite und Bedeutung des neuen Paktes; die Sowjetunion bekräftigt ihre Neutralität, ihre Unabhängigkeit und ihre volle Handlungsfreiheit. – Das schicksalhafte Datum des 13. April 1941.

Achtes Kapitel

| | |
|---|-----|
| HITLER WÄGT AB: ARGUMENTE FÜR UND GEGEN DEN KRIEG IM OSTEN | 217 |
|---|-----|

1. Der Führer stellt die negativen Ergebnisse des Moskauer Abkommens fest. – Gründe, die für den Krieg sprechen: der erbarmungslose Kampf gegen England erfordert die Eingliederung Russlands in die «Neuordnung»; das Reich kann im Osten die Produkte und den Raum finden, deren es bedarf, um bis zum Siege durchzuhalten; die militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion werden mehr und mehr eine drohende Gefahr.

2. Zwei widerspenstige Botschafter: die Einwendungen Caulaincourts und die des Grafen von Schulenburg. – Politische, wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte, die gegen den Krieg sprechen. – Die Kriegspartei scheint das Übergewicht zu bekommen. – «Genie» – und Verhängnis.

Neuntes Kapitel

| | |
|-------------------------|-----|
| VOR DEM WAFFENGANG..... | 252 |
|-------------------------|-----|

1. Die Parade des 1. Mai. – Herr von Schulenburg ist besorgt. – Stalin wird Präsident des Rates der Volkskommissare (7. Mai 1941). – Ausweisung der diplomatischen Vertretungen der von Deutschland besetzten Länder (9. Mai). – Stalins Versöhnungspolitik und ihre Grenzen. – Sir Stafford Cripps' Enttäuschungen. – Die Bedeutung der deutschen Erfolge auf Kreta und im Irak.

2. In welchem Augenblick hat Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion beschlossen? – Die Bedeutung der englischen Erfolge in Syrien. – Das Abenteuer des Herrn Rudolf Hess. – Die Spannung zwischen der Sowjetunion und dem Reich wächst. – Das Sowjet-Communiqué vom 13. Juni. – Das Reich schweigt. – Die Lösung: die Nacht vom 21. zum 22. Juni 1941.

ZWEITER TEIL

DAS DRAMA DER LÄNDER ZWISCHEN DER SOWJET- UNION UND DEM DRITTEN REICH

Zehntes Kapitel

RUMÄNIEN UND DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN 287

Der «antibolschewistische Kreuzzug». – Zur Geschichte der russisch-rumänischen Beziehungen: der Vertrag von Paris (1856), der Vertrag von Berlin (1878) und der Versailler Vertrag. – Rumänien und das Dritte Reich: die Bewegung der Eisernen Garde.

Elftes Kapitel

DIE AUSSENPOLITIK RUMÄNIENS 309

Ende der deutsch-rumänischen Spannung: das Wirtschaftsabkommen vom 23. März 1939. – Die englisch-französischen Garantien (13. April 1939). – Die Beziehungen zu Sowjetrußland und der Besuch Potemkins (8. Mai 1939). – Die Hoffnungen auf die Balkanentente.

Zwölftes Kapitel

DAS MOSKAUER ABKOMMEN UND DIE ORIENTALISCHE FRAGE . 331

Die Analogie zwischen dem Moskauer Abkommen und der ersten Teilung Polens: Wiederaufleben der orientalischen Frage. – Die Sowjetunion ändert ihre Politik an der Donau und auf dem Balkan. – Rumänien fühlt sich bedroht; neue Haltung der deutschen Diplomatie: Saradschoglu reist nach Moskau (Oktober 1939).

Dreizehntes Kapitel

DER TODESKAMPF DER RUMÄNISCHEN NEUTRALITÄT 365

Das Ausbleiben der englischen Garantie. – Letzte Anstrengungen Rumäniens, das Gleichgewicht im Osten zu retten: die Haltung Italiens und der Türkei. – Eine bedeutsame Besprechung im Königspalais am 19. April 1940. – Der Zusammenbruch der Front in Flandern. – Zweite Besprechung im Königspalais am 29. Mai 1940: Rumänien gibt die Neutralität auf.

Vierzehntes Kapitel

| | |
|--|-----|
| RUMÄNIEN UND DIE SOWJETUNION | 385 |
| Das Ultimatum vom 26. Juni 1940. – Meine Mission in Moskau. – Eine Auseinandersetzung mit Molotow. | |
| SCHLUSSFOLGERUNGEN | 419 |
| ANHANG | 451 |
| ERKLÄRUNG DER ORIENTIERUNGSKARTEN | 460 |

Erster Teil

UNTERSUCHUNG DER POLITISCHEN
UND DIPLOMATISCHEN EREIGNISSE,
DIE DEM KRIEGE ZWISCHEN DEM
DRITTEN REICH UND DER SOWJET-
UNION VORANGINGEN

(21. AUGUST 1959 – 22. JUNI 1941)

EINLEITUNG

H heute, da sich die ungeheure Ostfront vom Finnischen Meerbusen bis zum Asowschen Meer in Bewegung befindet, ist es noch zu früh, die Geschichte des Krieges zu schreiben, den das Dritte Reich gegen die Sowjetunion führt. Es fehlen uns in gleichem Masse genaue Informationen über alle Tatsachen wie der notwendige Abstand, um sie beurteilen zu können.

Wenn ich trotzdem, ausschliesslich auf meine Erinnerung und meine Aufzeichnungen gestützt, den Versuch wage, in grossen Zügen eine Gesamtskizze jener Ereignisse zu entwerfen, die den grössten Schlachten unserer Zeit vorausgingen, so deshalb, weil diese Ereignisse in der Art, wie sie unter den Augen all derer, die sie von nahem beobachten konnten, einander folgten und sich miteinander verknüpften, in Formen verlaufen zu sein scheinen, welche die Geschichte schon bereit hielt. Die Analogie zwischen den beiden russischen Feldzügen ist so auffallend, dass die Historiker, welche die Ursachen, die Entwicklung und die Lehren des ebenso gewaltigen wie unglücklichen napoleonischen Feldzuges gründlich erforscht haben, heute die sichersten Führer sind, um den Weg zu erhellen, den Hitler eingeschlagen hat.

Es ist ganz gewiss verfrüht, aus dieser Analogie Schlussfolgerungen in Bezug auf den Ausgang der Schlacht um Russland und des europäischen Krieges zu ziehen. Vor Moskau begegneten die Deutschen, wie

KRIEG IM OSTEN

1812, einer hartnäckigen Verteidigung und einem unerbittlichen Winter. Ihr Vormarsch wurde angehalten. Wer weiss, was weiter geschehen wird?

Eins scheint uns indessen schon heute gewiss. Der russische Widerstand, der einmal mehr den Besieger Europas zurückweichen lässt, stellt nicht nur diesen Sieger, sondern auch alle von ihm eroberten Länder und unsern ganzen alten, durch den Krieg verwüsteten Kontinent vor Probleme, die uns heute überraschend erscheinen, die aber schon in einer frühem Zeit die Welt aus den Fugen geworfen und ihren Platz in der Geschichte eingezeichnet haben.

Als mich zum ersten Mal die seltsame Ähnlichkeit zwischen der Lage überraschte, die heute Russland der herrschenden Macht des Kontinents entgegenstellt, und jener Lage, wie sie sich vor einhundertdreissig Jahren darbot, da hatte der zweite russische Feldzug noch nicht begonnen. Man sprach von ihm wie von einer fernen und unwahrscheinlichen Möglichkeit. Aber man fühlte dunkel, unter dem Impuls ähnlicher Ursachen, welche die gleichen Wirkungen nach sich zogen, dass die Erinnerung an eine niemals ganz versunkene Vergangenheit die russische Welt in ihrem Banne hielt. Es war in Moskau, am 7. November 1940, dem Jahrestag der Revolution. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion waren noch ausgezeichnet. Graf Schulenburg, der grosse Botschafter, auf den die Diplomatie des Reiches mit Recht stolz war, kam eben von einem kurzen Besuch aus Berlin zurück; er wiederholte jedem, der es hören wollte, dass die deutsch-russische Zusammenarbeit enger sei als jemals. Zwei Tage später sollte Molotow, um die Worte des Botschafters zu bekräftigen, nach Berlin reisen, um den Besuch Herrn von Ribbentrops zu erwidern. Das war Erfurt nach Tilsit. Und doch war in dem Tagesbefehl, den Marschall Timoschenko an seine Truppen richtete, die in einem ungeheuren Carre auf dem Roten Platz versammelt waren, eine gewisse Unruhe zu spüren: «Genossen», sagte der Marschall, der die offizielle Terminologie der revolutionären Sprache benutzte, «der kapitalistische Krieg dehnt sich aus und zieht sich in die Länge, er berührt unsere Grenzen, er bedroht unser Territorium, er kann das Sowjetvaterland in Gefahr bringen...» Diese Worte schienen einem allgemeinen Unbehagen zu entsprechen, das sich die Diplomaten um so

EINLEITUNG

weniger erklären konnten, als nichts die Sicherheit der Sowjetunion zu bedrohen schien.

Damals also fiel mir der Bericht eines Diplomaten aus dem Beginn des vorigen Jahrhunderts in die Hand. In ihm fand ich, durch die Analogien mit den Anfängen des ersten russischen Feldzuges, die Erklärung für die aktuelle Situation. Es handelt sich um den Bericht, den Graf Saint-Julien, Gesandter Österreichs in St. Petersburg, am 1. August 1811 an seinen Chef, den Grafen Metternich, richtete. In diesem Bericht unterstrich der Vertreter des Wiener Hofes zunächst die Schwierigkeiten, welche die französisch-russische Allianz seit Tilsit durchgemacht hatte, und kam dann zu Schlussfolgerungen, auf deren wörtliche Wiedergabe ich Wert lege.

«Aus dem, was ich soeben die Ehre hatte, Eurer Exzellenz zu berichten, glaube ich, folgern zu können:

1. dass Kaiser Alexander mehr denn je den künftigen Absichten des französischen Kabinetts misstraut und fühlt, dass man ihn einschläfern will bis zu einem Augenblick, der einem jähen Ausbruch günstig scheint;

2. dass der Kaiser für den Augenblick vollständig beruhigt ist, denn er glaubt, dass der Angriff bis zum nächsten Jahre vertagt sei;

3. dass Alexander trotz seiner kriegerischen Kundgebungen den Frieden dem Kriege vorzieht – dessen Folgen im Innern er fürchtet – und daher keine Schwierigkeiten machen würde, den am linken Ufer der Weichsel gelegenen Teil des Grossherzogtums Warschau als Entschädigung anzunehmen;

4. dass dieser momentane Aufschub eines Bruches, den man zuerst für diesen Sommer befürchtete und den man als auf die Dauer unvermeidlich ansehen muss, dem Kaiser seine Ruhe wiedergegeben hat, die aber beim Herannahen der Jahreszeit, die einen Ausbruch ankündigt, sichtlich abnimmt; eine Ruhe, deren schnelles Verschwinden ich für die Zeit voraussehe, da die französischen Armeen bereit sein werden, den Feldzug zu eröffnen. Man sieht nur zu deutlich, dass die Vorstellung von der überragenden Überlegenheit der militärischen Fähigkeiten Napoleons den Kaiser auf eine Art betroffen hat, die seine Unruhe im Augenblick der Krise nur vermehren muss.

KRIEG IM OSTEN

Alles in allem: nichts wird den Kaiser bestimmen, Frankreich anzugreifen. Vielleicht wird er versuchen, der Hohen Pforte annehmbare Vorschläge zu machen. Was England anbetrifft, so garantiert mir die ständige Unzufriedenheit der englandfreundlichen Partei, die mehr als je frondierte, dass nach dieser Seite keinerlei Verhandlungen eingeleitet worden sind . . .»

Kein bei der Regierung der Sowjetunion akkreditierter Diplomat hätte in wenigen Zeilen ein treffenderes Bild der Situation in Moskau gegen Ende des Jahres 1940 zeichnen können. Ich glaubte, meiner Regierung diesen Bericht des Grafen Saint-Julien schicken zu sollen, wobei ich ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkte, dass man nur einige Eigennamen ändern müsse, um den Grund für das Unbehagen, das auf der Sowjetunion lastete, wahrzunehmen. Ganz wie am Vorabend des Feldzuges Napoleons fühlte das russische Volk, dass ein geschickter und gefährlicher Partner es einschläfern wollte, bevor er zum Angriff schritt, dass die kriegerische Lösung «auf die Dauer unvermeidlich» sei und dass dieser Krieg, der weder logisch noch natürlich erschien und den alle Zeitungen, alle Propagandazentralen und alle offiziellen Erklärungen hartnäckig in Abrede stellten, dennoch ausbrechen werde. Wie 1811 hofften die Leiter Russlands, welche die Überlegenheit der an ihrer Grenze massierten fremden Heere fürchteten, den Ausbruch des Konfliktes hinauschieben zu können, und deshalb waren sie zu jedem neuen Kompromiss, zu jeder neuen Teilung bereit; sie liessen gegenüber der Türkei die Tür angelehnt, um im Notfall in letzter Minute Verhandlungen einleiten zu können; sie vermieden es, mit den Engländern Verbindungen aufzunehmen, um nicht den Argwohn des Beherrschers Europas zu erwecken.

Von dem Tage an, da ich den Bericht dieses scharfsichtigen Beobachters Russlands zurzeit Alexanders I. entdeckt hatte, machte ich mir mit gespannter Aufmerksamkeit Aufzeichnungen über die Ereignisse. Sie folgten und verknüpften sich mit einer schicksalhaften Gesetzmässigkeit, wie um den instinktiven Befürchtungen des russischen Volkes Recht zu geben. Zugleich bestätigten sie die Aussagen der Historiker des vorigen Jahrhunderts, die den verhängnisvollen Marsch eines Eroberers beschrieben und analysiert hatten, der ausgezogen war, um England zu

EINLEITUNG

besiegen, und dem nach einem Triumphzug durch Europa der Winter, der Verteidiger der russischen Erde, und der Brand von Moskau Halt geboten. Heute, da die Ereignisse, deren Zeuge ich war, zum zweiten russischen Feldzug geführt haben, bestätigen meine Tag für Tag niedergeschriebenen Aufzeichnungen eine historische Wirklichkeit, deren grosse Züge bereits einmal in der Vergangenheit begriffen worden sind.

Scheint es nicht in der Tat, dass wir einer Auferstehung der Vergangenheit beiwohnten, als wir die deutschen Armeen siegreich bis zum Kanal vorstürmen und an der Schwelle Englands zögern sahen – eben dort hatte der Kaiser Napoleon seine Truppen in dem berühmten Lager von Boulogne konzentriert, um eine Invasion zu versuchen, die er doch niemals auszuführen wagte – um kehrt zu machen, den ganzen Kontinent von Eroberung zu Eroberung zu durchziehen, auf den Balkan vorzudringen, Konstantinopel, Ägypten und Syrien zu bedrohen, ein «geeintes» Europa aufzurichten; schliesslich sich gegen Russland zu wenden, das die leitenden Männer in Berlin in ihr Spiel einzuspannen suchen, indem sie es zuerst verführen, um dann überraschend zuzuschlagen? Von Boulogne bis Tilsit und von dort bis zum Kreml hat Napoleon fast den gleichen Weg zurückgelegt. Er hatte nur einen Feind: England. Um ihn zu schlagen, brachte er eine Welt zum Einsturz. «Als er Cäsar geworden war, träumte er davon, Karl der Grosse zu werden. Er wollte die Einzelstaaten des Abendlandes zur Einheit des römischen Weltreiches zurückführen und zur gleichen Zeit sich der Völker bemächtigen, sie von ihren Erinnerungen und Traditionen losreissen, sie einer erneuernden, aber aufgezwungenen Autorität unterwerfen, sie gewaltsam auf den Weg ihres künftigen Schicksals schleudern. Aber diese Konzeptionen entstanden nicht spontan in ihm. Sie waren sozusagen Reflexe seines Kampfes gegen England ... Er musste auf allen Seiten indirekte Kriegsmittel suchen, Sicherheiten und Pfänder nehmen und sich aller Positionen bemächtigen, von denen aus er England beunruhigen, bedrohen und schädigen konnte.»¹⁾

In dem Masse, in dem der Kaiser seinen Krieg gegen England aus-

¹⁾ ALBERT VANDAL: «*Napoleon et Alexandre.*»

dehnt, entdeckt er die europäische Einheit. Zuerst ist Europa in seiner militärischen Konzeption nichts anderes als eine Waffe, um seinen Gegner besser zu treffen und seinen Widerstand schneller zu brechen. Das ist die Kontinentalsperre. Erst später versucht er, seinen Eroberungen eine höhere Rechtfertigung zu geben: «Ich wollte», sagt er auf St. Helena, «die Verschmelzung der grossen europäischen Interessen vorbereiten, wie ich die Verschmelzung der Parteien verwirklicht hatte. Europa wäre dann nur noch ein einziges Volk gewesen . . . Ich wollte ein europäisches System schaffen, ein europäisches Gesetzbuch, einen europäischen Kassationshof.»

Inzwischen bemühte er sich, sein Kampfinstrument zu vervollkommen. Die Kontinentalsperre konnte nur dann ihr Ziel erreichen, wenn sie sich auch auf Russland erstreckte. Ohne das ungeheure Reich im Osten stellte Europa weder eine politische Einheit noch einen wirtschaftlichen Block dar; es war nicht das entscheidende Werkzeug des Sieges. In Tilsit, in dem kaiserlichen Zelt, das auf der Memel trieb, versuchte Napoleon, Russland in seine neue europäische Ordnung einzugliedern. Dabei wurde das Wort Europa sicher nicht oft ausgesprochen. Es ging um Teilungen und Kompromisse. Man sprach von «Collaboration». Man schob sich gegenseitig Einflusszonen zu. Man zerschnitt die umstrittenen Länder in zwei und mehr Stücke. Der Zar verlangte Finnland, Bessarabien, die Donaufürstentümer. Napoleon hatte nichts dagegen einzuwenden. Als Gegenleistung empfing er das Versprechen, ihn in seinem Kriege gegen England zu unterstützen und ihm in Europa freie Hand zu lassen. Ein einziger Punkt wurde nicht entschieden: das Schicksal Konstantinopels und der Meerengen. Diese Frage führte später zu langen und peinlichen Verhandlungen. Alexander konnte weder seine Augen noch seine Ansprüche von der Märchenstadt losreissen, die den Zugang zu den warmen und offenen Meeren freigab. Napoleon wusste, dass Konstantinopel «der Schlüssel zur Weltherrschaft» war. Der Gedankenaustausch, den die beiden Kaiser über dieses Thema hatten, wobei der eine wie der andere seine geheimsten Gedanken verschwie, riss von ihrer ersten Begegnung an in dem politischen System, das sie zu verwirklichen bemüht waren, einen Sp.ilt auf, der sich mit der Zeit erweitern und vertiefen musste.

EINLEITUNG

Das Bündnis wurde trotzdem abgeschlossen, und es stellte sich als ein kühner Versuch dar, eine höchste Autorität in der Welt zu errichten. «Niemals», schrieb Thiers, «war eine politische Wendung plötzlicher und ungewöhnlicher als jene, die Zar Alexander vollzog!»

Seitdem haben wir eine Schwenkung der russischen Politik kennengelernt, die zumindest ebenso unvorhergesehen und ebenso sensationell war. Das Moskauer Abkommen vom 21. August 1959, ebenso «plötzlich und ungewöhnlich» wie das Abkommen von Tilsit, wurde fast unter den gleichen Bedingungen, nach den gleichen Methoden und um den gleichen Preis abgeschlossen. Um die Hände in Europa frei zu haben, schlug Hitler die Teilung Polens vor und gab seine Zustimmung, dass Russland einen Teil Finnlands, die baltischen Staaten und Bessarabien besetzte. Die Frage der Meerengen wurde gerade nur gestreift. Wir erfuhren seither, dass sie später eines der Motive zur Rechtfertigung des Bruches werden sollte.

Die Analogie ist so erstaunlich, dass das Urteil, welches die Historiker des vergangenen Jahrhunderts über den Vertrag von Tilsit gefällt haben, sich wörtlich auf das Moskauer Abkommen anwenden lässt. «Napoleon», erklärte Thiers, «hatte ein politisches System geschaffen, das auf einem einzigen Grundsatz ruhte: Verständigung zwischen den französischen und russischen Ambitionen, um ihnen alles, was ihnen beliebte, zu gestatten – ein verhängnisvolles und schädliches Übereinkommen, denn es lag nicht im Interesse Frankreichs, Russland und noch weniger sich selbst alles, was ihm liebte, zu gestatten.» Und Vandal, der die verhängnisvollen Folgen eines tief unmoralischen Aktes unterstreicht, stellt fest: «Wenn Napoleon und Russland ihren unheilvollen Krieg, der die Welt in Blut tauchte, Wiederaufnahmen, so war das weniger das Ergebnis eines wirklichen Interessengegensatzes und wirklicher Beleidigungen als die mittelbare Folge des von ihnen beiden auf Kosten der Schwachen begangenen Missbrauches ihrer Macht.»

Auch der Pakt Ribbentrop-Molotow schien eine vollständige Übereinstimmung zwischen zwei Ambitionen verwirklicht zu haben, von denen die eine, die russische, durch die Angebote, die ihr gemacht wurden, durch die Perspektiven, die sich vor ihr eröffneten, und durch die

KRIEG IM OSTEN

Leichtigkeit, mit der man ihr die Verwirklichung ihrer kühnsten Pläne gestattete, neu belebt wurde, während das deutsche Machtstreben sich die Mittel sicherte, um sich alles in der Welt zu erlauben. Aber diese Teilung, die auf gegenseitiger Duldung basierte, dieser kühne Versuch, zwei unbegrenzte Imperialismen gleichzeitig zu befriedigen, indem man ihnen zwei entgegengesetzte Richtungen vorzeichnete, trug den Todeskeim in sich. Nichts konnte den verhängnisvollen Ausgang, den sichern Zusammenstoss zwischen zwei absoluten Kräften verhindern, die einander zu ähnlich waren, um einander nicht entgegengesetzt zu sein.

Auch hier haben die Geschichtsschreiber Napoleons vorausschauend den Konflikt erklärt, zu dem die deutsch-sowjetrussische Zusammenarbeit führte. «Die Politik zu Zweien, die in Tilsit eingeleitet und in Erfurt gekrönt wurde, musste, indem sie die Pufferstaaten beseitigte und die beiden Reiche einander näherte, sie unvermeidlich zu Rivalen machen und schliesslich zwischen ihnen einen Anlass erster Ordnung zu Missethigkeiten schaffen. „Die Welt ist gross genug für uns beide“, sagte Napoleon zu Alexander. Er täuschte sich, denn es ist die Eigentümlichkeit entfesselter Ambitionen, dass sie sich suchen und sich schlagen, selbst wenn sie, um einen Kampfplatz zu finden, sich an den Grenzen des Universums treffen müssten.»¹⁾

Das Studium der verschiedenen Phasen, die das Bündnis zwischen den beiden Kaisern durchlief, von der Freundschaft zum Misstrauen, vom gegenseitigen Argwohn zur Rivalität, von dumpfer Feindschaft bis zum offenen Krieg, ist von höchstem Interesse für das richtige Verständnis der Ereignisse unserer Zeit. «Seit Russland aufgehört hatte, für Napoleon ein treuer Verbündeter zu sein, seit es nicht mehr alle seine Verpflichtungen aus der Kontinental Sperre erfüllte, wurde es ein Feind und musste geschlagen werden. Je mehr sich Frankreich, das an der Ostsee Fuss gefasst hatte, ausdehnte und sich Russland näherte, um so mehr wuchsen die Schwierigkeiten, und die Aussichten auf einen grossen Konflikt vervielfachten sich. Obwohl die beiden Kaiser verbündet waren, bewaffneten sie sich gegeneinander; diese Rüstungen wurden ein

*) ALBERT VANDAL: «*Napoleon et Alexandre.*»

EINLEITUNG

Motiv zum Kriege und überzeugten Napoleon, dass der Krieg unvermeidlich geworden war und dass er seine Ziele nur erreichen konnte, nachdem er Russland geschlagen hatte wie vorher Österreich und Preussen. Wenn er mit Russland fertig würde, so würde er zum Herrn des Orients, zum Herrn Konstantinopels, zum Herrn von Europa werden und England zur Kapitulation zwingen. Würde er besiegt, so hätte er selbst das Zeichen zu seinem Zusammenbruch gegeben.. »¹⁾

Es gab Weitblickende, die Napoleon vor den Gefahren eines russischen Feldzuges warnten. Die drei Botschafter, die der Kaiser nacheinander zum Zaren entsandte, Savary, Caulaincourt und de Lauriston, waren überzeugte und treue Anhänger des russischen Bündnisses. Sie haben sich gewissenhaft bemüht, die schwierigen Verhandlungen über den Balkan, die Meerengen, Preussen und Polen zu einem positiven Abschluss zu bringen, und haben kein Mittel der Überzeugung unversucht gelassen, um ihren Herrn zurückzuhalten und den Ausbruch des Konfliktes zu verhindern. Man erinnert sich der berühmten Audienz, die Napoleon in Saint-Cloud Caulaincourt gewährte, in welcher der Botschafter, der gerade seinen Posten in St. Petersburg aufgegeben hatte, sich laut Vandal «bewundernswert in seiner tiefen Weisheit und seinem Scharfblick» zeigte; er führte dem Kaiser die Schwierigkeiten und Gefahren eines Angriffskrieges und die Katastrophen vor Augen, welche die französische Armee erwarteten nach der Absicht des Zaren, den russischen Winter und die russische Weite den Krieg für sich führen zu lassen. Général de Lauriston, der nach Thiers «ein ausgezeichnete Patriot war, der den Krieg mit einer Art Verzweiflung kommen sah, da er alles, was sich aus ihm ergeben würde, vorausfühlte», war ebenso hartnäckig in der Verteidigung des Friedens wie sein Vorgänger. Mit einem Freimut, den wenige Diplomaten unserer Zeit aufgebracht haben, schrieb er an seinen Herrn: «Ich kann nur sehen, was ich sehe, und ich kann nur sagen, was ich sehe. Kaiser Alexander, der bis zu einem gewissen Grade vorbereitet ist, will den Krieg nicht; auf keinen Fall wird er die Initiative ergreifen; er wird den Krieg nur dann führen,

¹⁾ JACQUES BAINVILLE: «*Histoire universelle* »

KRIEG IM OSTEN

wenn man ihn in sein Land trägt; aber dann wird er ihn führen, und der Krieg wird schwer sein.» Und in seiner Überzeugung, dass die Russen zu gewissen Zugeständnissen bereit und dass Verhandlungen noch möglich seien, drang der französische Diplomat hartnäckig darauf, dass man versuche, «sich zu verständigen, bevor man sich erwürge».

Kaiser Alexander selbst, der den Krieg, dessen Gefahren und Opfer er fürchtete, vermeiden wollte, lieferte den Botschaftern Napoleons die besten Argumente. Er liess de Lauriston wissen, «dass er, wenn es notwendig wäre, einen zehnjährigen Krieg durchhalten und sich eher in die Tiefen Sibiriens zurückziehen als in die Lage Österreichs und Preussens hinabsinken werde; dass Napoleon seinen eigenen Interessen schlecht diene, wenn er den Bruch provoziere; dass England fast am Ende seiner Hilfsmittel sei und dass man binnen weniger als Jahresfrist den Frieden haben könne, wenn man weiterhin England den Kontinent so wie gegenwärtig sperre und die Truppen, die gegen Russland gerüstet seien, gegen Lord Wellington werfe; dass hingegen Napoleon, wenn er anders handle, sich in unbekannte und unberechenbare Geschehnisse verwickeln und England alle Chancen eines Erfolges, den es schon verspielt habe, wiedergeben werde».

Diese klugen Ratschläge vermochten nicht, die Entschlossenheit Napoleons zu erschüttern. Er hatte sich entschieden, «dem verhängnisvollen Einfluss, den Russland seit fünfzig Jahren auf die europäischen Angelegenheiten ausübt, ein Ende zu setzen». Wenigstens ist dies die Erklärung, die er seinen aus Mannschaften aller verbündeten oder unterworfenen Länder zusammengesetzten Armeen gab, als er ihnen befahl, die Memel zu überschreiten und vorwärts zu marschieren «wie in einem neuen Kreuzzug des Abendlandes gegen das asiatische Russland».

Man sprach und spricht noch von dem «Fehler», den Napoleon, weniger vorausschauend und klarblickend als seine Mitarbeiter, begangen habe, da er sein ganzes Werk aufs Spiel setzte, indem er das Unmögliche versuchte. Ist es nicht gerechter, sich zu fragen, ob Napoleon, mitgerissen von Ereignissen, zu denen er den ersten Anstoss gegeben hatte, aber deren Bewegung und schicksalhaften Lauf er nicht mehr zu beherrschen vermochte, noch, wie seine Botschafter es annahmen, die

EINLEITUNG

Freiheit besass, «Fehler» zu vermeiden, die sich mit zwingender Logik in sein politisches System eingliederten?

Jacques Bainville sagt mit Recht: «Die Idee, England auf dem Umweg über Europa und Asien, das Meer vom Lande aus zu besiegen, führte zu jenen Konsequenzen, die auf den ersten Blick widersinnig erscheinen, aber logisch verknüpft sind.» Dieses Urteil über das Schicksal Napoleons empfängt in unsern Tagen eine schlagende Bestätigung. Die Idee, England zu besiegen und durch England die Welt, führt heute wie in der Vergangenheit zu den gleichen Folgen, die widersinnig erscheinen und doch mit innerer Notwendigkeit sich ergeben.

Dieses Buch ist den Ereignissen gewidmet, die vom Moskauer Abkommen bis zum deutsch-russischen Krieg abliefen. Es bemüht sich, besonders zu zeigen, wie die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau, die in ihren Anfängen so vertrauensvoll schien und, wenn man der offiziellen Propaganda Glauben schenkt, eine neue «Epoche» in der Geschichte der Menschheit eröffnen sollte, dem zersetzenden Einfluss der durch den Ribbentrop-Molotow-Pakt entfesselten Ambitionen erlag und trotz der anhaltenden Bemühungen seiner überzeugtesten Anhänger bald den Todeskeim, den sie in sich trug, offenbar werden liess. Die Ähnlichkeit zwischen dem nationalsozialistischen und dem Sowjet-Regime, die realer und grundlegender ist, als die Propaganda der einen oder der andern Seite es zuzugeben wagte, die Gleichartigkeit der Ziele, der Vorwände, der praktizierten Methoden, die Gleichheit gewisser Reaktionen erleichterten zuerst das Übereinkommen über bestimmte Grundsätze, beschleunigten dann aber die Uneinigkeit über die Art ihrer Anwendung. Auf Teilung und Kompromiss gegründet, musste die Zusammenarbeit notwendigerweise in Frage gestellt werden, sobald einer der Partner sich in den von beiden begehrten Gebieten alles vorbehielt. Der Anspruch der Sowjets, an der Regelung der Donaufgaben teilzunehmen, wie das gebieterische und ausschliessliche Vordringen der Achse auf dem Balkan mussten die beiden verbündeten Kräfte gegeneinander richten, die beide zu absolut und zu «totalitär» waren, als dass sie die Demarkationslinie, die durch das Moskauer Abkommen zwischen ihnen gezogen war, respektieren konnten. Dazu kommt, dass die beiden

KRIEG IM OSTEN

Regime, so ähnlich sie in ihrer Art zu regieren waren, in ihrer Art, die Zeit und den Raum einzuschätzen, grundsätzlich voneinander abwichen. Berlin hatte es eilig, Moskau hatte Zeit. Berlin wünschte einen kurzen Krieg und einen überwältigenden Sieg; Moskau hoffte, dass der Krieg, der seine Grenzen nicht berührt hatte, lang und für beide Parteien aufreibend wäre. Daher rührten die Schwierigkeiten, Russland mit seinen Hintergedanken und Vorbehalten in die europäische «Neuordnung» oder in den weiteren Rahmen des Dreimächtepaktes einzugliedern, das heisst, es auf die eine oder andere Art in den Kampf gegen England einzuspannen. Die Vorsicht, mit der die Sowjetregierung jeder derartigen Anregung auswich, vermehrte das gegenseitige Misstrauen, und dieses Misstrauen führte auf beiden Seiten die Armeen an die Grenzen. Wie Napoleon und Alexander, so überwachten sich auch Hitler und Stalin und bewaffneten sich gegeneinander, obwohl sie Vertragspartner und Freunde waren.

Es fehlte nicht an weitblickenden Männern, die ernsthafte Anhänger des Moskauer Abkommens waren und den Krieg zu vermeiden wünschten. Wie ein Jahrhundert vorher die französische Botschaft beim Zaren, so zählte jetzt die deutsche Botschaft in Sowjetrußland in ihren Reihen eine Anzahl «ausgezeichneter Patrioten, die den Krieg mit einer Art Verzweiflung kommen sahen, da sie alles, was sich aus ihm ergeben würde, vorausfühlten». Ihre Berichte mußten denen der Botschafter Napoleons seltsam gleichen. Übrigens hatte in den kritischen Tagen des Mai und Juni 1941 in der Botschaft des Reiches kein Name freundlicheren Widerhall, war kein Name beliebter als der Caulaincourts.

Wie einst Alexander so kam jetzt Stalin selbst diesem Widerstand der Diplomaten zu Hilfe. Seine Handlungen und Gesten in letzter Stunde, seine Versicherungen und seine Communiqués bewiesen seinen festen Willen, die Zusammenarbeit zu retten oder mindestens den Ausbruch des Konfliktes hinauszuschieben.

All dies verhinderte nicht, dass, im Ablauf der eng miteinander verknüpften Geschehnisse, das Unvermeidliche sich vollzog und Graf Schulenburg in der Nacht des 21. Juni den Auftrag erhielt, am Morgen des folgenden Tages den Lenkern des Kreml bekanntzugeben, dass

EINLEITUNG

«angesichts des unerträglichen Drucks der russischen Truppen auf die Demarkationslinie, die sie von den deutschen Truppen trennte, diese den Befehl erhalten hätten, in das Sowjetgebiet einzumarschieren» – zu einem neuen Kreuzzug des Abendlandes gegen das asiatische Russland.

Die kriegerischen Operationen, die folgten und die noch immer im Gang sind, gehören nicht in den Rahmen dieser Arbeit. Zuständigere als wir werden die Analogien und die tiefgehenden Unterschiede zwischen dem Feldzug, der Napoleon in drei Monaten in den Kreml führte, und jenem, der in sechs Monaten die Armeen des Dritten Reichs bis vor die Tore Moskaus vordringen liess, feststellen. Wenn es auch schwierig ist, die Mittel des modernen Krieges mit denen, über welche die Grosse Armee verfügte, zu vergleichen, so überrascht es doch, bis zu welchem Grade die beiden Feldzüge dem Einfluss der gleichen entscheidenden Elemente unterlagen: dem erbitterten Widerstand des russischen Soldaten und der Unterstützung, die der russische Winter Stalin wie Alexander I. mit der gleichen Härte gewährte.

Wir werden uns darauf beschränken, die Analogie zwischen den Reaktionen festzustellen, die dieser Widerstand des russischen Klimas, der russischen Erde und des russischen Soldaten in der Seele des einen und des andern Eroberers hervorrief. Der Gedanke eines geeinten Europa, das den gleichen Gefahren ausgesetzt und dessen Interesse und Pflicht es sei, sich solidarisch zu verteidigen, wird heute durch eine bestimmte Propaganda in den Vordergrund gerückt, so wie sie sich schon den Menschen des napoleonischen Zeitalters darbot. Die Kundgebungen der deutschen Presse, die immer wieder die Gefahr eines russischen Sieges, einer bolschewistischen Lawine über dem zivilisierten Europa hervorheben – die Verwarnungen, die Herr Goebbels an alle Neutralen richtet, welche sich nicht der Solidaritätspflichten bewusst seien, die ihnen in diesen kritischen Stunden oblägen: all das verdient festgehalten zu werden. Man entsinnt sich dabei der Hoffnungen und Illusionen, die Napoleon im vertrauten Gespräch mit Caulaincourt äusserte, der seinen Rang als Oberstallmeister beim Kaiser wieder eingenommen hatte und seinen Herrn auf dem schmerzlichen Wege des Rückzuges aus Russland im Schlitten begleitete. «Die Russen», sagte Napoleon, «müss-

ten allen Völkern als eine Geißel erscheinen; der Krieg gegen Russland liegt ganz im wohlverstandenen Interesse des alten Europa und der Zivilisation. Die Rückschläge, die Frankreich soeben erleidet, werden alle Eifersüchteleien zum Schweigen bringen und jeglicher Beunruhigung, die Frankreichs Macht und Einfluss hervorrief, ein Ende setzen. Man darf nur noch einen Feind in Europa sehen. Dieser Feind ist der russische Koloss.» Aber der treue Begleiter teilte den Optimismus seines Herrn nicht, und die Antwort, die er Napoleon zu geben wagte, findet in unsern Tagen eine verblüffende Resonanz:

«Eure Majestät fürchtet man; Eure Majestät ist der Gegenstand der allgemeinen Unruhe; die Existenz Eurer Majestät hindert daran, die andern Gefahren wahrzunehmen. Die Kabinette fürchten die Universalmonarchie. Alle Dynastien fürchten, dass Eure Dynastie, die schon weit hin verbreitet ist, sich auch bei ihnen festsetzen könnte. Das Steuersystem, das seit drei Jahren in Kraft ist, verletzt gegenwärtig alle deutschen Interessen. Die politische Inquisition, die von einigen ungeschickten Agenten eingerichtet wurde, trifft jedes Nationalgefühl, jegliche Eigenliebe und alle Gewohnheiten schwer. Alle diese Ursachen und alle diese Überlegungen schüren den nationalen Hass gegen Eure Majestät. Das militärische Regime, das Deutschland auferlegt wurde, hat die Völker noch mehr als die Ministerien in Erregung versetzt.»

Napoleon erzürnte sich nicht. In seinen Träumen beschäftigte ihn das trügerische Bild jenes Europa weiter, das sich in der Wirklichkeit den Gebilden seiner Phantasie und den Anstrengungen seines vereinheitlichenden Willens entzog. Vielleicht aber auch begann er damals zu erkennen, dass die Mannigfaltigkeit der europäischen Völker und ihr Hang zur Freiheit, ein Hang, den ihr dreifaches gemeinsames Erbe von Recht, Kultur und Religion immer mehr zur Entwicklung brachte, sie hinderten, sich einer mit Gewalt auferlegten und mit Willkür aufrechterhaltenen Einheit anzupassen. Die einzige Einheit, nach der Europa trachten konnte, war in der Tat durch seine ethnische Gestaltung bedingt, durch seine historischen Traditionen, durch den Geist und den Charakter seiner Zivilisation. War es diesem Europa nicht absolut unmöglich, sich selbst anders in höherer Form zu verwirklichen denn nach den

EINLEITUNG

Prinzipien des Rechtes, des Masses und des Gleichgewichts? War dies nicht übrigens die entscheidende Lehre aus jenem schrecklichen Feldzug, in dem alle entfesselten Elemente, die ganze ungeheure Weite des russischen Raumes und alle die ungezählten Scharen von Kriegern aus Asien dazu beigetragen hatten, ein notwendiges Gleichgewicht wiederherzustellen und, indem sie das krasse Übergewicht einer Macht des Kontinents brachen, ohne ihren Willen vielleicht und gegen ihre Natur eine hervorragend europäische Rolle erfüllten?

Bald darauf, als auf dem Schlachtfeld von Leipzig die europäischen Völker eine Einheitsfront bildeten, nicht um ihm zu dienen, sondern um ihn zu überwinden, bekam Napoleon die ganze Schwere des Problems zu spüren, dessen Lösung er vergeblich versucht hatte.

Das gleiche Problem beunruhigt uns heute und stellt uns in jeder neuen Phase dieses blutigen Krieges vor neue Möglichkeiten und Lösungen. Russland, dessen bolschewistische Politik eine sehr reale Gefahr für Europa darzustellen schien, erfüllt von Neuem in einem entscheidenden Ringen seine Rolle als Gegengewicht. Aus diesem Ringen, in dem unsere Zivilisation ins Wanken geraten ist und verschwinden kann, erhebt sich die Idee des Gleichgewichts, die mehr und mehr das wesentliche Merkmal jedes kollektiven Aufbaus, der Europa zu retten vermöchte, sein zu müssen scheint: Gleichgewicht im Innern des Kontinents, um die Einheit in der Gerechtigkeit und im Respekt vor den Rechten jedes Einzelnen zu sichern; Gleichgewicht an den äussern Grenzen des Kontinents, wo die Grenzstaaten wiederhergestellt und in Gruppen zusammengefasst werden müssen, um die Interessen und die wesentlichen Positionen des allgemeinen Friedens zu sichern und zu verteidigen; Gleichgewicht und Masshalten in der Festlegung der europäischen Absichten und Ansprüche, die gegen niemanden gerichtet und keinem andern Kontinent entgegengesetzt sein können.

Der grosse Kaiser, dessen Erinnerung uns in diesen Tagen der allgemeinen Umwälzung oft heimsucht, hatte sich bis zu dieser hohem Auffassung der kontinentalen Einheit durchgerungen. Mit der Erhabenheit des Genies, das, nachdem es nichts Schlechtes mehr tun konnte, umso freier war, Gutes zu denken, vermachte Napoleon seinem Sohne

KRIEG IM OSTEN

seine letzten europäischen Gedanken, die Frucht seiner langen Erfahrung aus Kämpfen und Überlegungen: *«Ich habe versucht, Europa durch die Waffen zu beherrschen; heute muss man es überzeugen. Europa muss durch die Zustimmung Aller geeint werden.»*

Werden wir in unsern Tagen, in einer Epoche, die noch viel tiefer aufgewühlt ist als jene, die er gekannt hat, den letzten Rat Napoleons befolgt sehen?

Allerdings: der Kaiser sprach erst auf St. Helena so, nachdem er seine ruhmreichen, aber vergeblichen Kriegszüge hart gesühnt hatte.

Wir sind noch nicht so weit.

Wir stehen erst in der Etappe des russischen Feldzuges.

Genf, im Januar 1942.

Erstes Kapitel

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

(21. AUGUST 1939¹⁾)

Ursachen der deutsch-russischen Annäherung. – Tragweite und Rechtfertigung des Abkommens. – Entwicklung des Sowjetstaates: Festigung der militärischen Disziplin, Erwachen des Nationalgefühls. – Analogien und Gegensätze zwischen dem nationalsozialistischen und dem Sowjetregime. – Hitler und Molotow verkünden die Festigkeit des Abkommens.

Das unvermutete Erscheinen des Herrn von Ribbentrop in Moskau am 21. August 1939 rief in der ganzen Welt eine ungeheure Überraschung hervor.

Die Welt glaubte noch an den tiefen Gegensatz zwischen Berlin und Moskau. Sie vertraute der nationalsozialistischen und bolschewistischen Propaganda und zweifelte nicht, dass zwischen beiden Staatsformen und beiden Ideologien eine unüberbrückbare Kluft bestände. War nicht der Bolschewismus der unversöhnliche Feind des Faschismus in allen seinen Formen? War nicht der Nationalsozialismus das sicherste Bollwerk gegen den Bolschewismus? Hatten nicht die beiden verfeindeten Bewegungen das unglückliche Spanien mit grausamer Erbitterung zerfetzt, stiessen sie nicht überall in Europa aufeinander, zerstörten die geistige

¹⁾ Der «Coup de théâtre» der Zusammenkunft Ribbentrop-Molotow in Moskau ereignete sich am 21. August 1939; der deutsch-russische Nichtangriffs- und Freundschaftspakt wurde zwei Tage später, am 23. August, unterzeichnet. Wir verwenden hier das Datum des 21. August für die Gesamtheit der Tatsachen, die sich auf den Abschluss des Moskauer Abkommens beziehen.

Einheit der Völker und nährten Unruhen? Reizten sie nicht die totalitären Staatslenker diesseits und jenseits der unübersteigbaren Barrikade, Schmähungen, Beleidigungen und furchtbare Drohungen gegeneinander zu richten, die die Welt erzittern liessen?

All dies hinderte Molotow nicht, Herrn von Ribbentrop den denkbar besten Empfang zu bereiten. In wenigen Stunden waren die unversöhnlichen Feinde einig; die «grundsätzlichen» Fragen waren gelöst, die Teilungen vollzogen, der Nichtangriffs- und Freundschaftspakt unter Dach und Fach gebracht. Eine offizielle Photographie verewigte das herzliche Lächeln, mit dem Stalin den Abgesandten Hitlers zu beglücken geruhte. Ein «epochales» Ereignis, so sagte die deutsche Presse, regelte «endgültig und für alle Zeiten das Schicksal Osteuropas».

Vor allem bewies dieses Ereignis, dass zwischen totalitären Machthabern, genau wie zwischen den Staatslenkern der alten Regierungsformen, die Politik wichtiger war als die Ideologie. Wie sehr auch eine in Spaltungsmanövern geschickte Propaganda die Gegensätze aufgebaut haben, wieviel Unruhe in der Welt durch den Irrtum derer entstanden sein mochte, die aus Abscheu vor den faschistischen Ideen dem Kommunismus anheimgefallen waren oder im Nationalsozialismus eine Zuflucht gegen die bolschewistische Gefahr gesucht hatten: der Gegensatz zwischen den beiden gleich extremen, gleich masslosen und intoleranten Tendenzen konnte die beiderseitigen Staatsinteressen nicht hindern, sich über alle doktrinären Abgründe hinweg zu verständigen.

Deutschland stand am Vorabend eines Krieges, den es als unvermeidlich empfand, weil es der Welt gewisse Veränderungen aufzwingen wollte, die unweigerlich zum Kriege führen mussten. Deutschland hatte darum ein entscheidendes Interesse daran, sich vorher zu versichern, dass es nur auf einer Front zu kämpfen haben werde. Hitler hatte niemals ein Geheimnis daraus gemacht, dass seine Taktik darin bestand, die Probleme nacheinander zu lösen und seine Gegner uneins zu machen. Nach München war es für ihn nicht mehr möglich, im Westen ein neues Kompromiss zu suchen; er musste es im Osten anstreben.

Russland seinerseits fürchtete Deutschland. Es kannte die deutschen Absichten auf die Ukraine und den Kaukasus. Es war, besser als irgend-

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

wer in Europa, über den Stand der Vorbereitungen der Wehrmacht informiert. Die Politik der kollektiven Sicherheit und des unteilbaren Friedens, die Litwinow in Genf vertrat, hatte in München Schiffbruch erlitten. Stalin glaubte nicht mehr an die Möglichkeit, Deutschland durch eine kollektive Anstrengung im Zaum zu halten. Er fürchtete, dass die Westmächte in München endgültig auf das Prinzip der europäischen Solidarität verzichtet und Deutschland den gesamten Osten des Kontinents freigegeben hätten. Um nicht als Erster und allein dem Ansturm der deutschen Truppen ausgesetzt zu sein, musste er also schleunigst der egoistischen Politik des Westens eine «realistische» Politik des Ostens entgegenstellen. Litwinow musste Molotow weichen. Stalin kämpfte nicht mehr um die Verhütung des Krieges, sondern ausschliesslich dafür, ihn von den Grenzen seines Landes abzuwenden. Er musste auf diese Weise dazu beitragen, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu erleichtern und zu beschleunigen. Seine realistische Politik liess sich nicht von irgendwelchen Skrupeln aufhalten. Da er die Engländer und Franzosen verdächtigte, auf seine Kosten mit Deutschland Halbpakt gemacht zu haben, so hatte er keine Bedenken, den Angriff auf sie abzulenken. Ein Krieg im Westen, der alle Aussicht hatte, lang und für alle Völker des Westens erschöpfend zu sein, bot im Übrigen für Russland die Garantie des Friedens in der Gegenwart und des Übergewichts in der Zukunft. Aber Molotow musste auch als Lohn für die neue Politik, die er einleitete, und als Preis für die Handlungsfreiheit, die er Deutschland sicherte, einen unmittelbaren Vorteil erlangen. Hatte er von sich aus die Hälfte Polens und die alten russischen Grenzen von 1914 gefordert? Oder hatte Ribbentrop diesen Köder ausgeworfen, um die Zustimmung der Sowjets zu erlangen? Sicher ist jedenfalls, dass der Handel schnell abgeschlossen wurde. Deutschland bezahlte den Preis von Tilsit: ein Teil Finnlands, die baltischen Staaten, Bessarabien. Es öffnete die Tore Europas, vom Finnischen Meerbusen bis zur Donaumündung, denen, die ihm bis dahin als die schlimmsten Feinde der Zivilisation gegolten hatten. Als Gegenleistung erhielt es die Möglichkeit, einige Tage später Polen anzugreifen.

Dieser diplomatische Erfolg durfte nicht im engen Rahmen eines be-

sonderen und tagespolitischen Abkommens bleiben. Es lag im Interesse beider Partner, ihm die Bedeutung und das Gewicht einer neuen Osteuropa-Charta zu geben, der vernünftigen und endgültigen Organisation einer «Neuordnung» in einem Gebiet, in dem künftig ausschliesslich Deutschland und Russland sich das gemeinsame Entscheidungsrecht vorbehalten. Die deutsche Presse bereitete den Boden vor, die Sowjetpresse folgte mit Begeisterung. Die Leiter des Reiches wie der Sowjetunion bekräftigten feierlich, dass sich die Angelegenheiten des Ostens künftig nur noch unter dem Zeichen der deutsch-russischen Zusammenarbeit entwickeln dürften. Das bedeutete nicht nur ein endgültiges Abkommen über gewisse Teilungen, sondern auch ein vollständiges Einverständnis über eine dauernde Zusammenarbeit, die nach und nach alle auftauchenden Fragen regeln sollte, welche die beiden Partner gleichermaßen interessierten.

Eine solche Zusammenarbeit bedingte vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen, die weder die Russen noch die Deutschen, durch eine Mauer wechselseitigen Hasses und gegenseitiger Verachtung voneinander getrennt, leicht verstehen und würdigen konnten. Um sie den Völkern zu erklären, genügte es nicht, sich auf ein blosses Staatsinteresse zu berufen. Es bedurfte einer höheren Rechtfertigung. Die deutsche Propaganda machte alle Anstrengungen, sie zu finden. War nicht die Sowjetunion dank der energischen und realistischen Leitung ihres Führers gerade im Begriff, sich zu einer neuen Form des Sozialismus, eines ganz von nationalem Geist durchdrungenen Sozialismus, zu entwickeln, der Russland den anderen totalitären Staaten Europas nähern und es mehr und mehr zum «kapitalistischen Imperialismus der plutokratischen Staaten» in Gegensatz bringen würde? War es nicht natürlich und legitim, eine Einheitsfront der «proletarischen, jungen und revolutionären» Staaten gegen die «Ausbeuterstaaten des alten Regimes» zu bilden? Die Spuren solcher Gedankengänge fand man überall, sogar in den Reden der höchsten Würdenträger des Reiches. Reichskanzler Hitler selbst liess sich dazu hinreissen, seine sozialen Bestrebungen auf internationales Gebiet zu übertragen, um seinem neuen Partner gefällig zu sein. Der Apostel der ideologischen Annäherung zwischen dem

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

deutschen Nationalsozialismus und dem Nationalbolschewismus der Sowjetunion war aber Ribbentrop, der Urheber und Unterzeichner der Moskauer Abkommen.

Ich entsinne mich eines Besuches, den mir einer der wichtigsten Mitarbeiter Ribbentrops am 21. März 1940 im Ministerium des Äussern in Bukarest abstattete. Er kam aus Rom; dorthin hatte er seinen Chef begleitet, der wieder einmal dem widerstrebenden Bundesgenossen die Vorzüge und Verdienste der deutschen Politik gegenüber Russland auseinandergesetzt hatte. Der Abgesandte Ribbentrops hatte den Auftrag, mir die Argumente seines Chefs mitzuteilen und einige Gesichtspunkte, die sich auf die besondern Interessen Rumäniens bezogen, hinzuzufügen. Ich erfuhr so, dass der Reichsaussenminister mit der Überzeugung aus Moskau zurückgekehrt war, dass Russland kein bolschewistisches Regime mehr habe, sondern sich unter der Leitung eines klarblickenden Führers mit raschen Schritten einem nationalistischen Regime auf sozialistischer Basis zuwende. Bewies nicht das ganz besondere Interesse, das die Lenker Sowjetrusslands für die alten Grenzen des Heiligen Russland entdeckt hatten, ihre Entwicklung im nationalistischen Sinne? Ein solches Regime, das immer grösseres Verständnis für die politischen Tendenzen der Achse hatte und immer weniger Rücksicht auf die Juden nahm, war nach den Ansichten Ribbentrops vollkommen qualifiziert, an der Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa mitzuwirken. Die wirtschaftliche Unterstützung, die die Sowjets Deutschland geben konnten, war beachtlich, ja sogar ausschlaggebend. Das Wirtschaftsabkommen, das bis in die Einzelheiten ausgearbeitet worden war, wurde von den Sowjets, die sich des unberechtigten Rufes der Unzuverlässigkeit und Inkompetenz entledigen wollten, mit äusserster Pünktlichkeit durchgeführt. Und diese wirtschaftliche Zusammenarbeit würde Russland noch mehr den nationalen und sozialen Regierungsformen des Dritten Reiches annähern.

Diese Anschauungen Ribbentrops von der russischen Politik habe ich bei allen diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Vertretern des Reiches in Moskau wiedergefunden. Alle waren überzeugt, dass Russland Deutschland entscheidende Unterstützung bieten wollte und konnte.

KRIEG IM OSTEN

Alle betrachteten das Abkommen vom 21. August 1939 nicht nur als diplomatischen Erfolg, sondern als das wertvollste Instrument des Sieges. Dieses Abkommen hatte den deutschen Sieg über Polen und über Frankreich bestimmt: es war berufen, auch den Endsieg zu sichern, indem es Deutschland gestattete, der englischen Blockade standzuhalten, sich zu versorgen, sich zu bewaffnen und Zeit zu gewinnen. So wachten sie alle, vom kleinsten Journalisten bis zum Chef der Botschaft, darüber, dass dieses Instrument des Kampfes und des Erfolges ihrem Lande niemals fehlen möge. Es gab in Moskau keinen Deutschen, der sich nicht bemüht hätte, die Fortschritte und die ungeheuren Möglichkeiten des Sowjetreiches ins rechte Licht zu rücken, ebenso wie die Übereinstimmung der deutsch-russischen Interessen, die Zuverlässigkeit der Sowjetunion in der Ausführung und Lieferung der deutschen Bestellungen, die Weisheit der Moskauer Staatslenker: die Loyalität Molotows, den lebhaften Geist Mikojans, die militärische Schulung Timoschenkos und vor allem die überragende Politik, den feinen diplomatischen Sinn, das Genie, ja das Genie des grossen Staatsmannes Stalin . . .!

Jeder Artikel der Sowjetpresse, der gegenüber dem Reich wohlwollend war, wurde in den deutschen Zeitungen wiedergegeben und ausführlich erörtert. Jeder Annäherungsversuch, den Sir Stafford Cripps oder Steinhardt, der tatkräftige und gewandte Botschafter der Vereinigten Staaten, unternahm, wurde denunziert und gebrandmarkt. Jede Schwierigkeit, die in den deutsch-russischen Beziehungen auftauchte, wurde von der Propaganda abgeleugnet, noch ehe sie von der Diplomatie aus der Welt geschafft wurde. Die Überzeugung, dass kein Interessenkonflikt denkbar sei, der nicht durch ein Kompromiss zu beseitigen wäre, beherrschte die eifrig ergebenden Mitarbeiter des Grafen Schulenburg ohne Ausnahme.

Ich fand bei ihnen alle Gedankengänge, die eine lange und vertrauensvolle Zusammenarbeit erleichtern konnten, so wie sie mir der Abgesandte Ribbentrops in Bukarest auseinandergesetzt hatte: die Überzeugung, dass der Bolschewismus sich in nationalem Sinne entwickle; das Vertrauen in die entscheidende Hilfe, die die Wirtschaft der Sowjetunion dem Reiche zu geben berufen wäre, ein erstaunliches Verhält-

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

nis für die territorialen Forderungen und imperialistischen Ziele Russlands.

Die Schlagworte und Formeln wie «endgültige Lösung» und «ewige Dauer», an denen die deutsche Propaganda so überreich ist, trugen dazu bei, dem Abkommen zwischen Moskau und Berlin einen festen und dauerhaften Charakter zuzuschreiben.

Die deutsche Vertretung in der Sowjetunion war sicher nicht im Unrecht, wenn sie der wirtschaftlichen Hilfe, die Russland Deutschland zu gewähren sich verpflichtet hatte, eine grosse Bedeutung beimass. Russland lieferte Getreide, Brenn- und Rohstoffe. Diese Hilfe nahm im Verlauf neuer Abkommen einen Umfang an, der in der Tat eine entscheidende Stütze für den deutschen Widerstand darstellte. Sie bedeutete allerdings auch eine Hypothek der Sowjetunion auf die notwendigen Lieferungen an das Reich und durch das Reich an den ganzen von den deutschen Truppen besetzten Kontinent.

Ebensowenig täuschten sich die Deutschen, wenn sie dem Wiederaufleben des russischen Nationalismus eine besondere Bedeutung beimassen. Diese Wiederbelebung des Nationalgefühls war augenfällig. In den Reden der Staatslenker, in der Presse, im Theater, überall, wo die öffentliche Meinung sich bildete, wurde der Sowjetpatriotismus, gesteigert durch russischen Nationalismus, gefeiert. Wie noch alle Staatserbauer war Stalin bemüht, solide Stützpunkte zu finden, um ein dauerhaftes und widerstandsfähiges Werk zu errichten; so war er, wie andere vor ihm, dahin gelangt, das Ansehen der Familie, der Armee und des Vaterlandes hochzuhalten und wieder anzuerkennen. Die Revolution hatte ihren Charakter geändert. Sie hatte ihn geändert durch die Macht der Tatsachen, durch die innern Schwierigkeiten, die einen Staat, der leben und dauern wollte, auf den Weg der Ordnung drängten, durch die Drohungen von aussen, die Russland in Gefahr brachten und denen es nur mit gefestigten und geeinten Kräften die Stirn bieten konnte; endlich durch die Notwendigkeit, die in den kritischsten Augenblicken die bewährten Einrichtungen und die geistigen Werte wieder zu Ehren bringt. Jeder Tag gab mit einem neuen Dekret der Familie ein Teilchen ihrer alten Vorrechte und ihrer alten Autorität zurück; die Kinder traten

KRIEG IM OSTEN

wieder unter die väterliche Zucht, die Einrichtung der Ehe wurde gefestigt und verteidigt, die Abtreibung wurde wieder strafbar, die Ehescheidung wurde erschwert. Ebenso brachte jeder Tag des Jahres 1940 Anweisungen der Regierung zur Verstärkung der Disziplin in der Armee. Ein Dekret schaffte den berühmten «Prikas Nr. 1» der Revolution ab, der, im Verlaufe des letzten Krieges, den militärischen Gruss beseitigt hatte. Ich erinnere mich an die Wirkung, die seinerzeit diese erste revolutionäre Massnahme in den Reihen der russischen Armee hatte, die Seite an Seite mit der rumänischen Armee am Sereth kämpfte. Die Soldaten waren von einem Ereignis berauscht, dessen Bedeutung und Tragweite sie nicht voll erfassten; die Offiziere rissen voller Verzweiflung ihre Rangabzeichen von den Uniformen. An diesem Tage hörte die Armee des Zaren auf zu bestehen. Ein Vierteljahrhundert später durfte ich der Wiederherstellung des militärischen Grusses beiwohnen. Auf einem unbebauten Gelände hinter unserer Gesandtschaft in Moskau exerzierten junge Rekruten. Hoherhobenen Hauptes, mit geschwellter Brust und durchgedrückten Knien marschierten sie an ihren martialisch aussehenden Unteroffizieren vorbei und bemühten sich mit einer gewissen heitern Neugierde aufs Beste, die Ehrenbezeugung auszuführen, das für sie noch unbekanntes Symbol der Disziplin und des Respekts vor der Rangordnung. Russland war auf dem besten Wege, sich wieder eine kampffähige Armee zu schaffen. Mit Freude, manchmal fast mit ausschweifendem Jubel wurden die Rangabzeichen, die verbrämten Uniformen, die Dekorationen aller Art, die Grösse und Dienstpflichten des Soldatenlebens kennzeichneten, wiederhergestellt. Auf der Brust der Marschälle glitzerten goldene Sterne, die mit kostbaren Steinen von einer Pracht verziert waren, wie sie die bürgerliche Welt kaum kannte. Das alles waren nur die äusseren Zeichen einer gigantischen Anstrengung, die alle ökonomischen und finanziellen Hilfsquellen, alle Kräfte der Arbeit und der Produktion des riesigen Reiches in ihren Dienst zwang, um das gewaltigste Kriegsinstrument zu schmieden, das Russland jemals besessen hatte.

Dieses Instrument brauchte den Atem des Enthusiasmus, diese neue Armee brauchte ein Vaterland. Die offizielle Propaganda bemühte sich, es ihr zu geben. Seit mehreren Jahren verherrlichte die Sowjetpresse den

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

Geist der Hingabe und den militärischen Mut. Bei allen öffentlichen Kundgebungen hatte die Rote Armee den Ehrenplatz inne: die Redner der Partei sangen ihr Loblieder, und grosse Plakate, die bei den offiziellen Festen die öffentlichen Gebäude schmückten, priesen ihre Tugenden. Aber man brauchte mehr als abstrakte Formeln aus dem alten Revolutionsarsenal, um Russland, das sich unter dem Antrieb seiner inneren Kräfte und unter der Drohung des Krieges umformte, das Gefühl seiner Grösse und die Entschlossenheit zum Kampf zu geben. Die offizielle Propaganda sah sich gezwungen, diesen neuen Möglichkeiten Rechnung zu tragen: von unwiderstehlichen Strömungen mehr getrieben als sie lenkend, gelangte sie dahin, jene Definition des Vaterlandes zu geben, die man erwartete und nach der man verlangte. Das war nun nicht mehr das grosse abstrakte und internationale Vaterland der Proletarier aller Länder, das man gegen die Drohungen des Auslandes zu verteidigen geschworen hatte, sondern ein begrenzteres, aber bestimmteres und wirklicheres Vaterland, das, trotz der Initialen, die es umhüllten, im Bewusstsein jedes Einzelnen eine eindeutige Klarheit gewonnen hatte: das Sowjetvaterland – die U.d.S.S.R. Von hier aus war es nur noch ein Schritt bis zum russischen Vaterland, das noch so stark in der Erinnerung einer doch von Grund auf umgestürzten und veränderten Gesellschaft lebte, und das so mächtige Hingabe und Begeisterung zu wecken vermochte. Dieser letzte Schritt wurde in dem Jahre getan, das dem Kriege voranging, ohne dass die aufmerksamsten Beobachter des russischen Geschehens sich Rechenschaft darüber geben konnten, ob es sich hier um eine Entwicklung, einen endgültigen «Verrat» an der Revolution oder um eine revolutionäre List handle, die das russische Nationalgefühl mit seinem unschätzbaren Wert für die Verteidigung des Landes zugunsten des herrschenden Regimes ausbeutete. Dieses Problem wird seine Lösung erst durch den Krieg selbst finden, jenen riesigen Schmelztiegel, in dem sich die namenlosen Leiden, Schrecken und Opfer, alter und neuer Glauben vermischen, und aus dem die endgültigen Formen des Russland von Morgen hervorgehen können.

Es ist nicht ohne Interesse, sich zu erinnern, auf welche Weise das Theater, das besser als die offizielle Propaganda die vorherrschenden

KRIEG IM OSTEN

Ideen und die allgemeine Geistesverfassung zum Ausdruck bringen konnte, das Nationalgefühl darstellte, wie es sich in der Periode der Umformung, die dem Kriege voranging, von Neuem bekundete. Unter den zahllosen Stücken politischen oder geschichtlichen Inhalts, die damals in Moskau gespielt wurden, hielten sich zwei lange Zeit auf dem Programm und erwarben die ganz besondere Zustimmung des Publikums. Das erste stellte das Leben einer Offiziersfamilie des alten Regimes dar, die durch die Wechselfälle des Bürgerkrieges in der Ukraine bis an die Schwelle der bolschewistischen Revolution getragen wird. Der Held des Stückes kämpft im Namen des Zaren und des unteilbaren Russland gegen die separatistischen Bewegungen von Skoropatski und Petljura. Aber am Tage des bolschewistischen Sieges weigert er sich, sein Vaterland zu verlassen. Er wird dem Schicksal Russlands folgen und sich in das neue Regime einfügen, denn er ist mit der Erde verbunden, auf der er lebte und kämpfte, und diese Bande können durch keine Veränderung gebrochen werden.

Das zweite Stück war dem Marschall Kutusow gewidmet, dem Gegner Napoleons. Der alte Krieger zieht im Bunde mit den Massen des Volkes und den Naturgewalten den Sieger Europas tief in die russischen Steppen und lässt ihn dem Winter und dem Brand von Moskau begegnen. Dann verfolgt er den Eindringling bis an die Grenzen des Reiches, wobei er den Kampfesfeier seiner Truppen und die zähe Hingabe der «Partisanen», die schon damals die wertvollsten Hilfskräfte des russischen Oberkommandos waren, unermüdlich anfeuert. Aber als es darum geht, die Grenzen zu überschreiten, um den Befreiungskrieg nach Europa zu tragen, widersetzt sich der Marschall den ehrgeizigen Plänen seines Kaisers. Seine Bestimmung war es, das Vaterland zu verteidigen und den Feind von der Heiligen Erde der Heimat zu verjagen. Er weigert sich, russische Soldaten für eine Sache zu opfern, die ihnen fremd ist. Er überlässt es Alexander, allein den Sieg auszubeuten, der nun errungen ist. Er selbst wird nicht weitergehen. Und man versteht wohl, dass der Autor und ebenso das Publikum Kutusow recht geben.

Das Nationalgefühl, das in diesen Stücken zum Ausdruck kommt, ist konservativ. Es ist erdgebunden und nährt sich von den ältesten geschicht-

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

lichen, ja sogar religiösen Überlieferungen. Die Idee des Vaterlandes, der es durch alle Wechselfälle und alle Veränderungen hindurch treu blieb, besass einen beständigen Charakter, und dies um so mehr, als sie besser definiert und räumlich begrenzter war. Sicher kann sich der Imperialismus, mag er nun revolutionär oder panslavistisch sein, in allen seinen Formen immer eines solchen Nationalgefühls bemächtigen und es seinen Zielen dienstbar machen. Der Imperialismus der Lenker der Sowjetunion, der durch das Abkommen von Moskau neu belebt wurde und sich mehr und mehr der Politik der Zaren annäherte, hat sich dies nicht entgehen lassen. Aber in seinem Kern war dieses Gefühl nicht expansiv, und es war vor allem im tiefsten Grunde vom deutschen Rassenationalismus verschieden.

Ribbentrop war nicht im Unrecht, wenn er zwischen dem Erwachen des russischen Nationalismus und dem Abschluss des Moskauer Paktes einen Zusammenhang herstellte. Die neue Politik Stalins hatte in einem kritischen Augenblick ihre Zuflucht bei diesem Nationalismus gesucht und sich auf ihn gestützt. Die Regierung der Sowjetunion war durch die Machenschaften von München ernstlich beunruhigt worden; sie fürchtete dunkle Kombinationen gegen die Sicherheit Russlands und war der Ansicht, dass Westeuropa einen vollen Beweis seiner Schwäche geliefert habe. Diese Regierung hatte die deutsche Gefahr niemals erkannt oder unterschätzt. Nach München ging sie davon aus, dass sie, um sich dieser Gefahr zu erwehren, auf niemanden mehr zählen könne. Russland blieb allein; die Politik der kollektiven Sicherheit war gescheitert, man musste seine Zuflucht bei einer *nationalen Verteidigungspolitik* nehmen. Von nun ab galt es nicht mehr, seine Losungen und sein politisches Vorgehen dem Verhalten anderer Nationen anzupassen. Russland musste mit seinen eigenen Mitteln kämpfen, und diese Mittel musste es denen des Gegners anpassen. Die Sowjetregierung hatte nur ein Ziel: die feindliche Bedrohung abzuwenden und den Angriff gegen Russland zu verhindern. In diesem Sinne war das Abkommen von Moskau ein Akt nationaler Politik. Es entsprach der Bedeutung, die man dem bodenständigen und exklusiven Patriotismus Kutusows gab.

Wenn aber Ribbentrop seine Hoffnung auf ein Erwachen des russi-

KRIEG IM OSTEN

schen Nationalismus in dem Sinne setzte, dass man daraus das Gegenstück des Hitlerschen Nationalismus machen und so die Zusammenarbeit von zwei auf dem gleichen Prinzip gegründeten und von ähnlichen Impulsen belebten Staaten rechtfertigen könnte, so war das gewiss nicht in den Tatsachen begründet. Es war nicht richtig, vom Erwachen dieses Gefühls auf eine Veränderung der innern Struktur des Sowjetstaates unter dem Einfluss eines faschistischen Prinzips zu schließen, und es war ebenso falsch zu glauben, dass Stalin, indem er sich der bewährten Einrichtungen und der geistigen Werte der Vergangenheit bediente, kein anderes Ziel gehabt hätte als den Triumph des Dritten Reichs zu sichern.

Der Erfolg der deutschen Politik gegenüber Russland und die Leichtigkeit, mit der die Formeln des Moskauer Abkommens gefunden worden waren, erklären sich nicht aus der Übereinstimmung der wirklichen Gefühle der beiden Völker, sondern aus der äusserlichen Ähnlichkeit zwischen der Geistesart der Lenker dieser beiden Reiche. Wenn man ein autoritäres Regime durch die Gesamtheit der Grundsätze, Methoden und Massnahmen kennzeichnen darf, die gewisse Inhaber der Staatsgewalt dem Lande, das sie regieren, auferlegen, so muss man von der Zahl und der Bedeutung der Elemente betroffen sein, die dem Regime Hitlers in Deutschland und dem Stalins in Russland gemeinsam zu sein schienen. Die gleiche autoritäre und unwiderrufliche Art, den Willen des Führers durchzusetzen; die gleiche Entschlossenheit des Führers, über alle und gegen alle die höchste Autorität zu wahren; der gleiche Mangel an Kontrolle, Kritik und jeglicher Kundgebung einer unabhängigen öffentlichen Meinung, ein Mangel an Kontrolle, der den Diktatoren ihre volle Bewegungsfreiheit sichert und ihnen die Möglichkeit gibt, durch eine geschickte Propaganda die erstaunlichsten Kehrtwendungen zu rechtfertigen; das gleiche Interesse für die «Masse», als einzigen Gegenstand der politischen Sorge eines totalen Staates; das gleiche Verlangen, immer grössere und grössere Massen zu organisieren, zu armieren, zu motorisieren und zu mechanisieren. («Achtzig Millionen Deutsche», schrieb mit namenlosem Stolz ein Berliner Blatt am Tage nach der Reise Ribbentrops nach Moskau, «und einhundertachtzig Millionen

Grigore Gafencu

**VORSPIEL
ZUM
KRIEG IM OSTEN**

... hier schief Rumküniens einstiger Außenminister und letzter Botschafter
in Moskau nicht nur den Tatsachenbericht eines Kreuzzuges der Weltge-
schichte über das, was sich hinter den Kulissen der großen Politik abge-
spielt hat, sondern zugleich **EIN HISTORISCHES STANDARDWERK**,
das jeder denkende Europäer gelesen haben muß — und das die Nachwelt
immer wieder lesen wird ...

VERLAG AMSTUTZ, BERLIN & CO., BERLIN

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

Russen! Ihr Bündnis schafft einen Block, der die grösste militärische und industrielle Macht der Welt darstellt, und ein Reich, das sich in Europa und in Asien über die grösste Ländermasse erstreckt, die es jemals gegeben hat»). Die gleiche Verachtung für die kleinen Staaten, die ihre Sicherheit, ihre Neutralität und ihre Existenz nicht allein verteidigen können; das gleiche Verlangen, sie in den Lebensraum aufzusaugen, der den Weltreichen vorbehalten ist; die gleiche Vorliebe für einfache geographische Linien, die man kühn zieht und mit denen man die angrenzenden Staaten in zwei Teile zerschneidet. Der gleiche Kult der Gewalt: der Militarismus der Sowjetunion, in dessen Dienst die Arbeit, die industrielle Produktion, die militärische Ausbildung aller Bürger und sogar die Erziehung der Kinder gestellt wurden, bleibt dem deutschen Militarismus nichts schuldig. Die gleiche wirtschaftliche Romantik: die Tendenz, gigantische Träume zu nähren, Pläne über Jahre und Epochen zu erstrecken, Projekte auszuarbeiten, um die Energie der Flüsse und Meere einzufangen und Berge zu versetzen. Endlich das gleiche Verlangen, die Ordnung der Dinge umzustürzen und die Götter selbst zu erstaunen – mochten auch die soziale Idee und der schöpferische Elan entgegengesetzten Inhalts sein.

Diese so ähnlichen politischen Methoden schufen, sobald sich die erste Überraschung über den «Theatercoup» der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Molotow und Ribbentrop gelegt hatte, in Berlin wie in Moskau eine äusserst günstige Atmosphäre für politische Zusammenarbeit. Es schien, als wäre den beiden Regimen plötzlich, wie wenn ein Schleier zerrissen wäre, die Erleuchtung ihrer Verwandtschaft und aller Vorteile, die sie daraus ziehen konnten, aufgestiegen. Diese unerwartete Grundstimmung erleichterte die Fühlungnahme zwischen den leitenden Persönlichkeiten und gab ihren Beziehungen den Anstrich einer vertrauensvollen Intimität. Die unvermuteten Besuche, die raschen und plötzlichen Entscheidungen und die sensationellen Communiqués unterhielten ein Publikum, das Überraschungen und Neuigkeiten wollte, und erweckten den Eindruck, dass zwischen Berlin und Moskau alles möglich und nichts ausgeschlossen war. Das Abkommen selbst eröffnete, wenn man seinen amtlich bestellten Kommentatoren glauben

sollte, unbegrenzte Aussichten für die gemeinsame Aktion der beiden Reiche und enthielt alle Prinzipien, die geeignet waren, sie einander zu nähern: den Grundsatz der Autorität, der vom Boden der innern auf den der internationalen Politik verpflanzt wurzle; den Gedanken einer neuen Teilung der Welt in naher Zukunft nach dem Gesetz der Zahl, der Massen und der ihnen innewohnenden Dynamik; die Idee der sofortigen Teilung missliebiger Dritter und der Verwirklichung leichter und wertvoller Vorteile durch gemeinsame Bemühungen. Der Charakter des stillschweigenden Einverständnisses, welcher dem deutsch-russischen Bündnis bereits bei seinen ersten Schritten anhaftete, entfernte lästige Vorurteile von seinem Wege und schien ihm die grösste Bewegungsfreiheit zu gewähren; zur Zahl der zulässigen möglichen Aktionen fügte sich die unbegrenzte Zahl der unzulässigen Möglichkeiten. Der Eindruck, dass nichts die parallele Entwicklung der beiden verbündeten Imperialismen hemmen und dass keine Schwierigkeit zwischen ihnen auftauchen könnte, die nicht alsbald durch ein Kompromiss gelöst würde, hatte sich im ausländischen diplomatischen Korps verbreitet; viele Gesandtschaftschefs in Moskau, und nicht eben die unbedeutendsten und die am schlechtesten unterrichteten, sollten bis zum Tage des Kriegausbruches die unumstössliche Überzeugung bewahren, dass die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland durch ihre ganz besondere Natur so reich an Hilfsmitteln und Auswegen jeder Art sei, dass sie alle Hindernisse überwinden könne.

Und dennoch hat gerade der zweideutige Charakter dieses Bundes, der zu allen Übereinkommen bereit war, nicht nur sein Ende beschleunigt, sondern von allem Anfang an seinen katastrophalen Ausgang vorherbestimmt. Begründet auf einem gegenseitigen, gewissenhaft ausgewogenen Misstrauen, schien das Abkommen jeder Anfechtung zu spotten, die die Zeit bringen konnte. In Wirklichkeit waren die Grundmauern des Abkommens von vornherein durch dieses Misstrauen untergraben. Es gab keinen Grund dafür, dass die gegenseitigen Verpflichtungen, die man eingegangen war, mehr wert sein sollten als die Ziele, die man verfolgte.

Der tiefere Grund, der Berlin und Moskau einander angenähert hatte,

war offensichtlich die Vorsicht. Es war vorsichtig, dass Deutschland sich um jeden Preis den Rücken deckte, bevor es ins Feld zog. Es war von der Sowjetunion vorsichtig, das Reich von seinen ukrainischen Zielen abzulenken und es gen Westen zu drängen.

Diese Sorge um Vorsicht entpuppte sich in der Folge als grösste Unvorsichtigkeit für beide Teile.

Deutschland hatte, um den Preis eines für sein Prestige und für seine Sicherheit sehr kostspieligen Kompromisses, ein Reich gefestigt und vergrössert, das in der Zukunft sein gefährlichster Gegner werden sollte. Durch seine Anregungen, seine Angebote und Gefälligkeiten hatte es Sowjetrussland auf eine neue politische Bahn getrieben, hatte seinen Appetit geweckt, seine Begehrlichkeit nach dem Baltikum, nach der Donau und auf den Balkan gelenkt, seine Eroberungen begünstigt, seinen Geist durch leicht errungene Erfolge berauscht, seiner Eitelkeit als proletarischer Staat durch das unerwartete Anwachsen seines internationalen Prestiges geschmeichelt, mit einem Wort: einen Imperialismus wachgerufen, der seit langem schlummerte und der nur den rechten Augenblick erwartete, um seinen Platz gemäss den grossen Traditionen der zaristischen Politik wieder einzunehmen. Durch die Aktion Hitlers wurde sich Russland seiner Kräfte, seiner Grösse und seiner Bestimmung wieder bewusst; die Tore Europas öffneten sich vor ihm; eine nach der andern fielen die Schlüsselpositionen des Ostens wieder in seine Hand.

Konnte sich Deutschland wirklich einbilden, dass der von Ribbentrop in Moskau unterzeichnete Vertrag genügen könnte, diese Kräfte in Schach zu halten? War es nicht wahrscheinlicher, dass gerade dieser Vertrag, der die russischen Ambitionen aufgestachelt hatte, den Keim des Krieges von morgen in sich trug?

Die gleiche Unvorsichtigkeit wurde russischerseits begangen, wo doch die Furcht vor Deutschlands militärischer Stärke und der Wunsch, ihr nicht gewaltsam begegnen zu müssen, alle Entscheidungen bestimmte. Was bedeuteten in Wirklichkeit all diese leichten Eroberungen, die Russland über seine ethnischen und natürlichen Grenzen hinausführte, auf Kosten schwächerer Nachbarn, von denen die einen zertreten, die andern mit Gewalt Deutschland in die Arme geworfen wurden? Was be-

deuteten sie anderes als die unkluge Zerstörung von Pufferstaaten, deren Mission es gewesen war, ein friedliches Gleichgewicht zu sichern, indem sie die beiden grossen Reiche voneinander trennten. Überall wo die Russen, durch trügerische Erfolge verlockt, ihre Grenzen vorwärts gesteckt hatten, hatten sie die Punkte erreicht, an denen, als eine ständige Gefahr und kaum verhüllte Drohung, die Truppen der Wehrmacht konzentriert waren. Wenn die russischen Staatslenker sich veranlasst sahen, ihren Eroberungen einen defensiven Charakter und Wert zuzuschreiben, so geschah das nicht nur aus taktischen Gründen. Diese Eroberungen hatten sie der Gefahr näher gebracht und hatten sie gezwungen, in dem Masse, in dem Russland sich nach Westen ausdehnte, sich neuer Stellungen zu bemächtigen, um seine Verteidigung und seinen Widerstand zu sichern.

Der direkte Kontakt mit der deutschen Armee war ganz besonders beunruhigend, nachdem die französisch-englische Front zusammengebrochen war und die Westmächte, deren Widerstandskraft Russland wie so viele andere Staaten überschätzt hatte, nicht mehr auf dem Kontinent kämpften. Dieser Sieg hatte Deutschland weder erschöpft, noch ermüdet, und die siegreichen Truppen des Reiches schienen von nun ab in Europa keine andere Mission mehr zu haben als die, längs der Grenzen der Sowjetunion Wache zu halten. Das Abkommen, das die europäische Ordnung umgestürzt hatte, hatte einen schwerwiegenden Bruch des Gleichgewichts herbeigeführt, und zwar nicht nur im Westen, sondern auch im Osten.

Die Folgen einer solchen Umwälzung waren um so mehr zu fürchten, als seit der Erfüllung der ersten Bedingungen des Abkommens Zeichen der Unzufriedenheit sich bemerkbar machten. So diszipliniert das deutsche Volk auch war, es konnte nicht ohne Missvergnügen wahrnehmen, dass die Sowjetunion die Freiheit erlangt hatte, das tapferere finnische Volk, das einst in seinem Kampf für die Unabhängigkeit die Unterstützung der deutschen Armee gefunden hatte, nach Belieben zu misshandeln. Noch schmerzlicher war das Verschwinden der baltischen Staaten, das Deutschland zwang, seine Siedler, die seit Jahrhunderten in diesen Ostmarken des europäischen Kontinents niedergelassen waren,

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

zurückzuziehen. Die Besetzung Bessarabiens schliesslich bedeutete zunächst einen Schlag für Rumänien, einen Schlag, dessen unmittelbare Folgen das Gleichgewicht im Donaubecken umstürzten, Rumänien zur Aufgabe seiner Position der Neutralität und Unabhängigkeit zwangen, das Vordringen des Reiches bis zur Mündung der Donau und zum Schwarzen Meer herbeiführten. Dieser Schlag brachte die Interessen Russlands und die Interessen der Donaustaaten am Unterlauf der Donau in Gegensatz zueinander, und er führte schliesslich zu der unvermeidlichen Bindung Rumäniens an jede Politik, die auf die Befreiung Bessarabiens und der Donau tendierte. Nicht minder aber berührte dieser Schlag das Prestige des Deutschen Reiches, das der Vorkämpfer der Interessen Mitteleuropas und damit der berufene Verteidiger der Donau, von ihrer Quelle bis zu ihrer Mündung zu sein trachtete.

Die Unzufriedenheit, die hierdurch hervorgerufen wurde, war geeignet, auf die deutsch-russischen Beziehungen einen Schatten zu werfen und die glänzenden Erfolge der Ostpolitik des Reiches zu verdunkeln. Aber Hitler liess nicht zu, dass die Zusammenarbeit, die durch das Abkommen von Moskau so vertrauensvoll begründet schien, die Folgen einer solchen Unzufriedenheit zu verspüren bekam. In seiner Rede vom 17. Juli 1940, also kaum einen Monat nach der Besetzung Bessarabiens und der Bukowina durch Sowjetrussland, zog er vor dem Reichstag in den optimistischsten Ausdrücken die Bilanz der deutsch-russischen Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit, so erklärte der Kanzler, sei im vorigen Herbst in Moskau *«endgültig festgelegt»* worden. Das von den beiden Ländern unterzeichnete Abkommen habe *«auf das Genaueste und für alle Zukunft ihre beiderseitigen Interessengebiete und das, was künftig als deutsche und als russische Interessen betrachtet werden müsse, festgelegt.»*

Durch diese «endgültige» und «für alle Zukunft» angesagte Bestätigung des Bündnisses zwischen Berlin und Moskau liess der Führer gewisse Kompromisse, die nicht nur Kompromisse der Interessen, sondern auch der Grundsätze waren, in die Vergessenheit versinken. Von «Interessengebieten» sprechen, die man sich teilt, statt von «Lebensraum», den man erobert – hiess das nicht, vom hohen revolutionären Sockel zu den alten diplomatischen Formeln hinuntersteigen? Auf die

Ukraine und auf die leidenschaftlichsten Kapitel von *«Mein Kampf»* verzichten, um dafür einige angrenzende Staaten in zwei Hälften zu teilen, bedeutete das nicht, für immer das berauschte Streben nach grenzenlosen Horizonten zugunsten eng begrenzter und dürftiger Ziele eines armseligen Kuhhandels aufzugeben?

Es hat nicht viel Sinn, sich zu fragen, ob Hitler ehrlich war, als er diese so kategorischen Erklärungen abgab. Sicher war er es nicht in dem Sinne, dass er «für alle Zukunft» auf seine Ziele im Osten verzichtet hätte – Ziele, für die er kaum ein Jahr später den Kampf wiederaufnehmen sollte. Aber er war es hinreichend wie jeder politische Geist, der die Gabe besitzt, seine jeweilig wechselnde Überzeugung selbst ernst zu nehmen, denn er wollte und durfte nicht zulassen, dass sich auf dem Wege, den er eingeschlagen hatte, Schwankungen vollzogen, solange ihm nicht die Umstände eine neue Politik zu gebieten schienen. Aus diesem Grunde fügte er zum Schluss seiner Erklärungen hinzu: «Weder Deutschland noch Russland haben bis zum heutigen Tage einen einzigen Schritt ausserhalb ihrer Interessenzone getan.»

Das war die formelle und uneingeschränkte Billigung der Eroberungen, die Russland auf Kosten Finnlands, der baltischen Staaten und Rumäniens gemacht hatte.

Molotow konnte demgegenüber nicht an Höflichkeit zurückstehen. Soeben hatte Deutschland Frankreich zu Boden geworfen und ihm die harten Bedingungen einer Kapitulation auferlegt. Mehr als je war Deutschland eine furchtbare Gefahr. So musste er die Bedeutung der Unterstützung, die Russland geliehen hatte, ins rechte Licht rücken und die Dauerhaftigkeit der Verpflichtungen aus dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt unterstreichen. Als Antwort an Hitler gab Molotow am 1. August 1940 folgende Erklärungen ab: «Dieses Abkommen, das unsere Regierung strengstens einhält, hat die Möglichkeit von Reibungen beseitigt, die sich aus der Anwendung *der russischen Sicherheitsmassnahmen längs unserer Westgrenzen* hätten ergeben können (welch Euphemismus für die gewaltsame Einverleibung Kareliens, Lettlands, Estlands, Litauens, halb Polens, der Bukowina und Bessarabiens durch die Sowjetunion!); zu gleicher Zeit hat es Deutschland Ruhe und

DAS MOSKAUER ABKOMMEN

Sicherheit im Osten gewährleistet. Der Verlauf der Ereignisse in Europa hat den Nichtangriffspakt zwischen den Sowjets und Deutschland nicht nur nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil bekräftigt, welche grosse Bedeutung seinem Bestehen und seiner künftigen Entwicklung zukommt.»

So bestätigten die beiden Regierungschefs, der eine mit seinem gewohnten Ungestüm, der andere massvoller, aber nicht weniger eindringlich, ein Jahr nach der Reise Ribbentrops nach Moskau, dass das Abkommen zwischen dem Reich und der Sowjetunion wohlbegründet und fest gefügt sei.

Zweites Kapitel

ERSTER RISS IM MOSKAUER ABKOMMEN: DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

Deutschlands und Sowjetrusslands Ziele auf dem Balkan. – Die Balkanstaaten doppelt bedroht. – Die Schwenkung der Sowjetpolitik gegenüber dem Balkan. – Die Haltung der Moskauer Regierung zurzeit des Wiener Schiedsspruchs. – Die Bedeutung der Garantie an Rumänien: Überraschung und Unzufriedenheit in Moskau. – Um neue «Missverständnisse» zu vermeiden, präzisieren die Sowjets ihre Politik. – Herr von Schulenburg reist nach Berlin, um mit seiner Regierung zu beraten (23. September 1940).

So kategorisch die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und die des Präsidenten des Rates der Volkskommissare waren, so liessen sie doch eine Unklarheit über die genaue Auslegung des Moskauer Abkommens bestehen.

Der Führer hatte auf der eindeutigen Verteilung der beiderseitigen Einflusszonen bestanden. Handelte es sich dabei um alle Zonen, auf die sich Blick und Begehrlichkeit des einen oder des andern oder beider Partner gleichzeitig richten konnten? Oder war in Moskau nur von den Gebieten die Rede gewesen, die für eine unmittelbare Teilung in Betracht kamen – hatte man also die Gebiete, auf die sich Deutschland einen alleinigen Einfluss reservierte, von den Besprechungen und Abmachungen ausgeschlossen? Wenn Molotow auf die «künftige Entwicklung» des Paktes anspielte, so liess er durchblicken, dass gewisse Fragen noch nicht genügend geklärt waren. Angesichts der verschiedenen Lage der beiden Partner, von denen der eine handelte, während der andere sich darauf beschränkte, die Früchte seines Zuwartens einzuheimsen, war es wahrscheinlich, dass die Deutschen eines Tages ver-

DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

sucht sein würden, den Gewinnanteil der Russen zu beschränken. Sie würden erklären, dass die Verteilung von Zonen ein für alle Male beendet sei, während die Russen sich anstrengen würden, die Tür zu neuen Kompromissen offen zu halten.

Die Balkanfragen, die den Diplomaten schon nach Tilsit so viel Sorgen bereitet hatten, sollten wieder einmal den tatsächlichen Wert eines internationalen Abkommens offenbaren, dessen Bestimmung es war, grosse einander entgegengesetzte und miteinander rivalisierende Ambitionen auszugleichen.

Naturgemäss interessierte sich das Deutsche Reich im höchsten Grade für die Staaten, die im Norden und Süden der Donau lagen, von den alten österreichischen Grenzen bis zum Meer. Die Lehre vom Lebensraum schien, besonders seit der deutschen Expansion durch das Moskauer Abkommen der Weg nach der Ukraine verriegelt war, geradezu ihren Sinn darin zu haben, Deutschland einen möglichst mächtigen Einfluss in Ungarn und Rumänien, in den südslawischen Staaten, an den Meerengen und bis zum Ägäischen Meer vorzubehalten. Zu den politischen Interessen, die Deutschland nach der Annexion Österreichs und Böhmens vom alten Donaureich der Habsburger übernommen hatte, und den ökonomischen Interessen, die seit langem das industrielle Deutschland jenen an Getreide, Rohstoffen und Petroleum so reichen Ländern annäherte, gesellte sich für das kriegführende Deutschland das weitere Interesse, in diesen Ländern strategische Positionen zu besetzen, von denen aus es die englische Macht im Mittelmeer und im Nahen Orient unmittelbar bedrohen konnte.

Russland seinerseits wartete auf seine Stunde, in der es seine Balkanziele herausstellen konnte. Die Politik der Zaren hatte das Gebiet zwischen der Donaumündung und den Meerengen als wichtigstes Objekt ihrer Interessen und Bestrebungen betrachtet. Mehrfach war Russland am Dnjestr und an der Donaumündung angehalten worden, zuerst durch die Türkei, später durch die europäischen Koalitionen, die ihm den Vertrag von Paris (1856) und den von Berlin (1878) auferlegt hatten. Aber niemals hatte Russland auf seine Absicht verzichtet, die Geschicke Südosteuropas auf seine Art zu regeln: sich an der untern Donau fest-

KRIEG IM OSTEN

zusetzen, seine schützende Hand über die Südslawen zu halten, die Bulgaren und die Serben zum Ägäischen Meer, nach Dedeagatsch und Saloniki gelangen zu lassen, die Türken zu bedrängen und Herr über die Meerengen zu werden – dies schien von allen Projekten, die man Grossrussland zutrauen konnte, das begrenztste und bescheidenste.

Die Revolution hatte Russland von seinen Balkanplänen abgelenkt. Litwinow ermunterte die Balkanvölker, sich untereinander fester zusammenzuschliessen und zu versuchen, gemeinsam die Interessen ihrer Region zu verteidigen. Das Moskauer Abkommen musste jedoch alle Pläne des Zarenreiches wieder erwecken. Nachdem Russland im Norden seine alten Grenzen wieder erreicht hatte, war es natürlich, dass es auch gegen Süden seine alten Bestrebungen wieder aufnahm. Und ebenso natürlich war es, dass Russland erwartete, das Instrument, welches es ihm ermöglicht hatte, seine alten Besitzungen in Polen und an der Ostsee ohne einen Kanonenschuss wiederzugewinnen, werde ihm auch dazu dienen, seinen alten Einfluss auf dem Balkan mindestens zum Teil wiederherzustellen.

So mussten Deutschland, welches durch seine Siege grösser geworden war, und Russland, das durch seine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem siegreichen Deutschland aufgestachelt wurde, ihre Balkanpläne konfrontieren. Diese Konfrontierung warf zwei Probleme auf. War der Grundsatz der Teilung und des Kompromisses ein ständiges Element der deutsch-russischen Zusammenarbeit? Und konnte der Balkan zwischen Moskau und Berlin in Einflusszonen geteilt werden? Die Sowjetregierung schien überzeugt zu sein, dass diese beiden Fragen eine bejahende Antwort erheischten. Die deutsche Regierung, die zurzeit der Moskauer Verhandlungen weder den Wunsch noch das Interesse hatte, diese Probleme zu klären, neigte besonders nach dem Siege im Westen, der sie von der Sorge einer französisch-englischen Front befreite, immer mehr dazu, auf beide Fragen negativ zu antworten.

Dieser Gegensatz in Haltung und Interessen, der sich aus dem Moskauer Abkommen ergab, sollte bald eine erste Kluft zwischen dem Reich und der Sowjetunion auf tun.

Unter normalen Umständen hätten die Donau- und Balkanstaaten aus

der deutsch-russischen Uneinigkeit Vorteil ziehen können, um ihre Positionen zu festigen und ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Unglücklicherweise waren sie selbst zutiefst uneinig. Deutschlands alte Verbündete, Ungarn und Bulgarien, hatten sich zuerst in den Dienst des deutschen Vordringens nach dem Südosten gestellt; Ungarn mit gewissen geistigen und gefühlsmässigen Reserven, aber ohne Zögern und Zurückhaltung – Bulgarien mit mehr Mass und Bedacht. Die Staaten der Balkanentente waren entschlossen, ihre Neutralität zu verteidigen. Aber das Abkommen zwischen Moskau und Berlin hatte sie jeder Handlungsfreiheit beraubt und ihr Bemühen schwierig und gefährvoll gemacht. Die beiden Grossmächte, deren tiefe Gegensätze in den Balkanfragen bald zutage treten sollten, bewahrten in ihren Beziehungen zu den kleinen Nachbarstaaten äusserliche Übereinstimmung und eine politische Einheitsfront. Auf eine einzige Art konnte die deutsch-russische Uneinigkeit, die sich unter dem Deckmantel einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit entwickelte, die Politik der Balkanstaaten beeinflussen: indem es sie reizte, zwischen den beiden fremden Kräften zu wählen: Deutschland oder Russland, Hitlerismus oder Bolschewismus?

Solange die englisch-französische Front hielt, versuchte die Balkanentente, zwischen Scylla und Charybdis hindurchzusteuern. Aber am Tage, an dem die Front in Flandern zusammenbrach, stand auch der Widerstand auf dem Balkan vor seinem Ende. Einige Tage später musste Frankreich kapitulieren. England zog sich vom Kontinent zurück. Die Armee Weygand in Syrien fiel auseinander. Deutschland beherrschte Europa. Der Schraubstock, in dem die zwischen dem Reich und der Sowjetunion eingekleiteten Länder steckten, wurde fester angezogen. Nun gab es keinen Vorwand mehr: sie waren gezwungen, Farbe zu bekennen.

Rumänien, das mehr als die andern Staaten der Balkanentente unmittelbar bedroht war, glaubte sich gezwungen, bei den Achsenmächten gegen das bolschewistische Vordringen Hilfe zu suchen.¹⁾ Bis zu diesem Zeitpunkt leitete ich die rumänische Aussenpolitik. Jetzt verzichtete ich auf meine Funktionen, da ich der Ansicht war, dass die politische

¹⁾ Siehe zu diesem Thema Kapitel XIII, Seite 365.

KRIEG IM OSTEN

Schwenkung, die man von mir verlangte, die Lage meines Landes in keiner Weise verbessern werde. Die Tatsache, dass die Achsenmächte als bald Rumänien rieten, sich den strikten Forderungen der Sowjetunion zu unterwerfen, als Moskau einen Monat später sein Ultimatum an die Regierung von Bukarest richtete, bestärkte mich in der Überzeugung, dass es zwecklos gewesen war, an Deutschland für die Verteidigung einer Grenze zu appellieren, welche die deutsche Regierung schon geopfert hatte.¹⁾

Es bleibt darum nicht weniger wahr, dass die Schroffheit, mit der die Sowjetunion sich an der Donaumündung festsetzte, denen recht zu geben schien, welche die bolschewistischen Absichten als die grössere Gefahr für Osteuropa bezeichneten. So erleichterte Russland das deutsche Vordringen auf dem Balkan.

Unmittelbar nach dem Verlust Bessarabiens wurde ich beauftragt, mein Land in Moskau zu vertreten. Es war meine Mission, so rasch wie möglich klar zu stellen, ob der russische Vormarsch am Pruth seinen Abschluss gefunden habe oder Russland ganz Rumänien zu besetzen drohe.²⁾

Gleich bei dem ersten Besuch, den ich, am 15. August 1940, Herrn Molotow machte, empfing ich in den bestimmtesten Ausdrücken die Versicherung, dass die Sowjetunion keine weitem Ansprüche an Rumänien habe und dass sie mit meinem Lande friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln wünsche. Ähnliche Erklärungen gab Molotow einer ganzen Anzahl in Moskau akkreditierter Diplomaten, und Stalin selbst hatte schon in den gleichen Ausdrücken zu Sir Stafford Cripps gesprochen.

Sollte man aus dieser friedlichen Haltung schliessen, dass Russland jeden Anspruch im Süden aufgegeben hätte und dass es von nun ab dem deutschen Einfluss auf dem Balkan freie Bahn lassen würde? Wer hätte das glauben können?

Es war anzunehmen, dass Russland keinen neuen Vorstoss durch Rumänien gen Süden beabsichtigte, solange das Gleichgewicht auf dem

¹⁾ Siehe zu diesem Thema Kapitel XIII, Seite 365.

²⁾ Siehe zu diesem Thema Kapitel XIV, Paragraph I und II.

DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

Balkan nicht bedroht war, das heisst, solange die Achsenmächte nicht versuchten, die Situation auf der Halbinsel zu ihren Gunsten zu verändern. Aber Moskau hatte niemals sein Desinteressement an den Balkanangelegenheiten erklärt. Es ist im Gegenteil sicher, dass Molotow, sogar vor seiner Reise nach Berlin, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Tatsache lenkte, dass die Sowjetunion mit gespanntem Interesse alle Ereignisse verfolgte, die die Südslawen, das Gebiet der untern Donau und die Meerengen berühren könnten. Der Präsident der Sowjetregierung hatte auch den italienischen Botschafter Augusto Rosso in präzisen Ausdrücken von diesem Interesse in Kenntnis gesetzt.¹⁾ Rosso war von seiner Regierung beauftragt worden, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Italien wieder zu beleben, die durch die Spannung zwischen den beiden Ländern zurzeit des ersten russisch-finnischen Krieges lahmgelegt worden waren. Molotow nutzte diese Situation aus, indem er den italienischen Wünschen den festen Willen entgegenstellte, Verhandlungen zwischen Russland und den Achsenmächten zustandezubringen, um in einem gemeinsamen Abkommen die Donau- und Balkanprobleme zu regeln. Am 25. Juni 1940, drei Tage vor dem Ultimatum an Rumänien, überreichte er Rosso eine Note, in der die Punkte präzisiert waren, die in diesen von Russland gewünschten Verhandlungen geklärt werden sollten. Es war die Rede von der Donau, dem Balkan, den Meerengen und den russischen Grenzen in Kleinasien. Da die italienische Regierung keine Eile zeigte, auf diese Note zu antworten, so wurde die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Moskau und Rom immer von Neuem vertagt. Im Verlauf des Winters und im folgenden Frühjahr fand zwar gelegentlich ein Meinungsaustausch zwischen dem Kreml und der italienischen Botschaft über die Balkanprobleme statt, aber dieser Meinungsaus-

¹⁾ Augusto Rosso, ein sehr erfahrener und einsichtsvoller Diplomat, hatte sein Land über zwei Jahre lang in Moskau vertreten, bis ihn seine Regierung, die den Krieg Russlands gegen Finnland missbilligte, abberief. Während mehrerer Monate blieb der Botschafter in Italien. Im Frühjahr 1940 schickte ihn der Duce auf seinen Posten zurück, mit dem ausdrücklichen Auftrag, so schnell wie möglich gute Beziehungen mit der Sowjetunion wieder herzustellen.

tausch blieb so vage und die Antworten, die Botschafter Rosso zu geben ermächtigt war, waren so wenig präzise und so dilatorisch gehalten, dass die Moskauer Regierung sich erst am Vorabend des Kriegsausbruchs entschloss, die von Italien gewünschten Wirtschaftsverhandlungen wieder aufzunehmen. So war es Molotow wenigstens gelungen, durch seine Hartnäckigkeit den Wunsch der Sowjetregierung, an der Regelung der Balkanprobleme teilzunehmen, eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Die Tatsache, dass der Chef der Sowjetregierung unter Preisgabe der Neutralität, auf die er immer so grosses Gewicht legte, eine direkte Verständigung mit den Achsenmächten und nur mit ihnen über diese Fragen suchte, bewies, dass er – nicht zu Unrecht – fürchtete, Deutschland und Italien hätten schon vereinbart, unter sich das Schicksal des Balkans zu regeln.

Obwohl sich Russland nach dem Moskauer Abkommen im Recht glaubte und trotz der Hartnäckigkeit, mit der es sein Interesse für die Balkanangelegenheiten bekundete, zeigten ihm die Achsenmächte durch eine bezeichnende Geste – die Garantie an Rumänien nach dem Wiener Schiedsspruch – dass sie jedem weiteren Anspruch der Sowjets den Weg nach dem Süden zu versperren beabsichtigten. Um richtig zu verstehen, mit welcher Enttäuschung und Verstimmung Russland seine Pläne durchkreuzt sah, muss man an die verschiedenen Phasen der Politik denken, welche die Sowjets gegenüber dem Balkan und der Balkanentente befolgt hatten.

Zur Zeit, da Litwinow einer der eifrigsten Vorkämpfer der kollektiven Sicherheit war, lieh Moskau seine Unterstützung allen regionalen Pakten, die sich zwanglos in die allgemeine Friedenspolitik unter den Auspizien des Völkerbundes einfügten. Ganz besonders schien Moskau die Balkanentente zu billigen, wie wir zu Beginn dieses Kapitels zeigten. Dieser Staatenbund sicherte eine friedliche Ordnung in einer Region, in der jedes fremde Vordringen das Gleichgewicht bedrohte, auf das Russland unter jedem Regime Wert gelegt hatte. Die vollkommene Übereinstimmung, die zwischen Moskau und Ankara herrschte, und anderseits die Annäherung zwischen Sowjetrussland und Rumänien nach den von Titulescu in London unterzeichneten Pakten über die Definition des

Angreifers, hatten zwischen den Zielen der Balkanentente und der von Moskau verfolgten Politik gewisse Berührungspunkte geschaffen. Im Frühjahr 1939 hatte Russland, das einen unglücklichen Ausgang der internationalen Krise fürchtete, die Balkanstaaten ermutigen wollen, ihrer Zusammenarbeit eine präzisere und konkretere Form zu geben. Zu diesem Zweck hatte Potemkin, der engste Mitarbeiter Litwinows, im Mai 1939 eine Reise durch den Balkan gemacht. In Ankara prüfte Potemkin mit Saradschoglu, dem türkischen Aussenminister, die Möglichkeiten einer Entwicklung und Erweiterung der Balkanentente. In Sofia, wo der Vertreter der Sowjets vom König und vom Premierminister empfangen wurde, erkundigte er sich nach den Bedingungen, unter denen Bulgarien zur Zusammenarbeit mit seinen Nachbarstaaten bereit sein würde. In Bukarest endlich, wo ich Herrn Potemkin im Namen der rumänischen Regierung empfang, bestätigte mir der stellvertretende Aussenkommissar das Interesse, das Russland der Entente der Balkanstaaten entgegenbrachte.¹⁾ Aber die guten Absichten Potemkins wurden rasch von den Ereignissen überholt. Während er sich noch in der Türkei befand, musste Litwinow seinen Platz an Molotow abtreten. «Es ist ein einfacher Personenwechsel», versicherte mir Herr Potemkin bei seiner Durchreise durch Bukarest, «die Politik der Sowjetunion bleibt unwandelbar!»

Er täuschte sich. Der Personenwechsel bedeutete eine radikale Schwenkung der Politik. Molotow hatte die Aufgabe, die Politik der Sowjets den Realitäten der Stunde anzupassen. Drei Monate später sollte er Herrn von Ribbentrop im Kreml empfangen. Die neue Haltung, die die Sowjetunion zu den grossen Weltproblemen einnahm, zwang sie, auch die Balkanfragen ganz anders zu sehen. Sie ersetzte in ihrer Politik der Sicherheit den Grundsatz der kollektiven Verteidigung durch den der Teilung zu zweit. Die Hoffnung, die deutsche Drohung, die auf ihren Grenzen lastete, ausschalten zu können, indem sie mit Zustimmung Deutschlands auf Kosten der zwischen ihnen liegenden Staaten diese Grenzen vorrückte, hatte ihre Politik gegenüber allen ihren Nachbarn von Grund auf verändert. Sie suchte nur noch unmittelbare Vorteile

¹⁾ Siehe Kapitel XI, Seite 309 und folgende.

zu verwirklichen und günstige Positionen zu erobern. Das Gleichgewicht auf dem Balkan interessierte Russland nicht mehr; es schien ihm ebenso in Frage gestellt wie das europäische Gleichgewicht nach München. Sein «Realismus» trieb Russland dazu, ein neues Gleichgewicht nicht mehr durch Aufrechterhaltung des Bestehenden zu suchen, sondern indem es seine Bestrebungen an den deutschen Dynamismus mit anschloss. Wenn es seine eigene Expansionsbewegung mit diesem deutschen Dynamismus in zeitlichen Einklang zu bringen verstand, so glaubte Russland, sich mit geringen Unkosten nach allen Richtungen ausdehnen und zugleich das Gewicht seiner Defensivkraft gegenüber der deutschen Macht vermehren zu können.

Rechtfertigte das Moskauer Abkommen in allen Punkten die Hoffnungen, welche die Sowjetführer in ihre neue Politik gesetzt hatten? Jedenfalls hatten die Deutschen, selbst wenn sie gewisse Hintergedanken hegten und wenn sie, wie Napoleon in Tilsit, die russischen Ambitionen mit der festen Absicht weckten, sie später zu beschränken, nichts über die Begrenzung der vereinbarten Zusammenarbeit durchblicken lassen. Molotow hatte also das Recht, soweit man hinsichtlich der Grundsätze und Vereinbarungen des Moskauer Abkommens von Recht sprechen kann, zu denken, dass die «Collaboration», die in den baltischen und polnischen Fragen so trefflich funktioniert hatte, auch auf dem Balkan ihre Früchte tragen müsse. Er konnte zumindest darauf rechnen, dass Deutschland im Donaugebiet und auf dem Balkan nichts unternehmen werde, ohne den Partner des Moskauer Abkommens vorher zu verständigen.

Auf Grund dieser Überlegungen hatte der neue Chef der russischen Aussenpolitik die Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Balkan geändert. Die Balkanentente passte ihm nicht mehr. Er hielt sie für zu schwach, um sich einem deutschen Vorstoss widersetzen zu können. Jede Ermütigung seitens Russlands würde gegen Russland selbst aus schlagen und es darin behindern, sich gemeinsam mit Deutschland der Balkanangelegenheiten anzunehmen. Ab August 1939 bekundete Moskau also keinerlei Interesse mehr für die Balkanentente. Seine Beziehungen zur Türkei kühlten sich ab. Von neuem rückte die Sowjetunion, in

DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

immer drohenderem Ton, ihre Ansprüche auf Bessarabien in den Vordergrund. Als der türkische Aussenminister am 23. September 1939 in Moskau eintraf, um über einen Beistands- und Freundschaftspakt zu verhandeln, traf er dort auf eine ganz andere Atmosphäre, als er sie auf Grund seiner Unterredungen mit Potemkin erwarten zu können geglaubt hatte. Die Sowjetregierung zeigte sich gegenüber allen Anregungen Saradschoglus über die Sicherheit auf dem Balkan ablehnend. Sie wechselte ständig die Bedingungen des Paktes, der der Türkei vorge schlagen wurde. Herr von Ribbentrop, der mittlerweile am 28. September erneut in Moskau eingetroffen war, schloss in wenigen Stunden einen zweiten deutsch-russischen Pakt ab. Saradschoglu wartete noch immer. Nach einem Aufenthalt, der sich ergebnislos bis zum 18. Oktober hingezogen hatte, kehrte der Minister mit leeren Händen nach Ankara zurück. Das war ein Misserfolg nicht nur für die Türkei, sondern für alle Staaten, die durch die Balkanentente mit ihr verbunden waren. Einen Monat später wurden die Angriffe der Sowjetpropaganda gegen Rumänien deutlicher. Boris Stefanow, ein Kommunist bulgarischer Herkunft, der aus Rumänien ausgewiesen worden war, forderte in einem Artikel unser Land auf, sich nach dem Beispiel der Baltischen Staaten durch Proklamierung einer neuen kommunistischen Republik in die Sowjetunion einzugliedern. Die offizielle Agentur Tass missbilligte diesen Artikel. Aber die drohenden Anspielungen gegenüber Rumänien mehrten sich, und als zu Beginn des Frühjahrs 1940 Molotow vor dem Allgemeinen Kongress der Delegierten der Union das Problem Bessarabien offen auf die Tagesordnung setzte, war die feindselige Atmosphäre gegen das Nachbarland gut vorbereitet.

Aber erst nach der Niederlage der französisch-englischen Armeen im Westen hielt die Sowjetregierung den Augenblick für günstig, ein Ultimatum an die rumänische Regierung zu richten. Sie schien dabei von dem Gedanken geleitet zu sein, dass nach dem Zusammenbruch des europäischen Gleichgewichts durch die Ereignisse in Flandern und durch die Kapitulation Frankreichs auch die Lage im Osten sich zugunsten Deutschlands wandeln müsse. Hatte sich nicht bereits die rumänische Regierung beeilt, ihre Annäherung an die Achse zu bekräf-

tigen? Aus dieser Lage war nur dadurch Vorteil zu ziehen, dass man dem deutschen Streben nach Süden, das sich schon abzeichnete, zuvorkam, indem man rechtzeitig in der gleichen Richtung handelte.

Russland erreichte die Donaumündung, bevor Deutschland die Zeit gehabt hätte, die Initiative zu ergreifen. Russland schien geneigt, dort Halt zu machen und sogar alle notwendigen diesbezüglichen Versicherungen abzugeben, offensichtlich in der Hoffnung, in seiner neuen Eigenschaft als Donaustaat werde es von nun ab das Recht haben, an der Beratung aller die Donau oder den Balkan betreffenden Fragen teilzunehmen.

Sein Erstaunen war gross, als die Tür gen Süden, die es offen gelassen hatte, sich vor ihm schloss, ohne seine Zustimmung, ja ohne weitere Ankündigung, und wie um für alle Zukunft seine Mitwirkung an den Balkanfragen auszuschliessen.

Dieses Ereignis, das erste, das die Grundlagen des Moskauer Abkommens erschütterte und auf die deutsch-russischen Beziehungen einen Schatten warf, der nicht wieder verschwinden sollte, verdient unsere volle Aufmerksamkeit.

Die Zeit ist noch nicht reif, die Geschichte des Wiener Schiedsspruches zu schreiben. In dieser düstern Affäre, in der der rumänische Minister Manoilescu, den man nach Wien eingeladen hatte, um sich mit seinen Kollegen von der Achse zu beraten, gegen seinen Willen gezwungen wurde, einen Schiedsspruch über Siebenbürgen zu verlangen, worauf ihm dann plötzlich eine vorher vorbereitete Karte mit der ungerechtesten und unsinnigsten Grenzlinie vorgelegt wurde, bleibt noch manche Einzelheit aufzuklären. Die gemeinsame Aktion Deutschlands und Italiens, eines der schwierigsten Probleme des Donaubeckens unter Ausschluss jeder andern Macht und gegen den Willen der direkt interessierten Staaten zu lösen, entbehrte, so sehr sie gegen Recht und Gerechtigkeit versties, nicht einer gewissen politischen Gewandtheit.

Die neue Demarkationslinie zwischen Rumänien und Ungarn entfesselte in den beiden Ländern solche Leidenschaften und hielt derartige Ressentiments wach, dass ein permanenter Schiedsrichter als unbestrittener Herr über das Geschick der beiden Staaten notwendig wurde, um den Frieden im Donaubecken aufrechtzuerhalten und den Rumänen

DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

wie den Ungarn die Hoffnung auf künftige Gerechtigkeit zu belassen. Die Achse, jener politische Euphemismus, mit dem man in Ost und West Deutschland, Deutschland allein bezeichnet, war so mit einem Schlage in Budapest und in Bukarest eingedrungen. Das war die erste Etappe auf ihrem Marsch nach Süden. Um deutlich zu unterstreichen, dass sie diesen Marsch allein auszuführen gedachte, ohne Partner und mit jener Ausschliesslichkeit, welche die Teilung Siebenbürgens beherrscht hatte, gab die Achse Rumänien eine territoriale Garantie. Dieser Trostbrief für ein grausam zerstückeltes Land besagte in Wirklichkeit, dass jenseits des Pruth und der untern Donau, wo Russland Halt gemacht hatte, die deutsche Einflusszone beginne und dass dort kein fremder anderer Einfluss künftighin geduldet werde.

In Moskau wurde die Garantie denn auch in diesem Sinne verstanden.

Das Spiel, das vor, während und nach dem Wiener Schiedsspruch zwischen der deutschen und russischen Diplomatie hin und her ging, war so vorsichtig, dass sogar die am besten unterrichteten Beobachter grosse Mühe hatten zu unterscheiden, ob sie einem maskierten stillschweigenden Übereinkommen oder den Anfängen einer folgenschweren Feindschaft beiwohnten.

Am 24. August gab mir die rumänische Regierung, vom deutschen Generalstab gewarnt, verdächtige Bewegungen russischer Truppen an der rumänischen Grenze bekannt und beauftragte mich, von der Sowjetregierung Aufklärung zu verlangen. Herr Dekanosow, beigeordneter Kommissar im *Narkomindjel* – dem Volkskommissariat für die Auswärtigen Angelegenheiten – bestritt diese Behauptungen kategorisch und fragte mich lächelnd, welche auswärtige Macht uns diese Nachrichten geliefert habe. Ich übermittelte die Antwort Dekanosows dem Grafen Schulenburg, der seinerseits beauftragt worden war, die Information des deutschen Generalstabs nachzuprüfen. «Es handelt sich offensichtlich um eine englische Intrige», sagte mir der deutsche Botschafter, ebenfalls lächelnd. Herr von Schulenburg hatte sich während seines langen Aufenthaltes in Moskau angewöhnt, gewissen beunruhigenden Nachrichten, die ihm seine Regierung von Zeit zu Zeit zukommen liess, mit absoluter Ruhe ins Auge zu sehen.

Das Argument, die Russen seien im Begriff, in die Moldau einzudringen, sollte einige Tage später in Wien eine grosse Rolle spielen. Mit diesem Hinweis bedrängten Ribbentrop und Ciano Manoilescu, um ihn zu überzeugen, dass er sich schnellstens den Bedingungen des Schiedspruchs unterwerfen müsse.

Manoilescu war am 29. August in Wien eingetroffen. Am gleichen Tage verlangte ich eine neue Audienz bei Dekanosow, um verschiedene Grenzzwischenfälle zur Sprache zu bringen, die in den Reihen der rumänischen Armee einige Opfer verursacht hatten. Der beigeordnete Kommissar liess mir um drei Uhr nachmittags antworten, er sei an diesem Tage zu beschäftigt; er bäte mich, für den nächsten Tag eine Audienz bei Herrn Sobolew, dem Generalsekretär des *Narkomindjel*, zu verlangen.

An diesem Nachmittag empfing Molotow den deutschen Botschafter.

Am Abend liess Dekanosow mich bitten, um Mitternacht ins Ministerium zu kommen. Da mir diese Stunde allzu spät und ungewöhnlich erschien, bat ich, die Audienz auf den nächsten Tag zu verschieben. Dekanosow insistierte, er bestand auf dieser sofortigen Zusammenkunft. Ich gab nach. Mit Erstaunen vernahm ich dann, dass es sich um einen reichlich banalen Grenzzwischenfall handelte. Dekanosow schien nervös. Seine Stimme nahm einen tiefersten Ton an, als er mir eine «Verbalnote» übermittelte, die eine Warnung in drohenden Ausdrücken enthielt: «. . . Bis zur Stunde», sagte die Note, «hat es keine Opfer gegeben, aber wenn es Opfer geben sollte, könnte der Vorfall eine ernste Wendung nehmen.» Ich antwortete auf der Stelle, dass es leider schon Opfer gegeben habe, aber diese Opfer seien Rumänen. Und ich überreichte ihm eine bereits vorbereitete Note zu diesem Zwischenfall, auf Grund der Mitteilungen, die ich von meiner Regierung empfangen hatte. Auf eine solche Erwiderung war Dekanosow nicht gefasst gewesen. Er verzichtete auf seine betonte Feierlichkeit, und die Unterredung endete massvoll und mit absoluter Höflichkeit. Die Szene einer «ernsten Warnung», die sorgfältig vorbereitet gewesen war, hatte ihren Effekt verfehlt. Trotzdem veröffentlichte am andern Morgen, den 30. August, dem Tage, an dem die Schiedsrichter in W'ien das Geschick Siebenbürgens regeln sollten, ein Tass-Communiqué die drohende Note, die mir der Sowjet-

DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

kommissar am Vorabend überreicht hatte, natürlich ohne meine Antwort zu erwähnen.

Dieses Communiqué erregte in den diplomatischen Kreisen Moskaus Aufsehen. Der japanische Botschafter, Herr Togo, der spätere Aussenminister, besuchte mich an diesem Tage und sprach zu mir über seine Eindrücke: die Geste der Sowjetregierung, im Augenblick der Wiener Ereignisse, «habe sicher etwas zu bedeuten». Und in einem Englisch, das schwer zu verstehen und um so eher geeignet war, eine dumpfe Unruhe und Besorgnis hervorzurufen, fügte Togo hinzu, die Sowjetregierung täte niemals etwas ohne Grund.

Was konnte die Warnung Dekanosows bedeuten?

Zwei Auslegungen waren alsbald unter den Diplomaten in Umlauf. Nach der einen hatte die Sowjetregierung wieder einmal in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung gehandelt. Von Graf Schulenburg unterrichtet, dass das für den nächsten Tag in Wien geplante Unternehmen recht delikats sein werde, hätten die Sowjets nicht gezögert, ihren Beitrag zum Gelingen des Schiedsspruchs zu leisten, indem sie die Rumänen mit einer russischen Invasion bedrohten, um ihren Widerstand zu brechen. Auf diese Weise habe Moskau Berlin seinen Dank abgestattet für die guten Ratschläge, welche die deutsche Regierung Rumänien im Augenblick des russischen Ultimatums über die Abtretung Bessarabiens gegeben habe.

Nach einer andern Auslegung hätte die deutsche Regierung Moskau erst im letzten Moment von ihrer Absicht Kenntnis gegeben, allein mit ihrem Achsenpartner das schwere Problem Siebenbürgens zu lösen. Da sich die Sowjets dem Plan der Achse nicht direkt widersetzen konnten, hätten sie in ihrer heftigen Unzufriedenheit beschlossen, ihre Anwesenheit im Donaubecken mit all den Rechten, die nach ihrer Ansicht diese Anwesenheit in sich schloss, kundzugeben. Und darum hätten sie von neuem die Zähne gezeigt.

Die Tatsachen, die ich hier in die Erinnerung zurückgerufen habe, schienen beiden Versionen zugleich rechtzugeben. Indessen bestätigte sich die zweite, als die von den Wiener Schiedsrichtern Rumänien gegebene territoriale Garantie bekannt wurde – eine Garantie, die sich

unmittelbar gegen die von Russland ausgehende Drohung richtete und eine Abweisung jedes neuen Anspruchs zu sein schien, den Moskau in südlicher Richtung geltend machen könnte. Es schien nunmehr, als ob sich die Sowjetregierung hatte überlisten lassen und dass ihre Taktik, sich durch eine Geste in letzter Stunde dem deutschen Dynamismus anzuschließen, nichts genützt hatte. Deutschland hatte aus dieser Geste seinen Nutzen gezogen, um in Wien leichter das zögernde Rumänien zu überzeugen; aber gleich danach hatte es der russischen Drohung, die von nun ab seine eigene Aktion auf dem Balkan stören konnte, einen Riegel vorgeschoben. Das konnte Deutschland um so leichter, als es mit Bestimmtheit wusste, dass hinter dieser Drohung keine wirkliche Offensivabsicht der Sowjets stand. «Warum haben Sie diese Garantie gegeben?» hatte Molotow Herrn von Schulenburg gefragt, als dieser ihm die Ergebnisse der Wiener Konferenz übermittelte; «Sie wussten doch, dass wir gar nicht die Absicht hatten, Rumänien anzugreifen.» – «Gerade deshalb haben wir sie gegeben!» antwortete der Botschafter, der leichtes Spiel hatte; «Sie hatten uns zur Genüge gesagt, dass Sie gegen dieses Land keinerlei Forderungen mehr hätten; so konnte unsere Garantie Sie in keiner Weise stören.» Beide hüteten sich wohl, auf das Gespenst der bolschewistischen Drohung anzuspielen, mit der die Sowjets am Tage des Wiener Schiedsspruches so ungeschickt operiert und aus der Ribbentrop und Ciano so ausgiebigen Vorteil gezogen hatten.

Meinerseits hatte ich mich bemüht, in meinen Telegrammen den ersten Charakter, den Dekanosow der nächtlichen Audienz vom 29. August zu geben beabsichtigt hatte, soweit wie möglich abzuschwächen, da ich hinter der russischen Note ein diplomatisches Manöver vermutet hatte. Ich war um so peinlicher überrascht, als ich später erfuhr, dass der drohende russische Einbruch in die Moldau das entscheidende Argument der Wiener Schiedsrichter gewesen war, um Rumänien ihren Schiedsspruch aufzuzwingen.

Molotow wiederholte in der Folge noch mehrfach die Frage, die er dem Grafen Schulenburg gestellt hatte. Er stellte sie Hitler, als er im November 1940 in Berlin weilte. Er stellte sie dem italienischen Botschafter gegen Ende des gleichen Jahres im Verlauf der Verhandlungen um

DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Moskau und Rom. Neun Monate später, drei Tage nach Kriegsausbruch, sprach er auch zu mir davon; er beklagte sich darüber, dass diese Garantie der Achse an Rumänien den Zweck gehabt habe, die Beziehungen meines Landes zur Sowjetunion zu trüben. Immer wieder erhielt Molotow die gleiche Antwort: die Garantie habe die russischen Interessen nicht verletzen können, da die Sowjetregierung nach der Besetzung Bessarabiens selbst erklärt habe, sie habe nun keine Forderungen mehr an Rumänien.

Begriff Molotow, dass diese Garantie, die seine Pläne so durchkreuzte und in der er nicht ohne Grund eine Barriere sah, in deren Schutz sich das deutsche Vordringen im Balkan ohne Hindernis vollziehen sollte, die unabwendbare Folge der neuen realistischen Politik der Sowjetregierung war? Hatte nicht diese Regierung seit einiger Zeit die Balkanentente um ihren Kredit gebracht? Hatte sie nicht die Absichten Russlands gegenüber der Türkei in Dunkel gehüllt und den türkischen Aussenminister in beleidigender Form abblitzen lassen? Hatte sie nicht Rumänien in seinen Grundmauern erschüttert, indem sie ihm mit zwei seiner schönsten Provinzen das Gefühl der Sicherheit nahm? Hatte sie nicht dieses Land, dessen Unabhängigkeit für das Gleichgewicht und den Frieden in Osteuropa lebenswichtig war, Deutschland in die Arme getrieben?

Die Politik der Aufteilung, die die Sowjetunion auf Kosten aller ihrer Nachbarn zu praktizieren bereit war, stellte diese Nachbarstaaten, die bis dahin nur darauf bedacht waren, ihre Souveränität und ihr Territorium zu verteidigen, vor die Existenzfrage und zwang sie, die Wahl zu treffen. Im Schutze einer Ordnung, die für alle, kleine wie grosse, Sicherheit bot, hatten diese Staaten bis dahin in Freiheit ihre friedliche Mission erfüllt. Von nun ab waren sie, in der Unruhe, die aus der doppelten Bedrohung erwuchs, gezwungen, eine kräftige Stütze zu suchen, um der Gefahr, die ihnen die grösste schien, die Stirn zu bieten. Durch die Tür, die Moskau für seine eigenen Wünsche angelehnt gelassen hatte, war eine andere Macht hineingeglitten. Sie hatte Einlass gefunden dank der Furcht, die die Sowjetpolitik erregte und dank der Ressentiments und

KRIEG IM OSTEN

den Befreiung wünschen, die der russische Vormarsch hervorgerufen hatte. Und kaum war sie eingedrungen, da hatte sie die Tür hinter sich geschlossen.

Die Folgen eines übersteigerten politischen «Realismus» waren nur zu deutlich sichtbar. Die Sowjetunion hatte friedliche Nachbarn gegen einen Partner eingetauscht, der sich schon als ein entschlossener Gegner zu erweisen begann. Und wenn sie im Westen ihre Positionen vorge-rückt hatte, so liessen die Drohung, die auf den neuen Grenzen lastete, und der Widerspruch zwischen den nun durch kein Hindernis mehr getrennten entgegengesetzten Interessen einen Konflikt vorhersehen, für den die Initiative bei der bedrohlichsten aller Mächte der Welt lag.

Diesen Konflikt aber wollten die Sowjets trotz der Unzufriedenheit, die die Entscheidung von Wien bei ihnen hervorgerufen hatte, mit aller Entschlossenheit um jeden Preis vermeiden. Russland hatte keinerlei Interesse daran, sich in den «imperialistischen» Krieg hineinziehen zu lassen, ehe die Kräfte der beiden kriegführenden Parteien hinreichend abgenutzt wären. Noch aber war die deutsche Armee allmächtig. Die russische Regierung war zu gut unterrichtet, als dass sie nicht ihre Stosskraft und die Überlegenheit ihrer Führung gefürchtet hätte. Sie wollte den Frieden für sich, wie sie für die andern den Krieg gewollt hatte. Frieden für Sowjetrusland mitten im allgemeinen kriegerischen Weltsturm, das bot ihr einen günstigen Boden für ihre Propaganda und verschaffte ihr den notwendigen Aufschub, um in aller Eile, unter Ausnutzung aller Hilfsquellen und unter Verwertung aller Erfahrungen eine mächtige Armee zu schaffen.

Man musste also gute Miene zum bösen Spiel machen und das Abkommen mit Deutschland um jeden Preis aufrechterhalten. Der Realismus der Moskauer Politiker bewog sie zu äusserster Vorsicht. Es handelte sich darum, dem ungetreuen Partner zu verstehen zu geben, dass man sich von seinem Treiben nicht täuschen liess und dass man seine Seitensprünge missbilligte. Aber man durfte weder sein Misstrauen wecken noch seinen Zorn herausfordern.

Höchstens zeigte die Sowjetregierung ihre schlechte Laune indirekt, indem sie gegenüber Herrn Schnurre, dem geschickten deutschen Un-

DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

terhändler, weniger Eile und Eifer an den Tag legte. So sah sich dieser gezwungen, trotz seines Wunsches, die Wirtschaftsabkommen schleunigst unter Dach zu bringen, im Laufe des Oktober mit leeren Händen nach Berlin zurückzukehren. Ein ähnlicher passiver Widerstand wurde Herrn Hilger entgegengesetzt, einem andern Wirtschaftsfachmann, Botschaftsrat in Moskau, der sich vergeblich bemühte, die Sowjets an der Erweiterung der Schienenspur der galizischen Eisenbahn zu hindern. Durch dieses Gebiet sollte ein Teil des kostbaren Petroleums befördert werden, das Rumänien an Deutschland lieferte.

Diese Manier, die Hilfe, die man Deutschland gewährte und die man ihm gegebenenfalls nicht mehr oder in geringerm Masse gewähren konnte, ins rechte Licht zu rücken, hatte ihr Gegenstück in dem anscheinend rein «objektiven» Interesse, das die Sowjetpresse der Rüstungspolitik der Vereinigten Staaten und der «unbegrenzten» Entfaltung der ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten der angelsächsischen Kräfte entgegenbrachte. Der Hintergedanke, dass ohne die kostbare russische Hilfe ein Kampf mit solchen Kräften für Deutschland allzu ungleich wäre, leuchtete durch diese dokumentarischen Artikel hindurch, die bestrebt waren, einen langen und sich immer weiter ausdehnenden Krieg vorherzusagen.

Aber welchen Wert auch die Sowjetregierung diesen indirekten Methoden, ihren deutschen Partner zur Einhaltung des Moskauer Abkommens zurückzuführen, beimessen mochte, es blieb doch notwendig, sich über das Abkommen selbst auszusprechen, um seinen Sinn zu klären und für die Zukunft noch peinlichere Auslegungen seitens der deutschen Regierung zu vermeiden. Was konnte man schliesslich den in Wien getroffenen Entscheidungen vorwerfen? Die Sowjetregierung war über Entschlüsse weder verständigt noch befragt worden, die im Donaubekken eine neue Ordnung aufrichten sollten. Es hätte aber dem Geist, wenn nicht dem Wortlaut des Moskauer Abkommens entsprochen, solche Verständigung und Befragung vorzunehmen. Nachdem einmal die Formen derart durchbrochen waren, hinderte nichts mehr die Achsenmächte, die Direktiven ihrer alleinigen und ausschliesslichen Autorität auf den ganzen Balkan auszudehnen.

Die Sowjetregierung beschloss, sich nicht über das Vergangene zu beklagen, wohl aber für die Zukunft nicht nur ihre Absicht, an der Regelung der Balkanfragen mitzuwirken, deutlich zu machen – diese Forderung hatte sie bereits in ihrer Note an den italienischen Botschafter erhoben – sondern auch verschiedene Fragen zu stellen, die sie speziell interessierten. So bekundete sie das Interesse, das sie der Grenzziehung zwischen Rumänien und Bulgarien entgegenbrachte. Sie erhob den Anspruch, an der Regelung der Donauschifffahrt teilzunehmen. Durch einen sehr bezeichnenden Artikel in der Zeitung *Die Rote Flotte* gab sie zu verstehen, dass der Balkan, auf dem sich seit langem die «imperialistischen Intrigen» der Grossmächte geltend machten, noch «offene Fragen» stelle und dass es sich darum handle, diese Fragen schnellstens entsprechend dem Interesse zu lösen, das Russland zu allen Zeiten den Balkanländern bekundet habe.

Aber wiederum übertraf der deutsche Dynamismus alle russischen Erwartungen. Das Reich besetzte so schnell neue Positionen, dass die Sowjetpolitiker kaum zu folgen vermochten. Sie sahen sich gezwungen, auf der Stelle zu treten. Gewundene Communiqués, die immer weniger zustimmend und immer drohender wurden, je weiter die Truppen des Reichs nach Süden vordrangen, begleiteten den deutschen Vormarsch auf dem Balkan. Plötzlich wurden sie wieder unvorstellbar milde, als diese Truppen nach Vollendung ihres Balkanzuges sich erneut den Grenzen der Sowjetunion zuwandten. Die Geschichte dieser Communiqués ist die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen in den letzten Monaten vor Kriegsausbruch. Wir werden in den folgenden Kapiteln darauf zurückkommen.

Es kann befremdlich erscheinen, dass die Sowjetregierung niemals, nicht einmal in den Augenblicken, in denen sie am meisten am Wert des Moskauer Paktes zweifeln musste, daran gedacht hat, eine Stütze bei andern Mächten zu suchen, die ebenso wie Russland daran interessiert sein mussten, den ausschliesslichen Einfluss Deutschlands auf dem Balkan einzudämmen. Gewiss wäre es unklug gewesen, sich England zu nähern, so lange man um jeden Preis zu vermeiden wünschte, in den «imperialistischen» Krieg hineingezogen zu werden. Aber welchen Vorwurf

hätte man Russland machen und welcher Verdacht hätte erweckt werden können, wenn es nach dem Wiener Schiedsspruch, der ihm eine so harte Enttäuschung bereitet hatte, versucht hätte, die alten Freundschaftsbande mit der Türkei zu erneuern? Im Herbst 1940 liessen sich in Moskau Gerüchte vernehmen über eine russisch-türkische Annäherung. Sie schienen zuzutreffen, wurden aber niemals durch die Tatsachen bestätigt. Es gab wohl ein paar freundliche Worte zwischen russischen Staatsmännern und türkischen Diplomaten, aber nichts, das gestattet hätte, auf eine ernsthafte Anstrengung der Sowjetregierung zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Türkei zu schliessen. Nach einer längern Unterredung mit dem türkischen Botschafter Haydar Aktay hatte Molotow Wert darauf gelegt, zu erklären, dass die türkisch-russischen Beziehungen nach seiner Ansicht «wesentlich gebessert» seien. Das war Mitte Oktober. Diese Worte enthielten aber nichts, was den deutschen Botschafter hätte beunruhigen können. Denn er wusste besser als irgendjemand, dass Moskau nicht auf seinen Anspruch verzichtete, das Abkommen von Montreux über die Meerengen abzuändern, und dass Ankara keine Änderung dieses Vertrages annehmen würde.

In der Tat wurde die Politik der Sowjetunion durch den Willen bestimmt, alle Ansprüche, auf deren Verwirklichung mit Deutschlands Hilfe das Moskauer Abkommen Hoffnungen erweckt hatte, auch dann noch aufrecht zu erhalten, nachdem bereits dieses Abkommen die eindeutigsten Wünsche der Sowjetregierung enttäuscht und durchkreuzt hatte. Moskau bekundete, auf Grund seiner neuen realistischen Politik, der Gewalt auch dann noch Respekt, wenn diese sich gegen seine eigenen Interessen richtete. War es nicht immer noch besser, mit einem starken Partner einig zu bleiben, wobei man dessen Hintergedanken – die heutzutage das Erbteil aller Starken zu sein scheinen – Rechnung trug, statt Interessen und Sicherheit aufs Spiel zu setzen, indem man schwächere und zögernde Bundesgenossen wählte? Die ausserordentliche Gewandtheit der deutschen Politiker war übrigens kein Grund, die Sowjets abzuschrecken; sie wussten sie mit Kennerblick zu schätzen und waren sich darüber klar, dass ohne eine solche Gewandtheit keiner der schon erreichten Vorteile möglich gewesen wäre und keines der noch

KRIEG IM OSTEN

angestrebten Ziele erreicht werden konnte. Alles hing davon ab, sich im Lager der Sieger zu halten und nicht in das der Opfer abzugleiten.

Die Sowjetregierung bemühte sich also, ihrer Unzufriedenheit nur in Form leichten Tadels, sanfter Mahnung und geschickt eingeflüsterter Aufforderung zu neuen fruchtbaren Abkommen Ausdruck zu verleihen. Durch ihre Erklärungen und Communiqués rührte sie in verschleierter und indirekter Form auf ihre Weise an das Unrecht, das gegen sie begangen worden, und legte nahe, wie man es wieder gut machen könnte. Sie hütete sich vor jeglicher Politik der Doppelzüngigkeit und nahm keinerlei verdächtige Kontakte mit den Gegnern oder den mutmasslichen Opfern Deutschlands auf. Erst später, als sie sich zum Äussersten getrieben fühlte, versuchte sie, in Bulgarien und besonders in Jugoslawien Widerstandszentren gegen das deutsche Vordringen zu schaffen. Aber selbst dann noch näherte sie sich England nicht, sondern bewahrte ihre frostige Haltung gegenüber den Vertretern dieser Macht in Moskau und bemühte sich, die russische Politik von jedem britischen Einfluss freizuhalten. Besorgt um ihre Sicherheit und unaufhörlich um Verständigung bemüht, setzte sie ihre Ehre darein, Deutschland zu beweisen, wie sehr sie es verstand, ein nützlicher und loyaler Partner zu sein.

Die deutschen Vertreter in Moskau hatten für diese Haltung der Sowjetregierung vollkommenes Verständnis. Ergebene Verteidiger des Moskauer Abkommens, das in den deutsch-russischen Beziehungen eine so wunderbare Wandlung herbeigeführt hatte, sekundierten die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitarbeiter des Grafen Schulenburg mit Überzeugung und Hingabe die Anstrengungen ihres Chefs, um das Werk zu retten, zu dessen Verwirklichung sie alles beigetragen hatten. In treuer Ausführung der Weisungen der Wilhelm-Strasse, wo Ribbentrop, der begeisterte Vorkämpfer der Verständigung mit Russland, das Feld beherrschte, zweifelten die Mitglieder der deutschen Botschaft in Moskau nicht daran, dass die deutsche Regierung nur eine einzige Politik hatte und haben konnte: bis zum Äussersten, bis zum Kriegsende, bis zum Siege aus dem guten Willen der Sowjetunion Nutzen zu ziehen. Sie kannten besser als andere die Zweideutigkeiten des russischen Charakters – einige wichtige Mitglieder der Bot-

DIE GARANTIE DER ACHSE AN RUMÄNIEN

schaft waren in Russland geboren und aufgewachsen – und schätzten um so mehr die gradlinige Haltung, die sich die Moskauer Regierung dem Reiche gegenüber zur Pflicht gemacht hatte.

Das Unbehagen, das der Wiener Schiedsspruch und die Garantie an Rumänien in Moskau hervorgerufen hatten, wurde von der deutschen Botschaft aufmerksam beobachtet. Man war dort der Ansicht, dass die Berliner Regierung in der Tat ihrem Partner gegenüber zu rücksichtslos vorgegangen sei. Die Erklärungen, die der Botschafter vor und nach Wien abzugeben beauftragt worden war, schienen nicht zu genügen, um die Unruhe im Schosse der russischen Regierung zu zerstreuen. Dazu kam, dass der italienische Botschafter trotz allen Drängens Molotows keinerlei Instruktionen aus Rom erhielt, um auf die russische Aufforderung, die Balkanprobleme zu dritt zu prüfen, antworten zu können. Die Beunruhigung, die ein solches Vorgehen in die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Achsenmächten hineinragen konnte, wurde von den Vertretern dieser Mächte in Moskau um so mehr beklagt, als nach ihrer Meinung ein wenig Geschmeidigkeit und guter Wille genügt hätte, um sich die guten Absichten zunutze zu machen, die die Sowjetregierung stets Deutschland und Italien gegenüber bekundete, und um Russland bei der Politik des Abkommens zu halten.

Man müsste, so hiess es in gewissen diplomatischen Kreisen, besondere Rücksicht auf die Empfindlichkeit eines Regimes nehmen, das während langer Jahre abseits gehalten worden war. Man müsse ihm die Auskünfte geben, auf die es einen Anspruch habe, und den Interessen Rechnung tragen, auf die es nicht verzichten könne. Man müsse ihm vor allem, durch ständige Zuvorkommenheit, eine gewisse Genugtuung für seine Eigenliebe geben; das koste nichts und bestärke es im Glauben an Vorteile, die es von einer Zusammenarbeit erhoffen könne, die erst an ihrem Anfang stände.

Um ein solches Programm, das logisch aus der mit dem Moskauer Abkommen eingeschlagenen Politik hervorzugehen schien, in die Tat umzusetzen, reiste Graf Schulenburg am 23. September 1940 nach Berlin.

Drittes Kapitel

ZWEITER RISS IM MOSKAUER ABKOMMEN: DER KAMPF UM DIE DONAUMÜNDUNG

1. Wyschinski schneidet die Donaufragen an (11. September 1940). – Neuer Schritt der Sowjets. Molotow überreicht dem deutschen Botschafter eine Note (14. September): die Sowjetunion macht ihre Rechte als Uferstaat geltend und fordert Aufhebung der Europäischen Donaukommission. – Entstehung, Entwicklung und politische Bedeutung der Europäischen Donaukommission. – Das Reich prüft die russischen Vorschläge.

2. Bedeutung des internationalen Regimes an der Unteren Donau für Rumänien. – Deutschland fasst die Möglichkeit eines Abkommens ins Auge. – Russland benutzt dies, um seine Ansprüche zu erweitern: es sichert sich die Herrschaft über den Cbilja-Arm der Donau, indem es vollendete Tatsachen schafft.

3. Deutsch-russisches Abkommen über ein provisorisches Regime an der Donaumündung. – Zusammentritt der Konferenz von Bukarest am 28. Oktober 1940. – Russland deckt die Karten auf: seine Forderungen machen einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den russischen und den deutschen Interessen sichtbar. – England protestiert gegen die Unterdrückung der Europäischen Donaukommission und «behält sich die Wahrung seiner Rechte vor». – Die Konferenz von Bukarest gibt Anlass zu bewegten Debatten und führt nicht zu einem Abkommen. – Am 21. Dezember 1940 wird sie «sine die» vertagt.

I.

Unter den Fragen, die der deutsche Botschafter während seines Aufenthalts in Berlin zu regeln gedachte, befand sich das Donauproblem, das die Sowjetregierung soeben durch einen energischen und unerwarteten Schritt zur Diskussion gestellt hatte.

Deutschland hatte im September 1940 in Wien eine Konferenz zusammenberufen, die ein provisorisches Regime über den Oberlauf der Donau einrichten sollte. Am 11. September liess der ehemalige Generalstaatsanwalt Wyschinski, der neuerdings zum ersten beigeordneten Kommissar des Auswärtigen ernannt worden war, den Grafen Schulenburg wissen, die Sowjetunion sei erstaunt, zu dieser Konferenz nicht einge-

laden zu sein; sie interessiere sich von jetzt ab für alle Donauprobleme. Als sich der Botschafter bemühte, seinem Gesprächspartner auseinanderzusetzen, dass es sich in Wien lediglich um eine Zusammenkunft der Uferstaaten der obern Donau handle, um die Probleme zu besprechen, die in den Bereich der alten Internationalen Kommission gehörten, erwiderte Wyschinski: «Das macht nichts, ich wiederhole, dass alle Donauprobleme uns interessieren.»

Am folgenden Morgen benachrichtigte ein offizielles Communiqué die Öffentlichkeit über diesen Schritt der Sowjetregierung. Die Demarche und das Communiqué riefen, wie zu erwarten, das lebhafteste Interesse hervor. Es war klar, dass Russland jeder neuen Überraschung nach dem Muster des Wiener Schiedsspruchs zuvorkommen wollte. Darum hatte es unter Berufung auf seine neue Eigenschaft als Donaustaat Wert darauf gelegt, seine Absichten deutlich zu präzisieren, bevor man es vor ein neues *fait accompli* stellen könnte. Im Übrigen nützte es nicht ungeschickt das Unrecht aus, das man ihm getan hatte und das ihm nach seiner Ansicht Anspruch auf sichtbare Wiedergutmachung gab, und sprach daher mit erhobener Stimme und stellte Forderungen, welche die Grenzen der Einflusszone überschritten, die auch die günstigste Teilung ihm hätte zubilligen können.

Wie man weiss, war die Schifffahrt auf der Donau zwei verschiedenen Regelungen unterworfen. Die eine erstreckte sich von Ulm bis Braila und unterstand der Kontrolle der Internationalen Kommission, deren Sitz zuerst in Bratislava war, die dann nach Wien übersiedelte und schliesslich in Belgrad eine Zuflucht fand. Die andere erstreckte sich auf die untere Donau, von Braila bis zum Meer; sie wurde von der Europäischen Kommission überwacht, die ihren Sitz in Galatz hatte. Die Internationale Kommission, die 1920 in Versailles geschaffen worden war, setzte sich aus den Uferstaaten der obern und mittlern Donau zusammen unter Mitwirkung Frankreichs, Englands und Italiens. Ihre Aufgaben waren technischer Natur. Die Europäische Kommission hingegen war eine Einrichtung mit politischem Charakter: sie war nach dem Krimkrieg geschaffen worden, um die Interessen Europas an der Donaumündung wahrzunehmen und einen Ausgleich mit den Interessen Russ-

lands zu finden. Diese Kommission hatte technische und administrative Aufgaben und übte gleichzeitig Polizei- und Justizgewalt auf der untern Donau aus. Als Rumänien nach 1918 alleiniger Herr des ganzen Donaudeltas wurde, erreichte es in einer Kette von Verhandlungen, die bis zur Konferenz von Sinaia im September 1938 führte, die Kompetenzen der Kommission, die die Souveränität der Uferstaaten tangierten, zu beschränken. Trotzdem behielt die Europäische Kommission, die sich damals aus England, Frankreich, Italien und Rumänien zusammensetzte (Russland gehörte ihr seit 1917 nicht mehr an; Deutschland trat ihr erst 1939 wieder bei), ausgedehntere, mannigfaltigere und bedeutsamere Kompetenzen als die Internationale Kommission: *sie besass noch politische Autorität und Bedeutung.*

Die Antwort, die Herr von Schulenburg Herrn Wyschinski gegeben hatte, war also wohlbegründet: die Konferenz von Wien hatte keinen andern Zweck als den, der Internationalen Donaukommission, dieser Schöpfung von Versailles, deren Grundlage das Reich seit langem nicht mehr anerkannte, mit Zustimmung der Uferstaaten der obern und mittlern Donau ein provisorisches Regime zu geben – Russland hatte dabei nichts zu suchen. Frankreich und England, die in Belgrad Sitz und Stimme hatten, waren durch die Definition dieser Zusammenkunft als einer Versammlung der «Uferstaaten» ausgeschlossen. Italien war zwar kein Uferstaat, verdankte aber seiner Zugehörigkeit zur Achse die Vergünstigung, weiterhin in der Donaugemeinschaft verbleiben zu dürfen. Russland war seit dem letzten Kriege und seit der Revolution von jeder Zusammenarbeit an der Donau ausgeschlossen gewesen; sein erneutes Auftauchen an der Donaumündung gestattete ihm lediglich, auf den Platz Anspruch zu erheben, den es vorher in der Europäischen Kommission von Galatz innegehabt hatte. Zu keiner Zeit hatte Russland, ein Uferstaat der untern Donau, an der Regelung und Überwachung der Schifffahrt auf der Donau oberhalb von Braila, das heisst ausserhalb der Zone, die unter der Autorität der Europäischen Kommission stand, teilgenommen.

Graf Schulenburg hatte also ganz recht, Wyschinski an die Zweiteilung des internationalen Donauregimes zu erinnern. Die Antwort des

stellvertretenden Sowjetkommissars, der über diesen Einwand einfach hinwegging, enthüllte eine Politik, die sich einige Tage später deutlich abzeichnen sollte.

Am 14. September bat Molotow den deutschen Botschafter in den Kreml, um seinerseits mit ihm über die Donau zu sprechen. Molotow hatte von Schwartzew, dem Sowjetbotschafter in Berlin, ein Telegramm empfangen, das die Antwort Ribbentrops auf die von den Sowjets erhobenen Ansprüche enthielt. Die Wiener Konferenz, sagte Ribbentrop, habe kein anderes Ziel als das, die Internationale Kommission von Belgrad zu liquidieren; die Reichsregierung sei aber bereit, das Recht Russlands auf einen Sitz in der Europäischen Kommission von Galatz anzuerkennen.

Diese Antwort befriedigte Molotow nicht. Um über die Tragweite seiner Ansprüche jede Unklarheit auszuschliessen, hatte er sie in einer schriftlichen Note formuliert, die er Herrn von Schulenburg überreichte. Diese Note billigte die Abschaffung der Internationalen Kommission, forderte aber gleichfalls die Aufhebung der Europäischen Kommission und machte den Vorschlag, eine einzige Donaukommission für den ganzen Flusslauf von Bratislava bis zum Meer zu schaffen. Die neue Kommission sollte sich ausschliesslich aus den Uferstaaten zusammensetzen. Die Note zählte sie auf: Deutschland, die Slowakei, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Sowjetrussland. Drei Staaten wurden durch die russische Note ausgeschlossen: Frankreich, England und ... Italien.

Als mir der deutsche Botschafter von diesem Schritt Molotows Kenntnis gab, lenkte ich seine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass es sich hier nicht nur um die Aufhebung des in Versailles geschaffenen Donauregimes handle, sondern um den Umsturz jener Donaupolitik, die ganz Europa, in diesem Punkt einig und solidarisch, seit dem Krimkrieg gegen Russland gegenüber verfolgt hatte. «Genau das hat mir Molotow auseinandergesetzt», erwiderte mir Graf Schulenburg. «Molotow, der die Donauprobleme gut kennt, hat mir einen geschichtlichen Abriss der russischen Ansprüche gegeben und mir erklärt, dass es sich für Russland darum handle, eine Lage der Minderberechtigung zu beseitigen, die ihm

KRIEG IM OSTEN

als Folge eines unglücklichen Krieges, eben des Krimkrieges, auferlegt worden sei.»

Aus dieser ersten Fühlungnahme zwischen den Vertretern des Reichs und denen der Sowjetunion über die Donaufragen ergab sich, dass die deutsche Regierung noch keinen festen Plan über das neue internationale Regime für diesen Fluss hatte. Berlin hatte sich beeilt, zur Abschaffung der Internationalen Kommission, dieser «Schöpfung von Versailles», zu schreiten, die eine englisch-französische Kontrolle über die obere und mittlere Donau aufrecht erhielt. Die Europäische Kommission hingegen war eine alt-ehrwürdige Einrichtung, die ihre Existenzberechtigung bewiesen hatte und noch nützlich sein konnte. Geschaffen durch den Vertrag von Paris von 1856, an dessen Ausarbeitung Preussen an der Seite der Sieger teilgenommen hatte, aufrecht erhalten und ausgebaut durch den Vertrag von Berlin von 1878, hatte sie nicht nur eine allgemeine Mission europäischer Ordnung erfüllt, sondern auch den Donauinteressen der deutschen Länder gedient, die sich im Rahmen einer Politik freier Schifffahrt und Sicherheit ganz natürlich entfalten konnten. Im Übrigen hatte Deutschland im Mai 1939 auf Drängen der rumänischen Regierung seinen Platz in der Europäischen Kommission wieder eingenommen; der Krieg, der im September ausgebrochen war, hatte die Vertreter des Reichs nicht gehindert, in Galatz Seite an Seite mit ihren französischen und englischen Kollegen zusammen mit den Vertretern Italiens und Rumäniens (die damals neutral waren) eine friedliche und nützliche Tätigkeit zu entfalten.

Der Anspruch der Sowjetregierung, an den Arbeiten der Wiener Konferenz teilzunehmen, zeigte von Neuem den grossen Nutzen der Europäischen Kommission. In der Tat hatte Ribbentrop bei dieser Gelegenheit Russland an das Vorhandensein der Kommission für die untere Donau erinnern und seine Teilnahme an ihren Arbeiten vorschlagen können. Indem sich Ribbentrop dieses Arguments bediente, um in Galatz ein Vordringen aufzuhalten, das, wenn es bis Wien gelangte, störend werden konnte, hatte er gemäss den Traditionen der Donaupolitik gehandelt. Es war immer einer der Existenzgründe der Europäischen Kommission gewesen, als Schranke zu dienen, um die russischen

Ambitionen zu hindern, der offenen Donaustrasse entlang bis ins Herz Europas hinaufzusteigen.

Genau das war es, was Molotow ein für allemal ändern wollte. Denn wenn Deutschland seine Donaupolitik noch nicht genau festgelegt hatte, und wenn es sich der Beibehaltung des alten Regimes an der Donaumündung anpassen zu können schien, so hatte Russland im Gegensatz dazu einen wohl vorbereiteten Plan: es wollte mit einem Schlage all die Hindernisse beseitigen, welche die Jahrzehnte und die Vorsicht seiner Nachbarn auf seinem Wege aufgetürmt hatten. Es gab aber auf der Bahn seiner Expansionspolitik kein lästigeres Hindernis als die Europäische Kommission. Diese Einrichtung hatte der untern Donau eine politische Gestalt gegeben. Sie hatte an der Mündung dieses grossen Stromes ein Banner errichtet, hinter dem sich die Fahnen der wichtigsten europäischen Mächte sammelten. Es wachten nicht mehr die Uferstaaten über die Sicherheit des Flusses, sondern der Fluss selbst verteidigte die Sicherheit der Uferstaaten. Die Donau besass ihre Polizei und ihre Gerichtsbarkeit; auch als nach langwierigen Verhandlungen einige ihrer Vorrechte zugunsten Rumäniens, des einzigen Uferstaates seit 1917, aufgehoben wurden, bewahrte sie ihre politische Autorität und ihr europäisches Prestige ungeschmälert. Als Russland Bessarabien zurückgenommen hatte, fand es diese Donau, den lebendigen Ausdruck einer höhern kontinentalen Ordnung, so wieder, wie es sie vorher gekannt hatte: die Donau war für Russland mehr als eine Grenze – sie war eine Schranke.

Die Europäische Kommission hatte noch einen andern Aspekt, den Russland ihr nicht verzeihen konnte. An der Donaumündung, auf der dem Meere zugewandten Partie des Flusses installiert, das heisst dort, wo der Fluss am Leben des Meeres teilnahm, war die Europäische Kommission für ihre Mitgliedstaaten so etwas wie eine ständige Rechtfertigung, in das Schwarze Meer einzufahren und sich dort frei zu bewegen. Diese Kommission öffnete den bedeutendsten Seemächten ein Meer, das Russland fast als ein Binnenmeer betrachtete. Das bedeutete die Festsetzung Europas an dem Punkt, von dem aus die Sowjetmacht ihren neuen Vorstoss nach Süden unternehmen wollte. Hier offenbart

sich die enge Verbundenheit der Probleme der untern Donau und der Meerengen. Es war schwierig, das Regime der Meerengen in dem von Russland gewünschten Sinne zu ändern, ohne vorher die Europäische Donaukommission aufzuheben. Wie hätte man Europa an den Dardanellen Halt gebieten können, wenn es in Sulina Heimatrecht und einen Heimathafen besass? Hatte nicht übrigens Europa selbst einen engen Zusammenhang hergestellt zwischen diesen beiden Stützpunkten, die es an der Donau und an den Meerengen zum Widerstand gegen die imperialistischen Absichten der russischen Politik errichtet hatte? Und war es nicht schicksalhaft, dass die Politik der Sowjets in dem Augenblick, in dem sie das Erbe der Politik der Zaren antrat, sich an dem ersten dieser beiden Hindernisse stiess, bevor sie den Angriff gegen das zweite eröffnen konnte?

Das Projekt der Note, die Molotow Herrn von Schulenburg überreicht hatte, entsprach auf der ganzen Linie den Traditionen der kaiserlich-russischen Politik. Molotow forderte ein einheitliches Regime für den internationalen Lauf der Donau, von Bratislava bis zur Mündung. Anstelle des Dualismus, der an der obern und mittlern Donau ein rein technisches Regime aufrecht erhielt und der untern Donau eine internationale Institution mit politischem Charakter auferlegte, forderte die Sowjetnote eine einheitliche technische und unpolitische Organisation, um die Schifffahrt von der Reichsgrenze bis zum Meer auf dem ganzen Strom zu regeln. Diese einzige Kommission sollte sieben Uferstaaten umfassen, von denen vier Staaten slawisch waren; so gedachte Russland seinen Einfluss bis vor die Tore Wiens geltend zu machen. Russland wünschte weiterhin, sich jeder internationalen Kontrolle zu entledigen in einem Zeitpunkt, da es aus dem Anwachsen seiner Macht und seiner Autorität Nutzen zu ziehen gedachte, um seine nachbarlichen Beziehungen zu Rumänien neu zu regeln und an der Donaumündung die Fäden seiner alten Balkanpolitik wieder in die Hand zu bekommen.

Es ist klar, dass das Projekt Molotows den deutschen Interessen eindeutig zuwiderlief. Deutschland hatte andere Sorgen als die, nacheinander alle Schranken niederzureissen, die das russische Vordringen hemmen konnten. Es hatte ja gerade Rumänien eine Garantie gegeben,

um den russischen Vormarsch jenseits der Donau anzuhalten. Die Europäische Kommission, die Russland aufgehoben sehen wollte, hatte diese Aufgabe fast ein Jahrhundert lang erfüllt. Welches Interesse bestand, sie aufzuheben? Und war es nicht auch zumindest störend, die Sowjets ins Herz dieses Donaugebietes eindringen zu sehen, über das Deutschland schon seine schützenden Flügel gebreitet hatte?

Dennoch bot das Projekt der Sowjets gewisse Vorteile. Die Europäische Kommission umfasste auch französische und englische Mitglieder. Es war ein starker Anreiz für Deutschland, sich dieser Feinde auf dringendes Verlangen einer grossen neutralen Macht zu entledigen. Wenn Deutschland die Europäische Kommission unter diesen Bedingungen auf hob, führte es mit einem einzigen Zuge drei Schläge aus: es entfernte die Engländer und Franzosen aus einer sehr bedeutenden Position, es erweiterte den Graben zwischen der Sowjetunion und Grossbritannien und gab schliesslich der Sowjetregierung, die so beunruhigt und voller Misstrauen war, einen Beweis seines guten Willens und söhnte sie mit der Politik der Zusammenarbeit aus, die für die deutschen Interessen immer noch nützlich und vorteilhaft war. Was das neue Regime betraf, das man zur Regelung der Donauschifffahrt errichten sollte – was war da so eilig? War es nicht klüger und vorsichtiger, erst einmal mit der Vergangenheit reinen Tisch zu machen, um den russischen Partner zu befriedigen, ohne aber für den Augenblick über ein provisorisches Regime hinauszugehen, das keine Festlegung für die Zukunft bedeutete?

Eine solche Lösung in Berlin vorzuschlagen hatte sich Graf Schulenburg vorgenommen, um die beunruhigte Sowjetregierung zu beschwichtigen und ihr Vertrauen wiederzugewinnen.

II.

Das Land, in dem die Donaupläne des Herrn Molotow die stärkste Beunruhigung hervorrufen mussten, war Rumänien.

Der Krimkrieg hatte den Ansprüchen ein Ende gesetzt, die Russland seit mehr als einem Jahrhundert gegenüber den rumänischen Fürsten-

KRIEG IM OSTEN

tümern verfolgte. Der Vertrag von Paris von 1856 hatte die Grundbedingungen für die Existenz und die Entwicklung eines freien rumänischen Staates geschaffen, indem er dem Moldaufürstentum Süd-Bessarabien zurückgab, eine Provinz, die ihm die Russen 1812 entrissen hatten, und indem er an der Donaumündung die Europäische Kommission mit weiten technischen, administrativen und juristischen Kompetenzen und mit hoher politischer Autorität einsetzte. Den Rumänen blieb nur noch übrig, die rein formelle Lehnshoheit der Pforte abzuschütteln; das taten sie im Jahre 1877 während des russisch-türkischen Krieges, in den Rumänien eingriff, indem es den Armeen des Zaren half, einen schwierigen Sieg zu erringen. Seitdem besaß das Königreich Rumänien die Unabhängigkeit mit vollständiger Handlungsfreiheit.

Russland hatte aus seinem Sieg den Vorteil ziehen wollen, seine Position an der Donaumündung zu festigen und seinen Einfluss auf dem Balkan zu erweitern. Aber der Berliner Kongress von 1878 setzte den russischen Ambitionen eine Schranke. Es war Russland gelungen, Süd-Bessarabien wieder zu gewinnen; von Neuem berührten seine Grenzen den Unterlauf der Donau. Indessen wurde die Europäische Kommission aufrechterhalten, und ihre Bedeutung wurde erweitert. Sie hatte darüber zu wachen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Uferstaaten der untern Donau sich im Geiste guter Nachbarschaft und auf der Basis vollkommener Gleichheit entwickelten. Die Freiheit der Donau, eng verbunden mit der Freiheit Rumäniens, schien unter das gleiche schützende Zeichen gestellt: das einer europäischen Zusammenarbeit.

Die von Russland geforderte Unterdrückung dieser Ordnung drohte ein wertvolles politisches Gleichgewicht zu zerstören – ein Gleichgewicht, das für die Freiheit der Donau, die Freiheit Rumäniens und die Sicherheit Europas gleich notwendig war. Wem würde das Recht und die Pflicht zufallen, sich dem furchtbaren Druck zu widersetzen, den das Sowjetreich mit seinem ganzen ungeheuren Gewicht an seiner Donaugrenze ausüben würde, wenn die Europäische Kommission erst einmal aufgehoben war? Deutschland allein würde in der Lage sein, diesen Widerstand zu leisten. Trat aber Deutschland an die Stelle einer Einrichtung, die das ganze Europa vertreten hatte, so würde das die Nach-

barstaaten und speziell Rumänien zwingen, sich noch mehr den Befehlen des Reichs zu unterwerfen. Die nationale Freiheit im Donaubecken wäre dem Untergang geweiht. Zwischen den russischen und deutschen Interessen, die an der Donaumündung einander schärfer entgegengesetzt waren als irgendwo anders, würde es für unabhängige Staaten keinen Raum mehr geben.

Das erste Opfer eines solchen Bruchs des Gleichgewichtes musste notwendigerweise die deutsch-russische Entente sein. Es sei denn, Deutschland weigere sich – um einen Konflikt zu vermeiden, den die Vorschläge Molotows unvermeidlich zu machen schienen – die Politik der Beständigkeit, des Masses und der unabänderlichen Ordnung, die Europa bis dahin in Galatz praktiziert hatte, fortzusetzen und versuche statt dessen, durch Abmachungen und neue Aufteilungen von Einflusszonen und Territorien an der Donau, wie längs seiner gesamten Ostgrenze, einen provisorischen Friedenszustand des Abwartens und des Kompromisses aufrechtzuerhalten. In diesem Fall würden die Donauinteressen, Interessen allgemeiner und dauernder Art, dem Interesse Deutschlands untergeordnet, dem es darauf ankommen musste, seinen russischen Partner zu schonen, um sicherer den Sieg davonzutragen.

Von allen möglichen Hypothesen war dies die ungünstigste für Rumänien. Denn Abmachungen über die Donau, die ohne sein Wissen und über seinen Kopf hinweg getroffen würden, drohten ganz auf Kosten seiner Interessen, seiner Rechte, vielleicht sogar seines Territoriums zu gehen. Solche Abmachungen boten überdies wenig Chancen, einen Konflikt zwischen dem Reich und der Sowjetunion zu vermeiden. Denn je mehr die Rolle Rumäniens an der Donau abgeschwächt wurde, umso weniger war es diesem Lande möglich, zugleich mit seinen eigenen Interessen das Allgemeininteresse von Gleichgewicht und Ordnung an der Donaumündung frei zu verteidigen, und umso mehr musste der Gegensatz zwischen den deutschen und russischen Ambitionen offenbar werden und schliesslich zum Kriege führen.

So gefährdet der Verhandlungsweg schien, so wählte ihn die deutsche Regierung doch in dem Wunsche, das Abkommen mit Moskau nicht endgültig zu zerstören.

Seit September hatten sich gewisse Ereignisse vollzogen, die einen Beweis für den guten Willen der deutschen Regierung gegenüber seinem russischen Partner noch notwendiger machten. In den ersten Oktobertagen waren deutsche Truppeneinheiten in Rumänien eingedrungen und hatten in Bukarest und längs der Donau Quartier bezogen. Der deutsche Geschäftsträger von Tippelskirch wurde von seiner Regierung angewiesen, Molotow die notwendigen Erklärungen zu geben. Er erledigte sich dieses Auftrages am 10. Oktober. Er erklärte dem Chef der Sowjetregierung, dass es sich nur um militärische Instrukteure und einige «Instruktionseinheiten» handle, die auf Wunsch der rumänischen Regierung nach Rumänien geschickt worden seien, um die Ausbildung der rumänischen Armee zu vollenden. Als Molotow sein Erstaunen ausdrückte, dass dafür eine so grosse Zahl von Militärs jeder Art benötigt werde, erinnerte der deutsche Geschäftsträger an die Garantie, die sein Land Rumänien gegeben habe, und an den Willen der Reichsregierung, dieses für die deutsche Wirtschaft so wichtige Gebiet gegen jeden britischen Angriff und Invasionsversuch zu schützen. Molotow konnte ein Lächeln nicht unterdrücken, als er darauf aufmerksam machte, dass nach seiner Ansicht die Engländer ganz andere Sorgen hätten und gewiss nicht an eine Invasion Rumäniens dächten.

Einige Tage später drückte der russische Regierungschef seine Unzufriedenheit erneut aus, und zwar mit jener Behutsamkeit und jenen Umschweifen, welche die Sowjets lieben. Er liess ein Communiqué veröffentlichen, durch das die Behauptung einer dänischen Zeitung demontiert wurde, die geschrieben hatte, Moskau sei rechtzeitig über die Zahl der nach Rumänien entsandten deutschen Truppen und über das mit dieser Aktion verfolgte Ziel informiert worden.

Ihrer Unzufriedenheit in anderer Form Ausdruck zu geben, hielt die Sowjetregierung nicht für angebracht. War nicht Rumänien schon jetzt, nach der Garantie, die es in Wien erhalten hatte, dem deutschen Einfluss und Eindringen geöffnet? Moskau verfügte damals über ein Mittel, das ihm besser als leere Anklagen wertvolle Entschädigung und Vorteil sichern konnte.

Seit über einem Monat bemühte sich eine aus russischen und rumä-

nischen Offizieren zusammengesetzte Kommission, die neue Demarkationslinie zwischen der Sowjetunion und Rumänien zu ziehen. Zu Beginn der Arbeiten hatte keinerlei ernste Schwierigkeit diese Konferenz beunruhigt, die sich darauf beschränkte, den Plan zur Anwendung zu bringen, den Molotow selbst in seiner Note vom 26. Juni 1940 unterbreitet hatte, als er forderte, dass die neue russisch-rumänische Grenze dem Lauf des Pruth und dem der untern Donau folge, «wie es der Berliner Vertrag festgelegt hatte». Dieser Vertrag hatte die Grenze längs der Strombahn des Chilia-Armes, des nördlichen Donauarmes, fixiert. Infolgedessen genügte es, durch lokale Expertisen den Lauf dieser Strombahn festzulegen; damit regelte sich dann die Verteilung der Inselchen und der zahlreichen Sandbänke, die die Donau bildete, von selbst. Wie gross war das Erstaunen der rumänischen Delegierten, als die Sowjetunion, nachdem schon das Ergebnis der technischen Expertisen fertig vorlag, eine Reihe von Inselchen forderte, die eindeutig zum rumänischen Ufer gehörten. Des weitern verlangte die Sowjetunion den ausschliesslichen Besitz der hauptsächlichen Stromenge von Stari-Stambul, durch die sich die Gewässer des Chilia-Armes ins Meer ergiessen. Die Sowjets waren nur bereit, mit Rumänien die Rinne von Musura zu teilen, eine Abweichung nach Westen, unbedeutend und ohne Tiefgang. Das war eine eindeutige Verletzung der durch den Vertrag von Berlin getroffenen Regelung, die noch durch Molotows Note bestätigt worden war. Der Grund war nicht schwer zu erkennen. Russland wollte sich an bestimmten Punkten die ausschliessliche Kontrolle der Schifffahrt auf dem Chilia-Arm sichern, und zugleich sich des einzigen Ausgangs dieses Donauarms bemächtigen. So würde es absoluter Herr des Flussarmes, der bei weitem den grössten Tiefgang hatte; seine Anschwemmungen, die von dem Lauf bei Stari-Stambul mitgeführt wurden, drohten seit mehreren Jahren den Kanal von Sulina, den einzigen für Seeschiffe zugänglichen Weg, zu versanden und vollständig zu verstopfen.

Als ich die Aufmerksamkeit der rumänischen Regierung auf die Bedeutung dieser Beeinträchtigung lenkte, welche die Sowjetunion den Regeln, die bis dahin für die Arbeiten der gemischten Kommission galten, auferlegen wollte, erhielt ich von Bukarest die bezeichnende Infor-

mation, dass Berlin sich an dieser Frage vollständig desinteressiere. Genau den gleichen Eindruck hatte mir Graf Schulenburg bei seiner Rückkehr aus Berlin übermittelt, wo er bis zum 16. Oktober geblieben war. Der deutsche Botschafter schien von der Haltung der Wilhelmstrasse gegenüber Russland und von den Instruktionen, die er empfangen hatte, befriedigt. «Die Beziehungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion sind und bleiben sehr gut», wiederholte er mit Nachdruck. Im Gegensatz dazu erinnerte er sich nicht, irgendwelche Anweisungen erhalten zu haben, um das Donaprojekt Molotows und die russischen Ansprüche auf den Chilia-Arm und die Stromenge von Stari-Stambul zu bekämpfen.

Die Instruktionen über das Donauregime sollten einige Tage später eintreffen. Über die Grenzfrage enthielten sie nichts. Die Gleichgültigkeit Berlins in diesem Punkt kam einem Einverständnis mit Russland gleich. So war man in Berlin weniger überrascht als in Bukarest, als einige Wochen später russische Grenzabteilungen, von kleinen Kriegsschiffen unterstützt, mit Gewalt die Stromenge und die begehrten Inselchen besetzten. Die Politik der Expansion und der militärischen Besetzung, wie sie die beiden Partner seit dem Moskauer Abkommen betrieben, erforderte eben Rücksichten und Kompensationen.

Sicher hatte Berlin für diesen Handstreich nicht die Erklärung erwartet, die mir Herr Wyschinski gab, als ich bei ihm einen Protestschritt gegen die schroffe und zumindest ungewöhnliche Art unternahm, mit der die Sowjetregierung die Arbeiten der gemischten Kommission abschloss. Der stellvertretende Kommissar versicherte mir mit der grössten und unerwartetsten Liebenswürdigkeit, die Besetzung einiger «unbedeutender» Inselchen im Chilia-Arm sei keine Unfreundlichkeit gegen Rumänien, dessen territoriale Integrität die Sowjetunion ebenso unbedingt zu achten entschlossen sei wie seine Unabhängigkeit, «für die Russland im Jahre 1877 gekämpft habe». Diese Inselchen wären für Rumänien ohne Nutzen, da es die volle Verfügungsgewalt über den Sulina- und St.-Georgs-Arm habe. Für Russland hätten sie hingegen einen grossen *defensiven Wert* angesichts der Entwicklung der internationalen Lage unter dem Einfluss der Freundschaften, die Deutschland im Osten unterhielte. Und als ich ihn fragte, ob er auf die deutsch-russische

Freundschaft anspiele, antwortete Wyschinski mit einem Augenzwinkern: «Nein, Sie haben mich sehr gut verstanden: es handelt sich um die Freundschaft, welche Deutschland in Ihr Land hineingeführt hat.»

Diese beiden aufeinanderfolgenden Operationen – einerseits das Eindringen deutscher Truppen in Rumänien, andererseits die Besetzung gewisser Schlüsselstellungen am Chilia-Arm durch russische Truppen – waren für die zweite Phase der deutsch-russischen Zusammenarbeit kennzeichnend. Man unterrichtete einander nicht mehr im Vorhinein über die Teilung, die man zu vollziehen gedachte. Von beiden Seiten operierte man mit Überraschungen und stellte einander gegenseitig vor vollendete Tatsachen. Die Diplomaten strengten sich hinterher an, ausgleichende Formeln zu finden, aber in dem Masse, in dem das Gelände für eine Verständigung, immer auf Kosten Dritter, abnahm und schmaler wurde, wuchsen die Aussichten des unvermeidlich werdenden Konfliktes. Schon wählten die Militärs die Stellungen, die für den Angriff oder die Verteidigung am besten geeignet wären. Man war sich so nahe, und kein Territorium, das man nehmen oder teilen konnte, trennte fürderhin die deutschen von den russischen Ambitionen.

Nirgends musste diese beunruhigende Annäherung, diese unkluge Unterdrückung jeder ausgleichenden Einrichtung und irgendeines trennenden Raumes, grössere Verwirrung und gefährlichere Situationen schaffen als an der Donaumündung, wo bis dahin Rumänien die delikate Aufgabe erfüllt hatte, entgegengesetzte Interessen miteinander zu versöhnen und entgegengesetzte Ambitionen voneinander zu trennen.

Geschah es, um neue defensive Positionen zu suchen, dass mehrere Torpedoboote der Sowjets am 2. Januar auf der Höhe von Sulina erschienen? Im Schutze der Dunkelheit drangen am Abend zwei Torpedoboote in den Flussarm ein. Sogleich eröffneten die Küstenbatterien das Feuer. Die Kriegsschiffe drehten ab und verschwanden in der Nacht. Von wo kamen sie, und was bezweckten sie? Man sollte es niemals erfahren. Ein Tass-Communiqué setzte allen Aussagen der Augenzeugen dieses Abenteuers ein kategorisches Dementi entgegen: kein Sowjetkriegsschiff, so erklärte die offizielle Agentur, sei jemals vor Sulina erschienen.

Niemand hatte ein Interesse daran, nach den Gespensterschiffen zu suchen oder die kategorische Erklärung der Agentur Tass anzuzweifeln.

III.

Gegen Mitte Oktober, einige Tage nach Schulenburgs Rückkehr aus Berlin, gab die deutsche Regierung nach Beratung mit der italienischen Regierung ihre Antwort auf Molotows Note vom 14. September bekannt. Diese Antwort war wohlwollend und ganz vom Geiste der Versöhnlichkeit bestimmt. Die deutsche Regierung war mit der Aufhebung der Europäischen Kommission und der Vereinheitlichung des Donauregimes einverstanden. Sie schlug den Zusammentritt einer Konferenz in Bukarest vor, um das provisorische Regime für die untere Donau zu regeln, bis zu dem Tage, an dem die Vereinheitlichung der Regime verwirklicht werden könnte. Sie verlangte nur eine einzige Gunst: Italien sollte weder von der Konferenz von Bukarest noch von der neuen Donaukommission ausgeschlossen bleiben.

So suchte die deutsche Regierung für die Gegenwart einen Vergleich, behielt sich aber für die Zukunft alles vor. Sie «war einverstanden», sich auf Moskaus Verlangen hin der Engländer und der Franzosen in der Europäischen Kommission zu entledigen, und sie akzeptierte, im Prinzip, die Vereinheitlichung der Regime. Aber sie erhielt «provisorisch» ein Spezialregime für die untere Donau aufrecht, und ihre Einladung an die Sowjets galt einer Sonderkonferenz, nicht einer allgemeinen. Die deutsch-russischen Abmachungen gingen über Rumänien hinweg und schienen sich wieder einmal auf seine Kosten verwirklichen zu sollen. Die rumänische Regierung unterrichtete mich von der grundsätzlichen Übereinstimmung, die zwischen Berlin, Rom und Moskau zustande gekommen war, erst an dem Tage, an welchem die Konferenz von Bukarest beschlossen wurde. Die Einladungen zu dieser Konferenz erfolgten direkt von Berlin aus; die rumänische Gesandtschaft erhielt keinerlei Mitteilungen oder Instruktionen zu diesem Thema. Wie hätte es anders sein sollen? Handelte es sich nicht gerade darum, den Einfluss, den Ru-

mänien, auf die Europäische Kommission gestützt, an der Donau im allgemeinen Interesse ausübte, durch den vereinten Einfluss zweier Grossstaaten zu ersetzen, die vor allem andern besorgt waren, durch eine Kette von Kompromissen ihre Sonderinteressen zu schonen?

Der Gegensatz zwischen diesen Sonderinteressen sollte indessen ohne Zögern mit unerwarteter Heftigkeit ausbrechen. Die Sowjetregierung hatte sich beeilt, von der Zustimmung Deutschlands zu den Vorschlägen Molotows offiziell Kenntnis zu nehmen. Ein Tass-Communiqué vermerkte die Tatsachen folgendermassen: «Sowjetrussland und Deutschland haben unter Billigung Italiens (von einer Zustimmung Rumäniens kein Wort!) festgestellt, dass es notwendig sei, die beiden bestehenden Donaukommissionen aufzuheben und sie durch eine einzige Kommission zu ersetzen. Diese soll alle Uferstaaten und Italien umfassen, und ihre Kompetenzen sollen sich von Bratislava bis zum Meer erstrecken. Das Ziel der Konferenz, die in Bukarest zusammentreten wird, soll sein, provisorisch das internationale Regime der untern Donau zu regeln, von Braila bis zur Mündung.»

Zwei Tage später, am 28. Oktober – dem gleichen Tage, an dem Italien an Griechenland den Krieg erklärte, der den Balkan so von Grund auf erschüttern sollte – trafen sich die deutschen, italienischen, rumänischen und russischen Delegierten in Bukarest. Sie hatten angeblich ein «juristisches» Werk zu vollbringen, aber schon am nächsten Morgen liess der politische Charakter der Absichten und Ansprüche jeder Delegation unüberwindliche Hindernisse erstehen.

Die Sowjetdelegation deckte ihre Karten auf. Sie verlangte, dass das provisorische Regime, welches die Europäische Kommission ablösen sollte, einer russisch-rumänischen Verwaltung anvertraut werde, und zwar für alle Donauarme. Die Aufgaben dieser gemeinsamen Verwaltung sollten sein: «Regelung der Schifffahrt, Durchführung des Lotsendienstes, Ausarbeitung und Ausführung hydrotechnischer Arbeiten, die nur mit ausdrücklicher Zustimmung der beiden Staaten realisiert werden könnten.» Die Delegierten der Sowjetunion verlangten weiter, dass auf dem Stromarm von Sulina, «dem einzigen von wirklich internationaler Bedeutung», die Schifffahrt frei sei und für alle Flaggen Gleichberechti-

gung herrschen solle. Indessen sollten ausschliesslich russische und rumänische Kriegsschiffe diese schiffbare Strasse benutzen dürfen. Für alle andern Kriegsschiffe sollte die Befahrung des Sulina-Armes untersagt bleiben. Der sowjetrussische Vorschlag fasste schliesslich, um alle Konflikte zu regeln, die Organisation eines Schiedsgerichtshofes ins Auge. Dieser sollte eine gleiche Zahl russischer und rumänischer Schiedsrichter umfassen, und die andern Donaustaaten sollten ihrerseits Obmänner für ihn bezeichnen.

Mit einem Wort, nachdem die Sowjetunion mit Deutschlands Hilfe die Europäische Kommission beseitigt hatte, zielte sie darauf ab, allein, im *tete-à-tete* mit Rumänien, an der Donaumündung zu verbleiben. Offensichtlich handelte es sich nur um ein provisorisches Regime. Aber die Sowjetunion gedachte, dieses Provisorium auszunützen, so wie Deutschland diesen Gedanken gehabt hatte, als es die Konferenz von Bukarest vorschlug: das Reich wollte Russland in Bukarest eine provisorische Ablenkung bieten, um Zeit zu gewinnen und sich endgültig an der obern und mittlern Donau einzurichten, während Russland diesen Aufschub nutzen wollte, um sich seinerseits endgültig an der untern Donau einzurichten. Die deutsche Diplomatie hatte in Moskau ebenbürtige Gegenspieler gefunden.

Die Rumänien angebotene Parität, die wie ein Köder ausgeworfen wurde, um dieses Land für die russischen Vorschläge zu gewinnen, konnte niemanden über die wahren Absichten der Moskauer Regierung täuschen. Der Beitrag, den Rumänien zu dieser eigenartigen Gemeinschaft an der untern Donau leisten sollte, war bei weitem bedeutender als der Russlands: während die Sowjetunion lediglich den halben Chilia-Arm der gemeinsamen Verwaltung zu unterwerfen hatte, sollte demgegenüber Rumänien den Rest des Donaudeltas auf dem Altar der Teilung opfern, das heisst ausser der rumänischen Hälfte des Chilia-Armes die beiden Arme der Donau, den von Sulina und den von St. Georg, die stets und zu allen Zeiten ausschliesslich rumänisch waren. Umgekehrt war das Kräfteverhältnis der beiden Länder derart, dass es der Sowjetunion die absolute Herrschaft über die Donaumündung sichern musste. Wenn Moskau weiterhin das Recht forderte, seine Flotte vor Galatz

und Braila halten zu können, so liess das keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit, nach freiem Ermessen seine Souveränität an den Häfen des Schwarzen Meeres auszuüben.

So übernahm die Sowjetunion auf ihr Konto jenes alte kaiserliche Projekt, an dessen Verwirklichung erst der Pariser Vertrag von 1856, dann der Berliner von 1878 das zaristische Russland gehindert hatten. Russland forderte die Donaumündung, um von dort aus einen beherrschenden Einfluss auf dem Balkan und in ganz Osteuropa ausüben zu können.

Dieser Plan der Sowjets enthüllte zugleich die Formen des bevorstehenden Konfliktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland.

Deutschland, der Beherrscher Mitteleuropas, hatte ein offensichtliches Interesse daran, dass die Schifffahrt auf der Donau bis zum Meere frei sei. Russland verteidigte ein Interesse, das es seit einem Jahrhundert erbittert verfolgt hatte; sich der Schlüssel zur untern Donau zu bemächtigen, um unbestrittene Herrin des Schwarzen Meeres zu bleiben. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Interessen, der Zusammenstoss zwischen diesen beiden Bewegungen – der russischen Massen von Norden nach Süden, des deutschen Dranges von Westen nach Osten – war von einer solchen Bedeutung und solcher Tragweite, dass er zum Sinnbild eines zwischen feindlichen Elementen entfesselten Konfliktes wurde. Es war der Konflikt zwischen dem Strom und dem Meer, zwischen den fliessenden Wassern, die sich ihren Weg zum Meer zu öffnen suchten, und dem Meer, das geschlossen bleiben wollte, um sich zu verteidigen.

Wie konnte man noch hoffen, einen derartigen Konflikt durch ein neues Kompromiss zu lösen?

Die Konferenz von Bukarest fasste von Anfang an, nach der Verwirrung, in die sie durch die Vorschläge der Sowjets gestürzt worden war, nur einen einzigen Ausweg ins Auge: die Vertagung. Ihre zweimonatliche Existenz war eine einzige Folge von Vertagungen, die nur durch einige Versuche unterbrochen wurden, sich auszusprechen und Gesichtspunkte auszutauschen – Versuche, die nur das allgemeine Gefühl verstärkten, dass es vielleicht noch ein Mittel gäbe, die Dinge hinauszuschieben, bestimmt aber keine Möglichkeiten mehr, sich zu verständigen.

Eine Intervention, die Sir Stafford Cripps in Moskau unternahm,

wurde von den Sowjets geschickt ausgewertet. Der englische Botschafter war von seiner Regierung beauftragt worden, gegen die Unterdrückung der Europäischen Kommission zu protestieren und zu erklären, dass England *«alle Rechte aus den bestehenden Abkommen¹¹ wahre und «die neuen Abkommen nicht anerkenne».*

Die englische Note, die Sir Stafford Herr Wyschinski überreichte, protestierte des Weiteren gegen die Teilnahme der Sowjetunion an der Konferenz in Bukarest Seite an Seite mit den Achsenmächten. Sie bezeichnete diese Haltung der Sowjetregierung als *«Verletzung der Gesetze der Neutralität».*

Herr Wyschinski, der ein hervorragender Jurist war, konnte nur mit viel Mühe dem englischen Botschafter erklären, wie Russland, obwohl es mit der Achse in Bukarest zusammenarbeitete und die Teilnahme Italiens an den Donauangelegenheiten angenommen hatte, nachdem Grossbritannien ausgeschlossen worden war, sich in keiner Weise von der allerstriktesten Neutralität entfernt habe. Er unterzog sich dieser schwierigen Aufgabe mit viel Bemühen und Geschicklichkeit. Die Note hingegen, die der stellvertretende Kommissar dem englischen Botschafter aushändigte und die durch ein offizielles Communiqué veröffentlicht wurde, war brutal, von schneidender Schärfe und ausgesprochen unfreundlich gegenüber England. Es hiess darin, die Sowjetunion habe keinerlei Rücksichten auf England zu nehmen, das in Versailles Russland aus allen Donaukommissionen ausgeschlossen habe. Die Donau solle künftig den Donaustaaten gehören; England sei weit weg und habe dort nichts zu suchen. Italien hingegen, das viel näher am Donaubecken läge, gäben seine Wirtschaftsinteressen das Recht auf Teilnahme an der Konferenz in Bukarest...

Dieser Notenwechsel hatte einen doppelten Sinn. Er stellte die Haltung Englands fest gegenüber einem Akt, der gegen eine europäische Politik gerichtet war, für die England ein Jahrhundert hindurch an vorderster Stelle gewirkt hatte. Diesen Akt wollte es nicht anerkennen. Es bestätigte mit lauter Stimme seine Anhänglichkeit an die Idee der Freiheit der Donau und an die Einrichtung der Europäischen Kommission, und es behielt sich für die Zukunft *«alle Rechte vor, die sich aus den be-*

stehenden Abkommen ergaben». *Diese feierlich bestätigte Anhänglichkeit an die Ideen und Einrichtungen, die das Gleichgewicht im Osten sichern, entspricht dem Interesse aller Staaten, die darauf hoffen, dass die Wiederherstellung einer europäischen Ordnung an der Donaumündung ihnen von Neuem Unabhängigkeit und Sicherheit verbürgen wird.*

Andererseits schien die russische Antwortnote, indem sie einen ersten Interessenkonflikt mit England hervorhob und diesem Staate gegenüber eine betonte Feindseligkeit bekundete, jenen andern viel lebendigeren und aktuelleren, wenn nicht realeren Interessenkonflikt verhüllen zu wollen, der zwischen der Sowjetunion und den Achsenmächten soeben auf der Konferenz von Bukarest ausgebrochen war. Vielleicht hoffte die Sowjetregierung, auf diese Weise das Vertrauen dieser Mächte in dem gleichen Augenblick gewinnen zu können, in dem sie sich bemühte, sie von der untern Donau zu vertreiben, um von Galatz bis Sulina allein bestimmen zu können. Welch besseren Beweis ihrer treuen Anhänglichkeit an die in Moskau begründete Zusammenarbeit konnte Russland der Achse geben als diese mürrische und verächtliche Abweisung der britischen Proteste?

Diese Haltung gegenüber England, das bis dahin noch immer die Empfindlichkeiten der Sowjetregierung geschont hatte, hätte gewisse Risiken für die Sowjetunion mit sich bringen können; aber der Abgrund zwischen England und Deutschland war so tief, dass es ihnen unmöglich war, irgendeins der gemeinsamen Interessen Europas auf gleiche Art ins Auge zu fassen.

Moskau gelang es indessen nicht, die Zustimmung der Konferenz von Bukarest zu seinem Donauprojekt zu erlangen.

Der erste Widerstand der Achsenvertreter gegen die Vorschläge der Sowjets war nicht gerade sehr kühn. Sie versuchten, mit Verhandlungsformeln Zeit zu gewinnen. Es gelang ihnen sogar, die Grundlinien eines Kompromisses zu ziehen, das die Zustimmung aller zu finden schien.

Am 6. Dezember – die Konferenz tagte damals bereits länger als einen Monat – wurde ich von meiner Regierung informiert, dass man bei folgenden Resultaten angelangt sei:

1. Die Sowjetdelegation hatte grundsätzlich die Schaffung eines provisorischen internationalen Kontrollorgans über die untere Donau angenommen. Diese internationale Instanz sollte sich aus Bevollmächtigten des Reiches, Italiens, Rumäniens und der Sowjetunion zusammensetzen. Die russische Delegation hatte aber ihre Zustimmung von der sofortigen Schaffung einer gemeinsamen russisch-rumänischen Verwaltung im ganzen Deltagebiet abhängig gemacht. Im Übrigen suchte die russische Delegation die Befugnisse der Kontrollkommission auf ein Minimum zu beschränken, um aus ihr in Wirklichkeit ein blosses Phantom zu machen.

2. Die deutsche Delegation, deren Haltung jetzt viel entschiedener war als in der ersten Phase der Konferenz, bekämpfte die Bestrebung der Sowjets, die «gemeinsame Verwaltung» über die «Kontrollkommission» hinweg zu errichten.

3. Die italienische Delegation sekundierte der deutschen und schien noch energischer als diese.

4. Von der Befahrung der untern Donau durch russische Kriegsschiffe war nicht mehr die Rede.

5. Sobald die Liste der Meinungsverschiedenheiten zwischen den russischen Delegierten und den Vertretern der drei andern Mächte endgültig festgelegt wäre, würden die Delegationen von ihren Regierungen neue Anweisungen verlangen . . .

Diese Ergebnisse von Bemühungen und Verhandlungen, die über einen Monat gedauert hatten, waren nicht gerade glänzend. Um die einander widersprechenden Ansprüche auszugleichen, hatte man versucht, ein zweigleisiges Regime zu konstruieren: die Russen sollten ihr Verwaltungsorgan und die Achsenmächte ihr Kontrollorgan erhalten. Aber es herrschte keinerlei Einigkeit über die Beziehungen, die man zwischen diesen beiden Organen herstellen müsste. Die Deutschen zerbrachen sich den Kopf, wie man die Befugnisse der gemischten Verwaltung begrenzen könne. Die Sowjets strengten sich an, die Rolle der Kontrollkommission auf ein Nichts zu reduzieren. Es war nicht zu übersehen, dass in der Verwirrung, die sich aus diesen schroff entgegengesetzten Bemühungen ergab, die Sowjets im Vorteil waren. Sie hatten «die Kontrolle», das

heisst die Möglichkeit eines zeitweisen Eingreifens zugestanden, hatten aber «die Administration», das heisst den effektiven Besitz und die ständige Herrschaft, bewahrt. So setzten die Delegierten der Achse, die einem Abkommen entgehen wollten, dessen unzureichenden Charakter und Gefahren sie erkannt hatten, alle ihre Hoffnung auf die Liste der Meinungsverschiedenheiten, die aufgestellt werden sollte, um einen neuen Aufschub zu gewinnen.

Die rumänische Abordnung machte als erste den Versuch, gegen diese gefährliche Verwirrung, in der die Konferenz zu versinken drohte, die Initiative zu ergreifen, indem sie die Haltung Rumäniens in klaren und präzisen Formeln festlegte:

«1. Die provisorische Kontrollkommission muss mit allen ihren Befugnissen in die Rechte der Europäischen Kommission eintreten. Ihre Kompetenzen müssen sich von Braila bis zum Meer über das ganze Donaudelta erstrecken.

2. Für die Teile des Flusses, die sich ausschliesslich auf russischem oder ausschliesslich auf rumänischem Gebiet befinden, werden die jeweiligen Verwaltungen mit der provisorischen Kommission die gleichen Beziehungen unterhalten, die sie mit der Europäischen Kommission pflogen, und ebenso mit der rumänischen Direktion für die untere Donau.

3. Für den Teil des Flusses, der die Grenze zwischen Rumänien und der Sowjetunion bildet, wird eine gemischte Verwaltungskommission aus rumänischen und russischen Delegierten mit Sitz in Galatz, in der provisorischen Kommission, die administrativen und technischen Aufgaben der beiden Nachbarstaaten zu koordinieren haben.»

Dieser klare und logische Vorschlag, mit dem Rumänien sich bemühte, vom alten Regime des Gleichgewichts und der internationalen Zusammenarbeit zu retten, was noch zu retten war, hatte den Vorteil, dass er die entgegengesetzten Interessen und Ambitionen eindeutig schied und jede Verwirrung in den Vollmachten und Befugnissen vermied. Dieser Vorschlag wurde sofort von den Achsenmächten unterstützt. Sie waren glücklich, unter Schonung der Sowjetunion Rumänien vorschieben und ihm Verdienst und Verantwortung für eine Lösung überlassen zu kön-

nen, die ihnen unendlich viel mehr zusagte als die, welche die Sowjetvertreter vorgeschlagen hatten. Das rumänische Projekt konnte andererseits die Vertreter Moskaus nur enttäuschen und reizen. Auf geschickte Art wehrte es den Versuch der Sowjets ab, sich des ganzen Deltas zu bemächtigen, beschränkte die Befugnisse der «gemischten Verwaltung» ausschliesslich auf den Chilia-Arm und erhielt «provisorisch» unter anderem Namen und in neuer Gestalt die alte Kommission von Galatz mit allen ihren Rechten und Vorrechten aufrecht. Die Sowjetdelegierten verzichteten nicht darauf, dem rumänischen Projekt und den ausgleichenden Vorschlägen Deutschlands und Italiens, die ihm beigegeben waren, eine Note entgegenzustellen, die in sehr scharfen Ausdrücken ihrem Unwillen Ausdruck gab:

«Die Versöhnungsvorschläge der Delegierten Deutschlands und Italiens wiederholen nur, ohne wesentliche Abweichung, die Vorschläge der rumänischen Delegation. Sie können nicht als Akte einer Versöhnung der Gegensätze betrachtet werden. Die erwähnte Erklärung der rumänischen Delegation und die Versöhnungsprojekte sind im Prinzip unannehmbar, denn sie übersehen absichtlich die Tatsache, dass die Sowjetunion ihre Rechte als Donaustaat wieder in Besitz genommen hat, und sie sind im Grunde auf eine Verletzung der Souveränitätsrechte und der Staatsinteressen der Sowjetunion an der Donau gerichtet. Die von der rumänischen Delegation eingenommene Haltung ist lediglich geeignet, die Arbeiten der Konferenz scheitern zu lassen, und das Projekt der deutschen und italienischen Delegierten scheidet diese Gefahr keineswegs aus, wie es sich aus dem Vorhergehenden . . . klar ergibt.»

Es war eindeutig, dass es der Sowjetunion in ihrer Eigenschaft als neuer Donaustaat nicht genügte, im Prinzip die Unterdrückung der Europäischen Kommission und die Vereinheitlichung des Donauregimes verlangt und erreicht zu haben; dass es ihr nicht genügte, auf dem Fusse der Gleichberechtigung mit den andern Uferstaaten in die neu zu bildenden Kommissionen aufgenommen zu werden. Sie musste vielmehr, um «ihre Souveränitätsrechte und ihre Staatsinteressen» zu befriedigen, unbestrittene Herrin an der Donaumündung werden. Die Sowjetdelegation legte übrigens Wert darauf, dass man wusste, «dass sie ihre

grundlegende Haltung gegenüber dem Problem der Donauverwaltung und Donauschifffahrt endgültig und unabänderlich festgelegt habe».

Die russische Antwort war das unvermeidliche Ergebnis, zu dem die Verhandlungen über die Donau, so wie sie zwischen den Partnern des Moskauer Abkommens aufgenommen worden waren, gelangen mussten. Diese Antwort war eine Herausforderung an Deutschland, das sich anschickte, im Donaubecken, dieser ersten Etappe seines Lebensraumes, die führende Rolle zu spielen. Die deutschen Delegierten beurteilten sie durchaus in diesem Sinne; sie erklärten, sie hätten mit «peinlicher Überraschung» von der russischen Erklärung Kenntnis genommen.

Es blieb nun nichts anderes übrig, als sich zu trennen, um – jeder für sich – über die unauffindbare Lösung nachzudenken und neue offizielle Instruktionen abzuwarten. Die Konferenz von Bukarest war auf dem toten Punkt angelangt.

Die rumänische Abordnung, die gleiche, die durch ihr Eingreifen den ausweglosen Verhandlungen ein Ende gesetzt hatte, gab jetzt das Zeichen zur Auflösung der Konferenz: « . . . Die rumänische Delegation drückt die Hoffnung aus, dass die Konferenz bei Wiederaufnahme ihrer Arbeiten in der Lage sein möge, unter positiver Mitwirkung der Sowjetdelegation zu einem Regime zu gelangen, das auf den Prinzipien der Freiheit der Schifffahrt und der Gleichberechtigung wie auf einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Uferstaaten beruht, unter der Voraussetzung, dass diese Uferstaaten als souveräne Staaten betrachtet werden.» Dieser fromme Wunsch sollte besagen: es war an der Donaumündung kein Platz mehr für ein Kompromiss.

Am 21. Dezember 1940 trennten sich die Delegierten. Sie sollten niemals wieder zusammentreten.

Der Aspekt, den das Donauproblem angenommen hatte, rechtfertigte Sorge und Beunruhigung. Die Donau war von nun ab der Kontrolle eines ernsten und unparteiischen Organs beraubt, das eine grosse Autorität besessen hatte, weil es seine Tradition, eine Erfahrung und in gewissem Masse eine Idee europäischer Zusammengehörigkeit vertrat. Sie war damit der Gegenstand von Begehrlichkeiten, Rivalitäten und verdächtigen Verschwörungen geworden. Bis dahin waren die Donaufragen

entsprechend ihren technischen und administrativen Erfordernissen gerecht und billig geregelt worden. Von jetzt ab gerieten sie in Abhängigkeit von den problematischen Beziehungen der beiden Grossmächte, die sich an der Donaumündung mit unversöhnlich entgegengesetzten Tendenzen trafen. Dieser Gegensatz hatte schon immer bestanden. Aber die Geschichte hatte für ihn eine Lösung der Ordnung und des Gleichgewichtes gefunden: einen unabhängigen rumänischen Staat, der sich seiner Sendung bewusst und Herr seiner Geschicke war. Die rumänische Unabhängigkeit und die europäische Zusammenarbeit waren an der Donaumündung ein ganz natürliches Bündnis eingegangen.

Jenseits dieser Lösung gab es nur zerstörtes Gleichgewicht, Wettstreit, Willkür und ein einziges Ende: den Krieg.

Um dieses Ende noch nicht ins Auge fassen zu müssen, wurde beschlossen, die Konferenz von Bukarest «sine die» zu vertagen¹⁾.

¹⁾ Die Konferenz von Bukarest, die am 21. Dezember 1940 vertagt wurde, blieb bis zum Ausbruch des deutsch-russischen Krieges suspendiert. Der Krieg setzte ihr ein Ende.

Der grundsätzliche Akkord, der im Monat Oktober 1940 zwischen dem Reich, der Sowjetunion und Italien zustande gekommen war, ist also niemals in die Praxis umgesetzt worden und hat nie zu einer konkreten Lösung geführt, die geeignet gewesen wäre, die rechtliche und tatsächliche Situation an der Donaumündung zu verändern.

Auf Grund dieses Akkordes sollte die Konferenz von Bukarest die Europäische Donaukommission aufheben und ein provisorisches Regime bis zu dem Tage errichten, da das Donauregime für den ganzen Flusslauf von der deutschen Grenze bis zum Meer vereinheitlicht wäre. Die Konferenz von Bukarest ging bei ihren Arbeiten nicht systematisch vor: sie hatte weder über die Absetzung der Europäischen Kommission noch über die Vereinheitlichung der Regime Beschluss zu fassen, denn das Problem des provisorischen Regimes, das zwischen Braila und dem Meer errichtet werden sollte, nahm sie von der ersten Sitzung an in Beschlag und liess sie bis zum Augenblick ihrer letzten Vertagung nicht mehr los. Wie über diesen Punkt keine Entscheidung getroffen wurde, so blieben auch die beiden andern Punkte ungelöst.

Die Europäische Kommission wurde also nicht aufgehoben. Sie hat niemals zu bestehen aufgehört, weder während der Konferenz von Bukarest noch nachher. Sie besteht noch heute, und ihre Aktivität ist zwar in einen Winterschlaf versunken, aber nicht unterbrochen. Der Rat der Kommission konnte nicht mehr regulär tagen, da von seinen fünf Mitgliedern nur drei (die Vertreter Deutschlands, Italiens und Rumäniens) sich in Galatz treffen konnten. Daher führt das Exekutivkomitee, in dem der Generalkonsul Frankreichs in Galatz sein Land repräsentiert, die Geschäfte der Kommission. Der Vertreter Grossbritanniens hat, als er im Dezember 1940 seinen Sitz

in der Kommission aufgab, Wert daraufgelegt, sich alle Rechte seiner Funktion vorzubehalten. Als der Gesandte Keane, der England in diesen letzten Jahren in Galatz repräsentierte, starb, ernannte die englische Regierung sofort seinen Nachfolger und übermittelte diese Ernennung der Europäischen Kommission, die davon Kenntnis nahm. Diese Formalitäten bestätigen die reguläre und ununterbrochene Existenz der Europäischen Kommission.

Es ist augenfällig, dass diese Kommission unter den gegenwärtigen Umständen nur rein technische Funktionen erfüllen kann. Es ist aber nicht minder wahr, dass es eine grosse politische Bedeutung hat, ihre Existenz ohne Unterbrechung zu wahren bis zu dem Tage, da Frieden und Gleichgewicht in Osteuropa wiederhergestellt werden können.

Rumänien hat in Befolgung seiner traditionellen Politik an der Vereinbarung vom Oktober 1940 nicht teilgenommen; es hat in die Aufhebung der Europäischen Kommission niemals eingewilligt, sondern sich bemüht, diese Kommission über alle Schwierigkeiten der Gegenwart hinweg in allen ihren Rechten und Vorrechten zu erhalten.

Russland ist in der paradoxen Lage, von seinem heutigen Feinde Deutschland durch einen grundsätzlichen Akkord die Aufhebung der Europäischen Kommission erlangt zu haben. Aber es kann diesen Akkord nicht seinem Bundesgenossen England präsentieren, der niemals aufgehört hat, feierlich seinen Willen zu bekräftigen, das gegenwärtige Regime an der Donaumündung aufrechtzuerhalten.

Viertes Kapitel

DRITTER RISS IM MOSKAUER ABKOMMEN: DER DREIMÄCHTEPAKT

Die Unterzeichnung des Paktes zwischen den Achsenmächten und Japan ruft in Moskau stärkstes Unbehagen hervor (23. September 1940). – Deutschland bemüht sich, die Sowjetunion zu beruhigen; es gelingt seinen Erklärungen nicht, die russischen Befürchtungen zu zerstreuen. – Der Dreimächtepakt überholt das Moskauer Abkommen und stellt es in den Schatten. – Weshalb sich die «Teilung der Welt» ohne Mitwirkung der Sowjetunion vollzieht. – Die Sowjetregierung sieht die Ausdehnung des Weltkrieges voraus und bekräftigt ihre Politik der Neutralität und Unabhängigkeit. – Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und Japan.

Der September 1940 war für die deutsch-russische Entente der Monat der grossen Prüfungen. Von diesem Zeitpunkt ab begann das Barometer der sonderbaren Zusammenarbeit zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion, das sich über ein Jahr auf «Beständig» und «Schönwetter» gehalten hatte, zu vibrieren, zu fallen und auf «Veränderlich» und oft auf «Stürmisch» zu sinken. Mehr als einmal versuchte es wieder zu steigen, um ein milderes und beständigeres Wetter anzusagen, aber schliesslich stürzte es, neun Monate später, im wildesten Zyklon.

Am 31. August hatte man in Moskau vom Wiener Schiedsspruch und der Garantie an Rumänien Kenntnis erhalten.

Am 11. September stellte die Sowjetregierung das Donauprobem zur Diskussion. Am 27. September verbreitete sich die Nachricht, Deutschland und Finnland hätten ein Militärabkommen geschlossen. Die deutsche Botschaft beeilte sich, in Moskau zu erklären, dass es sich dabei nur um ein Durchgangsrecht handle, das Finnland den deutschen Militärs zugestanden habe, die ihre Einheiten in Nordnorwegen erreichen müssten. Die mittelbare Unterstützung, die das Reich auf diese Weise

DER DREIMÄCHTEPAKT

einem Lande zusicherte, dessen Beziehungen zur Sowjetunion noch gespannt waren, und die Drohung, welche die Anwesenheit deutscher Truppen in Finnland für die neuen, kaum konsolidierten Sowjetgrenzen darstellte, beunruhigten trotz aller offiziellen Erklärungen.

Aber das stärkste Unbehagen rief in Moskau die am 23. September eintreffende Nachricht hervor, dass in Berlin ein Abkommen zwischen Deutschland, Italien und Japan unterzeichnet worden sei.

Die deutsche Regierung hatte zwar versucht, wiederum die Empfindlichkeit des russischen Partners zu schonen. Der «Dreimächtepakt», wie von nun ab das Berliner Abkommen heißen sollte, betonte ausdrücklich, dass er die Beziehungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion und die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan in keiner Weise berühre. Der Berliner Rundfunk und die deutsche Presse erhielten Anweisung, sich ausgiebig in diesem Sinne zu äussern. Der russische Nachbar wurde öffentlich eingeladen, an der Freude der Völker teilzunehmen, die sich unter das Zeichen der «Neuordnung» gestellt hatten. Als der deutsche Geschäftsträger, Herr von Tappeler, Molotow am Vorabend über Wesen und Ziele des zu unterzeichnenden Abkommens informierte, unterstrich er die vollständige Übereinstimmung zwischen der vom Moskauer Abkommen besiegelten Politik und der, die zum Dreimächtebündnis geführt hatte.

Die Japaner unterstützten nach besten Kräften die Beruhigungsaktion der deutschen Diplomatie. Herr Togo, der damalige Botschafter in Moskau, war von seiner Regierung nicht beauftragt worden, die Sowjets über die bevorstehende Unterzeichnung des Paktes zu informieren. Um so mehr bemühte er sich, nachdem die Nachricht die erwartete Sensation hervorgerufen hatte, die Befürchtungen der Regierung und der politischen Kreise der Sowjetunion zu beschwichtigen. Augenscheinlich in gutem Glauben und nicht ohne Geschicklichkeit setzte der Botschafter die Motive auseinander, die Japan zum Anschluss an die Politik der Achse veranlasst hätten. Diese Entscheidung, so beteuerte Herr Togo, war erst unter dem Druck der äussersten Notwendigkeit gefasst worden. Die Versuche der Achsenmächte, zu einem Abkommen mit Japan zu gelangen, hätten bisher nie zu einem Ergebnis geführt. Erst als Japan

sich Rechenschaft geben musste, dass alle seine Bemühungen, sich ein gerechteres und leichteres Leben zu schaffen, bei den angelsächsischen Grossmächten kein Verständnis fanden, habe es sich entschlossen, diesen entscheidenden Schritt zu tun. Togo schob die Verantwortung für diesen Entschluss nicht so sehr Grossbritannien zu, das angesichts der Prüfungen, die es durchlebte, wohlwollender geworden sei, als den Vereinigten Staaten, die sich darauf versteiften, allen japanischen Bestrebungen entgegenzutreten. Japan, so beteuerte sein Botschafter, erstrebe dabei keine territorialen Eroberungen; es wünsche lediglich die Aufrihtung einer neuen Ordnung und internationaler moralischer und politischer Regeln, die geeignet seien, die Entwicklung der japanischen Lebenskräfte, der Arbeit und der Produktion Japans zu sichern. Der Dreimächtepakt sei ein Versuch, mit diplomatischen Mitteln die Ausdehnung des Krieges zu verhindern, das Heraufkommen des Friedens zu beschleunigen und schon jetzt eine neue Weltordnung vorzubereiten. Nur wenn diese guten Absichten verkannt würden, könnte der Pakt, wenn es notwendig sei, ein furchtbares Kriegsinstrument werden. Aber auf keinen Fall sei dieses Instrument gegen Russland gerichtet, mit dem Japan in engsten Beziehungen zu bleiben wünsche. So sei auch der Pakt von all den alten ideologischen Tendenzen befreit worden, die den alten Antikominternpakt gekennzeichnet hätten. Er verfolge nur präzise politische Ziele, die nirgends mit den Interessen der Sowjetunion kollidierten.

Die angelsächsischen Kommentare wirkten, aus andern Gründen, im gleichen beruhigenden Sinne wie die japanischen Erklärungen. Für die amerikanischen Diplomaten stellte der Dreimächtepakt keine neue Tatsache dar: er war für sie nur die offizielle Bestätigung der alten Bindungen, welche die unruhigen und aggressiven Mächte Europas mit der gleichgesinnten Macht des Fernen Ostens einten. Eine so kategorische Bestätigung der Solidarität, die Japan an die Achse band, konnte die Vereinigten Staaten nicht einschüchtern noch das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt erschüttern. Ihre einzige unmittelbare Wirkung konnte im Gegenteil sein, dass die Wiederwahl des Präsidenten Roosevelt erleichtert und gesichert würde.

DER DREIMÄCHTEPAKT

Diese Kommentare waren in mehreren Punkten zutreffend, aber sie beruhten doch auf einer Überlegung, die in der Folge die Berechnungen der angelsächsischen Diplomaten in die Irre fuhren sollte. Die Engländer und besonders die Amerikaner glaubten, die japanischen Kräfte seien schon in einer solchen Masse in China gebunden und «festgefroren», dass Japan ungeachtet des Dreimächtepaktes weder die Kraft noch die Möglichkeit haben werde, sich in andere Abenteuer zu stürzen.

All diese beruhigenden Versicherungen hatten indessen Moskaus Besorgnisse nicht beschwichtigt. Mochten die Unterzeichner des neuen Paktes aus irgendeinem Grunde für alle Zukunft auf ihre ideologischen Beweggründe verzichten, so blieb darum nicht weniger wahr, dass die Kräfte, die sich soeben in Berlin vereinigt hatten, die gleichen waren, die schon einmal, unter der Firma des Antikominternpaktes, gegen die Sowjetunion zusammengetreten waren. Russland hatte das Moskauer Abkommen in der Hoffnung abgeschlossen, damit ein für allemal alle internationalen Bündnisse zu sprengen, die es einkreisen und in seiner Bewegungsfreiheit hemmen könnten. Und nun hatte Deutschland, trotz Verpflichtungen und Freundschaftsbeweisen, von Neuem das Gespenst der Einkreisung erweckt und eine Allianz geschlossen, die das ungeheure Reich der Sowjets wie in einen eisernen Schraubstock spannte.

Besser als irgendjemand anders wussten die russischen Staatslenker, dass ein Abkommen wie das, welches die Achse soeben mit Japan unterzeichnete, Wirkungen hervorrufen konnte, die schwerlich im Vorhinein zu begrenzen waren. Der Dreimächtepakt erfreute sich des gleichen Mysteriums zuerst, dann der gleichen sensationellen Publizität wie das Moskauer Abkommen; gewiss enthielt er den gleichen Anteil stillschweigender Übereinstimmungen und unausgesprochener Hintergedanken. Die deutsche Presse verhehlte übrigens nicht, dass die Diplomatie Ribbentrops wieder einmal das Angesicht der Welt durch einen wie gewöhnlich «epochalen» Erfolg verändert habe. Dieses Triumphgeschrei, das von Neuem den Wortschatz grosser Tage der Reichspolitik benutzte und abnutzte, rief in Moskau ein peinliches Echo hervor. Es beleidigte nicht nur die Empfindlichkeit der Unterzeichner des Nichtangriffspaktes mit dem Reich, die aus Gründen der Aussenpolitik und noch mehr

KRIEG IM OSTEN

aus Gründen des innern Prestige den Ruf bewahren wollten, «den grössten Pakt der Epoche» abgeschlossen zu haben, sondern es ersetzte brutal die Sicherheit, die der deutsch-russische Pakt in den Ländern der Union hervorgerufen hatte, durch die Unsicherheit und das Unbehagen, die notwendigerweise ein «Weltabkommen» hervorrufen musste, das rings um die Sowjetunion und ohne sie abgeschlossen war. Der leitende Grundsatz der deutschen Politik war die Teilung, das wusste man in Moskau nur zu gut. Indem Ribbentrop Osteuropa mit der Sowjetunion teilte, erweckte er in ihr die Hoffnung auf noch umfassendere Teilungen. Nun aber hatte der unternehmungslustige Reichsaussenminister mit seinen Bundesgenossen in Rom und Tokio den Globus in senkrechte Scheiben zerschnitten, ohne sich um die Verpflichtungen zu kümmern, die er Russland gegenüber eingegangen war. Würde nicht dieser neue Bund jede weitere Abmachung auf Kosten Dritter ausschliessen und Russland in der Welt einen Platz anweisen, auf dem es sich nicht mehr zu rühren hatte, es sei denn, es wolle die vereinten Kräfte seiner gefährlichsten Nachbarn gegen sich auf bringen?

Die russischen Staatslenker waren zu gewitzt, und ihr natürliches Misstrauen war durch die Erfahrungen der letzten Jahre zu sehr geweckt, als dass sie nicht verstanden hätten, dass die Initiative zu den grossen Veränderungen der Welt ihnen entglitt und in andere Hände überging. Wie die Garantie der Achsenmächte an Rumänien gewissen Ansprüchen Russlands eine Grenze setzte, so bedeutete der Dreimächtepakt einen Wall, vor dem man Halt machen musste, wenn man nicht das Risiko des gefährlichsten aller Kriege laufen wollte. Diese Überlegungen trugen nicht wenig dazu bei, Russlands militärische Vorbereitungen zu beschleunigen. Die Sowjetregierung fühlte sich in Gefahr und sammelte Truppen an den Grenzen. Aber diese rein defensiven Massnahmen beeinflussten die offizielle Politik nicht, die auf der äussersten Vorsicht beharrte, die sie sich immer auferlegt hatte. Molotow wusste die Unruhe zu maskieren, die ihm die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes bereitete. Er bemühte sich, den Vorteil zu entdecken, den er aus dieser neuen Allianz ziehen könnte, deren Spitze für den Augenblick nicht gegen die Sowjetunion gerichtet war.

DER DREIMÄCHTEPAKT

Unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten konnte der Dreimächtepakt betrachtet werden: als Bündnis für den Krieg – und als rechtzeitig geschaffene Grundlage für den späteren friedlichen Aufbau einer neuen Welt.

Das Bündnis für den Krieg verband den Pazifik mit Europa und dem Mittelmeergebiet und schuf den Rahmen, in dem sich der eine und unteilbare Krieg (einst hatte Litwinow vom unteilbaren Frieden geträumt . ..) ausbreiten und entwickeln sollte. Noch ehe die Feindseligkeiten sich in diesen schon breiten Rahmen fügten, waren die beiden feindlichen Lager festgelegt und abgegrenzt: von Narvik bis Singapore, von den Britischen Inseln bis zum Fernen Osten, und von dort bis zum Amerikanischen Kontinent.

Dieses System, die feindlichen Kräfte aufzuteilen, musste nicht notwendigerweise Russland in die kriegerischen Operationen hineinziehen. Deutschland verfolgte England überall, wo es zu erreichen war, auf dem Europäischen Kontinent und im Mittelmeer. Die japanische Spitze des Dreimächtepaktes war offensichtlich gegen die Besitzer der Inselwelt des Indischen Ozeans gerichtet: gegen die Engländer, Holländer und Amerikaner. Russland konnte noch hoffen, von den Fernwirkungen dieses Wirbelwindes nicht erfasst zu werden, wenn der antideutsche Widerstand in Europa wuchs, und wenn im Pazifik ein Zusammenprall zwischen Japanern und Amerikanern zustande käme. Für die Sowjets war es also auf Grund der Geschehnisse die beste Politik, zu verhindern, dass in Europa die Brandherde zum Erlöschen kämen, und Sorge zu tragen, dass im Fernen Osten der Konflikt rechtzeitig ausbräche. Die russischen Politiker waren besonders fähig, eine solche Politik zu erfassen und anzuwenden. So entsprach ihren Anstrengungen, den deutschen Vormarsch auf dem Balkan zu behindern, der Eifer, mit dem sie die deutsche Politik unterstützten, Japans Wünsche nach Süden zu lenken und die Kriegslust der Regierung in Tokio anzustacheln.

Betrachtete man den Dreimächtepakt als Statut einer künftigen Welt, so warf er beunruhigendere Probleme auf. Er ging nach den Methoden vor, die schon in Moskau im August 1959 erprobt worden waren: er verteilte die Einflusszonen unter den verbündeten Grossmächten. In sei-

ner Verbindung mit Japan empfand das Reich nicht mehr Skrupel als in seiner Einigung mit der Sowjetunion. In Moskau hatte Ribbentrop die Tore Europas dem russischen Vordringen geöffnet. Dreizehn Monate später hatte er in Berlin Japan die europäischen Besitzungen im Fernen Osten ausgeliefert. Wieder einmal kam die europäische Idee für die Kosten der «Neuordnung» auf.

Diese Überlegungen hätten die russischen Politiker gewiss nicht gehindert, an der Teilung der Welt teilzunehmen, wenn man es ihnen vorgeschlagen hätte, und wenn sie dabei auf ihre Rechnung gekommen wären. Aber die Unterzeichner des Dreimächtepaktes hatten aus guten Gründen Moskau nicht eingeladen, sich an der Beschlussfassung über die neuen kontinentalen Demarkationslinien zu beteiligen. Da die Achse auf jeden Einfluss im Fernen Osten verzichtete, kam es für sie darauf an, Europa und Afrika unter ihrer unmittelbaren Verfügungsgewalt zu halten. In dieser Kombination spielte Afrika eine äusserst wichtige Rolle. Die deutschen und italienischen «Geopolitiker» sahen für diesen Kontinent, der nach ihren Theorien nur eine Verlängerung und ein südlicher Ausläufer des alten Europa war, eine herrliche Zukunft voraus. Afrika sollte den überbevölkerten europäischen Ländern jenen unbegrenzten Raum bieten, den sie nirgends anders finden konnten, seitdem das Moskauer Abkommen die Ukraine den nationalsozialistischen Ansprüchen verschlossen und seitdem die Freundschaft mit Japan den Indischen Ozean und das Chinesische Meer den deutsch-italienischen Wünschen versperrt hatte. Um diesen Lebensraum zu schützen, der noch gar nicht erobert war – denn noch stand England in Ägypten, am Suezkanal und in Gibraltar und regierte Zentral- und Südafrika – schufen die Propagandisten in Berlin und Rom den neuen Begriff einer «europäisch-afrikanischen Monroedoktrin». Sie bemächtigten sich so eines Traumes, dem der Dreimächtepakt durch seinen Plan einer Teilung im Weltmassstab die feierliche Weihe geben sollte. Aber es genügte nicht, die afrikanischen Räume zu begehen. Man musste sie auf einem sicheren Weg erreichen können als über das Mittelmeer, das der lästigen Kontrolle der britischen Flotte unterworfen war. Die Landverbindung zwischen Europa und Afrika konnte nur Kleinasien sein, Syrien und Palästina, der

DER DREIMÄCHTEPAKT

Irak mit seinem Erdöl und Ägypten mit seiner Baumwolle. Es war anzunehmen, dass der Dreimächtepakt diese reichen Gebiete, die von Europa nach Afrika führen, dem Einfluss der Achsenmächte zugesprochen hatte, denn die Achse hatte sich Kontrolle und Schutz des europäischen Erbes mit seinen afrikanischen Anhängseln vorbehalten. Enthielt dieses europäische Erbe nicht auch Konstantinopel, wo schon Napoleon die Schlüssel zur Weltherrschaft zu finden geglaubt hatte, und von wo aus die Strasse nach Indien ging, die der deutsche Führer wie einst der Kaiser der Franzosen eines Tages durchmessen wollte?

Es wäre gewiss nicht leicht gewesen, Russland an einem solchen Teilungsplan mitwirken zu lassen. Die Sowjetunion hatte noch keine bestimmten Ansprüche auf die Meerengen geltend gemacht, aber ihre Politik hatte sich schon zu sehr der alten Politik der Zaren angeschlossen, als dass sie nicht ganz natürlich einem Teilungsplan widerstreben musste, der den Bosphorus und die Dardanellen in eine andere Hand als die ihre gegeben hätte. Die freie Fahrt zu den südlichen Meeren durch die Meerengen von Konstantinopel war, wie es Gortschakow im vorigen Jahrhundert proklamiert hatte, das Hauptproblem der russischen Politik geblieben. Die Sowjets hatten an dieses Problem noch nicht gerührt, ausser mit einigen vagen Anspielungen, und sie schlossen nicht die Möglichkeit aus, sich über diese Frage mit den Türken direkt verständigen zu können. Aber jeder Versuch, die Meerengen der Einflusszone einer fremden Macht oder einer Gruppe fremder Mächte zuzuweisen, musste unfehlbar die Feindschaft Russlands hervorrufen.

Die Achsenmächte wussten wohl, dass das Problem der Meerengen schon einmal dem Abkommen zwischen einer kontinentalen Macht und dem russischen Reich verhängnisvoll geworden war. Nach langen vergeblichen Versuchen, zuerst Russland von den Meerengen auszuschliessen und dann sie mit ihm zu teilen (indem er Russland den Bosphorus anbot und sich die Dardanellen vorbehielt, um sich den Weg nach Kleinasien, zum Persischen Golf und nach Indien zu sichern), hatte Napoleon nichts anderes erreicht, als die Feindschaft Russlands zu wecken und selber sein Werk von Tilsit zu zerstören. Die deutsche Regierung hatte zweifellos geglaubt, ein solches Ergebnis vermeiden zu können, wenn sie auf

zwecklose Verhandlungen verzichtete und Moskau vor eine vollendete Tatsache stellte. Die Einflusszonen, die den Unterzeichnern des Dreimächtepaktes zuerkannt wurden, waren übrigens nicht genau abgegrenzt worden, um nicht auf den ersten Schlag die Befürchtungen der Sowjets zu wecken. Es schien im Gegenteil, als habe der Eifer der deutschen Propaganda und Diplomatie (um Russland zu überzeugen, dass der ungeheure asiatische Raum zwischen dem Europa der Achse und dem Fernen Osten Japans seinem ausschliesslichen Einfluss reserviert sei) das Ziel, die Sowjetregierung zu beruhigen und sie dem Dreimächtepakt anzunähern. Aber die Anregungen, die der Sowjetregierung gegeben wurden, sie möge die Mittel prüfen, wie man «den sowjetischen Raum» durch Persien und den Persischen Golf mit dem freien Meer verbinden könne, schienen eher verdächtig. Sie rechtfertigten die Befürchtung der Sowjetpolitiker, dass das Problem der Meerengen im Geist der Signatarmächte des Berliner Paktes schon angeschnitten worden sei. Diese Befürchtung genügte, um Russland zu einer sehr reservierten Haltung gegenüber dem neuen Pakt zu bestimmen.

Als Herr von Tippelskirch Molotow den bevorstehenden Abschluss des Paktes zwischen den Achsenmächten und Japan ankündigte, glaubte er bei dem Chef der Sowjetregierung eine Gebärde der Überraschung wahrzunehmen. Aber sofort hatte sich Molotow wieder in der Gewalt und erklärte mit vollkommener Ruhe, dass er seit langem ein solches Ereignis erwartet habe. Drei Tage später setzte die *Pravda* den Standpunkt der Sowjets zum Dreimächtepakt auseinander:

Die Sowjetregierung legte Wert darauf, zu betonen, dass sie vorher informiert worden war. Die Tatsache, dass dieses «vorher» nicht mehr als vierundzwanzig Stunden zählte, hinderte sie nicht, sich für «befriedigt» zu erklären. Moskau hatte keinerlei Interesse daran, glauben zu machen, dass ein diplomatischer Akt von dieser Bedeutung sich ohne sein Wissen vollzogen habe.

Die *Pravda* meinte, der neue Pakt präzisiere nur eine Situation, die schon bestanden habe. Der russische Offiziosus übernahm so die angelsächsische These. Er meinte weiter, dass der Pakt eine Ausdehnung des Krieges bedeute, «wie es Genosse Molotow vorhergesehen hatte, als er

DER DREIMÄCHTEPAKT

erklärte, dass der imperialistische Krieg sich immer mehr ausdehnen müsse».

Der Pakt versuchte, Einflusszonen auf dem Globus zu verteilen. Der Erfolg einer solchen Operation werde, bemerkte die *Pravda* sehr vernünftig, vom endgültigen Ausgang des Krieges abhängen. Was Russland beträfe, so beweise die Tatsache, dass seine Neutralität respektiert werde, den Wert der Nichtangriffspakte mit Deutschland. Und der Artikel schloss mit einer neuen Bestätigung der Neutralität – eine Haltung, der die Sowjetunion treu zu bleiben gedächte, «so weit dies nur von ihr abhängen».

So «objektiv» und vorsichtig dieser Kommentar war, so offenbarte er doch gewisse Hintergedanken, deren Einfluss in Zukunft den deutsch-russischen Beziehungen verhängnisvoll werden musste. Was bedeutete in der Tat der Nachdruck, den die *Pravda* auf die Voraussagen des Genossen Molotow legte, anderes als den kaum verhüllten Ausdruck des Wunsches der Sowjets, den Krieg sich ausdehnen und so lange wie möglich dauern zu sehen? Alle Moskauer Zeitungen veröffentlichten übrigens voller Eifer lange Auszüge aus der amerikanischen Presse, um zu zeigen, dass die Vereinigten Staaten schon als Feinde des Dreimächtepaktes betrachtet werden müssten. Durch den Beitrag ihres ungeheuren Kriegspotentials würden sie die Chancen Grossbritanniens steigern und die Kräfte der beiden imperialistischen Koalitionen, die sich in der Welt bekämpften, einander angleichen.

Dieser Gesichtspunkt entsprach den Interessen Moskaus, aber ganz gewiss nicht denen des Reichs. Die Deutschen hofften, der Dreimächtepakt werde Amerika einschüchtern und es zurückhalten, in einen Krieg einzutreten, in dem es auf zwei Fronten und in zwei Weltmeeren zu kämpfen haben würde. So würde der Pakt England von der übrigen Welt isolieren und es zwingen, in naher Zukunft die Waffen niederzulegen. Die Russen hofften das Gegenteil. Sie fürchteten, die Erschöpfung Englands werde Russland allein im Konflikt mit den drei Mächten lassen, die es schon jetzt einkreisten und die dann keinen Grund mehr haben würden, es zu schonen. Darum bekundeten sie laut, dass sie einen langen, ausgedehnten und erschöpfenden Krieg vorzögen. Und sie

KRIEG IM OSTEN

liessen durchblicken, dass der Dreimächtepakt für die Sowjetunion günstig oder ungünstig sein werde, je nachdem ob er den Krieg verlängere oder abkürze.

Dieser klare Gegensatz zwischen dem, was Moskau, und jenem, was Berlin vom Dreimächtepakt und seinem Einfluss auf die Weiterentwicklung des Krieges erhofften, schuf zwischen den beiden Partnern eine Missstimmung, die sich nur weiter verschärfen sollte.

Dazu kam die Tatsache, dass die Russen es für notwendig befunden hatten, bei dieser Gelegenheit ihre absolute Neutralität feierlich zu unterstreichen. Prinzipiell war nichts natürlicher: die Sowjetunion nahm zur Kenntnis, dass der neue Pakt nicht gegen sie gerichtet sei, und erklärte sich neutral. Aber in Wirklichkeit bedeutete diese Neutralitätserklärung gegenüber einem Pakt, der das Angesicht der Welt verändern sollte, dessen Erfolg aber «vom endgültigen Ausgang des Krieges abhängen», dass die Sowjetunion sich durch einen Pakt nicht gebunden fühlte, der ohne sie abgeschlossen worden war, und noch weniger durch ein Teilungsprojekt, an dem sie nicht mitwirkte. Das hiess, dass sie sich ihre volle Handlungsfreiheit vorbehielt. Es ist wahr, dass die Sowjetunion beabsichtigte, dem Moskauer Abkommen treu zu bleiben, das die *Pravda* mit den freundlichsten Worten erwähnt hatte. Aber die Politik des Moskauer Abkommens vereinigte sich nicht mit der des Dreimächtepaktes; das Moskauer Abkommen hatte der Sowjetunion das Recht zugesichert, an den Veränderungen der Welt aktiv teilzunehmen – der Dreimächtepakt zog ihr Schranken, denen sie nicht zugestimmt hatte. Die «Neuordnungen», die Deutschland vor Augen hatte, überschritten sich, ohne sich zu decken. Die Sowjetunion war eingeladen worden, den Weg der Zusammenarbeit zu betreten: jetzt wurde ihr dieser Weg von ihren eigenen Partnern verschlossen, und zwar mit den gleichen Methoden, die sie selbst mitpraktiziert hatte. Die Sowjetunion war jedoch entschlossen, den Zwang der vollendeten Tatsachen nicht zu akzeptieren. Sie wollte keine aufgezwungenen Schranken, weder im Osten noch im Westen. Im Fernen Osten besass sie einen Freund, China, und eigene Interessen, die sie nicht dem Ermessen Japans überlassen konnte. Auf dem Balkan, an den Meerengen und in Kleinasien hatte sie

DER DREIMÄCHTEPAKT

noch bedeutendere Interessen, die sie niemandem preisgeben konnte. Die Neutralität, die sie proklamiert hatte, gab weniger ihren friedlichen Absichten als ihrem Wunsch Ausdruck, sich volle Freiheit vorzubehalten.

Eine Neutralität dieser Art war auf die Dauer unvereinbar mit der passiven Rolle, die der Dreimächtepakt für Russland vorsah. Die Sowjetunion war dazu verurteilt, unter dem Druck der Ereignisse aus dieser Neutralität herauszutreten: entweder, um sich dem Gesetz zu unterwerfen, das ihre Nachbarn ihr auferlegen wollten, oder um den Rahmen zu zerbrechen, in den man sie pressen wollte. Vorausgesetzt, dass nicht diese Nachbarn selbst die Initiative ergriffen, um einer Situation ein Ende zu machen, die von Kräften bestimmt wurde, welche kein Abkommen mehr miteinander versöhnen konnte.

Noch waren die Deutschen nicht so weit. Sie hofften, Russland an die Achse und an Japan durch so feste Bande fesseln zu können, dass weder Wille noch Gewalt sie brechen würden, ehe das Angesicht der Welt verändert war. Es kam darauf an, Russland indirekt an dem durch den Dreimächtepakt errichteten politischen System zu beteiligen, indem man den Nichtangriffs- und Freundschaftspakten zwischen dem Reich und der Sowjetunion ähnliche und parallele Abkommen zwischen der Sowjetunion und Japan hinzufügte.

Die deutsche Diplomatie liess es sich angelegen sein, russisch-japanische Verhandlungen in Gang zu bringen. Das war kein leichtes Unterfangen. Moskau war misstrauisch. Tokio seinerseits zögerte: der japanische Hochmut sträubte sich gegen das Risiko einer russischen Ablehnung. Anfang Oktober dementierte ein japanisches Communiqué offiziell gewisse Meldungen, nach denen Japan der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen habe. Aber die deutschen Anstrengungen gewannen Boden. Ende Oktober machte General Tatekawa, der neue japanische Botschafter, bei seinem ersten Besuch im Kreml den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes nach dem Muster dessen, den Ribbentrop in Moskau unterzeichnet hatte. Molotow erwiderte höflich, ein solches Projekt sei ihm im Prinzip sympathisch, aber die Frage müsse unter allen ihren Aspekten studiert werden. Dieser erste Gedankenaustausch hatte

General Tatekawa nicht befriedigt. Der neue Botschafter war der ehemalige Flügeladjutant des Generals Noghi, des Siegers von Port-Arthur; ein glänzender Soldat, aber als Diplomat ein Amateur, der geglaubt hatte, die Stellung im ersten Sturm nehmen zu können. Der General empfand in der Folge viel Kummer bei den Verhandlungen, die sich ohne Ergebnis bis in den Januar 1941 hinüberschleppten.

Der japanische Vorschlag stiess auf grundsätzlichen Widerspruch. «Wir können keinen Nichtangriffspakt abschliessen», erklärten die Sowjets, «so lange Japan noch *russische Erde* besetzt hält.» Die Zaren hatten sich nie empfindlicher gezeigt. Da die Japaner mit Recht argwöhnten, dass die Russen von ihnen die Rückgabe des Teils der Insel Sachalin fordern würden, den Russland im Frieden von Portsmouth an Japan abtreten musste, zogen sie eiligst ihren Vorschlag zurück. Die Deutschen rieten daraufhin zum Abschluss eines «Neutralitätspaktes», dem man später die Bedeutung eines Abkommens der Entspannung und guten Nachbarschaft zu geben versuchen würde. Die Japaner akzeptierten die deutsche Anregung, aber ihr neuer Vorschlag stiess auf neue Schwierigkeiten seitens der Russen. Diesmal verzichtete Moskau darauf, die *russische Erde* zu fordern, verlangte aber dafür, dass die Japaner ihrerseits auf die Kohlen- und Petroleum-Konzessionen verzichteten, die der gleiche Vertrag von Portsmouth ihnen im nördlichen Teil der Insel Sachalin zugesichert hatte. Trotz der kritischen Hinweise Deutschlands, das den Japanern verständlich machen wollte, dass diese Konzessionen, auf die sie verzichten sollten, keinerlei realen Wert mehr hätten, versteifte sich Japan darauf, die Bedingungen der Sowjets zurückzuweisen. Und so beschränkten sich die Verhandlungen auf die Frage der Erneuerung jener Fischereiabkommen, die jedes Jahr den Anlass zu nicht endenwollenden Erörterungen boten.

Während all dieser Zeit hatte die Sowjetregierung nicht aufgehört, den Japanern ihre schlechte Laune kundzutun, was sie ihrer Gewohnheit gemäss durch offizielle Communiqués zum Ausdruck brachte.

Am 15. November wurde die Agentur Tass ermächtigt, eine von United Press lancierte Nachricht zu widerrufen, nach der die Sowjetunion im Begriff sei, ihre Freundschaft mit China zu opfern und den fernöst-

DER DREIMÄCHTEPAKT

lichen Raum mit Japan zu teilen. Moskau gab zu verstehen, dass es nichts an Japan aufgäbe und dass es seine engen Beziehungen zu Tschungking aufrechterhalte.

Am 16. November ein neues Communiqué: Tass dementierte die von einer amerikanischen Zeitung veröffentlichte Meldung, nach der Japan der Sowjetunion Britisch-Indien angeboten und zum Austausch Ostsibirien verlangt habe. «Diese Meldung», erklärte die russische Agentur, «entbehrt jedes Sinnes und entspricht in nichts der Wahrheit.»

Vor allem aber das Communiqué vom 5. Dezember beleuchtete die wirkliche Stellungnahme Russlands zu den Problemen des Fernen Ostens. Hier handelte es sich nicht nur um ein einseitiges Dementi, sondern um die Veröffentlichung eines Austausches von Erklärungen, der in Tokio zwischen dem Sowjetbotschafter und der japanischen Regierung stattgefunden hatte. Aus Anlass der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Japan und der neuen chinesischen Regierung von Nanking erklärte die japanische Regierung, der Artikel gegen den Kommunismus, den dieses Abkommen enthielt, sei nicht gegen die Sowjetunion gerichtet und behindere nicht «den Wunsch Japans, seine Beziehungen zur Sowjetunion aufs Beste zu regeln». Die Sowjetregierung nahm durch ihren Botschafter von dieser Versicherung Kenntnis und «erachtete es als notwendig, ihrerseits zu erklären, dass die Politik der Sowjetunion in ihren Beziehungen zu China völlig unverändert sei».

Dieser Austausch so verblüffender Erklärungen, bei dem Japan der Sowjetunion beruhigende Versicherungen gab, während die Sowjetunion in ihrer Antwort ihre Treue zu China bekräftigte, schien ein deutlicher Beweis dafür, dass Moskau sich entschlossen vom Dreimächtepakt fern hielt und nicht bereit war, Japan die Regelung der fernöstlichen Probleme zu überlassen.

Inzwischen hatten die Verhandlungen über die Fischereiabkommen einige Fortschritte gemacht. Das Ergebnis war nicht gerade glänzend: die beiden Parteien waren übereingekommen, den alten Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Diese Zeremonie wiederholte sich jedes Jahr seit einer gewissen Zeit. Ursprünglich war dieses Fischereiabkommen, das nach dem russisch-japanischen Krieg abgeschlossen worden war, nur

KRIEG IM OSTEN

alle acht Jahre zu erneuern gewesen. Aber durch passiven Widerstand hatte Russland diesen Termin auf ein Jahr herabgesetzt. Alljährlich im Herbst versuchten nun die Japaner, gewisse Präzisionen und Abänderungen zu erreichen; vor allem bemühten sie sich, die Laufzeit des Abkommens wieder auf acht Jahre heraufzusetzen. Während des Winters froren die Verhandlungen ein. Im Frühjahr, wenn die Saison des Fischfangs näher kam, verloren die Japaner die Geduld: sie verzichteten auf ihre Abänderungen und auf die Verlängerung der Fristen und waren glücklich, das alte Abkommen auf ein einziges Jahr erneuern zu können. So geschah es auch zu Beginn des Jahres 1941. Am 17. Januar unterzeichneten Japaner und Russen «ein neues Abkommen», das im Grunde nur das alte, provisorisch um ein Jahr verlängerte war. Das hinderte die Presse der Achse nicht, die Entspannung und die «bedeutende Annäherung» zwischen der Sowjetunion und Japan zu feiern. Aber die Japaner gaben sich über diese Entspannung keinen Täuschungen hin. Erst mehrere Monate später sollte ihr Aussenminister Matsuoka in Moskau einen Pakt wirklicher «Annäherung» abschliessen können, nachdem eine Formel gefunden war, die nichts mit dem Dreimächtepakt zu tun hatte. Auf diesen Pakt werden wir noch zurückkommen.

Dieser Pakt, der auch den Eintritt Deutschlands in den Krieg überlebte und sogar respektiert wurde, nachdem Japan die angelsächsischen Mächte im Pazifik angegriffen hatte, gründete sich auf ein Prinzip der asiatischen Zusammenarbeit. Er ging insofern über die Berechnungen der deutschen Diplomatie hinaus und vermochte nicht die Drohung zu beseitigen, die der Dreimächtepakt für die deutsch-russischen Beziehungen bedeutete.

Fünftes Kapitel

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

1. Die Rückkehr von Schulenburgs nach Moskau (15. Oktober 1940) und seine Bemühungen um Aussöhnung. – Das Reich bereitet sich auf eine Expedition nach dem Südosten vor, die eine neue Aussprache mit der Sowjetunion erfordert. – Die Militärparade vom 7. November und die Ansprache Marschall Timoschenkos. – Molotow nach Berlin eingeladen.

2. Abreise Molotows nach Berlin (10. November). – Die deutsche Presse unterstreicht Ziel und Bedeutung dieser Reise. – Kommentare in deutschen Diplomatenkreisen.

3. Molotows Rückkehr. – Erste Echos aus Berlin: scheinbare Befriedigung in den deutschen führenden Kreisen. – Acht Monate später (22. Juni 1941) enthüllt Hitler die «wahren Ursachen» des totalen Misserfolges dieser Zusammenkunft. – Die unlösbare Meerengen-Frage.

4. Wiederaufnahme und Abschluss der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und dem Reich: Unterzeichnung des Abkommens am 20. Januar 1941. – Die Ergebnisse der Berliner Zusammenkunft erinnern an die Resultate der Zusammenkunft von Erfurt. – Die «Walküre» im Balsoi-Theater.

I.

Nach einem dreiwöchigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt kehrte Graf Schulenburg am 15. Oktober 1940 nach Moskau zurück. Er hatte in der Wilhelmstrasse offene Ohren und zahlreiche Freunde gefunden, die ihm recht gaben. Besonders sein Chef, Herr von Ribbentrop, dessen kühne Sprünge der alte Diplomat fürchtete, dessen Grundeinstellung zur Ostpolitik des Reiches er aber teilte, hatte ihm vollstes Verständnis bekundet.

Der Botschafter hatte dem Minister auseinandergesetzt, er fürchte, ein immer tieferes Missverständnis werde die deutsch-russischen Beziehungen trüben und die glücklichen Ergebnisse des Moskauer Abkommens in Frage stellen. Ein solches Missverstehen dürfe nicht einfach auf das Konto der Sowjets gesetzt werden. Die deutsche Regierung habe mehrfach ohne die notwendige Rücksicht auf die Empfindlichkeit und die Eigenliebe der Sowjets gehandelt. Sie habe sie weder von ihrer Ab-

sicht, Rumänien eine Garantie zu geben, noch von ihren Verhandlungen über ein Militärabkommen mit Finnland noch über die Besprechungen, die dem Dreimächtepakt vorausgingen, zurzeit informiert. Die Politik der «Collaboration», die im August 1939 begann und die so wertvolle Vorteile für beide Partner gebracht habe, sei brüsk zugunsten einer Politik der vollendeten Tatsachen aufgegeben worden. Keine spätere Erklärung könne den fatalen Eindruck abmildern, den ein solches Vorgehen erzeugen müsse. Die Freunde des Reichs in Moskau – es gäbe deren immer noch einige, und zwar an oberster Stelle – wären durch diese Rücksichtslosigkeiten entmutigt und seien sich bewusst, dass sie trotz ihrer klaren und beständigen Vorliebe für eine deutschfreundliche Politik gezwungen seien, immer umfassendere Vorsichtsmassnahmen zu ergreifen. Unter diesen Umständen hielt es der Botschafter für notwendig und dringend, Moskau Beweise der Freundschaft und des guten Willens zu geben, um die Atmosphäre aufzuhellen und die Lage so schnell wie möglich zu verbessern.

Schulenburgs Bemühungen mussten wohl vollen Erfolg gehabt haben, denn bei seiner Rückkehr aus Berlin strahlte der Botschafter vor Zufriedenheit und betonte mit Nachdruck, dass die deutsch-russischen Beziehungen im Gegensatz zu den absurden Gerüchten, die in letzter Zeit verbreitet worden seien, gut, sogar sehr gut wären und sich immer besser entwickeln würden.

Derartige Versicherungen enthielten gewiss nicht die Tatsachen, die notwendig waren, um endgültig alle Befürchtungen über Berlins Absichten gegenüber Russland aus der Welt zu schaffen. Sie halfen indessen dem deutschen Botschafter, eine Atmosphäre der Entspannung und Beruhigung zu erzeugen. Schulenburg verstand es ausgezeichnet, Hoffnung und Vertrauen um sich zu verbreiten. Seit langem diente er seinem Lande im Osten; er war zu Beginn des letzten Krieges Generalkonsul in Tiflis gewesen, später wurde er mit Missionen in der Türkei, in Persien und in Rumänien betraut. Mit gründlicher Kenntnis der Dinge und der Menschen, unter denen er immer gelebt hatte, verband er Charme und Grazie eines Grandseigneurs, der es verstand, die Vorteile, die er zu bieten hatte, ins rechte Licht zu rücken, und die Bedeutung dessen, was

er nicht bieten konnte, zu verringern. Seine hervorragendste Eigenschaft während der vier ersten Jahre seiner Moskauer Mission, in denen er ein gegnerisches, fast offen verfeindetes Land vertrat, war eine unerschöpfliche Geduld. Er wartete auf seine Stunde, und er ertrug mit gelassener Heiterkeit und guter Miene die Zeichen von Misstrauen und schlechter Laune, die die Sowjetregierung dem Vertreter des Hitlerschen Reiches nicht ersparte. Nach dem Wunder des Moskauer Abkommens, zu dem er mehr als irgendein anderer beigetragen hatte, war seine Position mit einem Schlage verändert: er war der Freund und Vertraute des Kreml geworden und beherrschte unbestritten die Situation. Er nutzte diese Gunst mit ebenso viel Takt, wie er ehemals die Feindseligkeit auf sich genommen hatte. Er verstand es, ohne Anstrengung zu gefallen und ohne Vergeudung von Argumenten zu überzeugen. Er war bemüht, mit seinen vorzüglichen Manieren der empfindlichen Eitelkeit seiner proletarischen Partner zu schmeicheln. Er schien nicht minder besorgt, von der Politik Hitlers ein verschönertes Bild zu entwerfen, indem er sich bemühte, ein Drittes Reich nach seinem eigenen Vorbild zu repräsentieren: versöhnlich, uneigennützig und voller Delikatesse. Diese Eigenschaften, die so wenig mit denen übereinstimmten, welche die Wilhelm-Strasse von ihren Botschaftern verlangte, hatten ihn nicht gehindert, gewissenhaft den oft unvermuteten Direktiven der Hitlerschen Politik zu dienen. Aber es gab in dieser dynamischen Diplomatie Grenzen, die der alte Graf nicht überschreiten wollte. Er konnte es nicht über sich bringen, das Werk der Versöhnung, das er in Moskau zustandegebracht hatte, durch eine Haltung aufs Spiel gesetzt und blossgestellt zu sehen, deren unbeugsame Härte er erst später erkennen sollte. Die Zusage, die er in Berlin gesucht und gefunden hatte, dass an den deutsch-russischen Beziehungen nichts geändert werden solle, hatte ihn höchlichst befriedigt, und er zweifelte nicht daran, dass der Wille Ribbentrops, der so treu dem Willen des Führers verbunden war, den Sieg über gewisse sowjetfeindliche Strömungen davontragen werde, die von Neuem die Politik des Reichs verwirrten. Die paar Stichworte, die er aus der deutschen Hauptstadt mitgebracht hatte, genügten ihm, um den Eifer seiner Mitarbeiter, die alle der Politik der Verständigung mit der Sow-

jetunion ergeben waren, anzufachen, und um mit ihrer Hilfe dem Moskauer Abkommen eine zweite friedliche Überwinterung zu sichern.

Die Leiter der fremden Gesandtschaften, die am besten über die Vorgänge in der deutschen Botschaft unterrichtet waren, glaubten zu wissen, dass der Botschafter über vier Punkte genaue Anweisungen erhalten habe: er sollte die Entsendung deutscher Truppen nach Rumänien rechtfertigen, sollte sich in den Donaufragen gefällig zeigen, den Abschluss eines russisch-japanischen Abkommens beschleunigen und Moskau mit dem Dreimächtepakt aussöhnen, indem er es nach dem Iran und dem Persischen Golf ablenkte.

Selbst wenn die Anweisungen in Wirklichkeit weniger genau waren, als man behauptete, so entwickelte sich jedenfalls die Tätigkeit der deutschen Botschaft in diesem Sinne. Sie bemühte sich, die Bedeutung der deutschen Streitkräfte, die in Rumänien eingedrungen waren, herabzusetzen. Sie versuchte, den Ansprüchen der Sowjets an der Donau entgegenzukommen. Sie drängte die Japaner und die Russen, die in gleichem Masse hochmütig, argwöhnisch und störrisch waren, auf dem Weg einer Aussöhnung vorwärts, die sich immer noch nicht verwirklichen wollte. Sie trug einen vollkommenen Optimismus über den bevorstehenden Beitritt der Sowjetunion zum Dreimächtepakt zur Schau.

Aber all diese geschickten und besorgten Bemühungen zeigten mehr die Absicht der Schonung, als dass sie der Auftakt einer umfassenden und freimütigen Aussprache waren. Die Sowjetregierung liess sich nicht täuschen. Das Moskauer Abkommen war nicht mehr der leitende Grundsatz der Ostpolitik, wie das anfangs der Fall gewesen war. Die Initiative zu den grossen weltpolitischen Umwälzungen war in andere Hände übergegangen: von nun ab hatten die Unterzeichner des Dreimächtepaktes das Privileg, sich die Früchte ihrer Zusammenarbeit zu teilen. Der ganze Charme, den Graf Schulenburg ausstrahlte, konnte die Sowjets nicht darüber hinwegtrösten, dass die Ereignisse und die ungezügelter Dynamik ihres gefürchteten Partners über sie hinweggegangen waren. Vor allem die Bewegung nach Süden, nach den Gebieten und strategischen Positionen, die das russische Reich seit Jahrhunderten begehrte, schien der Kontrolle der Moskauer Politiker völlig entglitten zu sein.

Dort riskierte Russland, nicht nur unmittelbare Vorteile zu verlieren, sondern einen Traum preisgeben zu müssen, der die Phantasie all der grossen Baumeister seines Reiches erhitzt und entflammt hatte, von Peter dem Grossen bis zur Grossen Katharina, von den napoleonischen Kriegen bis in unsere Tage. Die bolschewistischen Erben des alten Russland hatten diesen Traum nicht klar aussprechen wollen. Aber die Stadt Konstantins und der Heiligen Sophia, die im Schutze der Meerengen lag, war auch für sie jenes goldenen Hauchs nicht entkleidet, der sie wie ein Mysterium umhüllte. Sie waren schon so erfüllt von der kaiserlichen Tradition, dass sie fühlten, wie dieses Wunder, so verschwommen es war, für sich allein grossem Wert hatte als alle Eroberungen, die Deutschland in Polen, in Persien oder in Afghanistan zugestanden hatte oder noch zugestehen würde. Die Furcht, aus diesem Traum verdrängt zu werden, der zum heiligsten geistigen Erbe des russischen Volkes gehörte, schuf selbst bei den realistischen Politikern der Sowjetunion eine Beunruhigung, welche die freundlichen Worte des Grafen Schulenburg nicht zerstreuen konnten.

Indessen musste man diese beängstigende Lage, die sich nicht ohne Gefahr verlängern konnte, irgendwie überwinden. Die deutsche Regierung, die durch den Besuch von Schulenburgs gewarnt worden war, gab sich darüber Rechenschaft, dass sie eine Aussprache nicht länger hinausschieben dürfe. Sie stand am Vorabend wichtiger militärischer und politischer Entscheidungen. Der Feldzug in Frankreich war beendet. Der deutsche Generalstab hatte nicht gewagt, mit seinen siegreichen Armeen den Ärmelkanal oder die Nordsee zu überqueren. Er hatte ungeheure Reserven unbeschäftigter Truppen zur Verfügung, für die man ein Schlachtfeld suchen musste, um an jedem möglichen Punkt die Verteidigungsstellungen des britischen Empires anzugreifen. Die Blicke Berlins richteten sich nach dem Südosten.

Wahrscheinlich wurde Hitler, der schon durch die Erinnerung an das Lager von Boulogne und durch die zahllosen Probleme seines Kampfes gegen England sich mit Napoleon verbunden fühlte, durch den märchenhaftesten aller Pläne angezogen – den der grosse Kaiser niemals verwirklichen konnte–: ein Orientfeldzug durch Kleinasien, Syrien und

KRIEG IM OSTEN

Mesopotamien, um den tödlichen Schlag gegen das Britische Weltreich bis nach Indien zu tragen. Seit Oktober deuteten deutsche «Instruktionstruppen», die sich in Rumänien aufhielten und sich auf der Donau bewegten, die Richtung des nächsten Hitlerschen Feldzugs an. Dieser Feldzug sah übrigens nicht nur militärische Operationen und kriegेरische Erfolge vor: es war das Streben der Diplomatie, dem Reich durch Überredung oder durch Zwang friedliche Eroberungen zu sichern. Diesem Ziel sollte der Dreimächtepakt als Sammelpunkt dienen, während die Armee an der Donau dadurch, dass sie einen entscheidenden Druck auf die Zögernden ausübte, dem Deutschen Reich neue gefügte und ergebene Bundesgenossen zuführen sollte. Auf diese Weise hoffte Deutschland, ohne Schwertstreich seine Macht bis an das Mittelmeer ausdehnen zu können, indem es durch eine Reihe von Abkommen mit anschließender militärischer Besetzung nach Ungarn und Rumänien die andern Länder des Südostens in seinen Lebensraum eingliederte: Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland und vielleicht sogar die Türkei. Der italienische Angriff gegen Griechenland, der sicherlich nicht mit Berlin vereinbart war (sollte er nicht gerade einem deutschen Vormarsch in eine seit langem von Italien begehrte Region zuvorkommen?), verwandelte Gebiete, die das Reich ohne Schwierigkeiten besetzen zu können gedacht hatte, in Schlachtfelder. Es ist gewiss, dass dieser Angriff und der ihm folgende siegreiche Widerstand der Griechen die deutschen Pläne störte: die Südküsten der Balkanhalbinsel, die der Ausgangspunkt für eine Expedition grössten Umfanges sein sollten, wurden zu einem militärischen Ziel, das die deutschen Armeen im nächsten Frühjahr zu erobern haben würden. Und als sich diese Armeen in einem raschen, aber äusserst verlustreichen Ansturm Griechenlands, des Archipels und Kretas bemächtigt hatten, tauchten neue politische Probleme auf, die Deutschland hindern sollten, seinen Erfolg in südlicher Richtung auszuwerten, und die es bestimmten, seine ganze Macht nach dem Osten zu werfen.

Man darf sich fragen, ob man nicht in Deutschland seit dem Herbst 1940 die Möglichkeit ins Auge fasste, im folgenden Frühjahr die Invasion der Ukraine durchzuführen, ein Plan, den der Grosse Generalstab,

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

getreu den Anregungen in *Mein Kampf*, sicher seit langem studiert hatte. Rumänien, das ja schon von den deutschen Truppen besetzt war, hätte in diesem Falle als Drehscheibe gedient: statt eine Expedition nach dem Balkan zu erleichtern, wäre es der Ausgangspunkt für den russischen Feldzug geworden. Dieses Projekt, von dem man in einigen Nachbarländern sprach – ein Echo solcher Gespräche war nach Moskau gedrungen – hatte seine Anhänger in Berlin. Da nichts in den Beziehungen des Reichs und der Sowjetunion in diesem Zeitpunkt ein solches Unternehmen wahrscheinlich machte, so wäre die Wirkung der Überraschung, auf die die totalitären Strategen so grossen Wert legen, nur um so stärker gewesen, und der «Blitzkrieg» hätte sich ohne Hindernis bis zum raschen und endgültigen totalen Siege entwickeln können. Es gehört zu den charakteristischen Kennzeichen unserer widerspruchsvollen Zeit, in der die Despotie die Aktion fügsamer Massen lenkt, dass nichts einem kriegerischen Unternehmen grossen Ausmasses günstiger zu sein scheint als eine Atmosphäre des Friedens und des scheinbaren Vertrauens.

Aber die deutsche Regierung war nicht der Ansicht, dass es schon Zeit sei, eine Politik aufzugeben, an die Herr von Ribbentrop aus guten Gründen besonders gebunden war. Noch hatte England einen Ansatzpunkt in Europa: es konnte, mit Hilfe seines Bündnisses mit der Türkei und dank den Sympathien, die es immer in Griechenland wachgehalten hatte, versuchen, den Balkan um einen Grundsatz geeinten Widerstandes zu gruppieren. Die Türkei, die auf der Suche nach einem kollektiven Verteidigungssystem war, um ihre Stellungen in Europa und an den Meerengen zu festigen, hatte im September in Belgrad und Sofia Vorschläge in diesem Sinne unterbreitet. Die ängstliche und passive Haltung der jugoslawischen Politiker und die Hintergedanken der bulgarischen Regierung hatten wieder einmal jede solidarische Anstrengung der Balkanvölker vereitelt. Aber wenn Deutschland im Osten beschäftigt war, so war es nicht ausgeschlossen, dass die Balkanstaaten diese Galgenfrist ausnutzten und den Ratschlägen Ankaras und den Anregungen Londons folgten. Unter diesen Bedingungen war es besser, dachte man in Berlin, zuerst den Balkan zu besetzen, um dort den

«raumfremden» englischen Einfluss zu beseitigen, der um so gefährlicher war, als er an den Unabhängigkeits- und Freiheitswillen der Völker appellieren konnte. Es war ausserdem klüger, das Sowjetreich nicht herauszufordern, das trotz seiner undurchsichtigen und manchmal verdächtigen Haltung sich immer von der englischen Politik distanziert und jeden Einfluss Londons zurückgewiesen hatte.

Um aus der guten Gesinnung, die die Sowjetunion aus Interesse, aus Furcht oder aus Berechnung Deutschland bekundete, Vorteil zu ziehen, musste man ihr beruhigende Erklärungen geben, bevor die diplomatische und militärische Aktion auf dem Balkan begann. Denn es lag nicht in Deutschlands Interesse, in dem Augenblick, in dem es Probleme in Angriff nahm, die zu allen Zeiten die russischen Gedanken und die russische Einbildungskraft beschäftigt hatten, Unruhe und Rankünen in seinem Rücken sich anhäufen zu lassen. Selbst wenn man angesichts der festen Stellungen der rumänischen und deutschen Truppen an der neuen rumänischen Grenze einen russischen Angriff am Pruth und an der untern Donau nicht zu fürchten hatte, so hätte doch eine Umwälzung der Bündnisverhältnisse, die Sowjetrussland aus Enttäuschung über seinen deutschen Partner ins britische Lager trieb, genügt, um in einem besonders kritischen Augenblick die Lage des Reichs fühlbar zu schwächen.

In diesen Oktobertagen, die für die Art, in der Deutschland seine europäischen Eroberungen vervollständigen und organisieren wollte, so entscheidend waren, verwandelte sich das Interesse an einer Beruhigung der Sowjetunion in eine Notwendigkeit. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Reichen hatte seit dem Moskauer Abkommen die Sowjetunion zum wichtigsten Lieferanten des Reiches an Getreide, Treibstoffen und Rohstoffen gemacht. Die russischen Behörden hatten ihre Ehre darein gesetzt, alle Lieferungen mit peinlichster Pünktlichkeit auszuführen. Damit hatten sie die Zusammenarbeit noch wertvoller für die Wirtschaft des Reiches werden lassen. Jetzt, zu Beginn eines Winters, der harte Prüfungen bringen konnte, galt es, diese wirtschaftliche Zusammenarbeit so zu erweitern, dass nicht nur die Bedürfnisse des Reiches, sondern auch des vom Reich besetzten und durch die deutsche Eroberung von der übrigen Welt getrennten Europa befrie-

diget wurden. Konnte man Russland zu neuen Verhandlungen bringen, um den Umfang seiner Lieferungen und deren schon so bedeutende Rolle zu erhöhen, ohne ihm die politischen Zusicherungen zu geben, die es erwartete? Schon versuchten die Unterhändler der Sowjets, sich den deutschen Wünschen zu entziehen. Sie schoben verschiedene Vorwände vor, deren einleuchtendster war, dass die Natur der vom Reich angebotenen Produkte und die Verzögerungen bei deren Lieferung das Interesse an diesem Austausch beträchtlich verminderten. Herr Schnurre, der geschickte Unterhändler der Wilhelmstrasse, hatte sich schon mehrere Male nach Berlin begeben müssen, um seine Vorgesetzten über die Schwierigkeiten zu informieren, denen er in Moskau begegnete. Sein Drängen verband sich mit dem Schulenburgs in der Richtung, die deutsche Regierung zu einer ernsthaften Anstrengung zu veranlassen.

Diese Anstrengung konnte nicht mehr auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege gemacht werden, den Graf Schulenburg schon so reichlich und so geschickt benutzt hatte. Es bedurfte eines neuen Ereignisses, einer theatralischen Begegnung wie der zwischen Molotow und Ribbentrop im vorigen Jahre, einer politischen Sensation, die der Presse neue Impulse gab und die Einbildungskraft der Massen erregte, eines Aktes schliesslich, der den juristischen Sinn hatte, die Urkunde vom August 1939 zu erneuern und dem Moskauer Abkommen, das schon ausser Gebrauch geraten war, neues Leben zu geben. Je mehr sich die deutschen Politiker, die noch am Moskauer Abkommen festhielten, weil sie es noch nicht in jeder Hinsicht ausgenutzt hatten, darüber klar waren, dass es kein Argument gäbe, um am Vorabend eines Feldzuges, der den Balkan in den Lebensraum der Achse einbeziehen sollte, Russland wirklich zu beruhigen, um so mehr empfanden sie die Notwendigkeit, schnellstens eine direkte Fühlungnahme zwischen Berlin und Moskau herzustellen. Das Schauspiel treuer Freundschaft, die auf herzliche und beständige Art die gleichen autoritären Führer des Reiches und der Sowjetunion verband, musste an Stelle ernsthafter Erklärungen der Regierung und dem Volke der Sowjets das Gefühl der Sicherheit geben, dessen sie bedurften. Auf diese Weise musste man sie hindern, einen Weg einzuschlagen, der den deutschen Interessen zuwiderlief.

KRIEG IM OSTEN

In der Tat fühlte sich die Sowjetunion in ihrer Sicherheit bedroht, seit sich die deutsche Politik in Finnland, in Rumänien, auf dem Balkan und im Fernen Osten von den Banden gelöst hatte, die sie mit der Politik Stalins verknüpfte, und überall die Unvereinbarkeit der russischen Interessen mit den von der deutschen Armee und der deutschen Diplomatie verfolgten Zielen hervortreten liess. Von einer Unruhe befallen, die sie nicht zu verbergen vermochten, wandten die russischen Staatslenker all ihr Interesse der Armee zu. Die militärischen Vorbereitungen wurden auf der ganzen Linie beschleunigt: in den Fabriken, auf den Manöverfeldern und an den Grenzen. Der kriegerische Geist wurde durch die Zeitungen und durch das Radio angefacht, der Patriotismus im Theater, in den Parteikonferenzen und bei den öffentlichen Zeremonien aufgestachelt. Der 7. November, der Feiertag der Revolution, bot eine günstige Gelegenheit, eine unübersehbare Menschenmasse im gleichen patriotischen Gefühl mit der Roten Armee zu vereinen, die an einem schönen Herbstmorgen in untadeliger Ordnung und mit eindrucksvoller Ausrüstung auf dem Roten Platz vor den Mitgliedern der Regierung, des Politbüros und des diplomatischen Korps defilierte. In seiner Ansprache an die Truppen, deren Echo die Lautsprecher durch die ganze Hauptstadt trugen, unterstrich Marschall Timoschenko, dass einzig die Kraft der Roten Armee den von allen Seiten drohenden Krieg an den Grenzen der Sowjetunion aufhalten könne. Diese Ansprache enthielt alle Elemente der politischen Lage und des Geistes, der in Moskau herrschte: kaum verhüllte Befriedigung, dass der imperialistische Krieg sich ausdehnte und in die Länge zog; Stolz, die heiligen Grenzen des alten Russland erreicht zu haben und ein Land zu besitzen, das sich fest an die Donau und an die Ostsee anlehnte; Furcht, dass «der Feind versucht sein könnte, die Sowjetgrenze zu überschreiten»; Drohungen für alle jene, die wagen könnten, «die unbesiegbare Kraft der Roten Armee in Zweifel zu ziehen»; und hinter all dem ein unbestimmtes Gefühl, dass das Vaterland in Gefahr sei.

Selbst wenn man berücksichtigt, dass diese Rede von einem Soldaten in den dabei üblichen Formeln gehalten wurde, musste auffallen, dass sehr wenig Aufhebens von der Sicherheit gemacht wurde, welche der

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

Sowjetunion durch das Moskauer Abkommen gewährleistet worden war. So waren denn auch die Diplomaten nicht wenig erstaunt, dass bei dem grossen Empfang, den Molotow am gleichen Tage abhielt, Graf Schulenburg an der Spitze einer ganzen Armee deutscher Diplomaten, Wirtschaftssachverständiger, Militärs und Journalisten sein allerfreudigstes Lächeln aufgesetzt hatte.

Zwei Tage später, am 9. November 1940, sollte man erfahren, dass Molotow die Einladung Ribbentrops, sich ohne Zögern zu einem offiziellen Besuch nach Berlin zu begeben, angenommen hatte.

Die Nachricht von diesem Besuch, der sorgfältig vorbereitet und in grösstes Geheimnis gehüllt worden war (selbst die Gesandtschaften, die der Botschaft des Reichs am nächsten standen, waren nicht vorher informiert worden) platzte wie eine Bombe, nach den bewährtesten Rezepten der deutsch-russischen Zusammenarbeit. Es schien, als ob Russland von Neuem in den Kreis der dynamischen Mächte einträte; es machte von sich sprechen und nahm an den sensationellen Geschehnissen teil, die berufen waren, die Welt zu verblüffen und umzuwälzen. So wenig sich die Sowjetpolitiker durch solch äussern Schein täuschen liessen, so verschmähten sie ihn doch nicht, denn er schmeichelte ihrer Eitelkeit und diente ihren Interessen innerhalb des Landes und innerhalb der Partei. Die Gegner Deutschlands hingegen verbargen ihren Verdruss nicht. Sir Stafford Cripps sagte Herrn Wyschinski in deutlichsten Ausdrücken, dass der offizielle Besuch Molotows in Berlin alle Neutralitätserklärungen, die die Sowjetunion in letzter Zeit so reichlich abgegeben habe, hinfällig machte. Die Vertreter der in Europa und in Asien an die Sowjetunion angrenzenden Länder fürchteten, dass eine so wichtige Zusammenkunft von Deutschland nur um den Preis eines grossen Opfers, ohne Zweifel auf Kosten eines Dritten, zu erreichen gewesen sein konnte, und sie zitterten alle um ihre Grenzen, um ihre Provinzen und ihre Länder...

Niemand dachte daran, dass die Zusammenkunft von Erfurt, trotz dem Aufsehen und Pomp, die sie umgeben hatten, nichts am Lauf der Ereignisse geändert und keineswegs die Kräfte ausgeschaltet hatte, die den Vertrag von Tilsit untergruben.

II.

Am nächsten Abend, am 10. November, verliess Molotow Moskau.

Auf dem weissrussischen Bahnhof Bjeloruskaja war ein grosser roter Teppich vor dem Zug des Präsidenten ausgebreitet.

Alle Diplomaten der Achse waren anwesend. Lächelnd und in sichtbar guter Laune nahm Graf Schulenburg Glückwünsche entgegen. Ein Dutzend deutscher Offiziere, in Paradeuniform, standen in gerader Linie auf dem Quai.

Bei der Ankunft Molotows vernahm man die Hochrufe der Ehrenkompanie. Mit kurzen Schritten trat der Präsident des Rates der Volkskommissare, von seinen Kollegen gefolgt, zur Gruppe der Diplomaten. Er trug einen weichen Hut und einen kurzen grauen Überzieher. Viel beschäftigt, aber gelassen, drückte er bedächtig, ohne sich zu beeilen, den Persönlichkeiten die Hand. Sein Blick, der abwesend schien, wurde plötzlich weich, als er zwei kleine Mädchen bemerkte, die die Menge der Beamten und Polizisten zu durchbrechen suchten, um zu ihm zu gelangen. Zärtlich, mit der Geste eines Bürgers und Vaters, hob er die Kleinen zu sich empor und küsste sie auf beide Backen. Verriet diese plötzliche Zärtlichkeit die Erregung des Volkskommissars in dem Augenblick, in dem er sich über die Grenzen der Sowjetunion in die Abenteuer der fremden Welt begab, die so voller Fallen und Schlingen war? Herr Molotow liess sich nichts mehr anmerken. Er bestieg sein Abteil und liess resigniert die Blitzlichter der Photographen über sich ergehen; dann erwartete er geduldig, mit dem Gesicht zum Publikum, im Gang die Abfahrt des Zuges. Seine Reisebegleiter, etwa fünfzig Deutsche und annähernd zweihundert Russen – für die G.P.U. allein waren drei Wagen reserviert – bestiegen den Zug. Das Zeichen zur Abfahrt wurde gegeben. Die ernsten Töne der Revolutionshymne klangen mit eigenartiger Resonanz gegen die hohe Bahnhofskuppel. Der Zug setzte sich in Bewegung; Molotow, noch immer aufrecht im Gang, seinen kleinen weichen Hut in der Hand, entschwand in die Nacht. Die deutschen Offiziere, in strammer Haltung erstarrt, die Hand an der Mütze, warteten, bis die letzten Töne der *Internationale* verklungen waren.

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

Was würde der hohe Reisende in Berlin finden? Worauf würden die Verhandlungen zielen? Das Geheimnis, das die Vorbereitungen der Abreise umgeben hatte, gestattete alle Vermutungen. Man konnte glauben, Hitler werde seinem russischen Gast neue Angebote machen, um sein Vertrauen zu erhalten und sich seine Mitwirkung zu sichern. Aber nach allen Erfahrungen und bei richtiger Beurteilung der Ereignisse, die seit einiger Zeit abrollten, war eher zu vermuten, dass die Deutschen diese Reise ausnutzen wollten, um die russischen Befürchtungen zu beschwichtigen, den gegenseitigen Argwohn zu zerstreuen und eine nützliche Entspannung herbeizuführen; dass sie aber nicht bereit waren, sich auf Verpflichtungen einzulassen, welche die diplomatischen und militärischen Pläne des Reiches hemmen oder gar Iahmlegen konnten.

Die deutsche Propaganda trug keine Bedenken, ungerechtfertigte Hoffnungen in Moskau zu erwecken. Ein Communiqué des Pressebüros der deutschen Botschaft in Moskau verkündete: «Deutschland und Sowjetrussland haben nur eine Sendung: das Glück ihrer Völker zu sichern. Der Besuch des Herrn Molotow in Berlin wird die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern nur noch vertiefen. In Berlin werden alle Probleme behandelt werden, welche die beiden Staaten interessieren. Die Probleme Europas und die Weltprobleme werden besprochen werden. Dieser Austausch der Meinungen und Ideen wird durch nichts begrenzt sein. *Ein Jahr vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den beiden jungen und revolutionären Staaten geht zu Ende. Eine grosse Zukunft liegt vor ihnen. . .*» Und die Berliner Zeitungen nahmen das ebenso ungenaue wie verführerische Thema eines durch nichts begrenzten Meinungsaustausches auf und priesen in warmen Worten die Loyalität Molotows und den Weitblick «des grossen realistischen Staatsmannes Stalin, dessen kluge und feste Politik die Sowjetunion ausserhalb des Weltkonfliktes gehalten hat».

Niemand war verpflichtet, diese grossen Worte der deutschen Propaganda für bare Münze zu nehmen, und Stalin war gewiss der Letzte, dies zu tun. Trotzdem schufen sie eine Atmosphäre, die für eine Entspannung günstig war, und schmeichelten ebenso der Eigenliebe des deut-

schen Publikums, das nach diplomatischen Erfolgen dürstete, wie der umdüsterten Empfindlichkeit der Russen, die glücklich waren, sich hochgeschätzt, gut regiert und in vollkommener Sicherheit zu wissen.

Für die Kundigeren und schwerer zu Befriedigenden hielt die deutsche Botschaft wohlüberlegte Argumente und gut begründete Erklärungen bereit. Wie einige in vorderster Reihe stehende Mitglieder dieser Botschaft durchblicken liessen, sollte der Besuch in Berlin kundtun, dass die Sowjets sich weiterhin zur Achse hingezogen fühlten. Das Gewicht dieser Sympathien sei geeignet, die Waage zu Gunsten der Staaten des Dreimächtepaktes zu senken und vielleicht den Abschluss eines Friedens zu erleichtern, wie Deutschland ihn wünsche. Denjenigen, die einwenden wollten, dass es gewiss die letzte Sorge der Sowjetunion sei, für einen deutschen Frieden zu arbeiten, während doch eine Verlängerung des Krieges bis zur vollständigen Erschöpfung der «imperialistischen» Mächte in ihrem Interesse liege, antworteten die Wortführer der deutschen Politik: «Wer konnte je die unerforschliche Seele der Sowjetpolitiker durchschauen? Stalin klammert sich zuerst und vor allem andern an die Macht, an die unbegrenzte Macht. Um sich fest an der Macht zu halten, ist er bereit, alle Mittel zu gebrauchen und auf jede Verständigung einzugehen. In zweiter Linie will er die Sicherheit Russlands wahren. Das militärische Problem beherrscht ihn. Unter allen politischen Möglichkeiten wird er immer derjenigen den Vorzug geben, die ihn das geringste Kriegsrisiko laufen lässt und ihm die grössten Chancen gibt, seine Truppen auszubilden und zu bewaffnen. Drittens bewegt ihn das Problem der materiellen Entwicklung seines Reiches leidenschaftlich. Er träumt von nichts anderm als von Industrie, Produktion, technischem Fortschritt. Sein höchster Ehrgeiz wäre, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, die der Zarismus, der ihm ein ungeheures Reich hinterliess, niemals zu lösen vermochte. Seine Interessen, die durch einen unbezähmbaren Ehrgeiz in dieser Rangordnung erhalten werden, nähern ihn in natürlicher Weise der Macht, die ihm im Frieden am nützlichsten sein kann und die ihm im Kriege am gefährlichsten wäre: das ist unbestreitbar Deutschland. Keines der Regierungsprinzipien des Dritten Reiches stört seinen Machthunger. Im Gegenteil, in Berlin wird Stalin

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

immer Argumente und Methoden finden, um seine persönliche Autorität zu stützen und seinen Wunsch nach absoluter Macht zu befriedigen. Aber er wird dort noch mehr finden: nirgends gibt es wie in Berlin Waffen und Munition, Lehrer der Strategie und bedeutende Militärs, Motoren und Maschinen, soziale Pläne zur Organisierung der Massen und technische Ideen zur Umformung eines Weltreichs. Das sind die Gründe, weshalb Molotow die Einladung Hitlers nicht ablehnen konnte, noch wollte. Wie hätte er übrigens zögern können? Wenn eine Einladung durch so verführerische Angebote (die ungenau, aber dafür unbegrenzt sind) und durch fünfzig Reichwehrdivisionen an den Grenzen der Sowjetunion unterstützt wird, dann ist Stalin viel zu klug, eine solche Einladung nicht anzunehmen.»

III.

Die Reise des Präsidenten des Rates der Volkskommissare dauerte fünf Tage. Zwei Tage war er unterwegs und drei in Berlin. Am 15. November, um Mitternacht, traf der Zug des Präsidenten wieder in Moskau ein, wo ihn auf dem Quai des Bahnhofs, der in den Sowjetfarben beflaggt war, der rote Teppich, die Klänge der *Internationale*, die Diplomaten im Nerzpelz, die Volkskommissare in ihren Mützen, zwei aufgeregte kleine Mädchen und zwölf deutsche Offiziere in Paradeuniform und in Hab-Acht-Stellung erwarteten.

Molotow lächelte müde. Er hatte in der deutschen Hauptstadt die schmeichelhaftesten Ehrungen, wie ein König, empfangen. Siegeskranzte Truppen hatten vor ihm defiliert. Die Presse hatte ihn beweihräuchert. Ribbentrop hatte ihm treue Verbundenheit und eine schmeichelhafte Bewunderung bezeugt. Hitler hatte ihn empfangen, mit offenem Blick und ausgestreckter Hand, herzlich und voller Vertrauen, und hatte ihn in das Allerheiligste seines politischen Denkens hineinblicken lassen.

Die ruhige und vorsichtige Natur des russischen Reisenden hatte unter dem Gewicht dieser Ehrungen nicht nachgegeben. Alle Welt rühmte

seine Bescheidenheit, seine einfache Natürlichkeit. In keinem Augenblick war Molotow aus seiner ganz reservierten Haltung herausgetreten. Stets hielt sich Dekanosow an seiner Seite, der kleine bewegliche Georgier, aus dem Stalin zuerst einen Polizeifunktionär, dann einen führenden Beamten des *Narkomindjel* gemacht hatte und den er bald zu seinem Botschafter in Berlin ernennen sollte. Vor dem Bankett, das Ribbentrop ihm gab, hatte ihm der deutsche Aussenminister den Text seiner Ansprache geschickt, damit Molotow seine Antwort in voller Kenntnis der Dinge abfassen könne. Aber der Russe behauptete, eine unvorhergesehene Beschäftigung habe ihn gehindert, die Rede Ribbentrops zu lesen und seinen Text schriftlich zu formulieren. Er improvisierte also eine Antwort. Nach der Ansicht aller Banketteilnehmer war sie recht geschickt abgefasst, aber die Öffentlichkeit sollte sie niemals kennenlernen. Denn als es darum ging, der Presse die Worte zu übermitteln, die die beiden Minister gewechselt hatten, da bat Molotow mit bescheidener Miene, man möge seine in aller Eile improvisierten Worte nicht der Öffentlichkeit preisgeben. So sah sich Herr von Ribbentrop gezwungen, ebenso diskret zu sein wie sein Gast: seine Ansprache blieb ebenfalls geheim.

Wahrte Molotow in seinen Besprechungen mit dem Kanzler und dem Reichsaussenminister die gleiche Vorsicht? Man darf dies annehmen. Graf Schulenburg, der den meisten Besprechungen beiwohnte, die Molotow in Berlin hatte, schien von seinen Ausführungen und seiner Haltung äusserst befriedigt. Der Führer hatte ihn dazu beglückwünscht und seinem Entzücken Ausdruck gegeben, die Bekanntschaft eines so ernsthaften, abgewogenen und loyalen Mannes gemacht zu haben, mit dem man sich so glänzend verständigen könne. Folgendermassen umriss der Botschafter die Tragweite der Gespräche, die zwischen den beiden Regierungschefs stattfanden: «Es war eine freie Aussprache, die alle Probleme des Tages behandelte, eine sehr notwendige Fühlungnahme zwischen zwei mächtigen Staatsmännern, eine Gelegenheit, durch unbeschränkten Meinungs austausch die Positionen und die Interessen beider Parteien herauszuarbeiten.» Wenn man nach der Flut von Lobeserhebungen in der Berliner Presse urteilen darf und nach der tiefen Be-

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

friedigung aller Mitglieder der deutschen Botschaft, die Molotow nach Berlin begleitet hatten – Herr Hilger, der sehr aktive Wirtschaftsattaché der deutschen Botschaft in Moskau, überzeugter und enthusiastischer Mitarbeiter am Werk der deutsch-russischen Verständigung, diente Hitler und Molotow als Dolmetscher – so hatte sich der russische Gast seiner Mission zu allgemeiner Zufriedenheit entledigt und die besten Eindrücke hinterlassen.

Acht Monate später sollten die führenden Männer des Reichs ein ganz anderes Bild von Molotows Aufenthalt in Berlin entwerfen. Nach diesem verspäteten Zeugnis habe sich der Chef der Sowjetregierung anmassend, indiskret und anspruchsvoll gezeigt. In seiner Rede vom 22. Juni 1941 – dem Tage des Einfalls der deutschen Truppen in die Sowjetunion – gab Reichskanzler Hitler folgenden Bericht über seine Zusammenkunft mit Molotow:

«Der sowjetrussische Aussenminister verlangte die Klärung, bzw. Zustimmung Deutschlands in folgenden vier Fragen:

Erste Frage Molotows: Soll sich die deutsche Garantie im Fall eines Angriffs Sowjetrusslands gegen Rumänien auch gegen Sowjetrussland richten?

Meine Antwort: Die deutsche Garantie ist eine allgemeine und uns verpflichtende. Russland habe uns aber nie erklärt, dass es ausser Bessarabien überhaupt noch in Rumänien Interessen besitze. Schon die Besetzung der Nordbukowina war ein Verstoss gegen diese Versicherung. Ich glaubte daher nicht, dass Russland jetzt plötzlich noch weitergehende Absichten gegen Rumänien haben könnte.

Zweite Frage Molotows: Russland fühle sich erneut von Finnland bedroht. Russland sei entschlossen, dies nicht zu dulden. Sei Deutschland bereit, Finnland keinerlei Beistand zu geben, und vor allem die nach Kirkenes zur Ablösung durchmarschierenden deutschen Truppen sofort zurückzuziehen?

Meine Antwort: Deutschland habe nach wie vor in Finnland keine politischen Interessen. Ein neuer Krieg Russlands gegen das kleine finnische Volk aber könne von der deutschen Reichsregierung als nicht mehr ertragbar angesehen werden, um so mehr, da wir an eine Bedro-

hung Russlands durch Finnland niemals glauben könnten. Wir wollen aber überhaupt nicht, dass an der Ostsee nochmals ein Kriegsgebiet entsteht.

Dritte Frage Molotows: Sei Deutschland bereit, einzuwilligen, dass Sowjetrussland seinerseits an Bulgarien eine Garantie gebe und sowjetrussische Truppen zu diesem Zweck nach Bulgarien schicke, wobei er, Molotow, erklären wolle, dass sie nicht die Absicht hätten, aus diesem Anlass zum Beispiel den König zu beseitigen?

Meine Antwort: Bulgarien sei ein souveräner Staat, und ich wüsste nicht, dass ähnlich wie Rumänien Deutschland, Bulgarien überhaupt Sowjetrussland um eine Garantie gebeten hätte. Ausserdem müsste ich mich darüber mit meinen Verbündeten besprechen.

Vierte Frage Molotows: Sowjetrussland benötigt unter allen Umständen einen freien Durchgang durch die Dardanellen und fordert auch zu seinem Schutz die Besetzung einiger wichtiger Stützpunkte an den Dardanellen, bzw. am Bosphorus. Sei Deutschland damit einverstanden oder nicht?

Meine Antwort: Deutschland ist bereit, jederzeit seine Zustimmung zu geben zu einer Änderung des Statuts von Montreux zugunsten der Schwarzmeerstaaten. Deutschland sei nicht bereit, einzuwilligen in die Besitznahme russischer Stützpunkte an den Meerengen.»

Auf solche Weise gab Hitler den Inhalt der Gespräche wieder, die er mit Molotow gehabt habe. Er tat es in der Form, die ihm am meisten zusagte und die am geeignetsten war, in allen Nachbarstaaten Empörung gegen die Sowjetunion auszulösen. Nach dieser Fassung, deren sich der Kanzler bediente, um eine Liste von Anklagen gegen die Sowjetunion aufzustellen, hätte Molotow seinen Aufenthalt in Berlin benutzt, um seinem deutschen Gastgeber die Absichten der Sowjetunion anzuvertrauen: sich der Meerengen zu bemächtigen, Bulgarien zu besetzen, Finnland und Rumänien mit Krieg zu überziehen ... So intim die Beziehungen zwischen nationalsozialistischen und bolschewistischen Staatsmännern gewesen sein mögen, so ist es doch wenig wahrscheinlich, dass Molotow, der mit Recht als klug und verschwiegen galt, in dieser Weise einem so gefährlichen Partner sein Herz geöffnet hätte.

Wahrscheinlich verlief die Diskussion, die in der Tat die vier von Hitler erwähnten Punkte berührt haben muss, in viel allgemeineren und weniger angreifbaren Formulierungen.

Sicher hat Molotow von der Garantie der Achse an Rumänien gesprochen. Die russischen Staatsmänner kamen immer wieder auf diesen Punkt zurück, den sie der deutschen Regierung zum Vorwurf machen zu können meinten. Aber dies geschah in ganz anderer Form: Molotow fragte Schulenburg und den italienischen Botschafter Rosso, warum Deutschland und Italien es als notwendig erachtet hätten, Rumänien eine Garantie zu geben, die nur gegen die Sowjetunion gerichtet sein konnte, obwohl doch die Achsenmächte eindeutig wüssten, dass die Sowjetunion nicht die Absicht habe, dieses Land anzugreifen.

In dieser Form enthielt die Frage nicht notwendig eine aggressive Absicht: sie bezog sich vielmehr auf die Beziehungen des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen dem Reich und der Sowjetunion. Man hat also keinen Grund zu glauben, Molotow habe sich in Berlin in einem Augenblick, in dem Rumänien von den deutschen Truppen besetzt war, in einer für dieses Land bedrohlicheren Form geäußert als in Moskau unmittelbar nach dem Wiener Schiedsspruch, da ein Angriff gegen Rumänien für Russland viel leichter war. Man kann mit Fug und Recht unterstellen, dass Molotow Hitler – wie vorher seinem Botschafter – erklärte, die in Wien gegebene Garantie erscheine ihm als unfreundliche Geste gegenüber Sowjetrußland. Hitler hätte diese Nüancen um so besser erfassen müssen, da er selbst ja im März 1939 ebenfalls Anstoss genommen hatte, als England Rumänien und Griechenland seine Garantie gab. Damals hatte der Führer diesen Akt als gegen das Reich gerichtet betrachtet; obwohl die Garantie nur in dem Fall in Kraft treten sollte, wenn Rumänien oder Griechenland Opfer eines Angriffs würden, und obwohl der deutsche Diktator seinerseits ausdrücklich erklärt hatte, dass er nicht beabsichtige, diese Länder anzugreifen . . .

Was den zweiten Punkt betrifft, so ist es sehr wahrscheinlich, dass die Anwesenheit deutscher Truppen in Finnland gewisse Pläne der Sowjets gestört hatte. Im Herbst 1940 hatten sich in Moskau hartnäckig Gerüchte gehalten, nach denen die Sowjetunion Finnland das Schicksal der

baltischen Staaten zudedacht habe. Es ist wahr, dass es Paasikivi, dem ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten, der sein Land mit einer ganz einzigartigen Autorität in Moskau vertrat, gelungen war, dank dem Ansehen, das er persönlich bei den Sowjetpolitikern genoss, die Beziehungen zwischen Russland und Finnland zu bessern. Trotzdem war das Schicksal dieses Landes vom guten Willen der Sowjetunion abhängig geblieben. Das Recht der Passage nach Kirkenes in Norwegen, das die deutschen Truppen verlangt und erhalten hatten, interessierte ganz natürlicherweise die Sowjets. Aber wenn Molotow diesen Punkt berührt hatte, so gewiss nicht, um eigene Angriffspläne zu enthüllen, sondern vielmehr, um die Absichten Hitlers zu erkennen und um zu erfahren, ob die deutschen Truppen in Finnland etwas gegen die Sicherheit Russlands im Schilde führten. Auch hier diente die Form, die Hitler gewählt hatte, um seine Unterredung mit Molotow wiederzugeben, den Erfordernissen seiner Sache. Der Nachdruck, mit dem sich der Führer zum Verteidiger Finnlands und Rumäniens aufwarf, enthielt übrigens das Zugeständnis, dass diese beiden Länder ein Jahr zuvor mit seiner Billigung überfallen worden waren.

Es ist sehr möglich, dass Molotow Hitlers Zustimmung zur Entsendung von Truppen nach Bulgarien verlangt hat. Warum sollte er es nicht getan haben? Entsandte nicht Hitler seinerseits zwei Monate später Truppen nach Bulgarien? Es ist wahrscheinlich, dass die Moskauer Regierung einen gewissen Parallelismus und ein gewisses Gleichgewicht zwischen dem deutschen und dem russischen Vordringen auf dem Balkan zu wahren wünschte.

Was Punkt vier betrifft, so verfolgten die Enthüllungen Hitlers das klare Ziel, die Türkei für den antibolschewistischen Kreuzzug zu gewinnen. Molotow hatte aus den Wünschen der Sowjetunion, das Meerengenstatut abzuändern, niemals ein Geheimnis gemacht. Er hatte über dieses Thema mehrfach mit dem deutschen Botschafter, mit dem italienischen Botschafter und sogar mit Herrn Saradschoglu bei dessen Besuch in Moskau gesprochen. Es ist wahrscheinlich, dass er auch zum Reichskanzler und zu Ribbentrop darüber sprach. Aber hatte er wirklich gedroht, «wichtige Stützpunkte am Bosphorus und an den Dardanellen» zu be-

setzen? Man darf fürchten, dass auch hier ein übersteigertes Propagandabedürfnis vorliegt.

Das gleiche Bedürfnis hat Herr von Ribbentrop bestimmt, am gleichen 22. Juni noch sensationellere «Enthüllungen» zu machen. Vor den Vertretern der Presse erklärte er, Molotow habe in Berlin Ansprüche auf die Meerengen und auf Konstantinopel erhoben. Diese ungeheuerlichen Ansprüche hätten dem Führer die Augen geöffnet und ihn davon überzeugt, dass zwischen dem Reich und der Sowjetunion kein Übereinkommen mehr möglich sei.

Die autorisier testen Mitglieder der deutschen Gesandtschaft hatten nach der Rückkehr Molotows eine andere Lesart verbreitet. Laut ihrer Darstellung war von Konstantinopel und den Meerengen die Rede gewesen, und Ribbentrop hatte versucht, Molotows Meinung darüber kennenzulernen. Der russische Gast hatte sich darauf beschränkt, daran zu erinnern, dass Russland zu allen Zeiten in dieser Gegend sehr wichtige Interessen gehabt habe. Obwohl der deutsche Minister bis spät in die Nacht hinein insistierte, habe Molotow sich hartnäckig geweigert, weitere Erklärungen zu geben und die Natur der von ihm erwähnten Interessen zu präzisieren.

Die gleiche Lesart wurde dem türkischen Botschafter von Dekanosow übermittelt, der an allen Unterredungen zwischen Molotow, Hitler und Ribbentrop teilgenommen hatte.

Beide Seiten schienen also darin einig, dem Gespräch über Konstantinopel und die Meerengen lediglich die Bedeutung eines einfachen Meinungsaustausches ohne Präzision zuzuerkennen, der zu keiner Entscheidung geführt hatte. Und es scheint, dass die Zurückhaltung und Diskretion Molotows die Ursache dafür waren, dass die von Ribbentrop angeschnittene Frage gerade nur so gestreift wurde.

Und doch handelte es sich dabei um die Hauptfrage, die einzige, die die Reise nach Berlin voll gerechtfertigt hätte und von der in der Zukunft die Beziehungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion abhängen. In dem Augenblick, in dem Hitler sich anschickte, nach Süden zu marschieren und seine bevormundende Autorität bis an die Tore von Byzanz auszudehnen, konnte er nur dadurch die alarmierten Russen

KRIEG IM OSTEN

beruhigen, dass er ihnen Erklärungen und Zusicherungen über die Meerengen gab. Selbst wenn man wenig von diesem Problem gesprochen hatte, so hatte man sicher viel daran gedacht: durch seine stumme Gegenwart hatte es alle Besprechungen in Berlin beherrscht.

Unter diesen Bedingungen kann es befremdlich erscheinen, dass Molotow nicht die Avancen Ribbentrops ausnutzte, um über das Thema, das ihm am meisten am Herzen liegen musste, Klarheit zu schaffen. Erwartete er von den Deutschen ein festes Angebot und wollte er sie durch seine reservierte und gemessene Haltung zwingen, ihr Spiel abzukürzen und ihre Absichten zu enthüllen? Zögerte er, sich auf eine Diskussion einzulassen, die zu einem Teilungsvorschlag führen konnte? Einen solchen Vorschlag musste er um jeden Preis vermeiden, denn bei einer Umwälzung der Balkanordnung vertrugen die Stellungen, auf die sich die russischen Ambitionen und Interessen richteten, keine Teilung. Oder fürchtete er ein unvorsichtiges Wort fallen zu lassen, das für die deutsche Politik den Vorwand zu einer offensiven Wendung abgeben konnte?

Durch die vorsichtige und anscheinend banale Antwort, die er dem Reichsaussenminister gab – indem er in Erinnerung rief, was jeder wusste, dass Russland zu allen Zeiten sehr wichtige Interessen im Gebiet der Meerengen gehabt habe – umriss er nichtsdestoweniger die Zone, für welche die Sowjetunion eine Respektierung ihrer Interessen im Fall von Veränderungen voraussetzte. Gleichzeitig liess er durchblicken, dass die Sowjetregierung ihrerseits nicht auf diese Veränderung dränge und sich weigere, die Initiative zu ergreifen, um sie herbeizuführen, oder im voraus die Ziele und Modalitäten zu diskutieren.

Ein analoger Vorgang hatte sich bei der Erfurter Begegnung zwischen Napoleon und Alexander I. abgespielt. «Die Teilung des Orients», schreibt Albert Vandal, «war seit acht Monaten das für diese Zusammenkunft festgelegte Thema. In Erfurt sollte man in letzter Instanz über das Schicksal der Türkei befinden, sich in die Beute teilen, entscheiden, wer Herr an der Donau sein, Griechenland regieren und sich Ägyptens und der Inseln bemächtigen solle, ob Konstantinopel den Russen zufallen könnte oder ob diese unvergleichliche Position auf immer reserviert

bleiben sollte.» Nach Tilsit hatte die französische Politik in dem Wunsche, Russland weiterhin an das Geschick Napoleons zu binden, nicht aufgehört, dem Ehrgeiz zu schmeicheln, der Alexander I. zu den Meerengen und nach Konstantinopel trug. Caulaincourt war beauftragt gewesen, dem russischen Kaiser Eröffnungen zu diesem Thema zu machen und in ihm die Hoffnung wachzuhalten, er werde eines Tages mit Unterstützung Napoleons den Traum verwirklichen können, der der russischen Seele am teuersten ist. Aber in dem Masse, in dem der Zar im Verlauf dieser diplomatischen Gespräche seiner Phantasie freien Lauf gelassen hatte, wurde die französische Politik eindeutiger, positiver und habgieriger, stellte jeden Tag neue Bedingungen, erhob ständig neue Ansprüche, ersann unaufhörlich Expeditionen und Eroberungszüge nach Ägypten, nach Kleinasien, nach Indien und verringerte ständig den Anteil, den sie ursprünglich dem russischen Partner zugedacht hatte. So fühlte Alexander seine Unruhe wachsen und seinen Wunsch, irgendetwas mit dem Kaiser Napoleon zu teilen, dahinschwinden. Als dann in Erfurt Napoleon vorschlug, die orientalische Frage, die doch den Hauptgegenstand der Zusammenkunft bilden sollte, zu vertagen, erhob Alexander keinen Einwand. «Der Zar», sagt Vandal, «hatte niemals die Zerstörung der Türkei gefordert, und seine ersten Absichten, wie er sie im November 1807 formuliert hatte, gingen nicht über die Moldau und die Walachei hinaus. Seit einem Jahr war die Teilung viel mehr eine napoleonische als eine russische Idee. In Tilsit hatte der Kaiser der Franzosen sie schroff formuliert; im Februar 1808 hatte er sie wieder aufgenommen, indem er ihr eine unerwartete Entwicklung gab. Damals hatte sich Alexander mit hitzigem Enthusiasmus auf die Idee gestürzt, sein Volk nach Konstantinopel zu führen und ihm das höchste Ziel seiner Sehnsucht zu schenken. *Aber heute, nach den ersten Eindrücken von Erfurt, die einer ganzen Reihe enttäuschter Hoffnungen folgten, fragte er sich, ob nicht jeder Versuch, sich mit Napoleon zu verständigen, Russland in die Rolle des Übervorteilten versetzen und mit der bittersten und krassesten Enttäuschung enden werde.*»

Alexander hatte sich also damit abgefunden, die Vertagung der orientalischen Frage zu akzeptieren, aus dem gleichen Grunde wie Molotow

KRIEG IM OSTEN

ein Jahrhundert später sich einer Diskussion enthalten hatte. Der eine wie der andere fürchtete, dass bei einer solchen Debatte der ungestüme Partner, mit dem sie zu tun hatten, sich den Löwenanteil sichern werde.

Aber es gab einen noch entscheidenderen Grund, der Alexander und Napoleon in Erfurt vor einer Aussprache zurückschrecken liess, so wie er in Berlin Hitler und Molotow zum Schweigen brachte. Vor den einen wie den andern hatte sich das Problem in dem Augenblick, in dem es eine Entscheidung zu treffen galt, als unlösbar herausgestellt. In der Tat war zwischen den beiden grossen Reichen, die gleichermassen sich auszudehnen und sich neue Wege zu andern Meeren und andern Kontinenten zu bahnen begehrten, kein Kompromiss und keine Teilung der Einflusszonen im Gebiet der Meerengen möglich, die den russischen Kontinent und das Mittelmeer, Europa und Asien trennen und verbinden. Die entgegengesetzten Interessen kreuzen und verwickeln sich an diesem Punkt derart, dass Napoleon mit Recht sagen konnte: «Hier liegen die Schlüssel zur Weltherrschaft.» Wie hätte Russland einwilligen können, diese Schlüssel einer Macht in die Hand zu geben, die nach der Hegemonie strebte, sei es das Frankreich Napoleons oder das Deutschland Hitlers? Wie konnte es dulden, dass ihm der Weg zu den offenen Meeren für alle Zukunft versperrt werde? Wie hätte andererseits Napoleon diese Schlüssel Russland anvertrauen und dulden können, dass ihm eine neue Grossmacht im Mittelmeer entgegenräte, um das Imperium, das er auf den Trümmern des Römischen Weltreiches zu errichten bemüht war, zu gefährden? Die gleichen Gründe galten auch für Hitler, der sich die Wege nach dem afrikanischen Kontinent, zu den Ölquellen Kleinasiens und zu den Reichtümern Indiens sichern wollte, und der keinerlei Interesse daran hatte, den englischen Einfluss im östlichen Mittelmeer durch den russischen Einfluss zu ersetzen.

Solche Überlegungen haben in allen grossen Krisen zugunsten der Türkei gewirkt und ihre Souveränität in Konstantinopel und an den Meerengen gefestigt. Die Anwesenheit der Türkei an den Dardanellen verhinderte Kräfteverschiebungen, die die Welt umgestürzt hätten – sie war eine Garantie für Frieden und Gleichgewicht. Das schwankende Reich der letzten Sultane hatte diese Rolle dank der besondern Umstände

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

und einer historischen Notwendigkeit spielen können – die nationale Türkei unter Kemal Atatürk ist in der Lage, sie dank ihrer Stärke und ihrem Wert zu erfüllen. Sie hat an den Meerengen eine internationale Mission, die derjenigen ähnelt, die Rumänien an der Donaumündung zufällt. Die letzten Ereignisse haben von Neuem bewiesen, bis zu welchem Grade ein allgemeines Interesse besteht, dass diese beiden Staaten im Rahmen einer mächtig organisierten Balkanunion ihre Kräfte vereinigen, um ohne Schwäche die doppelte Aufgabe zu erfüllen, die ihnen zugefallen ist.

Um auf die Zusammenkunft von Berlin zurückzukommen, so ist es nicht ausgeschlossen, dass Molotows Haltung Hitler völlig irritiert hat. Und das nicht auf Grund einer ausschweifenden Tollkühnheit, sondern gerade durch seine kluge und berechnende Diskretion.

In dem Augenblick, in dem der Führer Molotow empfing, schickte er sich an, den Balkan zu besetzen. Eine Aussprache mit dem Chef der Sowjetregierung über dieses Thema war für ihn notwendig. Er war bereit, Herrn Molotow zu versichern – und er hat es zweifellos getan – dass Deutschland im Südosten keinerlei Eroberungsziele verfolge und dass die Truppen der Wehrmacht zurückgezogen werden würden, sobald sie ihre militärischen Ziele erreicht und jedem englischen Einfluss auf dem Kontinent ein Ende gemacht hätten. Aber Hitler fasste den Anschluss aller Länder des Südostens an die «Neuordnung» ins Auge, das heisst an eine kontinentale Organisation unter deutscher Hegemonie, und es war klar, dass die Türkei ein wichtiger Stein in diesem Bau sein sollte.

Um die Zustimmung der Sowjetunion zu einem Plan solchen Ausmasses zu gewinnen und um sich während dieser Operationen, die nicht risikolos waren, ihre wohlwollende Neutralität zu sichern, musste er eine Aussprache mit Molotow herbeiführen und ihm an den Meerengen ein vorteilhaftes Regime vorschlagen. Da aber auch das beste aller Regime Russland nicht für die Preisgabe seines Traums von Konstantinopel entschädigen konnte, musste er ihm Kompensationen bieten und Russlands Ambitionen nach Osten lenken, indem er seine Phantasie und seine Wünsche nach Persien und dem Persischen Golf lenkte. Molotows Schweigsamkeit hatte verhindert, dass die Berliner Gespräche eine solche

KRIEG IM OSTEN

Wendung nahmen. Diese halsstarrige Haltung des Russen, der sich auf die einfache Erklärung stützte, Russland habe an den Meerengen zu allen Zeiten sehr wichtige Interessen gehabt – Interessen, auf die es ganz offensichtlich nicht zu verzichten gedachte – hatte die Bedeutung einer Abweisung, die von vornherein – höflich, aber mit unbeugsamer Festigkeit – jedem Verhandlungsprojekt und jedem neuen Vorschlag, den das Reich zu diesem Thema machen konnte, entgegengesetzt wurde. Für die deutsche Politik kam eine solche Abweisung einer rundweg feindlichen Haltung gleich und besagte, dass die Sowjetunion entschlossen war, in Konstantinopel und an den Meerengen die Errichtung der «Neuordnung» nicht hinzunehmen.

Während Hitler Herr von Schulenburg zu der vollkommenen Haltung seines Gastes, von dem er mit Bedauern Abschied nahm, beglückwünschte, gab er sich doch zugleich darüber Rechenschaft, dass der deutsche Imperialismus von diesem Augenblick an nicht mehr mit dem russischen Imperialismus parallel lief und dass die Geschicke des Dritten Reiches und der Sowjetunion zwangsläufig aufeinanderprallen mussten.

IV.

Vielleicht hatte Molotow das gleiche Vorgefühl des Schicksalhaften, als er, noch bewegt von dem glänzenden Empfang in Berlin, die Heimfahrt antrat. Die positiven Ergebnisse dieser Unterredungen in der deutschen Hauptstadt wogen nicht schwer. Er hatte verstanden, dass die Deutschen keine unmittelbaren Angriffsabsichten hatten und dass die Sicherheit der Sowjetunion nicht unmittelbar bedroht war. Aber angesichts der geistigen Sprunghaftigkeit und der raschen Entschlüsse des Führers und seiner Mitarbeiter konnte vielleicht im nächsten Frühjahr geschehen, was in diesem Herbst noch unwahrscheinlich war. Die Sicherheit der Sowjetunion war um so schwankender, als die Sowjetregierung – darüber hatte sich Molotow bei seinem Berliner Aufenthalt vollkommen Rechenschaft gegeben – keinen Eindruck mehr auf die deutsche Politik zu machen vermochte. Der Charme der Sowjets, der

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

nach dem Moskauer Abkommen in Deutschland so *en vogue* gewesen war, wie der slawische Charme in Paris nach der russischen Allianz, wirkte nicht mehr. Deutschland hatte aufgehört, den Angriff aus dem Osten zu fürchten: seine Armeen, die sich von der englisch-französischen Front endgültig befreit glaubten, hatten auf dem Kontinent nur noch unbedeutende Gegner und konnten sich wann und wo immer einem russischen Angriff entgegenstellen. Die Entente mit Moskau hatte also nicht mehr den gleichen Sinn und die gleiche Bedeutung für die deutsche Politik; sie war weniger nützlich und dafür störender; die Vorteile, die sie bot, erschienen leichter – die Opfer, die sie auferlegte, wogen schwerer. Molotow hatte begriffen, dass man nicht mehr den gleichen Preis zahlen wollte, um die Freundschaft Moskaus zu erhalten wie seinerzeit, als es sie zu gewinnen galt. Man hatte ihm von Europa und von der Welt, vom Balkan und von den Meerengen gesprochen. Aber bei all diesem Meinungs austausch war er nur ein Gesprächs-, nicht mehr ein Verhandlungspartner. Das Reich gedachte sich für seine Beherrschung Europas anderer Mittel zu bedienen als derer, die Ribbentrop in Moskau geschmiedet hatte. Sprach man von Europa oder vom Balkan, so verstand Hitler: die Achse; sprach man von der Welt, so dachte der Reichskanzler an den Dreimächtepakt. Dieser Mangel an Interesse an der in Moskau begründeten Zusammenarbeit war so offensichtlich, dass Molotow, als die Unterredung an den empfindlichsten Punkt, die Meerengen und Konstantinopel, rührte, es für klug hielt, nicht zu insistieren. Der Präsident des Rates der Volkskommissare war also ohne ein festes Angebot, ohne eine präzise Versicherung, ohne irgendeine Verständigung, ja sogar ohne eine Mitteilung über das Schicksal der Länder Südosteuropas aus Berlin zurückgekehrt.

In einem einzigen Punkt hatte der Besuch in Berlin dazu gedient, Klarheit zu schaffen und die Bande zwischen der Sowjetunion und dem Reich enger zu knüpfen. Die beiden Regierungen waren übereingekommen, den Wirtschafts Verhandlungen, die sich seit einiger Zeit in Moskau hinschleppten, ihr volles Interesse zuzuwenden und den Abschluss eines Wirtschaftsabkommens grossen Stils zu erleichtern. Auf diese Weise wollte sich das Reich zu Beginn eines Winters, der schwierig

zu werden drohte, die Rohstoffe und Nahrungsmittel sichern, die für seine eigene Bevölkerung, für die besetzten Länder und für die deutsche Kriegswirtschaft unbedingt notwendig waren. Ohne Zweifel war Molotow der Ansicht, dass ein Entgegenkommen gegenüber den so wichtigen Bedürfnissen Deutschlands Russland die Möglichkeit gäbe, auf wirtschaftlichem Gebiet auf das Reich Einfluss zu nehmen, nachdem ihm dies auf politischem Gebiet nicht mehr möglich war. Deutschlands Ernährung und die Rohstoffversorgung für seine Industrie sichern – war das nicht ein Mittel, das für Ruhe und Frieden mehr wert war als alle politischen Garantien? Dem Reich die Versorgung des von den deutschen Armeen eroberten und besetzten Kontinents zu erleichtern – hiess das nicht, sich einen indirekten, aber entscheidenden Einfluss auf die europäischen Angelegenheiten sichern?

Die Zustimmung, die Molotow der Ausdehnung und Beschleunigung der Wirtschaftsverhandlungen gegeben hatte, sollte ihre Früchte tragen: während des ganzen Monats Dezember stellten die deutschen Delegierten unter der Leitung des Herrn Schnurre die Listen der für den Widerstand des Reichs benötigten Nahrungsmittel und Rohstoffe auf, und sie fanden bei ihren russischen Partnern viel guten Willen und vollkommenstes Verständnis. Das Abkommen schien so dicht vor dem Abschluss, dass Herr Schnurre in der zweiten Dezemberhälfte, entzückt von der Pünktlichkeit und Schnelligkeit der Büros des Kommissariats für den Aussenhandel, ankündigte, er werde an den Weihnachtsbaum des Führers das schönste Geschenk hängen, das der deutsche Staatschef erhoffen konnte: ein Wirtschaftsabkommen mit Russland, welches ihm gestatten werde, der angelsächsischen Blockade unbegrenzt zu widerstehen. Herr Schnurre hatte den Ereignissen um einige Tage vorgegriffen. Das Wirtschaftsabkommen wurde durch Diskussionen über die Grenzen Sowjet-Litauens und des alten Polen und über die Entschädigungen an die im Baltikum enteigneten Deutschen verzögert, so dass es erst am 10. Januar 1941 abgeschlossen wurde. Die Unterzeichnung rief in den deutschen Kreisen Moskaus tiefe Befriedigung hervor. Sie sprachen dem Vertrag nicht nur eine grosse wirtschaftliche Bedeutung zu, sondern auch einen realen politischen Wert in dem Sinne, dass er

berufen sei, die enge Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Reich zu verstärken. Vor allem aber feierten die russischen Amtsstellen und die russische Presse, die bis dahin über den Besuch Molotows in Berlin vollständiges Stillschweigen bewahrt hatten, mit lebhaftester und demonstrativster Freude den Abschluss des Wirtschaftsabkommens. Nach der *Iswestija* war dieses Abkommen «bestimmt, die wirtschaftlichen Beziehungen und die Freundschaftsbande zwischen Deutschland und der Sowjetunion enger zu gestalten, und es ist darüber hinaus nur eine Etappe auf dem Wege der Verwirklichung des Programms der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.» Nachdem dann die *Iswestija* einige unfreundliche Worte an die englischen und amerikanischen Zeitungen gerichtet hatte, die die Bedeutung des neuen Abkommens nicht erkennen wollten, und nachdem sie «die fundamentalen Prinzipien der sowjetrussischen Politik» in Erinnerung gerufen hatte, «den Frieden und die Wirtschaftsbeziehungen mit der ganzen Welt und besonders mit den Nachbarvölkern zu stärken», sprach sie endlich vom Erfolg der Reise Molotows nach Berlin, die dazu beigetragen habe, «die Atmosphäre gegenseitiger Verständigung und gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und der Sowjetunion» noch zu verbessern.

Der Enthusiasmus der beiden Delegationen nahm freien Lauf auf einem Riesenbankett, das von Herrn Mikojan, dem geschickten und intelligenten Volkskommissar für den Aussenhandel, präsiert wurde, und an dem, um seine politische Wirkung und seine politische Bedeutung noch zu erhöhen, der Chef der Sowjetregierung und der deutsche Botschafter teilnahmen. Dies sollte der letzte Tag ungetrübter Freude für die Baumeister und treuen Anhänger des Moskauer Abkommens sein. Denn die Umstände liefen bereits dem Geist und dem Inhalt dieses Paktes so zuwider, dass der Gegenstand ihrer Freude, dieses so vollkommene Wirtschaftsabkommen, gerade durch seine Vollkommenheit als ein zu enges Band erscheinen musste. Es schuf eine zu gefährliche Abhängigkeit und wirkte nicht im Sinne der erhofften Annäherung, sondern in dem eines nahen und unvermeidlichen Bruches.

Von dieser Vereinbarung auf wirtschaftlichem Gebiet abgesehen,

hatte der Besuch Molotows in Berlin keinerlei Erfolg eingebracht. Gleich nach der Rückkehr des Regierungschefs bewiesen die Ereignisse, die in beschleunigtem Rhythmus einander folgten, dass die Berliner Zusammenkunft ausser einer sehr vergänglichen Sicherheit und einer provisorischen Abklärung der Situation nichts gebracht hatte: keine Verständigung über die Donau, über den Balkan oder über die Meerengen; keine Lösung des russisch-japanischen Gegensatzes im Fernen Osten; keine feste und dauerhafte Grundlage für die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen.

Wie sollte man nicht über die Analogie zwischen diesen Resultaten und denen der Zusammenkunft von Erfurt verblüfft sein, die Vandal folgendermassen darstellt: «Die Zusammenkunft von Erfurt hatte die Verbundenheit zwischen Russland und Frankreich für den Augenblick gefestigt; sie hatte aus ihren Beziehungen alle Gründe unmittelbarer Missverständnisse ausgeschaltet; sie garantierte Frankreich, dass Russland sich nicht mit seinen Feinden verständigen werde, um es rücklings anzugreifen, während die Grosse Armee sich auf den Weg nach Madrid begab . . . Aber sie hatte nichts dazu beigetragen, den Beziehungen zwischen Frankreich und Russland eine feste und dauerhafte Basis zu geben; sie hatte weder eine Rückkehr des Vertrauens noch eine ernsthafte Erneuerung der gegenseitigen Gefühle herbeigeführt. Sie hatte über dem Kontinent all die Kriegsgefahren belassen, die die letzten Ereignisse dort angehäuften hatten.»

Wenn man nur einige Eigennamen wechselt, so lässt dieser Text das verhängnisvolle Ende voraussehen, dem die deutsch-russische Entente entgegengliedert.

Hatte die Moskauer Regierung ein Vorgefühl dieses Endes, als sie das Balsoi-Theater ermächtigte, die Rückkehr Molotows aus Berlin durch eine Aufführung eines Werkes aus Wagners Tetralogie, der «Walküre», zu feiern?

Das ganze diplomatische Korps, soweit es achsenfreundlich gestimmt war, wohnte in der grossen Kaiserloge dieser Galavorstellung am Abend des 21. November bei. Der deutschen Kolonie waren die Logen im ersten Rang reserviert worden.

MOLOTOWS BESUCH IN BERLIN

Alle Ehren wurden Graf Schulenburg erwiesen, der sich bemühte, keinen Ton der Akkorde zu verlieren, die zum Ruhm seines Versöhnungswerkes erklangen.

Aber trotz dem guten Willen und den gewaltigen Anstrengungen der Regisseure verblüffte und enttäuschte die Aufführung. Die schöpferische und dynamische Phantasie dieser Regisseure hatte den erhabenen Gestalten der germanischen Sage den Rhythmus eines Kosakenballetts verliehen: der greise Wotan und die blonde Sieglinde, ein wohlbeleibter Siegmund und die unerbittliche Brunhilde vollbrachten anstrengende körperliche Leistungen, indem sie unermüdlich schräg übereinanderliegende Flächen, schroffe Felsen und steile Berge erklommen, während alle Götter von Walhall auf geflügelten Rossen von bemaltem Karton die Lüfte durchzogen und auf der Erde die schwer gerüsteten Walküren sich mit der graziösen katzenartigen Geschmeidigkeit der Töchter Aserbeidschans bewegten.

Geschmeichelt und bestürzt zugleich folgten die deutschen Zuschauer, nicht ohne Bangigkeit, diesem so bezeichnenden Schauspiel gegenseitigen Nichtverstehens, das bereits die Götterdämmerung ankündigte.

Sechstes Kapitel

DEUTSCHLANDS VORDRINGEN AUF DEM BALKAN DER KRIEG DER COMMUNIQUÉS

1. *Hitlers Macht auf dem Höhepunkt. – Die Balkanstaaten und die «Neuordnung».*
2. *Die Feierlichkeiten im Schloss von Belvédère: der Beitritt Ungarns, Rumäniens und der Slowakei zum Dreimächtepakt (20., 23. und 25. November 1940). – Die Communiqués der Agentur Tass. – Das Problem Bulgariens; Moskau warnt die Regierung von Sofia (12. Januar 1941). – Austausch friedlicher Erklärungen zwischen Bulgarien und der Türkei (17. Februar 1941). – Deutsch-türkische Annäherung und russische Befürchtungen. – Sir Stafford Cripps glaubt an einen nahe bevorstehenden Krieg zwischen dem Reich und der Sowjetunion. – Bulgarien tritt dem Dreimächtepakt bei, die Wehrmacht rückt in Bulgarien ein (2. März 1941); grosse Unzufriedenheit in Moskau (Communiqué vom 4. März).*
3. *Die Sowjetunion ermutigt die Türkei und Jugoslawien in ihrem Widerstand. – Austausch freundschaftlicher Erklärungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei (24. März 1941). – Die Sowjetunion und Jugoslawien; die Politik des Prinzen Paul und der Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt (März 1941). – Der Regimewechsel in Belgrad. – Der Freundschafts- und Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien (6. April) und sein Widerhall in Russland.*

I.

Im Herbst 1940 war Hitler auf dem Gipfel der Macht angelangt. Er war Herr des Kontinents. In Dünkirchen war England aus Europa vertrieben worden. Sein Versuchern Griechenland Fuss zu fassen, sollte nur seinen Misserfolg in Flandern erneuern. Frankreich war besiegt, entwaffnet und in tiefer Not unterworfen: seine Regierung erwartete ein Zeichen des Siegers, um ihm Vertrauen zu schenken und sich seinen Gesetzen zu fügen. Polen war zerstört. Belgien, Holland und Norwegen unterlagen dem Willen der Besatzungsmacht. Die Donau- und Balkanstaaten warteten zitternd, was der Herr über ihr Schicksal entscheiden werde.

DEUTSCHLANDS VORDRINGEN AUF DEM BALKAN

Das Übergewicht des Führers über seine Verbündeten war nicht geringer als seine Macht gegenüber den Besiegten und den Neutralen. Er hatte den Dreimächtepakt so geschickt über das Moskauer Abkommen gespannt, dass der russische Partner in den Netzen gefangen schien, die er selbst in Osteuropa mit ausgelegt hatte. Was Italien betraf, so war das Gleichgewicht, das es innerhalb der Achse aufrechtzuerhalten gehofft hatte, nur noch ein Trugbild. In Lybien zurückgeschlagen, aus Abessinien verjagt, in Tarent zu Boden geworfen, hatte es versucht, sein Missgeschick zu überwinden und in Griechenland dem Vormarsch seines lästigen Alliierten zuvorzukommen – mit dem einzigen Ergebnis der schmerzlichsten Niederlage im Pindusgebirge. Die Kette seiner Rückschläge erschien wie eine Begleitung in Moll zu der ununterbrochenen Reihe von Siegen, die sein Achsenpartner davonstrug. Im Rahmen einer Hierarchie, deren Spitze Italien nicht halten konnte, durfte es nur noch einen untergeordneten Platz in der Nähe des Deutschen Reichs erhoffen, das bereits als Herr dachte und sprach.

Berchtesgaden und Berlin schienen die beiden wichtigsten Punkte des neuen Europa zu werden. An dem einen Ort sammelte sich Hitler, um dann an dem andern seine weitreichenden Projekte zur Ausführung zu bringen. Und dort, bald in der Stille der Berge, bald in seiner Hauptstadt, machten ihm die Grossen dieser Welt ihre Aufwartung und bekundeten ihm ihre Ergebenheit. Kaum hatte Molotow Berlin verlassen, als der König von Bulgarien sich in Berchtesgaden anmeldete. Am 17. und 18. November folgten ihm Graf Ciano, der schlecht beratene Urheber des griechischen Feldzuges, und Serrano Suner, der treueste Parteigänger der Achse unter den spanischen Politikern. Es war klar, dass der deutsche Kanzler den Aufschub nutzte, den ihm die vorläufige Unterbrechung der militärischen Operationen liess, um die Schläge vorzubereiten, die er im nächsten Frühjahr dem britischen Gegner zufügen wollte.

Die Regisseure der totalitären Diplomatie verstanden es, den Empfängern des Führers einen ungewöhnlichen Glanz zu geben. Und die unsiegligen Truppen der Wehrmacht, von den harten, aber kurzen Kämpfen an der Westfront kaum berührt, waren bereit, auf das erste Zeichen des Führers seine neuen Entschlüsse in die Tat umzusetzen.

Mit Weitblick und Berechnung war Hitler entschlossen, die Politik spielen zu lassen, ehe er die Armee einsetzte. Er suchte seine Stellungen zu festigen und sie nach Südosten vorzuschieben, ohne auf Widerstand und Kampf zu stossen. Der Ruf seiner Stärke, die geschickte Ausnutzung der Rivalitäten, Schwächen und Reibereien der Balkanvölker mussten ihm einen leichten und raschen Erfolg sichern. Der Winter war die Jahreszeit, die für diplomatische Eroberungen günstig war: während seine Soldaten auf ihre Stunde warteten, würden die Diplomaten Abkommen unterzeichnen. Er würde die Völker in den Netzen seines Bündnissystems fangen und ihre Länder besetzen, um ihnen seine Grossmut und seine Freundschaft zu bekunden.

Der Balkan schien reif, ohne Flintenschuss in den deutschen Lebensraum hineinzugleiten. Die Balkanentente, die seit langem durch die übersteigerte Vorsicht und die zweideutige Politik der jugoslawischen Staatslenker untergraben war, hatte den Zusammenbruch der französisch-englischen Front nicht überlebt. Unter dem Druck des russischen Ultimatums und des Verlustes von Bessarabien hatte sich Rumänien von ihr losgelöst. Verängstigt durch das Verschwinden seiner westeuropäischen Freunde und durch die drohende russische Invasion leistete dieses Land, das reichste und für die deutsche Wirtschaft wertvollste, dem deutschen Eindringen keinen Widerstand mehr. Um das Jugoslawien des Prinzen Paul zu nehmen, brauchte das Reich nur die Hand auszustrecken; es tat dies übrigens erst an letzter Stelle, nachdem es einen Umweg über Bulgarien gemacht hatte, das immer bereit war, seine Nachbarn auf dem Balkan zu schwächen. Auch Griechenlands Stunde würde schlagen; es hätte sich zu unterwerfen oder zu verschwinden. Dann käme die Reihe an die Türkei. Auch auf sie übte die russische Gefahr einen Einfluss aus, den die deutsche Diplomatie auszubeuten wissen würde. Seine Unterstützung versprechend, Zusicherungen austeilend, Zweifel und Befürchtungen zerstreugend, würde Deutschland so bis Saloniki und bis zu den Meerengen vorrücken. Es würde das Schicksal der Balkanländer lenken und sich einen Ausgangspunkt für noch weiträumigere Unternehmungen sichern.

Das diplomatische Instrument, das diesen Zwecken dienen sollte, war

der Dreimächtepakt. Ebenso gut hätten es die Abkommen, welche die «Achse» begründet hatten, oder die Grundgesetze des Dritten Reichs sein können. Es bedurfte nur eines Stückes Papier, das den Namenszug Hitler trug, unter dem sich die Unterschriften der beitretenden Staaten anreihen würden. Beitretend wozu? Der Inhalt des juristischen Instrumentes war ohne Bedeutung. Es zählte einzig das Band des Gehorsams, das es zwischen dem Willen des Herrn und den «unterworfenen» und «verbündeten» Ländern schaffen sollte. Um diese Abhängigkeit zu verschleiern und einen Hoffnungsstrahl aufschimmern zu lassen, hatte die deutsche Propaganda ein verführerisches Schlagwort erfunden: die «Neuordnung». An dieser neuen Organisation der Welt teilzunehmen, wurden die Bewunderer und Anhänger der deutschen Macht eingeladen. Was diese «Neuordnung» sein sollte, wusste niemand recht. Hitler selbst behielt sich jede Erklärung zu diesem Thema für den Tag des Sieges vor, an dem er imstande sein werde, der Welt ein Schicksal zu sichern, welches er sie im Augenblick erhoffen und erwarten, aber nicht kennen liess.

So gross auch die Verwirrung sein mochte, welche die Ereignisse und die verlockende Propaganda in den Köpfen anrichteten, so konnte man doch schwerlich verkennen, dass eine «Neuordnung», welche die Worte des Führers gewährleisteten, nichts anderes sein konnte als die feierliche Bestätigung der deutschen Vorherrschaft. Die innere Organisation jedes Landes ebenso wie die wirtschaftliche und politische Organisation des ganzen neuen internationalen Systems würden sich auf die eine oder die andere Art (nur die Form und der Grad dieser Unterordnung blieben unbekannt) den Interessen, Bedürfnissen, Methoden und dem Willen einer Macht zu unterwerfen haben, die durch ihren Kampf und ihre unzähligen Opfer auf schlagende Art ihre feste Entschlossenheit bekundete, sich nicht den Gesetzen des Gleichgewichts und der Freiheit zu fügen.

Wenn der Appell des Führers an die europäischen Staaten, sich den nebelhaften Plänen, die seine nur allzu eindeutigen Absichten verbargen, anzuschliessen, trotzdem eine gewisse Anziehungskraft ausübte, so deshalb, weil die jüngsten Erfahrungen zu beweisen schienen, dass es immer

noch besser wäre, ein provisorischer Bundesgenosse der «Neuordnung» zu sein, als das Risiko einzugehen, ein Opfer des Übermächtigen zu werden. Die Verfeindung und die Eifersucht, welche die Länder Südosteuropas voneinander trennten, der Wunsch der einen, aus dem Unglück der andern Vorteile zu ziehen, um sich auf Kosten des Nachbarn – und sei es um den Preis der eigenen Unabhängigkeit – ein möglichst grosses Stück Land zu erraffen, die Furcht schliesslich, einen glücklicheren Konkurrenten zum Liebling der Eroberungsmacht werden zu sehen, liessen alle wetteifern, die Gunst Hitlers zu gewinnen. Griechenland allein schien frei von diesem Unterwerfungsfieber; der heroische und siegreiche Kampf, den es gegen Italien bestand, musste es auf dem Wege des Widerstandes und des Opfers ausharren lassen. Was die Türkei betraf, so musste sie sich, nachdem ihre Hoffnungen auf Festigung der Balkansolidarität gescheitert waren, damit abfinden, für Monate und Jahre ein Spiel des schwierigen und gefährlichen Ausbalancierens durchzuführen.

Wären die Balkanstaaten einig gewesen und hätten sie ihre Einheit in dem Zeitpunkt, in dem die um sie anwachsenden Gefahren sie am meisten bedrohten, aufrechterhalten können, so hätte es gewiss anderer Mittel als der der Propaganda und Diplomatie bedurft, um sie zur Unterwerfung zu bringen. Seit Beginn der internationalen Krise hatten die Leiter der Balkanentente versucht, der Gefahr der Zerstückelung ihrer Widerstandskraft zu begegnen. In den zahlreichen Zusammenkünften, die sie während des Jahres 1939 hatten, und besonders auf der Konferenz von Belgrad im Februar 1940 hatten sie sich bemüht, engere Bande zu knüpfen und eine solidarische Haltung und Aktion festzulegen. Sie hatten von Neuem die Möglichkeit geprüft, durch politische und territoriale Opfer Bulgariens für die gemeinsame Sache zu gewinnen. Sie hatten sogar eine enge Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben der verbündeten Länder beschlossen, um gemeinsam gegen die Gefahr einer Invasion Front zu machen.

Aber all das waren nur Aushilfsmittel, die dem europäischen Sturm nicht standhalten konnten. Die grossen Strömungen und gewaltigen Kräfte, die der Krieg entfesselt hatte, stellten die mittleren und kleinen

DEUTSCHLANDS VORDRINGEN AUF DEM BALKAN

Staaten, die in regionalen Gruppen und Allianzen zusammengefasst waren, vor Fragen, die sie nicht mit ihren gewöhnlichen Mitteln oder durch die blosser Verstärkung ihrer Zusammenarbeit lösen konnten. Einzig ein tiefgehender Strukturwandel ihrer Entente selbst, das heisst, die Umwandlung ihrer Allianz in einen Block, in eine höhere Einheit, in einen Staatenbund hätte den Balkanstaaten erlaubt, ihre nationale Eigenart zu wahren und inmitten der gigantischen Kräfte, die aufeinander stiessen, einen unabhängigen Faktor des Widerstandes und des Gleichgewichtes darzustellen. Dies galt um so mehr, als nicht nur Hitlerdeutschland, sondern auch die Sowjetunion, welche die bis dahin von Litwinow vertretenen Grundsätze aufgab, eine neue Lehre predigte, nach der ein Staat, der nicht über ausreichende Mittel zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit und seiner Neutralität verfügte, zu verschwinden habe; durch sein Dasein störe und verfälsche er das Spiel der Grossmächte, verwirre die Gegebenheiten ihrer Politik und diene den geschicktesten und kühnsten dieser Mächte dazu, ihre Stellungen in aller Stille zum Schaden der andern zu verstärken. Hatte nicht die Sowjetunion diese Doktrin bereits in die Praxis umgesetzt, als sie, um die internationale Lage zu klären und zu vereinfachen, eingewilligt hatte, die Pufferstaaten von der Ostsee bis zur rumänischen Grenze mit Deutschland zu teilen? War sie nicht ähnlichen Motiven gefolgt, als sie Bessarabien wegnahm und dann mit Überraschung und Gewalt «defensive Stellungen» auf dem rumänischen Ufer der Donau besetzte? Trug sie nicht damit dazu bei, im Donaubecken und auf dem Balkan einen Zustand der Unsicherheit und der Verwirrung zu schaffen, von dem allein Deutschland Nutzen ziehen sollte?

Überrascht durch die stürmische Folge der Ereignisse und noch mehr durch die unvorhergesehene Schwenkung der sowjetrussischen Politik, die so brüsk vom Lager der kollektiven Solidarität in das der drohenden und handelnden Gewalt übergegangen war, waren die Balkanstaaten, die von allen Seiten bedrängt und bedroht wurden, nicht in der Lage, der vordringenden Aktion der beiden benachbarten Reiche eine solidarische Haltung und einen einheitlichen, auf organisierter Kraft beruhenden Widerstand entgegenzusetzen. Die Befürchtungen und die

KRIEG IM OSTEN

Gefahren stellten, je deutlicher sie sich abzeichneten, jedes Land vor eine besondere Aufgabe und zwangen es, ganz allein seinen Rettungsweg zu suchen. Rumänien fürchtete vor allem die Sowjetunion, von der Jugoslawien nichts zu fürchten hatte. Jugoslawien wiederum fühlte sich durch die doppelte Bedrohung von Seiten Deutschlands und Italiens gelähmt und wagte nichts zu unternehmen. Die Türkei und Griechenland waren im Rücken durch das Meer gedeckt; ihr Widerstandswille war daher grösser, aber ihr Sicherheitsgefühl liess sich nur schwer mit dem Interesse gleichstellen, den Dnjestr und die jugoslawischen Berge zu halten. Das juristische Band, das die vier Staaten vereinte, war zu schwach, um diesem Sturm zu widerstehen. Es musste zerbrechen, aber es hinterliess bei allen Menschen, die klar sehen und sich der Schwere der Krise, welche der Nahe Osten durchmacht, bewusst sind, die Überzeugung, dass nur eine einheitliche Organisation des Balkans den Balkanstaaten in der Zukunft neue Prüfungen wie die, welchen sie jetzt erlagen, ersparen könnte¹).

Da eine solche rechtzeitig vorbereitete Organisation fehlte, wurden die Länder Südosteuropas unter dem doppelten Druck Deutschlands und Russlands und unter der Drohung, aufgeteilt und vernichtet zu werden, eine leichte Beute der deutschen Diplomatie. Da sie nicht wagten, sich der nachdrücklichen Einladung des Führers zu entziehen, so mussten die Politiker der Donau- und Balkanstaaten einer nach dem andern die Stufen des Schlosses Belvédère in Wien emporsteigen. Dort erwartete sie, an der Brüstung einer blumengeschmückten Treppe, Herr von Ribbentrop in seiner schönsten Uniform, mit ausgebreiteten Armen und lächelndem Gesicht, umgeben von seinem Hof und seinen Gefolgsleuten: Graf Ciano mit mokanter Miene, ein japanischer Diplomat, Botschafter und Marschälle, Türsteher in Galauniform und Lakaien des alten Regimes. Sie brauchten nur eine Unterschrift zu geben, ohne ihre Feder in Blut zu tauchen, und dafür erhielten sie ein Stückchen Ewigkeit im Zukunftskönigreich der «Neuordnung».

Die Sowjets, die so viel dazu beigetragen hatten, die alte Ordnung

¹Über die Ursachen des Zusammenbruchs der Balkanentente vgl. Kapitel X.

DEUTSCHLANDS VORDRINGEN AUF DEM BALKAN

umzustürzen, weil sie hofften, bei der grossen Umwälzung auf dem Balkan eine führende Rolle spielen zu können, waren dazu verurteilt, den Wiener Zeremonien als enttäuschte und mehr und mehr gereizte Zuschauer von ferne zu folgen.

II.

Die Ersten, die ihre Unterwerfung vollzogen, waren die Ungarn. Sie wurden im Schosse des Dreimächtepaktes mit all den Aufmerksamkeiten empfangen, die man dem Anschluss-Staat Nr. i schuldete. Dies spielte sich am 20. November 1940 ab, das heisst genau fünf Tage nach der Rückkehr Molotows aus Berlin.

Was würde die Sowjetregierung sagen? War sie über die deutsche Absicht, den Dreimächtepakt nach dem Süden auszudehnen, vorher in Kenntnis gesetzt worden und hatte sie ihre Zustimmung gegeben? Konnte sie sich übrigens der Aufsaugung eines Landes widersetzen, das zu allen Zeiten der Politik Berlins und Roms Gefolgschaft geleistet hatte?

Die russische Presse meldete zunächst den Beitritt Ungarns ohne Kommentar. Sie hob allerdings die ihr bezeichnend erscheinende Tatsache hervor, dass der japanische Botschafter in Berlin der Zeremonie im . Belvédère beigewohnt hatte. Der Beitritt Ungarns gab dem Dreimächtepakt eine immer verblüffendere Ähnlichkeit mit dem Antikominternpakt.

Zwei Tage später bekundeten die Sowjets ihre schlechte Laune auf dem gewohnten Wege eines Tass-Communiqués, das diesmal eine Meldung des *Hamburger Fremdenblatt* dementierte, nach welcher der Beitritt Ungarns zum Dreimächtepakt sich unter Mitwirkung und Billigung der Sowjetunion vollzogen habe. Diese Nachricht, so erklärte die offiziöse Moskauer Agentur, «entspricht in keinem Punkt der Wahrheit».

Wenn man dieses Communiqué mit demjenigen in Verbindung bringt, das am 15. November, dem Tage der Rückkehr Molotows aus Berlin,

erschien und durch das die Sowjetregierung in ebenso kategorischer Form ihre Absicht leugnete, an der Teilung im Fernen Osten mitzuwirken und China seine Hilfe zu entziehen, so wird man zu dem Schluss gedrängt, dass Molotow von seinen deutschen Gesprächspartnern nicht von den Vorteilen des Dreimächtepaktes überzeugt worden war. Er schien vielmehr entschlossen, gegen jede Ausdehnung dieses Paktes, sei es im Donaubecken, sei es im Fernen Osten, Stellung zu nehmen. Das Dementi anlässlich des Beitritts Ungarns schien ganz speziell gegen die Tatsache gerichtet, dass Japan an politischen Vorgängen teilnahm, die nicht Asien, sondern Europa und ganz besonders Osteuropa betrafen. Diese Tatsache bedeutete, dass der aussereuropäische Dreimächtepakt das Moskauer Abkommen verdrängt hatte, obschon dieses allein, in den Gedanken der Sowjets, dazu befugt war, die Probleme der Donau und des Balkans zu behandeln und zu lösen.

Moskau gab die Schuld an dieser Entwicklung nicht allein Deutschland, das seine alten Verpflichtungen zur Zusammenarbeit vergass, sondern richtete durch Communiqués der Agentur Tass seine Warnungen auch an die Länder des Südostens, denen es zu verstehen gab, dass ihre Teilnahme am Dreimächtepakt den Ansichten und Interessen der Sowjetregierung entgegengesetzt wäre. Diese Warnungen konnten auf Länder wie Ungarn und Rumänien keinen Einfluss mehr ausüben, die ihre Tore dem deutschen Einfluss bereits geöffnet hatten, da sie sich durch die Politik Moskaus bedroht glaubten. Indessen konnten sie in Bulgarien und Jugoslawien einen gewissen Widerhall hervorrufen. Dort neigten die leitenden Männer zur Achse, aber sie hatten ihre Entscheidungen noch nicht getroffen.

In der Art, in der Russlands Opposition gegen die deutsche Politik sich offenbaren konnte, mussten die Widerrufe der Agentur Tass die äusserste Schwäche dieser Stellungnahme enthüllen. In der Tat schien es, als gäbe Sowjetrussland durch die Art seiner Einsprüche gleichzeitig seine Unzufriedenheit und seine Machtlosigkeit kund und offenbarte, dass es weder die Möglichkeit noch den Wunsch hatte, aus seiner Missstimmung die praktischen Folgerungen zu ziehen. Diese rein verneinende Haltung musste dem Ansehen der Sowjets auf dem Balkan schaden und

war nicht geeignet, Deutschland auf dem einmal eingeschlagenen Wege zurückweichen zu lassen.

Am 23. November trat auch Rumänien dem italienisch-deutsch-japanischen Pakt bei. Man ersparte ihm die Zeremonie von Belvédère. Dieser Ort war für Rumänien noch allzu sehr durch die Erinnerung an den schmerzlichen Wiener Schiedsspruch belastet. Die rumänischen Delegierten unterzeichneten in Berlin.

Dann kam die Reihe an die Slowakei. Dieser kleine Donaustaats entledigte sich gewissenhaft der ihm zufallenden Aufgabe, die Zahl der Alliierten Deutschlands zu vermehren. Die Blumen, die die Treppe des Belvédère schmückten, waren erneuert worden, und Herr von Ribbentrop führte wiederum in Galauniform den Vorsitz.

Würde Bulgarien dieser Bewegung folgen? Zuerst glaubte man es, und Moskau war darüber sehr erregt. Später erfuhr man, dass es dem König von Bulgarien gelungen war, sich dem Druck Hitlers zu entziehen, indem er an die traditionelle Freundschaft seines Landes für Russland erinnerte. «Versuchen Sie, die Mitwirkung Russlands zu erlangen, dann werden wir sogleich folgen», sollte König Boris gesagt haben. So war es ihm gelungen, einige Monate zu gewinnen. Ein Sondergesandter der Sowjetregierung, Herr Sobolef, Generalsekretär im Kommissariat des Auswärtigen, der zur Donaukonferenz in Bukarest reiste, machte in Sofia Halt und bemühte sich, den König und die Regierung in ihrem Widerstand zu bestärken.

Moskau benutzte den Aufschub, der ihm so gegeben war, um seine Haltung gegenüber den beiden kriegführenden Parteien klarzustellen. Zum ersten Mal seit langer Zeit entnahm die Sowjetpresse ihre Argumente dem alten revolutionären Wörterbuch. Am 31. Dezember 1940 schrieb die *Pravda* in ihrer Jahresbilanz: «Die von der Sowjetunion in diesem Jahre verwirklichten Erfolge sind besonders eindrucksvoll, da sie sich von dem dunklen Hintergrund des zweiten imperialistischen Krieges abheben, dessen Flammenbrände sich mehr und mehr über die Welt ausbreiten. Der Krieg hat der Wirtschaft und der Kultur in der ganzen Welt seinen Stempel aufgedrückt, und er verschärft die innern Gegensätze der kapitalistischen Ordnung. Drohender als je hängt das

Damoklesschwert der Geschichte über der Klasse der Ausbeuter. Die Ergebnisse des vergangenen Jahres sind für diese Klasse trübe. Unser Land verfolgt beharrlich seine Politik des Friedens und der Neutralität; es nutzt alle Vorteile dieses Friedens aus und verwirklicht erfolgreich seine grossen Pläne des Aufbaus und der Wirtschaftsorganisation . . .»

Diese für den Gebrauch nach innen und aussen gewählte pazifistische Demagogie verfolgte unter anderm das Ziel, alle friedlichen Völker um die Sowjetunion zu scharen und sie zu hindern, Bundesgenossen der kriegführenden Mächte zum Schaden der Interessen Moskaus zu werden. Zu diesem Zweck musste man die Erinnerung an die Massnahmen auslöschen, die Sowjetrußland auf Grund seines Abkommens mit Deutschland getroffen hatte. Dieses Abkommen war ein schlechtes Beispiel für die Neutralen und konnte sie dazu anregen, wenn ihr Interesse es erforderte, zu Abmachungen mit den Kriegführenden zu schreiten.

Da die Sowjetregierung sich nicht auf die Wirkung ihrer Ratschläge allein verlassen konnte, überwachte sie Bulgarien möglichst genau. Die Haltung dieses Landes, in dem Russland zahlreiche Freunde und Moskau zahlreiche Parteigänger besass, war von grösster Bedeutung für die russische Politik.

So lange die Deutschen an der Donau Halt machten, war das Gleichgewicht auf dem Balkan noch nicht angetastet, und die Stellungen, die die Sowjetunion ganz besonders interessierten, waren noch nicht unmittelbar bedroht. Wenn aber die Südslawen, dem Beispiel der Donaustaaten folgend, sich politisch an die Seite der Achse stellten und den deutschen Armeen den Weg nach Griechenland und zu den Meerengen freigaben, dann hatte das Reich auf der ganzen Halbinsel gewonnenes Spiel. Darum wiederholte Moskau von Zeit zu Zeit seine Warnungen an Bulgarien. Am 12. Januar 1941 verkündete ein neues Tass-Communiqué: «Die ausländische Presse verbreitet, gestützt auf Aussagen gewisser bulgarischer Kreise, das Gerücht, dass Einheiten deutscher Truppen in Bulgarien einmarschiert seien, dass der Transport dieser Truppen weitergehe und sich mit Wissen der Regierung der Sowjetunion verstärke, und dass die Sowjetunion auf Anfrage der bulgarischen Regierung ihre Zu-

stimmung zu diesem Eindringen deutscher Truppen in Bulgarien gegeben habe. Die Agentur Tass ist ermächtigt zu erklären: 1. Wenn es wahr ist, dass deutsche Truppen in Bulgarien eingedrungen sind und ihre Beförderung andauert, so ist dies geschehen und geschieht ohne Kenntnis und ohne Zustimmung der Sowjetunion, denn von deutscher Seite wurde der Sowjetunion eine solche Frage niemals gestellt. 2. Die bulgarische Regierung im Besondern hat niemals an die Sowjetunion eine Anfrage gerichtet, die sich auf die Zulassung oder den Transport deutscher Truppen in Bulgarien bezog; sie hat infolgedessen keine Antwort zu diesem Thema erhalten können.»

Der Ton dieses Communiqués war schärfer als der bis dahin von der Agentur Tass gebrauchte. Unter den zurückhaltenden, aber energischen Worten dieses Dementis in zwei Punkten, von denen der eine ein bitterer Vorwurf an die deutsche Regierung, der andere eine Warnung an die bulgarische zu sein schien, grollte der Zorn. Aber wenn der Ton des Protestes sich verschärft hatte, so blieb seine Art die gleiche: keinerlei Sanktion war mit all den Verstößen verknüpft, welche die Sowjetregierung mit unermüdlicher Geduld und erstaunlicher Milde feststellte. Man könnte von einem Fechter sprechen, der jedesmal, wenn er berührt wird, dies gewissenhaft anmeldet, sich aber seines Degens nicht zu bedienen gedenkt, weder um die Schläge abzuwehren, noch um sie zu erwidern. Das war eine läutende Zielscheibe und nicht ein Gegner, der einschüchtern und Furcht erregen konnte.

Eine der Besonderheiten dieses seltsamen Krieges der Communiqués war, dass die Unzufriedenheit Moskaus sich mehr auf das Verfahren und besonders auf gewisse Rücksichtslosigkeiten zu beziehen schien als auf die Tatsachen selbst. Die Sowjetregierung beklagte sich, dass sie nicht zurzeit verständigt und um Rat gefragt worden sei und daher nicht in der Lage gewesen wäre, zu den deutschen Aktionen ihre Zustimmung zu geben oder zu verweigern. Aber sie nahm nicht entschlossen Stellung gegen diese Massnahmen. Es schien, als hätte eine Erklärung seitens der Reichsregierung genügt, um die Sowjets mit den schon vollendeten Tatsachen auszusöhnen und sie diejenigen annehmen zu lassen, die noch nicht vollendet waren.

KRIEG IM OSTEN

Diese seltsame Kasuistik hatte den Vorteil, dass sie die Sowjetregierung nicht verpflichtete weiter zu gehen, als sie gehen wollte. Sie wollte aber den Krieg vermeiden. Alle Spitzfindigkeiten waren ihr recht, um den Ausbruch ihres eigenen Zornes abzdämpfen. Unglücklicherweise war aber keine dieser Spitzfindigkeiten geeignet, einen Partner, der seit über einem Jahre Krieg führte und nur noch auf die Argumente der Gewalt hörte, anzuhalten oder von seinem Wege abzulenken. Bei einem solchen Partner drohte die äusserste Klugheit zur äussersten Unklugheit zu werden, denn sie enthüllte durch ihre geflüsterten und aufreizenden Vorwürfe hindurch gefährliche Hintergedanken und zugleich einen zögernden und schwachen Willen. So empfanden die Deutschen immer weniger das Bedürfnis, Erklärungen abzugeben. Sie begnügten sich damit, immer mehr Truppen an den Grenzen aufmarschieren zu lassen. Seit dem Beginn des Jahres 1941 stellten die Armeen, die am obern Bug und am Dnjestr standen, um die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion zu sichern, eine neue Front dar. Noch war sie ein friedlicher militärischer Wall, aber hinter ihm lauerte der Krieg.

Erinnern wir uns, dass dieses Communiqué vom 12. Januar zwei Tage nach dem Jubel veröffentlicht wurde, in den die Moskauer Presse nach dem Abschluss des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens ausgebrochen war. Bei dieser Gelegenheit hatte die *Iswestija*, wie wir im vorigen Kapitel ausführten, erklärt, das neue Abkommen habe die Freundschaftsbande zwischen der Sowjetunion und dem Reich noch enger gezogen und lasse erhoffen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens entwickeln würden.

Es ist interessant, das Tass-Communiqué mit diesen befriedigten und optimistischen Pressestimmen in Verbindung zu bringen. Die Unzufriedenheit der Sowjets, wie sie aus dem Dementi der offiziellen Agentur hervorging, würde sich dann aus enttäuschter Hoffnung erklären. Die Sowjets hätten eine «freimütige und vertrauensvolle» Erklärung zum Thema Bulgarien erwartet und erwarteten sie noch – eine Erklärung, die Molotow in Berlin nicht erhalten hatte, aber die nach dem

glücklichen Abschluss eines so bedeutenden Wirtschaftsabkommens nicht mehr auf sich warten lassen konnte.

Es ist schwer, vorzustellen, wie eine solche Erklärung aussehen konnte. Hofften die Sowjets, die Deutschen würden ihre Truppen aus Bulgarien zurückziehen, nachdem sie dort schon eingedrungen wären, oder die Berliner Regierung werde endgültig auf ihre Balkanpläne verzichten? Es ist wenig wahrscheinlich, dass sich die Sowjetregierung derartige Illusionen machen konnte. Dachte sie dann daran, dass die deutsche Regierung im Fall neuer Verhandlungen der Sowjetunion befriedigende Kompensationen anbieten könnte? Aber welche befriedigenden Kompensationen hätte ein Deutschland bieten können, das auf den Balkan vordrang – mit Ausnahme der Meerengen, die es sicher nicht geben konnte und nicht geben wollte? Hatte sich nicht übrigens Molotow selbst geweigert, Ansprüche zu diesem Punkt geltend zu machen?

Die Wahrheit ist, dass alle Klugheit und Spitzfindigkeit der russischen Staatslenker nicht das Drama verbergen konnte, das sich in den deutsch-russischen Beziehungen abspielte. Die beiden Mächte waren noch durch ein Abkommen und durch wichtige Interessen aneinander gebunden. Sie hatten sich eingebildet, ihre Ansprüche und Ziele auf zwei parallelen Wegen verfolgen zu können, aber durch die unwiderstehliche Gewalt ihrer entgegengesetzten Zukunftsaufgaben wurden sie gegeneinander getrieben. Weder die Vorliebe für Kompromisse noch die Furcht vor neuen kriegerischen Verwicklungen noch der Wunsch, möglichst viel Zeit zu gewinnen, konnten verhindern, dass das Misstrauen, das sich schon in ihre Beziehungen eingeschlichen hatte, zu einer stummen Feindschaft wurde und dem Konflikt, der ausbrechen musste, den Weg bahnte. Daher rührten bei den russischen Politikern, welche die Gefahr eines Bruches vermeiden wollten und sich der entgegengesetzten Kräfte, zu deren Spielball sie wurden, bewusst waren, dieser rasche Stimmungswechsel, diese befremdenden Kehrtwendungen, diese Freundschaftserklärungen, denen missbilligende Communiqués folgten, diese ausgestreckten Hände und geballten Fäuste, dieser Wunsch nach Erklärungen und diese Furcht, die letzten Forderungen auszusprechen.

Auf deutscher Seite hatte man nicht mehr Lust als bei den Sowjets, in einem unlösbaren Zwist zu enden. Aber es gab Pläne, die man ohne Zögern und ohne störende Erklärungen ausführen musste. Man hatte auch das Gefühl, dass die russische Nervosität Schwäche verriet, und dass man weder Schonung noch Rücksichten nötig hatte, um mit einem Widerstand fertig zu werden, der sich kaum zu äussern wagte. So wechselte die deutsche Politik nach und nach die Methode, wurde immer versteckter und liess den russischen Partner sich in der vergeblichen Erwartung nach Erklärungen verzehren, die niemals erfolgten. Das beste Argument, das einzige, das den russischen Ehrgeiz eindämmen und ihn hindern konnte, die freie Entfaltung der deutschen Ambitionen zu stören, war ja doch, alle verfügbaren Truppen des Reichs im Osten zusammenzuziehen.

Die deutsche Presse begnügte sich damit, das russische Communiqué vom 12. Januar wiederzugeben, wie um es stillschweigend zu bestätigen, aber sie liess ihm weder eine Versicherung noch irgend ein Kommentar folgen. Die Bulgaren hingegen waren über die Vorwürfe, die die Agentur Tass an ihre Adresse gerichtet hatte, erregt und beeilten sich zu antworten, dass die im Ausland verbreiteten Gerüchte über Bewegungen deutscher Truppen in Bulgarien tendenziös und falsch seien: «Niemals», so erklärte das bulgarische Telegraphenbüro, «hat irgendeine fremde Armee Bulgarien durchquert, und niemals hat die bulgarische Regierung bei einer fremden Regierung eine Demarche in dieser Sache unternommen, da keinerlei Grund zu einem solchen Schritt vorgelegen hätte.»

Die Gefahr eines deutschen Eindringens in Bulgarien schien also für den Augenblick beschworen. Das bulgarische Dementi war zu klar, als dass seine Wahrhaftigkeit in Zweifel gezogen werden konnte. Aber was im Herbst oder Winter nicht geschah, konnte sich im Frühjahr ereignen. Die Zahl der deutschen Truppen in Rumänien wuchs unaufhörlich an: Ende Dezember wurde gemeldet, dass mehr als fünfhunderttausend Mann längs der Donau an den wichtigsten Übergangsstellen aufgestellt seien. Die Pioniertruppen erwarteten das Schmelzen der Eisdecke, um Brücken zu schlagen. Schon durchquerten eine Anzahl Deutsche – in Zivil, aber in eindeutig militärischer Haltung – Bulgarien, um Vor-

räte ausfindig zu machen und die Marschordnung und die Etappen für eine bedeutende Armee festzulegen. Wer konnte glauben, dass der deutsche Vormarsch gegen Süden an der Donau Halt machen würde?

Obwohl diese Vorbereitungen so offenkundig waren, konnte sich Berlin nicht entschliessen, Moskau in seine Pläne einzuweihen. Graf Schulenburg, der die Ungeduld und wachsende Reizbarkeit seiner Gesprächspartner im Kreml fühlte, hätte gewünscht, sie beruhigen zu können. Er dachte, dass die deutsche Regierung sich einem eingehenderen Meinungsaustausch mit den Sowjets über Bulgarien und den Balkan nicht entziehen könnte, bevor ihre Truppen die Donau überschritten. Der Botschafter hatte in einem ministeriellen Rundschreiben, das an alle deutschen Gesandtschaften gerichtet war, einige Informationen empfangen, in denen es hiess, die nach Rumänien geführten neuen Truppen hätten die Aufgabe, die militärischen Pläne der Engländer zu durchkreuzen, aber «die Bewegung dieser Truppen ist gegen keinen Balkanstaat und ebenso wenig gegen die Türkei gerichtet.» Diese dunkeln und rätselhaften Informationen mochten einem deutschen Diplomaten in Peru oder Bolivien gerade genügen; dem Botschafter des Reichs in Moskau dienten sie zu nichts.

Der Botschafter Grossbritanniens hingegen sah mit Interesse und nicht ohne Befriedigung, wie die deutsch-russische Entente einen Weg einschlug, auf dem sie der letzten Prüfung begegnen musste. Sir Stafford Cripps hatte sich niemals über den Willen der Sowjets, mit Deutschland zu brechen, Illusionen gemacht. Er wusste, dass Stalin alles, was in seiner Macht stände, tun würde, um den Krieg zu vermeiden, denn für ihn zählte nur die Zeit, und unter den beiden Kriegführenden bevorzugte er niemanden und fürchtete die deutsche Stärke mehr. Aber die Überschreitung der Donau, an der Sir Stafford nicht zweifelte, und der Vormarsch der deutschen Truppen nach Griechenland und zur türkischen Grenze würden zwischen den Partnern des Moskauer Abkommens eine unmögliche Lage schaffen. Selbst wenn die Deutschen es wünschten, könnten sie doch den Sowjets niemals befriedigende Versicherungen geben. Bei all ihrer Vorsicht und Geduld konnten die Russen auf die Dauer nicht ertragen, dass die Deutschen ihre Hand auf den Balkan

KRIEG IM OSTEN

legten. So verfolgte die englische Diplomatie, ohne sich weiter vorzuwagen (denn sie wollte sich nicht neuen Abweisungen seitens der Sowjetregierung aussetzen, die immer bereit war, ihre schlechte Laune an wohlwollenden Dritten auszulassen) mit grösstem Interesse die Entwicklung dieser Verstimmung. Die Engländer interessierten sich besonders für die Ermutigung, die Moskau der türkischen Regierung zu geben begann, um sie zum Widerstand gegen ein deutsches Vordringen in den Süden der Balkanhalbinsel aufzureizen.

Die Türken hatten vergebliche Anstrengungen gemacht, eine Balkanfront mit den Jugoslawen und den Bulgaren aufzurichten. Bei den Jugoslawen fürchtete der Prinzregent mehr als je den Zorn der Achse, und bei den Bulgaren wich der König schliesslich dem Drängen Berlins und rüstete sich schon zur Unterwerfung. So hatten die Türken jeden Gedanken eines gemeinsamen Widerstandes aufgegeben und dachten nur noch daran, ihre eigenen Stellungen zu verteidigen und zu festigen. Zu diesem Zweck tauschten sie am 17. Februar 1941 mit ihren bulgarischen Nachbarn öffentliche feierliche Erklärungen der Freundschaft, des Friedens und des Nichtangriffs aus. Als dieser Akt sich vollzog, wurde er verschieden ausgelegt. In der Folge offenbarte er sich als eine Vorsichtsmassnahme, welche die Türkei in dem Augenblick ergriff, in dem das Unwetter des Krieges den Balkan überfiel; sie wollte sich vor einer Offensive, die nicht unmittelbar auf sie abzielte, in Sicherheit bringen.

Von diesem Augenblick an dachte die Türkei nicht mehr daran, Griechenland oder auch nur Westthrazien zu verteidigen, welches die Regierung von Ankara bis dahin als lebenswichtiges Interesse für die Türkei betrachtet hatte. Ihre Beziehungen zu England erhielt sie aufrecht, und sie weigerte sich nicht, Ende Februar Eden und den englischen Generalstabschef General Dill zu empfangen, um militärische Massnahmen für den Fall eines deutschen Angriffs gegen Griechenland und Kleinasien ins Auge zu fassen. Aber die Vertreter der englischen Regierung mussten den Gesichtspunkt der führenden Männer Ankaras hinnehmen: diese erklärten, da eine gemeinsame Front der Balkanstaaten weder an der Donau noch auf dem Balkan zustande gekommen sei, läge es im Interesse nicht nur der Türkei, sondern auch ihrer Freunde,

dass die türkische Armee ihre Kräfte nicht vergeude und an den Meerengen in den besetzten Stellungen, die sie rechtzeitig vorbereitet hatte, zusammengezogen bleibe. Herr von Papen, der tätige und betriebsame Botschafter des Reichs in Ankara, hatte zu dieser Lösung, die den Plänen der Wehrmacht entsprach, deren erstes Ziel Griechenland war, nicht wenig beigetragen, indem er der türkischen Regierung die Versicherung gab, die Integrität und die Neutralität der Türkei würden von den Armeen der Achse respektiert werden. Ein Handschreiben von Reichskanzler Hitler, das durch einen Sonderkurier überbracht wurde, hatte die durch den Botschafter abgegebene Garantie feierlich verstärkt.

Die freundschaftliche Beziehung, die so trotz der Allianz mit England, welcher die Türken treu zu bleiben behaupteten, zwischen Deutschland und der Türkei hergestellt wurde, konnte natürlich den Sowjets nicht gefallen. Wenn es der Achse gelang, den Widerstandsgeist der Türkei zu brechen, so konnte sie auf dem Balkan vorrücken, ohne irgendeinem Hindernis zu begegnen. Die Bulgaren und die Jugoslawen würden sich beeilen, sich dem Gesetz der Achse zu unterwerfen. Wer konnte wissen, ob nicht sogar die Griechen, am Ende ihrer heroischen Anstrengungen, die Gnade Hitlers der von Eden versprochenen militärischen Hilfe vorziehen würden? Wer konnte auch wissen, welche neue Wendung das Problem der Meerengen dank der neuen deutsch-türkischen Freundschaft nehmen konnte? All diese Befürchtungen mussten die Sowjets den Engländern nähern. Wenn es jemals zwischen ihnen einen Augenblick des Verstehens und des freundschaftlichen Gedankenaustausches gab, so in diesen Tagen in Ankara. Sir Stafford Cripps, der in einem von der Sowjetregierung zur Verfügung gestellten Sonderflugzeug Eden getroffen hatte, kehrte aus der Türkei mit der festen Überzeugung zurück, dass noch vor Beginn des Sommers die Sowjetunion und das Reich im Kriege miteinander sein würden.

Niemals vorher hatte der englische Botschafter eine so bestimmte Meinung geäußert. Seit Beginn seiner Mission in Russland hatte er sich, durch den ausweichenden Charakter der russischen Staatslenker enttäuscht, ihrer Politik gegenüber äusserste Zurückhaltung auferlegt. Auch die neue Überzeugung von Sir Stafford gründete sich weniger auf eine

freiwillige Änderung dieser Politik als auf den tiefen Wandel, der sich in der Balkansituation vollzog. Die Türkei war bis dahin der Vorkämpfer der Einheit und Unabhängigkeit des Balkans gewesen. Sie war die Hauptstütze der Balkanentente und hatte versucht, alle Nachbarstaaten um diesen regionalen Organismus zu gruppieren. In der Erinnerung an das Ottomanische Reich, dessen Grösse und Mission sie durch eine Föderation freier nationaler Staaten wiederbeleben wollte – diese Zukunftsaufgabe hatte Kemal Atatürk der Balkanentente zugeordnet – hatte die Türkei naturgemäss jeder fremden Einmischung bei ihren Nachbarn Widerstand entgegengesetzt. Das plötzliche Zurücktreten der Türkei, das übrigens nur die Folge des Anschlusses ihrer Nachbarn an die Idee der deutschen Vorherrschaft war, ihr Verzicht auf die Rolle, welche sie bis dahin auf dem Balkan gespielt hatte, ihr Rückzug hinter ihre eigenen Grenzen und ihre neuen Beziehungen zum Reich schufen auf dem Balkan eine Leere und stellten die Sowjetunion vor neue Fragen. So lange die Türkei, von England unterstützt, ein Prinzip der Opposition und des Widerstandes auf dem Balkan darstellte, konnte die Sowjetunion hoffen, dass sie in Übereinstimmung und in Verbindung mit dem Reich sich die Vorteile sichern könnte, die sie im Süden begehrte. Jetzt, da Deutschland auf dem Balkan allein vordrang und den Männern in Ankara mit aller Rücksicht entgegenkam, ohne sich um die russischen Interessen und Ambitionen zu kümmern, sah sich Russland verurteilt, mit verschränkten Armen einem Schauspiel beizuwohnen, zu dessen Vorbereitung es wieder einmal selbst beigetragen hatte, und das zum Schaden seiner heiligsten Ansprüche abzulaufen drohte. War es nicht denkbar, dass die Sowjetregierung unter diesen Umständen trotz all ihrer Vorsicht veranlasst sein würde, die Rolle zu übernehmen, die die Türkei soeben aufgab, offen oder heimlich die Balkanvölker anzustacheln, sich gegen das deutsche Vordringen zur Wehr zu setzen? Gewiss konnte Russland sich nicht zum Vorkämpfer der Einheit und Unabhängigkeit des Balkans aufschwingen. Aber es hatte zu seiner Verfügung das ganze Rüstzeug der alten panslawistischen Propaganda, deren Beweisführung noch immer in Bulgarien und Jugoslawien ein günstiges Echo fand. Und es konnte sich auch, wenn es sein musste,

gewisser bolschewistischer Losungen bedienen, denen die Brüder im Süden seit einiger Zeit ein immer aufmerksameres Ohr liehen.

Es bereitete sich dort, wie der englische Botschafter es gefühlt hatte und wie alle aufmerksamen Beobachter dieses grossen erschütternden Dramas es fühlten, ein Umsturz vor, den kein menschlicher Wille lenken oder eindämmen konnte. Ein schon beschlossenes, bisher aufgeschobenes Ereignis musste das Deutsche Reich unwiderruflich gegen das Sowjetreich in Front bringen: die Überschreitung der Donau durch die Truppen der Wehrmacht und ihr Eindringen in Bulgarien.

Dieses Ereignis konnte nicht länger auf sich warten lassen. Im Laufe des Monats Februar hatte die Zahl der in Rumänien stehenden deutschen Soldaten eine Million erreicht. Der Führer verbarg nicht die Absicht, seine Truppen vorwärtszuführen und durch schlagartiges Vordringen den englischen Widerstand zu brechen. In einer hochtönenden Ansprache am 24. Februar stimmte er einen enthusiastischen Hymnus auf den Frühling an, der die Kräfte der Armee und der Nation befreien und ihnen den Weg zum Siege öffnen werde. Der gleiche Frühling machte, ehe er noch recht angebrochen war, dem Zögern des Königs von Bulgarien ein Ende. Das Versprechen der Achse, die bulgarischen Grenzen bis zum ägäischen Meer vorrücken zu lassen, hatte ihn zum Entschluss bestimmt. Was hatte er übrigens zu fürchten, wenn er die unbesiegbaren deutschen Armeen durchmarschieren liess? Die Türkei hatte ihn eben ihrer Freundschaft und ihrer friedlichen Absichten versichert. Die russischen Communiqués fügten niemandem Schaden zu. Und auf alle Fälle war es leichter, sich mit einer Regierung auseinanderzusetzen, die Pressedementis abfasste, als mit einem Eroberer, der eine Million Soldaten längs der Donau aufmarschieren liess. Am 1. März erklimmen die bulgarischen Delegierten die Treppe des Belvédère.

Der Empfang, den Herr von Ribbentrop Bulgarien bereitete, war ganz besonders herzlich. In wohlgesetzten Worten brachte der Minister seine Freude darüber zum Ausdruck, dass sich eine immer grössere Zahl von Staaten aus freien Stücken der Sache der Achse anschliesse und «ein immer lebendigeres Verständnis für die von Deutschland und seinen Verbündeten verfolgten Ziele wie für die Stärke, die diese Mächte

vertreten», zeigte. Diese Stärke, in der Ribbentrop nicht ohne Grund das gewichtigste Argument für den «freiwilligen Beitritt» der Balkanvölker zur Politik der Achse sah, werde «nur mit gutem Vorbedacht und nur zur Erfüllung edler Aufgaben gebraucht werden. Sie war bestimmt, «die Völker zu befreien» und das deutsche Ideal des Friedens, der Eintracht und der «Neuordnung» zu verwirklichen.

Diesen trefflichen Worten folgten alsbald die Taten. Am 2. März überschritten die deutschen Armeen, die seit einigen Monaten in Rumänien ihre «edlen Aufgaben» erfüllten, die Donau, um den Frieden und die Eintracht nach Bulgarien zu tragen.

Herr von Schulenburg erhielt die Mission, dieses Ereignis mit aller möglichen Schonung Herrn Molotow bekanntzugeben. Er entledigte sich dieser peinlichen Aufgabe mit gewohnter Geschicklichkeit und tat sein Bestes, um den Chef der Sowjetregierung zu beruhigen: er bemühte sich, ihn zu überzeugen, dass Deutschland auf dem Balkan keinerlei politische oder territoriale Ansprüche habe, sondern «rein militärische Ziele» verfolge. Molotow zuckte die Achseln und erwiderte nichts. Er kannte besser als irgendjemand den Wert solcher Versicherungen, denn er selbst hatte ja den baltischen Staaten versprochen, bei ihnen nur «rein militärische» Ziele zu verfolgen. Der Chef der Sowjetregierung beschränkte sich darauf, mit verkniffenem Mund zu bemerken, dass die Sowjetunion mit Bulgarien durch eine traditionelle Freundschaft verbunden sei, «die einen Teil unseres Verteidigungssystems bildet». «Aber das soll kein Hindernis sein», erwiderte Herr von Schulenburg eiligst, «niemand denkt daran, diese traditionelle Freundschaft anzutasten.» Der deutsche Botschafter hoffte, die Sowjetregierung werde sich wieder einmal vor den vollendeten Tatsachen beugen, und damit würden die Dinge ihr Bewenden haben.

Aber die Moskauer Regierung, die ihr Konto *à jour* zu halten trachtete, musste in ihr Hauptbuch auf der Passivseite der russisch-deutschen Entente dieses Ereignis eintragen, das von Neuem ihre Politik durchkreuzte.

Am 4. März veröffentlichten alle russischen Zeitungen das folgende Communiqué, das dieses Mal nicht mehr von der Agentur Tass aus-

ging, sondern direkt aus dem *Narkomindjel* kam: «Am 1. März erklärte ein Vertreter des bulgarischen Aussenministers, Herr Altinoff, dem russischen Gesandten in Sofia, die bulgarische Regierung habe ihre Zustimmung zum Einmarsch deutscher Truppen in Bulgarien gegeben – um den Frieden auf dem Balkan zu sichern. Am 3. März überreichte der stellvertretende Volkskommissar Wyschinski dem bulgarischen Gesandten folgende Antwort: 1. Die Sowjetregierung kann nicht die Auffassung der bulgarischen Regierung teilen, dass die Entscheidung, die soeben getroffen wurde, korrekt sei; diese Entscheidung muss, welches auch die Absichten und Wünsche der bulgarischen Regierung sein mögen, dazu beitragen, das Gebiet des Krieges nicht zu beschränken, sondern im Gegenteil zu erweitern und Bulgarien in den Konflikt hineinzuziehen. 2. Die Sowjetregierung, die ihrer Friedenspolitik treu bleibt, kann der bulgarischen Regierung bei der neuen Politik, die sie verfolgt, keinerlei Unterstützung gewähren. Die Sowjetregierung sieht sich zu diesen Erklärungen gedrängt, da ein Teil der bulgarischen Presse ungehindert Gerüchte verbreitet, die darauf hinauslaufen, die wirkliche Haltung der Sowjetunion ganz wesentlich zu verfälschen.»

Diesmal hatte sich Moskau nicht mehr an Deutschland gewandt. Wozu sollte es gut sein, ständige Vorwürfe an einen Partner zu richten, der entschlossen war, auf nichts mehr zu hören? Die russische Verwarnung wendete sich unmittelbar und ausschliesslich an Bulgarien. Sie verfolgte nicht so sehr das Ziel, die bulgarische Regierung wissen zu lassen, dass sie nicht mehr auf die Unterstützung Russlands zählen könne – zurzeit der Regelung der Dobrudscha-Frage hatten die Sowjets den Bulgaren eine starke Sympathie bekundet, für die diese sehr empfänglich gewesen waren – sondern ihr Ziel war, dieser Regierung innere Schwierigkeiten zu schaffen, indem man der bulgarischen Opposition zu verstehen gab, dass die offiziellen Zeitungen logen, wenn sie behaupteten, die Sowjetunion billige den Einmarsch der deutschen Truppen in Bulgarien.

Diese Weigerung, eine «kriegerische Politik» zu unterstützen, enthielt unausgesprochen noch etwas anderes: die Sowjetunion bekundete so ihre betonte Hinneigung zu einer Politik des Widerstandes und gab

dies den Ländern zu verstehen, die sich – wie die Türkei, Jugoslawien und Griechenland – bald vor die gleiche Aufgabe gestellt sehen würden, welche Bulgarien soeben in einem Sinne gelöst hatte, der den Interessen Russlands so entgegengesetzt war.

Aber um einen wirklichen Einfluss auf den Widerstandswillen dieser Länder ausüben zu können, genügten jene andeutenden und scharfsinnig gekünstelten Phrasen nicht mehr, an denen die Communiqués der Agentur Tass und des *Narkomindjel* so reich waren und deren Wirkung (das Beispiel Bulgariens zeigte es) vollkommen gleich Null war. Man musste eine Massnahme ins Auge fassen, die in den Hauptstädten, in denen noch an einen Einfluss Moskaus zu denken war, stärker und nachhaltiger wirken konnte. Dies war um so notwendiger, als die russische öffentliche Meinung, erregt und erschüttert durch die Invasion Bulgariens, an der Weisheit ihrer politischen Führer und an den Segnungen des Moskauer Abkommens zu zweifeln begann. Natürlich konnte man in der Sowjetunion nicht von starken Strömungen der öffentlichen Meinung sprechen. Trotzdem gab es im Lande und in der Partei eine Opposition. Und man brauchte ihr nur die geringste Ausdrucksmöglichkeit zu geben, um über den Eifer und den Nachdruck erstaunt zu sein, mit dem die bis dahin unterdrückten Stimmen in der Presse und am Rednerpult die bittersten Kritiken vorbrachten.

Geben wir zwei Beispiele. Stalin hatte beschlossen, eine öffentliche Umfrage zu veranstalten, um die Ursachen gewisser Mängel in der industriellen Produktion aufzudecken und gewisse Missbräuche anzuprangern. Sofort füllten sich die Zeitungen mit heftigen Anklagen gegen die Übergriffe des Bürokratismus und gegen die Einmischung der Behörden und der Politik in Werkstätten und Fabriken.

Eine künstlerische Jury, die aus offiziellen Persönlichkeiten zusammengesetzt war, hatte den ersten Tanzpreis einer jungen Künstlerin zuerkannt, deren Verbindung mit einem einflussreichen Parteimitglied sehr bekannt war. Das Publikum benutzte den Anlass, um ihrer weniger glücklichen Konkurrentin, deren Talent und Können von den Liebhabern des Balletts höher geschätzt wurden, enthusiastische Huldigungen zu bereiten.

DEUTSCHLANDS VORDRINGEN AUF DEM BALKAN

Dieser oppositionelle Geist wartete nur auf einen Anlass, um sich auch auf dem Gebiet der internationalen Politik kundzutun. Die Vorzüge des Friedens, die eine geschickte Propaganda ständig betonte, hatten den denkenden Teil des russischen Volkes für das Moskauer Abkommen gewonnen, das indessen niemals sehr populär gewesen war. Die Enttäuschungen aber, denen die Politik der Sowjetunion seit einiger Zeit ausgesetzt war, und welche die offiziellen Communiqués zur allgemeinen Kenntnis brachten, trafen die Phantasie und verletzten die Eigenliebe eines Volkes, dessen Patriotismus und nationaler Stolz neue und darum um so mitreissendere, in vollem Aufblühen befindliche Gefühle waren. Der Abfall der Bulgaren, den man weniger den Machenschaften der bulgarischen Regierung als dem deutschen Druck und dem unversöhnlichen Imperialismus Hitlers zuschrieb, hatte nicht nur die politischen und militärischen Kreise in Erregung versetzt, sondern auch den Mann auf der Strasse, die Chauffeure, die Arbeiter aller Kategorien, die kleinen Verkäufer, die Techniker, die Intellektuellen und die Künstler. Worte, die man in der Sowjetunion am wenigsten erwartet hätte, gingen von Mund zu Mund: «Wie kann Europa so etwas dulden?» war der verblüffende Ausruf eines kleinen russischen Schulprofessors, der mir berichtet wurde, und in dem sich die allgemeine Empörung ausdrückte. Diese Empörung drang auch in die offiziellen Kreise. Der *Rote Stern* tadelte offen Bulgarien, nach dem Beispiel Rumäniens und Ungarns auf seine Unabhängigkeit verzichtet zu haben, um Deutschlands Spiel zu spielen.

Dem Marschall Timoschenko wurden kriegerrische Äusserungen zugeschrieben. Seine Offiziere taten sich keinen Zwang an; sie empfangen die englischen Militärattachés mit offenen Armen und stiessen mit ihnen auf den englischen Sieg gegen «den gemeinsamen Feind» an. Manuilsky, der Vizepräsident der Komintern, hatte in einer Parteiversammlung erklärt, der Krieg zwischen Russland und Deutschland sei unvermeidlich.

Die eisige Kälte, mit der Deutschland auf diese Kundgebungen der Reizbarkeit und Unzufriedenheit reagierte, vermehrte noch die Unruhe der Russen. Radio Berlin erklärte anlässlich der Wiedergabe des letzten

KRIEG IM OSTEN

Communiqués des *Narkomindjel*, die Sowjets hätten keinerlei Grund, sich aufzuregen, da ja das Reich keine politischen Ziele auf dem Balkan habe; «wenn sie sich aber trotzdem aufregen, so ist das ihre Sache . . .» Solche Worte waren ein Symptom dafür, dass die politische Lage grundlegend verändert war, und dass man ihr nicht mehr mit den gleichen Mitteln gerecht werden konnte.

III.

Der Monat März war für die Sowjetdiplomatie eine Zeit lebhafter Tätigkeit. Es handelte sich darum, die Politik zu vertreten und zu verwirklichen, die die letzten Communiqués angekündigt hatten: die Entscheidung der Sowjetunion, den Ländern, die sich zur Ausbreitung der Sphäre der kriegerischen Operationen bereit fanden, keine Unterstützung zu gewähren, schloss ihre Absicht ein, die Länder, die sich dem Druck der Achse entziehen wollten, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu unterstützen.

Die Balkanstaaten, die noch in der Lage waren, ihre Unabhängigkeit zum Ausdruck zu bringen, waren Griechenland, die Türkei und Jugoslawien.

An Griechenlands Widerstand war nicht zu zweifeln. Durch seinen heroischen Kampf gegen Italien, durch seine Siege und Opfer hatte es sich zu weit in den Krieg verwickelt, als dass es noch sein Schicksal von dem Englands trennen und sich den deutschen Zumutungen unterwerfen konnte. Russische Ermutigungen in Athen waren also überflüssig. Die Sowjetunion begnügte sich damit, den Heldentaten der griechischen Armee in der russischen Presse starken Widerhall zu geben (womit sie sich zugleich an der italienischen Presse rächte, die seinerzeit mit Begeisterung die finnischen Erfolge verkündet hatte) und den Wünschen griechischer Aufkäufer, die nach Odessa und Moskau gekommen waren, um Getreide zu erwerben, grosszügig zu entsprechen.

Was die Türkei betraf, so durfte man nicht mehr erwarten, sie für die Freiheit des Balkans kämpfen zu sehen, nicht einmal für Griechenland,

mit dem sie doch noch durch mächtige Interessen und durch eine noch immer sehr lebendige Freundschaft verbunden war. Die Türkei hatte ihre neue Haltung klar gekennzeichnet. Sie würde ihre Grenzen und ihr Territorium verteidigen, weiter nichts. Sie war bereit, von allen Seiten Versicherungen und Freundschaftsbeweise entgegenzunehmen. Sie begrenzte ihre Interessen auf die Fragen, die direkt mit der Existenz der Türkei und des türkischen Staates zusammenhingen. Für diese Interessen würde sie entschlossen kämpfen, gegen jeden Angreifer. Sie würde niemanden in ihr Land hineinlassen und nicht dulden, dass man ihre Freiheit antaste. Die Sowjetregierung fürchtete, dass sich die türkische Politik unter dem Druck der deutschen Kräfte und unter dem Einfluss des geschickten Vorgehens von Papens noch weiter entwickeln könnte. Das Reich hatte ja in der Tat das grösste Interesse daran, sich mit allen Mitteln einen Weg durch die Meerengen und Kleinasien zu den englischen Besitzungen im Mittlern Orient zu bahnen. Man musste also die Türkei in ihrem Widerstandswillen bestärken, indem man ihr gegenüber eine wohlwollende Haltung ohne irgendeine Zweideutigkeit einnahm. Diese Aufgabe, welche sich die russische Diplomatie stellte, war recht heikel, denn es galt, die Türkei zu beruhigen, ohne ihr etwas Endgültiges zu versprechen und ohne ihr gegenüber eine Verpflichtung einzugehen, die im Fall eines deutschen Sieges der Sowjetunion vorgehalten werden konnte. Denn noch während die Sowjetregierung den Widerstand gegen einen unangenehmen und beunruhigenden Partner ermutigte, verlor sie nicht die Möglichkeit aus dem Auge, dass dieser Partner eines Tages imstande sein könnte, ihr eine neue Teilung vorzuschlagen. Man musste achtgeben, dass man sich nicht selbst im Vorhinein von einer solchen Möglichkeit ausschloss.

Gegen Ende März wurde die endgültige Form für die Erklärungen gefunden, die zwischen den Regierungen von Moskau und Ankara ausgetauscht werden sollten. Am 25. März veröffentlichte der *Narkomindjel* ein neues Communiqué: «Angesichts der Tatsache, dass in der Auslandspresse Gerüchte in Umlauf sind, nach denen die Sowjetunion, wenn die Türkei zum Eintritt in den Krieg gezwungen würde, deren Schwierigkeiten ausnutzen wollte, um sie anzugreifen, und angesichts der Fragen,

die ihr zu diesem Thema gestellt worden sind, hat die Sowjetregierung Folgendes zur Kenntnis der türkischen Regierung gebracht:

1. Diese Gerüchte entsprechen in nichts der wirklichen Stellungnahme der Sowjetunion.

2. Wenn die Türkei wirklich einem Angriff ausgesetzt und gezwungen wäre, in den Krieg einzutreten, um ihr Territorium zu verteidigen, so könnte sie auf Grund des türkisch-russischen Nichtangriffspaktes auf das volle Verständnis und die Neutralität der Sowjetunion zählen.

Von dieser Erklärung Kenntnis nehmend, hat die türkische Regierung der Sowjetregierung ihren aufrichtigsten Dank ausgedrückt und ihrerseits erklärt, dass die Sowjetunion für den Fall, dass sie sich in einer ähnlichen Lage befände, auf das volle Verständnis und die Neutralität der Türkei rechnen könnte.»

Das wesentliche Ziel dieses Communiqués, in dem jedes Wort abgewogen war, bestand darin, an das Bestehen des türkisch-russischen Nichtangriffspaktes zu erinnern und unter den besonders beunruhigenden Umständen seine vollständige Gültigkeit zu bestätigen. Die Tatsache, dass die Sowjetunion offen den Fall ins Auge fasste, «dass die Türkei gezwungen wäre, in den Krieg einzutreten», und dass sie darauf Wert legte, ihre Verpflichtungen für diesen bestimmten Fall, der die Türkei nur im Zusammenstoß mit Deutschland sehen konnte, ausdrücklich zu erneuern, war sehr bezeichnend für die Haltung Moskaus gegenüber der Politik des Reichs. (Einer der Gründe, weshalb die von Saradschoglu im Oktober 1939 in Moskau für einen gegenseitigen Beistandspakt geführten Verhandlungen gescheitert waren, war Molotows Verlangen, den Fall eines deutsch-türkischen Krieges von den Beistandsverpflichtungen auszunehmen.)

Es ist wahr, dass das Communiqué sich nur auf die Annahme bezog, dass die Türkei gezwungen wäre, in den Krieg einzutreten, «um ihr Territorium zu verteidigen» – also die Annahme des direkten Angriffs – und den Fall auszuschließen schien, in dem die Türkei sich veranlasst sähe, ihren Verbündeten, Griechenland, oder ihre eigenen, so eng mit Westthrazien verknüpften Interessen zu verteidigen. Aber die Türkei verlangte nicht mehr. Zu dem Zeitpunkt, da dieser Austausch von Er-

klärungen stattfand, hatte sie selbst darauf verzichtet, eine andere Kriegsmöglichkeit ins Auge zu fassen als die, welche ihr durch die Verteidigung ihres Gebiets auferlegt würde. Eine weiter gefasste und bestimmtere Erklärung der Sowjets hätte sie nur behindern können. Das Wort «Verständnis» hingegen, das in der Erklärung zweimal vorkam, liess vermuten, dass zwischen den beiden Staaten eine engere Verbindung hergestellt worden war als die, welche sich aus ihren alten gegenseitigen Neutralitätsverpflichtungen ergab. Das Versprechen des «Verständnisses», das die Sowjetunion im Vorhinein für den Fall, dass die Türkei ihr Staatsgebiet verteidigen müsste, abgab, wirkte wie eine freundschaftliche Ermunterung zum Widerstand, die unter den gegebenen Umständen einen sehr präzisen politischen Charakter hatte.

Das Problem Jugoslawien war noch delikater. Moskau hatte keinerlei Einfluss auf die Regierung von Belgrad, die der übertrieben vorsichtigen und überklug berechnenden Politik des Prinzen Paul folgte. Die bolschewistische Revolution hatte die Bande zerbrochen, die zu allen Zeiten die Politik der Südslawen mit der ihrer russischen «Brüder» verknüpft hatte. In Treue zum Zarenreich, das der Freund und Protektor des alten Serbien gewesen war, hatte Jugoslawien erst als einer der letzten europäischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wieder aufgenommen. Diese Zurückhaltung gestattete dem Prinzen Paul, der selbst durch seine Blutsverwandtschaft mit der russischen kaiserlichen Familie ein scharfer Gegner des neuen Moskauer Regimes war, eine Politik zu verfolgen, die von jedem Einfluss seitens der Sowjetregierung frei war. Diese Politik, der die listige und brutale Natur von Stoyadinowitsch ihren Stempel aufgedrückt hatte und der Prinz Paul mit mehr Geschmeidigkeit und Gewandtheit, aber auch zögernder und schwächerer folgte, war darauf gerichtet, Jugoslawien mit allen Ländern auszusöhnen, auf deren Kosten es anlässlich des letzten Krieges gewachsen war. Belgrad schonte die Ungarn, tat freundlich mit den Bulgaren und folgte den Eingebungen der Achse. Eine solche Aussöhnung konnte sich natürlich nur vollziehen, wenn man gewisse Interessen opferte. Stoyadinowitsch hatte entschieden, dass dies nicht jugoslawische Interessen sein dürften, und als Prinz Paul seinen Minister

wechselte, behielt er diese Einstellung bei. Ohne mit seinen alten Alliierten zu brechen, trug Jugoslawien doch nichts dazu bei, ihre Lage zu bessern. Es brachte jeden Versuch kollektiver Solidarität zum Scheitern, in der geheimen Hoffnung, dass es, wenn die Rechnungen zu begleichen wären, nicht Jugoslawien sein würde, das die Kosten der «Neuordnung» zu bezahlen hätte. Diese Rechnung schien zunächst nicht falsch: Jugoslawien wurde von der Achse aufs Höchste geschätzt, seine Haltung wurde in Berlin wie in Rom als Beispiel angeführt, und die Belgrader Regierung empfing unaufhörlich aus diesen beiden Hauptstädten Glückwünsche, Ermunterungen und Freundschaftsversicherungen. Als die Achse sich entschied, Ungarn zu entschädigen, hielt sie sich dabei an Rumänien und tastete das Reich König Peters nicht an. Als Mussolini in den Krieg zog, gab er Jugoslawien, von dem er doch wichtige Provinzen begehrte, mündlich eindeutige Garantien, dass er seine Grenzen nicht antasten werde, und suchte seine Lorbeeren im Pindus-Gebirge. Die Bulgaren, die durch einen ewigen Freundschaftspakt mit ihren jugoslawischen Brüdern verbunden waren, rührten die mazedonische Frage nicht mehr an. Selbst die Ungarn vergassen jene Perlen der Krone des Heiligen Stephan, die an Serbien gefallen waren, und schlossen feierlich mit ihrem südlichen Nachbarn einen ewigen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt. Als die deutschen Armeen gegen Griechenland vorstießen, machten sie keinen Gebrauch von den jugoslawischen Strassen, die doch die direktesten waren und geradenwegs nach Saloniki führten, sondern marschierten durch Rumänien und Bulgarien. Es schien, dass die «Neuordnung» in ihrem unwiderstehlichen Vorstoss zu den östlichen Gestaden des Mittelmeers es bis zum Schluss vermeiden würde, die politische Ruhe und die territoriale Integrität Jugoslawiens zu stören.

Aber noch hatte dieses Land seine Einwilligung zu dieser Ordnung zu geben, die es schonte, und die ihm so viele Rücksichten bewies. So geschickt Prinz Paul war, so konnte er sich doch nicht unbegrenzt der Verpflichtungen entziehen, sich in ein politisches System einzufügen, dessen Plänen er gedient und dessen Entstehen er beschleunigt hatte. Der Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt schien der logische Abschluss der Anstrengungen zu sein, welche die Belgrader Politiker seit

langen Jahren machten, um die Ansprüche der Nachbarstaaten von ihrem Lande abzuwenden. Indessen drängten die Achsenmächte den Prinzregenten zunächst nicht, und erst nachdem Ungarn, Rumänien, die Slowakei und Bulgarien dem Dreimächtepakt beigetreten waren, luden sie im Laufe des März die Jugoslawen ein, offen an der neuen Politik teilzunehmen, die von nun ab den Balkan lenken würde.

Sich einer solchen Einladung zu entziehen, wäre für den Prinzen Paul schwierig gewesen. Hatte er sich nicht von Anfang an, ohne besondern Anstoss, durch geduldige und unendlich geschickte Bemühungen in den politischen Rahmen des Dreimächtepaktes eingefügt, der das Gebiet und die Unabhängigkeit des jugoslawischen Staates wahrte? Konnte er nach all den Treuepfändern, die er schon gegeben hatte, die Förmlichkeit verweigern, die man ihm vorschlug? Die Staatsmänner der Achse bemühten sich übrigens aufs Äusserste, die Eigenliebe der Jugoslawen zu schonen. Um den Delegierten des Prinzen Paul, die sich zur Fahrt in das Schloss von Belvédère anschickten, diese Pille zu versüssen, richtete Herr von Ribbentrop zwei Schreiben an sie. In diesen Briefen versicherte er, dass die Staaten des Dreimächtepaktes auf die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Jugoslawiens Rücksicht zu nehmen gedächten, und dass kein Verlangen auf Durchmarsch von Truppen durch ihr Land an sie gerichtet werden würde. Diese formellen Garantien sollten den Herren Tzvetkowitsch und Markowitsch gestatten zu erklären, dass ihr Beitritt zum Dreimächtepakt «die Krönung einer langen Kette von Bemühungen» sei, «um ihrem Lande die Unabhängigkeit und die Sicherheit in Ordnung und Frieden zu gewährleisten». Herr von Ribbentrop antwortete mit einem herzbewegenden Lob auf Jugoslawien und erklärte von Neuem, dass Deutschland auf dem Balkan keinerlei politischen oder territorialen Vorteil erstrebe.

Das jugoslawische Volk sollte weder den Zusicherungen des deutschen Ministers noch den Erklärungen seiner eigenen Vertreter Glauben schenken. Der Staatsakt von Wien, der fatale Abschluss einer Politik, die es lange geduldet hatte, erschien ihm als ein Akt unerträglicher Unterwerfung. Die Revolte, die ausbrach, fegte in einer Nacht das Ministerium und das Regime hinweg. Man hat bedauert, dass der patrio-

tische Geist der Serben nicht früher erwachte, zu einem Zeitpunkt, da er noch eine wichtige Hilfe für die Alliierten Jugoslawiens sein konnte und dem Lande die tragischen Folgen einer verspäteten Revolte erspart hätte. Aber es ist darum doch zutiefst eindrucksvoll, wie ein ganzes Volk mit einer Intuition, die es sicher nicht täuschte, die wahre Bedeutung dieser Zeremonie des «Anschlusses» erfasste und seine nicht unmittelbar bedrohte Sicherheit und seine Existenz selbst aufs Spiel setzte, um seinen Stolz und seine Ehre zu retten.

Welchen Anteil hatte die Sowjetregierung an den Geschehnissen, die in diesen letzten Märztagen die Lage in Belgrad umwälzten? Sicherlich bemühten sich bolschewistische Agenten, den Aufstand des jugoslawischen Volkes gegen die Politik seiner Regierung zu ermutigen. Die Geste des Herrn Gawrilowitsch, des jugoslawischen Gesandten in Moskau, der sofort seine Demission einreichte, als er den Anschluss seines Landes an den Dreimächtepakt erfuhr, war ebenfalls geeignet, den Mut der serbischen Opposition zu steigern und ihr klarzumachen, dass ihr Widerstandswille gegen die Politik der Achse in Russland die lebhafteste Sympathie hervorrief.

Aber es wäre falsch, dem Einfluss der Sowjets in der Belgrader Rebellion eine entscheidende Rolle zuzuschreiben. Moskau war nicht imstande, eine grosse Volksbewegung in Jugoslawien zu entfachen und zu lenken. Die Sowjetregierung hatte noch nicht die Losungen und Traditionen der alten panslawistischen Politik aufgenommen, mit deren Hilfe Russland fast ein Jahrhundert hindurch einen so grossen Einfluss auf das Schicksal der Südslawen ausgeübt hatte. Wie gering das Interesse der Sowjetunion für Jugoslawien war, ergab sich auch aus der Tatsache (die der Aufmerksamkeit des deutschen Botschafters in Moskau nicht entgangen war), dass die Sowjetregierung in allen Warnungen, die sie ständig an die Reichsregierung gerichtet hatte, um an ihre Interessen an der Donau, in Bulgarien und an den Meerengen zu erinnern, niemals die geringste Anspielung auf die jugoslawischen Fragen gemacht hatte. Es war, als ob die Sowjetunion, deren realistische Politik sich auf die Fragen von unmittelbar praktischem Interesse richtete, Jugoslawien endgültig dem Einfluss der Achse überlassen hätte.

Auch Herr Gawrilowitsch hatte Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, wie wenig Interesse die russischen Machthaber seinem Lande entgegenbrachten. Gawrilowitsch, der ein Mann der Linken, der Führer der Serbischen Bauernpartei war, kam nach Moskau als erster Chef der diplomatischen Vertretung seines Landes mit dem festen Willen, die alten Bande neu zu knüpfen und in Russland eine Stütze für eine jugoslawische Widerstands- und Unabhängigkeitsbewegung zu finden. Als entschlossener Gegner der neuen Richtung, die Stoyadinowitsch und sein Nachfolger im Belgrader Aussenministerium, Markowitsch, der Politik des Landes aufgezwungen hatten, suchte Gawrilowitsch in Moskau die Möglichkeit, diese Politik auf ihren traditionellen Weg zurückzuführen. Aber in langen Monaten vergeblicher Anstrengungen hatte er keinerlei Verständnis gefunden. Die Sowjetregierung hütete sich, seinen Wünschen entgegenzukommen, und ermunterte weder seine sehr deutlichen Sympathien für Frankreich und England noch seine Abneigung gegen die Achsenmächte noch die Hoffnungen, die er auf eine Unterstützung seitens Russlands gesetzt hatte. Wie gross auch der Wunsch Gawrilowitschs sein mochte, die Politik seiner Regierung zu bremsen, so hatte er doch in der Sowjetunion niemals das entscheidende Beweismittel gefunden, welches er dort suchte, um mit dem Zögern des Prinzen Paul und mit dem Kleinmut seiner Umgebung fertig werden zu können.

Wenn im Augenblick des Eindringens der Deutschen in Bulgarien das Interesse der Sowjets für Jugoslawien gewachsen war, wenn daraufhin Gawrilowitsch einige Ermunterungen erfahren hatte und wenn jetzt bolschewistische Agenten ihre Propaganda in Belgrad verstärkten, so reichten doch all diese Veränderungen in letzter Stunde nicht aus, um die jugoslawische Regierung am Anschluss an den Dreimächtepakt zu hindern. Sie hätten ebensowenig ausgereicht, das jugoslawische Volk zur Revolte zu treiben. Der Aufstand, der mit erstaunlicher Heftigkeit und Plötzlichkeit in Serbien ausbrach, war keinem fremden Einfluss zu verdanken, weder der Agitation der Sowjets noch den angeblichen Machenschaften des Intelligence Service, sondern entsprach dem einmütigen Gefühl nationalen Stolzes, das ein ganzes Volk dazu trieb, sich

gegen Versprechungen aufzulehnen, für die es einen Teil seiner Souveränität aufgeben sollte. Als Gawrilowitsch der alten Regierung seine Demission telegraphierte, ehe er noch die Depesche, in der diese Regierung ihren Anschluss an den Dreimächtepakt zu rechtfertigen versuchte, bis zu Ende dechiffriert hatte, folgte er der gleichen spontanen Empörung, die sich der ganzen jugoslawischen Bevölkerung – Soldaten und Studenten, Bauern und Städter, Männer und Frauen – bemächtigt hatte, als die Kunde sich verbreitete, die Regierung schliesse sich der Achsenpolitik an. Niemals war eine Auflehnung volkstümlicher im weitesten Sinne des Wortes: stürmisch und ungehemmt drückte sie die Gefühle nicht allein des jugoslawischen Volkes aus, sondern aller Balkanvölker angesichts der Ziele und der Verwirklichung der «Neuordnung». Das ist der Grund, weshalb Deutschland sich gezwungen fühlte, so schnell und so brutal zu reagieren. Das Beispiel, das in Belgrad gegeben wurde, liess weit über die Grenzen Jugoslawiens hinaus die Herzen und die Gewissen mitschwingen.

Die jugoslawische Revolte brachte die Sowjetunion in eine schwierige Lage. Hier hatte nun ein Volk nach den Grundsätzen gehandelt, welche die Sowjetregierung unermüdlich in ihren Communiqués verteidigte. Es hatte sich geweigert, «die Sphäre des Krieges zu erweitern», und hatte sich den Zumutungen nicht unterwerfen wollen, deren Unzulässigkeit und Gefährlichkeit Moskau anprangerte. Würde nun die Sowjetunion eingreifen, um ihre Unterstützung diesem Staat zu leihen, der ihre Ansichten teilte und ihren Eingebungen zu folgen schien? Oder würde Russland ihn fallen lassen, wenn drängende Gefahren ihn bedrohten?

Die Methode der Enthaltung entsprach viel eher der vorsichtigen Politik Stalins. Warum sollte man eine Bemühung, die ihre Früchte getragen hatte, noch weiter treiben? Durch seine Revolte hatte Jugoslawien die deutschen Pläne durchkreuzt. Durch seinen militärischen Widerstand würde es den deutschen Vormarsch auf dem Balkan aufhalten oder mindestens verzögern können. Was hätte man Besseres in Moskau hoffen können? Eine Intervention der Sowjets zugunsten Belgrads konnte Russland in den Krieg hineinziehen. Stalin aber wollte den

Krieg nicht. Er wollte ihn im April 1941 ebensowenig wie im August 1939. Die Klugheit gebot ihm also, nachdem Jugoslawien spontan sein Spiel spielte und sich blossgestellt hatte, indem es das deutsche Spiel störte, die Dinge laufen zu lassen, nachdem sie die gewünschte Wendung nahmen, und kein eigenes Risiko einzugehen.

Aber eine solche Haltung hatte natürlich ihre Schattenseiten. Deutschland unterstützte offen die Länder, die seiner Politik folgten. Wenn die Sowjetunion jetzt, nachdem sie eine entgegengesetzte Politik verkündigt hatte, dem einzigen Lande, das seine Auffassungen zu teilen schien, keine Unterstützung lieh, so lief sie Gefahr, allen Gewinn aus der jugoslawischen Revolte zu verlieren. Niemand würde künftighin den russischen Communiqués Beachtung schenken. Von der Achse bedrängt und von der Sowjetunion im Stich gelassen, würde die Türkei, vielleicht sogar Jugoslawien selbst, zu einer Haltung zurückkehren, die mehr dem Dreimächtepakt angepasst wäre, und der Einfluss der Sowjets auf dem Balkan würde für alle Zukunft verloren gehen. Nach all den Presse-Communiqués den Jugoslawen keine Unterstützung zu gewähren, das hiesse, einen fälligen Wechsel nicht einzulösen. Ohne in bürgerlichen Vorurteilen zu ersticken, war die Sowjetregierung doch für Prestigefragen sehr empfindlich. Schon wandte sich die neue jugoslawische Regierung an sie, um Ermutigung zu finden. Gawrilowitsch, dem der Belgrader Aufstand ein neues Ansehen verliehen hatte, machte eine äusserste Anstrengung, um die slawische Solidarität wieder zum Leben zu erwecken. Er drängte die Sowjets, die Verpflichtungen zu halten, die unausgesprochen in ihren Communiqués standen, und liess die Serben wissen, dass eine russische Unterstützung sich demnächst bemerkbar machen werde. Vielleicht übertrieb der Gesandte in seinem Eifer und berauscht von den neuen Perspektiven, die sich einer russisch-jugoslawischen Zusammenarbeit zu eröffnen schienen, die Hilfe, welche Belgrad von Moskau erwarten konnte . . . Tatsache ist, dass die Frage eines russischen Eingreifens durch die Ereignisse noch mehr als durch die Menschen gestellt war, und dass die Sowjetregierung nicht verfehlen durfte, auf diese Frage zu antworten, wenn sie nicht ihr Ansehen und ihre Politik ernstlich beeinträchtigen wollte.

Über eine Woche lang erwog Stalin die Vorteile und die Gefahren einer klaren öffentlichen Stellungnahme. Endlich entschloss er sich, eine Geste zu machen, die angesichts der äussersten Vorsicht seiner üblichen Methoden heroisch erscheinen konnte, die aber sehr wohl abgewogen und von vornherein begrenzt war: eine Kundgebung ernster, aber platonischer Freundschaft.

Am Sonntag, den 6. April, erfuhr Moskau, als es erwachte, dass in der Nacht ein neuer Pakt abgeschlossen worden war, der Jugoslawien und die Sowjetunion durch wechselseitige Freundschafts- und Nichtangriffsverpflichtungen verband. Dieses sensationelle Ereignis erfreute sich – wie alle, die der Sowjetregierung dazu dienten, ihren Willen zu äussern oder ihre Politik unter aussergewöhnlichen Umständen zu bekräftigen – einer bis dahin unbekanntenen Publizität. Alle Zeitungen meldeten in grossen Lettern, die ihre ersten Seiten füllten, den Abschluss des Abkommens. Noch bezeichnender für die Bedeutung, welche die Herren des Kreml diesem Abkommen geben wollten, war eine Photographie, die in der gesamten Presse veröffentlicht wurde: das glückliche Lächeln des Herrn Gawrilowitsch erstrahlte dort zwischen dem wohlwollenden Lächeln Stalins, Molotows und Wyschinskis. Seit dem Moskauer Abkommen vom 21. August 1939 hatte Stalin nicht mehr auf diese Art gelächelt. Klarer und vielsagender konnte er nicht Stellung nehmen.

Die Verhandlungen, die zu dem neuen Pakt geführt hatten, waren nicht leicht gewesen. Zwei Tage und zwei Nächte hindurch sassen die jugoslawischen Delegierten – Gawrilowitsch hatte zwei serbische Offiziere zur Verstärkung erhalten, die an vorderster Stelle am Belgrader Aufstand beteiligt gewesen waren – den geschicktesten Unterhändlern des *Narkomindjel* gegenüber. Die Nacht vom Samstag zum Sonntag verlief ganz besonders bewegt. Während die fremden Diplomaten, die beim amerikanischen Militärattaché versammelt waren, ihre mageren Informationen über die jüngste Überraschung austauschten, welche die Sowjets vorbereiteten, stellten Molotow und Wyschinski den drängenden Wünschen der Jugoslawen hinhaltende Formeln entgegen. Aber um Mitternacht wandelte sich das Bild der Verhandlungen mit einem Schlage. Die Delegierten Belgrads wurden in den Kreml geladen und

sahen sich Stalin gegenüber, der sie voller Wohlwollen und in guter Laune empfing. Sie fanden ein fertig redigiertes Abkommen vor. Es handelte sich nur noch darum, es zu unterzeichnen. In weniger als einer halben Stunde hatten die Unterhändler ihre Arbeit beendet und konnten ihre glücklichen Gesichter der Neugierde der Photographen preisgeben. Während sich dann die andern Teilnehmer an diesem diplomatischen Ereignis zurückzogen, blieb Gawrilowitsch bei Stalin, und das Gespräch zog sich bis zum Morgengrauen hin. Der Herr der Sowjetunion lächelte noch immer. «Und wenn die Deutschen sich ärgern und euch angreifen?» fragte der jugoslawische Diplomat, ganz erstaunt über die Schnelligkeit, mit der die Dinge sich geregelt hatten. «Sie sollen nur kommen!» antwortete Stalin, unbeweglich und heiter. Dann sprach man von Waffen, Munition und Flugzeugen. Gegen Morgen kehrte Gawrilowitsch nach Hause zurück und schlief mit dem wohlthuenden Gefühl einer erfolgreich erfüllten Pflicht ein. Als er erwachte, musste er erfahren, dass Belgrad in Trümmern lag. In dem gleichen Augenblick, in dem der Austausch der Unterschriften im Kreml stattfand, hatte Deutschland seinen Angriff gegen Jugoslawien entfesselt.

Das Nichtangriffs- und Freundschaftsabkommen verpflichtete die Sowjetunion nicht, die Jugoslawen zu verteidigen. Es war höchstens ein Zeugnis der Sympathie, des Verständnisses und des Wohlwollens, durch das Moskau «die friedliche Haltung» der neuen Belgrader Regierung zu belohnen gewünscht hatte. Immerhin enthielt das Abkommen einige Erklärungen, die doch ein gewisses Gewicht hatten. Es bestätigte, dass die Sowjetunion «die Unabhängigkeit, die souveränen Rechte und die territoriale Unversehrtheit Jugoslawiens zu wahren wünschte». Es verpflichtete Russland, für den Fall, dass Jugoslawien angegriffen würde, ihm gegenüber nicht nur strikteste Neutralität zu bewahren, sondern auch eine wohlwollende Haltung, «die sich auf freundschaftliche Beziehungen gründete», einzunehmen. Die *Pravda* rechtfertigte in ihren Bemerkungen das Abkommen damit, dass «die jugoslawischen Völker den Frieden und nicht den Krieg wollten», und dass sie ihr Regime gewechselt hätten, «um sich nicht auf die Bahn des Krieges reissen zu lassen». Die Zeitung liess durchblicken, dass Russland

KRIEG IM OSTEN

Jugoslawien als ein angegriffenes Land, als Opfer eines ungerechten Angriffs betrachten würde, falls trotz der so betont friedfertigen Haltung Jugoslawiens ein Krieg ausbräche. Die gleiche Zeitung unterstrich «die aussergewöhnliche Bedeutung» des neuen Abkommens und erklärte, es sei «ein grundlegendes Dokument» und «ein unwiderlegliches Zeugnis» für den aktiven Kampf, den die Sowjetunion für den Frieden führe. In dieser Auslegung schien das Abkommen, das die Sowjetregierung soeben unterzeichnet hatte, wohlabgewogen, um der Sowjetunion ein Höchstmass an Vorteilen und ein Mindestmass an Gefahren zu sichern. Es versties in nichts gegen die friedliche Haltung, welche die Sowjetunion bis dahin an den Tag gelegt hatte: der ganze Wortlaut, alle von ihr übernommenen Verpflichtungen und alle von ihr bestätigten Grundsätze waren dem Frieden, der Eintracht und Freundschaft zugewandt. Wenn das Abkommen einen neuen Krieg ins Auge fasste, so nicht, um die Sowjetunion zu verpflichten, an ihm teilzunehmen, sondern lediglich, um der Sowjetregierung Gelegenheit zu geben, ihn im Voraus zu verurteilen. Im Lande selbst und im Ausland konnte die Sowjetregierung sich rühmen, sich wieder einmal der Partei des Friedens angeschlossen zu haben. Darüber hinaus diente das Abkommen der Politik der Nicht-einmischung in die Balkanangelegenheiten, welche die Sowjetunion bereits in unzähligen Communiqués dargelegt hatte. Die Sowjetregierung reichte freundschaftlich einem Lande die Hand, das auf ihre Mahnungen gehört hatte und ihren Ratschlägen gefolgt war. Sie lieb ihm eine moralische Unterstützung von unleugbarem Wert und fand die Worte, die am besten geeignet waren, die brüske politische Schwenkung zu rechtfertigen und zu verteidigen, die dieses Land eben vollzogen hatte. Sie knüpfte so Bande, die über die Gegenwart hinaus der Zukunft dienen und der Sowjetunion gestatten konnten, an dem Wiederaufbau des Balkanstatuts aktiv teilzunehmen. Das neue Abkommen bot schliesslich auch den Vorteil, Russlands Stellung als Grossmacht hervorzuheben, welche die Sowjetunion in dem allgemeinen Umsturz zu bekräftigen und zu wahren wünschte. Die Sowjetregierung scheute sich nicht, dem System Hitlers ihr eigenes politisches System entgegenzustellen: Abschluss von Nichtangriffspakten, in denen sich die Länder als Gegen-

leistung für die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit, ihrer souveränen Rechte und ihrer territorialen Unversehrtheit weder vor dem Willen eines Eroberers beugen noch sich seinen Vorherrschaftsbestrebungen anpassen mussten. Diese klare und kategorische Stellungnahme in einem der kritischsten Augenblicke des Krieges war so berechnet, dass sie das Prestige der Sowjetunion heben und von Neuem nach Moskau Blicke und Hoffnungen lenken musste, die sich von der Sowjethauptstadt abgewandt hatten, seit der Dreimächtepakt ganz allein die Geschicke der Länder des Ostens zu bestimmen schien.

Aber weiter sollten, nach den Plänen Stalins, die Wirkungen des russisch-jugoslawischen Abkommens nicht gehen. Denn die Sowjetunion versprach ihren neuen Freunden keine kriegerische Unterstützung. Im Gegensatz zum Dreimächtepakt, der zwischen seinen Unterzeichnern und Anhängern ein Militärbündnis schuf und – wie Moskau behauptete – das Ziel hatte, «die ganze Welt auf die Bahn des Krieges zu reissen», fasste der Pakt mit Jugoslawien ähnlich denen, welche die Sowjetunion mit dem Reich und mit der Türkei unterzeichnet hatte, ausschliesslich den Nichtangriff und die Freundschaft, das heisst die Verteidigung des Friedens ins Auge. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, dass Stalin mit einem längeren Widerstand Jugoslawiens rechnete, der es der Sowjetunion gestattet hätte, der Belgrader Regierung fühlbare Beweise ihrer Freundschaft zu geben. Schwärme von Sowjetflugzeugen, über Rumänien nach dem Südwesten fliegend, waren in den ernstesten Tagen der jugoslawischen Krise gemeldet worden. Aber es ist sicher, dass der kühle Rechner im Kreml auch die Möglichkeit eines raschen Zusammenbruchs des jugoslawischen Staates nicht ausgeschlossen hatte; und er hatte darauf geachtet, dass kein Punkt des Abkommens ihn hindern könnte, im richtigen Augenblick den Kopf geschickt aus der Schlinge zu ziehen. Der Eintritt einer wachsenden Zahl von Völkern in die «Bahn des Krieges» störte ihn in Wirklichkeit im Gegensatz zu seinen Beteuerungen nicht, sondern diente seinen Hintergedanken, als einziger seine militärischen Kräfte intakt zu halten bis zu dem Tage, da alle Rechnungen zu begleichen sein würden. Hingegen war er ganz und gar ehrlich, wenn er davon sprach, dass er der Sowjetunion mit allen Mitteln die Wohltaten

des Friedens sichern wolle. Gewiss war ihm nicht die Gefahr entgangen, die aus einer Unterstützung – sogar einer rein moralischen, wie er sie eben Jugoslawien gab – in einem Augenblick erwachsen konnte, in dem dieses Land dem Plan Ribbentrops und der Autorität Hitlers den Fehdehandschuh hinwarf. Aber die grösste Gefahr war nach seiner Ansicht die Existenz unbeschäftigter Reichswehrtruppen mitten in Europa. Wenn diese Truppen bei ihrer Balkanexpedition auf türkischen oder jugoslawischen Widerstand stiessen, so bedeutete das einen Gewinn für den Frieden der Sowjetunion. Inzwischen würde man wohl einen Vorwand finden, welcher der Sowjetdiplomatie gestattete, sich jeder Kriegsdrohung zu entziehen.

Stalin glaubte also, mit der Unterzeichnung des jugoslawischen Paktes weder seine Diplomatie noch seine Friedensaussichten geschädigt zu haben.

Ein Element war indessen seiner Voraussicht und seinen Berechnungen entgangen: der Beherrscher der Sowjetunion hatte nicht mit dem spontanen und einmütigen Anschluss der russischen Massen an den Freundschaftspakt mit Jugoslawien gerechnet. Diese Massen waren bis jetzt durch das ausgeklügelte Spiel der Diplomaten des Kreml nicht bewegt worden. Das Abkommen mit dem Reich hatte gewisse Parteikreise in dem Masse, in dem es die fremden Staaten verblüfft, enttäuscht oder verärgert hatte, erheitert und befriedigt: die Schüler waren stolz auf das Können ihres Meisters und freuten sich der überraschenden Vorteile, welche die Politik des Einverständnisses mit Deutschland eintrug.

Aber der Wiederhall der deutschen Siege hatte bald den Glanz der friedlichen Eroberungen der Moskauer Regierung zum Erblassen gebracht. So fern auch das Volk der Politik stand, so fühlte es doch unklar, dass die Sicherheit der Sowjetunion abnahm, je weiter die Grenzen Russlands nach Westen vorrückten. Seine Befürchtungen erhielten durch die Communiqués der Regierung neue Nahrung: die gedrechselten Worte der offiziellen Presse verbargen nur schlecht Enttäuschung und Unbehagen. Diese Gefühle bemächtigten sich der Massen, die nervös wurden durch die von Presse und Rundspruch verbreiteten Kriegsmeldungen und durch die militärischen Massnahmen, welche die Regierung

insgeheim ergriff. Der Einmarsch deutscher Truppen in Bulgarien hatte Verblüffung und Unwillen hervorgerufen. Die Belgrader Rebellion hingegen hatte eine wahre Begeisterung erregt. Die Serben waren wieder die zärtlich geliebten Kinder des Mütterchens Russland geworden. In den Zeitungen feierte man ihre Heldentaten. In den Offiziersmessen stiess man auf ihren Sieg an. Sogar in den Parteiversammlungen wurde ihr Lob gesungen. So wurde das Abkommen mit Jugoslawien als getreuer Ausdruck des nationalen Willens aufgenommen: das ganze Reich nahm mit tiefer und einmütiger Befriedigung an dieser mutigen Handlung teil.

Die Massen, die in kritischen Augenblicken einen schärferen und richtigeren Instinkt für die grossen geschichtlichen Schicksalswenden haben, fühlten voraus, dass das Abkommen mit Jugoslawien eine Gefahr ankündigte, die nicht allein den kleinen Donaustaat bedrohte, sondern auch das Reich der Sowjets berührte. Das Abkommen enthielt den Gedanken der Verteidigung, des nationalen Widerstandes, der entschlossenen Kraftanstrengung, um einen fremden, um sich greifenden und feindlichen Einfluss in Schach zu halten. Durch ihren Widerstandsgeist, durch die Begeisterung, mit der sich die russischen Massen der Gefahr entgegenwarfen, gaben sie der Haltung ihrer Führer eine Unwiderruflichkeit und eine geschichtliche Festlegung, welche die Absichten dieser Führer übertrafen und dem aufmerksamen Blick der Gegner nicht entgegen konnten.

Siebentes Kapitel

DIE REISE DES HERRN MATSUOKA: DER PAKT ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND JAPAN

Nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens erstrebt die Sowjetunion eine Annäherung an die Achse. – Japan seinerseits erstrebt ein Abkommen mit der Sowjetunion. – Die asiatische Politik der Sowjets. – Die Verhandlungen Matsuokas in Moskau; Abschluss des Neutralitätspaktes zwischen der Sowjetunion und Japan (13. April 1941). – Stalin begleitet Herrn Matsuoka auf den Bahnhof. – Tragweite und Bedeutung des neuen Paktes; die Sowjetunion bekräftigt ihre Neutralität, ihre Unabhängigkeit und ihre volle Handlungsfreiheit. – Das schicksalhafte Datum des 13. April 1941.

Die Wirkungen, die das jugoslawische Abkommen verursacht hatte, sollten nicht so bald wieder verschwinden. Hingegen dauerte die Freude, welche diese Anspannung sowjetrussischer Energie hervorzurufen hatte, nicht länger als fünf Tage.

Der Feldzug des Reichs gegen Jugoslawien war vernichtend. Am 6. April erfolgte der Luftangriff gegen Belgrad; am Abend des gleichen Tages war das Zentrum der serbischen Hauptstadt nur noch ein rauchender Trümmerhaufen. Am 9. April wurde die mazedonische Front durchbrochen, und die Deutschen drangen durch das Vardartal in Jugoslawien ein. Eine andere deutsche Armee drang über Marburg vor, eine dritte, die aus Bulgarien kam, besetzte am 10. April Nisch. Die Italiener drangen in Laibach und in Dalmatien ein. Die Eroberer schritten sogleich zur Teilung des Landes: als Belgrad am 13. April fiel, hatte Jugoslawien aufgehört zu bestehen.

Die Ereignisse waren mit einer solchen Geschwindigkeit abgerollt, dass die Sowjetregierung keine Zeit zum Einschreiten gehabt hätte, selbst wenn dies ihre Absicht gewesen wäre. Sie hatte aber gar keine Neigung

dazu. Der Zusammenbruch des jugoslawischen Staates war so plötzlich erfolgt, dass Moskau sich jeder Verantwortung ledig fühlte. Die Sowjets beklagten den Untergang des befreundeten Staates, dessen Widerstand den russischen Interessen gedient hätte und dessen rasche Vernichtung Russland der Gefahr aussetzte, dass die deutschen Truppen ihre Offensive wieder in nördliche Richtung lenkten. Dieser Zusammenbruch geschah rascher, als man in Moskau geglaubt hatte; Stalin, der selbst aus den Bergen stammte, hatte an den Wert und die Widerstandskraft der serbischen Bergbewohner geglaubt. Das Tempo der jugoslawischen Niederlage hatte den Vorteil, dass die Treue der Sowjetunion nicht auf die Probe gestellt wurde, und dass sie weder ihre Machtstellung noch ihr Ansehen eingesetzt hatte; es gestattete der Sowjetregierung, die sich nur mit Worten und durch ein nun von selbst ungültig gewordenes Stück Papier blossgestellt hatte, ihre Beziehungen zu Deutschland so weiterzuführen, als ob nichts geschehen wäre.

Man muss der Sowjetregierung Gerechtigkeit widerfahren lassen: sie tat das, was ein elementares Gefühl der Klugheit ihr gebot, ohne übertriebenen Eifer und, wenigstens zu Beginn, ohne Überstürzung. Sie leugnete ihre Freundschaft für das Land, das der letzten Prüfung erlag, nicht ab. Am 13. April – dem Tage, an dem Belgrad fiel – suchte der ungarische Gesandte Herrn Wyschinski auf, um ihn in Kenntnis zu setzen, dass die ungarischen Truppen in Jugoslawien eingedrungen waren und die Gebiete besetzten, die einst zum Königreich Ungarn gehört hatten. Die Budapester Regierung gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Sowjetregierung die ungarischen Forderungen als wohlbegründet anerkennen möge. Wyschinski erwiderte auf der Stelle – und seine Antwort wurde durch ein Sondercommuniqué veröffentlicht: «Die Sowjetregierung billigt diese Handlungsweise Ungarns nicht. Die Tatsache, dass Ungarn nur vier Monate, nachdem es einen ewigen Freundschaftspakt mit Jugoslawien unterzeichnet hatte, einen Angriff gegen dieses Land richtete, hat in der Sowjetunion einen besonders peinlichen Eindruck hervorgerufen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, in welche Lage Ungarn geraten würde, wenn seine Nachbarn einen Augenblick höchster Not ausnutzen würden, um sein Gebiet aufzuteilen, da doch

die ganze Welt von der Existenz nationaler Minderheiten in Ungarn weiss.» Und als der ungarische Gesandte erwidern wollte, dass die Sowjetunion doch Polen gegenüber auf die gleiche Art gehandelt habe, unterbrach Wyschinski die Unterredung mit einer gebieterischen Geste. *Quod licet Jovi*. . .

Diese würdige Haltung und diese stolze Sprache sollten sich bald ändern. Als die deutsche Gefahr deutlicher wurde, nahmen Stalin und seine Kollegen eine gemässigtere Haltung an, um sich der Drohung einer Invasion zu entziehen. Aber im Laufe des April glaubte im Kreml und im *Narkomindjel* noch niemand an eine unmittelbar drohende Gefahr; nur die Masse fühlte sie herannahen. Um einen Krieg, den man nicht wollte, zu beschwören, hielt man es für das Beste, bei einer Haltung zu bleiben, die im Grunde immer nur das eine Ziel gehabt hatte, eine gründliche und friedliche Aussprache mit den Achsenmächten über die sich in Osteuropa vollziehenden politischen Wandlungen herbeizuführen.

Es bedurfte aber noch einer Gelegenheit, um den friedfertigen, von jeder Parteinahme freien und immer zu Verhandlungen bereiten Geist, der die Sowjetpolitiker belebte, trotz der von den ärgerlichen jugoslawischen Ereignissen verursachten Verwirrung ins rechte Licht zu rücken. Diese Gelegenheit, die Stalin suchte, bot ihm der japanische Aussenminister Matsuoka. Vom 22. bis zum 24. März hatte er, auf der Durchreise in die Hauptstädte der Achse, in Moskau gewieilt und dort den Eindruck eines lebhaften, eifrigen und ehrgeizigen Mannes hinterlassen. Er sprach fließend englisch und war über die europäischen Angelegenheiten sehr gut unterrichtet. Während seines kurzen Aufenthaltes in Moskau hatte er am Morgen das Loblied der Achse gesungen und am Abend in der Botschaft der Vereinigten Staaten in kleinem Kreise diniert. Man schrieb ihm umfassende Pläne zur Befriedung der Welt zu. Um seine Bundesgenossen zu beruhigen, glaubte er sich verpflichtet, Eifer und Optimismus im Sinne des Dreimächtepaktes an den Tag zu legen; aber man wusste, dass er ein Freund von Kompromissen war.

Seine Reise durch Europa fiel mit unangenehmen Ereignissen zusammen: bei seiner Ankunft in Berlin erfuhr er von der Belgrader Re-

volte, bei seinem Eintreffen in Rom von der Katastrophe in Tarent; bei seiner Rückkehr nach Moskau am 7. April erwartete ihn die Nachricht von dem Freundschaftspakt, der zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien abgeschlossen worden war. Aus Tokio hatte er andere Nachrichten erhalten, die ihn noch stärker berührten. Die Regierung des Prinzen Konoï, deren Aussenminister er war, hing nur noch an einem seidenen Faden. Der Erfolg seiner Reise und ganz besonders das Ergebnis der Verhandlungen, die er in der Hauptstadt der Sowjetunion einzuleiten gedachte, würde über das Schicksal der japanischen Regierung entscheiden.

In demselben Masse wie sein Gast brauchte Stalin einen aufsehenerregenden Erfolg, um das Missbehagen zu überwinden, das durch das jugoslawische Abkommen entstanden war, und um seine Beziehungen zu den Staaten des Dreimächtepaktes wieder zu verbessern. In dem Augenblick, in dem die russisch-japanischen Verhandlungen begannen, am 8. April, waren die Sowjets noch ganz von Stolz geschwellt über den Eindruck, den ihr energisches Eingreifen in die jugoslawischen Angelegenheiten auf die Welt gemacht hatte. Aber in dem Masse, in dem die Hiobsbotschaften von der mazedonischen und von der Donau-Front eintrafen, wurde die Moskauer Regierung geneigter, die Vorteile zu würdigen, welche der Abschluss eines befriedigenden Abkommens mit dem japanischen Aussenminister bieten konnte. Dieses Zusammentreffen zwischen den drängenden Interessen der japanischen Unterhändler und den ebenso unmittelbaren und ernsten der Sowjetpolitiker trug dazu bei, den Arbeiten der beiden Delegationen einen aufsehenerregenden und dramatischen Verlauf zu geben, der an unvorhergesehenen Zwischenfällen und Überraschungen der letzten Minute reich war.

Stalin hatte einen Wink bekommen, dass Matsuoka um keinen Preis mit leeren Händen nach Tokio zurückkehren wolle. Er bemühte sich also, ihn teuer bezahlen zu lassen. Die Japaner hatten den Wunsch ausgedrückt, einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt abzuschliessen in der Art des Abkommens, das Ribbentrop am 21. August 1939 in Moskau unterzeichnet hatte. Das war das Beste, aber auch das Kostspieligste, was Stalin zu bieten hatte. Er verlangte einen hohen Preis: die Rück-

gäbe des südlichen Teils der Insel Sachalin, der Russland durch den Vertrag von Portsmouth entrissen worden war. Nach deutschem Muster erstrebte die Sowjetunion die Revision aller Verträge, die Russland Gebietsabtretungen auferlegt hatten. Der japanische Minister weigerte sich, diese Bedingung in Betracht zu ziehen, und beschränkte sich auf einen bescheideneren Vorschlag. Er verlangte einen Neutralitätspakt. Die Sowjets sagten nicht nein, aber sie stellten zwei Bedingungen: 1. Die gegenseitigen Neutralitätsverpflichtungen sollten generellen und absoluten Charakter tragen und keinen Vorbehalt und keine Ausnahme vorsehen. 2. Die Japaner sollten auf die Bergwerkskonzessionen verzichten, die ihnen der Vertrag von Portsmouth in der nördlichen, noch zu Russland gehörenden Hälfte der Insel Sachalin zugebilligt hatte.

Diese zweite Bedingung wurde, wie wir in einem frühem Kapitel gesehen haben, von den Sowjetdelegierten jedesmal gestellt, wenn Japan seine Beziehungen mit der Sowjetunion normalisieren wollte, und die japanischen Delegierten hatten sie immer zurückgewiesen. Die umstrittenen Konzessionen waren nicht mehr viel wert, aber beide Parteien versteiften sich darauf, die Stellungen zu halten, die sie seit langem verteidigten.

Viel wichtiger war die erste Bedingung. Die Sowjetunion wollte nicht zugeben, dass die gegenseitigen Neutralitätsverpflichtungen durch frühere Verpflichtungen begrenzt werden könnten, und dass Japan sich seiner Verpflichtung zur Neutralität zu entziehen vermöchte, indem es zum Beispiel den Dreimächtepakt und sein politisches und militärisches Bündnis mit Deutschland geltend machte. Moskau forderte, dass der Wert des neuen Abkommens nicht relativ, sondern absolut wäre, und dass es der Sowjetunion die Neutralität Japans selbst für den Fall eines deutsch-russischen Krieges sicherte, so wie es Japan die Neutralität der Sowjets bei einem Zusammenstoß im Pazifik sichern sollte.

Diese Forderung der Moskauer Regierung hatte eine doppelte politische Bedeutung: sie schloss einerseits jeden Versuch aus, das Band, das zwischen der Sowjetunion und Japan geknüpft werden sollte, in den Aktionsbereich des Dreimächtepaktes zu bringen. Die Sowjets hatten nicht nur den Abschluss eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes

– nach Modell Ribbentrop-Molotow – mit dem Reich der Aufgehenden Sonne, um den sich die deutschen Diplomaten so sehr bemüht hatten, unmöglich gemacht, sondern sie bekundeten hartnäckig ihren Willen, ausserhalb des politischen Systems, das der Dreimächtepakt anpries, zu bleiben und nicht zuzulassen, dass dieser Pakt ihnen irgendwie entgegen gestellt werden könnte.

Andererseits schien die von der Sowjetregierung gestellte Bedingung dem Pakt den Charakter eines Sonderabkommens zwischen *asiatischen* Mächten zu geben, der weder die japanischen Bestrebungen im Pazifik noch die europäische Politik der Sowjetunion beeinträchtigen sollte. Moskau nahm keinen Anstoss daran, auf diese Weise den Offensivgeist Japans und seine weitreichenden Bestrebungen im Süden zu ermutigen. Hatte nicht die Sowjetregierung stets in Tokio wissen lassen – und in dieser Hinsicht hatten sich die Anregungen Moskaus mit den Anstrengungen Ribbentrops vereinigt – dass die Sowjetunion nichts einzuwenden haben würde, wenn Japan seine Expansionskraft nach dem Indischen Ozean und den Meeren Australiens richtete? Eine solche Politik hatte von Seiten der Sowjets nichts Erstaunliches: ein Vordringen Japans nach dem Süden würde Ostsibirien von der japanischen Drohung befreien, China, das unter der japanischen Umklammerung nur mit Mühe atmete, entlasten und Japan in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickeln. Ein solcher Krieg musste für Japan auf die Dauer verhängnisvoll sein, er musste aber auch die Schwächen des Britischen Imperiums enthüllen, die breiten Massen Zentralasiens in ihrem nationalen Bewusstsein stärken und den Befreiungskampf Asiens fördern. Die Politik der Ermutigung, die Moskau in diesem Sinne betrieb, zeugte von viel logischerem Denken und viel weiterer Sicht als die Japanpolitik der deutschen Regierung. Denn die Lenker des Reichs sahen in der japanischen Aktion nur die Zersplitterung der britischen Kräfte und die Hilfe, die so für einen deutschen Sieg in Europa geleistet wurde. Für die Sowjets hingegen wäre eine japanische Offensive der Vorläufer einer tiefen Aufwühlung der breiten Volksmassen Asiens, die weder für Japan noch für Deutschland noch für das eigentliche englische Empire günstig sein konnte und den Sieg Asiens über Europa zu

sichern vermochte. Als Grossmacht, die sich auf zwei Kontinente erstreckte, rüstete sich die Sowjetunion, dieser ungeheuren Umwälzung der Welt beizuwohnen, welche die Massen befreien, die «imperialistischen Mächte» schwächen und damit den ideologischen Grundlagen und den politischen Bestrebungen der Sowjets in keiner Weise schaden würde. Ein Sieg Asiens über Europa, der die örtlichen Erfolge der deutschen Armee auf ein Nichts reduzieren konnte, hatte für die Sowjetunion nichts Erschreckendes. Als asiatische Macht war sie durch enge Verwandtschaft den Völkern Chinas und Indiens verbunden und bereit, sich in eine «Neuordnung» einzugliedern, neben deren Ausdehnung in Zeit und Raum die Absichten des Dreimächtepaktes sich wie kleinliche Spielereien ausnehmen mussten.

Der wesentlichste Punkt war, sich die Neutralität Japans für den Fall eines deutschen Angriffs zu sichern. Diese Bedingung war entscheidend; ohne sie war ein Abkommen mit Japan wertlos. Denn wenn man den möglichen Fall eines Krieges mit dem Reich aus dem Abkommen ausschliessen musste, so bot die Neutralität Japans keinerlei Deckung. An dem Punkt, an dem die Dinge angelangt waren, konnte die Sowjetunion mit jeder beliebigen Macht Pakte schliessen; aber Krieg konnte sie nur noch mit Deutschland führen. Von Japan eine Garantie absoluter, uneingeschränkter und ausnahmsloser Neutralität zu erhalten, bedeutete, angesichts der engen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland, die Aussichten eines deutschen Angriffs zu begrenzen.

Dies bemühte sich Stalin, der selbst den Verhandlungen präsierte, seinem hohen Gast verständlich zu machen. Matsuoka hatte es mit dem Begreifen nicht eilig. Vielleicht fühlte er sich behindert durch die lebhafteste Unterstützung der deutschen Diplomatie, die darüber wachte, dass alles entsprechend den Grundsätzen und Interessen des Dreimächtepaktes vor sich ging. Merkwürdig und bezeichnend war dabei, dass der japanische Widerstand sich auf die Bergwerkskonzessionen zu versteifen schien. Als die japanischen Unterhändler am Samstag, den 12. April, um Mitternacht den Kreml verliessen, hatten sie alle Hoffnung auf Verständigung aufgegeben. Matsuoka hatte sich, wie es schien, damit abgefunden, ein Abkommen «ohne Ausnahme und Vorbehalt» anzu-

nehmen, aber auf die Bergwerke von Sachalin wollte er nicht verzichten. Stalin hatte sich unzugänglich gezeigt und keinem Ausgleich zugestimmt. Die Abreise des japanischen Ministers war für Sonntag um drei Uhr angekündigt. Die Deutschen verbreiteten das Gerücht, die Verhandlungen seien endgültig gescheitert.

Am Sonntag, in den Morgenstunden, gab es einen ersten *Coup de theatre*: nachdem Matsuoka aus Tokio telegraphisch bevollmächtigt worden war, in einem persönlichen Brief zuzusagen, dass die Frage der Konzessionen in dem von den Sowjets gewünschten Sinne geregelt werden würde, wurden die japanischen Unterhändler in den Kreml geladen, um das Abkommen zu unterzeichnen. Die Zeremonie verlief in einer Atmosphäre froher Erleichterung; je stürmischer die Verhandlungen gewesen waren, umso angenehmer und wohltuender erschien die Entspannung. Matsuoka wurde von Stalin zu einer besonders herzlichen Aussprache zurückgehalten. Man war gezwungen, die Abfahrt des Transsibirien-Express um eine Stunde hinauszuschieben.

Als endlich der japanische Minister im Kreise seiner Mitarbeiter auf dem Bahnhof erschien, wo ihn die Diplomaten, Wirtschaftssachverständigen und Militärattachés der Achsenmächte erwarteten, vollzog sich ein zweiter Theatercoup. Unter dem Stimmengewirr überraschter Menschen, geschäftiger Polizisten und im Laufschrift herbeieilender Miliz erschien Stalin am Ende des Bahnsteigs und schritt auf die Gruppe der abreisenden Japaner zu. Sein Erscheinen rief unter den Diplomaten eine wahrhafte Bestürzung hervor: noch nie hatte der Beherrscher Russlands, der so selten in der Öffentlichkeit erschien, einem ausländischen Gast diese Ehre erwiesen.

Mit etwas unsicheren Schritten, als ob die frische Luft, die unmittelbare Berührung mit der Masse und seine eigene Kühnheit ihn berauschten, kam Stalin daher. Als ob er in jedem Anwesenden einen Bruder erkannte, drückte er den Reisenden und den Beamten auf dem Bahnsteig die Hand. Dann begrüßte er seinen japanischen Gast, der ihm mit ernster Miene und in feierlicher Bewegung entgegengekommen war. Darauf wandte er sich zu der ordensgeschmückten Gruppe der Militärattachés und gab allen Offizieren, die ihm vorgestellt wurden, den

Bruderkuss. Vor dem deutschen Generalstabsobersten von Krebs, der Achtungstellung angenommen hatte, blieb Stalin stehen, legte ihm einen Arm um die Schulter und sagte mit einem Augenzwinkern: «Wir werden immer Freunde bleiben, nicht wahr!»

Dieses historische Wort entging keinem der Journalisten, die hinter den Diplomaten standen; eine halbe Stunde später machte es die Runde um die Welt.

Unbeachtet verliess der Zug mit Matsuoka den Bahnhof. Alle Blicke waren auf Stalin gerichtet, und der Weg zu seinem Auto wurde zu einem wahren Triumphzug für ihn. Die Menge, die ihn erkannt hatte, brachte ihm Huldigungen dar, während die Mitglieder der japanischen Botschaft, verwirrt durch die Ehre, die er ihrem Lande erwiesen hatte, ihn voller Begeisterung und Dankbarkeit begleiteten. Der kleine Botschafter Tatekawa stieg auf eine Bank, schwenkte sein Taschentuch und schrie mit schriller Stimme: «Spassibo, spassibo! . . .» (Danke, danke!)

Stalin schien zufrieden, und unter seinem dichten ergrauten Schnurrbart wurde ein fröhliches Lächeln sichtbar. Die jugoslawische Geschichte war vergessen: durch ein geschicktes Manöver und eine neue Sensation hatte er die ärgerliche Erinnerung an das Abkommen weggewischt, das er mit einem kleinen Lande unmittelbar vor seinem Zusammenbruch abgeschlossen hatte. Der Besuch Matsuokas, aus dem er den grösstmöglichen Vorteil zu ziehen verstand, hatte ihm Gelegenheit geboten, sich mittelbar Deutschland zu nähern, den Obersten von Krebs zu umarmen und seine guten Absichten gegenüber seinen alten Partnern zu beweisen, ohne eines seiner eigenen Interessen zu opfern und ohne eine Bindung einzugehen, die seine volle Handlungsfreiheit hätte stören können.

Der Pakt, den er soeben mit Japan unterzeichnet hatte, befriedigte ihn in jeder Hinsicht: er behinderte seine Bewegungen nicht, beeinträchtigte nicht seine Neutralität und gab ihm die Sicherheit, deren er bedurfte. Dieser Pakt war im Grunde viel fester und beruhigender als der, den er mit Ribbentrop abgeschlossen hatte. Die Sowjetunion und Deutschland hatten sich durch einen Vertrag verbunden, der sie in Polen,

an der Donaumündung und auf dem Balkan einander gegenüberstellte – die Sowjetunion und Japan aber waren übereingekommen, sich in Asien den Rücken zu kehren. In der Politik schafft eine solche Haltung wirkliche Freundschaften. Das Übereinkommen war geeignet, über alle Voraussetzungen und Wahrscheinlichkeiten hinweg zu dauern. Stalin, der gewisse asiatische Blicke abzuschätzen verstand, hatte aus seinem Gedankenaustausch mit dem Vertreter Japans den Eindruck gewonnen, dass sie nicht nur einig geworden waren, sondern dass sie sich wirklich verstanden hatten.

Die Sowjetpresse erläuterte das neue Abkommen im Sinne eines vollkommenen und hervorragenden diplomatischen Erfolges. Die Moskauer Zeitungen verbargen ihre Freude nicht und betonten, dass die Sowjetunion einen neuen Beweis ihres Friedenswillens gegeben und gleichzeitig ihre Stellung vollständiger und absoluter Unabhängigkeit gefestigt habe. «Dieser Erfolg der Sowjetdiplomatie», schrieb der *Rote Stern*, «hat dazu beigetragen, den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan feste Grundlagen zu geben, auf denen sie sich von nun ab friedlich entwickeln können, und er hat von Neuem die unabhängige Haltung der Sowjetunion bestätigt.» Die *Pravda* ging noch weiter. Sie bediente sich des oft gebrauchten Mittels einer Polemik gegen die englischen und amerikanischen Zeitungen, die versucht hatten, die Bedeutung des Abkommens herabzusetzen; sie zeigte die Widersprüche zwischen diesen Zeitungen, von denen die einen behaupteten, das Abkommen sei durch Deutschland aufgezwungen worden, während die andern die Ansicht vertraten, es habe die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Reich abgekühlt. Dann schrieb die *Pravda* wörtlich: «Es ist hohe Zeit, dass man begreift, dass die Sowjetunion ihre eigene Politik treibt, unabhängig und frei von jedem fremden Einfluss. Diese Politik wird ausschliesslich durch die Interessen des Sowjetvolkes, des Sowjetstaates und des Friedens bestimmt.» Dann erinnerte die *Pravda* daran, dass die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan sich immer «ausserhalb jedes amerikanischen oder europäischen Einflusses» entwickelt hätten, und dass sie jetzt an «einem natürlichen Ergebnis dieser Entwicklung» angelangt seien.

Diese Kommentare zeigten gut den Geist, in dem Stalin verhandelt hatte, und gaben die genaue Auslegung und Bedeutung an, die er dem Abkommen mit Japan zugeschrieben wissen wollte. Die russisch-japanischen Fragen gingen weder Amerika noch Europa etwas an. Das waren Fragen der guten Nachbarschaft, die nur diese beiden Nachbarn angingen, und Fragen Asiens, die allein von asiatischen Staaten behandelt, und gelöst werden konnten. Bei der Verständigung mit Japan hatte sich die Sowjetunion den Forderungen des Reichs so wenig unterworfen wie es die Interessen der Vereinigten Staaten berücksichtigt hatte. Sie hatte nur ihrem freien Willen gehorcht und nur an ihre eigenen Interessen gedacht. Gewiss hatte sie, wie stets, eine Politik des Friedens verfolgt – genau so, wie sie es gegenüber Deutschland und andern Mächten tat. Aber die Sicherheitsgarantie, die sie sich in Asien verschafft hatte, behinderte ihre Handlungsfreiheit in Europa in keiner Weise. Im Gegenteil: die Sowjetunion war nun im Osten besser gesichert und konnte infolgedessen im Westen unbehinderter die Regelung der grossen Fragen verfolgen, die sie interessierten. Um diese Haltung klar zum Ausdruck zu bringen, wurde der Ton der *P ran'da* manchmal etwas schärfer: «Getreu ihrer Friedenspolitik hat die Sowjetunion niemandem gestattet und wird niemals jemandem gestatten, ihr eine Politik aufzuzwingen, die ihren Interessen entgegengesetzt ist.» Durch seine Begeisterung mitgerissen, entlieh sich der Offiziosus der bolschewistischen Partei aus dem nationalsozialistischen Vokabular einige der ihm besonders teuren Ausdrücke und gab Aphorismen von sich, die recht beunruhigende Perspektiven zu eröffnen schienen: «Das neue Abkommen wird der Sowjetunion und Japan erlauben, ihre besondern historischen Missionen zu erfüllen . . .»

Was konnte Herr von Schulenburg von derartigen Feststellungen denken? Der deutsche Botschafter hatte seit dem Abschluss des Abkommens mit Jugoslawien trübe Tage verbracht. Er fühlte die Unzufriedenheit des Reichs grollend anwachsen, während anderseits auch die sowjet-russische Öffentlichkeit immer feindseligere Empfindungen gegenüber ihren Nachbarn in Europa hegte. Das Interesse, das Stalin seinem japanischen Gast bekundete, hatte zunächst die Botschaft bis zu einem ge-

DER PAKT ZWISCHEN SOWJETUNION UND JAPAN

wissen Grade über die Absichten des Kreml beruhigt. Es war klar, dass Stalin ein Mittel suchte, sich aus dem unglücklichen jugoslawischen Spiel zurückzuziehen, und dass er keinerlei aggressive Absicht gegen Deutschland hatte. Die militärischen Vorbereitungen, die Moskau in aller Stille traf, die Truppenverschiebungen an die Westgrenze und das Auftauchen von Hunderten von Militärflugzeugen bei Tage und vor allem bei Nacht beunruhigten den Botschafter des Reiches nicht; er betrachtete diese Vorbereitungen als Massnahmen rein defensiven Charakters, denen zumindest ebenso bedeutende Vorkehrungen der Deutschen entsprachen. Hingegen war die Wendung, die die Zusammenkunft Stalin-Matsuoka genommen hatte, befremdlich und enttäuschend. Das russisch-japanische Abkommen hatte die Sowjetunion nicht, wie es die deutschen Diplomaten erhofft hatten, auf die Seite der Achse gezogen, sondern hatte den Japanern und den Sowjets gestattet, gewisse asiatische Gemeinsamkeiten zu entdecken, die sich schwer mit den Plänen der Wilhelmstrasse vereinigen liessen, und die man auf keinen Fall in den Dreimächtepakt einfügen konnte. Für Graf Schulenburg hatten die Machenschaften der Sowjetdiplomatie kein anderes Ziel, als Zeit zu gewinnen und allenfalls neue Aussprachen mit den Achsenmächten herbeizuführen. Der Botschafter fürchtete aber das Echo, das die Prahlerereien der Sowjetunion in Berlin haben konnten, und die Wirkung dieser unermüdlich wiederholten Versicherung, dass die Sowjets keine ausländische Einmischung hinnähmen und nur ihre eigenen Interessen verfolgten. In normalen Zeiten wäre eine solche Sprache seitens einer Grossmacht absolut natürlich gewesen; aber in Kriegszeiten musste eine so kategorische Bekundung des Geistes der Unabhängigkeit und einer eigenen Politik grössten Massstabes die kriegführenden Staaten beunruhigen und die imperialistischen Ziele stören, die einige von ihnen unter schwersten Opfern in unbestimmter Richtung und ohne genaue Abgrenzung verfolgten. In einer von Grund auf erschütterten Welt, in der entfesselte Kräfte ohne Mass herrschten, zu betonen, dass man nicht bei einem der Kämpfenden stand – hiess das nicht, wie die Dinge nun einmal lagen, gestehen, dass man gegen ihn war? Wer die empfindliche und gereizte Laune der deutschen Regierung kannte, für den war es klar, dass

KRIEG IM OSTEN

Berlin von allen Auslegungen, die man den Taten und Gesten der Sowjetregierung vom Abkommen mit Belgrad bis zum Abkommen mit Tokio geben konnte, die schlimmste wählen würde. So entschied sich der Botschafter, einer überstürzten Entscheidung durch eine neue Reise zum Führer und zu Herrn von Ribbentrop zuvorzukommen.

Für die Geschicke der Sowjetunion war der 13. April 1941 ein entscheidendes Datum: man zog den Schlussstrich unter eine Vergangenheit, festigte die gegenwärtige Lage und entdeckte eine drohende Zukunft. An diesem einen Tage drangen im Morgengrauen die deutschen Truppen in Belgrad ein, unterzeichnete am Mittag Matsuoka den Neutralitätspakt und bestieg am Abend Herr von Schulenburg, von düstern Vorahnungen erfüllt, den Zug nach Berlin.

HITLER WÄGT AB: ARGUMENTE FÜR UND GEGEN DEN KRIEG IM OSTEN

1. Der Führer stellt die negativen Ergebnisse des Moskauer Abkommens fest. – Gründe, die für den Krieg sprechen: der erbarmungslose Kampf gegen England erfordert die Eingliederung Russlands in die «Neuordnung»; das Reich kann im Osten die Produkte und den Raum finden, deren es bedarf, um bis zum Siege durchzuhalten; die militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion werden mehr und mehr eine drohende Gefahr.

2. Zwei widerspenstige Botschafter: die Einwendungen Caulaincourts und die des Grafen von Schulenburg. – Politische, wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte, die gegen den Krieg sprechen. – Die Kriegspartei scheint das Übergewicht zu bekommen. – «Genie» – und Verhängnis.

I.

Der Balkanfeldzug, den die Wehrmacht in einem betäubenden Rhythmus geführt hatte, und der es Deutschland ermöglichte, vor Ende April den letzten Widerstand auf dem europäischen Kontinent zu brechen – am 22. April kapitulierte die griechische Armee im Epirus und am 27. April zogen die Deutschen in Athen ein – stellte Hitler vor die Aufgabe, die Ostprobleme in ihrer Gesamtheit einer neuen Prüfung zu unterziehen. Dank den Siegen seiner Armeen hatte er sehr schnell die notwendige Atempause, um seine Aufmerksamkeit den russischen Fragen zuzuwenden. Es handelte sich, kurz gesagt, darum, die Bilanz zu ziehen unter jene Folge von verschiedenen Ereignissen und Handlungen, die man seit dem 21. August 1939 die deutsch-russische Zusammenarbeit oder auch die Politik der «Neuordnung» in Osteuropa nannte.

Hitler hatte sich mit der Sowjetunion verständigt, um im Westen die Hände frei zu haben und den Krieg gegen England bis zum Ende, bis zur Kapitulation Englands oder zum endgültigen Zusammenbruch des britischen Empires führen zu können. In seinen politischen Träumen

hatte sich der Führer verleiten lassen, einigen vertrauten Freunden und sogar einigen fremden Politikern zu gestehen, dass er, getreu seiner Lehre in *Mein Kampf*, geheime Sympathien für das englische Weltreich hegte, in dem er das der Welt zugewandte Gesicht Europas sah. Aber das änderte nichts an der Sachlage. Die Erfordernisse eines Kampfes auf Leben und Tod, auf den er sich eingelassen hatte, gingen über seine geheimen Sympathien hinweg. Als er Herrn von Ribbentrop nach Moskau geschickt hatte, wusste er, dass er Polen angreifen würde; als er Polen angriff, war ihm bewusst, dass Grossbritannien sein Wort und seine Ehre verpfändet hatte, dieses Land zu verteidigen. Als der europäische Krieg ausbrach, musste ihm angesichts des britischen Charakters klar sein, dass es für ihn, für sein Regime und sogar für sein Land – mindestens so lange er es beherrschte – keine Gnade und keine Rettung im Fall einer deutschen Niederlage geben könnte. Er hatte also, welches auch seine früheren Sympathien und Antipathien sein mochten, entschlossen Partei ergriffen: gegen den Westen zu kämpfen und sich von Moskau den Rücken decken zu lassen.

Mit einer geistigen Beweglichkeit und revolutionären Glut, die ihn von einem Extrem ins andere warfen, hatte er sogleich die geeigneten Formeln erfunden, um seinen Stellungswechsel zu rechtfertigen. Seine Anhänger und Propagandisten, die ebenso beweglich waren wie er und sich ebensowenig an den Inhalt der von ihnen benutzten Formeln gebunden fühlten (nur die Wirkung auf die Massen zählte), verbreiteten die neue Wahrheit: das proletarische Deutschland stützte sich auf die Völker der Sowjetunion, die von dem Hauch des Nationalismus aufgerichtet wurden, und bekämpfte die Plutokratie, deren letzte Zuflucht das britische Empire war. Es gab keinen Zweifel: dieses britische Weltreich war der Hauptfeind, den man um jeden Preis vernichten musste. Alle andern Mächte, welches auch ihre Vergangenheit und ihre Regime sein mochten, waren Freunde oder Feinde je nach dem, ob sie die Verwirklichung dieses höchsten Zieles erleichterten oder nicht. Das war so bestimmend, dass Hitler in dem Augenblick, in dem ihm die Freundschaft mit Sowjetrußland nicht mehr genügte, um seine Pläne auszuführen, über Moskau hinaus an den fernen Grenzen Asiens einen Bun-

desgenossen fremder Rasse suchte – um sich mit ihm zur Zerstörung dieses Weltreichs zu verbinden, in dem er zu Beginn seiner Laufbahn das repräsentative Gesicht Europas gesehen hatte.

Es wäre sinnlos, in der Schwenkung der Hitlerschen Politik gegenüber Russland einen Widerspruch zu suchen. Der grosse Führer der Massen hatte sich seiner Gedanken immer nur zu dem einzigen Zweck bedient, sein Handeln vorzubereiten, zu lenken und zu begleiten. Es gab keinen Widerspruch zwischen dem Hass, den Hitler England entgegenbrachte, weil es sich der Verwirklichung seiner Pläne in Europa und in der Welt entgegengestellt hatte, und jenem andern Hass, den er einst unterschiedslos dem Kommunismus und dem Liberalismus gewidmet hatte, da sie ihm den Zugang zur Macht versperrten. Der Gegenstand seiner Abneigung hatte gewechselt, aber das bewegende Motiv war das gleiche geblieben; und der Mann war so grenzenlos in seinem Ehrgeiz, so unbezähmbar in seiner Leidenschaft und so bereit, vor jedem Hindernis in Harnisch zu geraten, wie er es während seines ganzen Lebens gewesen war.

England aber und sein Empire waren das ständige Hindernis auf dem Wege seiner unbegrenzten politischen Ambitionen. Je höher der Führer emporstieg, je weiter sich seine Macht über die Grenzen des Reiches hinaus erstreckte, um so mehr musste auch sein Zorn gegen dieses Hindernis England alle andern Leidenschaften zurückdrängen. Darum konnten sich seine alten Gefühle gegen Moskau, die gewiss nicht herzlich gewesen waren, diese, neuen Leidenschaft unterordnen, und darum war der Führer auf seine Art aufrichtig und sich selber treu geblieben, als er seine Freundschaft der Sowjetmacht antrug, die ihm helfen konnte, sein oberstes Ziel zu erreichen.

Um aber die Sowjetunion endgültig in sein politisches und gefühlsmässiges System einzugliedern, kam es darauf an, ob sie bis zum Ende die Rolle eines sicheren und nützlichen Helfers in diesem erbarmungslosen Kampf spielen wollte und konnte. Als Gegenleistung dafür, dass er der Sowjetunion ermöglicht hatte, ihre alten Grenzen von 1914 zurückzugewinnen, verlangte Hitler von ihr keine aktive Unterstützung in diesem grossen Kriege, ausser dass sie dem Deutschen Reich

KRIEG IM OSTEN

das Getreide und die Rohstoffe zu liefern hatte, deren es bedurfte. Aber Russland sollte sich ruhig verhalten, es durfte keine der militärischen oder politischen Bewegungen des Reichs stören, keine Befürchtungen wecken und keine Vorsichtsmassnahmen notwendig machen, welche das kriegerische Unternehmen Deutschlands gestört oder durchkreuzt hätten. Es durfte weder die Aufmerksamkeit noch die Kräfte des Reichs vom Feld der Hauptoperationen ablenken und keine andern Fragen aufwerfen als die, welche der Generalstab und die Wilhelmstrasse zu lösen bemüht waren, und die alle mit der Bekriegung und der Besiegung Englands in Zusammenhang standen.

Denn wenn die Sowjetunion sich nicht diesem Plan wohlwollender Neutralität und passiver Zusammenarbeit nach den Absichten des Führers unterwarf – wenn sie nicht einwilligte, sich für die Dauer der Feindseligkeiten vom Manöverfeld der Weltgeschichte zurückzuziehen – wenn sie nicht guten Willen bekundete, sich der Politik des Reichs auf dem Balkan und im Fernen Osten anzupassen – wenn sie die deutschen Armeen zwang, im Osten vom Baltikum bis zur Donaumündung Wache zu halten – wenn sie sich widersetzte und Ansprüche erhob – wenn sie, mit einem Wort gesagt, versuchte, aus den Schwierigkeiten Vorteil zu ziehen, in denen sich Deutschland befand: dann beschränkte die Unabhängigkeit der Sowjetunion die Handlungsfreiheit des Reichs und diente dem britischen Widerstand. Dann wurde die Sowjetunion ein Hindernis auf dem Wege zum Sieg genau wie England, und Deutschland war gezwungen, gegen seinen Willen, das russische Problem in den Zusammenhang jener Weltprobleme zu rücken, die es mit Gewalt zu lösen auf sich genommen hatte.

Konnte Russland noch den Plänen des Reichs dienen, oder musste es, nachdem es sich geweigert hatte, das ihm vorgeschriebene Spiel zu spielen, als Gegner behandelt werden?

Das war die Frage, die der Führer zu prüfen hatte, und zwar unter drei Gesichtspunkten: dem politischen, dem wirtschaftlichen und dem militärischen.

Politisch gesehen war es eindeutig, dass die Sowjetunion gegenüber dem Reich nicht mehr die gleiche Haltung einnahm wie am Tage nach dem

Moskauer Abkommen. Damals hatte Russland viel dazu beigetragen, dass der Krieg ausbrach; es war klar, dass es nicht daran dachte, in der gleichen Art dazu beizutragen, dass der Krieg ein Ende nähme. Musste man sich da über die Missverständnisse wundern, die die Übereinstimmung zwischen den beiden Diktatoren trübten? Stalin hatte keine Eile, den Krieg enden zu sehen, denn es war der Krieg der andern. Hitler wollte den Sieg. Über seine militärischen Anstrengungen hinaus gewährte er die Vorzüge einer unbegrenzten Macht. Unter diesen Umständen war es natürlich, dass die Wege der beiden Partner sich trennten, je weiter sich die Feindseligkeiten entwickelten.

Hitler konnte sich nicht mit den Gesichtspunkten begnügen, die ihm sein Botschafter in Moskau zur Erwägung empfahl. Es kümmerte ihn wenig, dass die deutsche Politik durch ihre brutalen Methoden dazu beigetragen haben sollte, die Sowjetregierung abzustossen und sie zu Reaktionen zu veranlassen, bei denen sie ihre Unabhängigkeit betonte und ihre schlechte Laune bekundete. Die deutsche Politik, so dachte er, war so, wie sie von den Kriegsnotwendigkeiten und vom Siegeswillen bedingt war; Sache der Neutralen war es, sich zu beugen und sich dem Vorgehen eines Landes anzupassen, das sich mitten im Gefecht befand und seine Methoden nicht nach Belieben wählen konnte. Die Neutralen, die sich nicht anpassten, bewiesen mehr als nur schlechte Laune; sie enthielten feindliche Hintergedanken und Absichten, die eines Tages gefährlich werden konnten. Im übrigen war es der Sowjetunion nicht gelungen, das Spiel, das sie während des deutschen Balkanfeldzuges getrieben hatte, zu verbergen. Zur Zeit des Wiener Schiedsspruches war sie beleidigt und verärgert gewesen; anlässlich des Durchmarsches deutscher Truppen in Bulgarien liess sie ihrer Unzufriedenheit freien Lauf; sie hatte ihre Hintergedanken nicht verborgen, als sie die Türkei zum Widerstand antrieb; schliesslich hatte sie ihre feindlichen Absichten ungehemmt bekundet, als sie den jugoslawischen Aufstand offen unterstützte. Dieses letzte Unternehmen, das er nach den Berichten der deutschen Diplomaten nicht hatte voraussehen können, rief den Zorn des Führers hervor und weckte in ihm Befürchtungen über die künftige Rolle Russlands. Was blieb denn noch von der Ostpolitik Ribbentrops

nach dem Abschluss des Freundschaftspaktes zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien? Wo waren die Sicherheit, die Ruhe, die freundschaftliche und wohlwollende Unterstützung, die man von russischer Seite erreicht zu haben glaubte? Durch scharfe Communiqués, voll unausgesprochener Bitterkeit, die wie mit Nadelstichen die Eigenliebe der deutschen Staatslenker trafen, hatte sich Russland gegen die Balkanpolitik des Reiches gestellt. Nachdem die Sowjetunion den Widerstand der Bulgaren und dann den der Türkei ermutigt hatte, besass sie die ausserordentliche Kühnheit, ihre Karten aufzudecken, indem sie ihre schützende Freundschaft über das aufständische Jugoslawien breitete und den Absichten der Achse auf dem Balkan das Abkommen mit den Auführern von Belgrad entgegenstellte! Wie konnte man künftighin auf die Neutralität eines Staates rechnen, der nicht nur offenbarte, dass seine Interessen denen der Achse zuwiderliefen, sondern der sein Prestige als Grossmacht eingesetzt hatte, um die Kriegspläne zu durchkreuzen und zum Scheitern zu bringen, mit denen Berlin und Rom zum Siege zu gelangen hofften? Wie konnte man insbesondere neue Pläne gen Süden verfolgen, die Probleme Kleinasiens, Syriens, des Iraks, Palästinas und Ägyptens in Angriff nehmen, wie konnte man die notwendigen Kräfte für einen Entscheidungskampf gegen die englischen Stellungen im östlichen Mittelmeer einsetzen – wenn man im Rücken das immer beträchtlichere Gewicht der Sowjetdivisionen hatte, die zweifellos bereit waren einzugreifen, sobald sich die Gelegenheit, die sie durch den Zusammenbruch Jugoslawiens versäumt hatten, von Neuem unter günstigerem Vorzeichen böte?

Hätte wenigstens die Diplomatie des Reiches es fertiggebracht, die Sowjetunion derart in die Zange des Dreimächtepaktes zu nehmen, dass das Bündnis zwischen der Achse und Japan seine Bewegungsfreiheit behindert und seine europäische Politik lahmgelegt hätte! Aber Hitler begriff gut, dass die Sowjetregierung wiederum ihre Geschicklichkeit bewiesen hatte, als sie die Pläne Berlins durchkreuzte: das Abkommen, das Moskau mit Tokio zu unterzeichnen gelungen war, band den Sowjets keineswegs die Hände, sondern gab ihnen in Asien zusätzliche Sicherheit, aus der sie in Europa ihren Gewinn ziehen konnten. Ausserdem

liess die Sowjetregierung nicht davon ab, mit beunruhigender Hartnäckigkeit ihre Unabhängigkeit und ihre volle Handlungsfreiheit zu verkünden – ebenso wie ihren entschlossenen Willen, keine fremde Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten zu dulden und mit aller Entschiedenheit eine Politik zu verfolgen, die sich ausschliesslich nach den Interessen der Sowjetunion richtete. Was konnten diese unaufhörlich wiederholten Erklärungen anderes bedeuten, als dass die Sowjetunion, im Bewusstsein ihrer Stärke und der Vorteile ihrer Lage, gestützt auf ihre klug ausgehandelten Abkommen und ihre an den Grenzen aufgestellten Divisionen die Absicht hatte, ihre Karten auszuspielen, wann ihr es passte und ohne Rücksicht auf irgendjemanden? Zwischen den Verteidigern der alten Ordnung, die auf britischer Seite kämpften, und den Anhängern der «Neuordnung», die mit der Achse marschierten, gab es also eine dritte Partei, die der Sowjetinteressen und der Sowjetordnung. Noch nahm sie am Kriege nicht aktiv teil, aber sie war nicht weniger entschlossen, seine Ergebnisse auszunutzen, und behielt sich vor, am Ende des grossen Ringens ihr schweres und entscheidendes Wort in die Waagschale zu werfen. Auf diese Art konnte ein neutrales Russland störender werden als ein kriegführendes, denn es verfälschte durch seine Neutralität alle Berechnungen, verwirrte alle Manöver, machte alle militärischen Erfolge illusorisch und bewahrte sich für den Tag des Friedens und der grossen Abrechnung eine Stellung, die günstiger war als die, welche sie durch Beteiligung am Kampf hätte erringen können. Das Abkommen zum Beispiel, das die Sowjetunion mit Jugoslawien geschlossen hatte, war nicht imstande gewesen, die Vernichtung des Staates König Peters und seine sofortige Zerstückelung zu verhindern; aber es hielt doch diesem Lande, dessen Daseinsberechtigung die Sowjetunion feierlich anerkannt hatte, einen Platz in jener Neuordnung offen, die man schon jetzt im Gegensatz zu den Plänen der Achse vorbereitete.

Aber wozu war es dann gut, eine solche Neutralität der Sowjets zu schonen? Hatte das Reich so viele Grundsätze preisgegeben, so viele Länder geopfert und die Sowjetunion zu ihrem Partner und Freund gemacht, um dahin zu gelangen? Hatte man ihm die Tore Europas geöffnet und ihm die baltischen Staaten, Ostpolen und Bessarabien lediglich

dazu überlassen, um seine Begehrlichkeit zu wecken, seinen Appetit zu reizen, seine Kräfte zu steigern und ihm Ausgangspunkte einzuräumen, die auf dem Wege zu den von Deutschland begehrten Gebieten lagen? Hatte Hitler die Karte der Revolution gegen den westlichen Liberalismus ausgespielt, seine treuesten Schüler enttäuscht, seine Lehren in Frage gestellt und seine Partei in Verwirrung gebracht – nur um den Triumph Moskaus zu erleichtern und im Voraus seine Siegesaussichten aufs Spiel zu setzen?

Solche Betrachtungen, die sich dem Führer bei seinen Überlegungen aufdrängten, mussten ihn in die Versuchung bringen, wieder einmal die Richtung seines politischen Handelns und seiner militärischen Unternehmungen umzukehren. Nichts konnte für diesen kämpferischen Geist, der immer bereit war, der Gefahr entgegenzutreten und jeder Schwierigkeit zuvorzukommen, um sich niemals von den Ereignissen überraschen zu lassen, verlockender sein, als in der Atempause, die ihm sein langer gewaltiger Krieg gegen England liess, in die Kette der militärischen Auseinandersetzungen eine rasche und glänzende Episode einzuschalten: die Eroberung Russlands.

Ein Feldzug im Osten bot nicht nur den Vorteil, dass man mit dem Schwert die unentwirrbare Lage durchhieb, die sich seit dem Moskauer Abkommen zwischen dem Reich und der Sowjetunion entwickelt hatte; er konnte auch von vornherein das Unheil beschwören, das die Welt zu treffen drohte, wenn am Ende des Krieges die Sowjetunion noch stark und aufrecht dastand. Seit Beginn der europäischen Krise wurde Hitler von der Idee geplagt, ein Krieg im Westen könnte derartige Zerstörungen verursachen, dass zum Schluss Sieger und Besiegte unter den gleichen Trümmern lägen und einzig die Bolschewisten aus dem allgemeinen Ruin ihren Vorteil zögen¹⁾. Diese Angstvorstellung hatte allerdings den Führer nicht abgehalten, den Krieg anzufangen, und hatte ihn nicht gehindert, sich mit den Bolschewisten zu verständigen, um den Westen zu vernichten. Aber in einem Augenblick, in dem die Haltung

¹⁾ Hitler hat diesen Gedanken, genau in diesen Ausdrücken, im Verlauf einer Audienz zum Ausdruck gebracht, die er mir am 19. April 1939 in der Reichskanzlei in Berlin gewährte.

der Sowjets gewisse stille Absichten, die Hitler schon immer gefürchtet hatte, zu enthüllen schien, konnte diese Idee von Neuem seinen Geist beeinflussen.

Ein Feldzug gegen die Sowjetunion war natürlich überflüssig, wenn Deutschland hoffen konnte, den Krieg gegen England noch im Laufe des Jahres 1941 zu beenden. Dann wären die Kräfte des Reichs stark genug, die Sowjetarmee in Schach zu halten und Hitler zu gestatten, einen Frieden zu diktieren, wie er ihn wollte. Aber die Fragestellung war ganz anders, falls der Krieg sich in die Länge zöge. In diesem Fall mussten Zeit und Raum zugunsten des britischen Empires wirken. Zwar hatte Deutschland glänzende Erfolge davongetragen; aber seine Siege hatten es nur bis an die Grenzen Europas geführt. Es hatte einen Erdteil erobert; um ihn in der Hand zu behalten, musste es vier andere Kontinente und ebenso viele Meere erobern. Wenn es jemals den Atem verlore, dann würde Moskau gefährlich werden. Wenn es hingegen vorher mit Moskau fertig würde, dann hätte es Zeit und Raum auf seiner Seite. Dann konnte Deutschland warten: die Reichtümer der Ukraine würden die Ausfälle ersetzen, die die britische Blockade verursachte. Dann würde Deutschland England auf gleichem Fusse bekämpfen, von Kontinent zu Kontinent. Und am Tage des Sieges gäbe es dann nicht mehr eine Macht, die im Dunkeln auf der Lauer lag, um ihm die Früchte seines Sieges streitig zu machen und den Glanz seines Triumphes zu verdunkeln.

Der Gedanke eines Krieges gegen Russland – ein Gedanke, den manche Politiker und Militärs des Reiches immer gehegt hatten – den aber die ausschlaggebenden Männer erst im Frühjahr 1941 ernsthaft ins Auge fassten – war also ganz und gar durch die Notwendigkeiten des Krieges gegen England bedingt: die Frage eines Feldzuges im Osten stellte sich von Neuem mit äusserster Klarheit vor die Gedanken des Führers, weil er in seinem erbarmungslosen Kampf gegen den englischen Feind die Arme frei haben musste – weil er einen ausgedehnten, reichen und fruchtbaren Raum brauchte, um in einem Abnutzungskrieg besser und länger widerstehen zu können – weil er bis zum Schluss allein bleiben musste, allein besonders, wenn das Ende da war. Diese Gedanken hatten den Vorzug, Hitler zu den ihm teuersten Lehren aus

Mein Kampf zurückzuführen. Sie befriedigten sein Bedürfnis nach einem Raum, der ausgedehnt und unbegrenzt war und doch nah und unmittelbar mit dem Reichsgebiet verbunden: ein Raum, der durch die Arbeit und die Kolonisation des deutschen Volkes das Gebiet Grossdeutschlands bis zur Krim, bis zum Kaukasus und darüber hinaus erstrecken konnte. Ein solches Eroberungsziel war verlockender als all die kleinen europäischen Länder, die arm und unruhig waren, ohne Hilfsquellen und voller Ansprüche, und in denen man nichts anderes erzielte als Widerstand und Unverständnis, Verachtung und Hass, ob man nun als Besatzungsmacht den Weg der Brutalität oder der Milde, der Heftigkeit oder der Versprechungen versuchte. Stand man aber in der Ukraine und im Kaukasus, so war man Herr der fruchtbarsten Erde und des reichsten Bodens der Welt, verfügte über ein Binnenmeer und beherrschte die grossen Strassen, die nach Asien hineinführen und zum Persischen Golf wie nach Indien hinabsteigen. Dann bedurfte das Reich keiner andern Eroberung mehr, um nicht nur Europa, sondern alle Weltteile in seiner Abhängigkeit zu halten. Eine solche Aussicht liess als weitem Vorteil auch die Möglichkeit eines leichten und rascheren Friedens mit Grossbritannien voraussehen. Denn wenn der britische Widerstand sich ewig in die Länge ziehen sollte, so hätte Deutschland, da es über den Reichtum der ungeheuren russischen Territorien verfügte, immer die Möglichkeit, zum Frieden zu gelangen, indem es auf seine westlichen Eroberungen verzichtete. Um einen solchen Frieden zu erreichen, könnte es, wenn einmal seine Stellung als Weltmacht über jeden Zweifel gesichert wäre, dem ganzen europäischen Westen, von Norwegen bis zur spanischen Grenze, seine Freiheit zurückgeben. Der Krieg im Osten würde so Deutschland kostbare Austauschmöglichkeiten bieten, deren es sich jederzeit nach Belieben bedienen konnte, um im Westen Frieden zu schliessen.

Zu diesen rein politischen Argumenten kamen Überlegungen ideologischer Natur hinzu, die zwar nicht die Entscheidung herbeiführen, wohl aber ihr die Bedeutung einer grossen Bewegung europäischer Solidarität und universaler Begeisterung geben konnten. Noch war Sowjetrussland die grosse Unbekannte, die man leicht als den grossen Feind be-

zeichnen konnte – Russland selbst hatte sich durch seine Haltung gegenüber Finnland, den baltischen Staaten und Rumänien diese Rolle auf den Leib geschrieben. Moskau bekämpfen – hiess das nicht, den Bolschewismus zurückwerfen und vielleicht für immer vernichten, diesen Kinderschreck, der in Europa wie in Amerika fromme Angst verbreitete? Durfte man nicht hoffen, dass Deutschland, wenn es diesen Kreuzzug gegen den Geist des Bösen, gegen den geschworenen Feind der Zivilisation unternähme, Sympathien und Hoffnungen nicht nur in den totalitären Staaten erwecken würde, die grundsätzlich gegen den «jüdisch-marxistischen» Kommunismus gerichtet waren, sondern auch in den Nachbarländern, die sich vor den Unruhen fürchteten, welche durch das Kriegsgeschehen verursacht werden konnten – ja sogar in den feindlichen angelsächsischen Staaten, die in so scharfem Gegensatz zu den bolschewistischen Neigungen standen? Wenn das Reich einen gewissen Idealismus für sich in Anspruch nahm und für Interessen kämpfte, die man leicht als allgemeine Interessen hinstellen konnte – würde es dann nicht die Position seiner Gegner schwächen und ihnen die Aufgabe zuschieben, das seltsame Einverständnis zwischen dem englischen Liberalismus und dem Kommunismus der Sowjets plausibel zu machen?

Die Wunden, die die Sowjetunion durch ihre plötzliche und brutale Eroberungssucht geschlagen, und noch mehr die Furcht, die sie wachgerufen hatte, führten einige angrenzende Länder von Anfang an unter die Fahnen der Macht, die versuchen würde, das angriffslustige Sowjetreich zurückzudrängen. Deutschland wusste, dass es bei dem neuen Regime Rumäniens Hilfe finden würde und dass es auf Finnland rechnen könnte. Zwischen das Reich und die Sowjetunion gepresst, von Moskau schwer getroffen und von Deutschland heftig bedrängt, schienen diese beiden Länder leicht zu überzeugen, dass sie, um dem erstickenden Druck zu entgehen, von zwei Übeln dasjenige wählen mussten, welches ihnen als das geringere erschien. Aber nicht nur in Finnland, das noch unter den erlittenen Schlägen blutete, und nicht nur in Rumänien, das von den Armeen des Reichs vollständig besetzt war, konnte Hitler hoffen, überzeugte Anhänger und treue Verbündete zu gewinnen. Die Sowjetunion hatte den Zuwachs an Kraft und Ansehen, den sie dem Mos-

kauer Abkommen dankte, dazu benutzt, der Mehrzahl ihrer Nachbarn in Europa und Asien Angst einzuflössen. Sie hatte den türkischen Aussenminister enttäuscht und mehr als einen begehrliehen Blick nach Iran und Afghanistan geworfen. Russlands neue Politik, seine Tendenz, alles in Frage zu stellen und alles in Bewegung zu bringen, einen ständigen Druck auszuüben und überall seine Grenzen auszuweiten, hatten den Nachbarn ein Gefühl der Unsicherheit eingeflössst und bei ihnen die Furcht erweckt, die nächste Expansion des Sowjetreichs könnte auf ihre Kosten erfolgen. Deutschland allein schien das Format zu haben, der sowjetrussischen Dynamik Einhalt zu gebieten. Und ebenso schien allein Sowjetrussland in der Lage, die deutsche Dynamik abzunutzen, indem sie sie von andern Wegen ablenkte, auf denen ihr Handeln verhängnisvoll sein konnte. So war der Gedanke eines deutsch-russischen Krieges in Ankara, Teheran und Kabul gleichermassen populär.

Für Deutschland war es ein neues Gefühl, sich als Befreier der kleinen, von einer bösen Macht bedrohten Länder hinstellen zu können. Da konnte man den Ruf zurückgewinnen, den man durch die Feldzüge in Polen, in Flandern und auf dem Balkan ernstlich gefährdet hatte. Aber es gab noch grössere Möglichkeiten: wenn man die Drohung, die die Sowjetunion für alle ihre Nachbarn darstellte, geschickt ausbeutete, so konnte man auf dem europäischen Kontinent leichter eine Entspannung, eine Annäherung unter den verschiedenen Kräften, eine Entwicklung zu einer höheren Einheit herbeiführen, deren Vorkämpfer und Nutzniesser das Reich wäre. Vergeblich hatte Deutschland von Europa Beistand in seinem Kriege gegen England gefordert. Europa hatte sich nicht bewegen lassen. In der Tat war es schwer, die Polen und Serben, die Holländer und Belgier und sogar die sozusagen befreundeten Völker wie Rumänen und Ungarn zu überzeugen, dass ein englischer Sieg für sie schlimmer wäre als der Sieg des Herrn Hitler. Ein Krieg gegen Sowjetrussland konnte bessere Aussichten eröffnen. Dieses Thema war dankbarer für eine geschickte Propaganda. Es war leichter, der gemeinsamen Gefahr, die den Westen bedrohte, die Notwendigkeit einer gemeinsamen Front gegenüberzustellen; man konnte hervorheben, dass es vorteilhaft wäre, wenn sich hinter dieser gemeinsamen Front ein ein-

heitliches Europa erhöhe, dessen Umriss zwar noch unbestimmt waren, dessen Schicksal aber unlösbar mit dem Schicksal der deutschen Armeen verbunden blieb. So erhob sich vor dem geistigen Auge der deutschen Führer wie eine Hoffnung, die auf der Strasse nach Moskau lag – bevor noch die Würfel gefallen waren – das Bild eines solidarischen Europa, geeint um einen Führer, voller Vertrauen in sein Geschick und mitgerissen vom gleichen Schwung der Opferbereitschaft und Hingabe.

Wieder einmal schwankte die deutsche Politik zwischen zwei extremen Lösungen. Sie ging von einem zum andern: von der Zusammenarbeit mit den Sowjets zum Vernichtungskrieg gegen den Bolschewismus, von der Zerstörung des Westens zur Eroberung des Ostens, vom Triumph des Nationalsozialismus zur Rettung der Zivilisation, von der Revolution zum Kreuzzug – und zur Linken und zur Rechten, im Westen und im Osten, suchte sie ein altes Gleichgewicht, das ihr unerträglich schien, durch die masslose Ausnutzung einer in ständiger Bewegung gehaltenen Kraft zu ersetzen.

Die Entwicklung der *wirtschaftlichen Beziehungen* zwischen dem Reich und der Sowjetunion sollte, so paradox das erscheinen mag, eins der wichtigsten Argumente zugunsten des Krieges liefern.

Für Deutschland stand ja kein anderer Markt mehr offen als der sowjetrussische. Seine Bedürfnisse wurden aber immer grösser, vielseitiger und dringender. Nach der Eroberung Jugoslawiens und Griechenlands war das Reich Herr über den Kontinent, aber seine Verpflichtungen waren in dem gleichen Masse gewachsen wie seine Macht. Das Reich befahl, aber das Reich musste auch für Nahrung sorgen. Die besetzten Länder gliederten sich in die «Neuordnung» mit ausgeplünderten Fabriken und zerstörten Verkehrsmitteln ein. Rings um den Kontinent straffte sich die englische Blockade immer mehr. Bevor Berlin das wirtschaftliche und finanzielle Clearinghaus Europas werden konnte, musste es Europas Ernährungsclearing sein.

Die einzige Quelle für die Ernährung dieses deutschen Kontinents war die Sowjetunion – wenn man von Rumänien absah, dessen Getreide

KRIEG IM OSTEN

und Petroleum wertvolle Hilfsquellen, aber rasch verbraucht waren. Je weiter sich Deutschland im Innern dieses Kontinents ausdehnte, dessen Raum begrenzt war und den von allen Seiten das Meer umgab – wo die britische Flotte wachte – um so mehr hing Deutschland von den Produktions- und Liefermöglichkeiten der Sowjetunion ab. Hitlers «Neuordnung» entstand und entwickelte sich unter dem Schutz der roten Ordnung Stalins.

Moskau wusste das nur zu gut. Ein Artikel im *Roten Stern*, der den Fall Belgrads – übrigens in sehr zurückhaltenden Sätzen – kommentierte, bemerkte nicht ohne Tücke, dass die Zerstörung Jugoslawiens Deutschland einer wichtigen Versorgungsquelle beraube und den Wert der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion noch erhöhe.

Diese Beziehungen waren seit dem 21. August 1939 immer mehr gewachsen, und die politischen Missverständnisse hatten sie weder unterbrochen noch ihren Aufschwung gehemmt. Noch in allerjüngster Zeit konnte Herr Schnurre in Moskau ein Abkommen zustandebringen, das nach seiner Ansicht Deutschland gestatten musste, der britischen Blockade unbegrenzt Widerstand zu leisten und in welchem die Sowjetpresse ein sicheres Unterpfand für die unlösbare Freundschaft zwischen den beiden Reichen sehen wollte. Die Sowjetregierung hatte stets die Entwicklung des wirtschaftlichen Austausches zwischen Russland und Deutschland gefördert und sich bemüht, auch die äussersten Wünsche des Reichs zu befriedigen. Niemals hatte sie den Ansprüchen der deutschen Spezialisten Argumente entgegengesetzt, die sich aus der Neutralität der Sowjetunion herleiteten; und sie liess erkennen, dass die russische Unterstützung nicht nur der Versorgung Deutschlands diene, sondern Hitlers Kriegsmaschine unterhielt und die Widerstandskraft des deutschen Volkes stärkte. Die Moskauer Zeitungen, die sonst in vieler Hinsicht so zurückhaltend waren, kamen oft mit Einzelheiten nachdrücklich auf die Entbehrungen zurück, die der Krieg dem europäischen Kontinent auferlegte: die Knappheit an Lebensmitteln, den Mangel an Rohstoffen und den gebieterischen Zwang für die kriegführenden Länder, ausserhalb ihrer Grenzen Petroleum und Getreide zu finden; dann

rückten sie die Zahlen der sowjetrussischen Produktion ins rechte Licht und zeigten die immer bedeutendere Rolle, die Russland im Gesamtbild der europäischen Wirtschaft zufiel.

Diese Eilfertigkeit der Sowjets, den deutschen Bedürfnissen entgegenzukommen, die grosszügige und verständnisvolle Art, mit der sie die geschäftlichen Verhandlungen führten, und die pünktliche Durchführung der Lieferungen erfüllten die deutschen Unterhändler, die ihre Erfolge kaum noch zählen konnten, mit grosser Genugtuung und erwiesen Deutschland die grössten Dienste. Aber gleichzeitig veranlassten sie das Reich, sich über die wirklichen Absichten der Sowjetunion zu beunruhigen. War es nicht gefährlich, immer engere Bande wirtschaftlicher Abhängigkeit zwischen den beiden Reichen zu knüpfen – in einem Zeitpunkt, in dem die politischen Beziehungen gespannt waren und in dem die Worte wie die Gesten der Moskauer Staatslenker eine Unzufriedenheit verrieten, die in Berlin das grösste Misstrauen hervorrief?

Es war zu befürchten, dass sich die Sowjets dieses Abkommens, dessen Bedeutung sie gut kannten und mit dem sie die deutschen Bedürfnisse befriedigten, als Erpressungsmittel und zu Drohungen bedienen würden. Solange Deutschland stark war, bestände sicher keine Gefahr, dass die Russen ihre Pläne enthüllten: die Lieferungen der Sowjets würden niemals in Verzug geraten. Aber wenn Deutschland schwächer würde, könnten dann die Russen nicht einen gefährlichen Druck ausüben? Da sie die deutsche Versorgung und damit den deutschen Widerstand beherrschten, könnten sie nicht dem Reich neue bedeutende Zugeständnisse in Osteuropa abzwängen und vielleicht sogar die Friedensbedingungen diktieren? So machte die wirtschaftliche Verknüpfung den Frieden für Russland von der Befriedigung der Bedürfnisse des Reichs und den Widerstand des Reichs vom guten Willen Sowjetrusslands abhängig. Auf diese Weise hatte sich dieses enge Band, das eine Garantie für die Sicherheit beider Parteien zu sein schien, unter dem Einfluss der Ereignisse und wegen der Eigenart der beiden Partner in eine Quelle der Beunruhigung, des Misstrauens, der Nervosität und der Zwietracht verwandelt.

Es war schwierig für das Reich, seine gesamte politische und militä-

rische Tätigkeit auf dem Vertrauen in die Aufrichtigkeit seines einzigen Lieferanten aufzubauen – ein Vertrauen, das es eben nicht hatte. Es konnte allerdings zusätzliche Garantien verlangen, um sich über die wahren Absichten der Sowjets Sicherheit zu verschaffen. Aber selbst wenn die Sowjetunion eingewilligt hätte, nach den in Berlin ausgearbeiteten Plänen mehr zu produzieren, mehr zu liefern und zu einer noch engeren Zusammenarbeit zu kommen – wie konnte die deutsche Regierung jemals beruhigt sein? Wenn der Krieg sich in die Länge zog, der Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen grösser und die Notwendigkeit der Sowjethilfe immer belastender wurde, während die deutschen Kräfte abnahmen – würde dann nicht die Sowjetunion die Lage ausnutzen, um die Lieferungen abzuschneiden, den deutschen Kontinent seine Abhängigkeit fühlen zu lassen und ihm die härtesten Bedingungen aufzuerlegen?

Auch hier, wie auf dem politischen Gebiet, begann der Gedanke, den Sowjets zuvorzukommen und ihnen durch einen unerwarteten Angriff die Vorteile eines unlauteren Manövers zu entreissen, die deutschen Politiker zu locken. Da der Ausgang des Krieges gegen England letzten Endes von den Reichtümern der Ukraine und dem Petroleum des Kaukasus abhing, warum sollte man dieses Petroleum und diese Reichtümer von einem unsicheren Partner erbitten, wenn man sich, so lange man der Stärkere war, ihren unmittelbaren Besitz ohne Verhandlungen und ohne Vermittler sichern konnte? Die Beherrschung des Kontinents diene zu nichts, wenn man ihn nicht zu ernähren und seine Produktion in Gang zu halten vermochte. Ein gesundes, von Leben erfülltes Europa konnte in den Händen Deutschlands das Werkzeug zum Siege und der schönste Lohn im Frieden sein; ein ausgehungertes und von allem entblösstes Europa war ein totes Gewicht, das Deutschland in die Katastrophe und in die Revolution hineinreissen konnte. Der Gedanke eines Feldzugs gegen die Sowjetunion aus wirtschaftlichen Gründen konnte befremdlich erscheinen, aber er folgte einem logischen Gedankengang: *um England zu besiegen, musste Hitler Europa erobern; um Herr über Europa zu bleiben, musste er es ernähren; um es ernähren zu können, musste er sich die Herrschaft über Russland sichern.*

Jacques Bainville hat die enge Verkettung der Ursachen, die schon einmal einen Eroberer zu einem kühnen und gefährvollen Zug nach Osten zwangen, vollständig erfasst, wenn er über den russischen Feldzug Napoleons sagt: «Der Gedanke, England durch Europa und Asien zu besiegen, das Meer vom Lande aus zu überwinden, führte zu Folgerungen, die auf den ersten Blick absurd erschienen, aber in Wirklichkeit vollkommen logisch verbunden waren.»

Über die *militärische Lage* genaue Informationen zu erhalten, war ausserordentlich schwierig. In der Kunst, ihre Vorbereitungen zu verbergen und ihre Verteidigungsarbeiten zu tarnen, waren die Russen Meister geworden. Trotz allem Scharfblick der deutschen Militärattachés und trotz den unzähligen «Experten», «Touristen» und andern Spionen, die in ihrem Auftrag kreuz und quer durch Russland reisten, um Klöster zu besichtigen und Aussichten zu bewundern, war es für den deutschen Generalstab fast unmöglich, sich von der Verteilung der Truppen, Zahl und Wert der Grenzarmeen, der Qualität der Verteidigungsarbeiten, der Bedeutung der Reserven, der Masse der verfügbaren Waffen sowie der genauen Zahl und den Leistungen der Rüstungsbetriebe ein genaues Bild zu machen.

Der finnische Krieg hatte einen trostlosen Eindruck von der Vorbereitung der russischen Soldaten, dem Können ihrer Führer und besonders vom Einsatz des Nachschubdienstes hervorgerufen. Aber seit dieser Zeit schien die Sowjetregierung ernste Anstrengungen gemacht zu haben, um die Stäbe zu erneuern, die Disziplin zu festigen, den Kampfgeist der Nation zu entwickeln und die Rüstungsindustrie auf höchste Touren laufen zu lassen. Gewisse Anzeichen, die aufmerksamen Beobachtern nicht entgehen konnten, deuteten an, dass sehr ausgedehnte Massnahmen ergriffen worden waren, um das gewaltige Reich auf einen schwierigen und langen Krieg vorzubereiten. Die neue Ausrüstung und die tadellose Haltung der Truppen, die ständig Moskau durchquerten, das Tag und Nacht anhaltende Surren von Hunderten von Flugzeugen am Himmel der Sowjethauptstadt, die unwahrscheinlich grosse Zahl

kleiner und grosser Militärlastwagen, die Stadt und Land durchzogen, offenbar mit dem einzigen Zweck, die neuen Motore laufen zu lassen – all dies hatte schliesslich nicht nur die Laien, sondern auch die Militärfachleute beeindruckt, und ihre Schätzungen unterlagen den erstaunlichsten Schwankungen. Die Mehrzahl der Militärattachés wagte noch nicht, das Urteil zu berichtigen, das sie über die Mängel der Sowjetarmee anlässlich des finnischen Krieges abgegeben hatten; aber es gab einige Ausnahmen, wie die französischen Militärattachés, die ohne Zögern bestätigten, dass die Sowjetunion über ein gewaltiges Kriegsinstrument verfüge, das den besten Armeen der Welt die Stirn bieten könne¹⁾.

Die verbreitetste Ansicht, die ohne Zweifel auch die deutschen Informatoren teilten, war indessen, dass die Sowjetarmee trotz der unbestreitbaren Fortschritte, die sie in letzter Zeit gemacht hatte und weiterhin machte, zwar der Wehrmacht ehrenhaften Widerstand leisten konnte, aber nicht das Format besass, die Truppen, die in Polen, in Frankreich und auf dem Balkan in wenigen Wochen den Sieg davongetragen hatten, lange in Schach zu halten. So wurde die Möglichkeit eines deutsch-russischen Krieges in den diplomatischen Kreisen Moskaus stets nur unter ihren politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erörtert: Schwierigkeiten militärischer Art schien sie nicht zu bergen. Das Urteil dieser Kreise war übrigens stark durch eine Überzeugung beeinflusst, die von allen geteilt wurde: die militärischen Vorbereitungen Sowjetrusslands hätten rein defensiven Charakter. Wenn die Sowjetregierung ihre Kraft zur Schau stellte, mit allen Mitteln das Nationalgefühl und den Gedanken an das Vaterland förderte, die Truppen an die Grenze und die Fabriken mit ihren Arbeitern ins Innere des Reiches verlegte, so fürchtete sie doch im Grunde den Krieg mit Deutschland, dessen militärische Überlegenheit sie ängstigte, und wollte ihn um jeden Preis vermeiden. Die deutsche Botschaft war dermassen in diesem Glauben befangen, dass sie den Vorbereitungen, die sich in aller Stille vollzogen und eine gewisse Unruhe in der Bevölkerung hervorriefen, nur eine be-

¹⁾ Général Palasse, Oberstleutnant Luguët.

grenzte Bedeutung beimass. Nach Ansicht der deutschen Informatoren handelte es sich nur um eine Zusammenfassung des spezialisierten technischen Personals: Chauffeure, Mechaniker, Ingenieure, Maurer, Architekten, die den Besatzungstruppen von Odessa und Kiew angehörten. Diese Informatoren erkannten, dass die Verteilung der Grenztruppen verändert worden war, dass die Vorhuten noch näher an die Grenze herangerückt und ihre Bestände vervollständigt worden waren, und dass sie insbesondere neue Tanks, Lastwagen und Automobile erhalten hatten; aber in all diesen Anweisungen sahen sie angesichts der friedlichen Absichten der Sowjetregierung und der Vorsichtsmassnahmen des deutschen Oberkommandos nichts Beunruhigendes.

Indessen hatte aber, durch die Häufung von Vorbeugungs- und Verteidigungsmassnahmen auf beiden Seiten, die Demarkationslinie zwischen dem neuen Deutschland und dem vergrösserten Russland nach und nach unter dem Druck eines gegenseitigen begründeten Misstrauens das Aussehen einer wahren Kriegsfront angenommen. Wie zu Zeiten Napoleons und Alexanders hatten die militärischen Massnahmen, die Hitler und Stalin ergriffen, um jeder Überraschung zu begegnen und den unerwarteten Angriff eines Partners zu vermeiden, dem sie aus guten Gründen alle möglichen Hintergedanken zutrauten, dahin geführt, selbst ein militärisches Problem zu werden. Die Erklärungen, die die beiden Nachbarn sich liefern konnten, genügten, so aufrichtig sie sein mochten, nicht, die berechtigten Befürchtungen zu zerstreuen und eine Lage aufzuhellen, auf die der Schatten ihrer Unzuverlässigkeit fiel. Die Rüstungen waren ein Grund zum Kriege geworden: da keine Erklärung Hitler dazu bewegen konnte, seine Truppen zurückzurufen, noch Stalin, die seinen zurückzuziehen, so standen sich die beiden Armeen von der Ostsee bis zur Donaumündung gegenüber und hielten einen Zustand der immer gespannteren und drohenderen Gefahr aufrecht.

Wenn Hitler das Gesamtproblem der deutsch-russischen Beziehungen überprüfte, so musste er sich auch über diese militärische Lage Rechenschaft geben. Die Ostfront lag noch ruhig da, aber sie nahm doch schon einen guten Teil seiner Truppen in Anspruch. Zwar fuhren durch den Kordon der Sowjettruppen Tag für Tag die Züge, die mit Lebensmitteln,

KRIEG IM OSTEN

Treibstoff und Rohstoffen für das deutsche Volk und das deutsche Heer beladen waren. Aber wenn die Landwirtschaft der Sowjets zum Teil für das Reich arbeitete, so arbeiteten die Fabriken auf der andern Seite der Front mit voller Kraft mit Motoren und Maschinen, die Deutschland für die Ausrüstung der Roten Armee zu liefern hatte – und übrigens in immer geringerem Umfange lieferte. Jeder Monat, der verging, wirkte zum Nachteil Deutschlands, das im Innern des Kontinents eingeschlossen war und aus der offenen Wunde seines Kampfes gegen England blutete – undzum Vorteil der Roten Armee, die sich ohne Verluste trainierte und in aller Ruhe rüstete. Musste man abwarten, bis das Kräfteverhältnis so war, dass Stalin glaubte, ohne Risiko die Initiative zum Angriff ergreifen zu können? Sollte man längs einer Front, die in sich selbst den Gedanken des Krieges trug, in Untätigkeit verharren und kostbare Zeit verlieren – eine Zeit, die für Deutschland, das schon an mehreren Fronten kämpfte, viel kostbarer war als für die Sowjetunion? Oder sollte man all dem kühn zuvorkommen und den, der von allen Feinden des Reichs der gefährlichste werden konnte, zerschmettern?

Alles in allem stand Hitler im Frühjahr 1941 vor einer ähnlichen militärischen Aufgabe wie die, welche Deutschland während des letzten Krieges, nach dem Friedensschluss von Brest-Litowsk, zu lösen gehabt hatte. Damals war Russland durch die Revolution und durch den anschließenden Sonderfrieden aus dem Kriege ausgeschieden. Aber Deutschland hatte gewaltige Besatzungstruppen im Osten stehen lassen müssen, denn die Kräfte der Bolschewisten hatten sich nicht von der Grenze zurückgezogen, und ihr Treiben beunruhigte ständig das deutsche Oberkommando. Das war eine Front in Ruhestellung, auf der eine Kriegsgefahr lastete.

Im Westen schien die Lage im Jahre 1941 gewiss günstiger als 1917. Es gab keine feindlichen Schützengräben mehr. Frankreich war besiegt, die französische Armee ausgeschaltet, und die Wehrmacht war bis an den Ozean vorgerückt. Aber der Krieg war nicht beendet: die Front war weiter hinausgeschoben, aber sie bestand noch; vom Lande war sie aufs Meer getragen worden, und um den Sieg zu erringen, hatte das

Reich eine ebenso schwere Aufgabe zu lösen wie vor fünfundzwanzig Jahren. Die Eroberung des Kanals und des Atlantischen Ozeans war durchaus nicht leichter als die Besetzung der Schützengräben in der Champagne und an der Somme.

Der diplomatische Erfolg im Osten und die militärischen Siege im Westen hatten Hitler nicht vor dem bewahrt, was er am meisten fürchtete: an zwei Fronten kämpfen zu müssen. Die Zange hatte sich erweitert, aber das Deutsche Reich blieb doch in ihrem Griff, denn durch seine zentrale geographische Lage war es – so schnell auch die Bewegungen seiner Armeen und so geschickt die Manöver seiner Diplomatie sein mochten – für immer dazu verurteilt, im Fall des Krieges auf allen Seiten Feinde zu haben.

In diesen Tagen, in denen der Führer und einige zur Beratung zugelassene Würdenträger das Für und Wider eines Krieges gegen die Sowjetunion erwogen, musste ein Name aus der Vergessenheit auftauchen: General Max Hoffmann, der die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk geführt hatte und am Ende des letzten Krieges Generalstabschef der deutschen Ostarmeen war. Dieser General hatte im Laufe des Jahres 1918 zweimal beim deutschen Oberkommando gewichtige Vorstellungen erhoben. Seine «Aufzeichnungen» haben uns die Erinnerung daran bewahrt. Im März 1918 hatte, nach seiner Darstellung, das Oberkommando zu wählen «zwischen einer Offensive im Westen, wo es gegenüber den Engländern und Franzosen überlegene Kräfte zusammengezogen hatte, und einer defensiven Haltung im Westen, die gestattet hätte, sich in Russland die Lebensmittel und Rohstoffe zu verschaffen, welche die ausgehungerten Zentralmächte brauchten». Um sich diese Lebensmittel und Rohstoffe im bolschewistischen Russland sicher zu besorgen, musste man sie dort holen gehen. Genau dies schlug der General seinen Vorgesetzten im Grossen Hauptquartier vor: «Ich bin der Ansicht», schrieb er, «dass man die Lage im Osten ins Reine bringen müsste, das heisst den Frieden kündigen, nach Moskau marschieren, dort eine neue russische Regierung einsetzen und mit dieser Regierung ein dauerhaftes Bündnis schliessen.» Hoffmann war überzeugt, dass dies das beste Mittel sei, um mit dem Bolschewismus Schluss zu machen und sich die

Reichtümer Russlands zu sichern, aber auch, um neues Blutvergiessen im Westen zu vermeiden, wo die Alliierten den Krieg gegen den deutsch-russischen Block nicht fortgesetzt haben würden.

Ludendorff war anderer Ansicht gewesen. Er hatte geglaubt, einen Entscheidungssieg im Westen erzielen zu können. Seine Offensive erreichte aber das Ziel nicht, das er sich gesteckt hatte. Darauf wiederholte Hoffmann seinen Vorstoss. Er versicherte, dass «die Völker der Entente nicht mehr die notwendige Energie finden würden, den Kampf fortzuführen, wenn Deutschland nach Moskau ginge, dort eine neue Regierung einsetzte, sich mit ihr verbündete und einen Friedensvorschlag machte, der die Wiederherstellung und Befreiung Belgiens und vielleicht den Verzicht auf gewisse Gebiete Lothringens vorsah . . .» Aber Ludendorff hatte sich in den Kopf gesetzt, im Westen anzugreifen und im Osten untätig zu bleiben. «Auf diese Weise», schreibt Hoffmann, «gingen wir unwiderruflich unserem Untergang entgegen.»

Die Pläne des General Hoffmann, die im Jahre 1918 nicht die Beachtung der ausschlaggebenden deutschen Stellen gefunden hatten, sollten 1941 ein lebhafteres Interesse erregen. Gewiss hatten die Gedankengänge Hitlers nicht viel Gemeinsames mit denen Hoffmanns, der sich als Schüler Bismarcks betrachtete und ein überzeugter Anhänger des europäischen Gleichgewichts war. Aber sicher wurde der Führer verlockt durch den Gedanken, den Krieg durch einen entscheidenden Feldzug im Osten beenden zu können. Dort stand ein Gegner, der nicht so ausweichen und sich unerreichbar machen konnte wie der englische Feind, ein Gegner, der auf dem Lande kämpfte und den man auf dem Lande fassen, packen und besiegen konnte. Im Kopf eines Eroberers, der schon die Nichtigkeit seiner Erfolge gegen England fühlte – jene nicht zu fassende Macht, die seinen Schlägen auswich und ihm niemals den Sieg zubilligen würde – besass der Feldzug in Russland den ungeheuren Vorzug, dass alles, was man nehmen würde, von realem Wert wäre; dort gab es Land und Getreide, Bergwerke und Petroleumquellen. Und dann gab es dort den unermesslichen Raum, über den man sich ausbreiten und auf dem man abwarten konnte, gedeckt vor den Rückschlägen, denen man auf dem kleinen Kontinent Europa unfehlbar ausgesetzt war.

Stalin, den die führenden Männer Deutschlands wegen seiner Schlaueit und Voraussicht fürchteten, hatte den richtigen Teil erwählt, indem er im Innern seines Reichs in seiner Hauptstadt Moskau abwartete, bis die Erschöpfung der Nationen im Kriege ihm gestatten würde, ihnen sein Gesetz aufzuzwingen. Man musste nach Moskau gehen, Stalin verjagen, sich dort festsetzen und an seinem Platze abwarten. Die Eroberung Moskaus gewann in der Phantasie Hitlers eine symbolische Bedeutung, die ihn später mitten im Kampf veranlassen sollte, über die Ratschläge seiner Generäle hinwegzugehen. Sich der Sowjethauptstadt bemächtigen, um dort seine Revolution an die Stelle der Revolution der andern zu setzen, bedeutete dies nicht, eine feierliche und universale Weihe zu erlangen, die ihm bis dahin fehlte und die er brauchte, um die Welt zu beherrschen?

II.

Während seines Aufenthaltes in Deutschland, der sich bis zum 30. April hinzog, gelang es Graf Schulenburg, vom Führer empfangen zu werden. Der Botschafter war von der Veränderung überrascht, die sich im Geiste des Kanzlers vollzogen hatte. Man kann nicht an die Unterredungen zwischen Hitler und seinem Vertreter in Moskau denken, ohne sich an die berühmte Zusammenkunft von Saint-Cloud zu erinnern, in deren Verlauf Caulaincourt nach seiner Abberufung aus St. Petersburg vergeblich versuchte, Napoleon von seinem Plan eines russischen Feldzuges abzubringen.

In seinen Erinnerungen hat Caulaincourt erzählt, in welcher Erregung der Kaiser zu ihm über Russland sprach und mit welchem Nachdruck er den Botschafter von den kriegerischen Absichten Alexanders und seiner Ratgeber überzeugen wollte: «Geben Sie doch offen zu», sagte Napoleon, «dass Alexander gegen mich in den Krieg ziehen will.» «Nein, Sire. Ich verpfände Eurer Majestät meinen Kopf, dass er nicht den ersten Schuss abgeben und nicht als Erster die Grenze überschreiten wird.» Aber Napoleon glaubte, mit Sicherheit zu wissen, «dass Alexander falsch sei, dass er rüste, um gegen Frankreich Krieg zu führen, und dass

die Truppen von der Moldau her im Anmarsch gegen die Dwina seien . . . Der Kaiser wiederholte mir all die Geschichten und Geschichtchen, die in Danzig, im Grossherzogtum Warschau und sogar in Norddeutschland erfunden wurden, um ihm gefällig zu sein, und deren Unwahrheit sich ihm so oft gezeigt hatte, sei es durch Auskünfte, die man dann an Ort und Stelle einzog, sei es durch die Ereignisse.» Caulaincourt versuchte, die Tatsachen richtigzustellen, dann sprach er über den Charakter des Kaisers Alexander und verbreitete sich über die Beschwerden, welche die Russen gegen Frankreich hegten, und über die Unruhe, welche die Truppenbewegungen und die militärischen Vorbereitungen Napoleons in St. Petersburg hervorriefen. «Ja, ich flösse ihnen Furcht ein», unterbrach Napoleon mit heiterer Neugier. Aber ohne sich ablenken zu lassen, fuhr Caulaincourt fort. Er bekräftigte seine Überzeugung, dass die Russen niemals als Erste angreifen würden. Würden sie aber angegriffen, so würden sie erbitterten Widerstand leisten; sie hätten «Raum genug, um Gelände aufzugeben», sie würden «den Winter und ihr hartes Klima für sich kämpfen» lassen, und Kaiser Alexander sei entschlossen, «den Kampf in die Länge zu ziehen und nicht, wie so viele andere Herrscher, schwach zu werden und in seiner Hauptstadt den Frieden zu unterzeichnen.» Der Botschafter wiederholte die eindrucksvollen Worte, die Alexander an ihn gerichtet hatte: «Ich werde nicht als Erster das Schwert ziehen, aber ich werde es als Letzter in die Scheide stecken . . . Durch den Mangel an Ausdauer sind all die Staaten, gegen die Ihr Kaiser Krieg geführt hat, ins Verderben geraten . . . Man versteht nicht, Leiden auf sich zu nehmen. Wenn das Kriegsglück gegen mich wäre, würde ich mich eher bis Kamtschatka zurückziehen, als Provinzen abzutreten und in meiner Hauptstadt Verträge zu unterzeichnen, die nur ein Waffenstillstand wären.»

Napoleon hatte zugehört – «mit grosser Aufmerksamkeit, sogar mit Überraschung: er schien in Gedanken versunken . . .» Caulaincourts Worte interessierten ihn, aber seine Haltung missfiel ihm. Er hatte gefragt: «Welchen Entschluss würden Sie fassen?» Caulaincourt hatte auf der Stelle geantwortet: «Für die Aufrechterhaltung des Bündnisses, Sire! Das ist der Entschluss der Klugheit und des Friedens.» Da rief Napoleon heftig: «Sie reden immer von Frieden. Der Frieden ist

nur dann etwas wert, wenn er dauerhaft und ehrenvoll ist. Damit der Frieden möglich und dauerhaft sei, muss England überzeugt werden, dass es auf dem Kontinent keinen Bundesgenossen mehr finden wird. Man muss also erreichen, dass der russische Koloss mit seinen Horden uns nicht mehr mit Invasion bedrohen kann!»

Caulaincourt liess sich nicht entmutigen. Gegen Ende der Unterredung bat er den Kaiser, ihm «ein einziges Wort» zu gestatten: «Krieg und Frieden sind in Ihren Händen, Sire. Ich flehe Eure Majestät an, reiflich zu überlegen – zu Ihrem eigenen Glück und zum Heile Frankreichs – dass es zwischen den Nachteilen des Krieges und den sicheren Vorteilen des Friedens zu wählen gilt.» «Sie sprechen wie ein Russe», erwiderte ihm der Kaiser. «Eher wie ein guter Franzose, wie ein treuer Diener Eurer Majestät», antwortete Caulaincourt. Aber er fühlte, dass seine Sache verloren war. Die lange Unterredung – sie hatte fünf Stunden gedauert – liess ihm keine Hoffnung mehr für «die Aufrechterhaltung der Ruhe in Europa».

Die Aussprache zwischen dem Führer und Herrn von Schulenburg vollzog sich in einem nicht minder entscheidenden Augenblick. Verliefe sie ebenso dramatisch und mit gleichen Spannungen? Es ist sehr wahrscheinlich, dass sie den gleichen Sinn hatte¹⁾. Der Staatschef, der von widersprechenden Absichten bewegt wurde, neigte dem Kriege zu: der Gedanke eines vernichtenden und entscheidenden Feldzuges in Russland reifte in ihm. Der Botschafter war sicher für «die Partei der Klugheit und des Friedens – für die Aufrechterhaltung des Bündnisses». Seine Beweggründe mussten zum Teil die gleichen sein, die Caulaincourt Napoleon auseinandergesetzt hatte. Herr von Schulenburg war der Ansicht – «er hätte seinen Kopf dafür verpfändet» –, dass Stalin «nicht den ersten Schuss abgeben und nicht als Erster die Grenze überschreiten werde». Er wusste, dass die Sowjetregierung viele ernste Beschwerden gegen Deutschland hatte. Er, der als Erster darunter zu leiden gehabt hatte, übersah nicht, dass die Unzufriedenheit der Sowjets

¹⁾ Schulenburg war stets von äusserster Zurückhaltung und Diskretion. So beruhen alle Überlegungen, die sich auf die Haltung des deutschen Botschafters beziehen, ausschliesslich auf Folgerungen und Rückschlüssen.

unfreundliche und fast aggressive Ausdrucksformen angenommen hatte. Niemand konnte mehr als er den Ton der Tass-Communiqués missbilligen, und niemand hatte mit so bitterer Enttäuschung die Nachricht vom Abkommen mit Jugoslawien aufgenommen. Aber er glaubte, dass alle diese Kundgebungen einer wirklich sehr schlechten Laune keine kriegerischen Absichten bargen und nur das einzige Ziel hatten, neue Aussprachen zwischen dem Reich und der Sowjetunion herbeizuführen. Der Botschafter war geneigt anzunehmen, dass solche Aussprachen möglich seien und dass sie von Seiten des Reichs keinerlei Opfer erforderten. Denn Stalin wünschte vor allem die Zusicherung und den Beweis, dass man ihn nicht von der Regelung der Weltprobleme ausschliesse, sondern immer bereit sei, im Einklang mit Geist und Wortlaut des Moskauer Abkommens seine Mitarbeit anzurufen; für eine solche Zusicherung würde er alle denkbaren Sicherheitsgarantien geben. Die Praxis der deutsch-russischen Beziehungen hatte den Grafen Schulenburg gelehrt, dass die äusserste Reizbarkeit der beiden Partner die Begleiterscheinung ihrer so ähnlichen politischen Umgangsformen war. Pflicht der Männer von Rang war es, sich darum zu bemühen, dass die guten Formen gewahrt würden, damit die «Genies» einander nicht mehr Übles antäten, als unbedingt nötig. Die Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Reich war zum Teil eine Frage der Form; man hatte die Pflicht und alles Interesse, sie möglichst schnell zu regeln.

In Bezug auf die Aussichten eines russischen Krieges teilte der Botschafter die Illusionen nicht, die in Berlin und im Reich vorherrschten. Er glaubte nicht an einen kurzen Krieg mit rascher Entscheidung. Er glaubte insbesondere nicht an die Möglichkeit, mit Russland und mit dem Sowjetproblem leicht fertig zu werden. Ein solches Unternehmen warf nicht nur militärische Fragen auf. Sowjetrussland war eine Welt, und es war nicht leicht, diese Welt umzugestalten. Noch schwieriger war es, aus ihrem Zusammenbruch Vorteil zu ziehen. Herr von Schulenburg kannte den Osten, wo er sein ganzes Leben verbracht hatte, zu gut, als dass er nicht den Eroberungsplänen misstraut hätte, die in allen Einzelheiten von den Doktrinären der Partei und den «Fachleuten» der Wilhelmstrasse ausgearbeitet worden waren.

Man darf die Frage aufwerfen, ob die deutschen diplomatischen und militärischen Agenten in genügendem Ausmass die leitenden Stellen des Reichs und der Armee vor den rein strategischen Schwierigkeiten eines Krieges in Russland gewarnt hatten. Hatten sie ein genaues Bild der Stärke und des Kampfwertes der Sowjetarmeen, der Zahl ihrer aktiven Truppen und ihrer Reserven, der genauen örtlichen Lage und der Bedeutung ihrer Befestigungsarbeiten gegeben? Man muss hierbei beachten, wie unmöglich es den fremden Missionen war, das Geheimnis der sowjetrussischen Verteidigung zu durchschauen. Dabei muss man die falschen Schlussfolgerungen in Rechnung stellen, zu denen sie durch die Erinnerung an den finnischen Krieg ebenso veranlasst wurden wie durch den Anblick der Schwierigkeiten jeder Art im russischen Alltagsleben (mangelhafte Organisation der Verteilung der Lebensmittel und des Heizmaterials; Verzögerungen und Nachlässigkeiten in der Ausführung gewisser technischer Arbeiten; offensichtliche Unfähigkeit, die Lebensbedingungen der grossen Massen normal zu gestalten). Man muss schliesslich beachten, dass die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft – trotz dem sehr realen Interesse, das sie den russischen Fragen entgegenbrachten und trotz ihrem Wunsch, durch den oft trügerischen Schein hindurch die Wirklichkeit der Anstrengungen der Sowjets für die Organisierung ihrer Industrie und die Vorbereitung ihrer Armee zu erfassen – selbst viel zu sehr von der Überlegenheit der deutschen Kriegsmaschine erfüllt waren, als dass sie zugeben konnten, dass es eine Kraft gebe, die sich der Wehrmacht mit Erfolg entgegenzustellen vermöchte. Gewiss blieben einige Gesichtspunkte, die man stets geltend machen konnte, wenn es sich um einen Feldzug in Russland handelte: das Klima, der Winter, der ungeheure Raum – jene Elemente, die über das Talent Karls XII. von Schweden und über das Genie Napoleons triumphiert hatten. Aber diese Elemente musste schliesslich der Generalstab in Berlin ebenso gut kennen wie die Militärattachés in Moskau, und so hatten sie es nicht nötig, sich über dieses Thema zu verbreiten. Es ist also wahrscheinlich, dass die deutsche Botschaft ihren Widerstand gegen die Kriegspläne Berlins nicht in erster Linie auf militärische Argumente stützte.

Aber Herr von Schulenburg hat gewiss nicht versäumt, seine innerste Überzeugung, die von seinen wichtigsten Mitarbeitern geteilt und bis zum Tage des Kriegsausbruchs vertreten wurde, aufrechtzuerhalten und zu wiederholen: *dass Deutschland selbst im Falle eines leichten und raschen militärischen Erfolges in Russland vor den allerschwierigsten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen stehen werde.*

In wirtschaftlicher Hinsicht boten die Abkommen, welche die Sowjetregierung pünktlich ausführte, Deutschland Lebensmittel und Rohstoffe und die Möglichkeit, der britischen Blockade siegreich Widerstand zu leisten. Ein Angriff gegen die Sowjetunion würde all diesen Vorteilen ein Ende bereiten. Die Hoffnung, diese Lieferungen durch die Erzeugnisse ersetzen zu können, die man in den eroberten Gebieten finden würde, war eitel und trügerisch. Schon im Jahre 1917 hatte die eroberte und verwüstete Ukraine alle Hoffnungen enttäuscht, die man auf die Vorräte an Getreide und Bodenschätzen gesetzt hatte, die man dort aufzufinden dachte. Und doch gab es damals noch Bauern und Grossgrundbesitzer, die ihre Erzeugnisse versteckten, um sie zu hohen Preisen an die Fremden zu verkaufen. In unsern Tagen würde man nichts mehr finden: die systematisch bis in die kleinsten Einzelheiten vorbereitete Zerstörung würde auf industriellem Gebiete ebenso durchgeführt werden wie für die landwirtschaftliche Produktion. Auf ein Zeichen von Moskau würde in der ganzen Ausdehnung dieser weiten, zentral regierten Gebiete das Getreide in Flammen aufgehen, würden Höfe und Arbeitsgeräte zerstört, das Vieh und die Traktoren weggeschleppt werden. Der Bauer selbst würde vom Rückzug der Armee mitgerissen werden und verschwinden, und die siegreichen Truppen würden allerorten nur trostlose Öde und Ruinen finden. Um in diesen zerstörten Gebieten auch nur einen Teil dessen zu produzieren, was jetzt die Sowjetunion an Deutschland lieferte, würde es Jahre der Mühe und Anstrengung bedürfen. Bis dahin würde in Europa der Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln immer grösser und die Wucht der englischen Blockade immer erdrückender werden.

An die Möglichkeit, die Ukraine zu besiedeln, glaubten die deutschen Wirtschaftssachverständigen in der Moskauer Botschaft erst recht nicht.

Die Ukraine war zu dicht bevölkert, als dass sie fremde Elemente in sich aufnehmen konnte. Sie war zu sehr an die Idee Grossrusslands gebunden, als dass sie einen eigenen Staat, losgelöst vom russischen Vaterland und vom grossen slawischen Block, gebildet hätte.

Die politischen Schwierigkeiten, welche die deutsche Botschaft für den Fall des Eindringens der Wehrmacht in Russland voraussah, waren noch ernster. Der Gedanke der Ordnung war in der Sowjetunion an den Namen Stalins gebunden. Der Nachfolger Lenins hatte Russland aus der Anarchie herausgeführt, in die es durch die bolschewistische Revolution geschleudert worden war. Er hatte einen Staat geschaffen, der noch manche revolutionäre Spuren trug, aber nichtsdestoweniger eine totalitäre Organisation war, die durch ein autoritäres Polizeiregime kontrolliert wurde und dem allmächtigen Willen eines Führers unterworfen war. Dieses Staatswesen, welches die ausgedehntesten Gebiete der Welt umfasste, hatte Stalin auf eine starke und gut ausgerüstete Armee gestützt sowie auf Polizeikräfte, die eng mit dieser Armee verbunden und von der Ostsee bis zum Pazifik in einem solchen Grade verzweigt waren, dass sie den wirklichen Zusammenhalt des ungeheuren Reiches darstellten. Es war eitel, sich einzubilden, dass dieses Regime beim ersten Schuss, der an der polnischen Grenze abgegeben würde, zusammenbrechen könnte. Es gab in der Sowjetunion niemanden, der den Platz Stalins einzunehmen vermochte; es gab in Russland nichts, das an die Stelle der Sowjetunion treten konnte. Der Gedanke an aufrührerische Bewegungen, die im Innern ausbrechen könnten, und die Hoffnung auf blaue oder weisse, nationalsozialistische oder faschistische Revolutionen waren Phantome. Russland würde stehen, solange Stalin und sein Regime stand. Und wenn dieses Regime fiel, dann würde es nichts mehr geben. Denn darüber durfte man sich keinen Illusionen hingeben – dachte man in den deutschen Kreisen Moskaus: ausserhalb der stalinistischen Ordnung gab es in Russland nur Mächte der Anarchie und des Chaos. Wer immer Stalin angriff, der spielte also die Karte der Anarchie gegen die der Ordnung, und er lief Gefahr, Urheber und Opfer einer neuen Revolution zu werden, der Revolution des allgemeinen Zerfalls, die das besiegte Reich ebenso treffen würde wie das angreifende. Nach Ansicht der deutschen

Fachleute, die sich seit langem dem Studium des russischen Phänomens widmeten, gab es kein Element, auf das sich in einem zerschlagenen und seines Führers beraubten Russland Bemühungen für eine wirtschaftliche und politische Organisation stützen konnten. Wenn die Armeen des Reichs es fertigbrachten, das Regime zu schlagen, so würden sie ins Dunkle vorrücken, in die namenlose Verwirrung. Und ganz gewiss wären die verworrenen Ideen des Herrn Rosenberg und sein mystisches Heidentum nicht in der Lage zu verhindern, dass das zusammenbrechende Gebäude der Sowjetwelt unter seinen Trümmern die deutschen Soldaten und Kolonisatoren begrub.

War nicht übrigens die Anwesenheit Stalins an der Spitze eines autoritären Polizeistaates, der dem Hitlerschen so ähnlich war, der beste Hinweis auf das, was man tun oder nicht tun musste, um das Sowjetreich nutzbar machen zu können? Auf der deutschen Botschaft hatte man sehr präzise Vorstellungen über die Persönlichkeit des Sowjetdiktators und über die beste Art, wie aus seinen Vorzügen und seinen Fehlern Gewinn zu ziehen sei. Nach Ansicht der Mitglieder dieser Botschaft war Stalin mit den riesigen Massen, die sein Reich bildeten, verbunden, aber noch mehr hielt er auf den Staat, den er geschaffen hatte, und sein oberstes Interesse richtete sich auf das Regime, das ihm eine unbeschränkte und unbegrenzte persönliche Macht sicherte. Wenn man diese Rangordnung der Interessen des Diktators gut erkannt hatte, so war es die Aufgabe einer tüchtigen Diplomatie, ihre Angebote und Wünsche so abzustufen, dass Stalin in keiner Aktion seines deutschen Partners die Absicht vermuten konnte, sein Werk zu verringern oder gar sein Ansehen und seine Macht anzutasten. Ein solches Vorgehen konnte nach Ansicht der deutschen Diplomaten den Frieden zwischen der Sowjetunion und dem Reich sichern und aufrechterhalten. Aber dazu war es notwendig, dass die Diplomatie ihr Spiel ungehindert durchführen konnte und es nicht ständig von den unüberlegten Streichen der Partei und den Gegenschlägen der rücksichtslosen und immer wieder wechselnden Politik der Regierung durchkreuzt sah.

So überraschend dies erscheinen mochte, so waren es doch in erster Linie die der bolschewistischen und der nationalsozialistischen Lehre

gleichermaßen fernstehenden Diplomaten, die – vielleicht gerade auf Grund dieser Distanz – verstanden, in welchem Masse die Analogie zwischen den beiden Regimen und ihren Regierungsmethoden im Sinne einer Politik der Versöhnung und Verständigung ausgenutzt werden konnte. Im Allgemeinen dachte man, wobei man sich auf die Autorität Bismarcks berufen konnte, dass die natürlichen Interessen Deutschlands und Russlands zusammenfielen; und die Schwierigkeiten, welche die Beziehungen der beiden Parteien durchmachten, schrieb man auf das Konto des heftigen und leidenschaftlichen Gegensatzes zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus. Tatsächlich war aber viel eher das Gegenteil wahr, und die Diplomaten, die in Realpolitik wohlverfahren und über den Wert und die Aufrichtigkeit von Grundsätzen vollkommen auf dem laufenden waren, wussten es nur zu gut. Das Deutsche Reich, das um Österreich, Polen und Böhmen vergrößert war, hatte heute andere Ziele und andere Bestrebungen als zu den Zeiten Bismarcks. Überall, in der Ostsee, in Polen, an der Donaumündung, auf dem Balkan, an den Meerengen und in Kleinasien stiessen die deutschen Interessen mit den russischen zusammen. Die beiden Regime hingegen hatten mehr als einen Berührungspunkt. Und die deutschen Diplomaten waren der Ansicht, dass jenes Moment, welches trotz der ständigen Interessenkonflikte die Annäherung Ribbentrop-Molotow und die Moskauer Abkommen erlaubt hatte, auch jetzt noch eine Versöhnung zwischen den beiden Reichen erlauben würde: nämlich die Tatsache, dass Stalin sich über die Ausübung der Macht und über die Art, sie zu bewahren, fast die gleichen Vorstellungen machte wie Hitler. Die beiden Diktatoren massen den gleichen Sinn und die gleiche grundlegende Bedeutung der Tatsache bei, Herrscher zu sein. Zwischen Persönlichkeiten von gleichem Rang, die einzig durch ihre Überzeugungen getrennt wurden, aber durch ihre Neigungen, ihre Methoden und Gewohnheiten eng verwandt waren, gab es immer eine Verständigungsmöglichkeit. Stalin, so sagte man, hatte nicht gelogen, als er Herrn Matsuoka beim Abschied gestand, dass er im Grunde für die Geistesart und die Umgangsformen der britischen Staatsmänner kein Verständnis habe, sondern sich unwiderstehlich zu den grossen totalitären Führern hingezogen fühle.

Was konnte man nicht, mit ein wenig Geschicklichkeit, auf einer solchen Vorliebe aufbauen – in diesen Zeiten, in denen die Launen der Herrscher das Schicksal der Kontinente regeln!

Die Diplomaten dachten weiter: das System Hitlers und das Stalinsche ähneln sich in manchen Punkten und ergänzen sich in andern. Das eine stellt eine besser geordnete, gesittetere und «zuverlässigere» Diktatur dar: das andere eine ausgedehntere Revolution, die anziehender für die Massen und menschlicher war. Ihr Zusammenprall musste für beide verhängnisvoll werden. Die Diktatur Hitlers konnte über die Stalins triumphieren: sie schien die stärkere. Aber würde nicht die Revolution Stalins am Ende die auf dem Rassenprinzip aufgebaute Revolution überwinden, deren Grundlagen enger und zerbrechlicher waren? Es gab da die Gefahr eines doppelten Bruchs des Gleichgewichts, der die beiden Reiche in den gleichen Abgrund der Unordnung und der Anarchie werfen konnte.

Diese Drohung einer ähnlich umfassenden und unwiderruflichen Anarchie fürchteten die Deutschen, die in Russland lebten, für den Fall eines deutsch-russischen Krieges am meisten. Sie kannten die wirkliche Lage in der Sowjetunion zu gut, um sich von den neuen antibolschewistischen Tönen der deutschen Propaganda, welche die Welt auf einen «Kreuzzug» gegen den marxistischen Kommunismus vorbereitete, täuschen zu lassen. Sie glaubten zu wissen, dass die revolutionäre Flamme in Russland erloschen war, und dass das neue Reich der Sowjets einen autoritären Polizeistaat darstellte, in welchem Ordnung und Disziplin mit den energischsten und strengsten Massnahmen aufrechterhalten wurde. Aber was der Frieden verwirklicht hatte, konnte der Krieg zerstören. Im Falle des Rückzugs der Sowjetbehörden und angesichts der systematischen Zerstörungen und der vollständigen Desorganisation der Verkehrsmittel würde er das russische Volk schrecklichen Leiden aussetzen. Die moralische Verwirrung, das politische Verlassensein, Armut, Hunger und Seuchen konnten eine neue Krise der Verzweiflung im Volke hervorrufen; des ideologischen Rüstzeugs beraubt, das ihm Lenin gegeben hatte, würde es unfehlbar der Anarchie anheimfallen. Und diese Anarchie würde keine Hindernisse kennen. Besiegte und

Sieger würden sich in ihr brüderlich vereinen, denn der russische Boden ist ein gefährlicher Propagator umstürzlerischer Ideen, und die deutsche Seele, die in Russland von den Beschränkungen der westlichen Zivilisation befreit wäre, konnte von dem fremden Taumel ergriffen werden und würde dann kaum der Anziehungskraft des Nihilismus widerstehen.

So konnte aus dem Kreuzzug gegen den russischen Bolschewismus ein Kreuzzug für die universale Anarchie werden.

Es ist nicht leicht, zu wissen, auf welche Art Graf Schulenburg sich dieser Argumente bediente, um die kriegerische Erregung des Führers zu beschwichtigen. Seine diskrete und zurückhaltende Natur hinderte ihn vielleicht, seine Ideen so zu entwickeln, wie man es in seiner Umgebung häufig getan hatte, und wie er zweifellos schon die Gelegenheit gehabt hatte, es schriftlich seiner Regierung darzulegen. Es ist auch möglich, dass der Führer, weniger geduldig als Napoleon und wenig geneigt, Menschen mit entgegengesetzten Auffassungen anzuhören, ihm nur widerwillig und zerstreut zuhörte. Aber es steht ausser Zweifel, dass der Graf sein Bestes tat, um seine Überzeugung zu vertreten, dass der Krieg gegen Russland nicht notwendig sei, dass er vermieden werden könne und dass seine Ergebnisse tragisch sein könnten.

Herr von Schulenburg war in seinen Bemühungen nicht glücklicher als ein Jahrhundert zuvor Général Caulaincourt. Von den Besprechungen, die er in Berlin gehabt hatte, blieb ihm das gleiche Gefühl der Ohnmacht, das den Botschafter Napoleons mit so viel Bitterkeit erfüllt hatte. Wie dieser fühlte er dunkel – denn der Führer hatte sich nicht eindeutig ausgesprochen – dass es «für die Aufrechterhaltung der Ruhe» nicht mehr viel Hoffnung gab. Es war offensichtlich, dass der Führer dem Einfluss verschiedener Kreise unterlag: Parteipolitiker, Militärs, Doktrinäre der nationalsozialistischen Revolution, Wirtschaftssachverständige und Geschäftsleute, die nur eines gemeinsam hatten: dass sie weder die Menschen noch die Sachlage in der Sowjetunion kannten. Jeder von ihnen jagte einem Phantom nach: der eine wollte den Sieg davontragen, der andere über ein Reich herrschen, ein dritter ein gutes

Geschäft verwirklichen, ein anderer schliesslich die Richtigkeit einer sozialen oder politischen Theorie beweisen. Aber keiner hielt sich die Hindernisse vor Augen, die es zu überwinden galt, keiner dachte an die ungeheure Ausdehnung der Welt, gegen die man anrennen musste. Welches von all diesen Argumenten hat die Phantasie des Führers am stärksten berührt und in ihm eine Entscheidung heranreifen lassen, die der Botschafter zu ahnen glaubte? Herr von Schulenburg hätte sich darüber nicht so den Kopf zerbrochen, wenn ihm bewusster gewesen wäre, bis zu welchem Grade die Staatschefs zuweilen die Sklaven der Ereignisse sind. Es war nicht so, dass Hitler das Problem der Sowjetunion erfunden hatte, um sich die Möglichkeit zu verschaffen, es mit List und Gewalt zu lösen; sondern das Problem des Sowjetreichs drängte sich Hitler auf und zwang ihn, eine Entscheidung zu treffen.

Zwischen zwei Wegen hatte der Führer zu wählen, und beide waren gleich gefahrvoll. Er konnte versuchen, im Westen abzuwarten und den Druck der Sowjets in Grenzen zu halten bis zum Tage eines entscheidenden Sieges über England – oder er konnte die Sowjetunion angreifen und schlagen, um dann anschliessend besser den britischen Widerstand niederzuringen.

Hätte England rasch besiegt werden können, so wäre die erste Lösung die bessere gewesen. Hielt aber England stand, so wurde die Sowjetunion mit jedem Tage stärker und gefährlicher.

Die zweite Lösung hatte ihre Vorzüge, falls Russland leicht zu schlagen war. Wenn aber Russland durchhielt, konnte Hitler den Krieg verlieren.

Herr von Schulenburg hatte sich bemüht zu zeigen, dass die Hoffnung auf eine rasche und leichte Lösung des russischen Problems durch die Gewalt trügerisch war. Ohne Zweifel hatte er Recht, und die Ereignisse bestätigten die Voraussagen des Botschafters schlagend. Hitler seinerseits war überzeugt, dass der Kampf gegen England sich noch lange hinziehen könnte. Man muss anerkennen, dass über diesen Punkt sich wiederum der Führer nicht getäuscht hatte.

Die Wahrheit ist, dass der Krieg gegen die Sowjetunion weder die Frucht einer Berechnung noch das Ergebnis einer politischen Laune war.

HITLER WÄGT AB

Er war die Folge des Krieges gegen England, der die Welt zerrüttet hatte, und des Moskauer Abkommens, welches Russland weckte. Von Anfang an durch tausend unsichtbare Fäden mit dem allgemeinen Kriege verknüpft, musste er sich ihm notwendigerweise einfügen.

Hitler hatte versucht, ihn zu vermeiden. Wie Napoleon hatte er sich bemüht, aus einem natürlichen Gegner einen nützlichen Partner zu machen. Um in seinem Kriege gegen Grossbritannien nicht durch neue Konflikte gestört zu werden, hatte Hitler den Völkern Europas eine «friedliche» Ordnung auferlegt. Aber gerade diese «friedliche» Ordnung sollte die Verbindungslinie zwischen dem Krieg im Westen und dem Krieg im Osten abgeben: aus dem deutschen Hegemoniestreben geboren, war sie unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Kleinstaaten und erst recht mit der eines Riesenstaates wie dem Sowjetreich. Die europäische Ordnung des Führers, die aus dem Kriege mit England hervorging, musste in den Krieg gegen das Russland Stalins ausmünden, so wie die europäische Ordnung Napoleons schliesslich zum Kriege gegen das Russland des Zaren Alexander geführt hatte. Das Verhängnis war bereits in den Voraussetzungen einbeschlossen.

Neuntes Kapitel

VOR DEM WAFFENGANG

1. *Die Parade des 1. Mai. – Herr von Schulenburg ist besorgt. – Stalin wird Präsident des Rates der Volkskommissare (7. Mai 1941). – Ausweisung der diplomatischen Vertretungen der von Deutschland besetzten Länder (9. Mai). – Stalins Versöhnungspolitik und ihre Grenzen. – Sir Stafford Cripps' Enttäuschungen. – Die Bedeutung der deutschen Erfolge auf Kreta und im Irak.*

2. *In welchem Augenblick hat Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion beschlossen? – Die Bedeutung der englischen Erfolge in Syrien. – Das Abenteuer des Herrn Rudolf Hess. – Die Spannung zwischen der Sowjetunion und dem Reich wächst. – Das Sowjet-Communiqué vom 15. Juni. – Das Reich schweigt. – Die Lösung: die Nacht vom 21. zum 22. Juni 1941.*

I.

Der Moskauer Winter, der sich in diesem Jahre bis in die ersten Junitage hinein erstrecken sollte, wurde am 1. Mai durch einen sonnigen Frühlingstag unterbrochen. Die Stadt legte ihr Festkleid an: mächtige rote Standarten schmückten die Palais und die öffentlichen Gebäude; die Stammväter der Revolution, Karl Marx und Friedrich Engels, trugen auf riesigen Plakaten ihre imposanten Bärte zur Schau; an den Strassenkreuzungen hing das Porträt Stalins treu und beharrlich neben dem Lenins; und die berühmten Mitglieder des Polit-Büros zierten, mit oder ohne Schnurrbart, mit oder ohne Mütze, mit oder ohne Kneifer im Bilde alle Mauern der Hauptstadt. Auf dem Roten Platz war die Armee aufmarschiert, neu ausgerüstet und vollständig motorisiert. Stundenlang hatte sie vor dem Grabe Lenins zu defilieren. Die Marschälle trugen ihre Abzeichen und ihre brillantgeschmückten Orden. Zum ersten Male in der Sowjetunion waren die Offiziere mit dem Säbel erschienen. Diese äusseren Zeichen der Reorganisation der Armee, die eine traditionelle Rangordnung und Disziplin ankündigten, riefen ebensoviel Interesse

hervor wie die letzten Modelle von Kanonen und Tanks. Am wolkenlosen Himmel schwebten Hunderte von Flugzeugen.

Während des ganzen Tages und in der folgenden Nacht dauerte der Lärm der Motoren dieser Armee an, die zu Lande und in der Luft so durchgreifend mechanisiert war. Man konnte vermuten, dass das Fest der Revolution und der Arbeit benutzt wurde, um auf den grossen Strassen, die nach Minsk und Leningrad führten, mehr Truppen zu verschieben, als auf dem Roten Platz defiliert hatten.

Auf der Diplomatenbühne sah man Graf Schulenburg, der am Abend vorher zurückgekehrt war, leutselig lächeln. Mit Interesse verzeichneten alle Kollegen, Freunde oder Gegner, dieses Lächeln als ein gutes Vorzeichen. Es beschwichtigte die Gemüter und liess neue Lösungen auf friedlichem Verhandlungswege voraussehen. Ohne Zweifel würde Herr von Schulenburg sich in den Kreml begeben, wie üblich mit dem Ölzweig in der Hand. Das politische Barometer stand auf Schönwetter.

Aber am andern Tage trat der Winter wieder in sein Recht. Die Sonne verschwand für lange Zeit. Und mit der Sonne verschwand das Lächeln des Grafen. Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahr schien der deutsche Botschafter besorgt. Der Führer hatte ihm gesagt – so lautete die offizielle Version, die er in Moskau in Umlauf setzen musste – dass die Ereignisse in Jugoslawien ihn gelehrt hätten, auf seiner Flut zu sein. Das Reich werde also alle Vorsichts- und Verteidigungsmassnahmen ergreifen, die seine Sicherheit erfordere. Gegenüber gewissen Einwendungen gab Herr von Schulenburg zu, dass nach seiner Ansicht keine Angriffsgefahr von Seiten der Sowjetunion bestehe; aber in Berlin sei man aufgebracht und nervös auf Grund der Fehler, die Stalin anlässlich des Belgrader Aufstandes begangen habe. Der Botschafter werde nicht in den Kreml gehen; er habe keine neue Instruktion erhalten und nichts Besonderes mitzuteilen. Im Übrigen werde es ihm nicht an Gelegenheiten fehlen, Molotow oder Wyschinski zu begegnen: es waren immer zwischen der Botschaft und dem *Narkomindjel* Besprechungen über die neuen Grenzen und die Wirtschaftsabkommen im Gange.

Unter diesen Umständen war das Schweigen, das Berlin gegenüber der Sowjetunion bewahrte, doppelt bedrohlich. Am 4. Mai sprach Hitler

erneut vor dem Reichstag. Er zog die Bilanz seines siegreichen Feldzuges gegen Griechenland und Jugoslawien und wiederholte seine alten Versicherungen, dass Deutschland keine Forderungen auf dem Balkan habe und dort nur wirtschaftliche Ordnung und Frieden wiederherstellen wolle. Guten Worten für Griechenland stand eine erbarmungslose Verurteilung der Jugoslawen gegenüber. Kein Wort von der Sowjetunion, nichts für die Sowjetunion, ganz als ob die Probleme des Ostens das Sowjetreich nichts angingen.

In dieser Art, das Vorhandensein des Sowjetpartners stillschweigend zu übergehen, lag eine kaum verhüllte Drohung, die den führenden Männern in Moskau auffallen musste. War es nicht Hitlers Gewohnheit, durch ein bezeichnendes Schweigen eine sensationelle politische Schwenkung vorzubereiten? Zwei Jahre vorher, am 27. April 1939, hatte der deutsche Kanzler eine grosse Rede über Danzig gehalten. Vergeblich hatte man in dieser Rede die geringste Spur jener Schmähungen gesucht, die Hitler gegen Stalin, gegen die Sowjetunion und den Bolschewismus zu schleudern pflegte. Nichts von alledem. Und in diesem Schweigen steckte der Keim zum Moskauer Abkommen. Seit damals hatte Hitler nicht aufgehört, die Vorteile seiner Zusammenarbeit mit den Sowjets zu rühmen. Aber nun, in seiner jüngsten Rede, unterliess er es von Neuem, von Russland zu sprechen. Welche Veränderungen bereiteten sich vor? Dekanosow, der seit dem 26. November 1940 die Sowjetunion in Berlin vertrat, wurde nach Moskau berufen; aber er konnte keinerlei Aufklärung geben. Die Unruhe wuchs.

Sieben Tage lang wartete Stalin, ob Herr von Schulenburg ihm eine Botschaft seines Chefs bringen würde. Als der Botschafter sich nicht im Kreml anmeldete, beschloss Stalin zu handeln. Am 7. Mai wurden die ausländischen Vertretungen durch einen von Molotow unterzeichneten Brief informiert, dass «ein Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets Herrn Stalin, Joseph Wissarianowitsch, zum Präsidenten des Rates der Volkskommissare ernannt hatte». Der Titel «Herr» (Gospodin), der zum ersten Male in einem offiziellen Schriftstück für den Genossen Stalin Verwendung fand, überraschte ebenso wie die Tatsache, dass der wirkliche Beherrscher Russlands so unvermutet aus dem Schatten ins

Licht getreten war. Die ausländischen Diplomaten beeilten sich, Herrn Molotow (der den Titel des Vizepräsidenten bekam und die Funktion des Aussenkommissars beibehielt) zu erwidern, dass sie die Ehre hätten, von dem Dekret betreffend «Seine Exzellenz Herrn Joseph Wissarianowitsch Stalin» Kenntnis zu nehmen. So erklimmte der neue Präsident in wenigen Stunden alle Stufen der Rangordnung bürgerlicher Ehren.

Das Erscheinen Stalins an der Spitze der Regierung konnte nur eine Bedeutung haben: in der Stunde der Gefahr stieg der Kommandant des Schiffes auf die Kommandobrücke. Der Mann, der bis dahin alle Aufgaben der Macht erfüllt hatte, nahm nun, in einem aussergewöhnlich kritischen Augenblick, auch alle Verantwortlichkeiten und alle Gefahren auf sich.

Dieser Zug von Unerschrockenheit überraschte bei einem Führer, der bis dahin den Eindruck erweckt hatte, seine Macht unkontrolliert im Schatten ausüben zu wollen. Er widersprach damit dem einzigen Punkt, über den sich alle seine Biographen einig gewesen waren. In der Tat sahen alle, die sich mit dem märchenhaften Leben dieser erstaunlichen Persönlichkeit befasst hatten – mochten sie ihn wegen seiner Härte verurteilen oder wegen seines organisatorischen Talentes und seiner staatschöpferischen Energie bewundern – in ihm einen asiatischen Führer, der lieber in der Phantasie seiner Untertanen als auf öffentlicher Bühne leben wollte. Die Diplomaten, die seine Tätigkeit aus der Nähe beobachteten, machten sich ein ähnliches Bild von ihm: dieser Mann war vorsichtig und berechnend und bereitete seine Schläge mit wohlüberlegter und geduldiger Listigkeit vor; dann wieder war er brutal und griff überraschend schnell zu, in ununterbrochenem Ansprung, wie eine Katze. Dieser Mann war in der Öffentlichkeit nur in Gestalt von Statuen oder Gemälden sichtbar, und nur wenige Auserwählte konnten auf offiziellen Festen seinen schwer herabfallenden Schnurrbart, seine dichten Augenbrauen und sein spöttisches Lächeln wahrnehmen, halb verborgen hinter den Mützen der amtierenden Würdenträger und den breiten Schultern der Marschälle. Er schien dem Mysterium verschworen, und dem allzu scharfen Licht der Öffentlichkeit schien er für seine Verführungskünste die glitzernde Nacht der Legende vorzuziehen.

Und nun trat Stalin aus dem Dunkel und nahm entschlossen den Platz ein, den die Geschichte ihm vorbehalten hatte. In der schwersten Stunde, welche die Sowjetunion durchlebte, seit sie aus der Revolution auferstanden war, übernahm er eine dreifache Verantwortung: für die Regierung, die seine Sache war; für den Staat, der seine Schöpfung war; aber auch für ein Russland, das über ihn hinauswuchs und dessen verpflichtendes Erbe und kaiserliche Traditionen er trotz seiner revolutionären Vergangenheit und seines fremden Blutes wieder aufgenommen hatte. So offenbarte er, durch eine höchste List, die höchste Aufrichtigkeit am nächsten stand, die Kühnheit auf dem Grunde seiner so komplexen Natur und bot sich nicht nur als Vorkämpfer seines Regimes, sondern als Sammelpunkt des sowjetrussischen Widerstandes und als berufener Verteidiger der Sache Grossrusslands dar.

Diese offizielle Bekräftigung der Allmacht und Allgegenwart Stalins, die berufen war, das Ansehen der Sowjetregierung zu verstärken, missfiel den Kreisen der Achse in Moskau nicht; sie hofften ja noch auf eine Möglichkeit der Entspannung und der friedlichen Verständigung zwischen der Sowjetunion und dem Reich. Stalin galt als der Mann der raschen Entscheidungen und der geschickten und unerwarteten Wendungen. Er hatte niemals seine Bewunderung für die technischen Fortschritte und die autoritären Methoden Deutschlands verborgen. Das britische Reich – so setzte man in Berlin und Tokio voraus – vermochte ihm weder Sympathie noch Vertrauen einzufliessen. Wenn es möglich wäre, für einige Augenblicke den neuen Regierungschef mit dem Führer zusammenzubringen, so konnte aus einer solchen Begegnung ein neues Abkommen geboren werden, das noch überraschender war als das frühere.

Die Anfänge der Regierungstätigkeit Stalins schienen diesen Hoffnungen recht zu geben. Am 9. Mai veröffentlichte die *Pravda* ein langes Dementi zum Thema der «angeblichen Truppenbewegungen» der Sowjetarmee. Darin hiess es, die Sowjetunion habe keinerlei aggressive Absicht, und sie sähe nicht einmal eine Notwendigkeit, besondere Verteidigungsmassnahmen durchzuführen, denn niemand denke daran, sie anzugreifen. Stalin bediente sich hier einer Methode, die er später wiederum anwenden sollte: er bekundete nicht nur seine eigene Aufrich-

tigkeit, sondern auch sein volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit des deutschen Partners.

Die zweite Vorsichtsmaßnahme, die ebenfalls am 9. Mai, also nur zwei Tage, nachdem Stalin seinen neuen Titel angenommen hatte, verwirklicht wurde, verblüffte selbst die erfahrensten und abgestumpftesten Beobachter der Sowjetmethoden. Das *Narkomindjel* liess die Gesandtschaften Norwegens und Belgiens wissen, dass die Sowjetregierung ihre Mission mit dem Datum des gleichen Tages für beendet ansehe, da ihre Staaten das Gebiet, auf dem sie ihre nationale Souveränität ausübten, verloren hätten. Diese Massnahme, die den diplomatischen Gebräuchen so wenig entsprach und durchaus nicht gerechtfertigt war (Belgien und Norwegen besaßen noch legal gebildete Regierungen und kämpften auf dem Meer und in den Kolonien gegen den Eindringling), verriet eine solche übertriebene Bereitwilligkeit, den Wünschen des Reiches zu schmeicheln und entgegenzukommen, dass sie dem Ansehen der Sowjetunion nur schaden konnte. Die Bestürzung erreichte ihren Höhepunkt, als man erfuhr, dass Gawrilowitsch, der befreundete und verbündete jugoslawische Gesandte, ins Aussenkommissariat gerufen worden war, wo ihm Herr Wyschinski die gleiche Entscheidung mitteilte. Auch Jugoslawien hatte sein Gebiet und seine nationale Souveränität verloren; die Sowjetunion erkannte ihm nicht mehr das Recht zu, eine diplomatische Vertretung in Moskau aufrechtzuerhalten. Herr Gawrilowitsch hatte seine Koffer zu packen.

Damit gab Stalin ein schönes Beispiel von «Realpolitik». In dem Zeitpunkt, in dem Jugoslawien seinen Plänen dienen konnte, hatte er feierlich die Integrität seines Territoriums und die Unabhängigkeit seines Staates anerkannt. Gawrilowitsch war im Kreml wie ein Bruder empfangen worden; man hatte sich ausgesprochen, Pläne gesponnen und in vollem Vertrauen Abkommen unterzeichnet. Stalin hatte sich neben ihm photographieren lassen und während einer ganzen Nacht freundschaftliche Pläne mit ihm besprochen. «Und wenn die Deutschen sich ärgern und euch angreifen?» hatte der jugoslawische Gesandte gefragt, der an eine so glückliche Wendung nicht recht glauben wollte. «Sie sollen nur kommen!» hatte der Diktator lächelnd erwidert. Und nun

wurde der kleine Bruder Gawrilowitsch dem Zorn Hitlers geopfert, noch ehe die Deutschen den Mund aufgemacht hatten. Denn der jugoslawische Gesandte diente jetzt den sowjetrussischen Plänen zu nichts mehr, so wenig wie sein unglückliches, zerbrochenes, besetztes und zerstückeltes Land; seine Freundschaft war belastend, seine Anwesenheit in Moskau kompromittierend. Stalin brauchte keinen störenden Zeugen in dem Augenblick, in dem er den deutschen Obersten von Krebbs in seine Arme schloss. Es galt, alles aus Moskau zu entfernen, was den deutschen Zorn gegen die Sowjetunion und den Kreml lenken konnte. Man musste Ballast abwerfen, und zwar schleunigst. War Gawrilowitsch fern von Moskau, so war die unheilvolle jugoslawische Geschichte rasch vorbei und vergessen. Die sowjetrussische Politik konnte sich ihrer neuen Aufgabe widmen: um jeden Preis den Krieg mit einem Gegner zu vermeiden, der noch nicht genügend geschwächt war, als dass man ihn ungestraft herausfordern und ihm ohne Gefahr die Stirn bieten konnte.

Aber Stalins «Realismus» war nicht rein formaler Natur. Der Chef der Sowjetregierung war ein so erfahrener Politiker, dass er sich Rechenschaft darüber gab, dass es nicht genügen könne, den Deutschen einige Genugtuung für ihre Eigenliebe zu geben, um ihren Zorn zu beschwichtigen. Mit Jugoslawien, selbst mit einem nicht mehr bestehenden, zu brechen, das bedeutete mehr als eine einfache Geste der Erniedrigung und des Selbstvorwurfs. Es hiess – wenigstens für den Augenblick, denn in der Politik ist ja nichts endgültig – auf die Pläne der Sowjets im Nahen Osten verzichten und sich vor der Balkanpolitik Hitlers beugen. Die Sowjetunion zog ihre Ansprüche auf den Balkan zurück, um ihre Stellung an der Seite Deutschlands zu festigen. Sie wurde so dazu gebracht, die Vorschläge neu zu prüfen, die ihr das Reich nach dem Abschluss des Dreimächtepaktes gemacht hatte und die sie damals nicht in Betracht ziehen wollte, um sich ihre volle Handlungsfreiheit auf dem Balkan und im Fernen Osten zu bewahren. Jetzt aber musste jede Anspielung auf den Balkan, den die Wehrmacht beherrschte, den Zorn des Reiches auf die Sowjetunion lenken; war es da nicht klüger, sich mit dem Rahmen zu begnügen, den der Dreimächtepakt den Rechten und Wünschen der Sowjetunion gezogen hatte, und das wichtigste

Vorrecht des Sowjetreichs in Sicherheit zu bringen: die Möglichkeit abzuwarten?

Diesen Vorteil, welcher der Hauptpunkt seiner Politik war, hatte sich Stalin in den schwierigsten Augenblicken der europäischen Krise dadurch sichern können, dass er Hitler den Angriff auf Polen und die Entfesselung des Krieges im Westen erleichterte. Er war entschlossen, diesen Vorteil festzuhalten. So war er bereit, sich auf Stellungen zurückzuziehen, die er selbst noch vor wenigen Monaten verächtlich abgelehnt hatte, und alles zu opfern, was nicht *wesentlich* war für seine wirkliche Macht und für seine grossen geheimen Zukunftspläne.

Um recht zu verstehen, in welchem Masse er selbst in dem Augenblick, in dem er seine Balkanforderungen und seinen Freund Gawrilowitsch so leicht fallen liess, an diesem «Wesentlichen» festhielt, muss man drei Tatsachen kennen, die unser Bild vom Charakter und von der Politik des Nachfolgers Lenins abrunden.

Stalin fühlte sich aufs Stärkste der Roten Armee verbunden und verfolgte mit unermüdlicher Energie die Entwicklung der militärischen Ausbildung und der Bewaffnung der Sowjetstreitkräfte. Darum liess er es nicht zu, dass der Geist des Kuhhandels und der Kompromisse in die Armee Eingang fand. Die Ausweisung der Gesandtschaften der drei von Deutschland besetzten Staaten wurde niemals öffentlich bekanntgegeben; die Presse bewahrte Stillschweigen über dieses Thema, und in militärischen Kreisen bestritt man, so offensichtlich es war, dass der *Narkomindjel* eine solche Massnahme getroffen hätte. Nur die Generäle wurden darüber unterrichtet; und diese Information wurde ihnen in einer solchen Form gegeben, dass General Schukow – derselbe, der später so hervorragend die Verteidigung Moskaus und der Zentralfront leiten sollte – sich berechtigt glaubte, dem jugoslawischen Militärattaché Oberst Popovici beim Abschied zu erklären, dass Jugoslawien bald die wahren Gefühle der Sowjetunion kennenlernen werde. Stalin selbst hatte am 5. Mai – zwei Tage bevor er «an die Macht kam» – im geschlossenen Kreise der Offiziersaspiranten den Heroismus und den Kampfgeist der Roten Armee gefeiert und dabei erklärt, die Soldaten der Sowjetunion dürften sich nicht auf die Defensive beschränken, son-

dern müssten bereit sein, ihre Fähigkeiten zur Offensive zu zeigen, um den Mächten entgegentreten zu können, die nach der Weltherrschaft strebten.

Diese «geheimen» Worte, die er den Offizieren anvertraute und die so wenig mit den ganz ebenso «geheimen» Massnahmen der Regierung übereinstimmten, bewiesen nicht nur ein gewisses zweideutiges Handeln, sondern auch das Bemühen der Lenker der Sowjetunion, die Moral der Truppen keinesfalls durch die Konzessionen beeinflussen zu lassen, die sie auf politischem Gebiet machen zu müssen glaubten.

In zweiter Linie wachte Stalin eifersüchtig über seine Unabhängigkeit. Wohl nahm er zuweilen Kompromisse hin, welche die Neutralität der Sowjetunion betrafen, aber er war nicht bereit, sich irgendeinem politischen oder ideologischen Einfluss, der von aussen kam, zu unterwerfen. Als zum Beispiel der neue französische Botschafter Gaston Bergery, der am 25. April in Moskau eingetroffen war, in den ersten Maitagen sein Beglaubigungsschreiben überreichte, wurde das Exposé über die Kontinentalpolitik Vichys, das er bei dieser Gelegenheit entwickelte, im Kreml mit sehr bezeichnendem Schweigen aufgenommen. Herr Bergery hatte seine Idee dargelegt, dass einzig eine kontinentale Zusammenarbeit den Kriegen und Gemetzeln, die immer wieder Europa verwüsteten, ein Ende machen könnte. Frankreich beabsichtigte, sich in eine friedliche europäische Ordnung einzugliedern, und es hoffte, dass die Sowjetunion den gleichen Weg einschlagen werde. Bergery war nicht nach Moskau gekommen, um von einem Bündnis zu sprechen, und noch weniger, um die Deutschen nach Osten vorwärtszutreiben; wohl aber, um Russland, das politisch und wirtschaftlich zu Europa gehörte, dahin zu bringen, dass es seinen Teil bei dem Aufbau der «Neuordnung» übernehme. Es verstande sich von selbst, fügte der Botschafter hinzu, dass die Ordnung, an die Frankreich dachte, gegen niemanden gerichtet sei und nicht die Vorherrschaft irgendeines Staates zuliesse.

Der alte Kalinin, an den die Ansprache gerichtet war, und Molotow, der ihr beiwohnte, waren stumm geblieben. Dieser Empfang schien Bergery nichts Gutes anzukündigen. Am nächsten Tage empfing er den Besuch des Sowjetbotschafters in Vichy, der auf der Durchreise in

Moskau war. Herr Bogomolow lenkte die Unterhaltung auf das Expose, das Bergery im Kreml entwickelt hatte, und erklärte dem Botschafter Frankreichs, dass die Sowjetunion keine Möglichkeit sähe, sich in ein Europa einzugliedern, das unter dem Befehl einer Macht stände, in deren Land die Arbeiter und Bauern nicht die gleichen Rechte und Vorrechte hätten wie in Russland. Herr Bergery begriff, dass Bogomolow ihm die Antwort der Sowjetregierung überbrachte. Das war eine höfliche, aber kategorische Ablehnung. Die Sowjetregierung bediente sich eines doktrinären Arguments, um sich der Einladung des französischen Botschafters zu entziehen. In Wirklichkeit fiel es ihr gar nicht ein, sich den Direktiven, die aus Berlin kamen und die auf eine deutsche Vorherrschaft abzielten, zu unterwerfen.

In dritter Linie endlich war Stalin, ein Bauernsohn und selbst in seiner Kindheit Bauer, aufs Stärkste mit dem Boden verbunden. Trotz der ungeheuren Ausdehnung des Sowjetgebiets war er immer bereit, neue Gebiete zu erwerben; aber um nichts in der Welt, nicht um den allerbedeutendsten Vorteil, hätte er einen Fussbreit Erde preisgegeben. Die Deutschen mussten das erfahren, als sie versucht hatten, in Polen gewisse Sowjeteinheiten, welche die im Moskauer Abkommen festgelegte Demarkationslinie überschritten hatten, zum Rückzug zu veranlassen. Nie hatten die Russen etwas wiederhergeben wollen; und sie verteidigten die Stellungen, die sie laut den Deutschen zu Unrecht besetzt hatten, so hartnäckig, dass Hitler sich noch in seiner Rede vom 22. Juni, in der er den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion ankündigte, darüber beschwerte.

Rumänien machte auf seine Kosten eine ebenso schlüssige Erfahrung. Durch das Ultimatum vom 26. Juni 1940 hatte Molotow von Rumänien den Norden der Bukowina und Bessarabien gefordert; ein entsprechender Plan war dieser Note beigegeben. Auf diesem Plan befand sich eine Linie, die Molotow selbst mit Rotstift gezogen hatte und die von Rumänien nicht nur Bessarabien und zwei Drittel der Bukowina abschnitt – Provinzen, die in der Note erwähnt waren – sondern auch die Nordecke der Moldau, zwischen Pruth und Sereth, auf welche die Note mit keinem Wort anspielte und die zu allen Zeiten rumänische Erde war. So

verlor Rumänien, durch eine blosse Abweichung von Molotows Rotstift, den Marktflecken Hertza und rund zwanzig Dörfer der Moldau. Seit dem Beginn meiner Tätigkeit in Moskau bemühte ich mich, Molotow und Wyschinski zu überzeugen, dass diese Region der Moldau Rumänien irrtümlich genommen worden war, und dass es keine Verständigungsmöglichkeit über die neue Demarkationslinie gäbe, solange nicht diese Ungerechtigkeit, die krasseste von allen, wieder gutgemacht sei. Molotow leugnete nicht, dass hier ein Irrtum vorliegen könne, aber er setzte mir ein Argument entgegen, das er für ausschlaggebend hielt: es war eine vollendete Tatsache.

Seitdem waren die Verhandlungen über die Errichtung der Demarkationslinie auf neue Schwierigkeiten gestossen und schliesslich aufgegeben worden, als die Sowjets von den Inseln und Sandbänken im Chilia-Arm der Donau Besitz ergriffen hatten.

Es ist wahr, dass die Sowjetregierung nicht aufhörte, die höflichsten Beziehungen zur rumänischen Gesandtschaft zu pflegen, aber niemals gab sie den geringsten Beweis eines versöhnlichen Geistes. Erst im April 1941, als Stalin nach dem Abschluss des Freundschaftsabkommens zwischen Moskau und Belgrad fürchten konnte, dass sich der deutsche Zorn gegen Jugoslawien auf die Sowjetunion richten werde, bekundeten die Leiter des Aussenkommissariats ein stärkeres Interesse für Rumänien. Am 9. April, bei dem Diner, das zu Ehren Matsuokas in der japanischen Botschaft stattfand, bezeugte mir Herr Wyschinski eine ganz besondere Aufmerksamkeit und bat mich, General Antonescu wissen zu lassen, wie sehr die Sowjetunion seine friedlichen Anstrengungen würdige, und wie sehr sie wünsche, ihren Beziehungen zu Rumänien einen freundschaftlichen und vertrauensvollen Charakter zu geben. Diese unerwartete und eindringliche Sympathiekundgebung hatte offensichtlich politische Gründe. Rumänien war nicht dem Beispiel Ungarns gefolgt; es hatte nicht an der Treibjagd gegen Jugoslawien teilgenommen. Dafür wusste man ihm Dank in Moskau. Vielleicht bildete sich die Sowjetregierung ein, dass die Sowjetunion durch eine freundschaftlichere Politik noch jetzt ihre rumänischen Nachbarn hindern könnte, für den Fall eines Angriffs des Reichs auf Russland die

deutschen Reihen zu verstärken? Wenn die Sowjetregierung ein Mittel suchen wollte, um das berechtigte Misstrauen Rumäniens zu beschwichtigen, so hatte sie höchstens die Qual der Wahl. Denn seit der Besetzung Bessarabiens, der Bukowina, des Gebietes von Hertza und bis zur Eroberung der Donauinseln hatte sie dem Nachbarland so viel Unrecht angetan, dass es nicht schwierig war, durch die Rückgabe eines Stückes Land ihre guten Absichten zu beweisen. Aber es geschah nichts dergleichen. Während man uns mit freundschaftlichen Worten drängte, die Verhandlungen über die Demarkationslinie wieder aufzunehmen, erklärte uns Wyschinski, nachdem er sich mit seinen Vorgesetzten verständigt hatte, mit liebenswürdigem, aber festem Starrsinn, dass die Sowjetunion bereit sei, uns «auf jede Art» ihre friedlichen Absichten zu beweisen, dass sie aber nichts von dem zurückgeben könne, was sie «nach ihrem guten Recht» genommen habe. Die Verhandlungen blieben auf diesem Punkt; sie sollten niemals wieder aufgenommen werden.

In der Rede, die Ribbentrop am 22. Juni, dem Tage des Ausbruchs der Feindseligkeiten zwischen dem Reich und der Sowjetunion, in Berlin an die Pressevertreter richtete, erwähnte er auch die freundlichen Worte, die Wyschinski mir im April gewidmet hatte. Der deutsche Aussenminister deutete an, die Sowjetunion habe versucht, Rumänien auf ihre Seite zu ziehen, um es durch wertvolle Angebote gegen Deutschland aufzuhetzen. Von solchen Dingen war niemals die Rede. Man muss zugunsten der Sowjets anerkennen, dass sie niemals versucht haben, uns gegen irgendjemanden aufzuhetzen; so wie man zu ihren Lasten feststellen muss, dass sie nie versuchten, die geringste der Ungerechtigkeiten wieder gutzumachen, die sie gegen uns begangen hatten.

Das also waren die Grenzen der Politik der Versöhnung und Gefälligkeit, die Stalin Deutschland gegenüber zu verfolgen beabsichtigte: die Sowjetunion entledigte sich, sogar ohne dass es verlangt worden war, der lästigen Bindungen, die sie bis dahin zu Gegnern des Reichs aufrechterhalten hatte; sie schwor die Balkanpolitik ab, die sie so mühevoll in zahlreichen Communiqués formuliert und propagiert hatte; sie verleugnete ihre Freunde und tat freundlich mit ihren Gegnern; sie öffnete ihren Markt den Bedürfnissen der deutschen Kriegswirtschaft

in immer grösserem Umfange. *Aber sie war entschlossen, nicht an die Kraft ihrer Truppen, die an den Grenzen aufmarschiert waren, noch an die Moral der Armee rühren zu lassen; zu niemandes Gunsten verzichtete sie auf ihre Unabhängigkeit und ihre Handlungsfreiheit, und sie gab keinen Fussbreit des Bodens auf, den sie besetzt hatte.*

Trotz ihrer Geschicklichkeit gelang es dieser Politik nicht, alle Beobachter des Reichs gleichermassen zufriedenzustellen. Während die deutschen Kreise in Moskau ihren versöhnlichen Geist lebhaft würdigten, achteten die anspruchsvolleren Politiker in Berlin mehr auf die Vorbehalte der russischen Politik. So fand die Freude der deutschen Botschaft, als Stalin seine Freunde fallen liess und die Gesandtschaften der besetzten Länder zur Abreise aufforderte, keinen Widerhall in Berlin. Die deutschen Zeitungen verzeichneten kaum diese Gefälligkeiten, mit denen der neue sowjetrussische Regierungschef die Gunst des Reiches zu gewinnen hoffte. Sie schienen nicht die Ansicht einiger Diplomaten zu teilen, dass der «Zynismus» Stalins ans Geniale grenze und den grossen Sowjetführer davor bewahre, der Gefangene seiner eigenen Fehler zu werden, indem er ihn aus jeder Verlegenheit rettete, die ihm verhängnisvoll werden könnte.

Die deutschen Diplomaten fühlten sich gedrängt, den «so lobenswerten» Anstrengungen, die Stalin machte, um die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Reich zu retten, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; sie wussten die Schnelligkeit zu schätzen, mit welcher der Chef der Sowjetregierung die Mittel fand, eine Lage aufzuhellen, deren Gefahr er fühlte. Diese Diplomaten fassten wieder Mut und sagten sich, der Führer könne von den so deutlichen Beweisen des guten Willens und den friedlichen Absichten der Moskauer Regierung nicht unbeeindruckt bleiben. Schon hatten die Wirtschaftssachverständigen des Reichs, die glücklich waren, die Eilfertigkeit, mit der die Sowjets ihren Wünschen entgegenkamen, ausnutzen zu können, Herrn Krutikof den herzlichsten Empfang bereitet; der stellvertretende Kommissar für den Aussenhandel war nach Berlin gekommen, um die günstigsten Ausführungsbestimmungen für die Wirtschaftsabkommen festzulegen. Noch hoffte man in der deutschen Botschaft in Moskau, das,

was man für das Gebot der Klugheit hielt, werde die Oberhand gewinnen, und zum Schluss werde sich alles klären.

Übrigens schien die Aufmerksamkeit des Reichs mehr und mehr auf den Südosten gerichtet, wo sich Ereignisse von grösster Bedeutung vorbereiteten. Im Irak waren Unruhen ausgebrochen; binnen wenigen Tagen war die englische Herrschaft umgestossen. Das französische Syrien setzte der deutschen Durchdringung und dem Transport von Kriegsmaterial nach den arabischen Staaten, die sich in vollem Aufruhr befanden, keinerlei Widerstand entgegen. Wenn sich das Reich, dessen Banner schon in Athen und auf dem Peloponnes flatterte, des Archipels bemächtigte – der Angriff auf Kreta sollte am 20. Mai beginnen – dann würde der gesamte Orient nachgeben und die Strasse nach Indien offen liegen. Der Erfolg der Unternehmungen in südlicher Richtung zog das Reich immer mehr auf diesen Weg und hinderte es, anderswo einen Entscheidungssieg zu suchen. Die Vorgänge im Irak, in Syrien und auf Kreta fanden nirgends so freudigen Widerhall wie in der deutschen Botschaft in Moskau.

Hingegen weckten sie in der britischen Botschaft äusserste Bitterkeit. Am 7. März war Sir Stafford Cripps aus Ankara mit der festen Überzeugung zurückgekehrt, dass der Krieg zwischen Deutschland und Russland im Laufe des Sommers ausbrechen werde. Der immer krassere Gegensatz zwischen den Absichten des Reichs und den Interessen der Sowjetunion auf dem Balkan und an den Meerengen und die daraus sich ergebende Annäherung zwischen der Sowjetunion und der Türkei (die übrigens von den Engländern weit überschätzt wurde) hatten Sir Stafford überzeugt, dass trotz aller Bemühungen der Diplomaten die Ereignisse selbst ihren Weg gehen und schicksalhaft auf einen Bruch zwischen Berlin und Moskau hinauslaufen würden. Der Abschluss des russisch-jugoslawischen Abkommens, zu dem der Botschafter, ein Freund und Ratgeber von Gawrilowitsch, ganz sicher beigetragen hatte, bestärkte ihn noch in seiner Überzeugung. Aber die Reaktionen Stalins nach der Vernichtung Jugoslawiens hatten ihn aus der Fassung gebracht. Sir Stafford war ein Mann mit Ideen und Grundsätzen, ein zu gerader Charakter und mit zu starren Auffassungen, als dass er die Um-

wege und Spitzfindigkeiten der Politik Stalins verstehen und würdigen konnte. Dieser bedeutende Mann war so voller innerer Gegensätze, wie es eine westliche Natur nur sein kann: er war einer der glänzendsten Advokaten der City und zugleich der begeisterte Vorkämpfer der radikalsten sozialistischen Ideen, Jurist und Schriftsteller, exakter und praktischer Geist und dennoch gleichzeitig sentimental Träumereien hingegeben und dichterisch erstaunlich begabt – ein Freund der Armen und Unterdrückten, der Massen, die zum Licht und zur Freiheit streben – und ein leidenschaftlicher und loyaler Verteidiger des Britischen Empire, das er gerechter und zugleich mächtiger wünschte. Indessen wurde die Vielseitigkeit des Sir Stafford von der Mannigfaltigkeit der Wesenszüge und Nüancen des orientalischsten aller orientalischen Charaktere weit übertroffen. Unter welchem Gesichtswinkel immer Sir Stafford Stalin zu beobachten und zu verstehen bemüht war, ob er sich dabei seiner juristischen, politischen oder diplomatischen Fähigkeiten bediente, immer entglitt ihm die erstaunliche Persönlichkeit des Georgiers, und sie verursachte bei ihm eine unaufhörliche Kette von Enttäuschungen. Er fühlte sich mit so viel Interesse und so viel Sympathie zu diesem gewaltigen Sowjetreich hingezogen, aber es verhüllte seine Seele vor ihm und erschütterte seine eingewurzelten Ideen über die Revolution und die Menschheit.

Der Eifer, mit dem Stalin sich bemühte, die Gunst der Eroberer Jugoslawiens zurückzugewinnen – kaum einige Tage, nachdem er diesem unglücklichen Lande feierlich seine herzliche Zuneigung bekundet hatte – veranlasste den englischen Botschafter zu glauben, dass man von Moskau nichts mehr erhoffen könne. Die Sowjetregierung schien sich eindeutig den Befehlen Berlins unterzuordnen. Sie war zu allem bereit, um einen Konflikt mit Deutschland zu vermeiden, und schien auf der ganzen Linie den Plänen Hitlers in der Welt zu dienen.

Sir Stafford war umso mehr geneigt, die Ausweisung der Vertretungen der besetzten Länder zu verurteilen, als diese Massnahmen seine persönlichen Freunde und die Anhänger der Sache Grossbritanniens trafen und ihn als Mann von Ehre und als Vertreter Englands unmittelbar beleidigten. Er sah in diesen Vorgängen ein Zeichen dafür, dass die Sowjet-

union eine Vereinbarung mit Deutschland wünschte und kein Bedenken trug, England herauszufordern; sie unterschätzte offenbar das Britische Reich in einer solchen Masse, dass sie es selbst in einem Augenblick gefährlicher Spannungen mit dem Reich nicht für notwendig erachtete, sich London zu nähern.

Wenn Stalin England offen herausforderte, so war seine Berechnung dabei sehr einfach; übrigens hatte Zar Alexander genau die gleichen Überlegungen angestellt. Thiers schreibt darüber: «In seiner systematischen Zurückhaltung, deren Ziel es war, sich von jeder Verpflichtung frei zu halten, um bis zum letzten Augenblick den Frieden wählen zu können, wollte Alexander sich nicht der Ungeduld Englands anpassen. Er hatte eine ganz natürliche und sehr einfache Überlegung angestellt: war der Bruch mit Frankreich einmal vollzogen, so wäre der Frieden mit England die Angelegenheit einer knappen Stunde; man hatte also keinen Grund, sich zu beeilen, und konnte, wenn man früher handeln wollte, nichts gewinnen, wohl aber sich Unannehmlichkeiten mit Napoleon zuziehen und endgültig die letzten Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens opfern. Infolgedessen wies Alexander die Munitionsschiffe, welche die Engländer ihm geschickt hatten, zurück und zwang sie, die Gewässer bei Riga zu verlassen, indem er drohte, es werde auf sie geschossen werden, wenn sie sich nicht entfernten.»

Dies hinderte nicht, dass das Bündnis mit England, das «beim ersten Kanonenschuss, der zwischen Frankreich und Russland gewechselt wurde, natürlich, legitim und unvermeidlich» war, sich in der Tat verwirklichte, sobald der erste Schuss gefallen war.

Stalin misstraute Hitler mit gleicher Berechtigung, wie Alexander Napoleon misstraut hatte. Aber er hatte die gleichen Gründe, «sich nicht der Ungeduld Englands anzupassen», und er wies jede Möglichkeit der Annäherung an dieses Land mit einer Schroffheit zurück, von der er sich die grössten Vorteile versprach. Diese Haltung sollte nicht verhindern, dass sofort nach dem Einfall der deutschen Truppen in Sowjetrußland «das unvermeidliche Bündnis» zustande kam. Aber diese Haltung hatte Stalin erlaubt, «bis zum letzten Augenblick den Frieden zu wählen». Und sie hatte ihn im Voraus von der Anklage freigesprochen, die Hitler am

22. Juni gegen ihn erheben sollte, als er behauptete, dass «die Sowjetunion in voller Übereinstimmung mit England gehandelt hatte», um die Pläne des Reichs zum Scheitern zu bringen, und dass seit langem eine «Koalition» und eine «Zusammenarbeit» zwischen England und der Sowjetunion bestand. Das entsprach nicht den Tatsachen. Es gab ein Abkommen, ein Bündnis, eine Zusammenarbeit – aber zwischen Berlin und Moskau. Es gab weder Koalition noch Zusammenarbeit noch Abkommen zwischen Moskau und London – zu keinem Zeitpunkt gab es das. Das Reich und die Sowjetunion haben sich geeinigt und veruneinigt, ohne dass die britische Regierung eingreifen konnte – sei es, um das Bündnis zu verhindern, sei es, um den Bruch herbeizuführen. Noch wenige Tage vor dem Kriege fürchtete Sir Stafford Cripps das Zustandekommen einer neuen deutsch-russischen Abmachung auf Kosten Dritter, und er hatte die Hoffnung aufgegeben, Stalin den deutschen Drohungen und dem deutschen Druck Widerstand leisten zu sehen.

Es war natürlich, dass die Nachrichten aus Griechenland und Mesopotamien den britischen Botschafter lebhaft berührten. Er erblickte, wie sein Kollege und Gegner von Schulenburg, darin eine Folge für das Reich vorteilhafter Geschehnisse, welche die deutsche Armee veranlassen würden, ihre Anstrengungen fortzusetzen und nach Ägypten und zum Persischen Golf zu marschieren, unter Ausnutzung von Stalins Wohlgeneigtheit, einen solchen Feldzug zu begünstigen. So zerrann die Hoffnung, die man auf englischer Seite genährt hatte, dass die jugoslawische Frage und die russisch-türkische Annäherung in einen Bruch zwischen Berlin und Moskau münden könnten. Deutschland schien die Front, welche den europäischen Kontinent einkreiste, durchbrochen zu haben. Seine Truppen konnten durch den Riss im Südosten bis in das Herz des Britischen Weltreiches vorstossen, und es war zu fürchten, dass die grossen Umwälzungen, die sich in Asien vollziehen würden, der Sowjetregierung und der deutschen Regierung zahllose Möglichkeiten zur Versöhnung und zu neuen Abmachungen bieten würden. In London, wo die bestunterrichteten Kreise diese Befürchtungen teilten, fragte man sich, ob nicht Grossbritannien bald gezwungen sein würde, seine Positionen im Mittelmeer und im westlichen Asien aufzugeben und seine

ganze militärische Kraft auf die Schlacht im Atlantik zu konzentrieren, wo ihnen eines Tages die Vereinigten Staaten entscheidende Hilfe leisten könnten.

II.

Diese für England so ungünstige und für das Britische Empire so bedrohliche Lage sollte sich unter dem Einfluss von Ereignissen verändern, deren genaues Datum sich schwer bestimmen lässt. Es gibt verschiedene Hypothesen darüber, zu welchem Zeitpunkt Hitler unwiderruflich beschloss, den Krieg gegen die Sowjetunion zu unternehmen. Nach einer Auffassung wurde diese Entscheidung beim Abschluss des Dreimächtepaktes getroffen, und der Feldzug in Jugoslawien schob den Beginn der Feindseligkeiten hinaus. Nach einer andern Ansicht senkten die Ereignisse in Jugoslawien die Waagschale zugunsten des Krieges, und Hitler beschloss seinen russischen Feldzug erst in den letzten Apriltagen, zurzeit, als von Schulenburg in Berlin weilte. Genaue Angaben könnte zu diesem Thema nur der liefern, für den die Entscheidung ausschliesslich von seinem Gewissen und seinem persönlichen Willen abhing und der allein den genauen Augenblick kennen kann, in welchem der Gedanke des Krieges durch seinen Willen das Gebiet der vagen Möglichkeiten verliess, um in die Phase der tatsächlichen und unmittelbaren Pläne einzutreten. Die Besprechungen, die über die Sowjetunion stattfanden, und die militärischen Vorbereitungen Deutschlands längs seiner Grenze bewiesen nichts. Der Krieg gegen Russland konnte von den führenden Kreisen des Reichs längst ins Auge gefasst und gründlich geprüft worden sein, ohne dass ein solcher Plan über das Stadium der Berechnungen hinausgegangen wäre. Selbst die weitgehendsten militärischen Vorbereitungen konnten der Sorge um die Verteidigung entsprechen oder der Absicht, eine Drohung aufrechtzuerhalten oder einen nützlichen Druck auszuüben, oder sie konnten der Vorbereitung eines Krieges dienen, über den spätere Ereignisse und künftige Beratungen entscheiden würden. Es war möglich, dass eingeweihte Persönlichkeiten

oder solche, die sich für eingeweiht hielten, aus gewissen offiziellen Reden oder aus Truppenbewegungen den Schluss zogen, dass der Krieg mit Russland unwiderruflich ausbrechen werde, lange bevor der Führer wirklich seinen letzten und äussersten Entschluss gefasst hatte. Andererseits war es ebenso möglich, dass es unter den Mitarbeitern und Freunden des Führers Männer gab, die bis zum letzten Augenblick von den wahren Absichten ihres Führers nichts wussten. Auf diesem Gebiet beruht alles auf Kombinationen, und noch heute gestatten die wenigen Anhaltspunkte, die man besitzt, nicht, den genauen Zeitpunkt des Willensaktes festzustellen, der den Krieg gegen die Sowjetunion bestimmte. Es ist möglich, dass Hitler die Idee zu diesem Kriege seinen Thesen in *Mein Kampf* entnahm. Es ist wahrscheinlich, dass er in ihm selbst erst im Augenblick des jugoslawischen Aufstandes reifte und dass seine Festlegung aus den Tagen datiert, da der Pakt zwischen Moskau und Belgrad ihm das wahre Gesicht der Sowjetunion enthüllte. Aber selbst dann noch konnte diese Festlegung dem Einfluss neuer Argumente und neuer Tatsachen unterliegen, zumal sie im Kopfe eines Mannes erfolgte, der keiner Kontrolle unterworfen war und niemandem Rechenschaft zu geben hatte. Herr von Schulenburg hatte gewiss nicht unrecht, als er hoffte, die Ereignisse im Nahen Osten könnten Deutschland in eine andere Richtung mitreissen. Aber auf einen Charakter wie den des Führers, der so von den Umständen bestimmt wurde, konnten die neuen Tatsachen auch in einem entgegengesetzten Sinne wirken: sie konnten ihn reizen, in seinen Anstrengungen zu beharren, und konnten seine Entscheidung, Russland anzugreifen, noch bestärken. Genau dies ereignete sich im Verlaufe des Mai.

Die Schlacht um die Insel Kreta hatte die deutsche Armee in einem erstaunlichen Sprung über die Meere an Ägypten und die verführerischen Ziele des Nahen Ostens herangebracht. Aber diese Schlacht hatte Deutschland grosse Opfer an Menschen und Material gekostet. Ein neuer Sprung bedurfte eines für Ankunft und Landung vorbereiteten Gebietes, um nicht die Spezialtruppen des Reichs neuen, allzu schweren Verlusten auszusetzen. Die englische Gegenaktion im Irak und die Eroberung Syriens durch die britischen Armeen und die Truppen

des Generals de Gaulle beraubten jedoch Deutschland vorteilhafter Stellungen, die sein Eindringen in Asien hätten begünstigen können. Das Loch in der Front, die Europa umschloss, war verstopft worden. Deutschland musste anderswo einen günstigen Punkt für den Entscheidungsschlag suchen; und es musste ihn schnell finden, um zu verhindern, dass sich der europäische Krieg endlos hinschleppte. Denn das wäre den Mächten zugute gekommen, die sich in den benachbarten Erdteilen zum Kampf rüsteten. Es war Hitlers Missgeschick, dass er durch die Ausschreitungen seiner Macht, die auf grossen motorisierten Massen begründet war, zwei gewaltige Rivalen wachgerüttelt hatte: der eine, im Osten, verfügte über grössere Massen, und der andere, jenseits des Atlantiks, erzeugte Motoren in schnellerem Rhythmus.

Die Nachrichten, die aus Amerika eintrafen, trieben Hitler zum Handeln. Die Zahl der an England gelieferten Flugzeuge wuchs ununterbrochen. Die Hoffnung, dass Luftwaffe und Unterseebootkrieg die Verbindungen zwischen den beiden angelsächsischen Mächten unterbrechen könnten, hatte sich nicht verwirklicht. Trotz der Heldentaten deutscher Seeleute und Piloten erreichten die britischen Geleitzüge mit Unterstützung der Flotte der Vereinigten Staaten regelmässig ihren Bestimmungsort. Alles liess voraussehen, dass die Vereinigten Staaten bis zum Herbst einen gewaltigen Einfluss auf die Ereignisse in Europa gewinnen würden. Die Erklärungen der amerikanischen Staatsmänner liessen keinen Zweifel über die Richtung, in der dieser Einfluss sich geltend machen würde. Am 28. Mai erklärte Roosevelt in einer Rede, die er in Washington vor dem Exekutivkomitee der Panamerikanischen Union hielt, dass auf den europäischen Krieg der Weltkrieg folgen werde und dass die Vereinigten Staaten entschlossen seien, diese letzte Prüfung erfolgreich zu bestehen. Der Präsident rühmte den Grundsatz der Freiheit der Meere und hob hervor, dass die westliche Hemisphäre nicht in Gefahr sei, Grossbritannien nicht besiegt werden könne und Hitler nicht einmal die von ihm in Europa eroberten Positionen zu halten vermöchte, solange diese Freiheit gesichert sei. Die Bedeutung, die Roosevelt der Schlacht um den Atlantik beimass, von der nach seiner Ansicht «Sicherheit und Zukunft der Vereinigten Staaten» abhingen, zeigte, dass Ame-

KRIEG IM OSTEN

rika ebenso unnachgiebig war wie Grossbritannien; es würde niemals zulassen, dass Grossdeutschland sich an den Ufern des Atlantischen Ozeans einniste, und die erste Bedingung eines Friedens mit der angelsächsischen Welt wäre die vollständige Räumung Frankreichs, Belgiens, Hollands, Dänemarks und Norwegens. Die amerikanische Grenze Roosevelts traf sich mit der britischen Grenze Baldwins am Rhein.

Der Krieg zog sich also in die Länge: hinter den englischen Kräften, welche das Meer schützten, rüsteten die amerikanischen Kräfte, die durch den Ozean geschützt wurden. Deutschland brauchte Raum und Zeit, damit es warten und seine Kräfte vermehren könne. Es brauchte Kompensationen im Osten für den Fall, dass die Westfront nicht zu halten wäre. Die Ereignisse, die immer rascher aufeinander folgten, gaben dem gegen die Sowjets gerichteten Projekt Hitlers recht und bestärkten den Diktator in seinem Entschluss, gegen die Sowjetunion Krieg zu führen. Der russische Feldzug konnte nun nicht mehr hinausgeschoben werden.

In Deutschland schienen einige Befürworter des Krieges die Geduld zu verlieren. Sie hatten ihre Hoffnungen auf einen allgemeinen Kreuzzug gegen den Bolschewismus gesetzt; sie gedachten nicht nur die besetzten oder neutralen Länder des Kontinents, sondern sogar die Angelsachsen Europas und Amerikas zu diesem Kreuzzug mitreissen zu können. Gab es nicht in den bürgerlichen und kapitalistischen Kreisen Grossbritanniens und Amerikas zahlreiche Gegner des Sowjetkommunismus, die Deutschland dankbar sein würden, wenn es den Bruderkrieg im Westen aufgäbe, um sich in einen Krieg gegen den «asiatischen» Bolschewismus zu stürzen? Das Zögern des Führers vor einer Entscheidung, die nach ihrer Ansicht «die ganze zivilisierte Welt» um Deutschland scharen musste, reizte die kühnsten unter diesen Vorkämpfern eines ideologischen Krieges zu Gesten von erstaunlicher Tollkühnheit. Solche Motive schrieb man dem Abenteuer von Rudolf Hess zu. Am 14. Mai stieg Rudolf Hess, des Führers Lieblingsschüler und Stellvertreter, mit oder ohne Zustimmung seines Chefs in Bayern mit dem Flugzeug auf, um mit dem Ölzweig in der Hand im Fallschirm auf einer grünen Wiese Schottlands zu landen. Das verblüffende Abenteuer dieses orthodoxen

Anhängers der Nazilehren, der wie eine Friedenstaube mitten im Feindesland vom Himmel fiel, wurde von der öffentlichen Meinung der Welt sehr verschieden ausgelegt. Die einen sprachen von einem Fall von Geisteskrankheit, die andern von einer plötzlichen Auflehnung, dritte schliesslich von der ergreifenden Geste eines Idealisten. Aber die ganze Welt fühlte unklar, dass es sich da um einen Akt handelte, der, mochte er überlegt oder sinnlos sein, das Verlangen nach einer politischen Schwenkung und einem Umsturz der Bündnisverhältnisse verriet. Dieses Gefühl musste in Moskau ernste Beunruhigung erwecken; man fragte sich, ob nicht zu befürchten sei, dass die Sowjetunion die Kosten für eine Aussöhnung der westlichen Welt zu zahlen haben werde.

Die Internierung von Rudolf Hess in England und die energischen Massnahmen, welche die englische Regierung ergriff, um zu verhindern, dass die pazifistische Propaganda diesen geheimnisvollen Streich ausbeute, beruhigten die Befürchtungen der Sowjets. Aber wenn England sich nicht in Versuchung führen liess und es ablehnte, sich mit Berlin zu verständigen, um seine Waffen gegen Moskau zu kehren, so schien es von diesem Augenblick an klar, dass Hitler seine kriegerischen Pläne im Osten unaufhaltsam durchführen werde. Die Nachrichten über militärische Vorbereitungen längs der Sowjetgrenze, besonders in Finnland und in Rumänien, waren äusserst beunruhigend. Seit den letzten Maitagen gab es in Osteuropa keinen normalen Verkehr mehr: alle Züge fuhren ausschliesslich für die Bedürfnisse der Armee. Die deutschen Truppen aus Griechenland und Bulgarien wurden an den Pruth gebracht. Alle Reserven des Reichs wurden in Polen versammelt. Man meldete das Eintreffen motorisierter deutscher Einheiten in Finnland. Der auf Sowjetrussland ausgeübte militärische Druck verschärfte sich rasch.

Trotzdem hielten sich hartnäckig Gerüchte, dass das Reich und die Sowjetunion im Geheimen über neue wirtschaftliche und politische Abkommen verhandelten. Die deutsch-russischen Beziehungen waren so sonderbar, dass die Gemüter vorbereitet waren, sich über nichts mehr zu wundern und stets den «Theatercoup» zu erwarten, der einer Situation ein Ende machte, die vielleicht nur dem Schein nach kritisch war. Das

Unvorhergesehene und Sensationelle waren in Berlin wie in Moskau an der Tagesordnung. Und die Gewohnheit, auf eine grosse Erregung eine grosse Überraschung folgen zu sehen, nahm dem Nervenkrieg viel von seiner Schärfe. Um nicht hinterher die Dummen gewesen zu sein, gaben die bestunterrichteten Leute den ernstesten Nachrichten nur beiläufigen Wert und folgten mit erheiterter Miene dem dramatischen Ablauf der Ereignisse. Im Grunde waren sie geneigt zu glauben, dass die Verwandtschaft zwischen den beiden Regimen stärker sein werde als der Interessenkonflikt zwischen den beiden Reichen. Aus dieser Einstellung stammten all die Gerüchte über eine «unmittelbar bevorstehende» Zusammenkunft zwischen Hitler und Stalin, welche die Phantasie der Journalisten, Politiker und Diplomaten heimsuchten. Auf diesem Boden wuchsen all die verschrobenen Behauptungen, dass in München, Wien, Prag oder anderswo geheimnisvolle Unterhändler versammelt wären, um die Krise beizulegen, bevor sie noch recht ausgebrochen war. Über diese Unterhandlungen wurden die genauesten Einzelheiten verbreitet. Die Deutschen verlangten, so hiess es, eine wirksame Zusammenarbeit in der Ukraine, das sollte heissen: die Möglichkeit, durch Gruppen von Fachleuten unmittelbar die Reichtümer des Bodens und der Bergwerke auszubeuten. Stalin, so sagte man, widersetzte sich diesen Vorschlägen nicht, sofern ihm Besitz und Herrschaft der Ukraine gesichert würden. Nach gewissen Auskünften waren bereits Gruppen deutscher Ingenieure und «Touristen» in Kiew und Charkow gesehen worden. Je weiter die Zeit vorrückte, um so mehr wuchsen die Forderungen, die man dem Reich zuschrieb. In der ersten Juniwoche unterschob man Hitler die Absicht, von den Sowjets alle ihre Militärflugzeuge zu verlangen und sich die künftige Produktion der gesamten russischen Flugzeugindustrie zu sichern. Diese Forderungen seien schriftlich formuliert und der Sowjetregierung unverzüglich in Form eines Ultimatums überreicht worden. Die Deutschen, so erklärte man, wollten sich auf diese Weise ein Pfand sichern, das ihnen garantiere, dass die Sowjetunion nicht in den Krieg eintreten werde. Sie würden sich Russlands bedienen, wie die Engländer sich der Vereinigten Staaten bedienten, um immer neue Reserven an Waffen, Munition, Nahrungs-

VOR DEM WAFFENGANG

mitteln und Rohstoffen herauszupressen. Wenn Russland diese Bedingungen annähme, so bedeutete dies, dass es sich friedlich der «Neuordnung» des Führers eingliederte; es würde dann mehr als irgendeine andere Macht am Erfolg dieser «Neuordnung» teilhaben und die gegen die Sowjetunion gerichteten Kriegs- und Okkupationspläne überflüssig machen. Hitler werde es auf diese Weise nicht nur gelingen, sich das ungeheure Kriegspotential der Sowjetunion nutzbar zu machen, sondern auch, sich die Mitarbeit Russlands zu sichern und damit den Bolschewismus zu besiegen. Denn es wäre gewiss, sagte man in bestimmten gutgesinnten Kreisen, dass eine solche Abmachung Stalin gestatten würde, seine persönliche Stellung und sein Regime zu retten; aber er würde gezwungen sein, die Treibereien der Dritten Internationale und die letzten Spuren der marxistischen Ideologie der Zusammenarbeit mit Hitler zu opfern.

In all diesen Gerüchten, die bis zum Vorabend des russischen Feldzuges die Gespräche der Diplomaten füllten, gab es nur einen wahren Punkt. Alle Welt war dahin gelangt, unklar zu fühlen, was Hitler von Russland wollte: er wollte sich dieses Landes als eines Mittels bedienen, um den Krieg gegen England durchzuhalten und erfolgreich zu beenden. Aber diejenigen, die noch an die Methoden der Moskauer Abkommen glaubten, täuschten sich. Hitler wollte keine Vergleiche mehr. In seinem Krieg gegen England wollte er Russland nicht mehr als einen Staat, der seine Zustimmung gab und mithin seine Ansicht ändern konnte, sondern als unterworfenen und besetztes Land. Er dachte nicht mehr an Verhandlungen.

In sonst sehr gut informierten diplomatischen Vertretungen in Moskau täuschte man sich über diesen Punkt; bis Mitte Juni glaubte man dort nicht an einen kriegerischen Ausgang, und man berechnete noch die Aussichten eines neuen Kompromisses. Sir Stafford Cripps verlor die Geduld und begab sich am 10. Juni über Stockholm nach England, wo ihn der Rang eines Mitgliedes des Kriegskabinetts erwartete; das würde ihm ermöglichen, stärkern Anteil am Kampf seines Landes zu nehmen.

Graf Schulenburg aber täuschte sich nicht. Er wusste, im Gegensatz zu all den umlaufenden Gerüchten, dass keine Verhandlungen statt-

fanden, weder in Berlin noch in Moskau noch anderswo. Das Wissen um diese diplomatische Untätigkeit in Verbindung mit der Unkenntnis über die nächsten Pläne der Regierung, in der Berlin ihn hielt, veranlasste ihn, die Aussichten des Krieges auf *fifty-fifty* zu schätzen, wie er unter vier Augen betäubt zugab. Sicher hätte der Botschafter gern seiner Regierung die Wiederaufnahme offizieller oder geheimer Besprechungen nahegelegt, in der Hoffnung, doch noch die Lage auf klären zu können. Aber er fühlte, dass Berlin nichts mehr auf klären wollte. Es blieb ihm nichts übrig, als in aller Stille über gewisse historische Parallelen nachzudenken.

Der letzte Botschafter Napoleons in Russland, Général de Lauriston, hatte ebenfalls in letzter Stunde Verhandlungen einleiten wollen. Der General war der Ansicht, «Frankreich könne mit Sicherheit den Frieden aufrechterhalten, wenn es bereit sei, die russische Empfindlichkeit ein wenig zu schonen».¹⁾ Als Napoleon einwandte, «Lauriston liesse sich von Alexander überlisten», erneuerte der Botschafter seinen Vorstoss; er erklärte, «bevor man einander erwürge, müsse man sich aussprechen». Und es gelang ihm, den Zaren zu bestimmen, Nesselrode nach Paris zu entsenden, um eine Verständigung mit der französischen Regierung zu suchen. Aber Napoleon brachte den Plan seines Botschafters zum Scheitern. «Eine klare und eindeutige Aussprache musste einer Lage ein Ende machen, die den Plänen Napoleons so nützlich war; da die Ankunft Nesselrodes diese Aussprache herbeiführen sollte, gefiel sie ihm ganz und gar nicht. Es war unmöglich, mit einem so scharfsinnigen Menschen wie Nesselrode nicht zu einer vollständigen Abklärung der Lage zu gelangen».¹⁾ So tat Napoleon sein Möglichstes, um die Ankunft des Abgesandten Alexanders in Paris zu verhindern.

Graf Schulenburg wusste also, woran er war. Das Schweigen seiner Regierung und ihre Weigerung, «eine klare und eindeutige Aussprache» herbeizuführen, waren ein untrügliches Zeichen dafür, dass man in Berlin daran dachte, «einander zu erwürgen, ohne sich auszusprechen». Man konnte nur noch warten,-dass das Schicksal sich erfülle.

¹⁾ THIERS: «*Histoire du Consulat et de l'Empire*».

Höchst befremdlich war in diesen aufgeregten Tagen, dass die Sowjetregierung nicht die Unruhe zu teilen schien, die in der deutschen Botschaft herrschte. In Moskau arbeiteten alle Ministerien normal und bemühten sich, die laufenden Fragen mit einer Ruhe und einer Pünktlichkeit zu erledigen, die zu beweisen schienen, dass man keine unmittelbar drohende Gefahr fürchtete. Stalin hatte als Zeichen seiner Freundschaft für Paasikivi, den hervorragenden finnischen Diplomaten, der eben seinen Posten in Moskau aufgab, Finnland zwanzigtausend Tonnen Weizen zur Verfügung gestellt, zu deren Lieferung er nicht verpflichtet war. Die Büros des *Narkomindjel* bekundeten einen ungewohnten Eifer gegenüber den Wünschen der rumänischen Regierung auf Repatriierung zahlreicher Beamter und angesehenen Bürger, welche die Sowjets in Bessarabien festgenommen hatten. Vor allem aber Deutschland und seine Vertreter wurden von den sowjetrussischen Amtsstellen mit unzähligen Beweisen ihrer Aufmerksamkeit und Höflichkeit überschüttet. Nach dem, was die deutschen Wirtschaftssachverständigen erzählten, waren die Vereinbarungen niemals so schnell zustande gekommen, und nie war alles so gut gelaufen. Dieser Monat, der so schlecht enden sollte, bildete den Höhepunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Sowjets und dem Reich.

Trotz ihrer Ruhe gelang es der russischen Regierung nicht, das Unbehagen zu zerstreuen, welches das Schweigen und die undurchsichtige Haltung Berlins hervorriefen, und das sich von den mehr oder weniger unterrichteten Kreisen bis zum Mann auf der Strasse verbreitete. So beschloss Stalin, einen grossen Schlag zu führen. Er wollte die Verbreiter beunruhigender Nachrichten stellen und dadurch die deutsche Regierung zu einer Äusserung zwingen. Am Freitag, den 13. Juni, um 7 Uhr abends, in dem Augenblick, in dem sich die Masse der Angestellten und Arbeiter in die überfüllten Strassen der Sowjethauptstadt ergoss, über-tönten Lautsprecher, die an allen Strassenkreuzungen aufgestellt waren, den Lärm der Menge: aus vollem Halse verkündeten sie das merkwürdigste aller Communiqués. Wir geben es hier in seinem Wortlaut wieder:

«Schon bevor Mr. Cripps, der englische Botschafter in Moskau, in

London eintraf, aber besonders seit seiner Ankunft dort, sind in der englischen Presse und in der ausländischen Presse im allgemeinen Gerüchte in Umlauf über einen drohenden Krieg zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Diese Gerüchte besagen:

1. Deutschland hätte der Sowjetunion wirtschaftliche und territoriale Forderungen gestellt, über die gegenwärtig zwischen Deutschland und der Sowjetunion verhandelt werde, um ein neues und engeres Bündnis abzuschliessen.

2. Die Sowjetunion hätte diese Forderungen zurückgewiesen; infolgedessen habe Deutschland begonnen, seine Truppen an den Grenzen der Sowjetunion aufmarschieren zu lassen, um die Sowjetunion anzugreifen.

3. Die Sowjetunion ihrerseits habe begonnen, sich energisch auf den Krieg mit Deutschland vorzubereiten und ihre Truppen längs ihrer Grenzen zu konzentrieren.

Trotz der offensichtlichen Unsinnigkeit solcher Gerüchte haben es die verantwortlichen Kreise in Moskau auf Grund der Hartnäckigkeit dieser Falschmeldungen für notwendig erachtet, die Agentur Tass zu der Erklärung zu ermächtigen, dass diese Gerüchte das ungeschickte Erzeugnis der Propaganda von Kräften sind, welche der Sowjetunion und Deutschland feindlich gesinnt und an der Ausdehnung des Krieges interessiert sind. Tass erklärt:

1. Deutschland hat keinerlei Forderungen gestellt; es schlägt nicht vor, ein engeres Bündnis mit der Sowjetunion zu schliessen; aus diesen Gründen konnten keine Verhandlungen über dieses Thema stattfinden.

2. Nach den Angaben der Sowjetunion beachtet Deutschland die Bedingungen des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes ebenso gewissenhaft wie die Sowjetunion. Deshalb entbehren nach Ansicht sowjetrussischer Kreise die Gerüchte, nach denen Deutschland daran denke, diesen Pakt zu brechen und die Sowjetunion anzugreifen, jeglicher Begründung. Die jüngst erfolgte Umgruppierung deutscher Truppen, die auf dem Balkan frei geworden sind, nach den Gebieten Ost- und Nordostdeutschlands hat andere Gründe und berührt nicht die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Reich.

3. Entsprechend ihrer Friedenspolitik hat die Sowjetunion stets die

VOR DEM WAFFENGANG

Bedingungen des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes respektiert, und sie hat die Absicht, dies weiterhin zu tun. Die Gerüchte, nach denen die Sowjetunion sich auf den Krieg gegen Deutschland vorbereite, sind also erlogen und provokatorisch.

4. Die sommerlichen Einberufungen von Reservisten der Roten Armee und die Manöver, die jetzt stattfinden werden, haben ausschliesslich den Zweck, die Reservisten auszubilden und das Funktionieren der Eisenbahnen zu überprüfen, wie dies alljährlich geschieht. Zu behaupten, diese regelmässigen Massnahmen der Roten Armee seien gegen Deutschland gerichtet, ist zumindest absurd.»

In der Geschichte der sowjetrussischen Diplomatie wird dieses lange Communiqué ein Muster seiner Art bleiben. Es enthält alles, was die Sowjetregierung sagen, einflüstern, andeuten und vorschlagen wollte, um den Krieg zu vermeiden. Die Agentur Tass scheute sich nicht, sich auf erfundene Tatsachen zu berufen und offenkundige Wahrheiten abzuleugnen. Sie beschuldigte Unschuldige und wusch Schuldige rein. Die Motive, welche sie anrief, waren wertlos, und die Argumente, deren sie sich bediente, waren absurd. Aber aus diesem Wust ungewöhnlicher Phrasen trat doch deutlich der Wunsch hervor, ein Missverständnis zu zerstreuen und den Friedenszustand aufrechtzuerhalten.

Es konnte befremdlich erscheinen, dass ein bedrohtes Land die Sache derer vertrat, die es bedrohten; dass es erklärte, ruhig, unbesorgt und über alles, was geschah, glücklich zu sein; dass es Worte von unvorstellbarer Naivität fand, um zu erklären, durch einen blossen Zufall ständen sich vierhundert Divisionen an einer Grenze gegenüber, die durch ein scheinbar in Ehre gehaltenes Abkommen garantiert war; und dass man alle Schuld auf die Engländer häufte, die mit diesem Aufmarsch kriegerischer Kräfte nicht das Geringste zu tun hatten und die morgen immerhin von einigem Nutzen sein konnten.

Trotz alledem sagte das Communiqué sehr wohl, was es sagen wollte. Stalin wollte den Deutschen formelle Zusicherungen geben, um ihnen jeden Vorwand zum Angriff zu nehmen; er gab sie ihnen in kategorischen Ausdrücken. Er wollte ihnen zeigen, dass er über ihre Vorbereitungen längs der Grenzen unterrichtet sei und sich nicht über ihr Trei-

ben täusche; zur gleichen Zeit aber, da er ihnen die Erklärungen bot, die er gern selbst von ihnen haben wollte, legte er ihnen nahe, wie man sich verständigen könnte. Er glaubte schliesslich zu wissen, dass die besten Aussöhnungen immer auf Kosten Dritter zustande kommen: England hatte einen breiten Rücken, und Hitler war immer dafür empfänglich, dass man gegen seine Feinde Stellung nahm – so denunzierte Tass die dunklen Machenschaften des Mr. Cripps und unterstellte den «Kräften, die der Sowjetunion und Deutschland feindlich gesinnt» seien, die schlimmsten Absichten. Entschlossener konnte man sich nicht auf die Seite Hitlers stellen oder, wie ein georgisches Sprichwort sagt, «seinen Gegner umarmen, um nicht von ihm erwürgt zu werden».

Dass diese Worte alles in allem nicht so schlecht gewählt waren, wurde dadurch bewiesen, dass sie in gewissen deutschen Kreisen einen Hoffnungsschimmer erweckten. Man würdigte dort die «geniale» Geschicklichkeit Stalins, der sich, als er sich bedroht fühlte, nicht wie Polen und Jugoslawien England in die Arme warf, sondern den Zorn Hitlers zu überwinden versuchte, indem er in ihn sein Vertrauen setzte und alles auf seine Aufrichtigkeit abstellte. Wozu hätte er übrigens England schonen sollen, und was konnte er von diesem Land erhoffen? Im Falle eines deutschen Angriffs würde es ja gezwungen sein, ihm etwas Hilfe zu gewähren. Dadurch hingegen, dass er sein Vertrauen zu seinem Abkommen mit Hitler hervorhob, zwang er den deutschen Führer, im Falle des Bruches seinerseits die Last des Vertragsbruches auf sich zu nehmen; auf diese Weise würde er mit einem Schlage die entschlossene und einmütige Unterstützung der Sowjetvölker gewinnen, welche die Beleidigung ihrer Aufrichtigkeit noch enger um ihren Führer scharen würde.

Aber der wahre Wert des Communiqués hing von der Wirkung ab, die es in Berlin erzeugte. Würde ihm die deutsche Presse die zustimmenden Kommentare widmen, welche es verdiente? Würde sie die Gelegenheit ergreifen, die Sowjets zu beruhigen und wieder einmal die englischen Machenschaften und Intrigen anzuprangern? Würde sich Hitler endlich entschliessen, das Eis zu brechen und die allzulange vernachlässigte Föhlung mit Moskau wieder aufzunehmen? Niemals wurde

in der Sowjethauptstadt der deutsche Rundfunk mit grösserem Interesse gehört; niemals wurden die Nachrichten aus Berlin ungeduldiger erwartet.

Aber Berlin hatte es nicht eilig mit einer Antwort. Der Samstag verlief ohne Nachrichten und ohne Kommentare. Die deutschen Zeitungen nahmen sich nicht einmal die Mühe, das SowjetCommuniqué wiederzugeben. Was ging denn vor? Gewiss suchte man in der Wilhelmstrasse noch die beste und vollständigste Formulierung für die Antwort, um die Erklärungen der Agentur Tass gebührend zu würdigen? Gewiss würde diese Formulierung in kürzester Frist veröffentlicht werden. Aber die Tage gingen dahin. Sonntag, Montag, Dienstag – Berlin schwieg noch immer. Das Gewicht dieses Schweigens lastete immer schwerer auf der Moskauer Atmosphäre. Man fühlte, wie sich der Druck der deutschen Divisionen an den Grenzen verschärfte: eine tödliche Drohung hing stumm über dem ungeheuren Reich. Der Krieg, den man für so unwahrscheinlich gehalten hatte, kam näher: mit leisen Schritten, über alle Hindernisse hinweg. Es war eindeutig, dass Hitler keine Erklärung und keine Entschuldigung mehr wollte. Er verlangte weder neue Lieferungen noch neue Zugeständnisse, noch neue Abmachungen. Er würde Zuschlägen, ohne vorher zu sprechen, an dem Tage und zu der Stunde, die er wählte.

Während die beunruhigten Massen in der Schönheit eines Sommers Vergessen suchten, der nach den verspäteten Schneefällen von Mitte Juni plötzlich ausgebrochen war und die Annehmlichkeiten der endlich warmen Tage bis spät in die hellen Nächte verlängerte, wartete Stalin in der Einsamkeit des Kreml, dass eine fremde Entscheidung sich ihm aufzwingen und über sein Schicksal bestimmen würde. Er war nicht mehr Herr der Ereignisse. Sein Wille musste sich vor einer äusseren Kraft beugen; seine ungeheure Macht diente zu nichts mehr. Er konnte nur noch warten – schweigend warten, wie es Finnland und die baltischen Staaten, Polen und Rumänien getan hatten; warten, bis ein mächtiger und rücksichtsloser Nachbar, der ihn nicht einmal mehr eines Wortes würdigte – wie er selbst die kleinen Nachbarstaaten keines Wortes gewürdigt hatte – sich zum Zuschlagen entschliesse. Er war sich zwar be-

wusst, dass die furchtbare Armee, die er mit so viel Hingabe und um den Preis unsäglicher Mühen aufgebaut hatte, dem Gegner grausame Überraschungen bereiten werde. Aber diese Armee, die das Unterpfund seiner Kraft und seiner Allmacht war, hatte er bis zu dem Tage unangetastet halten wollen, da die Mächte rings umher zusammenbrachen. Jetzt aber musste trotz seiner Wunder an Gewandtheit diese Armee gegen den furchtbarsten aller Gegner aufs Spiel gesetzt werden – um das britische Weltreich und das Gleichgewicht der Welt zu retten.

Hitlers Schweigen dauerte länger als eine Woche. Stalins Geduld war am Ende. Die Geschichte hätte ihn fast auf den Tag genau über den wahrscheinlichen Ausgang belehren können.

Auch Napoleon hatte Russland vor dem Überraschungsangriff nicht warnen wollen. Er hatte keine Vorbedingung gestellt, kein Ultimatum geschickt. Général de Lauriston hatte keinerlei Anweisung erhalten. Höchstens hatte man ihn wissen lassen, dass er nicht vor dem 22. Juni die russische Hauptstadt zu verlassen habe. Dies war der Tag, den Napoleon für den Ausbruch des Krieges festgelegt hatte.

Die Proklamation, die er an die Armee richtete, welche an der Memel aufmarschiert war – irgendeine andere Kriegserklärung erliess er nicht – trug dieses Datum, den 22. Juni: «Soldaten! Der zweite polnische Krieg hat begonnen. Der erste endete in Friedland und Tilsit. In Tilsit hat Russland ewiges Bündnis mit Frankreich und Krieg gegen England geschworen. Heute bricht es seine Eide . . . Russland wird vom Verhängnis mitgerissen; sein Schicksal wird sich erfüllen. Glaubt es, wir hätten unsere Kraft verloren? Wären wir nicht mehr die Soldaten von Austerlitz? Es zwingt uns, zwischen Ehrlosigkeit und Krieg zu wählen; diese Wahl kann uns nicht schwerfallen. Marschieren wir also vorwärts, überschreiten wir die Memel, tragen wir den Krieg auf russisches Gebiet. Der zweite polnische Krieg wird für die französischen Waffen ruhmreich sein wie der erste; aber der Frieden, den wir schliessen werden, wird seine Garantie in sich tragen: er wird dem verderblichen Einfluss ein Ende setzen, den Russland seit fünfzig Jahren auf die Angelegenheiten Europas ausübt.»

Am andern Morgen überschritten die französischen Armeen die Memel.

VOR DEM WAFFENGANG

Genau diesen gleichen Junitag, einhundertneunundzwanzig Jahre später, wählte Hitler, um vor dem deutschen Volk den Krieg zu rechtfertigen, den er soeben, ohne irgendeine andere Erklärung, gegen Russland begonnen hatte.

Der Appell des Führers besass weder den Schwung noch die eindrucksvolle Kürze der kaiserlichen Proklamation. Die Beweisführung war lang und verlор sich in Einzelheiten. Trotzdem enthielt der Appell, wenn man ihn auf die einfachste Form zurückführte, die Argumente Napoleons: Deutschland zog in den Krieg, weil Russland seine Verpflichtungen «verraten» hatte und der Sache Englands diene. «Damit hat Moskau», behauptete Hitler am Ende seiner langen Philippika (der Kaiser der Franzosen hatte das gleiche mit drei Worten gesagt!), «die Abmachungen unseres Freundschaftspaktes nicht nur gebrochen, sondern in erbärmlicher Weise verraten. Und dies alles, während die Machthaber des Kreml bis zur letzten Minute nach aussen hin heuchelten und scheinbar harmlose Dementis verfassten. Der Augenblick ist gekommen, wo ein weiteres Zusehen nicht nur eine Unterlassungssünde, sondern ein Verbrechen am deutschen Volke, ja an ganz Europa wäre . . . Ich habe mich deshalb heute entschlossen, das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches und unseres Volkes wieder in die Hand unserer Soldaten zu legen.»

Graf Schulenburg hatte mit manchen seiner Kollegen die Angst der langen Wartezeit geteilt. Nach zehn Tagen des Schweigens hatte Stalin, der die Geduld verlor, den deutschen Botschafter in den Kreml bitten lassen. Es war ein Samstagabend um sechs Uhr. Molotow empfing den deutschen Botschafter: «Was geht vor?» fragte der Vizepräsident des Rates der Volkskommissare. Der Botschafter machte eine Gebärde, die seine Unkenntnis ausdrückte: er wusste nichts.

Als Herr von Schulenburg in die Botschaft zurückkehrte, lag eine Mitteilung aus Berlin vor, dass er während der Nacht eine wichtige Botschaft empfangen werde. Sie traf um Mitternacht ein. Es war die Kriegserklärung, oder richtiger: der Krieg ohne Erklärung. Sofort bat der

KRIEG IM OSTEN

Botschafter um eine neue Audienz bei Molotow. In der Morgendämmerung wurde er im Kreml empfangen. Der Graf verlas die Information, die er der Sowjetregierung zu übermitteln hatte: «Angesichts des unerträglichen Druckes der russischen Truppen auf die Demarkationslinie, die sie von den deutschen Truppen trennt, haben diese den Befehl erhalten, in das Sowjetgebiet einzumarschieren.» Bleich, aber ruhig hatte Molotow zugehört, ohne eine Miene zu verziehen. «Ist das eine Kriegserklärung?» fragte er. Der Graf verstand den rein formalen Sinn dieser Frage. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Stunden machte er eine andeutende Bewegung schmerzlichen Nichtwissens. Er konnte nicht mehr sagen, als er wusste. Man hatte ihn beauftragt, eine Information zu verlesen. Mehr hatte man ihm nicht mitgeteilt.

In einem ernsteren Ton, aber ohne seine Ruhe zu verlieren, nahm Molotow das Gespräch wieder auf: «Das ist der Krieg. Ihre Luftwaffe hat zehn unserer offenen Städte bombardiert. Glauben Sie, dass wir das verdient haben?»

Dem Grafen Schulenburg, der mit der Loyalität eines Edelmannes der undankbaren Sache eines Abkommens zwischen Nationalsozialisten und Sowjets gedient hatte, konnte man keine grausamere Frage stellen. Die letzte Handlung seiner diplomatischen Karriere zerbrach ein Werk, in das er seinen ganzen Glauben gesetzt hatte, und lieferte sein Land einem Abenteuer aus, dessen Folgen er fürchtete.

Im Laufe der Nacht waren die deutschen Armeen auf der ganzen Front zum Angriff übergegangen.

Es war die Nacht vom 21. zum 22. Juni.

Zweiter Teil

DAS DRAMA DER LÄNDER
ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND
DEM DRITTEN REICH

RUMÄNIEN
UND DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN

Der «antibolschewistische Kreuzzug». – Zur Geschichte der russisch-rumänischen Beziehungen: der Vertrag von Paris (1856), der Vertrag von Berlin (1878) und der Versailler Vertrag. – Rumänien und das Dritte Reich: die Bewegung der Eisernen Garde.

Der Bruch zwischen dem Reich und der Sowjetunion riss Italien, Rumänien, Ungarn, die Slowakei und Finnland mit hinein in den Krieg gegen die Sowjets. Dänemark wurde gezwungen, seinen Gesandten aus Moskau abzurufen. Nach zehntägigem Zögern beschloss auch die Regierung von Vichy, ihren Botschafter heimkehren zu lassen.

Der Dreimächtepakt hatte wie ein Antikominternpakt funktioniert. Alle seine Unterzeichner und Anhänger in Europa ausser Bulgarien und zuzüglich Frankreich hatten sich «spontan» dem «Kreuzzug» gegen den Bolschewismus angeschlossen. In Wirklichkeit war es Deutschland gelungen, den Völkern, die es unter seinem Druck hielt, seinen Willen aufzuzwingen: es hatte die einen in den Krieg getrieben und die andern genötigt, eine Geste der Solidarität zu machen. Japan hatte sich diesem Druck entzogen. Der wichtigste Verbündete Deutschlands war zu entfernt, als dass er dem Zwang Berlins unterlegen wäre; so hatte er sich seine Entscheidung vorbehalten. Im Grunde verfolgte Japan im Schutze des Neutralitätspaktes, der es mit der Sowjetunion verband, seine eigene Politik. Seine Zukunft lag im Pazifik. Der Krieg, der alle Kräfte

KRIEG IM OSTEN

der Sowjetunion nach Europa ablenkte, war für Japan so günstig, dass es nicht daran dachte, seine Politik zu ändern.

Die fremden Soldaten, welche die Armeen des Reichs aufzufüllen hatten, waren gewiss von keiner ideologischen Begeisterung beseelt. Der russische Feldzug war kein Religionskrieg, wie es der spanische Krieg gewesen war. Das war ein Ringen zwischen zwei Mächten, deren gleichermassen übersteigerte Tendenzen nicht unter einen Hut zu bringen gewesen waren. Wenn die revolutionäre Flamme erloschen schien, so war es der antibolschewistische Eifer nicht minder. Zwanzig Monate der Zusammenarbeit hatten der nationalsozialistischen Propaganda gestattet, den Graben zwischen der Sowjetunion und dem europäischen Kontinent zuzuschütten. Bei all ihrer unbestreitbaren Erfindungsgabe war es ihr unmöglich, ihn jetzt von Neuem aufzureissen.

Deutschlands Bundesgenossen hatten keinen Grund, einem Glauben treu zu bleiben, den Deutschland selbst abgeschworen hatte. Ihrer Teilnahme am Kriege an der Seite des Reichs kam eine ganz andere Bedeutung zu: sie war in erster Linie der Ausdruck einer Notwendigkeit, der man sich nicht zu entziehen vermochte. Die besetzten Länder zahlten dem neuen Beherrscher Europas ihren Blutzoll. Ausserdem hatte diese Beteiligung den Sinn einer Vorsichtsmassnahme, welche die «Bundesgenossen» ergriffen, um nicht in dem von Hitler entfesselten Unwetter zu verschwinden, so wie Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien verschwunden waren. An Deutschlands Seite in den Krieg ziehen, das hiess, seine Versicherungsprämie zahlen, um sein Daseinsrecht zu retten. Furcht und Resignation waren die Triebkräfte der Hilfstruppen. Die «Kreuzfahrer», welche unter Hitlers Befehlen standen, waren nicht begeisterter als die kleinen deutschen Fürsten, welche Napoleon nach Russland folgten: wie jene, so wussten auch sie, dass der Sieg nicht ihr Sieg war und dass sie nur *ein* Vorrecht mit den auserwählten Truppen einer «Grossen Armee» teilten: die Ehre, im Kampf zu sterben.

Diese Betrachtungen galten für alle Bundesgenossen Deutschlands. Es gab indessen zwei Länder, deren Teilnahme am Krieg gegen die

DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN

Sowjetunion auch auf andern Motiven beruhte. Finnland und Rumänien hatten besondere Gründe zur Beschwerde gegen Russland. Beide Länder waren in jüngster Vergangenheit von ihrem gewaltigen Nachbarn miss-handelt worden; beide fühlten die Drohung noch über sich schweben. Wenn weder Finnland noch Rumänien im Zusammenhang der europäischen Probleme von einem deutschen Sieg etwas zu erhoffen hatten, so hatten sie doch von einem sowjetrussischen Sieg viel zu befürchten. Sie wurden sowohl durch Deutschland in den Krieg getrieben, das in Helsinki seinen Einfluss ausübte und in Bukarest seinen Willen durchsetzte, wie von der Sowjetunion, deren Gewalttätigkeit sie hatten er-leiden müssen.

Besonders tragisch war das Schicksal Rumäniens: Opfer der europäi-schen Verwirrung und der Zerstörung des europäischen Gleichgewichts, eingekeilt zwischen zwei gleich furchtbaren Nachbarn, bedroht vom Ehrgeiz der einen und der Begehrlichkeit der andern. So zahlte Rumä-nien zuerst die Kosten ihres Übereinkommens, um dann das Objekt ihrer Entzweiung zu werden; schliesslich wurde es gezwungen, sich im Westen zu unterwerfen, um sich im Osten verteidigen zu können. Dieses Schicksal verdient eingehendere Betrachtung, weil es die Ge-samtheit der europäischen Probleme beleuchtet. In der Tat hängt die ganze Zukunft Europas vom Ergebnis des Zusammenstosses dieser beiden ungeheuren entfesselten Kräfte ab, die beunruhigend sind, wenn sie sich verständigen, aber furchtbar, wenn sie einander entgegen-treten, wie dies jetzt auf den Schlachtfeldern Russlands geschieht. Man kann sich nicht vorstellen, wie Europa überleben könnte, ohne dass das Gleichgewicht, welches im Osten zerbrach, wieder hergestellt würde. Es gibt aber keine Gegend, in der das Problem dieses östlichen Gleichge-wichts mit all seinen Folgen und unter all seinen Gesichtspunkten besser studiert werden könnte als in jenen Ländern, in denen die beiden feind-lichen Welten einander begegnen. Stets fühlen sie als Erste die Auswirkun-gen ihres Zusammenstosses. In welcher Form sich der Bruch des Gleich-gewichts im Osten, der die Gesamtheit der europäischen Ordnung in Gefahr bringt, vollziehen mag – durch ein Abkommen unter Komplizen oder durch einen erbarmungslosen Krieg –: immer waren die Nachbar-

KRIEG IM OSTEN

Staaten die ersten Opfer. Sie wurden im Gefolge der Abmachungen aufgeteilt, die auf ihre Kosten getroffen wurden – in den Strudel des Krieges gerissen – an eine Sache gefesselt, die weit über ihre eigenen Interessen hinausgeht – Schlägen ausgesetzt, denen ihre Widerstandskraft nicht gewachsen ist. Sie fürchten ihren Verbündeten so sehr wie ihren Gegner und den Frieden von morgen mehr als den Krieg von heute. So bieten sie das Beispiel dessen, was alle Völker Europas erwartet, wenn nicht aus dem Übermass an Willkür, das durch die Verkettung unbegrenzter Kräfte entstand, ein Mass und eine Begrenzung hervorgehen, wie die Notwendigkeit sie auferlegt.

Es ist daher von allgemeinem Interesse, zu untersuchen, wie sich die Lage der angrenzenden Länder im deutsch-russischen Konflikt gestaltet hat.

In den folgenden Kapiteln wollen wir die letzten Phasen der dramatischen Geschichte Rumäniens darstellen, eines Landes, das im Schnittpunkt der Interessen Russlands und der Interessen Mitteleuropas liegt, an der Mündung der Donau und an der Schwelle zur Balkanhalbinsel, also genau an der Stelle, an welcher das Gleichgewicht Osteuropas zerbrochen ist.

I.

In einem aussergewöhnlich reichen und fruchtbaren Gebiet gelegen, war Rumänien zu allen Zeiten in seinem Dasein und seiner Entwicklung vom Spiel gegnerischer Kräfte beeinflusst, die sich an diesem Schnittpunkt Europas kreuzten und in Schach hielten.

Man glaubte immer in Russland, man glaubt es noch, und ich selbst habe es mehrfach sagen hören, dass Rumänien sein Dasein und seine Unabhängigkeit Russland verdanke. Molotow und Wyschinski redeten über dieses Thema wie Fürst Gortschakow, der auf dem Berliner Kongress erklärt hatte, dass «alle Rechte und Privilegien Rumäniens ihm auf

DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN

Kosten russischen Blutes gesichert worden seien». Es stimmt, dass Russland sich seit Beginn des 18. Jahrhunderts für das Schicksal der Christen in den Donaufürstentümern interessiert und dass es sich durch den Vertrag von Kutschuk-Kainardschi das Recht gesichert hatte, sie zu «beschützen». Es stimmt auch, dass Rumänien formell seine Unabhängigkeit in einem Kriege gewann, in welchem es an der Seite der Armeen des Zaren kämpfte.

Aber man muss sich daran erinnern, dass die Politik der Zaren auf dem Balkan die gleichen Ziele der Beherrschung und Eroberung verfolgte wie in Polen und dass Russland um dieser Ziele willen sich überall der gleichen Mittel bediente, indem es die Privilegien der Bewohner der Moldau und der Walachei unter seinen Schutz nahm, so wie es die polnische Verfassung unter seinen Schutz genommen hatte. Man muss daran denken, dass Russland seit dem 18. Jahrhundert stets die Donaufürstentümer begehrt und in Tilsit vor Napoleon seine Ansprüche formuliert hatte; gestützt auf die Zustimmung des Kaisers der Franzosen hatte es 1812 im Feldzug gegen die Türkei versucht, seine Grenzen bis an die Donau vorzurücken, und nur der Widerstand der türkischen Armeen verhinderte, dass sämtliche rumänischen Provinzen das Schicksal Bessarabiens teilten, welches damals von Rumänien losgerissen wurde. Man muss sich in die Erinnerung rufen, dass alle Kriege, die Russland im 19. Jahrhundert gegen die Türkei führte, das Ziel hatten, das Gebiet seines ungeheuren Reiches nach Süden zu erweitern, und dass anlässlich des Krimkrieges ganz Europa intervenierte, um die Türkei zu stützen, dem Zarenreich eine unüberschreitbare Grenze zu ziehen und der Donau ein internationales Statut zu geben. So muss man erkennen, dass der Prozess der Schaffung und Befreiung des rumänischen Staates sich teils mit Unterstützung des russischen Reiches, öfter aber gegen seine periodischen Vorstöße vollzog. Selbst der Krieg von 1877, der in Rumänien den Namen des «Unabhängigkeitskrieges» trägt und der übrigens zum zweiten Male den Verlust Bessarabiens mit sich brachte, führte nur deshalb zur endgültigen Errichtung des neuen Königreichs Rumänien, weil der Friedensvertrag unter dem Schutze Europas auf dem Berliner Kongress geschaffen wurde.

Eine Bestätigung dieser Wahrheit fand ich in einem Handbuch der modernen Geschichte, das von einem Mitglied der Moskauer Akademie der Wissenschaften verfasst wurde und in allen Sekundarschulen der Sowjetunion benutzt wird. In dem Kapitel «Die Schaffung Rumäniens» heisst es: «Nach dem Krimkrieg wurde ein neuer Staat geschaffen, *im Zusammenhang mit der Schwächung Russlands und der Abnahme des russischen Einflusses im Nahen Osten: Rumänien. Zur Entstehung dieses Landes haben in gleichem Masse die Verminderung des russischen Einflusses und die Verstärkung des französischen Einflusses in Osteuropa beigetragen . . .*»

Die Feststellungen des sowjetrussischen Historikers sind vollkommen zutreffend: der einheitliche rumänische Staat hatte sich konstituiert, als nach dem Krimkriege der Vorstoss des russischen Reiches nach Süden durch eine europäische Koalition aufgehalten worden war und als dem russischen Einfluss im Nahen Osten der Einfluss Frankreichs entgegentrat, welcher der politische und militärische Ausdruck eines europäischen Interesses war. Die Bildung des neuen Staates hatte die Pläne und Ambitionen der zaristischen Politik durchkreuzt. Wahrlich nicht zu diesem Zweck hatten sie durch zwei Jahrhunderte hindurch das türkische Reich beunruhigt. Sie wollten freie Bahn nach Süden. Die Protektion, die sie auf die christlichen Bewohner des Donaoraumes ausgedehnt hatten, sollte ihren Vormarsch sichern. Dass diese Christen sich ihrer Einheit, ihrer Kraft und ihres Anspruchs auf Freiheit bewusst würden, hatten sie nicht in Rechnung gestellt. Noch weniger hatten sie erwartet, dass Europa seine schützende Garantie über diese Völker erstrecken werde. Und doch geschah es so: ganz Europa wurde durch die Folgen, welche ein Zusammenbruch der Türkei unter den Schlägen des grossen Reiches aus dem Norden haben konnte, aufgerüttelt und veranlasst, sich zu vereinigen, um den Russen Halt zu gebieten. Das Ziel des Krimkrieges war, im Osten eine Ordnung und einen Grenzwall zu errichten. Der Vertrag von Paris zog diese Grenze an der untern Donau: die Donau, ein europäischer Fluss, sollte ganz und gar zu Europa gehören; Bessarabien, Erde der Moldau, sollte zu dem Staate zurückkehren, der die Freiheit der Donau sicherte; die Donaufürstentümer sollten, wie die Donau, die Garantie Europas geniessen. Diese Bedingungen recht-

fertigten und sicherten die Verfassung eines einigen und freien Rumänien.

Der neu entstehende Staat gründete sich auf einen Akt, der ein allgemeines Gleichgewicht errichtete. *Sein Schicksal war mit diesem Gleichgewicht verbunden, so wie dieses Gleichgewicht von seinem Dasein abhing.*

Um die neue Lage zu festigen und dem Geist, aus dem sie entstanden war, Ausdruck zu verleihen, verkündete der Vertrag von Paris die Freiheit der Donau und schuf die Europäische Donaukommission, der er die Aufgabe anvertraute, über das internationale Statut zu wachen, welches an der Donaumündung errichtet worden war. So war die Freiheit Rumäniens, von ihrem Ursprung an, mit einer europäischen Idee verbunden, welche die Freiheit der Donau sicherte.

Erinnern wir bei diesem Anlass an einige Abkommen:

Um dem Krimkrieg ein Ende zu machen, hatten Frankreich, Grossbritannien und Österreich am 23. Dezember 1854 Russland eine Denkschrift überreicht, welche die Grundlagen des Friedens enthielt, die sie für unerlässlich erachtet hatten, «um Sicherungen für die Zukunft zu schaffen und einer Situation ein Ende zu machen, die Russland mit dem grösseren Teil Europas in Gegensatz gebracht hatte».

Diese Friedensgrundlagen waren in vier Punkten zusammengefasst:

«1. Das Protektorat, welches Russland über die Moldau und die Walachei ausgeübt hat, erlischt; die Privilegien, welche die Sultane diesen Fürstentümern ebenso wie Serbien eingeräumt haben, stehen in Zukunft unter der gemeinsamen Garantie der vertragschliessenden Mächte;

2. Die freie Schifffahrt auf der Donau wird durch wirksame Mittel und unter der Kontrolle einer gemeinsamen ständigen Autorität vollkommen gesichert werden;

3. Der Vertrag vom 13. Juli 1841 wird revidiert werden mit dem doppelten Ziel, die Existenz des türkischen Reiches wieder vollständig mit dem europäischen Gleichgewicht zu verknüpfen und dem Übergewicht Russlands im Schwarzen Meer ein Ende zu machen;

4. Russland wird das Prinzip aufgeben, die christlich-orthodoxen Untertanen des Sultans offiziell zu protegieren; hingegen werden sich die christlichen Mächte gegenseitig unterstützen, um von der türkischen

Regierung die Bestätigung und Achtung der religiösen Rechte aller christlichen Gemeinschaften ohne Unterschied des Ritus zu erhalten, soweit sie Untertanen der Pforte sind.»

Diese vier Grundsätze bezweckten, der russischen Expansion im Nahen Osten eine Grenze zu setzen, indem das Protektorat Russlands durch eine kollektive Garantie der europäischen Mächte abgelöst, die Freiheit der Schifffahrt auf der Donau verkündet und das türkische Reich mit herangezogen wurde, um das europäische Gleichgewicht zu verstärken. Durch die Protokolle der Wiener Konferenzen des Jahres 1855 wurden diese Grundsätze bestätigt und dann im Pariser Vertrag vom 30. März 1856 unterzeichnet.

Der gleiche Vertrag zwang Russland, den südlichen Teil Bessarabiens an die Moldau zurückzugeben, «um die Freiheit der Schifffahrt auf der Donau besser zu sichern».

Nachdem Russland im Jahre 1877 mit der wirksamen Hilfe der rumänischen Armee, die es herbeigerufen hatte, nach schweren Kämpfen mit der Türkei fertig geworden war, versuchte es, diesen Sieg auszunutzen, um die Ordnung, welche der Pariser Vertrag im Osten errichtet hatte, umzustossen. Aber Russland wurde gezwungen, den Vorfrieden von San Stefano, den es der Türkei auferlegt hatte, der Kontrolle und der Revision Europas zu unterwerfen. Der Berliner Kongress baute das Werk aus, das zwei Jahrzehnte zuvor in Paris geschaffen worden war, und bestätigte die Autorität und Stetigkeit des «Europäischen Konzertes». Unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck bemühte sich der Kongress, am 13. Juni 1878 im Geiste und nach den Grundsätzen des Pariser Vertrages der Macht des Zarenreiches Grenzen zu setzen, um «die Orientfrage im Sinn einer europäischen Ordnung und in Übereinstimmung mit den Forderungen des Pariser Vertrages zu regeln». Unter den europäischen Mächten nahm das neue Deutsche Reich einen der vordersten Plätze ein; es verstärkte mit dem Gewicht seines Beitritts «die europäische Ordnung», die im Osten errichtet worden war.

Der wesentliche Grundsatz, der auf dem Berliner Kongress erneut triumphierte, war, dass die Angelegenheiten des Nahen Ostens nicht nach den Wünschen und Entscheidungen einer einzigen Macht, sondern

nur durch die Übereinstimmung aller europäischen Mächte geregelt werden konnten. Die Rechte der Türkei an den Meerengen und im Schwarzen Meer, welche der Vorfrieden von San Stefano sehr stark beschränkt hatte, wurden zu dem ausgesprochenen Zweck wieder hergestellt, «das türkische Reich wieder mit dem europäischen Gleichgewicht zu verknüpfen». Zum gleichen Zweck, dem Gleichgewicht zu dienen, empfing Rumänien, welches der Pariser Vertrag unter die kollektive Garantie der Mächte unter Ausschluss jeder einseitigen Protektion gestellt hatte, die feierliche Bestätigung seiner Unabhängigkeit. An das Schicksal Rumäniens gebunden, wurde der Grundsatz der Freiheit der Schifffahrt auf der Donau von Neuem verkündet.

Russland machte seine Zustimmung zur Unabhängigkeit Rumäniens davon abhängig, dass ihm der südliche Teil Bessarabiens, den es im Pariser Vertrag wieder preisgeben musste, ausgeliefert werde. Die Diskussion, welche zu diesem Thema auf dem Kongress stattfand, verdient in die Erinnerung zurückgerufen zu werden. Lord Beaconsfield, der erste Delegierte Grossbritanniens, drückte sein «Bedauern» über die russische Forderung auf Bessarabien aus. Er erklärte: «Diese Verknüpfung der beiden Fragen bedeutet eine Einmischung in den Vertrag von 1856. Nur eine äusserste Notwendigkeit könnte eine Abänderung eines so feierlich abgeschlossenen Vertrages rechtfertigen. Ferner bedeuten die Artikel 4 und 20 des Pariser Vertrages eine Verpflichtung der europäischen Mächte und Russlands mit dem Ziel, die Freiheit der Schifffahrt auf der Donau zu sichern. Die Berichtigung der russischen Grenze in Bessarabien war beschlossen worden, *um die freie Schifffahrt auf der Donau besser zu sichern*. Es war eine Verpflichtung Europa gegenüber. Die russische Forderung ist also eine Einmischung in den Vertrag von Paris, die zu bedauern ist.» Und der erste britische Delegierte protestierte energisch gegen die Wiederinbesitznahme Südbessarabiens durch Russland «aus Motiven, die wir oben dargelegt haben, und ohne sich auch nur darum zu kümmern, ob dieser Wechsel vom gegenwärtigen Besitzer gebilligt wird.»¹⁾

¹⁾ *Nouveau Recueil général des Traités* (Fortsetzung der grossen Sammlung von G.-F. Martens), Band III, S. 354.

Lord Beaconsfields Protest beleuchtete somit die enge Verknüpfung zwischen der bessarabischen Frage und der Freiheit der Donau, die ganz Europa anging. Diese Verknüpfung war übrigens durch die Artikel 4 und 20 des Pariser Vertrages, auf welche der englische Staatsmann sich bezog, «feierlich» hergestellt worden.

Fürst Gortschakow war sich darüber klar, dass er die durch den Pariser Vertrag an der unteren Donau errichtete Ordnung nicht umstossen könne; darum versuchte er, die beiden Fragen voneinander zu trennen, indem er erklärte, dass in der Tat «die freie Schifffahrt auf der Donau ein europäisches Interesse sei, dass er aber nicht sähe, welchen Einfluss die Abtretung Bessarabiens auf die freie Donauschifffahrt ausüben könnte». Und Graf Schuwalow, der zweite Delegierte Russlands, erklärte: «Russland macht aus der bessarabischen Frage keine Frage des Ehrgeizes oder des Interesses, sondern nur eine Frage seiner Ehre.» Und er fügte hinzu, dass Russland, weil es eine blosser Ehrenfrage stelle, nicht «die Teile des Gebietes fordere, deren Besitz eine Bedrohung oder zumindest eine Einmischung in die freie Schifffahrt auf dem Fluss darstellen könnte».

Als Molotow siebzig Jahre später die gleichen Probleme zu lösen haben sollte, hielt er sich nicht bei diesen scharfsinnigen Unterscheidungen seiner adligen Vorgänger auf. Da das europäische Konzert nur noch eine Erinnerung und das europäische Gleichgewicht ein Trümmerhaufen war, zog er alle logischen Konsequenzen aus der Tatsache, dass Russland sich wieder einmal Bessarabiens bemächtigt hatte: er forderte die Abschaffung der Europäischen Donaukommission, verlangte das Recht zur Verwaltung des gesamten Donaudeltas und ging sogar so weit, mit Gewalt all die Positionen besetzen zu lassen, welche geeignet erschienen, «eine Bedrohung und eine Einmischung in die freie Schifffahrt auf dem Fluss darzustellen.»¹⁾

Der Berliner Kongress war nicht geneigt, die Dinge auf so lange Sicht zu betrachten. Er nahm die Bedingungen der russischen Delegierten an. Fürst Bismarck bemerkte, «dass er vollständig die Gedanken von Lord

¹⁾ Siehe Kapitel III: Das Donauproblem.

DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN

Beaconsfield über die Notwendigkeit, die freie Schifffahrt auf der Donau zu sichern, teile, aber so wenig wie Fürst Gortschakow einen Zusammenhang zwischen der Freiheit der Donau und der Wiederabtretung Bessarabiens sähe». Der Kongress beschloss, sich über die heftigen Proteste der rumänischen Delegierten Jean Bratianu und Michel Kogalniceanu hinwegzusetzen, für welche die Frage Bessarabiens eine Lebensfrage und zugleich eine Frage der Gerechtigkeit und der Sicherheit war.

Europa hatte also die rumänische Unabhängigkeit anerkannt; aber das südliche Bessarabien war wieder an Russland gefallen. Diese doppelte Tatsache musste den ganzen Verlauf der rumänischen Politik beeinflussen. Das Problem der Unabhängigkeit war dank Europa gelöst, das Problem der Sicherheit blieb durch die Schuld Russlands in der Schwebe. In seinem Bemühen, das Gleichgewicht im Osten zu festigen, hatte Europa einen Schritt vorwärts getan: es hatte ein Land vor der Gefahr künftiger Umwälzungen bewahrt, indem es ihm souveräne Rechte zubilligte. Aber auch Russland hatte sich einen Vorteil gesichert; es hatte im Donaubecken Beute gemacht, und nur seine Ehre garantierte – nach den Worten des Grafen Schuwalow – Rumänien, dass es diesen Vorteil nicht zugunsten seiner Interessen und Ambitionen ausbeuten werde. Zwei Elemente hatten also den neuen rumänischen Staat von seinem Ursprung an beeinflusst: die Unterstützung Europas und das Andrängen Russlands.

Es wäre irrig, daraus zu folgern, dass zwischen der Bestimmung des russischen Reiches und der Sicherheit des rumänischen Staates ein unheilbarer Gegensatz bestehe. Russland, dessen Gebiet sich über zwei Erdteile erstreckt, ist berufen, an seiner Westgrenze eine unbestreitbar bedeutende europäische Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe erfordert, dass das russische Gebiet, welches zum alten Erdteil gehört, der gemeinsamen Regel des europäischen Raumes unterworfen wird: eine feste Grenze zu haben. Am Ende des Donaubeckens erreichte die bis dahin bewegliche Südgrenze des Zarenreichs eine Stabilität, die im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts durch zahlreiche Verträge bestätigt wurde; die gleichen Verträge errichteten den freien rumänischen Staat. Dieses Werk der Herausarbeitung der territorialen europäischen Ordnung im

Osten vollendete in Wirklichkeit die endgültige Eingliederung Russlands in Europa; es verhinderte nicht – und nichts hat es seitdem verhindert – dass Russland und Rumänien sich friedlich über ihre Interessen und ihre Bestrebungen verständigten.

Die Rolle eines angrenzenden Landes wie Rumänien war es, im allgemeinen Interesse zur Festigung und Aufrechterhaltung des Gleichgewichts beizutragen, wie es die europäische Ordnung braucht.

Auf dem Berliner Kongress hatten die rumänischen Delegierten versucht, eine internationale Garantie zugunsten ihres Landes zu erlangen. In einer Denkschrift an den Kongress hatte Michel Kogalniceanu verlangt, dass Europa «die Bemühungen Rumäniens durch eine Wohltat kröne», und diese Wohltat sollte «die wirkliche Garantie seiner Neutralität sein, welche es in die Lage versetzte, Europa zu zeigen, dass es keinen andern Ehrgeiz habe, als der treue Hüter der Freiheit der Donau an ihrer Mündung zu sein . . .».

Der Kongress beschränkte sich darauf, die Europäische Donaukommission in allen ihren Befugnissen zu bestätigen. Auf diese Weise gedachte er, den wichtigsten Punkt des Gleichgewichts im Osten zu verstärken.

Rumänien begriff, dass seine Sicherheit und seine Existenz selbst von der Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts abhingen. Es zog also die Grundlinien seiner Politik in Übereinstimmung mit dem Geist und den Prinzipien jener europäischen Zusammenarbeit, die an seiner Wiege gestanden hatte. Im Anfang stützte es sich auf Frankreich, nicht nur, weil diese Macht für Rumänien das Ideal jener Kultur darstellte, zu der es sich am stärksten hingezogen fühlte, sondern vor allem, weil Frankreich die berufenste Schutzmacht der kontinentalen Ordnung war. Während des Krieges von 1870 galten alle rumänischen Sympathien Frankreich. Aber die französische Niederlage veränderte die Situation nicht nur im Westen, sondern auch im Osten. Das Gleichgewicht, das an der Donaumündung errichtet worden war, konnte nicht mehr in Paris verteidigt werden. Eine neue Macht war in der Mitte Europas aufgestanden und schien die Verteidigung der europäischen Interessen im Osten auf sich nehmen zu wollen. Durch seine militärische Stärke und

DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN

seine geographische Lage war das Deutsche Reich berufen, das Gleichgewicht zum Zarenreich zu bilden. Übrigens hatte es die Absicht, dies nur mit friedlichen Mitteln zu verwirklichen. Das Deutschland Bismarcks hatte keine unbegrenzten Ziele. Seine Grundlage war ein konservatives Prinzip, und es wünschte, das Gleichgewicht im Osten durch eine Politik des Friedens und der Verständigung mit Russland aufrecht zu erhalten. Ganz natürlich näherte sich Rumänien dem politischen System Deutschlands: es trat dem Dreibund bei, der ihm die Beibehaltung der Ordnung garantierte, die durch den Pariser Vertrag errichtet worden war. Man hat dieser Annäherung wirtschaftliche Gründe unterstellt. Es gab solche Gründe; zwischen der neuen industriellen Macht, die sich in Deutschland entwickelte, und den Reichtümern des rumänischen Bodens bestanden grosse, einander ergänzende gemeinsame Interessen. Aber diese Interessen allein hätten nicht genügt, um die Politik Rumäniens zu bestimmen. Die Wirtschaft – was man auch darüber sagen mag – ist niemals stärker als die Politik, um einem Volke den Weg seiner Interessen anzuzeigen. Rumänien hatte sich Deutschland nicht genähert, weil es seine Haltung zu ändern wünschte, sondern im Gegenteil, um bei seiner Politik bleiben zu können, die nur das Ziel verfolgte, dem Gleichgewicht zu dienen, welches durch die vereinten Anstrengungen Europas im Osten errichtet worden war. Das Deutsche Reich, das sich seiner Kraft, aber auch seiner Grenzen bewusst war, vermochte das Gleichgewicht im Osten zwischen Mitteleuropa und Russland zu sichern.

Durch den Krieg von 1914 veränderten die Ereignisse ein weiteres Mal die Bedingungen, unter denen die mittleren und kleineren Länder für ihre Existenz zu kämpfen hatten. Zahlreiche Rumänen fühlten sich an den Gedanken der europäischen Unterstützung, welche Deutschland gab, gebunden und wollten die Politik des Dreibundes fortsetzen. Die andern gaben sich darüber Rechenschaft, dass die führenden Männer des kaiserlichen Deutschland im Begriffe waren, selbst das Gleichgewicht umzustürzen, das zu verteidigen und zu bewahren laut Bismarck ihre Aufgabe gewesen war. Diese Partei gewann die Oberhand. Rumänien kämpfte an der Seite der Mächte, die nach seiner Ansicht die Kraft und

den Willen hatten, die europäische Ordnung wieder herzustellen. Bei dieser Entscheidung spielte der Wunsch, seine nationale Einheit zu verwirklichen, eine grosse Rolle.

So sahen sich die Rumänen von Neuem an der Seite der Nationen, die im Jahre 1856 am stärksten dazu beigetragen hatten, die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung des rumänischen Staates zu schaffen.

Im Zeitpunkt des Friedensschlusses stand Europa zwischen dem Sieg der Alliierten und der russischen Revolution. Es war schwierig, die Ordnung auf dem Kontinent wieder herzustellen, so lange man nicht genau die Grenzen der östlichen Unordnung kannte. Diese Ungewissheit beeinflusste den Versailler Vertrag. Sie beeinflusste noch stärker die angrenzenden Staaten, die sich einerseits der neuen europäischen Organisation anpassen und anderseits der neuen Gefahr ins Auge sehen mussten, die von Osten her drohte. Die bolschewistische Revolution hatte die russische Zentralgewalt geschwächt; alle westlichen Provinzen hatten diese Situation ausgenutzt, um sich freiwillig vom alten Reich zu lösen. Finnland hatte seine Unabhängigkeit wiedererlangt; die baltischen Länder hatten sich als souveräne Staaten konstituiert; Polen hatte seine Freiheit und seine Einheit wiedergefunden; Bessarabien hatte sich mit Rumänien vereint. Russland sollte in der Folge die Nachbarstaaten beschuldigen, aus seinen inneren Unruhen den Vorteil gezogen zu haben, sich auf seine Kosten zu vergrössern. In Wirklichkeit aber gab es keine Veränderung der Grenzen Europas gegen das russische Reich, die nicht durch ethnische und historische Gründe gerechtfertigt gewesen wäre und sich nicht spontan und frei vollzogen hätte.

Bessarabien wurde wieder rumänisches Land, wie es das vor 1812 zu allen Zeiten gewesen war. Der Dnjestr, die natürliche Grenze des untern Donaubeckens und die ideale Linie für das Gleichgewicht zwischen den Interessen des Kontinents und denen des russischen Reiches, trennte von Neuem die Rumänen von den Slawen der Ukraine und Russlands. Hätte sich die in Versailles errichtete Ordnung in Europa festigen können, so hätten die neu gebildeten oder vergrösserten Staaten unter den günstigsten Bedingungen ihre europäische Mission zu erfüllen vermocht.

DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN

Die Politik der Sicherheit, die alle rumänischen Regierungen vom Tage des Sieges bis zum Zusammenbruch der französisch-britischen Front in Flandern verfolgten und die starke Impulse aus dem Westen empfang, war im Grunde die gleiche, der Rumänien seit seiner Gründung verbunden gewesen war: sie bezweckte, dem rumänischen Staat die Unterstützung Europas zu sichern, damit er seine Aufgabe im Osten erfüllen könne. Die Grundsätze der kollektiven Sicherheit und der solidarischen Verteidigung, welche die Rumänen in Genf mindestens so eifrig wie irgendeiner ihrer Alliierten vertraten, hatten für sie die Bedeutung, einen einheitlichen europäischen Willen auszulösen, der die Länder zu stützen und zu verteidigen vermöchte, die an den Grenzen des Erdteils Stellungen von allgemeinem Interesse innehatten. Der Beitritt der Sowjetunion zur Politik der kollektiven Sicherheit und die wesentliche Unterstützung, welche die Sowjetregierung in den Jahren 1932 bis 1937 dieser Politik gab, führte ganz natürlich zu einer Annäherung Rumäniens an Russland. Dies war die Epoche der freundschaftlichen Beziehungen und Abmachungen zwischen den beiden Ländern. Damals konnte Rumänien hoffen, seine Mission voll zu verwirklichen, die nicht darin besteht, als Werkzeug gegen Russland, *sondern ganz im Gegenteil, als Bindeglied des Gleichgewichts, der Versöhnung und des Friedens zwischen den Interessen Mitteleuropas und denen des grossen Reiches im Osten zu dienen*. Der Abschluss regionaler Pakte mit dem Zweck, bestimmte Sonderprobleme zu lösen (wie die Probleme des ungarischen oder des bulgarischen Irredentismus), sollte nach mancherlei Versuchen auf die gleiche Tendenz hinauslaufen: einer allgemeinen Ordnung zu dienen. Aus diesem Grunde wog die Balkanentente, die für eine geographisch einheitliche Region geschaffen worden war, bei den rumänischen Politikern schliesslich schwerer als die Kleine Entente, deren Vorteile abstrakterer Natur waren.

Das Unglück dieser Politik der kollektiven Sicherheit, die so viele Enttäuschungen und so grossen Katzenjammer hervorrufen sollte, war, dass die in Genf erstrebte höhere Ordnung sich auf ein unwirkliches Gleichgewicht von Formeln und Systemen gründete und nicht auf ein Gleichgewicht wirklicher Kräfte. Man bemühte sich, gute Absichten in

Einklang zu bringen, statt gemeinsamen Widerstandswillen zu organisieren. In Osteuropa im besondern versäumte man, die Lücke auszufüllen, die durch das Verschwinden alter Reiche entstanden war: die neuen Staaten verbanden sich untereinander durch juristische Ententen, aber sie gelangten nicht dahin, Einheiten einer höheren Ordnung zu schaffen. Diese Staaten waren wie schwache Pflanzen, von denen die kräftigsten nur einige Wochen dem Sturm widerstehen konnten, der heraufzog. Das Gleichgewicht blieb nur noch durch einen abstrakten Grundsatz aufrechterhalten: den der allgemeinen Solidarität und Zusammenarbeit. Hörte dieser Grundsatz auf zu wirken, so musste das ganze Verteidigungssystem Europas zusammenbrechen. Dies geschah im Augenblick des Münchener Abkommens. Die Westmächte hatten dort nur in einem einzigen Punkte nachgegeben: in Bezug auf die territoriale Integrität, die sie einem Staate zugesichert hatten, der eng mit der europäischen Gemeinschaft verbunden war. In Wirklichkeit sank damals das ganze neue Europa dahin, wie es aus dem Siege der Alliierten hervorgegangen war. Es schien, dass das Gleichgewicht nicht mehr wiederherzustellen war; gegen die neuen Kräfte, die sich im Mittelpunkt des Erdteils erhoben, gab es nirgends einen europäischen Stützpunkt. Für den Westen bedeutete dies Verwirrung, für den Osten die Panik.

Die Bedrohung der europäischen Ordnung kam damals auch für die Länder des Ostens nicht von Seiten Russlands. Die Sowjetunion war im Schutze ihrer hermetisch geschlossenen Grenzen mit ihrem Aufbau beschäftigt. Die Nachbarn hatten es erreicht, friedliche Beziehungen zu ihr herzustellen, die auf wechselseitigen Nichtangriffsverpflichtungen gegründet waren¹⁾. In Genf studierte Litwinow die politischen Methoden und Ziele der grossen und kleinen europäischen Mächte. Als aufmerksamer Leser von *Mein Kampf* und andern nationalsozialistischen Werken, welche das Begehren des neuen Deutschland nach der Ukraine und dem Kaukasus enthüllten, suchte der sowjetrussische Staatsmann

¹⁾ Im Januar 1929 war Rumänien in Moskau dem Litwinow-Protokoll beigetreten, welches im Voraus für alle Länder des Ostens die Bestimmungen des Kellogg-Paktes in Kraft setzte. Im Juli 1933 hatte Rumänien in London mit der Sowjetunion einen Pakt über die Definition des Angreifers unterzeichnet.

DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN

Verbündete im Westen und war der eifrigste Vorkämpfer der kollektiven Sicherheit.

Die Gefahr für das sehr unsichere europäische Gleichgewicht trat nicht im Osten in Erscheinung, sondern im Herzen Europas. Das neue Deutschland, dessen Macht von Tag zu Tag bedrohlicher wurde, war nicht mehr das Deutschland Bismarcks. Seine Ambitionen kannten keinerlei Beschränkung, seine Bestrebungen keinerlei Grenzen. Das Reich war nicht mehr konservativ, sondern «revolutionär»; es war nicht mehr ein Rechtsstaat, sondern ein Staat, der sich in ständiger Bewegung und im «Werden» befand. Nachdem im Innern das Gleichgewicht zerbrochen war, musste schicksalhaft auch das äussere Gleichgewicht umgestossen werden. Alle deutschen Forderungen richteten sich in Etappen ins Unbegrenzte. Sie drückten sich übrigens nur in ungenauen und verworrenen Begriffen aus. Deutschland forderte einen Lebensraum, der bald auf seine alten Kolonien abzielte, bald auf die Länder des Ostens vom Baltikum bis zum Balkan, bald auf die fruchtbarsten Gegenden Russlands. Dieser Lebensraum, der aus der dynamischen Phantasie der nationalsozialistischen Doktrinäre emporstieg, erstreckte sich in alle Richtungen, ohne irgendwo ein Ende zu finden. Seine Verwirklichung konnte nur mit dem Umsturz Europas beginnen. Die nationalsozialistischen Doktrinäre wussten das gut, wenn sie eine «Neuordnung» forderten. Die «Neuordnung» bedeutete nicht nur Veränderung der Grenzen der Länder und des Kontinents: sie zielte auf die Ideen von Mass, Recht und Freiheit.

Um ein totalitäres Europa zu schaffen, musste man den ganzen Lauf der Geschichte zurückschrauben bis zu dem Tage, da Europa noch nicht existierte. Hitler-Deutschland stellte die gesamte Ordnung in Frage, der die Länder des Ostens wie die des Westens ihr Dasein, ihre Grenzen und ihre Freiheit verdankten.

II.

Die Staaten des Ostens gaben sich Rechenschaft über die Gefahr, welche das revolutionäre deutsche Ausdehnungsstreben für sie dar-

stellte. Sie wussten, dass ihre Unabhängigkeit im Lebensraum des Dritten Reiches zu zerbrechen und unterzugehen drohte. Sie wussten auch – die Ereignisse vor und nach München liessen keinen Zweifel darüber zu – dass es kein Mittel gäbe, sich mit Hitler zu vergleichen. Der geschmeidige und nachgiebige Präsident Hacha hatte sein Land nicht besser vor dem nationalsozialistischen Zorn retten können als der unbeugsame Benesch. Das Dritte Reich konnte für niemanden eine Stütze sein: es zerschmetterte seine Gegner und unterwarf seine Freunde. So standen alle Länder von der Ostsee bis zum Balkan vor einer tragischen Alternative: entweder in Europa eine immer fragwürdigere Hilfe gegen die deutsche Bedrohung zu suchen – oder in Berlin höchst ungewisse Zusicherungen und Versprechungen zu erlangen.

Von allen Staaten des Ostens war Rumänien der am heftigsten begehrte. In Rumänien fand das Reich alles, was es brauchte, um sich im Frieden zu stärken und um im Kriege kämpfen zu können: Getreide, Erdöl und Rohstoffe. Ohne Zweifel hatten die führenden Männer des Reichs, noch bevor sie ihre politische Offensive gegen Rumänien starteten, dieses Land in ihren Lebensraum einbezogen. Nach den Regeln der neuen diplomatischen Strategie musste Rumänien von seinen Freunden getrennt, durch immer heftigere Forderungen einiger seiner Nachbarn beunruhigt und durch die Verwirklichung eines übersteigerten Revisionismus, der auf seine Kosten ging, geschwächt werden – bevor es durch eine eifrige Propaganda (der auch zahlreiche Rumänen dienten, die schon vorher für die totalitäre Ideologie gewonnen worden waren) dahin gebracht würde, Zuflucht und Schutz bei Grossdeutschland zu suchen. Dieser Plan, dem unvorhergesehene Ereignisse und die Umwälzungen in Europa infolge des Krieges entscheidende Hilfe leisteten, sollte trotz der energischen und verzweifelten Anstrengungen Rumäniens, seinem Schicksal zu entgehen, vollständig glücken.

Wir wollen hier die verschiedenen Phasen des rumänischen Widerstandes betrachten: von München, wo Deutschland sich den Weg nach dem Osten geöffnet hatte, bis zum Moskauer Abkommen – dann bis zur Schlacht in Flandern, nach der das Reich der unbestrittene Beherrscher des Kontinents war.

DAS GLEICHGEWICHT IM OSTEN

München hatte Rumänien eines Instrumentes internationaler Politik beraubt, durch das es mit dem Versailler Vertrag und dem Genfer System der kollektiven Sicherheit verbunden gewesen war: der Kleinen Entente. Die Tschechoslowakei, die ihre militärischen Grenzen verloren hatte, wurde in ihrer Schwäche und Ausweglosigkeit ein hilfloses Opfer des Reichs. Würden ihre Verbündeten, Rumänien und Jugoslawien, die gleiche verhängnisvolle Bahn beschreiten? Die Bukarester Regierung begriff die Gefahr und versuchte, sich gegen die deutsche Drohung zu stemmen. Sie hatte niemals die Illusionen der polnischen Regierung geteilt, die geglaubt hatte, die Zerstückelung der Tschechoslowakei – bei der Polen mitgewirkt zu haben sich rühmte – werde seine Stellung festigen. In Wirklichkeit hatte die Teilung der Tschechoslowakei den Einfall in Polen vorbereitet, ganz so wie die Teilung Polens – bei der mitzuwirken die Sowjetunion sich beeilte – den Einfall in Russland vorbereitete. Vergeblich hatte Rumänien versucht, eine Aussöhnung zwischen Polen und der Tschechoslowakei zustande zu bringen und so das Gebäude der Sicherheit im Osten zu festigen. Nach München hatte die rumänische Regierung begriffen, in welchem Masse die kollektiven Verpflichtungen blosse Phantome waren. Die Sicherheit Rumäniens konnte nur noch durch unmittelbare und konkrete Abmachungen mit den Mächten, die ein Interesse daran hatten, den Frieden im Osten zu retten, gewahrt werden.

Aber bevor man nach aussen Verpflichtungen einging, musste man sich im Innern zur Wehr setzen und die Ordnung festigen, die durch die Umtriebe gewisser umstürzlerischer, revolutionärer und ungesetzlicher Kräfte bedroht wurde. Das Regime König Carols war in Konflikt mit der Eisernen Garde, einer aufrührerischen Bewegung, die von Corneliu Zelea Codreanu geleitet wurde, einem jungen Fanatiker, der ein Anhänger der direkten Aktion und der totalitären Ideologie war.

Es wäre ungerecht, dieser Bewegung ausschliesslich fremde Antriebe und Einflüsse zu unterstellen. Sie entbehrte nicht ganz eines gewissen Idealismus, der elementar und reichlich naiv, aber doch zu Schwung und Opfer befähigt war – ein Idealismus, durch den sie sich der rumänischen Jugend bemächtigt und begeisterte, fanatische Anhänger heran-

KRIEG IM OSTEN

gebildet hatte. Die Bewegung Codreanus war längst vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus entstanden, von dem sie sich übrigens durch ihren neuchristlichen Glauben und Mystizismus unterschied; in ihren Anfängen schien sie eine heftige und beschwingte Reaktion gegen den Materialismus der Nachkriegspolitiker zu sein und eine Reinigung und Wiederaufrichtung des öffentlichen Lebens zu erstreben. Aber die trotzigste Natur ihres jungen Führers, der vor keinem Gewaltakt und sogar vor keinem Verbrechen zurückschreckte – am 28. Dezember 1934 war Ministerpräsident Jean Duca in Sinaja durch die Revolverschüsse von vier «Legionären» niedergestreckt worden – stiess die Eiserne Garde auf den Weg der Illegalität. Ihr unversöhnlicher Antisemitismus näherte sie der Partei Hitlers, die in dieser Epoche in Deutschland die Macht eroberte. Es brauchte noch einige Zeit, bis Codreanu und seine Unterführer gestanden, dass auch für sie die Macht das höchste Ziel sei. Aber die Art, in der sie alle Parteien, die ihren Plänen im Wege standen, zu beseitigen suchten, liess keinen Zweifel über ihre wirklichen Absichten offen. Seit dieser Zeit erfreute sich die neue Partei, die durch zügellose Leidenschaften und wilden politischen Ehrgeiz hochgepeitscht wurde, des besondern Wohlwollens der deutschen Diplomatie und Propaganda. In Berlin fand sie Trost und Freundschaft, Rat und Schutz. Hier fand ihre Ideologie den passenden politischen Rahmen und schon erprobte Kampfmethoden. Das von Hitler errichtete totalitäre System verwirklichte in wunderbarer Weise auf politischem Gebiet die Gedanken der Legion: es zeigte ihr, wie wichtig es sei, die Macht zu ergreifen, und wie man am besten aus ihr Gewinn ziehen könne. So zögerte Codreanu seit 1937 nicht mehr, zu erklären, dass die Eiserne Garde ihre politische Aktion auf die Achse zu stützen gedenke und dass sie nach ihrer Machtergreifung die auswärtige Politik Rumäniens ändern und ein enges Bündnis mit Deutschland und Italien schliessen werde. Durch diese Erklärung musste Codreanu der Bundesgenosse Hitlers im Innern Rumäniens werden. Berlin wusste, dass man auf ihn zählen konnte. Codreanu seinerseits hatte sicher einen Wink bekommen, dass er auf Berlin zählen könne. Der junge Fanatiker, den Formeln verführten, die seinem Temperament entsprachen und seinem Ehrgeiz schmeichelten, hatte sich an

eine ausländische nationalistische Bewegung gebunden, deren Namen und Methoden zu seinem eigenen nationalistischen Fanatismus zu passen schienen, deren wirkliche Interessen aber in keiner Weise mit den Interessen seines Landes zusammenfielen.

König Carol seinerseits war zu sehr von den autoritären Ideen erfüllt, die in Mitteleuropa in Geltung waren, als dass er dulden konnte, dass der Inspirator einer vom Ausland beeinflussten totalitären Bewegung sich dem Staat widersetze und seinen Ruf als Souverän und seine Bestrebungen als Führer der Nation in Frage stellte. Noch weniger konnte er ertragen, dass ein Mann, der sich vom Ausland her beeinflussen liess, die Umstände benutzte, um den Kurs der Aussenpolitik seines Landes zu ändern. Codreanu wurde das Opfer jener Regierungsmethoden, die die Anhänger der «Neuordnung» überall zu Ehren gebracht hatten. Er wurde in Rumänien beseitigt, wie Röhm in Deutschland beseitigt worden war, und wie er selbst ohne Zweifel seine Gegner beseitigt hätte, wenn ihm Zeit und Gelegenheit dazu geblieben wären.

Diese blutige Massnahme stärkte für einige Zeit die Zentralgewalt und gab ihr mehr Handlungsfreiheit nach aussen. Aber die Tatsache, dass der Staat zu strafbaren Gewalttaten gegriffen hatte, die bis dahin das Erbteil der extremen Parteien gewesen waren, verursachte im öffentlichen Leben Rumäniens eine tiefe Verwirrung und veranlasste eine lange Kette politischer Verbrechen, wie das Land sie bis dahin niemals gekannt hatte. Als die Anhänger Codreanus selbst zur Macht kamen, liessen sie ihrerseits ihren blutigen Instinkten, die noch durch Rachedurst aufgepeitscht waren, freien Lauf. Und der Terror, den sie im Lande ausübten, kam den Deutschen zugute, denen es nun möglich war, ihr Werk der «friedlichen Durchdringung» zu vollbringen, ohne dass sie auf irgend einen sichtbaren Widerstand stiessen. Nirgends hatten die Eroberer eine ergebeneren und begeisterteren Fünfte Kolonne zur Verwirklichung ihrer Pläne gefunden.

Die Folgen dieser Ereignisse wären für Rumänien weniger verhängnisvoll gewesen, hätte nicht der europäische Krieg, der zehn Monate nach dem Tode Codreanus ausbrach, eine so rasche und krasse Wendung zugunsten Deutschlands genommen. Zu Beginn des Jahres 1939 konnte

KRIEG IM OSTEN

König Carol noch hoffen, seinem Lande die Freiheit gesichert zu haben, selbst den Weg zu wählen, den es in dem heraufziehenden Sturm einschlagen wollte. Es war gewiss nicht leicht, der Empörung ins Auge zu sehen, welche die Massnahmen gegen die Eiserne Garde notwendigerweise in Berlin hervorrufen mussten. Aber die Unterdrückung der «nationalistischen» Bewegung, die sich der Sache der Achse ergeben und unterworfen hatte, gestattete anderseits die Klarstellung und Verstärkung unserer nationalen Aussenpolitik, die von der Gesamtheit der öffentlichen Meinung getragen wurde und ausschliesslich den Interessen des Landes diene.

Das waren die Umstände, unter denen König Carol meine Mitarbeit beanspruchte. Am 23. Dezember 1938 ernannte er mich zum Aussenminister.

DIE AUSSENPOLITIK RUMÄNIENS

Ende der deutsch-rumänischen Spannung: das Wirtschaftsabkommen vom 23. März 1939 – Die englisch-französischen Garantien (13. April 1939). – Die Beziehungen zu Sowjetrußland und der Besuch Potemkins (8. Mai 1939). – Die Hoffnungen auf die Balkanentente.

Zu Beginn des Jahres 1939 stand die rumänische Regierung vor einer ganz besonders schwierigen Situation. München hatte dem Mythos der kollektiven Sicherheit ein Ende gemacht; die regionalen Bündnisse waren aufs Tiefste erschüttert – eins, die Kleine Entente, war praktisch liquidiert; Rußland suchte sich von seiner Politik der Zusammenarbeit in Genf loszulösen; Frankreich wandte sich in seiner Beunruhigung seinem Kolonialreich zu, um seine Enttäuschungen in Europa zu vergessen, und England begann gerade die Hitlersche Gefahr zu entdecken . . . Deutschland seinerseits bereitete seine Expansion im Osten vor und setzte Rumänien auf die schwarze Liste der Feinde des Dritten Reichs, deren Geschick rasch geregelt werden sollte. Nach dem Schlage, den die Abmachungen von München unserer Aussenpolitik versetzt hatten, und nach den Unruhen im Innern des Landes mußten wir unsere Beziehungen zu Deutschland, zu den Westmächten, zur Sowjetunion und zu unsern Verbündeten auf dem Balkan klarstellen.

KRIEG IM OSTEN

I.

Die erste Sorge war, das in Berlin grollende Gewitter zu beschwichtigen, über das uns unsere Freunde aus Frankreich, Polen und Jugoslawien die alarmierendsten Mitteilungen machten. Die Erschiessung Codreanus hatte den Zorn des Führers erregt: zu dem Unwillen, eines der nützlichsten Instrumente der Politik des deutschen Vordringens im Südosten verloren zu haben, gesellte sich die Empörung darüber, dass die Hinrichtung am Morgen nach jenem Tage stattfand, an dem Hitler König Carol in Berchtesgaden empfangen hatte. Dieses peinliche Zusammentreffen konnte die, offensichtlich falsche, Auslegung veranlassen, die vom König ergriffene Massnahme hätte vorher die Zustimmung des Führers gefunden. Es konnte andererseits als eine Herausforderung erscheinen, die der König gegen seinen mächtigen Gastgeber richtete, kaum einige Stunden, nachdem er von ihm Abschied genommen hatte. Rumänien wurde beschimpft, seine Zukunft bedroht; die deutschen zivilen und militärischen Würdenträger mit Feldmarschall Göring an der Spitze leisteten sich eine besonders scharfe feindselige Demonstration, indem sie dem König die rumänischen Orden zurückschickten, die er ihnen eben verliehen hatte.

Es gab nur ein Mittel, die drohende deutsche Gefahr abzuwenden: man musste die Möglichkeit finden, sich unmittelbar mit dem Reich zu verständigen. Weder die regionalen Gruppierungen, die nach München alle ihre Kraft verloren hatten und die niemals für den Fall des Angriffs einer Grossmacht bestimmt gewesen waren – noch England oder Frankreich, die zu Beginn dieses Jahres 1939 sehr wenig auf Krieg eingestellt waren, da sie ja die Besetzung Prags und Böhmens ruhig hinnahmen – nichts hätte Deutschland hindern können, «eine Strafexpedition» gegen Rumänien zu unternehmen. Die einzige wirksame Sicherheitsmassnahme, die Rumänien ergreifen konnte, war, ein Abkommen mit dem Reich zu schliessen. Aber dieses Abkommen musste den Zorn Deutschlands besänftigen und dem Reich ein Interesse geben, Rumänien nicht anzugreifen – und gleichzeitig durfte es die Handlungsfreiheit der rumänischen Regierung nicht behindern, seine Politik nicht belasten und es

nicht von seinen alten Freundschaften trennen; jede politische oder ideologische Einmischung in die rumänischen Angelegenheiten musste ausgeschlossen sein. Für eine solche Abmachung bot sich ganz natürlich das Gebiet der Wirtschaftsfragen. Wenn Rumänien seinen Markt weit für Deutschland öffnete und in Übereinstimmung mit einem Grundsatz europäischer Solidarität engere Bande zwischen der deutschen und der rumänischen Wirtschaft knüpfte, so konnte es hoffen, nicht nur den Frieden Rumäniens, sondern auch den allgemeinen Frieden zu festigen.

Das Wirtschaftsabkommen, über das Herr Wolthat in Bukarest verhandelte und das am 23. März 1939 unterzeichnet wurde, schuf einen Plan allgemeiner Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Produktion und des Austausches. Das war gewiss günstig für das Reich, aber es war auch nicht ungünstig für die rumänische Wirtschaft, und es behinderte in keiner Weise die wirtschaftlichen Beziehungen, die Rumänien mit andern fremden Staaten unterhielt. Der grosse Vorzug dieses Abkommens lag jedoch auf anderem Gebiet: es sicherte Rumänien Ruhe und Frieden zu Beginn einer der schwersten internationalen Krisen, die für die Mehrzahl der mittleren und kleineren Staaten Europas verhängnisvoll werden sollte. Der Führer und der rumänische König erklärten in der Präambel des Abkommens ausdrücklich, dass sie «friedliche Ziele» verfolgten. Diese Erklärung machte einer Misshelligkeit ein Ende, welche die unangenehmsten Folgen zu haben drohte; sie war garantiert durch das Interesse des Reichs an der steten Entfaltung der deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen.

Das Abkommen mit Deutschland enthielt allerdings eine Gefahr, deren sich die rumänische Regierung vollkommen bewusst war: der Plan zur Zusammenarbeit war nur in allgemeinen Linien abgefasst; unter dem Druck Deutschlands konnte er eine Ausdehnung annehmen, die Rumänien in Abhängigkeit vom Reich brachte. Indem Rumänien die Lebensbedingungen Deutschlands erleichterte, wagte es sich in den deutschen Lebensraum und unterstellte sich so einer Drohung, welche die jüngsten nationalsozialistischen Theorien nur zu deutlich machten. Die Unabhängigkeit Rumäniens wurde ein Problem seines Widerstandes – seines geduligen, beharrlichen und kraftvollen

Widerstandes gegen die Wünsche, die das Reich im Rahmen der vereinbarten wirtschaftlichen Zusammenarbeit ohne Zweifel vorbringen würde. Der Wert und das Gewicht dieses Widerstandes hingen daher von der Bedeutung ab, die Rumänien seinen eigenen Kräften zu geben vermochte, ebenso wie vom Funktionieren seiner Bündnisse. Die rumänische Regierung musste sich beeilen, durch Festigung ihrer internationalen Position ihre Politik der Sicherheit zu vervollständigen; sie verstärkte die alten Bande, die Rumänien mit den Westmächten verknüpfen, und bemühte sich, der Balkanentente grössere Festigkeit und vollkommeneren Handlungseinheit zu geben.

II.

Zu Beginn des Jahres 1939 war sich England der Gefahr bewusst geworden, die Europa und die Freiheit der Welt bedrohte. Neville Chamberlain, der entgegenkommendste aller britischen Staatsmänner, hatte dreimal bei der Behandlung der Sudetenfrage Gelegenheit gehabt, einen unmittelbaren Kontakt, von Mensch zu Mensch, mit Hitler herzustellen. Er war betroffen und zutiefst beeindruckt durch die gebieterische Sprache und die jähzornige Natur des Kanzlers. Vor allem hatte er gelernt, an den Versprechungen zu zweifeln, die ihm gemacht worden waren. Die Besetzung Prags durch die Deutschen – in Verletzung der von ihnen in München eingegangenen Verpflichtungen – hatte ihn in der Überzeugung bestärkt, dass es mit dem nationalsozialistischen Regime keine Verständigungsmöglichkeit mehr gäbe. Diese Überzeugung kam spät, aber sie war eindeutig. England entschied sich, der Gefahr entgegenzutreten, mit einer Entschlossenheit, die viele Politiker, vor allem in Frankreich, nicht besaßen. Während sich diese kontinentalen Politiker noch der Illusion hingaben, die deutsche Gefahr könnte in Mitteleuropa lokalisiert oder nach Osten abgelenkt werden, hatten die englischen Staatsmänner den Mut, alle logischen Schlussfolgerungen aus dem Anschauungsunterricht zu ziehen, den ihnen die unglückliche Erfahrung von München geliefert hatte: sie begriffen, dass der Frieden

weder im Osten noch im Westen durch Kompromisse oder gar durch sträfliches Dulden gerettet werden könne; dass die deutsche Drohung allgemeiner Natur und auf die Gesamtheit der Weltsituation gerichtet war; und dass es höchste Zeit sei, mit einer Politik der Schwäche und verzweifelter Aushilfsmittel Schluss zu machen, denn dadurch konnte man den Krieg weder verhindern noch in eine andere Richtung ablenken, sondern riskierte im Gegenteil, ihn unvermeidlich zu machen und seinen Ausbruch zu beschleunigen.

Die Reaktion Englands, die sich in dem gegenseitigen Beistandspakt kundtat, welchen die britische Regierung mit Polen zu unterzeichnen beschloss, konnte natürlich die Lage nicht auf einen Schlag umgestalten. Weniger als irgendein anderes Land eignete sich Polen dazu, Sammelpunkt der europäischen Solidarität zu werden. Im Verlauf der letzten zehn Jahre hatten seine Staatsmänner nicht aufgehört, das System der kollektiven Sicherheit, welches in München endgültig Schiffbruch erlitten hatte, zu unterminieren. Russland grollte Polen und verzieh ihm nicht, dass es die jüngste Krise ausgenutzt hatte, um sich an der Zerstückelung der Tschechoslowakei zu beteiligen. Dieses Ressentiment bereitete einer deutsch-russischen Annäherung den Weg. Die neue Teilung Polens lag in der Luft. In dem Augenblick, in dem England der schwer von Hitler bedrohten Warschauer Regierung seine Hand entgegenstreckte, dachte die Sowjetunion bereits daran, sich einen Teil der polnischen Beute anzueignen. Auf den ersten Schlag hatte England, das bis dahin so vorsichtig gewesen war, an den gefährlichsten Punkt der Welt gerührt: es hatte sich nicht mit dem Frieden, sondern mit dem Krieg des Kontinents verbündet.

Aber auch wenn Grossbritannien nicht auf diesen Krieg zugegangen wäre, hätte er den Westen nicht verschont. Jeder Schritt rückwärts, den die Westmächte getan hatten, um ihn zu vermeiden, vermehrte die Verwirrung in Europa und schwächte ihre eigenen Verteidigungsstellungen.

Nachdem England sich mit dem Schicksal Polens verbunden hatte, gedachte es, die Stellung Griechenlands und Rumäniens zu festigen. Frankreich schloss sich diesen Bemühungen an.

Um die internationalen Beziehungen, die schon so gespannt schienen,

KRIEG IM OSTEN

nicht noch weiter zu trüben, war die rumänische Regierung entschlossen, einer einseitigen Garantie den Vorzug zu geben, die Deutschland nicht als ein Manöver zur Einkreisung des Reiches auslegen könnte. Die Regierungen in London und Paris fügten sich diesem Wunsche; am 13. April 1939 wurde gleichzeitig von Chamberlain im englischen Parlament und von Daladier im Palais Bourbon die folgende Garantieerklärung verlesen: *«Die englische und die französische Regierung legen den grössten Wert darauf, jeder durch Gewalt oder durch Androhung von Gewalt erzwungenen Änderung des «Status quo» im Mittelmeer und auf der Balkanhalbinsel zuvorzukommen. Infolgedessen haben die beiden Regierungen in Anbetracht der besondern Umstände, die durch die Ereignisse der letzten Wochen eingetreten sind, Rumänien und Griechenland folgende Zusicherung gegeben: wenn eine Aktion unternommen würde, die ihre Unabhängigkeit in Gefahr bringt, so dass diese beiden Länder entscheiden, es läge in ihrem Lebensinteresse, mit Gewalt Widerstand zu leisten, so verpflichten sich die englische und die französische Regierung, ihnen alsbald jeden Beistand zu leisten, der in ihrer Macht liegt.»*

In dieser Form war Rumänien die Garantie durchaus willkommen. Sie festigte die Bande zwischen diesem Land und seinen alten Verbündeten im Westen, denen es durch Vertrauen und Sympathien nahe stand. Die Garantie war genau und begrenzt: sie zwang Rumänien nicht zu einer Politik, die seinen Interessen zuwiderlief, verwickelte es nicht in den Krieg, war gegen niemanden gerichtet und konnte kein fremdes Interesse verletzen. Der versprochene Beistand war von einem Angriff abhängig, der von aussen kam, und von dem Willen Rumäniens, ihm mit Gewalt entgegenzutreten. Die Garantie bezeichnete also nicht vorher den Angreifer, auf den sie gemünzt war. Der Angreifer bezeichnete sich selbst durch die Tatsache des Angriffs. Und die Garantie trat nur dann in Kraft, wenn das garantierte Land entschied, «es läge in seinem Lebensinteresse, Widerstand zu leisten», und wenn es seinen Willen bekundete, «mit Gewalt» dem Angriff zu widerstehen.

So gemässigt diese Formeln waren, so konnte natürlich doch die Garantie der Westmächte gewisse Kritiken nicht ausschalten. Die Deutschen warfen dieser Garantie genau wie dem englisch-polnischen Bei-

DIE POLITIK RUMÄNIENS

standspakt vor, den Widerstandsgeist der garantierten Staaten anzustacheln und sie von einer Aussprache, Vergleichen und gütlichen Überkommen abzuhalten. Für Polen war das bis zu einem gewissen Grad zutreffend. England hatte seinen Beistand versprochen, Polen hatte dem deutschen Drängen widerstanden und Deutschland hatte es angegriffen . . . England, so sagte die Berliner Propaganda, hatte die Bewegung gemacht, die den Krieg auslöste. Aber Österreich war nicht «garantiert» gewesen: das verhinderte nicht, dass es annektiert wurde. Die Tschechoslowakei war zu einem Vergleich bereit und wurde doch zerstört und zerstückelt. Man wollte die internationale Ordnung durch Gespräche unter vier Augen umgestalten, mit jedem Kleinstaat einzeln, und wollte ihn zwingen, ein Stück abzutreten, dann zwei Stücke, dann alles, sein Gebiet und seine Souveränität. . . . Aber eine solche Politik war weder mit dem Interesse der Grossmächte vereinbar, die sich auf diese Weise aus einem Raum nach dem andern ausgeschlossen sahen und schliesslich aufhörten, Grossmächte zu sein – noch mit dem Interesse der Kleinstaaten, die jede Daseinsberechtigung verlieren mussten, sobald sie gezwungen wurden, ihre Unabhängigkeit als Ausgleichsobjekt zu bewerten.

Die deutschen Einwände gegen die englisch-französischen Garantien hoben beständig den Begriff des «reservierten Raumes» hervor, der dem Einfluss einer einzigen Grossmacht oder zweier benachbarter Mächte vorbehalten, bleiben sollte. Frankreich und England, so sagte man in Berlin, hätten im osteuropäischen Raum nichts zu suchen: sie wären dort «raumfremde Mächte». Dieser Begriff des «reservierten Raumes» schwankte übrigens je nach den Notwendigkeiten. So sollte der «östliche Raum» durch den Ribbentrop-Molotow-Pakt für die deutsch-russische Zusammenarbeit «reserviert» werden. Die Sowjetunion hatte diese nationalsozialistische Theorie, auf die sie die grössten Hoffnungen gesetzt hatte, aufs Höchste geschätzt. Gemeinsam und unter Ausschluss jeder andern Macht sollten Berlin und Moskau über das Schicksal Finnlands, Polens und Bessarabiens entscheiden. Die Teilung der gemeinsamen Beute und die Beraubung der Opfer hiessen in einer geräuschvollen Propaganda: Aufrichtung der «Neuordnung» im Osten.

Dies galt bis zu dem Tage, da sich die Theorie der Räume gegen einen der beiden Partner richtete, der dazu verurteilt war, aus einem Verbündeten zu einem Opfer zu werden.

Im Donaoraum hatte sich Deutschland Italien beigesellt, um durch Zwang und Schiedsspruch die alte Ordnung umzustossen. Die Slowakei und bald darauf Siebenbürgen sollten auf ihre Kosten das befremdliche Treiben dieser Beherrscher von Räumen kennen lernen.

Diese Theorie, die allein auf der Realität der Gewalt ruhte, war vom Rechtsstandpunkt aus natürlich sinnlos. Wie sollte man anders als durch Willkür den Einflussbereich einer Grossmacht begrenzen? Wie konnte man zum Beispiel aus Rumänien, Griechenland und dem Nahen Osten die Ausstrahlungen der französischen Kultur, wie aus dem Nahen Osten die englischen Schiffe ausschliessen, die als erste den Handel in die Donaumündung und in die Häfen des Schwarzen Meeres getragen hatten? War die Theorie der reservierten Räume den Grossmächten gegenüber ungerecht, so war sie für die Mittel- und Kleinstaaten katastrophal. Was sollte in der Tat aus ihren kostbarsten Gütern werden, ihrer Souveränität, ihrem nationalen Dasein, die auf einer einmütig geachteten Rechtsordnung beruhten – wenn sie künftig vom guten Willen einiger mächtiger Nachbarn abhängen sollten, die stets auf dem Sprunge waren, sie zu beherrschen, aufzuteilen oder . . . einen Schiedsspruch über sie zu fällen? Es liegt im Lebensinteresse jedes mittleren oder kleinen Landes, nützliche und regelmässige Beziehungen mit möglichst vielen Grossmächten aufrechtzuerhalten – oder, um gewisse Modeausdrücke zu gebrauchen, seinen Lebensraum mit allen diesen Grossmächten zu teilen; denn aus dieser Annäherung und diesem Nebeneinander der Grossmächte ergeben sich das Gleichgewicht und die Grenzen, die für die Freiheit und nationalen Rechte eines jeden Landes unerlässlich sind. Solche vertrauensvolle und freie Beziehungen bereichern das nationale Leben des Landes, das sie unterhält, und festigen auch seine politischen Einrichtungen und sein staatliches Dasein.

Die rumänische Regierung hatte also mit dankbarer Anerkennung die englisch-französische Garantie angenommen. Sie sah darin eine letzte Anstrengung der Westmächte – eine Anstrengung, deren einziger

Fehler es war, ein wenig spät zu kommen – um im Osten das Gleichgewicht wieder herzustellen, das für die Ordnung und den Frieden Europas so notwendig war.

Ein anderer Einwand der Deutschen gegen die englisch-französische Garantie schien besser begründet zu sein. War nicht die Beistandsverpflichtung, die die Westmächte Rumänien gegenüber eingingen, praktisch wirkungslos angesichts der Unmöglichkeit für diese beiden Mächte, im Kriegsfall das garantierte Land zu erreichen?¹⁾

Diesen Einwand hatte England nicht vernachlässigt. Im Verlauf des Jahres 1939 widmete es sich loyal der Aufgabe, seine Aktionsmöglichkeiten im Nahen Osten gründlich zu untersuchen, um seiner Garantie einen praktischen Wert zu geben. Natürlich war es für England sehr schwierig, im Falle eines Krieges, der Europa in zwei Teile zerreißen würde, eine direkte Verbindung mit Rumänien herzustellen. Die englische Regierung versuchte also, Zwischenposten für Hilfe und Unterstützung zu schaffen. So gelangte sie dahin, ein ganzes Sicherheitssystem für den Balkan in die Wege zu leiten, das sich auf die englisch-französischen Kräfte im östlichen Mittelmeer stützte.

Im Bündnisvertrag zwischen England und der Türkei (und ebenso in dem, den die Türkei in den gleichen Formulierungen mit Frankreich abschloss) hiess es im Artikel 3, dass die Türkei die von England an Rumänien und Griechenland gegebenen Garantien zur Kenntnis nähme und sich diesen Garantien anschliesse. Dieser Anschluss verpflichtete die Türkei, die schon durch den Balkanpakt mit Rumänien verbündet war,

¹⁾ Diesen Gesichtspunkt hatte Marschall Göring im April 1939 bei meinem Besuch in Berlin hervorgehoben, als er die Westmächte anschuldigte, sie wollten durch ihre Garantie nur Unruhe auf dem Balkan erzeugen, ohne doch den Balkanstaaten im Ernstfall wirksame Unterstützung geben zu können. «Haben Sie sich gefragt», sagte der Marschall zu mir, «auf welchem Wege der britische Beistand im Kriegsfall zu Ihnen gelangen könnte?» Ich antwortete, dass ich darüber niemals nachgedacht hätte. Und als Göring über eine solche Antwort sprachlos schien, erklärte ich mich deutlicher: «Warum hätte ich mir darüber Sorgen machen sollen? Wenn die Russen uns angreifen, so weiss ich, dass Sie bereit sind – Sie haben es mir übrigens eben versichert – uns zu verteidigen. Wenn die Ungarn gegen uns marschieren, dann genügen unsere eigenen Kräfte reichlich. Wer sollte uns also angreifen?» Der Marschall lächelte und sah sich gezwungen zuzugeben, dass ich vielleicht recht hätte.

nicht nur, den Engländern und Franzosen Beistand zu gewähren, wenn sie Rumänien zu Hilfe kämen, sondern auch, die Meerengen zu öffnen, um Grossbritannien zu ermöglichen, über das Meer Hilfe zu bringen. Dieser Punkt befand sich übrigens in vollständiger Übereinstimmung mit dem Abkommen von Montreux und mit dem Artikel XIX des Völkerbündspaktes. Zu gleicher Zeit ermutigte England die Staaten der Balkanentente, sich enger zusammenzuschliessen und sich mit Bulgarien zu verständigen, um ein einheitliches und wirksames Verteidigungssystem zu errichten.

Hätte diese Politik Erfolg gehabt, so wäre sie in der Praxis zu einem Verteidigungssystem gelangt, welches dem entsprach, was ehemals das türkische Reich dargestellt hatte: es umfasste Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland und die Türkei und reichte im Norden bis zum Dnjestr und den rumänischen Grenzen. Dieses System stützte sich ganz natürlich auf die britischen und französischen Kräfte, welche die Erben der Oberhoheit waren, die einst der Sultan in Syrien, Palästina, den arabischen Ländern und Ägypten ausgeübt hatte. Das Zentrum seines Widerstandes befand sich an den Meerengen; die vorgelagerten Stellungen, von denen die Sicherheit des ganzen Blocks abhing, waren am Dnjestr, an der Donaumündung und am Rande Siebenbürgens.

Zu dem Zeitpunkt, da die Westmächte Rumänien und Griechenland ihre Unterstützung gegeben hatten – am 15. April 1939 – schien die Sowjetunion noch der europäischen Politik der kollektiven Sicherheit zu folgen. Die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin waren gespannt: die beiden entgegengesetzten und rivalisierenden Regime hatten sich eben in Spanien bekämpft und schienen unversöhnlich. Andererseits hielt Molotow regelmässige Beziehungen zu London und Paris aufrecht; erst später sollten die englische und französische Regierung begreifen, in welchem Masse das Münchner Kompromiss die Sowjetregierung erschüttert und in ihr den Willen zu einer politischen Schwenkung und zur Umwandlung des Bündnissystems geweckt hatte. Jetzt nährten sie noch die Hoffnung, sie könnten die geeignete Formel finden, um Russland zur Verteidigung Mitteleuropas mit heranzuziehen. Sie dachten also nicht daran, ihre Garantie auf den bestimmten Fall eines Angriffs

DIE POLITIK RUMÄNIENS

von Seiten Deutschlands zu beschränken; da ihnen ein Angriff von Seiten der Sowjetunion ganz unmöglich erschien, gaben sie ihre Garantie in allgemeinen Ausdrücken, ohne Einschränkung oder Vorbehalte.

Rumänien war mit dieser Form vollständig einverstanden, denn es lag in seinem Interesse, dass die ihm gegebene Garantie einerseits keine Spitze gegen Deutschland enthielt und andererseits alle rumänischen Grenzen ohne Ausnahme deckte.

Derart auf das Interesse und die Freundschaft der Westmächte gestützt, konnte Rumänien hoffen, eine Politik des Gleichgewichts zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich aufrechtzuerhalten, deren Interessengegensätze ständig den Frieden Osteuropas bedrohten.¹⁾

III.

Nachdem die rumänische Regierung das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland unterzeichnet und die englisch-französische Garantie angenommen hatte, versuchte sie, ihre Sicherheitspolitik abzurunden, indem sie sich bemühte, zu einer Aussprache mit der Sowjetregierung zu gelangen, um ständige und friedliche Beziehungen mit der Sowjetunion herzustellen. Auch hier, wie gegenüber Deutschland, galt es, ein Missverständnis zu zerstreuen. Der Politik Titulescus war es gelungen, Rumänien und die Sowjetunion auszusöhnen, und die Sowjetregierung schien stillschweigend eingewilligt zu haben, die bessarabische Frage nicht mehr aufzuwerfen. Aber die rumänische öffentliche Meinung hatte sich über die angebliche Absicht Titulescus erregt, Rumänien im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitspolitik durch einen wechselseitigen Beistandspakt an die Sowjetunion zu binden; mit Erfolg hatten sich die

¹⁾ «Wir haben den Grundsatz, uns nicht auf eine der beiden grossen Nachbarmächte zu stützen, während wir uns gegen die andere wenden, denn wir wollen keinen Vorwand für einen Konflikt an unsern Grenzen oder auf unserem Territorium liefern. Dieser Grundsatz dient unsern Interessen, denen unserer Nachbarn und den Interessen des allgemeinen Friedens. *Ein starkes und unabhängiges Rumänien ist für die uns umgebenden Staaten eine Sicherheitsgarantie.*» (Aus einer Rede Gafencus vor dem Abgeordnetenhaus in Bukarest am 29. Juni 1939.)

KRIEG IM OSTEN

Rechtsparteien bemüht, diese Politik zum Scheitern zu bringen, und das veranlasste eine gewisse Spannung zwischen den beiden Nachbarstaaten. Die Regierung Goga (Januar bis März 1938) verschärfte diese Spannung, weniger durch bestimmte Handlungen als durch eine ideologische Haltung, die den totalitären Mächten Mitteleuropas zuneigte und dem bolschewistischen Russland eindeutig feindlich war. Der peinliche Zwischenfall, der durch das geheimnisvolle Verschwinden des russischen Geschäftsträgers in Bukarest, des Sowjetdiplomaten Butenko, hervorgerufen wurde – ein Verschwinden, welches die Moskauer Regierung den rumänischen Behörden zur Last legte, selbst als sich herausgestellt hatte, dass Butenko aus freien Stücken seinen Posten aufgegeben und die Flucht ergriffen hatte – vergiftete noch die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien. Moskau zeigte seinen Zorn, indem es den Posten des sowjetrussischen Gesandten in Bukarest unbesetzt liess.

Als gegen Ende des Jahres 1938 die Massnahmen, welche gegen die Legionärsbewegung ergriffen wurden, die deutsch-russischen Beziehungen trübten, war die Spannung zwischen Rumänien und der Sowjetunion noch immer nicht vermindert. Man musste gleichzeitig nach beiden Seiten eine Entspannung herbeizuführen suchen. Das war ein umso heikleres Unterfangen, als der Gegensatz zwischen Berlin und Moskau auf seinem Höhepunkt zu sein schien, so dass jeder Schritt, den Rumänien zu einem seiner beiden mächtigen Nachbarn machte, bei dem andern immer heftigeren Argwohn und immer grössere Nervosität erregte.¹⁾

¹⁾ Nachdem ich das Wirtschaftsabkommen mit Herrn Wolthat unterzeichnet hatte, lud mich die Reichsregierung nach Berlin ein, um zu betonen, dass sie das Missverständnis zwischen Deutschland und Rumänien als endgültig beigelegt betrachtete. Ich nahm diese Einladung an, liess aber gleichzeitig Berlin wissen, dass ich meine Reise nach Brüssel, London, Paris und Rom fortzusetzen wünschte, um in all diesen Hauptstädten Rumäniens Politik des Friedens und des Gleichgewichts klarlegen zu können. Ich beabsichtigte ganz besonders, mich über die beiden Faktoren auszusprechen, durch welche mein Land seine internationale Stellung gefestigt zu haben glaubte: das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland und die Garantien, die es von England und Frankreich empfangen hatte. Diese beiden Faktoren – von denen der eine ein Gefühl europäischer Wirtschaftssolidarität im Donaunraum und der andere den Wunsch ausdrückte, mit den Westmächten durch enge und feste Bande, die für die Ordnung und

DIE POLITIK RUMÄNIENS

Indessen bot sich im Frühjahr 1939 eine Gelegenheit, die für eine offene und zuvorkommende Aussprache zwischen der rumänischen und der Sowjetregierung günstig schien. Der stellvertretende Aussenkommissar Potemkin machte eine Reise durch den Balkan und weilte lange in Ankara. Aus den Informationen, die aus der türkischen Hauptstadt kamen, ging hervor, dass der wichtigste Mitarbeiter Litwinows nicht nur die Möglichkeit geprüft hatte, einen Beistandspakt zwischen der Türkei und der Sowjetunion abzuschliessen, sondern dass er sich auch lebhaft für die Balkanentente und für die Mittel, sie zu erweitern und zu stärken, interessierte. Herr Potemkin schien den Auftrag zu haben, die Wirkungen der Münchner Entscheidungen auf dem Balkan abzuschätzen und zu sehen, ob man nach dem Zusammenbruch des Prinzips der kollektiven Sicherheit noch auf einen gemeinsamen Widerstand der Völker Südosteuropas rechnen könne.

Nach der Türkei besuchte der sowjetrussische Politiker Rumänien und Bulgarien. Am 8. Mai 1939 war er mein Gast in Bukarest. Ich benutzte die lange und herzliche Unterredung mit ihm, um ihm von den friedlichen Anstrengungen Kenntnis zu geben, welche Rumänien machte, um alle Angriffshandlungen vom Gebiet der untern Donau abzulenken,

die Freiheit Osteuropas notwendig waren, verknüpft zu bleiben – waren im Grunde auf das gleiche Ziel gerichtet: in einer besonders kritischen Periode die Sicherheit Rumäniens, das Gleichgewicht auf dem Balkan und den allgemeinen Frieden zu stärken.

Im Verlauf eines sehr höflichen Empfanges akzeptierten die leitenden Männer des Reichs, der Führer ebenso gut wie Herr von Ribbentrop, die Erklärungen, die ich ihnen über die Politik meines Landes gab; sie machten nur eine einzige vorbeugende Einschränkung: sie bezog sich auf die Beziehungen Rumäniens zur Sowjetunion. Ich wurde in der Tat darauf hingewiesen, dass die Teilnahme Rumäniens an einem System der kollektiven Sicherheit, das auch die Sowjetunion umfasste, und der Abschluss eines wechselseitigen Beistandspaktes zwischen meinem Land und Moskau in Berlin als Versuch der Einkreisung Deutschlands aufgefasst werden würden; das Reich sei entschlossen, dagegen energisch einzuschreiten.

Ich antwortete auf der Stelle, dass Rumänien nicht beabsichtige, mit seinen beiden grossen Nachbarn, Deutschland und Russland, besondere Beistandsverpflichtungen einzugehen, denn es wolle nicht der Gegenstand ihrer Diskussionen, Drohungen und Begehrlichkeiten werden. Den gleichen Gesichtspunkt betonte ich in London und Paris, wo man zu diesem Zeitpunkt, übrigens ohne allzuviel Überzeugung, ein vollständiges Sicherheitssystem für den Osten zu entwerfen suchte.

Rumänien war fest davon überzeugt, dass eine solche Politik den Interessen der Sowjetunion diene, denn das Gebiet, dessen Integrität zu verteidigen die Rumänen entschlossen waren, deckte die russische Südgrenze gegen jede Invasionsgefahr.

Potemkin nahm meine Versicherungen mit Befriedigung zur Kenntnis und hütete sich, Fragen zu berühren, welche der vollständigen Übereinstimmung schaden konnten, die im Laufe des Gesprächs zwischen uns zustande gekommen war. Andererseits betonte er mehrfach die Notwendigkeit, die Balkanentente zu festigen, und gab seinem Bedauern Ausdruck, dass Bulgarien, wie er in Sofia feststellen musste, immer weniger geneigt schien, sich seinen Nachbarn zu nähern. Potemkin schob ausländischen Mächtschaften, welche gegen die Errichtung eines Balkanblocks waren, die Schuld dafür zu, dass Bulgarien ständig neue Gebietsforderungen erhob. Nach Potemkins Ansicht durfte man Bulgarien keinerlei politisches Zugeständnis und noch weniger ein solches territorialer Natur machen, solange es nicht den Willen bekundete, durch seinen Eintritt in die Balkanentente an der Sicherheits- und Friedenspolitik seiner Nachbarstaaten teilzunehmen.

Zur Zeit, da Potemkin diese Ausführungen machte, die ganz der Politik der kollektiven Sicherheit und des unteilbaren Friedens entsprachen, welche die Sowjets bis dahin verfolgt hatten, vollzog sich in Moskau ein unvorhergesehenes und äusserst bedeutsames Ereignis: Litwinow wurde auf dem Posten des Aussenkommissars durch Molotow ersetzt. Auch die am besten unterrichteten Personen schrieben diesem Wechsel nicht sofort die Bedeutung zu, die er in der Folge haben sollte. Potemkin selbst erklärte seinen ausländischen Gesprächspartnern, dass es sich in keiner Weise um eine politische Schwenkung handle, sondern einfach um eine neue Verteilung der Aufgaben im Schosse der Regierung. Der stellvertretende Kommissar schien so wenig eine Umwälzung der internationalen Stellungen und Abkommen zu befürchten, dass er nicht zögerte, mir zu versichern, dass «nichts die Sowjetregierung von ihrer Politik abbringen könne, die gegen jeden neuen Angriff seitens der totalitären Mächte gerichtet sei». Laut Herrn Potemkin hatte sich Molotow, sobald er das Aussenkommissariat übernahm, beeilt, die

Politik enger Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der Türkei zu billigen; ebenso würden die Verhandlungen zwischen den Türken und den Engländern zwecks Abschluss eines Beistandspaktes fortgesetzt. War das nicht ein deutliches Zeichen, dass Moskau weder seine Haltung noch seine Direktiven geändert hatte?¹⁾

Hätten die Ereignisse die Ansichten Potemkins bestätigt, so hätte unsere Unterredung genügt, um die Beziehungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion zu verbessern. Die Haltung Rumäniens, wie ich sie dem stellvertretenden Volkskommissar darlegte, konnte den Interessen der Sowjetunion nur entsprechen. Die bessarabische Frage stellte sich für die aufgeklärten Sowjetpolitiker nicht, welche *Mein Kampf* gelesen hatten, die Drohung gegen die Ukraine fürchteten und nur einen Wunsch hatten: überall, im Westen wie im Osten, im Norden und auf dem Balkan den Widerstandswillen aller Völker gegen die Gefahr der deutschen Ausdehnungsbestrebungen zu steigern. In Rumänien bestand dieser Wille. Dieses Land war sich über die Gefahr klar, die jedes Kompromiss mit dem Nationalsozialismus für seine Unabhängigkeit und seine souveränen Rechte mit sich bringen musste. Rumänien war bereit, sein Gebiet und seine Freiheit zu verteidigen. Desgleichen war es entschlossen, keinerlei fremde Einmischung zu dulden und Herr im eigenen Hause zu bleiben. Es lehnte jeglichen Akt der Herausforderung oder der

¹⁾ Potemkin war von der Kontinuität der Sowjetpolitik überzeugt. Um diese Überzeugung zu stützen, brachte er Argumente vor, die ich in meinen Aufzeichnungen festhielt und denen die späteren Ereignisse eine eigenartige Färbung gegeben haben:

«Die totalitären Mächte verbreiten das trügerische Gerücht, die Sowjetunion sei bereit, sich mit Deutschland und Italien zu verständigen. Man bedient sich, vor allem in Berlin, dieser Taktik, um ein Abkommen zwischen London, Paris und Moskau zu verhindern. Hitler selbst benutzt diese Taktik und gefällt sich darin, durchblicken zu lassen, dass es ihm im geeigneten Augenblick immer möglich wäre, die Beziehungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion enger zu gestalten, sei es auf dem Wege über Wirtschaftsverhandlungen, sei es durch Vermittlung des deutschen Generalstabs. Auch die Italiener bemühen sich, trotz ihrer der Sowjetunion so feindlichen offiziellen Erklärungen, offiziöse Beziehungen mit Moskau aufrechtzuerhalten. Aber all dies wird niemals die Politik der Sowjets ändern, welche sich nicht vor Forderungen opportunistischer Art beugt, sondern mit friedlichen Methoden ihr Ziel des allgemeinen Friedens verfolgt. . . »

KRIEG IM OSTEN

Feindschaft gegen seine Nachbarn ab und vermied es, unnütze Bindungen einzugehen, die zweideutig wirken und den Vorwand zu unangenehmen Reaktionen abgeben konnten, aber es bekundete offen seinen Willen, das geistige, politische und territoriale Erbe seines Volkes zu wahren und zu verteidigen.

Herr Potemkin, der im Verlauf seiner Reise die Politik des Friedens und des Widerstandes gegen den Angreifer zu vertreten hatte, was ja bis dahin die offizielle Politik seiner Regierung war, musste mit Befriedigung von den Absichten Rumäniens Kenntnis nehmen. Er kannte und billigte die Erklärungen, die der rumänische Aussenminister soeben öffentlich abgegeben hatte: «Wir wünschen uns ausserhalb der ideologischen Strömungen zu halten, die Europa in seiner Gesamtheit beunruhigen und bedrohen; jeden fremden Versuch, sich in unsere Angelegenheiten hineinzumischen, unser Denken zu beeinflussen, unsere Einheit und die Kraft unserer nationalen Verteidigung zu beeinträchtigen, weisen wir entschlossen zurück; mit den Waffen in der Hand werden wir unsere Grenzen und unsere Freiheiten verteidigen.» Da im Denken der Sowjetpolitiker die Furcht vor Deutschland schwerer wog als die Forderungen der kommunistischen Propaganda, enthielten diese Worte nichts, was sie stören oder ihnen missfallen konnte. Als Potemkin sich von mir verabschiedete, versicherte er mir, dass unsere Zusammenkunft viel dazu beigetragen habe, die Situation zwischen der Sowjetunion und Rumänien aufzuhellen. Die Sowjetregierung werde nicht verfehlen, binnen Kurzem einen neuen Gesandten für Bukarest zu ernennen.

IV.

In einem Punkt schienen sich die Bemühungen der Sowjetregierung und die Anstrengungen der rumänischen Regierung ganz besonders zu begegnen: in der Frage der Festigung der Balkanentente und der Sammlung aller Balkanvölker. Die sowjetrussischen Ansichten hierüber näherten sich gleichfalls der britischen Politik, wie sie sich infolge der Rumänien gegebenen Garantien entwickeln musste. Indem sich Moskau

anschickte, einen wechselseitigen Beistandspakt mit der Türkei zu unterzeichnen, war es im Begriff, sich in Ankara mit der Politik zu vereinigen, welche England verfolgte, um auf dem Balkan einen Block des Widerstandes und der Solidarität zu schaffen.

Gewiss fielen die Hoffnungen, welche die Balkanvölker auf ihre Entente gesetzt hatten, nicht ganz mit den britischen Plänen und den Absichten der Sowjets zusammen. Für diese Völker handelte es sich weniger darum, durch ihre Entente ein System der allgemeinen Sicherheit abzurunden und zu vervollkommen, als vielmehr, ein Instrument ihrer eigenen Verteidigung zu schaffen, indem sie die Kräfte jedes Einzelnen vermehrten und die Unabhängigkeit aller sicherten. Zu Beginn ihrer Entente hatte der Akzent auf dem Gedanken einer Vereinigung mit bestimmten und begrenzten Zielen gelegen; in dem Masse, in welchem der Begriff eines gemeinsamen Interesses einen weitem und tiefem Sinn annahm, verstärkte sich die Tendenz auf eine Union, auf eine höhere Einheit, in welcher jeder Staat kraftvoller und besser gesichert wäre.

Der Wirkungsbereich der Balkanentente war in ihren Anfängen sehr eng gewesen. Der ursprüngliche Zweck war, auf dem Balkan die dort errichtete Ordnung aufrechtzuerhalten, das heisst, mit den vereinten Kräften der vier verbündeten Staaten den bulgarischen Irredentismus in Schach zu halten. Niemand hatte gewagt, die Entente gegen äussere Gefahren zu richten. Indessen fehlte es nicht an Bestrebungen, den wechselseitigen Verpflichtungen des Paktes der Balkanentente eine grössere Tragweite und genauere Formen zu geben. Auf einer der ersten Konferenzen, welche die Balkanentente in Ankara vereinigte, hatte Kemal Atatürk erklärt, die Union der Balkanvölker sei ein Ideal, das zu allen Zeiten die Völker der Balkanhalbinsel angezogen habe. «Ich bin sicher», hatte der erste Präsident der türkischen Republik gesagt, «dass wir eines Tages eine vollkommene Form erreichen werden, die erst wenige sich heute vorzustellen wagen. Diese Zukunft ist nicht so fern, und ich denke, dass es uns selbst möglich sein wird, sie zu erleben. Vor allem aber werden diejenigen, die vollen Nutzen aus ihr ziehen werden, Ursache haben, sich ihrer zu erfreuen.» Der grosse Staatsmann, der mit heroischer Entschlossenheit der Fata Morgana des alten türkischen Reiches

KRIEG IM OSTEN

ein Ende gemacht hatte, indem er die Türkei in ihren streng nationalen Grenzen wiedererrichtete, sah in seiner schöpferischen Phantasie die ehemals durch Byzanz oder die Sultane von Istanbul zusammengefassten Völker sich von Neuem vereinigen und durch ihre eigene freie Zustimmung eine Macht bilden wie jene, die ehemals den Nahen Osten beherrscht und verteidigt hatte.

Die Entwicklung der Balkanentente zu einem solchen Ideal konnte naturgemäss nur langsam und mühevoll sein. Die Vereinigung der vier Staaten entwickelte sich nur mit Schwierigkeiten im ausgetretenen Geleise der periodischen Konferenzen mit ihren Banketten, ihren Sitzungen und der üblichen Flut bedruckten Papiers. Erst allmählich erhob sie sich zu einer klareren Vorstellung von der Ausdehnung der gemeinsamen Aufgabe, welche sie erwartete. In den beunruhigenden Stunden indessen, welche die europäische Krise ankündigten, hatten die Balkanregierungen ein Vorgefühl von dem, was ihre Union sein sollte. Wenn die Abkommen mit den Grossmächten in einem gewissen Masse die drohenden Gefahren von ihren Ländern ablenken konnten, so vermochte doch allein die Unterstützung des Nachbarn, mit welchem sie die gleichen Befürchtungen, die gleichen Ängste und die gleichen Hoffnungen teilten, auf einfache, unmittelbare und natürliche Art den Wert und das Gewicht ihrer Widerstandskraft zu steigern. Die vier Staaten der Balkanentente beschlossen also, «einig zu bleiben und gemeinsam über die Erhaltung des Rechtes, der Unabhängigkeit und des nationalen Territoriums jedes Einzelnen zu wachen». ¹⁾

Der Kontakt zwischen den Aussenministern der vier Länder war während des Jahres 1939 und in den ersten Monaten des Jahres 1940 fast ständig: am 1. Februar 1939 stattete der rumänische Aussenminister, der gleichzeitig der Präsident des Ständigen Rates der Balkanentente war, seinem Belgrader Kollegen einen Besuch ab; am 19. Februar trat die Konferenz des Ständigen Rates in Bukarest zusammen; am 9. April traf sich der rumänische Minister mit seinem türkischen Kollegen in Istanbul; am 10. Juni besuchte er Ankara, am 15. Juni Athen. Im Laufe

¹⁾ Communiqué der Belgrader Konferenz vom 4. Februar 1940.

des Mai, des August und des September gab es an der Donau mehrere Zusammenkünfte zwischen dem rumänischen Aussenminister und seinem jugoslawischen Kollegen. Am 4. Februar 1940 schliesslich vereinigten sich die vier Minister erneut in Belgrad zu einer Konferenz. Auf der Rückreise stattete der türkische Aussenminister der bulgarischen Regierung einen Besuch ab.

Diese Begegnungen hatten das Gefühl der Solidarität unter den Balkanpolitikern entwickelt. Sie hatten erkannt, dass die Entente – die entstanden war, weil die vier Staaten das Bedürfnis empfanden, gewisse Probleme ihrer Sicherheit gemeinsam zu regeln – den Keim zu grösseren Möglichkeiten in sich trug. Zwischen diesen Staaten hatte sich eine Interessen- und Gefühlsgemeinschaft herausgebildet, die über die schriftlichen Verpflichtungen hinausging: die Entente vertrat eine Region mit ihren Interessen und Bestrebungen und den bedeutungsvollen Versuch, eine regionale Ordnung zu errichten, die für die allgemeine Ordnung und das europäische Gleichgewicht notwendig war.

Es konnte nicht die Rede davon sein, in einem Augenblick der europäischen Krise die juristischen Grundlagen der Balkanentente umzuformen oder zu versuchen, jene «Union» zu schaffen, von der Kemal Atatürk gesprochen hatte. Man konnte aber zumindest hoffen, dass die immer aktivere Zusammenarbeit und der Geist der Solidarität, der sich zwischen den Balkanstaaten entwickelte, in der Stunde der Gefahr die Errichtung einer gemeinsamen Widerstandsfront erlauben würden.

Auch eine solche Hoffnung stiess natürlich auf mancherlei Schwierigkeiten. Es war nicht leicht, Länder, deren Verbindung nicht organisch war, sondern von wechselseitigen juristischen Pakten und Verpflichtungen abhing, zur Tatgemeinschaft zu bringen. Wie der Völkerbund so hatte auch die Balkanentente nicht von vornherein gemeinsame Organe herausgebildet, die im Namen aller entscheiden und handeln konnten. Die Vorsicht und der nationale Egoismus jedes Staates, die Überzeugung, dass man mit ein wenig Geschicklichkeit der Gefahr entgehen könne, welche die Nachbarn bedrohte, die Furcht, seine Kräfte für eine Sache zu erschöpfen, welche ihn nicht direkt betraf, und sich in der Stunde, in der das Unglück an die Tür klopfte, waffenlos zu sehen –

all diese Gründe mussten die Herausbildung eines gemeinsamen Widerstandes verhängnisvoll behindern. Dazu kam, dass die Balkanentente – ganz wie das Europa Genfs – in ihrem geographischen Mittelpunkt einen Hohlraum, eine Leere besass, wo sich Kräfte bildeten, die ihren Tendenzen und Interessen entgegengesetzt waren. Bulgarien verschloss sich dem Drängen seiner Nachbarn und weigerte sich, ihrem Bunde beizutreten. Es erhielt seine Forderungen aufrecht und liess den Anreizungen, die von aussen kamen, ein aufmerksames Ohr. Die Vorsicht, die Berechnung und der Kleinmut der Berater des jugoslawischen Regenten Prinz Paul waren ebenso wenig geeignet, die Vorbereitung einer gemeinsamen Front zu begünstigen. Unter dem vereinten Druck Deutschlands und Italiens und durch das Andrängen des ungarischen und bulgarischen Revisionismus war die jugoslawische Regierung wie gelähmt, und ihre furchtsame Politik musste die Energien abstumpfen, alle Initiativen bremsen und die Entscheidungen der Balkan-Verbündeten hinausschieben. Schliesslich trugen auch die Auswirkungen der europäischen Krise und das aktive Spiel der Achse, die ein geduldiger und entschlossener Gegner jeder Zusammenarbeit auf dem Balkan war, reichlich dazu bei, die Politik der Entente zu durchkreuzen.

Aber die internationale Lage der ersten sechs Monate des Jahres 1939 – jener Epoche, in der sich noch kein schwerwiegender Bruch des Gleichgewichts vollzogen hatte – liess den Anhängern der Balkansolidarität die Hoffnung, dass sie mit allen Schwierigkeiten fertig werden könnten.

Die Garantien, welche England und Frankreich Rumänien und Griechenland gegeben hatten, die fortgesetzten Verhandlungen der beiden Westmächte über einen Beistandspakt mit der Türkei und die ganz natürliche Verknüpfung dieser verschiedenen Bemühungen ermutigten die Balkanstaaten und bestärkten sie darin, das Problem ihrer gemeinsamen Sicherheit genau zu prüfen. Die Politik der Sowjets schien, nach den Ausführungen Litwinows und Potemkins, der Entwicklung der Balkanentente im Sinne einer vollkommneren Union ebenfalls günstig zu sein. Was die Achse betraf, so war es trotz der Manöver der deutschen Diplomatie und der italienischen Pressecampagnen wenig wahrscheinlich, dass

DIE POLITIK RUMÄNIENS

sie versuchen würde, die Entwicklung der Solidarität auf dem Balkan mit Gewalt zu verhindern. Welches Interesse hätten die Regierungen in Berlin und Rom daran gehabt, eine ihnen feindliche Balkanfront zu schaffen, die Moskau ermutigt hätte, und der England und Frankreich mit ihrer Armee in Syrien und ihren Flotten im östlichen Mittelmeer zu Hilfe gekommen wären? Übrigens bewiesen die ausgezeichneten Beziehungen, welche die Achse mit Jugoslawien unterhielt, und das Wirtschaftsabkommen, welches Deutschland soeben mit Rumänien geschlossen hatte, dass die Mittelmächte sich nicht darauf vorbereiteten, den Balkan anzugreifen. Das Abkommen mit Rumänien und die jugoslawische Freundschaft garantierten anderseits der Achse, dass die Staaten der Balkanentente keine feindlichen Absichten gegen sie hegten und keinesfalls geneigt waren, sich zum Instrument einer Politik des Angriffs oder der Einkreisung gegen Deutschland oder Italien machen zu lassen.

Seit Anfang 1939 hatte Rumänien das Präsidium der Balkanentente inne. Es war seine Aufgabe und seine Pflicht, den Gedanken der Sicherheit auf dem Balkan, wofür man die mittelbare Unterstützung durch die Politik der Garantie und des Beistandes seitens Englands und Frankreichs nicht entbehren konnte, mit dem Gedanken der Unabhängigkeit des Balkans in Einklang zu bringen, den man Deutschland gegenüber betonen musste, um sein Misstrauen zu entwerfen und ihm jeden Vorwand zum Eingreifen zu nehmen. Eine solche Anstrengung war auch notwendig, um die Entente so einig wie möglich zu erhalten und Jugoslawien, welches den Ratschlägen und Warnungen der Mittelmächte so zugänglich war, daran zu hindern, sich von seinen Verbündeten zu entfernen – besonders von Griechenland und der Türkei, welche sich dank der britischen Ermutigung einem ausgedehnteren und allgemeineren Beistandssystem zugewandt hatten.

Die rumänische Regierung widmete sich voller Überzeugung dieser Aufgabe, die vollständig ihren politischen Ansichten und Plänen entsprach. Deutschland beruhigen, indem man im Namen einer richtig verstandenen europäischen Solidarität seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen entgegenkam – aus den guten Absichten Sowjetrusslands Vorteil

KRIEG IM OSTEN

ziehen – mit den Westmächten freundschaftliche und vertrauensvolle Fühlung halten, indem man sie verpflichtete, im Osten eine Rolle zu spielen, wie sie der allgemeine Frieden und das europäische Gleichgewicht erforderten – schliesslich die normale Entwicklung einer solidarischen und unabhängigen Balkanentente beschleunigen: war das nicht das beste Mittel, den Frieden zu retten oder mindestens die Gefahr einer Umwälzung auf dem Balkan einzudämmen?

Ich wollte mich über die Politik, welche Rumänien in der Hoffnung verfolgt, damit zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen zu können, mit den Staatsmännern der wichtigsten europäischen Mächte direkt aussprechen. Zu diesem Zweck besuchte ich im Frühjahr 1939 die westlichen Hauptstädte: Berlin, Brüssel, London, Paris, Rom und Belgrad. Zu dem gleichen Zweck unternahm ich im Juni eine Reise nach Ankara und Athen.

Ich hatte den Eindruck, überall volles Verständnis für die friedlichen Bemühungen meines Landes zu finden – wenigstens so weit, wie man das in einer Zeit glauben konnte, in der die Gemüter durch die Ahnung vom unerbittlich heraufziehenden Wirbelsturm schon tief beunruhigt waren. Ganz besonders bei den hervorragenden Staatsmännern, deren Konferenzen im Schosse der Balkanentente ich zu präsidieren zeitweise die Ehre hatte – bei dem griechischen Regierungschef Metaxas und dem türkischen Aussenminister Saradschoglu – fand ich klare Auffassungen und entschlossenste Unterstützung, um eine gemeinsame Aktion zustande zu bringen.

Aber die Hoffnungen, welche dieser Meinungs austausch in Rumänien erweckt hatte, sollten nicht lange währen. Ein Ereignis sollte brüsk die Voraussetzungen der politischen Lage in Europa verändern und jede Initiative, jede Möglichkeit zum Handeln in den Ländern zwischen den Achsenmächten und der Sowjetunion lahmlegen. Das Moskauer Abkommen bezeichnete ein verhängnisvolles Datum in der Geschichte der Länder des Ostens und Südostens.

Zwölftes Kapitel

DAS MOSKAUER ABKOMMEN UND DIE ORIENTALISCHE FRAGE

Die Analogie zwischen dem Moskauer Abkommen und der ersten Teilung Polens: Wiederaufleben der orientalischen Frage. – Die Sowjetunion ändert ihre Politik an der Donau und auf dem Balkan. – Rumänien fühlt sich bedroht; neue Haltung der deutschen Diplomatie: Saradschoglu reist nach Moskau (Oktober 1939).

I.

Das Moskauer Abkommen vom 21. August 1939 veränderte alle Positionen in Europa von Grund auf.

Der Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, den Ribbentrop mit Molotow unterzeichnete, hatte die orientalische Frage neubelebt.

«Seit es Türken in Europa gab», sagt Albert Sorel, «gab es eine orientalische Frage, und seit Russland eine europäische Macht war, erhob es den Anspruch, diese Frage zu seinem Vorteil zu lösen. Um eine europäische Macht zu werden, musste es einen Ausgleich mit Preussen finden; um die orientalische Frage zu lösen, musste es auf Österreich Rücksicht nehmen.»¹⁾

Die erste dieser Behauptungen ist anfechtbar. Muss man nicht zutreffender sagen, dass die Anwesenheit der Türken in Europa die orientalische Frage – in dem bestimmten Sinne, den man diesem Begriff im 18. und 19. Jahrhundert gab – erst indem Augenblick hervorrief, in welchem die Schwächung des ottomanischen Reiches Europa zum Einschreiten

¹⁾ ALBERT SOREL: «*La question d'Orient au XVIIIe siècle*».

zwang, um die Türkei zu unterstützen und den Vorstoss der Russen gegen die Donau, die Meerengen und das Mittelmeer aufzuhalten?

Hingegen enthält die zweite Behauptung Albert Sorels eine historische Wahrheit, die in unsern Tagen eine ganz besondere Resonanz gewinnt. Die Allianz mit Preussen, eine Allianz, deren wichtigstes Ergebnis die Teilung Polens war, trug in entscheidendem Masse dazu bei, aus Russland eine europäische Macht werden zu lassen. Russland nutzte das Anwachsen seiner Kraft und seines Prestiges aus, um die Ansprüche, die es in südlicher Richtung zu erheben hatte, geltend zu machen; auf diesem Wege stiess es dann auf Österreich, dessen Interessen und Ambitionen auf die Donau und den Nahen Osten gerichtet waren.

Das Russland Stalins folgte in unseren Tagen jenem Rhythmus der europäischen Geschichte, den einst das Reich der Zaren eingeschlagen hatte. Das Dritte Reich, das Preussens Erbe angetreten hatte, öffnete durch das Moskauer Abkommen Russland die Tore Europas. Friedrich der Grosse hatte fast zehn Jahre gebraucht, um mit List und allerhand dunklen Machenschaften die Teilung Polens zustande zu bringen; Hitler brauchte dazu nur ein paar Tage. Dem Russland der Sowjets wurde nahegelegt, sich bis zum Bug auszudehnen. Ein Blitz-Abkommen verbündete es mit Berlin; seine «Rechte» auf die baltischen Staaten und auf Bessarabien wurden anerkannt. Aber als Sowjetrussland, kraftgeschwellt durch seinen ersten Erfolg, seine Blicke nach Süden richtete, da sollte es wiederum auf das Dritte Reich stossen, das diesmal als Erbe des Reichs der Habsburger auftrat.

Das Doppelgesicht des Reichs zeigte Russland gleichzeitig das Bild eines Verbündeten und das eines Rivalen, der seine Ansprüche aufstachelte und ihm half, den Faden der russischen Geschichte wieder aufzunehmen – aber um es in die tiefste Verwirrung zu stossen und in die schwerste Gefahr zu bringen, von der jemals seine europäischen Positionen und sein Dasein selbst bedroht gewesen waren. Ganz Osteuropa spürte die Auswirkungen dieser Erfahrung, welche Sowjetrussland auf seine Kosten machte.

In Brest-Litowsk hatte sich Russland bemüht, die Revolution zu retten. Seitdem hatte es versucht, einen Sowjetstaat zu errichten und zu

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

organisieren. Die Staatsidee gewann die Oberhand über die Idee der Revolution: sie umschloss das Vaterlandsgefühl, die Verbundenheit mit dem Territorium und den Willen, die Grenzen zu festigen. Russland verfolgte eine defensive und konservative Politik, die sich an die friedlichen Bemühungen Europas in Genf anschloss und alle seine Nachbarn beruhigte. Die Furcht, die ihm Hitlerdeutschland einflösste, der heftige Gegensatz zwischen den beiden Revolutionen, die eindeutige Bedrohung russischer Gebiete in *Mein Kampf* – all dies schien Russland noch mehr an die Politik des Friedens und der kollektiven Sicherheit binden zu müssen.

Aber das Münchner Abkommen und die Vernichtung der Tschechoslowakei erschütterten das Vertrauen der Sowjetregierung in die Zuverlässigkeit der Westmächte und in die Friedenspolitik. Das Reich nutzte geschickt diese Augenblicke des Zweifels und der Unruhe, um sich in Moskau Gehör zu verschaffen: es gab Zusicherungen und bot seine Freundschaft an. Es tat mehr: noch glomm die Flamme der alten imperialistischen Bestrebungen unter der Asche. Durch verführerische Angebote fachte es sie wieder an. Stalin war gerade im Begriff, ein neues Reich auf alten Grundlagen zu errichten. Jeder äussere Zwang störte diesen schöpferischen Geist, der, wie seine grossen Vorgänger, grosse Ambitionen hegte und nur widerwillig den Skrupeln, Beschränkungen und Verpflichtungen der Politik der europäischen Sicherheit nachgab. Deutschlands Vorschlag bot ihm gleichzeitig wirtschaftliche und technische Mittel, um sein Werk besser zu vollenden, und politische Möglichkeiten, es zu erweitern. Es sprach zu ihm von Teilung und zeigte ihm die beste Art, sich über Skrupel hinwegzusetzen und Hindernisse niederzureissen. Eine solche Sprache gefiel ihm. Mehr noch als die Sprache schätzte Stalin die «Bewegung» der deutschen Politik. Diese Bewegung entsprach seiner eigenen Dynamik und den Impulsen, die er seinem schöpferischen und organisatorischen Werk zu geben bemüht war. Wenn er (statt das deutsche Expansionsstreben zu zügeln oder sich unklug seinem Druck auszusetzen) durch eine geschickte Politik am Vormarsch des Hitlerreiches teilzunehmen vermochte, um es von seiner ursprünglichen Richtung abzulenken und aus den Umwälzungen, die es hervorrief, Nutzen zu ziehen – würde es ihm dann nicht gelingen,

KRIEG IM OSTEN

seinem Reich eine bisher noch nie gekannte Sicherheit zu geben und gleichzeitig Grenzen, nach denen es seit Jahrhunderten strebte? Die Ausdehnung nach Westen, der Vorstoss zu offenen Meeren, zur Ostsee und zu den Dardanellen, das war eine politische Bestimmung, auf die der Bolschewismus in Brest-Litowsk zeitweise verzichtet, die aber Russland seinerseits nie aufgegeben hatte. War es nicht natürlich, dass Russland in dem Augenblick, in dem es aus der Vergessenheit wieder empor-tauchte, in die es durch die revolutionären Unruhen gestürzt worden war, trotz seinem neuen sowjetischen Gesicht seine alten imperialistischen Bestrebungen und sogar seine alten politischen Methoden wieder aufnahm? «Man kann Russland Vorwürfe jeder Art machen», hat der russische Geschichtsschreiber Martens gesagt, «nur nicht den, in seiner Politik nicht folgerichtig zu sein.»

Die Kontinuität der russischen Politik bestätigte sich über die Revolution hinaus. Um sein Reich in Europa aufzurichten und zu festigen, um es näher an den Westen heranzubringen und um ihm den Zugang zum Meer und «europäische» Grenzen zu sichern, sollte sich Stalin desselben Vorgehens bedienen wie die Kaiserin Katharina. Er sollte die Vorschläge Deutschlands annehmen, so wie sich die Zarin durch die Vorschläge des Königs von Preussen hatte reizen lassen. «Alles, was Russland von den andern Mächten entfernte, näherte es Preussen. Wie Russland war Preussen ein Neuling auf der grossen Bühne der Welt, es musste seine Zukunft erst zimmern, und Katharina fühlte, dass da grosse Mittel und grosse Pläne waren.»¹⁾ Lag nicht darin auch das Geheimnis der Anziehungskraft, die das Dritte Reich auf die Sowjetunion ausübte? Den Sowjetstaat, der in vollem Wachstum war, trennte im Grunde alles von den Westmächten, die in ihren Überlieferungen und in ihrer rein konservativen Politik der Sicherheit und der unbeweglichen Ordnung erstarrt waren. Alles dagegen zog es zum Dritten Reich hin, das ganz wie Russland selbst revolutionär war und ein Neuling auf der grossen Bühne der Welt. Sie hatten, der eine wie der andere, ihre Zukunft erst zu zimmern. Sie konnten aus den gleichen Umwälzungen Nutzen ziehen.

*) ALBERT SOREL: «*La question d'Orient au XVIIIe siècle*».

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

Und Stalin spürte bei Hitler, so wie Katharina es beim König von Preussen gespürt hatte, «grosse Mittel und grosse Pläne».

Deutschland seinerseits sollte die Geste von 1772 wiederholen, auf Grund einer Berechnung, die weder besser noch schlimmer war als die damalige. «Preussen und Österreich hatten das gleiche Interesse, Russland von Europa fernzuhalten: aber sie riefen es herbei. Indem sie das taten, schufen sie sich einen Rivalen. Die Notwendigkeiten ihrer Politik erforderten, dass dieser Rivale ihr Verbündeter wurde, dass Preussen den Russen den Weg nach Europa öffnete und dass Österreich ihnen den Weg nach Konstantinopel ebnete.»¹⁾ Friedrich hatte die offensichtlichen Gefahren dieser Politik akzeptiert, um in Polen und im polnischen Preussen das grosse Stück an sich reissen zu können, nach dem ihn gelüstete. Das Risiko Russlands war wohl weniger sichtbar, aber darum nicht weniger vorhanden. «Anfangs schien Russland bei diesem Geschäft alles gewonnen zu haben. Aber man beachte die schrecklichen Wirren, in die es durch die Teilungen Polens gestürzt wurde! Gewiss, es war Europa näher gekommen und hatte das Schwarze Meer erreicht, aber statt eines schwachen und abhängigen Staates sah es jetzt an seinen Grenzen ein gewaltiges Reich, das ihm in seinen türkischen und asiatischen Unternehmen unaufhörlich die grössten Schwierigkeiten bereitete.»²⁾ Glaubt man da nicht, ein Urteil (und zwar das allerzutreffendste!) über die Bedeutung und die Ergebnisse des jüngsten Moskauer Abkommens zu hören?

Die polnischen Angelegenheiten waren in den Plänen der Zaren mit der orientalischen Frage verbunden. Sorel bemerkt sehr klug, dass «die orientalische Politik Russlands sich wunderbar mit seiner europäischen Politik verband. Die eine Politik stützte die andere; durch die Teilung Polens gewann Russland nicht nur wertvolle Gebiete, die sich zum Herzen Europas erstreckten, sondern auch Freunde und Helfer, die bereit waren, die Augen zu schliessen und unter der Hand die Verwirklichung seiner gen Süden gerichteten Eroberungspläne zu begünstigen». Katharina die Grosse täuschte sich nicht: in ihren Augen war die histo-

*) *) ALBERT SOREL: «*La question d'Orient au XVIIIe siècle*».

KRIEG IM OSTEN

rische Sendung der Zaren «die Eroberung Polens, welche die Wege zur europäischen Zivilisation öffnete, und die Eroberung der Häfen des Schwarzen Meeres, welche den Weg zu jenem Reich von Byzanz bahnte, dessen Grösse zu erneuern der Glaube des Volkes und die Spekulationen der Politiker das Heilige Russland beriefen».¹⁾

Das bedeutsame Kapitel der deutsch-russischen Beziehungen zu Ende des 18. Jahrhunderts, über das Albert Sorel so ausgezeichnet geschrieben hat, beleuchtet die enge Beziehung, welche zwischen der Westpolitik des Zarenreichs und seinen Bestrebungen in Südosteuropa bestand: dem Abschluss des Dreibundes zur Teilung Polens folgte kaum zwei Jahre später der Vertrag von Kainardschi, der Russland das Recht sicherte, «seine zivilisatorische Mission» im Orient zu erfüllen und in die inneren Angelegenheiten des ottomanischen Reichs einzugreifen.

Es ist bemerkenswert, dass der erste Anstoss zu dieser für die imperialistischen Träume des jungen Russland so günstigen Umwälzung aus dem Westen kommen sollte. Es war der König von Preussen, der den Umsturz der europäischen Ordnung, die Verletzung des Völkerrechts und die Teilung der Zwischenstaaten anregte. Er sprach von Polen und der Türkei, und er bot den russischen Ansprüchen die Möglichkeit, Gestalt anzunehmen und sich untereinander zu verknüpfen. Er war es insbesondere, der die europäische Schranke vor dem Drang des Zarenreichs hochgehen liess – jene Schranke, die Russland von sich aus nie überschritt, es sei denn, eine Stimme aus dem Innern Europas hätte ihm diese Idee nahegelegt. Friedrich machte sich keineswegs Illusionen über die Gefahren, die solche Ermutigung in sich schloss: der König war wegen der russischen Fortschritte ebenso besorgt, wie es später Napoleon sein sollte. «Russland ist eine schreckliche Macht», schrieb der König von Preussen an seinen Bruder, den Prinzen Heinrich: «... in einem halben Jahrhundert wird es ganz Europa erzittern lassen. Es stammt von jenen Hunnen und Gepiden, die das Reich des Orients zerstörten; binnen Kurzem könnte es wohl das Reich des Okzidents angreifen und den Österreichern Kummer bereiten; vielleicht

¹⁾ ALBERT SOREL: «*La question d'Orient au XVIIIe siècle*».

werden sie es dann bereuen, dass sie durch ihre falsche Politik diese barbarische Nation nach Deutschland riefen und sie die Kriegskunst lehrten . . . Ich sehe dagegen kein anderes Heilmittel als das, mit der Zeit eine Liga der grössten Souveräne zu bilden, um diesem schrecklichen reissenden Strom Einhalt zu gebieten.» Aber da Friedrich den Strom nicht aufhalten konnte, so zögerte er nicht, wie Albert Sorel bemerkt, seine Kraft zum grössten Nutzen der preussischen Monarchie auszubuten. Um Russland für seinen Plan der Teilung Polens zu gewinnen, verwendete er die zugkräftigsten Argumente: «Der Nutzen dieser Teilung» – so liess er Katharina die Grosse wissen – «besteht darin, dass Russland ruhig seinen Krieg gegen die Türken fortsetzen kann, ohne befürchten zu müssen, es könnte in seinen Unternehmen durch einen Ablenkungsangriff aufgehalten werden, zu dem Österreich sich veranlasst sehen könnte.» Um aber nicht zu viel Verantwortung auf sich zu nehmen, liess er seine Sache durch eine erdichtete Figur vortragen, der er den Namen eines Grafen von Lynar gab und die geniale Idee zuschrieb, «alle Interessen der Fürsten zugunsten Russlands zu vereinigen, um den europäischen Angelegenheiten mit einem Schlage ein anderes Aussehen zu geben». Man musste veranlassen, «dass Russland dem Wiener Hof für seinen Beistand gegen die Türken die Stadt Lemberg anbiete, dass es Preussen das polnische Preussen mit Ermland und das Schutzrecht über Danzig gebe, und dass Russland sich selbst jenen Teil Polens angliedere, der ihm zusage; dann werde es zwischen Österreich und Preussen keine Eifersucht mehr geben, so dass sie beide um die Wette Russlands gegen die Türken zu Hilfe kommen würden».

Teilung und Zusammenarbeit – der ganze Plan des Herrn von Ribbentrop steckte bereits in dem des Grafen von Lynar.

Der Funke, der aus Berlin kam, begann die Phantasie der Russen zu entflammen. «Es würde sich nicht lohnen», sagte der kluge Panin, Berater der Kaiserin von Russland, zu Solms, dem Gesandten des Königs von Preussen, «drei so gewaltige Mächte lediglich zu dem Zweck zu einigen, um die Türken über den Dnjestr zu werfen; wenn diese Einigung zustande käme, so dürfte sie sich kein geringeres Ziel setzen als das, die Türken aus Europa und aus einem grossen Teil Asiens zu ver-

jagen.» Die Russen hatten vollauf die Verbindung gewürdigt, die der König von Preussen zwischen der Teilung im Osten und der Zusammenarbeit im Süden herstellte: in ihrem Geist wog die zweite Tendenz schwerer, und sie bestimmte ihre Politik.

Die gleiche Erscheinung wiederholte sich in Tilsit: der Kaiser des Westens enthüllte dem jungen Reich des Ostens dessen eigene Ambitionen: er gab ihnen feste Umriss, verband sie untereinander, peitschte sie auf und bot ihnen die Möglichkeit der Verwirklichung. Der Plan der Teilung war nur auf einige Provinzen beschränkt. Aber der Plan zur Zusammenarbeit im Süden ging weit über das genaue Abkommen hinaus, welches über die europäische Politik getroffen worden war. Die Botschafter Napoleons bemühten sich in der Folgezeit, die Begierde des Zaren Alexander anzufachen und seinem grossen Traum von der Eroberung und Teilung des ottomanischen Reichs immer neue Nahrung zuzuführen. Erst die Atmosphäre der rauhen Wirklichkeit, die in Erfurt herrschte, und das Misstrauen, das der Ehrgeiz Napoleons im Herzen Alexanders geweckt hatte, bestimmten den Zaren, seinen orientalischen Ansprüchen einen Dämpfer aufzusetzen. Die geplante Zusammenarbeit hatte in einem solchen Masse dazu beigetragen, die Welt umzustürzen, dass ihr Scheitern in einen blutigen Konflikt zwischen den beiden Partnern ausmünden musste.

Aus diesen geschichtlichen Vorbildern sind zwei wichtige Lehren zu ziehen:

1. *Jedes Mal, wenn europäische Mächte, die im Gegensatz zu Russland standen oder mit ihm rivalisierten, ihre Zuflucht dazu nehmen mussten, seine Hilfe anzurufen, hatten sie einen Preis geboten und bezahlt, der eine bestimmte und sofortige Teilung von Gebieten und Einflusszonen in Europa in sich schloss; und darüber hinaus hatten sie ihm mehr oder minder formelle Versprechungen über eine Zusammenarbeit im Nahen Osten gemacht.*

2. *Die zwischen diesen beiden fremden Welten gelegenen Länder, die den Gegenstand solcher weitgehender Abmachungen bilden konnten, hatten stets mit ihrer Unabhängigkeit, mit einem Teil ihres Gebietes oder mit ihrer Handlungsfreiheit für ein Abkommen zahlen müssen, das die Ordnung und das Gleichgewicht in Europa umstürzte.*

Diese Lehren mussten bei den Politikern der Nachbarländer die berechtigtesten Befürchtungen wecken, als die Sowjetunion und das Dritte Reich, die bis dahin geschworene Gegner gewesen waren, ganz plötzlich ihre Interessen und ihre Zukunftspläne in Einklang brachten.

II.

Ich erinnere mich nicht, jemals eine schlechtere Nacht verbracht zu haben als jene, in der mir die Nachricht von der Reise Ribbentrops nach Moskau übermittelt worden war. Es war klar, dass die Sowjetunion und das Reich einen so plötzlichen Wechsel nur auf Kosten einiger grosser allgemeiner Interessen und zahlreicher Sonderinteressen hatten vollziehen können.

Das erste allgemeine Interesse, das durch den deutsch-russischen Nichtangriffspakt geopfert schien, war das des Friedens. Indem die Sowjetunion dem Reich gegenüber eine formelle Nichtangriffs-Verpflichtung einging, löste sie sich von ihrer Genfer Politik und gab Deutschland in Polen und im Westen freie Hand: das war eindeutig der Krieg. Es war zugleich der Umsturz der Verhältnisse auf dem Balkan. Sobald Russland nicht mehr gegen die Drohung des deutschen Expansionsstrebens wirkte, wurde es seinerseits bedrohlich. Der Nichtangriffspakt, der Russland zur Untätigkeit gegenüber Deutschland verpflichtete, musste ihm die Möglichkeit offenhalten, in andern Richtungen zu handeln. Es war klar, dass das Kompromiss eine Teilung vorsah: eine Teilung von Einflusszonen oder sogar von Gebieten.

Ministerpräsident Armand Calinescu, welcher die festeste Stütze der Politik war, die ich zu verfolgen strebte, teilte meine Angst. Seine Aufzeichnungen, die man nach seinem Tode aufgefunden hat, enthielten unter dem Datum des 21. August 1939 folgende Bemerkungen: «Theatercoup eines deutsch-russischen Abkommens. Ich halte die Lage für sehr ernst. Haben sie sich verständigt, um sich Polen und Rumänien zu teilen?»

Über das Schicksal Polens sollten wir bald Gewissheit haben. Anfang

September eröffneten die Deutschen den Krieg. Zwei Wochen später war der polnische Widerstand gebrochen. Am 17. September drangen die Russen in Polen ein. Ohne Zweifel war im Moskauer Abkommen die Besetzung eines grossen Teiles Polens durch die Sowjetunion vorgesehen gewesen.

Der Krieg zwischen dem Reich und Polen, der sich sofort auf den Westen ausdehnen musste, zwang Rumänien nicht zum Eingreifen. Die gegenseitigen polnisch-russischen Abmachungen enthielten nicht die Pflicht zum Beistand im Falle eines aus dem Westen kommenden Angriffs. Die Drohung, welche das Moskauer Abkommen auf ganz Osteuropa ausübte, zwang übrigens Rumänien, welches auch seine Gefühle und Tendenzen sein mochten, in vorsichtiger Zurückhaltung und strikter Neutralität zu verharren.

Das Eingreifen Russlands hingegen warf ein Problem auf, das für Rumänien tragisch werden konnte: dieser Fall betraf unmittelbar die polnisch-rumänische Allianz. Wir hatten diese Allianz geschlossen, um uns gegen Osten zu verteidigen; sie verpflichtete uns, für den Verbündeten in jenem Augenblick Partei zu ergreifen, wo er im Begriff war, den Schlägen aus Ost und West zu erliegen; wir hatten also den Kräften Sowjetrusslands und, infolgedessen, denen Deutschlands Trotz zu bieten und uns dem Schicksal auszusetzen, das Polen ereilte: offenen Auges einer Teilung entgegenzugehen.

Die Ereignisse überstürzten sich so, dass wir aus diesem sehr schmerzlichen Dilemma befreit wurden: einige Stunden bevor die Sowjets uns ihren Entschluss übermittelten, «die herrenlos gewordenen Gebiete des alten Polen» zu besetzen (unter Zusicherung ihrer Absicht, die Neutralität Rumäniens zu respektieren), empfangen wir am Morgen des 17. September ein Telegramm der polnischen Regierung, in welchem sie uns um die Erlaubnis ersuchte, sich mit dem Staatschef und dem Oberbefehlshaber der Armee auf rumänisches Gebiet flüchten zu dürfen. Unter den gegebenen Umständen verzichtete die polnische Regierung darauf, den militärischen Beistand Rumäniens anzurufen; dieser Beistand konnte nicht mehr helfen, ein Land zu verteidigen, das im Begriff stand, sich selbst aufzugeben.

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

Das Moskauer Abkommen trug seine Früchte: Russland zog seinen Nutzen aus der Aufforderung, die es im Monat zuvor empfangen hatte, um nach Westen vorzurücken; seine Truppen besetzten nicht nur die alten Provinzen Russisch-Polens bis zum Bug, sondern auch Lwow (Lemberg) und Ostgalizien und machten erst an den Karpathen Halt. So kreisten sie Rumänien von Norden her ein und durchschnitten den direkten Verbindungsweg, der quer durch Galizien Rumänien und das Deutsche Reich verband. Am 19. September notierte Calinescu in seinen Aufzeichnungen: «Der Vormarsch der Russen verändert die Lage. Die deutsche Gefahr rückt in die Ferne. Jetzt steht die russische Drohung im Vordergrund. Umkehrung unserer militärischen Disposition und Konzentrierung unserer Truppen im Sereth-Tal.»

Man kann leicht verstehen, was diese Umkehrung der Lage und der «militärischen Disposition» für ein Land bedeutete, das eine fremde Bedrohung sich entfernen sah, um sich dafür vor eine andere, noch unmittlbarere gestellt zu sehen. Mitten im Sturm musste man alle Anstrengungen machen, sich schnellstens der neuen Lage anzupassen, nicht nur in der Gruppierung der Truppen, sondern auch in der politischen Haltung. Trotz unserer Allianz mit Polen, die niemals auf die Probe gestellt worden war, hatte uns Russland nicht in die Lage versetzt, unsere Absichten klarzustellen. Es hatte sich darauf beschränkt, uns zu eröffnen, dass es mit allen seinen Nachbarn im Frieden zu leben wünsche, nachdem es die Massnahmen ergriffen habe, die durch das Verschwinden Polens notwendig geworden seien. Wir mussten ihm noch unsere Absicht übermitteln, ihm gegenüber die Neutralität zu wahren – ehe es, vom Elan seiner Truppen mitgerissen, sich einfallen liess, seinen Plan in Bezug auf uns zu ändern. Das war der letzte Gedanke Armand Calinescus. Am Morgen des 21. September redigierten wir gemeinsam eine an die Moskauer Regierung gerichtete Neutralitätserklärung. Wenige Stunden später fiel der junge Chef der Regierung unter den Kugeln einer Bande fanatisierter Legionäre.

Die Gefahr einer sowjetrussischen Invasion in Rumänien schien für diesen Herbst 1939 ausgeschaltet: Russen und Deutsche waren damit beschäftigt, sich «friedlich» Polen zu teilen, gemäss einer Demarkations-

linie, welche die Diplomaten mehrfach ziehen und abändern mussten und welche zu respektieren die Militärs auf beiden Seiten grosse Mühe hatten.

Aber die Lage Rumäniens blieb wenig beneidenswert. Das Moskauer Abkommen hatte die in Osteuropa errichtete Ordnung von Grund auf umgestürzt. Es hatte Beständigkeit und Gleichgewicht durch ein Kompromiss ersetzt, das, wie Sorel es von dem Abkommen des damaligen Dreibundes sagte, «nicht auf der Gemeinsamkeit der Interessen, sondern auf dem Gegensatz der Begehrlichkeiten» beruhte. Dieses Kompromiss war, seiner Natur nach, unbeständig, zerbrechlich, allen Veränderungen und Umstürzen unterworfen. Selbst wenn es unter dem Einfluss gewisser Imponderabilien von Dauer sein sollte – jener Dreibund hatte doch einige Jahrzehnte gehalten, denn «die Eifersucht löste ihn, aber die Begierde schloss ihn alsbald wieder» – so war diese Dauer nicht das Ergebnis rechtlicher Beziehungen, sondern ergab sich aus den Kraftverhältnissen zweier rivalisierender Partner und trug auf diese Weise nichts dazu bei, Ordnung und Sicherheit im Osten aufzurichten. Sofern die einander entgegengesetzten Ambitionen sich schliesslich aussöhnten, verschwanden für die Staaten des Ostens die letzten Chancen, ihre Unabhängigkeit und ihre Grenzen zu wahren. Wenn die Teilung Polens noch nicht die ganze Tragweite des Moskauer Abkommens enthüllt hatte, so vermochte man doch genügend zu erkennen, wes Geistes es war. Indem Sowjetrussland der Teilung der Beute nach Deutschlands kriegerischer Aktion zustimmte, hatte es trotz seiner angeblichen Neutralität gut und gern seine Interessen mit diesem Unternehmen verknüpft. Man konnte also nicht mehr auf seinen Widerstandswillen und noch weniger auf seine Unterstützung zählen, um den deutschen Vorstoss einzudämmen. Von jetzt ab hatte die Sowjetunion alles Interesse, dass dieser Vorstoss, aus dem sie Nutzen zog, indem sie ihren Teil vorwegnahm, sich so weit wie möglich ausdehnte. Nachdem Deutschland alles so eingerichtet hatte, dass es der Sowjetunion keine Befürchtungen mehr einflösste, konnte es frei über das Schicksal seiner andern Nachbarn verfügen. Und das tat es umso grosszügiger, als es ja gerade auf Kosten seiner Nachbarn den Sowjets ein Sicherheitsgefühl gab. In seiner Beziehung zu Russland war Deutschland kein Faktor des Gleichgewichts mehr. Um

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

seine Eroberungen zu vollenden und seine Politik zu verwirklichen, bedurfte es der Gewichtsverschiebung, die es selbst hervorgerufen hatte, so wie es der russischen Ansprüche bedurfte, die es selbst geweckt hatte.

Rumänien war also nicht mehr, wie ehemals, von zwei rivalisierenden Reichen umgeben, die von ihm nur Neutralität verlangten – eine Neutralität, die jeder von ihnen nötigenfalls mit den Waffen gestützt hätte – sondern von zwei Partnern, die von ihm nichts mehr forderten, ausser dass es sich gefügig der Neuordnung zu unterwerfen hatte, die sie auf Grund ihres Übereinkommens errichteten.

Welcher Art war aber diese Ordnung, soweit sie Rumänien betraf? Das Beispiel Polens war nicht erbaulich. Das Abkommen zwischen Moskau und Berlin war durch eine Teilung besiegelt worden. Die Lehren der Geschichte waren nicht beruhigender: noch stets hatte die deutsch-russische Zusammenarbeit, die mit der Teilung Polens begann, die Gewohnheit, sich nach dem Nahen Osten auszudehnen. Ein Punkt aber, der Schlüssel zum Nahen Osten, konnte bei den Abmachungen zwischen den beiden Reichen nicht übersehen worden sein: das war die untere Donau und, damit verbunden, die Frage Bessarabien.

In den Tagen, die auf die Vernichtung Polens folgten, bemühte ich mich zu erfahren, welches Schicksal der Plan Ribbentrop-Molotow diesen wesentlichen Positionen der rumänischen Sicherheit vorbehalten hatte.

Die Vertreter Deutschlands in Bukarest waren über dieses Thema recht wenig gesprächig. Vielleicht waren sie selbst nicht vollkommen über die Geheimklauseln des Moskauer Abkommens in Bezug auf Rumänien im Bilde. Bis dahin war die «russische Gefahr» der Haupttrumpf ihres Spiels gewesen. Sie hatten sich seiner bei jeder Gelegenheit bedient, um eine Wendung der rumänischen Politik zu ihren Gunsten herbeizuführen. Die Argumente schienen sich wie von selbst den Bemühungen der Diplomaten darzubieten: war nicht der Bolschewismus die schlimmste Bedrohung der Sicherheit und sogar der Existenz des rumänischen Staates? Und war nicht das antibolschewistische Reich Hitlers das sicherste Bollwerk gegen eine solche Bedrohung?

Das Moskauer Abkommen hatte diese Plattform der diplomatischen Propaganda sichtlich verändert. Hitler war nicht mehr Stalins Gegen-

Spieler, sondern sein Partner, der entschlossen war, dem Bolschewismus «die Einflusszone, die ihm zustand», zuzubilligen. Unter diesen Umständen war es schwierig, weiterhin mit dem Schreckgespenst des Bolschewismus als dem Feind Europas zu operieren. Noch schwieriger war es, die heiklen Einzelheiten der Abmachungen zuzugeben, die man ihm getroffen hatte. Sicher hatte man es dabei auch auf Rumänien abgesehen: ohne die Dinge zu überstürzen und ohne Reaktionen hervorzurufen, welche die Versorgung des Reichs mit Getreide und Petroleum stören konnten, musste man dieses Land dazu bringen, einem notwendigen Opfer zuzustimmen, wobei man ihm zu verstehen gab, dass allein die schützende Freundschaft des Reichs es in der Zukunft vor noch schwerem Opfern bewahren könne . . . Diese Richtung einzuschlagen waren die Vertreter Deutschlands in Bukarest bemüht: anfangs etwas geniert, später mit grösserer Sicherheit. Im Sommer und Herbst 1939 machten sie noch keinerlei Anspielung auf die rumänischen Ostgrenzen. Wenn man ihnen Glauben schenkte, so hatte das Moskauer Abkommen gar kein anderes Ziel, als der deutschen Politik streng nach Bismarckschem Vorbilde ihre volle Handlungsfreiheit im Westen wiederzugeben. Erst zu Beginn des Winters wurden die deutschen Diplomaten deutlicher. Während sie der rumänischen Regierung versicherten, dass das Reich gegenüber Rumänien die besten Absichten habe und sich bemühe, «die russischen Ambitionen einzudämmen», verbargen sie nicht ihre Befürchtungen: «Wenn der Krieg im Westen heftiger werden sollte, so werde es nicht mehr möglich sein, Sowjetrußland an der Verwirklichung gewisser Pläne zu hindern . . .¹⁾ Im Übrigen war es für Rumänien nützlich, zu wissen, «dass es nur auf den guten Willen Deutschlands, aber nicht auf seine militärische Hilfe rechnen könne, da das Reich unter den gegenwärtigen Umständen eng mit Russland vereint bleibe, dessen Unterstützung ihm unentbehrlich sei».¹⁾

Die Anspielung auf «gewisse Pläne» der Sowjets konnte sich nur auf die bessarabische Frage beziehen. Seit dem 21. August und besonders

¹⁾ Unterredungen des rumänischen Aussenministers mit dem deutschen Gesandten Fabricius am 4. Dezember 1939.

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

nach der Besetzung Polens sprach die Sowjetpresse, nach einem mehrjährigen Schweigen, von Neuem hartnäckig von Bessarabien. Es war gewiss leicht, den deutschen Diplomaten die Argumente entgegenzuhalten, die sie selbst vordem gebraucht hatten; man konnte sie daran erinnern, dass die Sicherheit des Donaubeckens (für die Deutschland sich im höchsten Masse zu interessieren vorgab) am Dnjestr begann und dass Bessarabien, Erde Rumäniens und der Donau, die Freiheit der Donaumündung verteidigte und schützte. Hatte nicht Marschall Göring selbst Wert darauf gelegt, mir zu bestätigen, dass bei der ersten Drohung der «Bolschewiki» Flugzeuge die «gemeinsame» Verteidigung des Dnjestr sichern würden? Und hatte mich nicht Reichskanzler Hitler vor der Reaktion gewarnt, die eine «widernatürliche» Annäherung zwischen Rumänien und den Sowjets, welche die Freiheit der Donau bedrohten, in Deutschland hervorrufen könnte?

Aber all diese Argumente waren durch die Ereignisse überholt. Der Führer selbst hatte die Annäherung verwirklicht, die er den andern untersagt hatte. Und die Flugzeuge Görings waren anderweitig beschäftigt. Der Vormarsch der Russen gen Westen schreckte Berlin nicht mehr; die Deutschen hatten Polen den Sowjets geöffnet; sie hatten sich offenbar damit abgefunden, sie auch ins Donaubecken eindringen und sich an der Mündung des Flusses einnisten zu sehen.

Die deutschen Diplomaten sollten sich übrigens immer klarer ausdrücken. Im Frühjahr 1940 hob sich der Vorhang, der noch gewisse Dispositionen des Moskauer Abkommens verhüllte. Am 22. Mai 1940 wurde ich von Herrn Fabricius informiert, dass der Führer «nicht der Mann war, der die grossen Dienste vergass, welche Stalin ihm erwiesen hatte. Er war entschlossen, noch lange den Frieden und das Bündnis zwischen dem Reich und der Sowjetunion aufrechtzuerhalten. Der Frieden und die Ruhe Rumäniens hingen also von der Art ab, in der es seine Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn regeln werde». Dieser Ratschlag war diametral dem entgegengesetzt, den Hitler mir anlässlich meiner Reise nach Berlin gegeben hatte; der Gesandte legte mir nahe, eine Annäherung zu verwirklichen, an die niemals zu denken mir sein Chef ein Jahr vorher eingeschärft hatte . . . Und als ich den Gesandten

fragte, was er unter einer «Regelung der Beziehungen» mit der Sowjetunion verstehe, zögerte Fabricius nicht mit der Antwort: «Um etwas zu bekommen, muss man zu geben verstehen.» Das war klar: Rumänien wollte den Frieden, es musste den Preis dafür zahlen. Laut Herrn Fabricius, der Optimist war, würde dieser Preis einen bescheidenen Teil Süd-bessarabiens nicht überschreiten.¹⁾

Aber Ribbentrops Abgesandter, der weniger Rücksichten zu nehmen hatte und der ohne Zweifel besser informiert war, Herr Clodius, der geschickte Wirtschaftsfachmann der Wilhelmstrasse, hatte uns schon früher seine Befürchtung mitgeteilt, «die Russen könnten sich in den Kopf gesetzt haben, all ihre alten Grenzen von 1914 zurückzuerobern». Und Herr Clodius verhehlte uns nicht, dass man nach seiner Auffassung gewisse Rücksichten auf den russischen Nationalismus nehmen müsse, der sich glücklicherweise im Sowjetreich durchsetze und Russland gestatte, seinen Platz unter den nationalistischen und totalitären Grossmächten, den Schöpfern der «Neuordnung» in einer bessern Welt, einzunehmen.

Die Befürchtungen wie die Hinweise der deutschen Diplomaten liessen keinen Zweifel mehr zu: die bessarabische Frage war zwischen dem Reich und der Sowjetunion gestellt und bereits geregelt worden.

Man musste nur noch in Moskau die Bestätigung dieser Tatsache erlangen. Im Oktober 1939 bot sich dazu eine Gelegenheit: der türkische Aussenminister schickte sich an, den Besuch zu erwidern, den Potemkin ihm im Frühjahr gemacht hatte; er wollte die in Ankara begonnenen türkisch-sowjetrussischen Verhandlungen in Moskau zu Ende führen.

Herr Potemkin hatte anlässlich seiner Reise die Politik der Balkanentente ermutigt. Ebenso hatte er Verhandlungen zwecks Abschluss eines gegenseitigen Beistandspaktes zwischen der Sowjetunion und der Türkei eingeleitet, um im Gebiet des Schwarzen Meeres und im Nahen Osten den Frieden zu sichern. Was war nach dem Ribbentrop-Molotow-Abkommen und nach der Teilung Polens aus diesen Plänen der Sowjets geworden? Um dies zu erfahren, begab sich Saradschoglu nach Moskau. Sein Besuch würde ihm ermöglichen, die wirklichen Absichten

¹⁾ Unterredung des rumänischen Aussenministers mit Herrn Fabricius am 22.Mai 1940.

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

der Sowjetunion nach dem Theatercoup des 21. August klarzustellen: war die Teilung Polens der einzige Preis der Abmachungen zwischen der Sowjetunion und dem Reich, oder verbargen sich hinter dem Moskauer Abkommen noch andere Vereinbarungen, die auf die Vernichtung Dritter hinausliefen? Beschränkte sich das gemeinsame Vorgehen der Deutschen und Russen darauf, eine gemeinsame Grenze zwischen den beiden Mächten zu schaffen, oder würde es sich, einer verhängnisvollen historischen Bahn folgend, von Polen auf den Nahen Osten ausdehnen?

Von allen Balkanstaaten hatte Rumänien das grösste Interesse daran, dass die Frage, welche durch die Reise des türkischen Ministers gestellt war, eine beruhigende Lösung erfuhr. Darum bemühte es sich, soweit dies in seiner Macht lag, die Erfolgsaussichten Saradschoglus zu erhöhen. Der rumänischen Regierung war bekannt, dass sich die türkische Regierung der Rolle voll bewusst war, welche der Balkanentente in der grossen europäischen Krise zufiel. Die Besprechungen, die ich im Juli 1939 in Ankara und in Jaloa, der Sommerresidenz des Präsidenten Ismet İnönü, gehabt hatte, hatten mich davon überzeugt, dass dieser Staat den Gedanken seiner eigenen Sicherheit mit dem der Sicherheit des ganzen Balkans verknüpfte und sich damals schon darum bemühte, die praktischen politischen und militärischen Mittel eines gemeinsamen Widerstandes zu prüfen. König Carol, der sich am 11. August 1939 in Istantbul mit Präsident İnönü traf, hatte die gleiche Überzeugung gewonnen. Dabei rechneten die führenden Männer Ankaras auf die guten Beziehungen, welche sie bis dahin mit Moskau unterhielten und welche ihnen die freundschaftlichen Versicherungen Potemkins kürzlich bestätigt hatten. Die Übereinstimmung mit der Sowjetunion war, wie das Bündnis mit England und Frankreich, einer der Pfeiler der Sicherheitspolitik, welche die Türkei in den Dienst ihrer Freunde auf dem Balkan zu stellen gedachte.¹⁾

¹⁾ Die Freundschaft und die guten Beziehungen mit der Sowjetunion lagen dem leitenden Manne in Ankara, der treu die Politik Kemal Atatürks fortsetzte, so sehr am Herzen, dass die türkische Regierung durch die «Sowjetklausel», welche sie in ihre Beistandspakte mit Frankreich und England einfügen liess und selbst nach dem Scheitern des Besuchs Saradschoglus in Moskau aufrechterhielt, ausdrücklich dafür sorgte, dass sie nicht in einen Konflikt mit Sowjetrussland hineingezogen werden konnte.

Daher musste die Türkei abklären, ob sie nach Ribbentrops Aufenthalt in Moskau noch auf die Versprechungen und auf die Freundschaft der Sowjets zählen könne. Darum massen auch die Freunde und Verbündeten der Türkei der Reise Saradschoglus in die Sowjetunion so grosse Bedeutung bei und hofften, der türkische Aussenminister werde in Moskau der Dolmetsch des guten Willens und des Geistes der Solidarität aller Balkanvölker sein.

Am 19. September 1939 traf ich in Jebel, einer kleinen Bahnstation im rumänischen Banat, nahe der serbischen Grenze, den jugoslawischen Aussenminister Markowitsch. Wir beschlossen, «dass es, um die Balkanentente zu verstärken und eine gemeinsame Haltung auf dem Balkan herauszuarbeiten, nützlich wäre, zu versuchen, unter den vier Mächten der Balkanentente eine Lösung des bulgarischen Problems zu finden».¹⁾ Zu diesem Zweck legten wir die Bedingungen fest, unter denen gewisse bulgarische Forderungen in Betracht gezogen werden könnten: 1. Zunächst wird Bulgarien der Balkanentente beitreten und sich allen Bindungen und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten dieser Entente unterwerfen. Die Zugeständnisse, welche ihm gemacht werden, sollen dazu dienen, die Einheit zu schaffen, welche die gemeinsamen Interessen aller Balkanstaaten umfasst; 2. Die Bulgarien zu machenden Zugeständnisse sind Beiträge, die jeder Mitgliedstaat der Balkanentente für die Gemeinschaft des Balkans leistet; 3. Die bulgarische Regierung, welche diesen Akt der Solidarität und Freundschaft seitens ihrer Nachbarn empfängt, muss der Ausdruck der öffentlichen Meinung Bulgariens in seiner Gesamtheit sein, um entgegengesetzte Strömungen auszuschalten, welche das Werk der Befriedung gefährden könnten.» Weiter wurde vereinbart, dass der türkische Aussenminister über diese Punkte zu informieren sei: «Da wir wissen, dass Herr Saradschoglu versuchen wird, in Moskau den Standpunkt der Sowjetunion zu den Balkanproblemen kennenzulernen, sind wir übereingekommen, die Ergebnisse seiner Reise abzuwarten, ehe wir Bulgarien konkrete Vorschläge machen.»

¹⁾ Dieses Zitat und die folgenden sind Auszüge aus dem Protokoll der Zusammenkunft von Jebel (19. September 1939).

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

Dieser letzte Vorbehalt hatte allergrösste Bedeutung. Das Projekt von Jebel, das Herr Saradschoglu zur Kenntnis der Sowjetregierung bringen sollte, war tatsächlich eine Antwort auf die Anregungen, welche Herr Potemkin anlässlich seiner Balkanreise gegeben hatte. Es zeigte, dass die Staaten der Balkanentente bereit waren, in gewisse Opfer einzuwilligen, um den Frieden im Nahen Osten zu sichern und nötigenfalls diesen Willen durch einen gemeinsamen Widerstand zu bekräftigen. Die Bedingungen waren die gleichen, welche Potemkin bereits akzeptiert hatte. Der stellvertretende Sowjetkommissar hatte selbst zu grösster Vorsicht geraten, angesichts des umfassenden Misstrauens gegenüber Bulgarien; denn von seinem Besuch in Sofia hatte er den nur allzu berechtigten Eindruck mitgebracht, dass der Hof und die Regierung ein doppeltes Spiel trieben und dass die Einflüsse, welche sich gegen die Annäherung auf dem Balkan richteten, dort sehr stark seien. Die Bedingung der Bildung einer nationalen Regierung hatte gerade den Zweck, die Zweifel zu zerstreuen, die Potemkin gegenüber dem Regime des Königs Boris zum Ausdruck gebracht hatte. Aber natürlich war die entscheidende Voraussetzung, von welcher der Erfolg der Bulgarien gegenüber einzuschlagenden Politik abhing, dass Moskau die Haltung bewahrte, welche Potemkin bei seinem Aufenthalt in Ankara, Sofia und Bukarest vertreten hatte. Hatte Moskau inzwischen seine Ansicht geändert, so würde der Einfluss, den die Sowjetunion auf Bulgarien ausübte, in Verbindung mit den andern gegen eine Annäherung auf dem Balkan gerichteten Strömungen jeden Schritt der Balkanentente in Sofia wertlos machen: das einzige Ergebnis eines solchen Schrittes konnte dann sein, dass er den Staaten der Balkanentente eine noch deutlichere Feindseligkeit der Achsenmächte und vielleicht eine gewisse Feindseligkeit der Sowjets zuzog.

Die Staaten der Balkanentente hatten also Herrn Saradschoglu gebeten, «gewisse Probleme, welche sie alle betreffen, zu prüfen, insbesondere die Haltung der Sowjetunion gegenüber der Balkanentente und einem eventuellen Block aller Balkanstaaten». Das war der Tenor meines Telegramms an den rumänischen Gesandten in Moskau.

Die Prüfung dieser Probleme sollte gestatten abzuklären, welches genau die Tragweite und Ausdehnung des Moskauer Abkommens vom

21. August waren und in welchem Grade die deutsch-sowjetrussische Zusammenarbeit den Nahen Osten berührte und bedrohte.

Die Ergebnisse dieser Prüfung waren von entscheidender Bedeutung. Am 23. September 1939 traf Saradschoglu in Moskau ein; er war gezwungen, bis zum 18. Oktober dort zu verweilen. Niemals zog sich ein diplomatischer Besuch derart in die Länge. Niemals war der Misserfolg eines Versuches, der mit so viel gutem Willen, Vertrauen und Geduld unternommen wurde, derart eindeutig. Es ist wahr, dass die Sowjets den Vorschlägen des türkischen Aussenministers keine absolute Ablehnung zuteil werden liessen. Nichts in ihrer Haltung bewies den Wunsch, den guten Beziehungen, welche sie bis dahin mit der Regierung von Ankara unterhalten hatten, ein Ende zu setzen. Die lange Wartezeit, welche sie Herrn Saradschoglu auferlegten – scheinbar mehr um gewisse Widerstände seinerseits zu überwinden, als um ihn müde zu machen – schien zu zeigen, dass man in Moskau sich noch nicht völlig auf die der Türkei gegenüber zu verfolgende Politik festgelegt hatte. Und die mit Rücksicht auf gewisse fremde Einflüsse unaufhörlich wechselnden Formeln, welche man dem gegenseitigen Beistandspakt unterlegen wollte, zeigten eher den Wunsch, Zeit zu gewinnen, um eine dem Grundsatz der letzten politischen Veränderungen entsprechende Politik ins Reine bringen zu können. Aber sowohl bei dem Verlangen, durch ein Sonderabkommen die Bestimmungen der Konvention von Montreux abzuändern (welche gewisse Fälle vorsah, in denen die Türkei verpflichtet war, die Meerengen für Kriegsschiffe zu öffnen, welche einen Auftrag zum Beistand auszuführen hatten) wie bei der Forderung, dass im türkisch-sowjetrussischen Beistandspakt der Fall eines Konfliktes mit Deutschland ausgenommen sein sollte, zeigte sich seit Beginn der Verhandlungen bei den leitenden Sowjetpolitikern eine neue Tendenz: die Moskauer Regierung war offensichtlich nicht mehr geneigt, der Türkei günstige Bedingungen einzuräumen, die ihr gestatteten, an der Seite der Westmächte oder in Verbindung mit ihren Nachbarn auf dem Balkan eine führende Rolle bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der bestehenden Ordnung zu spielen.

Die guten Beziehungen, welche die Sowjetunion mit der Türkei

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

unterhielt, waren noch keine Belastung für die Sowjetregierung; und Herr Saradschoglu hatte keinen Grund, die freundlichen Worte, welche er in Moskau über sein Land und seine Regierung zu hören bekam, in Zweifel zu ziehen. Aber die Sowjetpolitiker hatten sich so weit auf einen neuen Weg eingelassen, welcher nicht nur einige Veränderungen der Methode, sondern einen wahren Umsturz der Doktrin und der Grundsätze in sich schloss, dass sie in Ankara nicht mehr die Tendenzen ermutigen konnten, welche sie nur zu gut kannten, da sie sie bis dahin selbst mit der grössten Beharrlichkeit vertreten hatten. Die Anwesenheit Saradschoglus in Moskau und sein ehrlicher Wunsch, die einige Monate zuvor mit Potemkin begonnenen Besprechungen fortzusetzen und zu einem positiven Abschluss zu führen, machten den tiefen Gegensatz zwischen der Politik der Teilung, welche mit dem 21. August angefangen hatte, und der des unteilbaren Friedens, welche die Sowjetunion vorher verfolgt hatte, offenbar. Die Sowjetregierung hatte aber weder die Möglichkeit noch vor allem den Wunsch, auf dem Wege, den sie eben erst eingeschlagen hatte, innezuhalten, bevor alle erwarteten Ergebnisse erreicht waren; die so leicht errungenen Vorteile schufen zähe Bande und drängten sie zu weiteren Gewinnen. Sie war also nicht geneigt, dem «dynamischen» Prinzip, dem sie ihre Politik zu unterstellen begonnen hatte, andere Grundsätze entgegenzusetzen, die ihren eigenen Vormarsch behindern und sie um gewisse kostbare Vorteile bringen konnten. Wenn es eine Richtung gab, in der Moskau den Vormarsch seiner Politik nicht behindert sehen wollte, so war es die nach Süden, zur Donau, zum Balkan und zu den Meerengen.

Nach den Verpflichtungen des Nichtangriffs und der wohlwollenden Freundschaft, welche die Sowjets dem neuen Deutschland gegenüber eingegangen waren, wäre es ihnen schwergefallen, dem Vordringen des Reichs auf dem Balkan Widerstand entgegenzusetzen. Die einzige Wirkung, welche eine Stützung der Sicherheit im Nahen Osten entsprechend dem Verlangen Saradschoglus für sie haben konnte, wäre eine Begrenzung ihrer eigenen Handlungsfreiheit gewesen: sie hätten sich auf diese Weise die Mitwirkung an einer Aktion untersagt, deren Vorteile sie im höchsten Masse interessierten und deren endgültiges Ergebnis die voll-

KRIEG IM OSTEN

kommene Umwälzung des Gleichgewichts der Kräfte im Orient sein konnte. Die Gefälligkeit, mit der Russland die Eroberungspläne des Reichs begünstigt und welche ihm die Hälfte Polens eingebracht hatte, führte es auf den Weg seiner alten Forderungen. Wie zurzeit der grossen Katharina, wie in den Tagen Alexanders I. brachten die Abmachungen im Westen die orientalische Frage auf die Tagesordnung, und Russland konnte und wollte nichts unternehmen, was seine Stellung hätte schwächen und das Prinzip der Teilung in Frage stellen können, just in dem Augenblick, in dem diese Teilung ihm den grössten Gewinn bringen sollte.

Es ist also nicht erstaunlich, dass Molotow die Darlegungen Saradschoglus über die Balkanprobleme recht kühl aufnahm. Die Balkanentente interessierte ihn nicht – der Balkanblock noch weniger. Er brachte einige für Rumänien recht beunruhigende Worte vor: er denke an die alten Grenzen von 1914. Es ist wahr, dass er keine aggressive Absicht gegen seine Nachbarn kundtat. Er übersteigerte sich sogar in dem Willen, «mit der ganzen Welt» in Frieden zu leben. Aber er wollte sich nicht mehr erinnern, dass die Sowjetunion jemals Anregungen wie diejenigen, welche Potemkin in Ankara und Bukarest gemacht hatte, gegeben habe, und er verstand es, jeden Gedankenaustausch über dieses Thema und jede Anspielung darauf entschlossen zu umgehen.

Über die Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei betrafen, äusserte sich Molotow bereitwilliger. Er wollte weder einen Bruch noch auch nur eine Abkühlung zwischen den beiden Ländern herbeiführen; wahrscheinlich war sein Wunsch, eine geeignete Formel zu finden, um die türkische Freundschaft – natürlich den neuen Tendenzen der sowjetrussischen Politik angepasst – in Reserve zu halten bis zu dem Tage, da das Abkommen vom 21. August die erwarteten Früchte in der orientalischen Frage tragen würde.

Aber gerade das konnte die Türkei nicht zulassen. Saradschoglu war nicht nach Moskau gekommen, um Berührungspunkte mit der neuen Politik der Sowjets zu suchen, sondern um einen Beistandspakt abzuschliessen, der seit langem geplant war und der entsprechend einem Gesamtplan, dem Russland schon seine Zustimmung gegeben hatte, den

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

Frieden im Nahen Osten in ein System der allgemeinen Sicherheit eingliedern sollte. Während die Gedanken des türkischen Unterhändlers ganz natürlich auf die Idee eines ergänzenden Beistandspaktes gerichtet waren, welchen die Regierung von Ankara mit England und Frankreich zu unterzeichnen im Begriff stand, erhob sich hinter dem sowjetrussischen Verhandlungspartner schon der Schatten seines erobungslustigen neuen Freundes, des Führers. Unter diesen Umständen war es schwierig, den Punkt für ein Kompromiss zu finden.

Wer weiss, ob nicht trotzdem die orientalische Diplomatie, die so reich an Aushilfsmitteln ist, eine geschmeidige und nuancierte Formel gefunden hätte, welche einen Misserfolg der Verhandlungen, den beide Parteien gleichermaßen vermeiden wollten, verhindert hätte! Aber die Politik der Sowjets unterlag dem Einfluss der Luftreisen des Herrn von Ribbentrop. In dem Augenblick, da Saradschoglu sich dem Ziele nahe glaubte, erschien urplötzlich der Reichsaussenminister in Moskau, um das am 21. August begonnene Werk zu vollenden. Es war der 27. September 1939. Diesmal handelte es sich um einen Freundschafts- und Grenzvertrag. Ribbentrop landete, unterschrieb und fuhr wieder ab: diese Geschwindigkeit stand in peinlichem Gegensatz zu der langen Dauer der türkisch-sowjetrussischen Verhandlungen. Aber noch peinlicher war der Starrsinn, den Molotow von diesem Augenblick an in den Verhandlungen mit der Türkei an den Tag legte.

Als Saradschoglu Moskau verliess, ohne seine Mission erfüllt zu haben, da fühlte er – ungeachtet der Freundschaftsversicherungen, die er bei seiner Abreise mit den Beherrschern des Kreml ausgetauscht hatte – dass ein Kapitel der so bewegten Geschichte der russisch-türkischen Beziehungen, und zwar vielleicht das beste und vertrauensvollste, seinen Abschluss gefunden hatte.¹⁾

¹⁾ In der Folgezeit versuchte Hitler, aus dem Misstrauen, das die Regierung von Ankara seit diesem Misserfolg der Sowjetunion gegenüber hegen konnte, Vorteil zu ziehen, um die Türkei für sein Spiel zu gewinnen. Zu diesem Zweck denunzierte er, beim Ausbruch des Krieges gegen Russland, die Forderungen, welche Molotow anlässlich seiner Reise nach Berlin bezüglich der Meerengen und Istanbul vorgebracht habe.

Es war sicher nicht schwer, die türkischen Befürchtungen wachzurufen: der russische Imperialismus, dessen Wiedergeburt Saradschoglu in Moskau miterlebt

KRIEG IM OSTEN

Er wusste nun auch, wie es mit den Absichten der Sowjetunion in bezug auf den Balkan stand. Die wiederholten Besuche Ribbentrops hatten ohne Zweifel in Moskau die Hoffnung geweckt, dass die orientalische Frage von Neuem gestellt werden könnte. Die Sowjetunion musste über die Wiederherstellung ihrer alten Grenzen von 1914 Zusicherungen erhalten haben. Sie beabsichtigte nicht mehr, zugunsten des Friedens auf dem Balkan Partei zu ergreifen, und sie bedrohte von jetzt ab bereits die Sicherheit Rumäniens.

III.

Kurze Zeit nach der Reise Saradschoglus stellte die Sowjetpresse mit Nachdruck die bessarabische Frage.

Würden sich die Sowjets darauf beschränken, entsprechend dem Geist des deutschen Revisionismus eine alte Grenze zurückzufordern, oder errichteten sie schon, mit Zustimmung des Reichs, einen Richtpfahl auf der Strasse der neuen Ordnung, welche die beiden Mächte im Nahen Osten zu schaffen beanspruchten?

Die deutsche Diplomatie bemühte sich, der bessarabischen Angelegenheit eine eng begrenzte Bedeutung zu geben. Russland, so sagten die Deutschen, wollte sich wieder in den Besitz seiner Grenzen von 1914 setzen, und das Reich hatte weder das Recht noch die Absicht, es daran zu hindern.

Aber die Sowjetregierung übernahm nicht eine so orthodoxe These. Die Sowjetunion berief sich nicht auf die Rechte des alten Russland. Wie hätte sie das tun sollen? Das Heilige Russland hatte zu Beginn des vorigen Jahrhunderts das ottomanische Reich bekriegt, um – auf Grund des

hatte, war seitdem mehrfach deutlich in Erscheinung getreten und hatte seine Stärke bewiesen, als er sich bedeutender Positionen an der Donaumündung bemächtigte. Aber an einen Punkt hatte Hitler nicht gedacht: wie hätten die Türken vergessen können, dass die Sowjetunion ihre Haltung gegenüber der Türkei als Ergebnis eines Abkommens mit dem Reich geändert und dass diese Änderung ihrer Haltung erst nach dem zweiten Besuch Ribbentrops und wie unter der Einwirkung einer plötzlichen und nachdrücklichen Ermunterung feste Form angenommen hatte?

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

Rechtes, das ihm der Vertrag von Kainardschi übertragen hatte – die Christen in den Donaufürstentümern zu schützen. Da es sich der Christen der Moldau und der Walachei nicht bemächtigen konnte, hatte es sich mit denen Bessarabiens begnügt, das es 1812 seinem Reich einverleibt hatte. Auf derartige Vorbilder konnte sich die Sowjetunion nicht gut beziehen.

Die realistische Politik Moskaus musste andere Argumente geltend machen, um die Forderung auf Bessarabien zu erheben. Der «ideologische» Vorwand war leicht gefunden: man musste den rumänischen Bojaren die Bauern und Arbeiter Bessarabiens entreissen, die sie nach ihrem Belieben ausbeuteten. Aber der wirkliche Grund blieb weder der russischen Öffentlichkeit noch dem Ausland verborgen. Durch den Vertrag vom 21. August hatte die Sowjetunion alle Rechte einer ersten Grossmacht gewonnen; dadurch wurde sie nicht nur wieder vollständig Herrin ihres Geschicks, sondern sah sich auch verpflichtet, entsprechend ihren Interessen an der Umformung der Welt teilzunehmen. Da ganz Osteuropa in Bewegung war, galt es, bei dieser Bewegung dabei zu sein, um nicht aus gewissen für das Sowjetreich wichtigen Einflusszonen ausgeschlossen zu werden. Unter diesen Zonen war die wichtigste für die Sowjetunion der Nahe Osten, zu dem die Schlüssel an der Donaumündung lagen. Um in das Gebiet des Nahen Ostens einzudringen, musste man den Dnjestr überschreiten, in den Donaoraum gelangen und die untere Donau erreichen. So war Bessarabien weder ein historisches noch ein ethnisches und noch weniger ein soziales Problem; seine Wiedergewinnung war die wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Moskauer Regierung die orientalische Frage stellen und an ihrer Regelung mitwirken konnte.

Seit dem Abschluss des Abkommens vom 21. August entzündete sich die Phantasie der Beherrscher Russlands an dieser Aufgabe. Ein bulgarischer Kommunist, der im Dienste Moskaus stand, veröffentlichte in einer grossen sowjetrussischen Zeitschrift einen Plan zur Eingliederung aller rumänischen Provinzen bis zur Donau in die Union der sozialistischen Republiken. Damit war er etwas zu rasch vorgegangen: man hatte den deutschen Partner nicht vorher ins Bild gesetzt, und um ihn zu be-

ruhigen, beeilte sich die Sowjetregierung, den Artikel von Boris Stefanow zu desavouieren. Aber während Moskau den Eifer seiner Publizisten zügelte, scheute es sich zu gleicher Zeit nicht, einer ausländischen Regierung, die es für seine Sache gewinnen wollte, Vorschläge zu machen, welche den Umfang seiner Pläne enthüllten. Im Laufe des Herbstes 1939 liess die Sowjetregierung die bulgarische Gesandtschaft wissen, dass sie geneigt wäre, einen eventuellen bulgarischen Anspruch auf die rumänische Dobrudscha einschliesslich Konstanza und Tulcea zu unterstützen. Auf diese Weise hätte Russland, nachdem es sich Bessarabiens bemächtigt hatte, dem durch die Dobrudscha vergrösserten Bulgarien die Hand reichen und seinen Einfluss bis vor die Tore Istanbuls ausdehnen können.

Diese Anregung hatte keine Folgen, denn die bulgarische Regierung wollte sich nicht auf ein Spiel einlassen, das Deutschland beunruhigen und die bolschewistischen Strömungen in Bulgarien ermutigen konnte. Sie unterrichtete die rumänische Regierung über den sowjetrussischen Vorschlag und ihre eigene ablehnende Haltung; als – übrigens sehr vernünftigen – Beweggrund gab sie an, sie wolle nicht durch übertriebene und ungerechte Forderungen den Grund zu einem dauernden Zwist zwischen Rumänien und Bulgarien legen.

Wenn man diesen Vorschlag, der Bulgarien im Herbst 1939 gemacht worden war, mit den Auffassungen verglich, die Potemkin im Frühling des gleichen Jahres den Regierungen von Ankara und Bukarest unterbreitet hatte, so konnte man sich über das Gewicht und die Bedeutung der Veränderung Rechenschaft geben, die sich durch das Moskauer Abkommen in der Orientpolitik der Sowjetunion vollzogen hatte. Potemkin hatte im Namen seiner Regierung den Rat gegeben, die Balkanentente, deren Einigungs- und Widerstandspolitik er ermutigte, solle sich nicht vor den Forderungen Bulgariens beugen, sondern abwarten, bis dieses Land mit den andern Balkanländern gemeinsame Sache mache. Sechs Monate später schlug die Sowjetregierung diesem Bulgarien, das nicht «gefügig» geworden war, sondern in ständigem Gegensatz zur Balkanentente stand, einen Plan vor, der den Frieden auf dem Balkan endgültig gestört hätte; er hätte Rumänien erstickt, Salo-

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

niki und Istanbul unter schwerste Bedrohung gestellt und im ganzen Nahen Osten eine «slawische Ordnung» im Dienste Moskaus errichtet.

Man konnte sich schwerlich einen schrofferen und radikaleren Wechsel der politischen Methode und Aktion vorstellen. Aus dem Lager der friedlichen Mächte war die Sowjetunion in das der unzufriedenen übergegangen; sie hatte die Lehre vom unteilbaren Frieden zugunsten der Doktrin eines unbegrenzten Revisionismus aufgegeben. In einem erstaunlichen Sprung hatte sie das Europa Genfs verlassen, um den Lauf der Geschichte zurückzuschrauben und den Anschluss an die Epoche wiederzufinden, in welcher das russische Reich über seine Grenzen hinwegströmte und die Völker ringsumher überflutete.

Was war am 21. August 1939 in Moskau geschehen, dass die Sowjetunion sich berechtigt und in der Lage glaubte, die imperialistischen Bestrebungen des Heiligen Russland auf eigene Rechnung wieder aufzunehmen? Die Ermunterungen Ribbentrops und seine ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu gewissen sowjetrussischen Forderungen erklärten nicht genügend das Phänomen der Verwandlung, die sich in der alten Hauptstadt der Zaren vollzogen hatte. In dem Handel, den der Abgesandte des Führers vorschlug, gab es noch ein Element, welches weder der deutsche Minister noch sein Meister hinreichend werteten, und das in der Folge ihre Berechnungen merkwürdig verfälschen sollte. Indem Hitler den Sowjets die Teilung Polens vorschlug, dem Begehren Moskaus die baltischen Staaten und Bessarabien preisgab und mit dem Gedanken einer «Neuordnung» im Osten operierte, opferte er nicht nur Grundsätze und Regeln, welche Europa in Versailles (jenem verhassten Popanz, gegen den er alle Anstrengungen seiner Politik richtete) aufgestellt hatte; er zerstörte zugleich die ganze europäische Ordnung und sogar den Begriff «Europa», wie er sich seit über einem Jahrhundert dem russischen Vordringen entgegengestellt hatte, um im Osten eine ständige Grenze zu errichten. Der Handel, den der Führer vorschlug, hatte einen eindeutig antieuropäischen Charakter, und die Sowjets waren entschlossen, alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Was bedeutete in der Tat diese «Neuordnung», welche die deutsche Propaganda in ebenso begeisterten wie unbestimmten Ausdrücken anpries,

anderes als die Ersetzung der alten, auf Verträgen aufgebauten Ordnung der Dinge durch ein revolutionäres Prinzip, welches weder an einen Rechtsgrundsatz noch an irgendeine historische Tradition gebunden war? Eine allgemeine Umwälzung, welche zugunsten Deutschlands die Hindernisse niederrisse, würde sie zwangsläufig auch zugunsten Russlands beseitigen; der passive Anschluss, zu dem Hider die Sowjetunion einlud, bedeutete im Grunde für die Sowjetregierung ein Mittel, sich ohne Anstrengung von den Verträgen freizumachen, die im vorigen Jahrhundert den russischen Vormarsch aufgehalten hatten. Die «Neuordnung» bedeutete für die Sowjets die Rückkehr zu einem alten Traum aus jenen Zeiten, da der Berliner Kongress von 1878 und der Pariser Vertrag von 1856 noch nicht internationale Institutionen und europäische Kommissionen auf dem Wege Russlands errichtet hatten; der Krimkrieg und seine unangenehmen Folgen würden aus dem Buch der Geschichte gelöscht werden, und die orientalische Frage konnte, von allen Hindernissen befreit, von Neuem unter Umständen gestellt werden, welche der Verwirklichung grosser Pläne günstig waren.

So wollte die Moskauer Regierung deutlich machen, dass sie die Dinge dort wieder aufzunehmen gedächte, wo sie durch den verhängnisvollen Ausgang des Krimkrieges erstarrt waren: die «Neuordnung» sollte Russland seinen Platz an der Donaumündung zurückgeben: von dort aus konnte es seine Blicke auf das Herz Europas richten und den Balkan beobachten und kontrollieren. Das Angebot der ganzen rumänischen Dobrudscha an Bulgarien bewies deutlich, dass dieser vorgerückte Posten in den Plänen der Sowjets noch nicht das letzte Ziel ihres Vormarsches darstellte.

Begriffen die Deutschen, welchen Sinn und welches Ausmass die Sowjetunion in Gedanken der «Neuordnung» geben würde? Selbst wenn sie es begriffen hätten, wäre es ihnen wahrscheinlich schwer geworden, dem Enthusiasmus, welchen der revolutionäre Charakter der europäischen Umwälzung bei den Sowjets hervorrief, Grenzen zu ziehen. Die Deutschen konnten sich nicht von den Hindernissen der alten europäischen Ordnung befreien, ohne gleichfalls die Partner zu befreien, welche sie sich gewählt hatten; anfangs schien es ihnen sogar,

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

als gäbe die Teilnahme der Sowjetunion an den Umformungen, welche sie im Osten durchzusetzen beabsichtigten, der Verletzung der alten Rechtsordnung eine vertragsmässige Rechtfertigung und schaffe so etwas wie eine neue Legitimität. Um mit Gewalt eine neue «de-facto»-Lage herbeizuführen, konnte man allein sein; aber um eine neue «Ordnung» zu begründen, musste man mindestens zu Zweit auftreten. Und die Vernichtung Polens zum Beispiel wirkte regulärer und gab dem Eroberer beständigere Rechtstitel, wenn sich Deutschland, wie am Ausgang des 18. Jahrhunderts, auf die Autorität eines ordnungsgemäss abgeschlossenen Teilungsvertrages berufen konnte.

Die Tatsache, dass die Russen aus der Teilung Polens den Schluss zogen, der Grundsatz der Aufteilung von Einflusszonen sei wie in den Zeiten Friedrichs des Grossen und der Grossen Katharina auch auf die orientalische Frage anzuwenden, störte die Pläne der Wilhelmstrasse nicht übermässig. Es war klar, dass die Blicke Berlins seit langem nach dem Südosten gerichtet waren. Die Theorie vom deutschen Lebensraum schien ausdrücklich und in erster Linie auf die Donau- und Balkanstaaten abgestellt; das Moskauer Abkommen entzog für eine gewisse Zeit die weiten Ebenen der Ukraine der deutschen Begehrlichkeit. Die Ansprüche, welche die Sowjetregierung auf Bessarabien erhob, waren natürlich ärgerlich, insoweit sie auf Positionen an der untern Donau gerichtet waren, welche einzuräumen nicht im Interesse des Reiches lag. Aber diese Ansprüche hatten den Vorteil, das Schicksal Rumäniens aufs Spiel zu setzen. Indem Deutschland der Sowjetunion das Recht auf Rückgewinnung seiner Grenzen von 1914 zuerkannte, liess es *implicit* sein eigenes Recht auf die rumänischen Provinzen diesseits des Pruth bestätigen. Es hatte kein Interesse, die Dinge zu überstürzen: ein deutsches Eindringen in Rumänien mit andern als friedlichen Mitteln konnte den Widerstand Rumäniens hervorrufen und die Wirtschaft des Reichs in Gefahr bringen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus war es vorteilhaft, dass sich das Hineingleiten Rumäniens in den deutschen Lebensraum – mit all den wirtschaftlichen und politischen Folgen einer solchen Entwicklung – sanft und ohne Konflikte vollzog.

KRIEG IM OSTEN

Die sowjetrussische Bedrohung Rumäniens kam dem deutschen Reichskanzler gelegen, selbst wenn sie die Russen an den Pruth und an die untere Donau führen sollte: sie hinderte Moskau, gegen die Verwirklichung der deutschen Pläne Einwände zu erheben, und sie konnte die Rumänen, welche stets die russische Gefahr sehr stark empfanden und soeben durch einen neuen Vorstoss alarmiert waren, dazu bringen, den Schutz des Reiches selber zu suchen. Wenn man den Grundsatz der Teilung mit all der Vorsicht, die in einem Gebiet mit Erdölquellen geboten war, geschickt anwandte, konnte er den Plänen des Reiches dienen.

In der Folgezeit sollten die Deutschen, um ihren Opfern zu erklären, weshalb sie so schweren Schlägen zum Schaden des «europäischen Interesses» zugestimmt hatten, die Behauptung aufstellen, ihre Verbindung mit Moskau sei niemals ernst gemeint gewesen. Zu keinem Zeitpunkt, so hörten wir sie dann sagen, hatte Hitler endgültig auf die Gebiete verzichtet, welche er im Moskauer Abkommen abzutreten verpflichtet worden war; *Mein Kampf* bezeugte und der Feldzug in Russland bewies, dass der Führer immer den unbeugsamen Willen gehabt hatte, Südrussland bis hinter den Kaukasus zu befreien; alle militärischen und diplomatischen Aktionen, die er bis dahin durchgeführt hatte, seien nur vorbereitende Handlungen gewesen, um ihm zu gestatten, sein höchstes Ziel zu erreichen.

Es hat wenig Sinn, über die wirklichen Ansichten des Führers zu diskutieren. Selbst wenn sich die grossen Pläne der Eroberer gelegentlich an vorher gesprochene Worte anlehnen, so entwickeln sie sich doch meistens auf Grund der Umwälzungen eines Krieges, der sich in die Länge zieht. Hitler, der von der Eroberung grosser Räume träumte, hat gewiss zu allen Zeiten auf Russland geblickt. Aber als er mit Hilfe der Russen die Ordnung und das Gleichgewicht umstürzte, welche zwei Jahrhunderte europäischer Geschichte im Osten errichtet hatten, hegte er wohl kaum den frommen Wunsch, dieses Gleichgewicht und diese Ordnung im allgemeinen Interesse so schnell wie möglich wieder herzustellen. Hitler hatte sich seines Abkommens mit der Sowjetunion bedient, um Polen zu vernichten und die Front im Westen zu durch-

brechen. Als er den Krieg gegen Moskau eröffnete, hatte er gegen England nichts erreicht: die britischen Inseln waren unversehrt, die englische Flotte beherrschte die Meere, die feindlichen Armeen verteidigten Ägypten und den Mittleren Orient – soeben hatten sie Syrien besetzt und im Irak die Ordnung wiederhergestellt – und hinter den englischen Kräften rüstete im Schutze des Ozeans Amerika eine immer bedrohlichere Militärmacht, wie der deutsche Kanzler nur zu gut wusste. Unter den Bedingungen, in denen der russische Krieg am 21. Juni 1941 ausbrach, war er also nicht die reife Frucht einer ruhigen Überlegung, sondern das Ergebnis einer Entscheidung, die mitten in der Aktion getroffen wurde, zu einem Zeitpunkt, in welchem der Führer in einen Krieg verwickelt war, den er nicht mehr zu beenden noch zu begrenzen vermochte: er verfügte nicht über die volle Freiheit in der Wahl seiner Mittel und noch weniger über seine äussere Handlungsfreiheit. Hätte der Führer nur die Absicht gehabt, den wesentlichen Teil des Programms von *Mein Kampf* zu verwirklichen, so hätte er gewiss einen andern Zeitpunkt gewählt: niemand war ja begabter als er in der Kunst, eine Schwierigkeit nach der andern zu lösen und seine Gegner voneinander zu trennen. Die Tatsache, dass er sich entschlossen hatte, mit der Sowjetunion zu brechen, bevor er mit England fertig war, und damit ein Abkommen zu zerschlagen, welches ganz offensichtlich gerade zu dem Zweck geschlossen worden war, um mit England fertig zu werden, war der deutliche Beweis dafür, dass er nicht nach einem vorher ausgearbeiteten Plan handelte, sondern unter dem Zwang eines äusseren Druckes. Er selbst hat versucht, über diesen Druck Aufklärung zu geben, indem er, wie Napoleon im Jahre 1812, behauptete, die Russen seien auf dem Sprunge gewesen, ihn anzugreifen. In Wirklichkeit fühlten sich die Russen so wenig wie 1812 gedrängt, sich in einen Krieg einzumischen, der von andern zu ihrem Nutzen geführt wurde. Aber der Zwang, dem Hitler erlag, bestand wirklich: er ergab sich, wie ich im ersten Teil dieses Werkes gezeigt zu haben glaube, aus der Wendung des Krieges gegen England und aus der unerwarteten Entwicklung, welche die Beziehungen zur Sowjetunion infolge des Moskauer Vertrages genommen hatten. Das britische Weltreich hielt den Schlägen Hitlers stand, wäh-

rend das Sowjetreich, dank den von Hitler empfangenen Ermutigungen, einen neuen Aufschwung nahm: im Westen liefen die Dinge zu langsam und im Osten zu schnell. Hitler war eingezwängt zwischen zwei Bewegungen, deren zeitlichen Ablauf er nicht hatte regeln können, und die ihn zwangen, sein Heil in einem allgemeinen Kriege zu suchen. Da die Zeit sich seiner Herrschaft entzogen hatte, musste er seine Schläge gleichzeitig führen und Russland bekämpfen, bevor er England besiegt hatte. Diese Überlegungen zeigen, dass der russische Feldzug, selbst wenn er die Frucht des Moskauer Abkommens war, auf keinen Fall dieses Abkommen rückblickend rechtfertigen konnte. Als Hitler den Grundsatz der Teilung benutzte, um zusammen mit der Sowjetunion die Ordnung in Osteuropa umzustossen, hatte er niemals einen baldigen «Befreiungsfeldzug» gegen seinen Sowjetpartner vorgesehen, um das den Nachbarländern zugefügte Unrecht wieder gutzumachen. Wenn er unter dem Zwang der Ereignisse zu einem Zeitpunkt, den er nicht beabsichtigt hatte, und unter Bedingungen, an die er nicht vorher gedacht hatte, einen solchen Feldzug unternahm, so geschah dies nicht zum Zweck der Wiedergutmachung oder der Befreiung, sondern um mehr Trümpfe in seinem Spiel zu haben und um den englischen Widerstand endlich zu brechen. Für die Staaten im Osten, welche ihr Dasein und ihre freie Entwicklung einer europäischen Ordnung verdankten, die bis dahin von allen Grossmächten aufrechterhalten und respektiert worden war, bedeutete also das Moskauer Abkommen – was auch Hitlers geheime Vorbehalte sein mochten – die schwerste Bedrohung ihres Rechtes und ihrer Freiheit. Selbst wenn der russische Feldzug, durch den die Deutschen Europa zu dienen behaupteten, eine Wendung zu ihren Gunsten nehmen sollte, würde er die Nachbarstaaten von dem Einfluss, welchen das Moskauer Abkommen zu Unrecht der Sowjetunion eingeräumt hatte, nur befreien, um sie desto mehr dem Einfluss zu unterwerfen, den das gleiche Abkommen genau so zu Unrecht dem Dritten Reich vorbehalten hatte.

Rumänien sah sich einer doppelten Gefahr gegenüber: die Sowjetunion begehrte seine östlichen und nördlichen Provinzen und Deutschland «friedlich» den ganzen Rest. Das Abkommen zwischen den beiden

DIE ORIENTALISCHE FRAGE

Grossmächten gab ihrem Begehren einen unerbittlichen Charakter. Es war nicht mehr möglich, sich auf Deutschland zu stützen, um Russland Widerstand zu leisten, denn das Reich hatte den Forderungen der Sowjets zugestimmt. Es war ebenso unmöglich, für den Fall, dass man einem deutschen Vorstoss widerstehen müsste, auf eine wohlwollende Haltung Russlands zu rechnen, denn die Sowjetunion war bereits entschlossen, von nun ab den deutschen Vormarsch nicht mehr zu bremsen, sondern ihn zu ihrem Vorteil auszunutzen.

Indessen gab es in der Art, wie die in Moskau vereinbarte Politik gegenüber den Nachbarländern in Kraft gesetzt wurde, einen sehr bemerkenswerten Unterschied zwischen der Diplomatie des Reichs und der der Sowjets. Nach den Rücksichten und Selbstbeschränkungen, welche ihre Genfer Politik ihr auferlegt hatte, lernte die Sowjetregierung in der Schule Hitlers recht bereitwillig die Kunst, ihre Nachbarn einzuschüchtern. Sie bediente sich ihrer unbegrenzt, indem sie ihre mündlichen und schriftlichen Äusserungen und ihre ganze Haltung der «realistischen» Aktion anpasste, durch die sie ihr Reich auszudehnen und ihre Autorität zu mehren gedachte. Um die Drohung, welche sie über Rumänien verhängen wollte, deutlicher zu machen und um dieses Land in der bessarabischen Frage zum Nachgeben zu veranlassen und es überhaupt gegenüber all seinen Forderungen gefügiger zu machen, beschränkte sie ihren Kontakt mit der rumänischen Regierung auf ein Mindestmass: der Posten des Sowjetgesandten in Bukarest blieb unbesetzt, und der rumänische Gesandte in Moskau vermochte die leitenden Männer des *Narkomindjel* nur zu erreichen, wenn es galt, Beschwerden oder Vorwürfe entgegenzunehmen. Ein Vorschlag der rumänischen Regierung, über ein Wirtschaftsabkommen zu verhandeln, wurde von den Sowjets für unzweckmässig erachtet; Molotow liess verlauten, es sei in der Sowjetunion nicht Brauch, über wirtschaftliche Probleme zu verhandeln, bevor die politischen abgeklärt worden seien.

Ganz anders war das Verhalten der deutschen Diplomaten gegenüber Rumänien. Da sie überzeugt waren, dass das scharfe Auftreten der Moskauer Regierung den deutschen Interessen besser dienen werde als den russischen, hatten sie ihrem neuen Partner die Aufgabe überlassen, den

KRIEG IM OSTEN

Nervenkrieg durchzuführen, nicht ohne ihrerseits den grössten Vorteil daraus ziehen zu wollen. Sie erboten sich gern, die Vertrauten der rumänischen Besorgnisse zu sein – nicht um ihnen Zusicherungen zu geben, denn es war ihnen unmöglich, Verpflichtungen gegen ihre Moskauer Verbündeten zu übernehmen, sondern um Rumänien zuzuflüstern, dass nur ein Wechsel der rumänischen Politik, eine «klarere» Haltung gegenüber dem Reich im Zeichen der deutschen Freundschaft den gefährlichen Ansprüchen der Sowjets einen Riegel vorschieben könnte. Im Gegensatz zur Taktik der Russen vervielfachten die Deutschen ihre Kontakte mit Rumänien: unaufhörlich entwickelten sie die wirtschaftlichen Abmachungen und schufen in Bukarest und in der rumänischen Provinz Handels- und «Kultur»-Institute.

Die Verschiedenheit der Methoden der beiden Partner sollten den Lauf der rumänischen Politik sehr tief, und zwar beide in der gleichen Richtung beeinflussen. Die Russen stiessen und die Deutschen zogen Rumänien in das System der Achse hinein.

DER TODESKAMPF
DER RUMÄNISCHEN NEUTRALITÄT

Das Ausbleiben der englischen Garantie. – Letzte Anstrengungen Rumäniens, das Gleichgewicht im Osten zu retten: die Haltung Italiens und der Türkei. – Eine bedeutsame Besprechung im Königspalais am 19. April 1940. – Der Zusammenbruch der Front in Flandern. – Zweite Besprechung im Königspalais am 29. Mai 1940: Rumänien gibt die Neutralität auf.

I.

Eingeklemmt zwischen Russlands Drohungen und Deutschlands Mahnungen, blieb Rumänien immerhin ein Stützpunkt, den die revolutionären Wogen noch nicht überflutet hatten: im Westen hielt die französisch-englische Front stand. In Syrien organisierte sich eine französische Armee. Die Türkei schien entschlossen, einen gemeinsamen Widerstand der Balkanstaaten zu unterstützen.

Es kam nun darauf an, dass diese letzte Stütze willens und in der Lage war, den neuen Drohungen, die sich aus dem Moskauer Abkommen ergaben, standzuhalten.

England und Frankreich hatten Rumänien eine Garantie gegeben. Galt diese Garantie auch für den Fall eines sowjetrussischen Angriffs?

Es war ganz klar, dass weder England noch Frankreich an die Möglichkeit eines solchen Angriffs gedacht hatten, als sie im März 1939 den Staaten des Ostens ihren Beistand anboten. Sowjetrussland war damals noch nicht in das Lager der Mächte übergegangen, welche die bestehende Ordnung mit Gewalt umstürzen wollten. Ausschliesslich die Hitlersche Politik bedrohte zu diesem Zeitpunkt den europäischen Frieden.

Aber nach dem 21. August war die Lage verändert: die Länder des Ostens standen unter einer neuen Bedrohung, welche sich bald für sie als Hauptgefahr erweisen sollte: die Sowjetunion hatte ihre Gefährten in Genf verlassen und sich durch eine verdächtige Abmachung mit dem Dritten Reich verbunden.

Der Text der englisch-französischen Garantien enthielt weder einen Vorbehalt noch eine Ausnahme. Sollte man daraus folgern, dass die Westmächte bereit waren, ihren Beistand in jedem Angriffsfall zu leisten, mochte der Angreifer Sowjetrussland oder Deutschland sein? Die englische Regierung weigerte sich, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen wortgetreu zu interpretieren. Sie fürchtete, die Solidarität zwischen der Moskauer und der Berliner Regierung zu verstärken, wenn sie ihr Garantiesystem gegen die Sowjetunion richtete. So bat sie im November 1939 durch Vermittlung von Lord Lloyd die rumänische Regierung, die Frage nach der Reichweite der Garantie nicht zu stellen, denn «die britische Regierung war nicht in der Lage, hierüber öffentliche Erklärungen abzugeben». Es schien, dass dieser Schritt nicht den Zweck hatte, die aus der Garantie sich ergebenden Verpflichtungen zu begrenzen, sondern unzweckmässige Erklärungen zu vermeiden, welche die Sowjetunion beunruhigen konnten.

Einen Monat später, am 14. Dezember 1939, unternahm Sir Reginald Hoare, der britische Gesandte in Bukarest, bei mir einen Schritt, der eindeutigeren Charakter hatte. Er eröffnete mir mündlich folgendes und überreichte mir auf mein Verlangen diese Mitteilung schriftlich: «Die Regierung Seiner Majestät hat geprüft, ob es unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei, eine solche Verpflichtung zu erfüllen (das heisst die Verpflichtung, die englische Garantie im Falle eines sowjetrussischen Angriffs in Kraft treten zu lassen); sie ist zu dem Schluss gelangt, dass diese Verpflichtung nur für den Fall eingehalten werden könne, dass die Türkei auf der Stelle Rumänien zu Hilfe käme und von Seiten Italiens keine Opposition zu befürchten wäre. Falls die rumänische Regierung in der Lage war, auf diese beiden Fragen eine positive Antwort zu geben, war die Regierung Seiner Majestät geneigt, die neue Situation sofort zusammen mit der französischen Regierung zu überprüfen, um

festzustellen, welchen Beitrag sie zur Verteidigung Rumäniens zu leisten vermöchte.» Es handelte sich also nicht mehr darum, ob eine öffentliche Erklärung über den allgemeinen Charakter der englischen Garantie zweckmässig oder unzweckmässig wäre, sondern die Grundlage der Garantie selbst war in Frage gestellt. Die britische Regierung machte «die Überprüfung der neuen Lage, um festzustellen, welchen Beitrag sie zur Verteidigung Rumäniens zu leisten vermöchte» – von zwei Vorbedingungen abhängig; und es schien, dass die rumänische Regierung gegenüber diesen Bedingungen keine bindende Verpflichtung eingehen konnte. Wie sollte sie von der Türkei das formelle Versprechen erhalten, im Fall eines sowjetrussischen Angriffs Rumänien «auf der Stelle» zu Hilfe zu kommen, während doch die Regierung von Ankara sich beständig geweigert hatte, Verpflichtungen zu übernehmen, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren? Und wie sollte sie von Italien, dem Verbündeten Deutschlands, eine Zusicherung erhalten, die England dazu dienen könnte, ein Unternehmen auf dem Balkan auszulösen?

Man konnte dem Schritt von Sir Reginald Hoare schwerlich eine andere Auslegung geben als die eines freundschaftlichen Hinweises darauf, dass Rumänien im Fall eines sowjetrussischen Angriffs nicht auf den Beistand Englands rechnen könne. Dieser Hinweis enthob zwar England seiner Verantwortung nur in Bezug auf die Angriffspläne Moskaus, machte aber tatsächlich die ganze englische Garantie unwirksam. Grundsätzlich galt diese Garantie noch immer für den Fall eines deutschen Angriffs, und dies umso selbstverständlicher, als sich England seit September 1939 im Kriege mit dem Reich befand; aber seit dem Moskauer Abkommen war die Voraussetzung eines deutschen Angriffs gegen Rumänien ganz unwahrscheinlich geworden. Deutschland hatte es nicht mehr nötig, Rumänien anzugreifen: es konnte zu seinem Ziel gelangen und dieses Land zur Nachgiebigkeit zwingen, indem es seine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion spielen liess und die Drohung, welche Moskau mit seiner Zustimmung auf die Ostgrenze Rumäniens ausübte, für sich ausnutzte. Je heftiger und gefährlicher diese Drohung wurde (und Englands Weigerung, den russischen Wünschen seine Ga-

rantie entgegenzustellen, machte diese noch beunruhigender), umso wahrscheinlicher wurde das Hineingleiten Rumäniens in die Einfluss-sphäre des Reichs. Die wohlwollende Passivität Deutschlands, die immer aggressivere Haltung Sowjetrusslands, die einschränkende Auslegung, welche England seiner Garantie gab – alles schien zusammenzuwirken, um die Pläne Berlins zu begünstigen und das friedliche Vordringen des Reichs zur Donaumündung und zum Schwarzen Meer zu erleichtern. Der Schritt von Sir Reginald Hoare hatte alles in allem die Bedeutung eines Verzichts: da England sich dem Umsturz des Gleichgewichts und den Umwälzungen, welche das deutsch-russische Bündnis im Gebiet der untern Donau hervorrief, nicht widersetzen konnte, legte es Wert darauf, sich aus dem Spiel zurückzuziehen, solange es noch Zeit war, um nicht das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Deutschen und Russen zu verstärken und um sich nicht neuen gefährlichen Feinden gegenüberzusehen.

Rumänien fühlte die letzten Hoffnungen dahinschwinden, die es noch mit dem freien Europa verbanden. Die Botschaft von Sir Reginald Hoare ermöglichte ihm, das ganze Ausmass seiner Isolierung zu erkennen. Indem Deutschland die sowjetrussische Drohung entfesselte, hatte es die englische Garantie lahmgelegt; indem England vor der russischen Gefahr zurückwich, lieferte es das Gebiet der unteren Donau und den Balkan an Deutschland aus. Das Dritte Reich zog Nutzen aus der Tatsache, dass der allgemeine Wirrwarr die deutsche Lösung als das kleinere Übel erscheinen liess; so gewann es Gelände: aus einem Angreiferstaat wurde eine Schutzmacht; einzig sein Schutz konnte noch die Gefahr des sowjetrussischen Vorstosses, wenn nicht aufhalten, so doch wenigstens begrenzen und eindämmen. Was England nicht mit der Autorität seiner Garantie tun wollte, konnte Deutschland mit Hilfe seiner guten Dienste tun: nachdem es die Rolle des Schreckgespenstes der Sowjetunion zugeschoben hatte, konnte es, in seiner Eigenschaft als Freundin, das Ungeheuer, das es eben entfesselt hatte, streicheln und besänftigen.

Trotzdem war die rumänische Regierung noch nicht so weit, ihre Zuflucht bei einer Stütze zu suchen, deren Preis sie wohl kannte. Sie war entschlossen, bis zum Ende für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen. Die

Hilfe, welche England im Voraus zuzusichern sich weigerte, konnte Rumänien unter dem Druck der Tatsachen zufallen, wenn England sich eines Tages darüber klar würde, dass das russische Vorgehen auf dem Balkan nicht von dem deutschen Vorgehen zu trennen sei und dass es, genau wie die Politik Berlins, die Interessen und Positionen Grossbritanniens im Nahen Osten bedrohte. Solange England seine Stellungen hielt und entschlossen war, seine Interessen zu verteidigen, solange war es für Rumänien, wie für die andern Staaten der Balkanentente, immer noch möglich, eine Politik der Unabhängigkeit zu verfolgen und dem Druck zu widerstehen, welchen die beiden Partner des Moskauer Abkommens mit verschiedenen Mitteln an den Grenzen ausübten. (Englands Stellungswechsel im Augenblick des finnischen Krieges rechtfertigte zum Teil eine solche Überlegung.)

Ich antwortete also mündlich und schriftlich Sir Reginald Hoare, die rumänische Regierung halte die Formulierungen der englischen Garantie für eindeutig und klar und sei der Ansicht, dass diese Formulierungen keinen Vorbehalt ausdrückten und auf keine Ausnahme anspielten. Ich erinnerte gleichfalls an die Loyalität, welche die Türkei stets Rumänien gegenüber bewiesen habe, wie an die Haltung Italiens, das dem Eindringen der Sowjets in das Donaubecken und auf den Balkan so eindeutig feindlich gesinnt sei.

Die rumänische Regierung versäumte nicht, bei den Regierungen in Rom und Ankara Erkundigungen einzuziehen, in welcher Art ihre Staaten im Falle eines Angriffs der Sowjetunion auf Rumänien reagieren würden. Das Ergebnis dieser Anfragen war sehr befriedigend.

Die Türkei hatte anlässlich des langen und ergebnislosen Aufenthalts Saradschoglus in Moskau begriffen, dass die Sowjetunion auf dem Balkan eine neue Politik eingeschlagen hatte. In erster Linie bedrohte diese Politik Rumänien. Aber die Türken wussten seit langer Zeit, dass die Schläge, welche Russland an der Donaumündung führte, bis an die Meerengen und mitten ins Herz des alten Reiches der Sultane zu spüren sein mussten. So versicherte Saradschoglu dem rumänischen Botschafter, dass «das Bestehen Rumäniens von grösster Bedeutung für die Türkei sei; das Schicksal der beiden Länder sei aufs Engste miteinander ver-

bunden, und jede Gefahr, die Rumänien bedrohe, müsse unter dem Gesichtswinkel einer gemeinsamen Gefahr geprüft werden». Der türkische Aussenminister sprach sich gegenüber dem Sowjetbotschafter Terentjef ebenso kategorisch aus, als dieser ihn im Dezember 1939 fragte, was die Türkei unternehmen würde, falls die Sowjetunion sich veranlasst sähe, gegenüber Rumänien «gewisse militärische Massnahmen» zu ergreifen. Mit ausdrücklicher Zustimmung der türkischen Regierung hatte Saradschoglu geantwortet, die Türkei sei am Frieden Rumäniens interessiert und beabsichtige, die Verpflichtungen, welche sie im Zusammenhang mit der englisch-französischen Garantie für dieses Land übernommen habe, einzuhalten.

Die gleichen Gefühle der Solidarität gegenüber ihren Nachbarn und Verbündeten bekräftigte die Türkei bei Gelegenheit der Balkankonferenz, die am 2. Februar 1940 in Belgrad zusammentrat. Auf Vorschlag Saradschoglus, den der griechische Ministerpräsident Metaxas warm unterstützte, beschloss der Rat der Balkanentente, die Generalstäbe der vier verbündeten Länder sollten einen gemeinsamen Verteidigungs- und Widerstandsplan gegenüber allen voraussehbaren Angriffsmöglichkeiten aufstellen. Dieser Beschluss stellte den Höhepunkt der Zusammenarbeit auf dem Balkan dar.

Italiens Zusicherungen waren noch kategorischer. Die Regierung in Rom war ihrem Achsenpartner auf dem Wege der Abmachungen mit der Sowjetunion nicht gefolgt. Sie hatte ihre feindliche Haltung gegenüber der Ideologie und der Politik der Sowjets bewahrt. Diese Feindseligkeit, welche die Ratschläge des Herrn von Ribbentrop nicht zu mildern vermochten, hatte sich im Laufe des Winters 1939/40 noch verschärft. Am 8. Dezember 1939 hatte der Grosse Faschistenrat erklärt, dass «alles, was im Donaubecken und auf dem Balkan geschieht, Italien unmittelbar interessiert». Einige Tage später, am 16. Dezember, betonte Graf Ciano in einer Rede die bolschewistische Gefahr, die der Duce in Italien wie in Spanien immer bekämpft hätte. Zur gleichen Zeit erklärte Graf Ciano dem ausserordentlichen Gesandten des rumänischen Königs, einem frühem Aussenminister, Italien sei entschlossen, Rumänien im Falle eines sowjetrussischen Angriffs mit Waffen, Munition und

DER TODESKAMPF DER RUMÄNISCHEN NEUTRALITÄT

Flugzeugen zu Hilfe zu kommen. Der italienische Aussenminister verhehlte auch mehreren in Rom akkreditierten fremden Botschaftern seine Absichten nicht und wiederholte sie am 10. Januar 1940 feierlich gegenüber dem rumänischen Gesandten Bossy. «Italien», so erklärte Ciano, «hat den bewaffneten Widerstand Spaniens und Finnlands gegen den Bolschewismus unterstützt. Es wird für Rumänien das Gleiche tun. Und dies umsomehr, als Italien in Finnland und Spanien nur indirekte Interessen hatte, während es unmittelbar daran interessiert ist, Rumänien zu stützen, diesen ersten Schutzwall gegenüber der Sowjetunion, deren Drohung sich auf den ganzen Balkan ausdehnt, auf dem Italien den Platz einer Grossmacht errungen hat und zu bewahren gedenkt.»

So kategorisch die italienische und die türkische Zusicherung gewesen sein mochten, so hingen sie doch von gewissen Umständen ab.

Italien konnte sich den Luxus einer der deutschen entgegengesetzten Haltung zur Sowjetunion nur solange erlauben, als es ausserhalb des europäischen Krieges blieb. Seine Sonderstellung als «nicht kriegführende» Grossmacht gab ihm in seiner Beziehung zu Deutschland eine gewisse Freiheit in Wort und Tat, die vielleicht mehr Schein als Wirklichkeit war, die es aber auszunutzen gedachte, um sein Prestige auf dem Balkan zu vermehren. So ermutigte Italien den Widerstand gegen die sowjetrussische Drohung noch zu einem Zeitpunkt, in welchem sein Verbündeter, das Reich, in Bukarest zur Vorsicht und sogar zur Resignation riet. Aber die Aufforderung, welche Rumänien in Übereinstimmung mit den andern Staaten der Balkanentente an die italienische Regierung richtete – sie solle sich entschlossen an die Spitze einer Gruppierung neutraler Staaten stellen, um den Balkan und das Mittelmeerbecken vor einer Ausdehnung des Krieges zu bewahren – wurde von Rom abgelehnt; das bewies, dass Italien schon Verpflichtungen eingegangen war, die es zwingen konnten, aktiveren Anteil am Konflikt zu nehmen. Und wenn es in den Krieg eintrat, so musste es sich aller Wahrscheinlichkeit nach in allen Punkten der deutschen Politik anpassen und konnte gegenüber der Sowjetunion keine unabhängige Haltung mehr bewahren.

Die Unterstützung, welche die Türkei Rumänien versprochen hatte, war an die englisch-französische Garantie gebunden. Die Türkei nahm an dieser Garantie nicht auf der gleichen Stufe wie die beiden Garanten teil; sie war nur an die Ausführung der Garantie angeschlossen. Wenn infolgedessen England und Frankreich nicht in der Lage waren, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so war die Türkei nicht gehalten, Beistand zu leisten. Die türkischen Staatsmänner hatten um ihren Beitrag zu einem Werk der Sicherheit und der regionalen Solidarität nicht gefeilscht; aber sie hatten mit Vorsicht gehandelt: sie hatten die Türkei nicht dem Risiko ausgesetzt, allein die Gefahren einer gewagten Aktion auf sich zu nehmen, sondern hatten seine Teilnahme an das Zustandekommen militärischer Operationen der Engländer und Franzosen gebunden.

Es war übrigens nur allzu augenfällig, dass die Balkansolidarität gegenüber der doppelten deutschen und sowjetrussischen Bedrohung nicht in Kraft treten konnte, wenn sie nicht durch die Westmächte solide gestützt war. Jedes der Länder der Vierer-Entente stand einer Hauptgefahr gegenüber, auf die es seine Aufmerksamkeit richten musste: Griechenland fürchtete Italien; Jugoslawien hatte Angst vor Deutschland; Rumänien spürte immer stärker den Druck der russischen Gefahr. Diese von verschiedenen und entgegengesetzten Seiten kommenden Drohungen machten die Zusammenarbeit auf dem Balkan ganz besonders schwierig und riefen in Bulgarien einen immer deutlicheren Widerstand gegenüber seinen Nachbarn hervor. Tatsächlich wurde Bulgarien, auf dessen «verdächtige Tendenzen» schon Potemkin aufmerksam gemacht hatte, durch das Moskauer Abkommen und die sich aus ihm ergebende deutsch-russische Zusammenarbeit ermutigt, sich von den politischen Bemühungen seiner Nachbarn fernzuhalten. Seine immer abweisendere Haltung und seine immer grösseren Ansprüche machten die Pläne territorialer Konzessionen, durch welche die Balkanentente (man hatte auf der Belgrader Konferenz ernsthaft darüber gesprochen) seine Mitarbeit zu gewinnen dachte, sinnlos und gefährlich.

Einzig und allein die Zusicherung einer wirksamen politischen und militärischen Hilfe von Seiten Englands und Frankreichs, die im östlichen Mittelmeer starke Kräfte zu Lande und zur See vereinten, konnte

DER TODESKAMPF DER RUMÄNISCHEN NEUTRALITÄT

die Staaten der Balkanentente ermutigen, solidarisch allen diesen Gefahren zugleich ins Auge zu sehen. So mussten sich die Arbeiten der alliierten Generalstäbe, die auf Grund der Initiative Saradschoglus in Belgrad unternommen wurden, mit einem weiterreichenden militärischen Plan verbinden, welchen die Führung der englisch-französischen Kräfte im Nahen Osten für die Verteidigung des Balkans vorbereitete. Es war deutlich, dass ein koordinierter gemeinsamer Widerstand der Balkanstaaten in allererster Linie von den Möglichkeiten der Verwirklichung eines solchen Planes abhing.

Das Verteidigungssystem, welches die rumänische Regierung unter tausend Anstrengungen gegenüber den Gefahren, die sich aus dem Moskauer Abkommen ergaben, aufzurichten vermocht hatte, war also bei weitem nicht vollkommen. Rumänien verfügte über eine englisch-französische Garantie; aber diese Garantie war gegen die deutsche Bedrohung gerichtet, welche die weniger dringende schien, und deckte Rumänien nur ungenügend gegen die sowjetrussische Gefahr, welche unmittelbar drohte. Der türkische Beistand, ebenso wie die Unterstützung durch die Balkanentente, hing von der Aktion der Westmächte ab. Die Ermutigungen Italiens schliesslich hatten nur solange Wert, wie Italien nicht seine Haltung als nichtkriegführende Macht aufgab.

Aber so ungewiss dieses Sicherheitssystem war, so hielt sich doch Rumänien entschlossen daran, denn es war sein einziges Mittel, sein Territorium und seine Unabhängigkeit zu verteidigen – unter Gefahren, deren Ausmass es kannte. Jede andere Politik wäre nicht nur seinen Gefühlen zuwider gelaufen, sondern auch jenem sehr sicheren Instinkt, der es durch die vergangenen Prüfungen hindurchgeleitet hatte, indem er das Land von den revolutionären Strömungen fernhielt und es ermunterte, seine Stütze bei den europäischen Kräften zu suchen, deren Absicht es war, auf dem Kontinent eine Rechtsordnung aufrechtzuerhalten.

Eine Verständigung mit Moskau zu finden, war ihm unmöglich. Die Sowjetunion drohte, sie diskutierte nicht. Hätte sie selbst diskutiert, so wäre sie doch nicht in der Lage gewesen, ihren Ansprüchen eine Grenze zu setzen. Sie forderte Bessarabien zurück; aber Bessarabien

umschloss die Donaumündung; und der Besitz der Donaumündung bedeutete die Herrschaft Moskaus über Osteuropa. Jedes Zugeständnis, das Rumänien in diesem Gebiet auf Kosten seiner ältesten Rechte und seiner wichtigsten Grenzen machte, musste dazu beitragen, eine Ordnung umzustossen, welche die Garantie seiner Existenz selbst war. Ein solches Opfer konnte übrigens zu nichts dienen. Die Unterstützung der Sowjets konnte nicht durch Zugeständnisse gewonnen werden; nach dem Moskauer Abkommen hatte die Sowjetunion alles Interesse, dem Grundsatz der Teilung treu zu bleiben: wie sie ihren Teil von den deutschen territorialen Gewinnen zu nehmen gedachte, so konnte sie Deutschland nicht gewisse Kompensationen abschlagen, wenn es ihr selbst gelang, sich vorteilhafter Stellungen zu bemächtigen. Die Karten waren zwischen den beiden Partnern so verteilt, dass ein Zwischenstaat, der auf die Sowjetkarte setzte, mit Sicherheit auf beiden Seiten verlor.

Der gleiche Grund sprach gegen ein engeres Abkommen mit Deutschland. Das Reich konnte nicht verteidigen, was es schon verteilt hatte. Allerhöchstens war es ihm möglich, Rumänien für die Abtretung einer Provinz an die Sowjetunion damit zu trösten, dass es den Rest dieses Landes unter seinen Schutz nahm. Man hätte sagen können, dass diese Lösung gegenüber der ersten einen Vorteil habe. In dem Masse, in dem Deutschland militärische Erfolge erzielte, wurde es weniger auf Teilung erpicht und wünschte, den Teil, welchen es den Sowjets vorbehalten hatte, strikt zu begrenzen. Es war erlaubt zu hoffen, dass der Schutz des Reiches Rumänien das allerschrecklichste Schicksal ersparen könnte: einer ständigen und fortgesetzten Zerstücklung bis zur vollkommenen Vernichtung seiner selbständigen Existenz unterzogen zu werden. Es gab da vielleicht ein Element der Sicherheit in der Unterwerfung, dessen Preis gewiss hoch war, dessen Wert aber manchen unleugbar erscheinen konnte.

Indessen war Rumänien noch nicht so weit, seine Sicherheit so teuer zu bezahlen. Unter Drohungen, die es von allen Seiten belauerten, stemmte es sich und wahrte mit Festigkeit eine Politik der Unabhängigkeit, deren sämtliche Gefahren es im Voraus akzeptiert hatte. Diese Gefahren bestanden darin, auf zwei Fronten kämpfen zu müssen, gegen

zwei furchtbare Gegner, die sich schon auf seine Kosten verständigt hatten, während seine Bundesgenossen und Freunde ihm keine wirkliche Hilfe geben konnten. Höchstens blieb ihm die Möglichkeit – und das war die ganze Hoffnung, die es belebte – sich mit seiner Armee auf vorbereitete Stellungen zurückziehen zu können, wo ihm dann die Balkanstaaten und die Engländer und Franzosen zu Hilfe kommen könnten.

Die Regierung wusste, dass diese kühne Politik, die ihr durch die Ereignisse ebenso aufgezwungen wurde wie durch die Traditionen des jungen rumänischen Staates, die Billigung der grossen Mehrheit der Nation besass. Gewisse Strömungen zugunsten Deutschlands schienen in letzter Zeit die öffentliche Meinung beunruhigt zu haben; aber sie hatten keinen der Männer, die für die Politik des Landes verantwortlich waren, beugen können und hatten die Massen des Volkes nicht beeinflusst. Jedes Mal, wenn die Regierung dem Parlament die grossen Linien ihrer Politik bekanntgegeben hatte, jedes Mal, wenn sie im Kronrat (in den kritischsten Stunden versammelte der Herrscher die ehemaligen Ministerpräsidenten und die hohen Würdenträger der Krone um sich) die Aussichten und die Einzelheiten erläuterte, hatte sich die vollkommene Einmütigkeit kundgetan. Es war unleugbar, dass die Entscheidung der Regierung, jedem Angriff auf die Integrität des Territoriums oder auf seine Souveränität mit Gewalt zu widerstehen, vom Lande vollständig gebilligt wurde.

Am 19. April 1940 rief der König in seinem Palais den Ministerpräsidenten, den Aussenminister und den Hofminister zu einer Besprechung zusammen. Ein Verzeichnis der verschiedenen Möglichkeiten, die Rumänien angesichts der drohenden Gefahren zu prüfen hatte, war aufgestellt worden. Es handelte sich nicht darum, neue Entscheidungen zu treffen, sondern die Haltung, welche die bis dahin verfolgte nationale Politik in jedem besonderen Fall erforderte, vorher festzulegen, um Zögern und Verwirrung in der entscheidenden Stunde zu vermeiden. Die Beschlüsse der Beratung wurden in kurzen Worten mit Bleistift neben jedem Punkt des vom König vorgelegten Verzeichnisses eingetragen.

KRIEG IM OSTEN

Dieses Dokument ist noch in meinem Besitz. Im Paragraphen 3 sieht es folgende Möglichkeiten voraus:

1. *Deutscher Angriff* (ohne Eingreifen der Sowjetunion).
 - a) In Folge eines Ultimatum (um Truppen durchmarschieren zu lassen).
 - b) Durch einen plötzlichen Angriff.
 - c) Durch einen mit einem ungarischen Überfall verbundenen Angriff.

Folgt der Beschluss:

«*Wir schlagen uns.*»

2. *Sonjetrussischer Angriff.*

- a) Ohne Kriegserklärung.
- b) In Folge einer Begünstigung von Unruhen in Bessarabien.
- c) Durch Eindringen in Bessarabien unter dem Vorwand, im Fall eines deutsch-ungarischen Angriffs im Westen «das Land zu befrieden».

Beschluss des Rates:

«*Bewaffneter Widerstand.*»

All dies war nicht der einfache Ausdruck eines mutigen, aber inhaltlosen Widerstandswillens. Die Massnahmen für die Verteidigung standen nicht nur auf dem Papier. Die rumänische Armee, welche seit Beginn des europäischen Krieges mobilisiert war, war so vorbereitet, dass sie sich dem ersten Stoss – mochte er aus Ost, Nord oder Westen kommen – widersetzen und sich dann auf Verteidigungsstellungen zurückziehen konnte, wo die erwarteten Verstärkungen von draussen sie erreichen könnten. Alle technischen und militärischen Vorbereitungen waren getroffen, um, wenn nötig, die Industrieanlagen und die Erdölquellen in Brand zu stecken.

So lange es noch irgendwo ein Europa gab, an das man sich, wenn auch um den Preis schwerster Opfer, anlehnen konnte, so lange würde Rumänien trotz dem unsicheren Charakter der ihm von seinen Freunden versprochenen Hilfe und trotz der britischen Ankündigung (welche Sir Reginald Hoare am 14. Dezember 1939 übermittelt hatte und die «de facto» jede Verpflichtung auf hob) bei seinem Willen verharren, alles aufs

Spiel zu setzen, um mit den Waffen seine nationale Unabhängigkeit und seine loyale Politik gegenüber der europäischen Rechtsordnung zu verteidigen¹⁾.

II.

Leider war der Tag nahe, da die letzte Hoffnung, welche man auf die Unterstützung Europas gesetzt hatte, dahinschwinden sollte.

Am 10. Mai 1940 griffen die deutschen Armeen an der Westfront an. In wenigen Wochen schlugen sie die Niederlande, Belgien und den englisch-französischen Widerstand in Flandern nieder. Schon war der völlige Zusammenbruch Frankreichs vorauszusehen. Die letzten englischen Divisionen verliessen den Kontinent. Général Weygand wurde aus Syrien abberufen; die Armee, die er dort zurückliess, würde ohne Zweifel in dem allgemeinen Sturm verschwinden. Der Balkan verlor die entscheidende Stütze der englisch-französischen Kräfte im östlichen Mittelmeer: die Türkei war immer noch bereit, ihren Freunden beizustehen, aber sie war lahmgelegt; Bulgarien, das gestern noch ein verdächtiger Nachbar war, dessen Mitarbeit man trotz allem zu gewinnen oder zu erzwingen hoffen konnte, wurde ein unüberwindliches Hindernis.

Rumänien sass wie in einer Mausefalle. In der Ferne bereitete sich sein teuerster Verbündeter, Frankreich, dessen Vorbild und ruhmreiche Traditionen immer eine unerschöpfliche Quelle moralischen Mutes und Widerstandsgeistes gewesen waren, auf die Kapitulation vor. Die Nachbarstaaten zogen sich auf sich selbst zurück und suchten in der Isolierung ein trügerisches Heil. Während die alten Drohungen sich zuspitzten, erhoben sich rings um Rumänien, von allen Seiten, Schranken.

Erforderte nicht eine so plötzlich und von Grund auf veränderte Lage, dass auch Rumänien seinerseits seine Haltung wechselte?

Am 29. Mai berief König Carol die gleichen Mitarbeiter, mit denen er, vierzig Tage vorher, die genauen Formeln des rumänischen Widerstandes festgelegt hatte, in sein Arbeitszimmer. Auf dem Tisch des Königs

¹⁾ Siche Anhang 1.

lag ein Telegramm: es meldete die Kapitulation von König Leopold und der belgischen Armee.

Der König stellte die Frage: galt es, bei einer Neutralität zu verharren, in die von allen Seiten Breschen geschossen waren, oder musste man eine Anstrengung unternehmen, um «sich der Wirklichkeit anzupassen»?

Zwei entgegengesetzte Meinungen wurden geäußert.

Nach der ersten musste sich Rumänien, da es die Gefahren nicht überwinden konnte, den Geschehnissen beugen. Deutschland war von nun ab Herr über den Kontinent: man musste einen Ausgleich mit ihm finden. Die Hauptdrohung, die tödlich sein konnte, kam aus dem Osten. Die Sowjetunion verhehlte nicht ihre Absicht, Bessarabien zurückzunehmen und zur Donau vorzudringen. Welche Kraft konnte man ihr entgegensetzen, um ihren Ansturm aufzuhalten oder wenigstens zu begrenzen? Auf den Westen war nicht mehr zu rechnen: Frankreich lag zu Boden; England war vom Kontinent verjagt und erwartete den letzten Sturmangriff. Die Bande zwischen den Balkanvölkern hatten sich gelöst: jeder dachte an sich selbst und wandte seinen Blick vom Unglück des Nachbarn ab. Unter diesen Umständen allein Widerstand zu leisten, war unmöglich. Die Überlegenheit der Sowjetkräfte war erdrückend, aber das war noch nicht alles; man musste erwarten, dass die Ungarn, vielleicht sogar die Bulgaren, während man am Dnjestr und am Pruth kämpfte, von hinten den Gnadenstoss zu geben suchten. Deutschland würde nicht mit gekreuzten Armen Ereignissen zuschauen, die seine Erdölversorgung in Gefahr brachten. Zweifellos würde es eingreifen, um «die Ordnung wieder herzustellen». Das bedeutete Besetzung – Teilung. Und es gäbe kein Mittel, diesem düsteren Geschick zu entgehen, denn alle Rückzugswegen wären abgeschnitten. Weder das feindliche Ungarn noch das unsichere Bulgarien würden den Durchmarsch gestatten oder ein Asyl bieten. Die Repräsentanten des Staates und die Reste der Armee konnten ihren Widerstand an keinen andern Punkt tragen; sie würden kein fremdes Schutzdach aufsuchen können, um dort bis zum Ende standzuhalten. Wohin sollte man übrigens gehen? England, das selbst mit tödlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, nahm wohl Flüchtlinge aus Ländern auf, die von Deutschland besiegt worden waren; aber würde es

DER TODESKAMPF DER RUMÄNISCHEN NEUTRALITÄT

ebenso Flüchtlinge aus Staaten aufnehmen, die mit der Sowjetunion im Krieg lagen? Nichts war weniger gewiss. England hatte keinerlei Interesse daran, in diesen kritischen Augenblicken die Zahl seiner Feinde zu vermehren.

Immer nach dieser Auffassung musste Rumänien den Tatsachen Rechnung tragen. Es war ein kontinentales Land und konnte sich nicht dem Gesetz entziehen, das auf dem Kontinent lastete. Die Norweger und Holländer, die Belgier und Griechen konnten auf dem Meer und jenseits des Meeres Zuflucht suchen, um bessere Zeiten abzuwarten. Die Rumänen konnten nirgends das freie Meer erreichen. Sie waren im Innern des Kontinents gefangen. Noch war Deutschland, der Sieger über Europa und Herr des Kontinents, Rumänien nicht feindlich gesinnt. Man durfte es nicht dahin kommen lassen. Solange es noch Zeit war, musste man, ohne um den Preis zu knausern, seine Gunst zu gewinnen suchen. Deutschland allein war in der Lage, für Rumänien das Sowjetproblem zu regeln. Aber es hatte keinerlei Grund, dies zu tun, solange Rumänien ihm gegenüber an seiner strikten Neutralität festhielt. In einem Kampf neutral zu bleiben, den Deutschland, zumindest auf dem Kontinent, schon gewonnen hatte, bedeutete, sich in eine gefährliche Isolierung zu begeben, ja sogar, sich gegen die Wirklichkeit aufzulehnen. Deutschland konnte nicht helfen, wenn man es nicht darum bat. Und man konnte nichts erbitten, wenn man neutral blieb. Man musste also einen Schritt auf dem Wege nach Berlin tun, musste seine Freundschaft anbieten und Unterstützung gegen die Sowjetdrohung erbitten.

Die andere Ansicht wüdersetzte sich rundweg einer politischen Schwenkung. In einer so kritischen Lage schien ihr nichts gefährlicher als ein solcher Kurswechsel. Das hiess, auf die einzige wirkliche Stütze zu verzichten, die bis dahin Rumänien durch alle Prüfungen geführt hatte: den Glauben an seine nationale Sache. Rumänien hatte niemals irgendeine Feindseligkeit gegenüber Deutschland bekundet. Es hatte ganz im Gegenteil seinen Versöhnungswillen bewiesen, indem es dem Reich erlaubte, dank einem vorteilhaften Wirtschaftsabkommen die Schätze und Reichtümer des rumänischen Bodens, die es nötig hatte, auszunutzen. Rumänien hatte gleichfalls eine wohlwollende Neutralität inne-

gehalten. Es hatte also alles getan, um friedliche Beziehungen zum Reich zu sichern. Ein Schritt weiter in Richtung Berlin wäre ein Schritt zuviel. Er erschien, gerade unter den schwierigen Umständen, als eine Geste innerer Unruhe, als Zeichen eines schlechten Gewissens. Rumänien käme in den Verdacht, seine politische Vergangenheit ableugnen zu wollen; es nähme damit nicht vorhandene Fehler auf sich und gäbe denen Vorwände, die versuchen würden, es seinen Kurswechsel teuer bezahlen zu lassen. Wenn ein neutrales Land aus freien Stücken auf seine Neutralität verzichtete, so war das fast eine Kapitulation. Es bedeutete, sich jedes Mittels zum Widerstand und zur Bekundung eines Unabhängigkeitswillens zu entblößen. Eine Preisgabe würde der andern folgen. Die Neutralität war der Markstein, der Rumänien hinderte, auf die Bahn abzugleiten, auf die alle besiegten Länder geraten waren: den Markstein umstürzen hieß, dieses verhängnisvolle Abgleiten hervorrufen.

Und welche Garantie hatte man, dass es genügen würde, Deutschlands Partei zu ergreifen, damit Deutschland Rumäniens Partei ergriffe?

Welche Hilfe gegen die Drohung der Sowjets konnte man vom Deutschen Reich erwarten? Berlin und Moskau waren Freunde. Die deutsche Regierung legte Wert auf diese Freundschaft; sie benutzte sie zu ihrem Vorteil und war entschlossen, den Preis dafür zu zahlen. Niemals hatte sie verhehlt, dass es ihr unmöglich wäre, gegen die Sowjetunion bewaffnete Hilfe zu leisten. Gewiss hatte Deutschland ein Interesse daran, dass die Sowjetunion nicht in Rumänien einfiel und ihre Herrschaft nicht auf das Becken der untern Donau ausdehne. Sie hatte ein noch dringenderes Interesse, einen Zusammenstoß auf rumänischem Gebiet zu vermeiden, der die Erdölquellen und -industrien im Prahova-Tal in Gefahr bringen konnte. Aber diese Interessen würde Deutschland verteidigen, wenn es die Möglichkeit dazu hätte, oder opfern, wenn es darin einen Vorteil sähe – ohne dass eine neue Haltung Rumäniens Deutschlands Haltung beeinflussen und seine Entschlüsse verändern könnte. Das einzige Mittel, Deutschland zum Widerstand gegen einen Sowjetangriff auf Rumänien anzureizen, war, es davon zu überzeugen, dass der Widerstand Rumäniens erbittert sein würde und unfehlbar die völlige Zerstörung der Erdölindustrie in sich schlosse.

DER TODESKAMPF DER RUMÄNISCHEN NEUTRALITÄT

Wenn die Preisgabe der Neutralität Rumäniens zugunsten Deutschlands an der Politik des Dritten Reichs gegenüber der Sowjetunion nichts zu ändern vermochte, so war es hingegen möglich, dass dieser Entschluss eine schlechte Wirkung auf die Politik der Sowjets ausübte. Wenn Moskau erkannte, dass Rumänien Deutschland in die Arme glitt und dass Deutschland sich in Rumänien festsetzte, so konnte es versucht sein, sein Eingreifen in die Donaufragen zu beschleunigen. Die rumänische Neutralität war für die Sowjetunion und das Reich – mochten sie nun Gegner oder Freunde sein – die Garantie für ein Gleichgewicht, an dessen Bruch sie kein Interesse hatten, nicht einmal, um ihren Plan der Teilung von Einflusszonen auszuführen. Rumänien hatte noch weniger Interesse, einen Bruch des Gleichgewichts herbeizuführen: er drohte ja, sich auf seine Kosten zu vollziehen.

Das Klügste war also, den Widrigkeiten Trotz zu bieten, indem man versuchte, weiterhin eine Politik der Unabhängigkeit zu verfolgen. Die Lage war gewiss schwer. Die Preisgabe der Neutralität konnte sie etwas erleichtern, aber sie barg um den Preis schmerzlicher Opfer mehr Gefahren als Vorteile.

König Carol hatte im Voraus alle Seiten des Problems erwogen. Mit Bedauern, aber entschlossen sprach er sich für die erste der beiden Ansichten aus. Hatte er, durch Vermittlung des Hofministers, von Seiten offiziöser deutscher Agenten Zusicherungen erhalten, die seine Regierung nicht kannte? Tatsache ist, dass er, der bis dahin auf dem Wege der Neutralität niemals gezauert und sich nie Illusionen über die wirkliche Bedeutung der «Protektion» des Dritten Reichs gemacht hatte, der Ansicht war, die Gefahr, welche das Dasein selbst des rumänischen Staates bedrohte, sei derart, dass man keine Zeit mehr verlieren dürfe. Der Westen, der in Europa eine Ordnung aufrechterhalten hatte, welcher Rumänien immer treu geblieben war, bestand nicht mehr. Um zu leben und zu überdauern, musste man zwischen den beiden Kräften wählen, die noch blieben: zwischen dem Reich und der Sowjetunion. Die Bedrohung seitens der Sowjets zwang Rumänien, sich für Deutschland zu entscheiden. Man musste dementsprechend handeln.

Da meine Ansicht verworfen worden war, bat ich den König, mich

meines Amtes zu entheben. Er versuchte, mich zurückzuhalten, denn er war der Ansicht, wir alle müssten bis zum Ende erfüllen, was er für eine peinliche Pflicht ansah. Mit einer Stimme, die seine innere Erregung verriet, fügte er hinzu: «Als ob mir das Vergnügen machte!» Da ich auf meinem Wunsch beharrte, das Aussenministerium zu verlassen, wurde zwei Tage später meine Demission angenommen.

Die Würfel waren gefallen: nachdem Rumänien verzweifelt gekämpft hatte, um seine unabhängige Haltung zu bewahren, fügte es sich darein, sich der Wirklichkeit «anzupassen».

Der Anteil, den ich an diesen letzten Ereignissen genommen habe, erlaubt mir, in voller Kenntnis der Dinge eine Entscheidung zu beurteilen, die ich bekämpft hatte, die ich später bedauert habe, deren Folgen ich immer beklage, aber die zu verurteilen mir unmöglich ist. Der Tag, an dem der König mit seinen Beratern die Politik Rumäniens erneut zu prüfen hatte, sah das Land allein; sein Isolierung war vollständig und drohte endgültig zu sein. Es war nicht mehr in der Lage, irgendeine Verpflichtung gegenüber seinen Freunden zu erfüllen, noch an seine Freunde zu appellieren, damit sie ihre Zusagen ihm gegenüber erfüllten. Es war jeder Verpflichtung ledig und allen Gefahren ausgesetzt. So lange sich der Kreis der Feindschaften nicht vollständig um Rumänien geschlossen hatte, hatte es beherzt alle inneren Besorgnisse zurückgewiesen und alle Warnungen, die von aussen kamen, zur Seite geschoben, um die gerade Linie seiner Politik festzuhalten. Nach dem Zusammenbruch der englisch-französischen Front, der nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Europas einen Bruch des Gleichgewichts herbeigeführt hatte, hatte sich die Zange, welche durch das Moskauer Abkommen geschmiedet worden war, von beiden Seiten geschlossen. Das einzige Problem, welches sich den Männern, die Rumänien regierten, noch stellte, war: wie konnte man diesem verhängnisvollen Druck begegnen? Musste man den Absichten der Partner des Moskauer Abkommens nachgeben und sich vor den Folgen einer Teilung beugen, welche sie ohne den geringsten Zweifel auf Kosten Rumäniens festgelegt hatten? In diesem Fall konnte das freiwillige Hinübergleiten Rumäniens auf die deutsche Seite gewisse Vorteile haben. Oder musste man im Gegenteil darauf bauen, dass den leitenden Männern

DER TODESKAMPF DER RUMÄNISCHEN NEUTRALITÄT

der Sowjetunion die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Osten schliesslich wichtiger sein würde als die unmittelbaren Gewinne einer Teilung? In diesem Fall war es für Rumänien günstiger, seine Neutralität beizubehalten. Mit einem Wort, musste man sich der Komplizität zwischen Deutschen und Sowjets anvertrauen oder auf ihre Rivalität setzen? Beide Lösungen bargen tödliche Gefahren in sich. Wer könnte es wagen, die Männer zu verdammen, welche sich nicht ohne Widerwillen bereit fanden, die eine Lösung der andern vorzuziehen?¹⁾

Es gäbe mehr Gründe, die letzten Minister Königs Carols zu tadeln: durch ihren übertriebenen Eifer und ihre unangebrachte Begeisterung haben sie sich bemüht, der Preisgabe der rumänischen Neutralität den Charakter eines spontanen Anschlusses an die Kriegsziele des Dritten Reichs zu geben. Ihre schnelle Bereitwilligkeit, die Politik der Würde und der nationalen Unabhängigkeit, welche Rumänien bis dahin befolgt hatte, zu verdammen, ihre fieberhafte Hast, sich dem geringsten Begehren des Reiches diensteifrig zu unterwerfen, mussten das Land in der schmerzlichsten Periode seiner Geschichte jedes moralischen Halts und jeder Widerstandsmöglichkeit berauben. Sie handelten, als wäre Deutschland von nun ab die einzige Stütze für Ordnung, Recht und Billigkeit. Man brauchte indessen nicht viel Scharfsinn, um sich Rechenschaft zu geben, was die Neuordnung für Rumänien bedeutete: Zerstückelung und Unterwerfung.

Aber selbst hier ist Tadel überflüssig. Die Männer, die der politische Kurswechsel ans Staatsruder Rumäniens gebracht hatte, waren nur noch die Vertreter seiner Ohnmacht. Ihre Aufgabe war, im Namen des Landes alles hinzunehmen, was das Land nicht wollte, aber was es nicht mehr verweigern konnte. Das Land wollte nicht seine Sache mit einer

¹⁾ In Wirklichkeit handelte es sich nicht einmal darum, zwischen dem Reich und der Sowjetunion zu wählen. Indem die beiden Partner des Moskauer Abkommens gemeinsam die Neuordnung im Osten regelten, hatten sie selbst das Problem umrissen: durch ein ausgesprochenes oder stillschweigendes Übereinkommen hatten sie die Anteile unter sich verteilt. Es handelte sich nur darum, zu entscheiden, ob man sich dieser «Neuordnung» unterwerfen oder sich bemühen musste, ihre Verwirklichung hinauszuschieben.

KRIEG IM OSTEN

fremden Sache gleichsetzen. Es wollte weder seine Freunde verleugnen noch seine Überzeugungen preisgeben. Aber das Moskauer Abkommen, dem es Umstände unterworfen hatten, welche stärker waren als sein Wille, hatte über Rumänien verfügt und zwang es auf einen Weg, auf dem es sich nicht mehr um Wollen handelte.

Das Drama, welches Rumänien durchlebte, hatte gewiss einen besonderen und besonders schmerzlichen Charakter, aber es besass einen gemeinsamen Zug mit dem Drama aller Länder, welche in den unerbittlichen deutsch-sowjetrussischen Schraubstock geraten waren: durch das Schicksal schien es ausserhalb aller Zufälligkeiten persönlicher Art gestellt.

RUMÄNIEN UND DIE SOWJETUNION

I.

Das Ultimatum vom 26. Juni 1940. – Meine Mission in Moskau. – Eine Auseinandersetzung Molotow.

Es wäre gewagt, zu behaupten, dass die Sowjetunion niemals versucht hätte, Bessarabien mit Gewalt zurückzunehmen, wenn nicht die Westfront dem deutschen Druck erlegen wäre.

Immerhin verliefen die Ereignisse so, als habe die Sowjetunion mit dem Zuschlagen wirklich gewartet, bis das europäische Gleichgewicht im Westen gebrochen war und Rumänien daraus die Notwendigkeit abgeleitet hatte, seine Tore dem Dritten Reich zu öffnen. Gewiss war die Absicht der Sowjetunion, sich «auf friedliche Weise» wieder in den Besitz Bessarabiens zu setzen, schon in einer Rede, welche Molotow am 29. März 1940 vor dem allgemeinen Kongress der Abgeordneten der Union gehalten hatte, zu einem Zeitpunkt, da die Front im Westen noch nicht nachgegeben hatte und Rumänien noch nicht auf die Seite der Achse geglitten war, in genauen Ausdrücken formuliert worden; aber ohne die Ereignisse nach den Bedürfnissen irgendeiner These umbiegen zu wollen, darf man mutmassen, dass die Veränderungen in der allgemeinen Lage und ihre Rückwirkungen auf die rumänische Politik tatsächlich die Sowjetunion bestimmt haben, die Verwirklichung ihrer Donaupläne zu beschleunigen.

Die Sowjetunion musste den Augenblick des Ausscheidens der französisch-englischen Kräfte in Flandern ausnutzen, wenn sie ihren Plan, Bessarabien «auf friedliche Weise» wiederzunehmen, zu einem guten Ende führen wollte. Rumänien konnte niemanden mehr zu Hilfe rufen; ein rumänischer Widerstand schien wenig wahrscheinlich und barg in keinem Fall mehr die Gefahr in sich, die Sowjetunion in einen Weltkonflikt hineinzureissen, was die Sowjetregierung stets zu vermeiden bemüht war. Die deutsch-rumänische Freundschaft stand ihrerseits damals noch in ihren Anfängen. Deutschland hatte noch nicht die Zeit gehabt, sich der Interessen Rumäniens so anzunehmen, dass es darüber die in Moskau gegenüber der Sowjetunion eingegangenen Verpflichtungen vergass. Aber man durfte keine Zeit verlieren; in dem Masse, in dem Deutschland nach seinem Siege im Westen seine Stellungen in Rumänien festigte und sich seiner Interessen im Osten bewusst wurde, würde es weniger geneigt sein, einem Druck nachzugeben, bei dem nichts Geringeres als die Herrschaft über die untere Donau auf dem Spiel stand.

Die Sowjetregierung entschloss sich also zu handeln, bevor der Bruch des Gleichgewichts, welcher durch die diplomatischen und militärischen Erfolge des Reichs herbeigeführt worden war, die durch das Moskauer Abkommen zugesicherten Vorteile zunichte gemacht hätte.

Am 26. Juni 1940, um elf Uhr abends, berief Molotow den rumänischen Gesandten Davidescu zu sich und überreichte ihm ein Ultimatum, durch welches die Sowjetunion Rumänien aufforderte, ihr entsprechend einem Plan, welcher der Sowjetnote beigegeben war, Bessarabien und die Bukowina abzutreten. Die rumänische Regierung sollte innerhalb von vierundzwanzig Stunden ihre Antwort bekanntgeben.

Davidescu bemühte sich, die Argumente des Ultimatus zu bekämpfen. Er erinnerte daran, dass Bessarabien bis zum Jahre 1812 stets einen wesentlichen Teil des Fürstentums der Moldau gebildet hatte. Er protestierte gegen das ungewöhnliche Vorgehen: zu fordern, dass ein so schweres Problem innerhalb weniger Stunden gelöst werde, ohne vorher den Gegenstand einer Aussprache zwischen der Sowjetunion und Rumänien gebildet zu haben, zwei Ländern, die doch normale Be-

ziehungen unterhielten. Davidescu versäumte auch nicht, darauf hinzuweisen, dass die Übermittlung der Note, welche man ihm mitten in der Nacht ausgehändigt hatte, einen guten Teil der zugestandenen Zeit in Anspruch nehmen werde; und dass es unmöglich sei, den dem Ultimatum angefügten Plan innerhalb dieser Zeit nach Bukarest gelangen zu lassen.

Aber nichts machte Eindruck. Molotow war entschlossen, hart zuzuschlagen, ohne Schonung oder Aufschub. Er zählte auf die Wirkung der Überraschung, um Rumänien in Verwirrung zu bringen und seinen Widerstandswillen lahmzulegen. Er meinte ausserdem, dass ein rasches Ende, ohne Diskussion, internationale Verwicklungen vermeiden werde. Er zeigte sich deshalb verschlossen und jeder Verhandlung unzugänglich. Man hatte anzunehmen oder nicht anzunehmen; die beiden Provinzen oder Krieg.

Die Taktik Molotows musste das Spiel gewinnen. Aber sie ging zu weit. Rumänien schlug sich nicht, doch es verzichtete nicht darauf, sich später zu schlagen. Es konnte seine Antwort nicht verschieben, aber es verschob den Krieg. Die Brutalität, welche die Sowjetregierung bei dieser Gelegenheit an den Tag legte, trieb Rumänien in das Lager der künftigen Gegner der Sowjetunion. Das Ultimatum ohne Aufschub hatte ein Jahr später seinen verhängnisvollen Zahltag.

Die Bedingungen der Sowjets, welche die rumänische Regierung in der Nacht durch ein langes und ständig unterbrochenes Telefongespräch erfuhr, riefen in Bukarest die stärkste Erregung hervor. Gewiss hatte man nach der Rede Molotows in Rumänien gefürchtet, dass die bessarabische Frage von einem Tag auf den andern gestellt werden könnte. Aber nach der Annäherung an Deutschland, welche die neu gebildete rumänische Regierung vollzogen hatte, hoffte man, das Reich werde rechtzeitig eingreifen, um den Konflikt abzuschwächen oder mindestens den Entscheidungstag hinauszuschieben. Nun war aber dem Ultimatum der Sowjets keinerlei Ankündigung oder Eingreifen der deutschen Diplomatie vorausgegangen. Seine Tragweite übertraf die schlimmsten Befürchtungen. Die Sowjetunion forderte nicht nur Bessarabien, jene Moldauprovinz, deren sich das Zarenreich im Jahre 1812

bemächtigt und die im Laufe des vergangenen Jahrhunderts mehrfach den Besitzer gewechselt hatte, sondern sie forderte auch den grössten Teil der Bukowina, die gleichfalls eines der ältesten Moldauländer war und niemals unter russischer Herrschaft gestanden hatte. (Erst später, als die Landkarte Molotows in Bukarest eintraf, sollte die rumänische Regierung erfahren, dass die neue Demarkationslinie, welche der Chef der Sowjetregierung mit Rotstift eingezeichnet hatte, ausser den beiden in der Note erwähnten Provinzen auch den Marktflecken von Hertza und die Nordecke Altrumäniens von Rumänien abtrennte.)

Das Überraschungsmoment, auf welches Moskau gesetzt hatte, war vollkommen berechnet: es gab eine Überraschung über den Zeitpunkt, die Form und den Inhalt der sowjetrussischen Forderung; es gab eine noch grössere Überraschung über die Tatsache, dass Deutschland über die Absichten der Sowjetunion scheinbar in Unkenntnis gehalten worden war.

Der rumänischen Regierung standen nur einige Stunden zur Verfügung, um eine Entscheidung zu treffen und ihre Antwort zu formulieren. Sie brauchte aber auch nicht mehr, um sich eine klare Vorstellung von der militärischen und diplomatischen Lage machen zu können. Am Dnjestr und an der rumänischen Nordgrenze hatten die Sowjets militärische Kräfte gesammelt, die an Zahl und Bewaffnung den rumänischen Armeen unendlich überlegen waren; die Ungarn waren eine Bedrohung, die Bulgaren eine Ungewissheit; ungarische Truppen, die seit Beginn der europäischen Krise zusammengezogen waren, näherten sich der Grenze Siebenbürgens. Unter diesen Bedingungen war ein militärischer Widerstand ausgeschlossen. Rumänien konnte nicht einen Verzweigungskampf gegen die Sowjetunion unternehmen, ohne im Rücken gedeckt zu sein und eine sichere Rückzugslinie zu haben. Nur die Zusicherung der Achsenmächte, dass Ungarn und Bulgarien im Fall eines sowjetrussischen Angriffs nicht losschlagen würden, konnte der rumänischen Regierung gestatten, einen äussersten Widerstand gegen die Sowjetunion zu versuchen. Aber weder Deutschland noch Italien gedachten diese Garantie zu geben. Zwar war Berlin durch das Ultimatum Moskaus verärgert. Die deutsche Regierung hatte nicht

erwartet, dass das Eingreifen der Sowjets so unmittelbar bevorstand und so masslos sein würde (später sollte der Führer gestehen, dass die Rückforderung der Bukowina über die Vereinbarungen hinausging, welche im Voraus auf Kosten Rumäniens getroffen worden waren). Aber die Unzufriedenheit Deutschlands war nicht geeignet, den Lauf der Ereignisse abzuändern. Die deutsche Regierung hatte keine Neigung, sich in den Streit zwischen Sowjets und Rumänen einzumischen; sie bedurfte selbst noch zu sehr der Schonung durch die Sowjetunion, als dass sie nicht bereit gewesen wäre, ihrerseits die Sowjetunion zu schonen; und die Schwächung Rumäniens passte vollkommen zu ihren Donau- und Balkanplänen. Das einzige Interesse, dessen Verteidigung Deutschland am Herzen lag, war die Aufrechterhaltung des Friedens im Petroleumgebiet. Die Amputation Rumäniens musste sich rasch, ohne heftige Stösse und Erschütterungen, vollziehen. Die regelmässige Versorgung des Reichs mit Getreide und Treibstoff hing von der raschen Erledigung der bessarabischen Frage ab. Die deutsche Diplomatie handelte dementsprechend: sie gab nicht nur keinerlei Garantie über das Verhalten der Nachbarstaaten, sondern liess die rumänische Regierung wissen, dass das Reich, dessen Armeen sehr nahe waren, nicht dulden könne, dass durch kriegerische Ereignisse im Donaubecken Unordnung entstände. Der einzige Rat, den Deutschland infolgedessen der rumänischen Regierung geben konnte, war, auf friedliche Weise den Streit um Bessarabien beizulegen, indem es schnellstens die Bedingungen der Sowjets annahm.

Die italienische Regierung war ebenso eindeutig und drängte noch mehr. Die Stellung Italiens gegenüber Rumänien war recht heikel. Hatte Deutschland immer vermieden, sich in der bessarabischen Frage festzulegen, so hatte Italien im Gegensatz dazu aus dem Munde seines Aussenministers Rumänien lebhaft ermutigt, jedem Druck, ja sogar einem Angriff Sowjetrusslands zu widerstehen. Ciano hatte nicht nur feierlich für den Fall, dass Rumänien seine Ostgrenze zu verteidigen haben würde, Italiens wirksame Hilfe versprochen, sondern hatte sich auch eindeutig verpflichtet, seine ungarischen Freunde zurückzuhalten und darüber zu wachen, dass Rumänien nicht im Rücken bedroht würde.

KRIEG IM OSTEN

Der Augenblick war gekommen, um all diese schönen Versprechungen einzulösen. Aber inzwischen hatte Italien seine Handlungsfreiheit eingebüsst: es war in den Krieg eingetreten. Die erste Wirkung war, dass seine Haltung gegenüber der Sowjetunion sich änderte. Trotz seiner Vorbehalte ideologischer Art war Ciano der Verbündete Ribbentrops, der das Moskauer Abkommen unterzeichnet hatte. Er konnte nicht mehr die Freunde seiner Freunde bedrohen. Noch weniger konnte er daran denken, seine Drohungen zu verwirklichen. Er war gezwungen, selbst vorsichtig zu sein und den andern zur Vorsicht zu raten; und daher verwendete der italienische Außenminister nun ebenso viel Eifer darauf, Rumänien zur Unterwerfung unter die Forderungen der Sowjets zu bringen, wie er sich einst bemüht hatte, seinen Widerstand zu ermutigen. Sein Vertreter in Bukarest, Herr Ghigi, unternahm im Abstand von wenigen Stunden mehrere dringende Schritte in diesem Sinne beim König und bei den Mitgliedern der Regierung.¹⁾

Die Haltung der Achsenmächte war entscheidend. Ohne Stütze und gegen alle konnte sich Rumänien nicht schlagen. Ein Widerstand war militärisch unmöglich; er war es auch politisch. In dem allgemeinen Sturm hatte Rumänien seine alten Freunde verloren. Es hatte sich auf den «Weg der Achse» begeben. Es konnte mit seinen neuen Freunden nicht brechen, ohne sich einer vollkommenen Isolierung auszusetzen. Der Weg der Achse aber führte geradewegs zur Kapitulation. Der gleiche Weg sollte noch zu manch anderer Kapitulation führen. Aber ihn zu ändern war nicht mehr möglich: die neue Politik kostete viel, aber es war immerhin eine Politik.

Die Sowjetunion und die Achse leisteten sich bei dieser Gelegenheit gegenseitig unschätzbare Dienste: der Schlag, welcher vom Sowjetultimatum ausging, bestimmte die rumänische Regierung, in den Armen der Mittelmächte Zuflucht zu suchen; die Ratschläge Deutschlands und Italiens bestimmten Rumänien, zwei seiner schönsten Provinzen ohne Widerstand und ohne Kampf an die Sowjetunion abzutreten; die Folgen dieser Kapitulation: die Zermürbung des Volkes, die Schwächung des

¹ Siehe Anhang 2.

Landes, die Ausschreitungen der Sowjetpolizei in den abgetretenen Provinzen sollten Rumänien noch mehr der Politik der Achse unterwerfen und es noch stärker unter die Abhängigkeit Deutschlands bringen.

Der König rief einen ausserordentlichen Rat aus den ehemaligen Ministerpräsidenten, allen Regierungsmitgliedern und einigen militärischen Führern zusammen, um die Antwort aufzusetzen, die auf das Ultimatum der Sowjets zu geben war. Es gab einige Anwandlungen von Widerstandswillen. Professor Jorga, der grosse Gelehrte, der später seine entschlossene Gegnerschaft zu den neuen politischen Tendenzen und den neuen Politikern mit seinem Leben bezahlen musste, sprach sich energisch für die Ablehnung des Ultimatums aus. Nach seiner Ansicht setzte ein Land alles aufs Spiel, wenn es einen Teil seines Gebietes kampflös abtrat. Die Vertreter Bessarabiens, der Bukowina und Siebenbürgens unterstützten diese Meinung. Aber die Mehrheit des Rates entschied sich angesichts der unerbittlichen militärischen und diplomatischen Tatsachen für eine Politik des Verzichts.

Die Regierung war dazu von vornherein entschlossen: sie glaubte, keine andere Politik treiben zu können als die, welche ihr ihre neuen Freunde rieten. Vielleicht hoffte sie, noch Zeit gewinnen zu können, indem sie am Abend des 27. Juni nach Moskau berichtete, sie sei bereit, Bevollmächtigte zu entsenden, um über die Bedingungen der Sowjetnote zu diskutieren? Es gab in dieser Antwort so etwas wie einen Versuch, der unmittelbaren und totalen Annahme der Moskauer Forderungen auszuweichen. Aber die Deutschen fürchteten, ein solcher Vorbehalt könnte den Sowjets als Vorwand dienen, die Feindseligkeiten zu eröffnen; darum beeilten sie sich, in Moskau wissen zu lassen, die Antwort der rumänischen Regierung sei im Sinne vollständiger Annahme zu interpretieren, denn die von Rumänien vorgeschlagenen Bevollmächtigten hätten nicht über die Sowjetnote selbst zu diskutieren, sondern nur über die Bedingungen ihrer Ausführung. So beschränkte sich die Sowjetregierung in ihrer Bestätigung der rumänischen Antwort darauf, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen sie die Übergabe der beiden Provinzen vollzogen zu sehen wünschte: sie setzte eine Frist von drei Tagen an, während deren die rumänischen Behörden

und die rumänischen Truppen sich etappenweise zurückziehen mussten, während die Sowjets in entsprechendem Tempo vorrückten. Da diese Frist offensichtlich ungenügend war, intervenierte die deutsche Regierung, um einen Aufschub zu verlangen, den Moskau grundsätzlich bewilligte, den aber tatsächlich seine Armeen nicht einhielten: die Zurückziehung der rumänischen Truppen vollzog sich unter dem ständigen Druck der Sowjettruppen, welche das Ziel verfolgten, die Rumänen in Verwirrung zu bringen und ihren Rückzug abzuschneiden, um sich grosser Mengen an Vorräten, Munition und Kriegsmaterial zu bemächtigen. Die tiefe Erniedrigung, welche die rumänischen Soldaten im Verlauf dieses überstürzten Rückzuges empfanden, bei dem es ihnen untersagt war, sich gegen die Brutalitäten des Angreifers zur Wehr zu setzen, die Bitterkeit, die sie empfanden, als sie eine angstgefüllte blutsverwandte Bevölkerung einem ungewissen Schicksal überlassen mussten – all dies sollte längs der neuen Front, welche sich am Pruth und an der Donau bildete, eine stumme Feindseligkeit wachhalten, die nur auf eine Gelegenheit zum Ausbruch wartete. Der Krieg um Bessarabien, um dessen Vermeidung sich die Politiker bemüht hatten, hatte für die Armee praktisch seit Ende Juni 1940 begonnen: die Soldaten hatten Schicksalsschläge und Demütigungen erdulden müssen, ehe sie noch einen Schuss abgeben konnten. Umso stärker war ihr Wunsch, im Feuer die unerträgliche und ungerechte Kränkung auszubrennen, die sie auf sich lasten fühlten. Die Ereignisse, in die Rumänien in der Folgezeit verwickelt werden sollte, erklären sich zum Teil aus der Tatsache, dass einige militärische Führer auf die höchsten Kommandopläze im Staate gelangten.

Die Regierung schickte sich an, Folgerungen politischer Art aus der peinlichen Unterwerfung zu ziehen, zu der sie gezwungen worden war. Sie war den ersten Ratschlägen ihrer neuen Freunde treu gefolgt, so teuer sie das auch zu stehen kommen mochte. Aber die genannten Freunde waren nicht gesonnen, die Last der Opfer, auf deren Notwendigkeit sie bestanden hatten, auf ihre Schultern zu nehmen. In der rumänischen Presse machten sich, von der deutschen Propaganda aufgestachelt, kritische Stimmen bemerkbar, um die Verantwortung für die

Lage den alten politischen Führern zuzuschieben, die zulange am Gedanken der Neutralität festgehalten hätten: hätte sich Rumänien, so sagte man, früher der Achse genähert, so hätte Russland nie gewagt, seine Grenzen anzutasten. Diese These war höchst anfechtbar, denn, um sich die wohlwollende Duldung der Sowjetunion zu sichern, hatte Deutschland in Moskau nicht nur Interessen seiner Freunde, sondern sogar seine eigenen Interessen vom Finnischen Meerbusen bis zur Donaumündung geopfert; und es war wenig wahrscheinlich, dass es zugunsten Rumäniens eine Ausnahme gemacht hätte, selbst wenn die regierenden Männer in Bukarest sich seit langem um seine «Protektion» beworben hätten. In naher Zukunft sollte sich übrigens zeigen, dass die Protektion des Dritten Reichs umso mehr kostete, je fester und enger die Freundschaftsbande waren, welche den «Schützling» an den «Protektor» banden.

Nach der Preisgabe der Moldauprovinzen hatte die rumänische Regierung indessen kein anderes Mittel, um zu versuchen, sich für die erlittenen Verluste zu entschädigen, als auf dem neuen Wege zu beharren, auf den sie sich eingelassen hatte. Wie andere Länder, welche der von Deutschland hervorgerufene Umsturz grausam getroffen hatte, klammerte sich das offizielle Rumänien, das immer weniger das wirkliche Rumänien war, an jenen Gedanken der «Neuordnung», der von dem siegreichen Deutschland in ebenso unbestimmten wie vielversprechenden Begriffen verbreitet wurde. «Die Neuorientierung unserer auswärtigen Politik», erklärte am 2. Juli 1940, wenige Tage nach dem Verlust Bessarabiens, ein Communiqué des Ministerrats, «wird durch die europäische Neuordnung bestimmt, die sich auf dem Wege zur Verwirklichung befindet.» Und das Communiqué fügte hinzu: «Im Rahmen dieser neuen Politik verzichtet Rumänien auf die englisch-französischen Garantien.»

Die «Neuordnung» forderte also ein neues Opfer: das der traditionellen Freundschaft, welche das Land mit den grossen Westmächten verband. Indem die rumänische Regierung unter deutschem Druck auf die englisch-französischen Garantien verzichtete, schien sie diese Garantien, welche einer der wesentlichen Punkte der alten Politik gewesen

waren, zu beschuldigen, sie hätten die vollständige Isolierung bestimmt, in der sich Rumänien befand. Die von Berlin inspirierte Presse verfehlte nicht, das Regierungs-Communiqué auszuschlachten. Sie behauptete, Rumänien sei durch falsche Sicherheitsgarantien geprellt worden; im kritischen Augenblick seien weder England noch Frankreich auf dem Plan gewesen, um die Drohung der Sowjets abzuwenden oder aufzuhalten, und diese falschen Garantien hätten Deutschland gehindert, in die bessarabische Krise einzugreifen.

Das war offensichtlich unsinnig. Solange Frankreich und England aufrecht standen, hatte die Sowjetunion von Rumänien nichts verlangt. Als die Sowjetunion ihr Ultimatum stellte, hatte Frankreich kapituliert, und England war aus Europa zurückgeschlagen. Wenn die Garantien nicht in Kraft getreten waren, so deshalb, weil die Garantiemächte ausserstande waren, ihre Verpflichtungen zu halten. Hatte nicht übrigens Rumänien im Vorhinein seine Massnahmen getroffen, indem es versuchte, sich dem Reich zu nähern? Es war sein Recht gewesen, dies zu tun: indem England Vorbehalte für den Fall eines sowjetrussischen Angriffs zum Ausdruck brachte, hatte es die rumänische Regierung von den Bindungen gelöst, welche ihre Handlungsfreiheit beschränkten. Aber nachdem die rumänische Regierung, zu Recht oder zu Unrecht, von dieser Handlungsfreiheit Gebrauch gemacht hatte, um sich Deutschland zu nähern, konnte sie nicht mehr verlangen, dass England in die bessarabische Angelegenheit eingreife; sie hatte übrigens nichts Derartiges verlangt und hatte sich nicht an England gewandt.¹⁾

Deutschland seinerseits hatte sich energisch dafür ins Zeug gelegt, dass die rumänische Regierung schnellstens die Bedingungen des sowjetrussischen Ultimatus annehme. Es hatte nicht etwa auf Grund irgendeines Ressentiments, das ihm die englisch-französischen Garantien verursacht hätten, so gehandelt, sondern weil es im Voraus der Auslieferung Bessarabiens zugestimmt hatte. «Das in Moskau vom Reich und von der Sowjetunion unterzeichnete Abkommen», hatte am 17. Juli 1940, drei Wochen nach diesen Ereignissen, der Führer erklärt, «hat auf

¹⁾ Siehe Anhang 2.

genaueste Art und für alle Zukunft ihre beiderseitigen Interessengebiete festgelegt. Weder Deutschland noch Russland haben bis zum heutigen Tage einen einzigen Schritt ausserhalb ihrer Interessenzone getan.»

Aber die rumänische Regierung war nicht mehr frei, sich auf Vernunftgründe zu berufen oder ihre Argumente zu wählen. Die Politik der Achse, für welche sie sich in der Hoffnung entschieden hatte, damit der Drohung der Sowjets zu entgehen, und welcher die sowjetrussische Invasion Bessarabiens sie nur noch mehr unterwarf, verpflichtete sie, sich des besonderen Wortschatzes zu bedienen, der in allen von Deutschland abhängigen Ländern in Gebrauch war. Sie war gezwungen, die schmerzlichen Opfer, denen sie schon zugestimmt hatte, ebenso wie die noch grausameren, die binnen Kurzem von ihr gefordert werden sollten, unter das Zeichen der «Neuordnung» zu stellen. Vom Schwungrad einer Politik erfasst, die ihren schicksalhaften Lauf nahm, musste sie dem Zerfall der verfassungsmässigen Ordnung Rumäniens und seines Gebietes zusehen.

König Carol hätte noch versuchen können, die verhängnisvollen Folgen zu bremsen, welche die äusseren Ereignisse im Innern des Landes hervorzurufen im Begriff waren. Er war der Ansicht gewesen, die ausserordentlichen Zeiten, welche Europa durchlebte, machten eine Exekutive erforderlich, die so stark wie möglich und frei von der Bevormundung der zahlreichen politischen Parteien sein musste. Seine Vorliebe für ein persönliches Regiment und seine autoritären Neigungen hatten ihn dahin gebracht, die alten verfassungsmässigen Gesetze und Bräuche abzuändern: er hoffte, eine geschlossene und disziplinierte Regierung, die nur von ihm abhängig war, würde die totalitären Bewegungen in Schach halten können, die unter dem Einfluss des Auslandes das Land in Umsturz zu bringen suchten. Diese Hoffnung hatte so lange nicht getäuscht, als der König eine nationale Aussenpolitik verfolgt hatte, die vom Lande in seiner grossen Mehrheit gebilligt wurde. Aber an dem Tage, da der König es für nötig erachtet hatte, einen Kurswechsel vorzunehmen und die Sprache, welche die Legionäre immer angepriesen hatten, zu der seinen zu machen: an diesem Tage stellte sich die Frage, auf wen der König sich stützen könnte, um zu verhindern, dass Deutschland, nach-

dem es Rumänien seine Politik aufgezwungen hatte, ihm auch Politiker seiner Wahl aufzwinge. Je stärker sich der Einfluss des Reichs auf die rumänischen Angelegenheiten durch die Politik des Königs hindurch auswirkte, desto höher hoben die Mitglieder der Eisernen Garde den Kopf. Umgekehrt: Je stärker die Eiserne Garde Unruhe verbreitete, indem sie ihre Machtansprüche erhob, um so mehr sah sich die königliche Politik gezwungen, um nicht den Extremisten von rechts in die Hand zu fallen, Deutschland zu schonen und seine Rücksichten ihm gegenüber zu verdoppeln. Einzig die Unterstützung der alten Parteien hätte dem König helfen können, dem doppelten Druck von aussen und innen zu widerstehen und jenem traurigen Sichüberbieten ein Ende zu machen, das zugunsten des Auslandes und auf Kosten des Landes vor sich ging. Diese Parteien, welche der König vom öffentlichen Leben ausgeschlossen hatte, zögerten nicht, ihm in der allgemeinen Bewegung, welche die Preisgabe Bessarabiens ausgelöst hatte, ihre Dienste anzubieten. Liberale und Nationale Bauernpartei machten den Vorschlag, eine Regierung zu bilden; die einen besaßen im ganzen Lande gefestigte Organisationen, die andern hatten einen Führer, der allein mehr wert war als alle Parteien, denn er war der Abgott der Bauern Siebenbürgens und die berufenste Stimme der öffentlichen Meinung Rumäniens. Der König lehnte ab. War er der Ansicht, die Wiederherstellung der alten Ordnung in Rumänien sei nicht mit der Politik der «Neuordnung» vereinbar? Fürchtete er die Anwesenheit Manius in der Regierung, den er für seinen erbittertsten Gegner hielt, und der doch niemals gegen ihn revolutionäre Mittel angewendet hätte, wie andere es tun sollten? So viel ist sicher: als er, aus Furcht oder aus Hochmut, die Unterstützung der Parteien zurückwies, verlor er die letzte Chance, die Bewegung zügeln zu können, welche ihn in den Abgrund stieß.

Um sich zugrunde zu richten, konnte König Carol nichts Besseres tun, als eine Regierung von «neuen Männern» zu wählen. Und gerade dies tat er. Er vertraute sein Schicksal und das des Landes einigen Freunden an, denen er hätte misstrauen sollen, und um der Schutzmacht zu gefallen, gab er ihnen mehr oder minder echte Revolutionäre zur Seite. Diese improvisierten Staatsmänner warfen sich Hals über Kopf der Politik der

Achse in die Arme, deren «dynamische» Ideologie und erneuernden Odem sie ungetrübt bewunderten. Sie sollten, auf ihre Kosten und zum schweren Schaden des Landes, die realistischen Methoden und Ziele dieser Politik kennen lernen. Ende Juli 1940 machten der neue Ministerpräsident und sein Aussenminister Hitler in Berchtesgaden und Mussolini in Rom ihre Aufwartung. Bei ihrer Rückkehr waren sie voller Begeisterung über den Empfang, den man ihnen bereitet hatte. Die Freude des Aussenministers ergoss sich in ein Rundschreiben, das er an die Leiter aller Auslandsvertretungen sandte: «Der Führer und der Duce», so hiess es darin, «haben mit offensichtlicher Sympathie ihr Interesse für alle Seiten unseres nationalen Lebens gezeigt. . . Ich lege Wert darauf, zu unterstreichen, dass wir, im Gegensatz zu so vielen unsinnigen und interessierten Legenden, vollständig die Freiheit bewahrt haben, über unser Geschick zu entscheiden ... Im Lande und besonders im Ausland soll man wissen, dass Situationen und Ereignisse wie diejenigen, welche Rumänien soeben durchlebte, und denen einmalige und ganz besondere Ursachen zugrunde lagen, sich niemals wiederholen werden . . .»

Einen Monat später, am 30. August 1940, begab sich der gleiche Minister, immer noch in dem gleichen Vertrauen, nach Wien, um mit seinen Achsenfreunden die Frage Siebenbürgens zu besprechen. Bei seiner Ankunft im Schloss Belvédère erfuhr er, dass man ihm unterstellte, er sei gekommen, um einen Schiedsspruch zu verlangen. Bevor er noch Zeit gehabt hätte, dieses Verlangen auszusprechen, hatten Ribbentrop und Ciano es schon akzeptiert. Und kaum war der Schiedsspruch als solcher angenommen, da war schon das Urteil gefällt: auf der Karte, die Ciano und Ribbentrop aus ihren Taschen zogen, wurde Siebenbürgen durch eine Linie, welche mitten ins Herz der Karpathen hineinstiess, in zwei gleiche Teile getrennt. Die beiden Minister bedienten sich ihrer überzeugendsten Argumente: sie liessen die russische Gefahr spielen, verwiesen auf die deutsche Unzufriedenheit und appellierten im Namen der «Neuordnung», die wohl einige Opfer verdiente, an Rumäniens gute Gesinnung . . .

Kaum hatten sich die rumänischen Delegierten in Wien von ihrer Überraschung erholt, da bäumte sich Rumänien, als es von der neuen

Kapitulation erfuhr, zu der man seine Zustimmung erzwungen hatte, in einem einmütigen Gefühl unerträglichen Schmerzes und Zornes auf. Aber die Umstände liessen es nicht mehr zu, dass daraus eine Bewegung der Befreiung wurde. Es wurde nur eine Bewegung der Vergeltung; sie hielt sich an den König und sein Regime. König Carol musste das Land verlassen: die Revolution von rechts hatte freie Bahn.

Wieder einmal war Deutschlands Wunsch in Erfüllung gegangen. Das Ultimatum der Sowjets hatte Rumänien in seine Arme geworfen. Diese Zwangslage nutzte Deutschland aus, um Siebenbürgen in zwei Teile zu schneiden. Der Zorn des rumänischen Volkes befreite dann Deutschland von einem König, den es nicht liebte und der störend sein konnte. Die Revolution brachte die Legionäre an die Macht, die alle Deutschlands Freunde und von denen viele seine Agenten waren.

Von nun ab konnte Rumänien dem Reich nicht mehr entgegen.

II.

Einige Tage nach dem Verlust Bessarabiens und zwei Monate, bevor die Revolution ihn vertrieb, hatte König Carol mich rufen lassen, um mich zu bitten, die Vertretung Rumäniens in Moskau zu übernehmen.

Ich hatte die Regierung seit über einem Monat verlassen und war entschlossen, mich abseits der Politik zu halten. Aber der Posten, den man mir jetzt anbot, war unter den gegebenen Umständen ganz besonderer Natur. Die russischen Armeen standen am Pruth und an der untern Donau. Ihr fortgesetzter Druck hielt das rumänische Volk in einem Zustand der Ungewissheit. Nachdem Rumänien im Osten seine Grenzen und seine Verteidigungsstellungen verloren hatte, lebte es in Angst und in der Befürchtung, die Invasion der Sowjets könne sich auf das ihm verbliebene Gebiet ausdehnen. Für ein Land, das sich von einem Vernichtungskrieg bedroht fühlte, lag die Moskauer Gesandtschaft in der vordersten Linie: sie war ein Kampf- und Beobachtungsposten. So nahm ich den Vorschlag des Königs an. Am 7. August reiste ich nach der Sowjetunion ab, am 10. nahm ich die Arbeiten meiner neuen Mission auf.

Man hat dem König die Wahl meiner Person zum Vorwurf gemacht, da es öffentlich bekannt war, dass ich die Regierung verlassen hatte, um mich nicht den Erfordernissen der neuen Politik zu beugen, und man hat darin einen Beweis seiner Doppelzüngigkeit und seines Wunsches, auf zwei Pferde zugleich zu setzen, sehen wollen. Am Tage des Wiener Schiedsspruchs nahmen Ciano und Ribbentrop, denen jedes Argument recht war, um den, ach, so schwachen Widerstand der rumänischen Delegierten zu brechen, ihrerseits diese Anklage auf und führten sie als einen der Gründe an, welche die Achsenmächte gezwungen hätten, Rumänien zu schwächen, da sie ihm kein Vertrauen schenken könnten.

Als aber der rumänische Aussenminister seinen deutschen und italienischen Kollegen anbot, mich sofort aus Moskau abzuberaufen, um jedem Verdacht ein Ende zu machen, widersetzten sich die beiden Minister: man dürfe nicht, so behaupteten sie, durch eine solche Abberufung die Sowjetregierung vor den Kopf stossen, denn die Achse sei noch sehr auf ihre Freundschaft angewiesen. So erkannten diese Herren an, dass die Verdächtigungen, die mir galten, nur ein Vorwand waren, während das Interesse, gute Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten, eine Realität war.

Eben an dieses Interesse hatte auch König Carol gedacht, als er mich für den Moskauer Posten bestimmt hatte. Rumänien musste sich vergewissern, dass der sowjetrussische Vormarsch, dem es sich nicht mit den Waffen hatte widersetzen können, nicht die Linie überschritte, an der die Rote Armee Halt gemacht hatte. Zu diesem Ziel konnte es nur gelangen, indem es mit der Sowjetunion möglichst gute diplomatische Beziehungen herstellte. Auf Grund meiner früheren Tätigkeit schien ich der geeignete Mann, solche Beziehungen zu erneuern.¹⁾ Dass die Moskauer Regie-

¹⁾ Im Januar 1929 hatte ich in meiner Eigenschaft als Generalsekretär des Aussenministeriums dazu beigetragen, Rumänien zu bestimmen, dem Litwinow-Pakt beizutreten (vorweggenommene Anwendung des Kellog-Paktes für die Staaten des Ostens). Im August 1932 hatte ich als Unterstaatssekretär des gleichen Ministeriums versucht, einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion zu schliessen. Im Jahre 1939 endlich hatte ich als Aussenminister mehrfach Gelegenheit – am ausführlichsten anlässlich der Reise Potemkins – die Sowjetunion der friedlichen Absichten meines Landes zu versichern.

rung mir nach kaum vierundzwanzig Stunden ihr *Agreement* erteilte – ein noch nie dagewesener Vorgang in den rumänisch-sowjetrussischen Beziehungen – bewies, dass der König sich in meiner Wahl nicht getäuscht hatte.

Meine Absichten bei Übernahme der Arbeit in Moskau konnten natürlich nicht darauf gerichtet sein, die neue Politik der rumänischen Regierung umzustürzen. Wenn ich das für möglich gehalten hätte, so hätte ich versucht, es im Inlande zu tun und nicht vom Auslande her. Mein unendlich bescheideneres Ziel bestand darin, die schlimmen Wirkungen dieser Politik einzuschränken, indem ich mich bemühte, den Druck zu vermindern, welchen die Sowjetgefahr auf Rumänien ausübte. Je mehr Rumänien neuen Drohungen von Seiten Russlands ausgesetzt war, um so mehr war es gezwungen, sich der Achse zuzuwenden und in die Abhängigkeit des Reiches zu geraten. Es gab kein besseres Mittel, den Unabhängigkeitssinn der Rumänen anzuspornen und Rumänien zu ermöglichen, sich wieder aufzurichten, als dem gefährlichen Provisorium ein Ende zu machen, welches die Beziehungen zwischen den Sowjets und Rumänen lenkte. Trotz der feierlichen Treueschwüre, in denen das Wort «Achse» mit den schmeichelhaftesten Beiworten geschmückt unaufhörlich wiederkehrte, hatte die rumänische Regierung die Brücken zu den Westmächten nicht abgebrochen. Wenn es möglich wäre, die Lage auf der russischen Seite aufzuklären, so hätte Rumänien mehr Freiheit, seinen neuen Freunden zu widerstehen und den Bruch mit seinen alten Freunden zu vermeiden, das heisst, Zeit zu gewinnen, während es seine Unabhängigkeit wahrte. Niemals hatte eine diplomatische Mission ein natürlicheres und eindeutigeres Ziel.

Was ich eigentlich in Moskau suchte, waren Sicherungen für den Frieden. Die andern Vertreter von Nachbarstaaten (und ganz besonders meine hervorragenden Kollegen Paasikivi, der ehemalige finnische Ministerpräsident und Vertreter seines Landes in Moskau, und Mahomed Saed, Botschafter des Iran und gegenwärtig Aussenminister in Teheran) suchten dort die gleichen Zusicherungen. Wir waren überzeugt, dass es im Interesse unserer Länder, aber auch im allgemeinen Interesse läge, dass die Sowjetunion durch eine Politik der Entspannung gegenüber ihren

Nachbarn dazu beitrage, gewisse Möglichkeiten des Gleichgewichts aufrechtzuerhalten. Und wir waren der Ansicht, dass man nichts unternehmen oder aussprechen dürfe, was die Aussichten einer solchen Politik gefährden könnte.

Von Seiten der Achse konnte ich zu Recht keinen Vorwurf der Zweideutigkeit erhalten, wenn ich für die Verbesserung der Beziehungen zwischen meinem Land und der Sowjetunion tätig war. Trugen nicht Deutschland und Italien ihren Wunsch zur Schau, die Freundschaftsbande zu Russland immer enger zu gestalten? Und war es infolgedessen nicht natürlich, dass Rumänien dem gleichen Ziel zustrebte? Ganz gewiss bestand keine Gefahr, dass Rumänien sich auf Kosten Deutschlands mit der Sowjetunion verständigen könnte, wie sich Deutschland in Moskau mit den Sowjets auf Kosten aller Nachbarstaaten geeinigt hatte. Die Sowjetunion verfolgte eine zu realistische Politik, als dass sie jemals versucht sein konnte, die rumänische Freundschaft der Freundschaft des mächtigen und siegreichen Deutschen Reiches vorzuziehen. Andererseits hatte Rumänien, wie alle angrenzenden Staaten, seinen Nachbarn misstrauen gelernt; es konnte in Moskau weder Schutz noch Unterstützung suchen, sondern suchte ausschliesslich eine Friedensgarantie, die ihm gestatten sollte, ruhig zu leben und möglichst wenig auf Unterstützung und Schutz von anderer Seite angewiesen zu sein. Gewiss war es nicht ausgeschlossen, dass diese Bestrebungen nach Gleichgewicht und Unabhängigkeit, denen ich diene, in der Wilhelmstrasse missfielen, wo man vielleicht ein Rumänien vorgezogen hätte, welches keine eigene Politik verfolgte und seine Haltung ganz nach Berlin ausrichtete. Aber ich hielt es für gute Diplomatie, da die Achse offen eine Politik der Annäherung an die Sowjetunion anpries, eine solche Politik so zu treiben, dass sie die Handlungsfreiheit und Lebensmöglichkeiten meines Landes nicht weiter einschränkte, sondern im Gegenteil vermehrte.

Im Übrigen gab es, wie ich mich bald überzeugen konnte, andere Hindernisse, die der Wiederherstellung einer unmittelbaren, regelmässigen und fruchtbaren Fühlungnahme zwischen Rumänien und der Sowjetunion im Wege standen. Trotz ihrer guten Worte war die Sowjetregierung nicht geneigt, bei ihren Nachbarn Sicherheitsgefühle zu festigen. Der

Empfang, den mir die sowjetrussischen Staatsmänner bereiteten, war gewiss äusserst höflich, und ich erhielt von Molotow wie von seinen Mitarbeitern Wyschinski und Dekanosow die Versicherung, dass die Sowjetunion keinen Anspruch mehr gegen Rumänien geltend zu machen habe; sie wünsche, mit dem Nachbarstaat gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu entwickeln. Der Eifer, den die Sowjetbehörden bekundeten, um die Schaffung einer gemischten Kommission zu fordern, welche die neue endgültige Grenzlinie zu ziehen hätte, ebenso wie die Hoffnung, welche diese Behörden in Bezug auf die baldige Einleitung von Wirtschaftsverhandlungen ausdrückten, schienen diese guten Absichten zu bestätigen.

Aber es war unmöglich, den tiefen Wandel zu übersehen, den das Moskauer Abkommen vom 21. August 1939 und die bis dahin so fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich in Moskau hervorgerufen hatten. Nach langen Jahren einer höchst vorsichtigen Politik – der sich die Sowjetunion aus Furcht vor Deutschland und auch mit dem deutlichen Zweck der Festigung seiner innern Stellung und der Vorbereitung seiner Armee unterworfen hatte – war das Sowjetreich ganz der Freude hingegeben, welche ihr die bedeutsamen und so leicht errungenen Erfolge in Polen, in den baltischen Staaten und im untern Donaubecken verursachten. Unter dem energischen Antrieb eines Staatsmannes, der in seinen Plänen, Anstrengungen und Methoden so sehr seinen grossen Vorgängern ähnelte, die einst die Macht Russlands geschmiedet hatten, empfing die Umformung, welche sich im Innern des ungeheuren Reiches vollzog, ihre Bestätigung im internationalen Massstab: Sowjetrussland hatte die alten Grenzen des Zarenreichs wiederhergestellt. Durch die Eroberungen, die es verwirklichte, wurde es sich seines Charakters als grosses Reich bewusst. Dieses Reich war aber keine neue Schöpfung, und es verdankte sein Leben weder dem Genie Stalins noch der Flamme der Revolution. Es war das Erbe einer Vergangenheit, deren Antlitz die revolutionären Umwälzungen verdunkelt hatten, ohne seinen wesentlichen Zug ausgelöscht zu haben: den unwiderstehlichen Drang nach dem Westen und nach dem Süden. In der Bewegung hatte Russland sich selbst wiedergefunden. Es hatte an die alten Überlieferungen angeknüpft

und empfand die Freude seiner Vorfahren, seine Grenzen ausdehnen zu können. Dieses Bedürfnis des Vorwärtsdrängens oder, um ein modernes Wort zu gebrauchen, diese «Dynamik», die aus dem Grund der Jahrhunderte kam, fand neue Nahrung in dem revolutionären Fieber, das immer unter der Asche glühte; und sie machte sich das gewaltige industrielle und militärische Rüstzeug zu nutze, welches durch eine in der Geschichte des russischen Volkes einzigartige Kraftanstrengung geschaffen worden war. Das auferstandene alte Russland schien dem neuen Russland Expansionsziele zu zeigen, die sich nicht mehr im Nebel eines weltumspannenden Bolschewismus verloren, sondern den konkreten und unveränderlichen Forderungen politischer und territorialer Art entsprachen. Der neue Sowjetstaat schien ferner in den Dienst der alten imperialistischen Bestrebungen Produktionskräfte, eine Arbeitsdisziplin und eine industrielle Ausrüstung zu stellen, wie Russland sie niemals gekannt hatte. Von der Furcht vor Deutschland vorläufig befreit, angetrieben durch das Abkommen, welches ihm die Zugangsstrassen zum Westen geöffnet hatte, und von einem immer grösseren Vertrauen in seine ständig wachsende Armee und in eine mit vollen Touren arbeitende nationale Industrie getragen, bot die Sowjetunion im Jahre 1940 allen Beobachtern, die sich nicht durch den immer noch trüben Anblick der Sowjetmassen täuschen liessen, ein erstaunliches Schauspiel von Kraft und Lebensfähigkeit.

Dieses Schauspiel weckte die Befürchtungen der Nachbarländer. Die Sowjetunion hatte aus der Zerstörung des Gleichgewichts in der Welt durch die deutschen Siege so grossen Vorteil gezogen, dass sie keinerlei Interesse an der Wiederherstellung dieses Gleichgewichts haben konnte. Sie hatte in der allgemeinen Verwirrung noch zu viel zu gewinnen, als dass sie wieder der Vorkämpfer der Sicherheit werden konnte. Stolz auf ihre Kraft, im Vertrauen auf die Gewandtheit ihrer Politik und vor allem im Bewusstsein all der Möglichkeiten, die sich ihm zur Vergrösserung seines Reiches boten, hatte Sowjetrussland keinerlei Wunsch, zu der alten Ordnung oder überhaupt zu irgendeiner Ordnung zurückzukehren. «Auf friedliche Weise» mit dem deutschen Eroberungszug verbunden, war ihm die Ausdehnung des Krieges willkommen. Die Um-

wälzungen, Revisionen und Teilungen, die aufeinander folgten, würden ihm alle nützlich sein. Die Atmosphäre von Furcht und Unsicherheit, die sich an seinen Grenzen verbreitet hatte, diente seinen Plänen. Es lag nicht in seinem Interesse, die Schwachen zu beruhigen oder der deutschen Dynamik, der Schöpferin der Weltverwirrung, Zügel anzulegen. Unter dem Deckmantel gewisser Neutralitäts- und Friedensformeln, die seiner Propaganda dienten, ohne seiner Politik zu schaden, wollte Sowjet-russland aus der allgemeinen Unordnung seinen Vorteil ziehen.

Wer von Moskau aus die Dinge beobachtete, der musste den Eindruck gewinnen, dass die Sowjetregierung den Ausgleich mit Deutschland dauerhaften und ehrlichen Bündnissen mit den Nachbarstaaten vorzog. Die Versicherungen, welche sie diesen gab, waren nur solange gültig, als nicht das Reich eingriff und einen vorteilhafteren Handel vorschlug. Die Sowjetunion hütete sich wohl, anders als mit Worten die Unabhängigkeit der angrenzenden Staaten zu unterstützen; sie dachte nicht daran, ihnen den wirksamen Beistand einer Gleichgewichtspolitik zu leihen. Ihre ständige Sorge war, dass Deutschland aus seinen Ausdehnungsbestrebungen im Südosten nicht allein Vorteile ziehen dürfe; um sich nicht selbst von jeder Teilungsmöglichkeit auszuschliessen, vermied es die Sowjetunion, den Widerstand der mutmasslichen Opfer zu ermuntern; stets war sie bereit, sich über ihren Kopf hinweg mit ihrem deutschen Partner zu verständigen. So stiess sie durch eine Politik, die in Wirklichkeit weniger geschickt und viel gefährlicher war, als sie schien, alle Unzufriedenen und alle Furchtsamen Deutschland in die Arme. Denn Deutschland seinerseits hatte kein Bedenken, Versicherungen gegen seinen Sowjetpartner abzugeben. In Berlin war man nicht mehr so an den Grundsatz der Zusammenarbeit gebunden, wie man es in Moskau noch war. Der Gedanke, alles teilen zu müssen, gefiel den Russen, während er den Deutschen schon als Belastung erschien. Nach seinem Sieg im Westen hatte es das Reich nicht mehr nötig, die Freundschaft der Sowjets so hoch zu bezahlen. Es empfand den Wunsch, den Ambitionen Moskaus Zügel anzulegen. Es zeigte die Gewandtheit seiner Politik, indem es das Abkommen mit den Sowjets aufrechterhielt und gleichzeitig die durch Moskau hervorgerufenen Befürchtungen und Enttäuschungen

ausnutzte, um die angrenzenden Staaten gegen die Sowjetunion aufzubringen.

Um weiter bei der Teilung dabei zu sein, pflegte die Sowjetunion die Beziehungen zu Deutschland und enttäuschte die kleinen Staaten; um die Sowjetunion von jeder neuen Teilung auszuschliessen, nahm Deutschland die Unzufriedenen auf und machte sie noch mehr von seiner Politik abhängig. Der Wind schien also von Berlin her zu wehen.

Unter diesen Umständen war es schwierig, in Moskau eine Politik des Gleichgewichts zu verfolgen. Einer nach dem andern verloren die Vertreter der mittleren und kleinen Länder alle ihre Illusionen. Iran und Afghanistan lebten in der Furcht, die Sowjetunion werde den Anregungen der Achse nachgeben und auf ihre Balkaninteressen verzichten, um sich lebhafter mit ihren asiatischen Nachbarn zu beschäftigen. Die Türkei sah die Hoffnungen, welche sie auf ihre freundschaftliche Verbundenheit mit Russland gesetzt hatte, dahinschwinden und fürchtete stürmische Ereignisse an ihrer kleinasiatischen Grenze. Finnland schien trotz der Gewandtheit seines bevollmächtigten Gesandten ständig bedroht. Jugoslawien empfing nicht die Ermutigungen, welche sein Gesandter vergeblich erwartete, und die ihm gestattet hätten, im Namen der grossen slawischen Gemeinschaft dem doppelten Druck Italiens und Deutschlands zu widerstehen.

Die Sowjetunion beruhigte niemanden und trug dazu bei, überall einen Zustand der Unbeständigkeit, Unsicherheit und dauernden Gefahr aufrechtzuerhalten. Erst später, als die Zusammenarbeit mit dem Reich endgültig aufs Spiel gesetzt zu sein schien und die Gefahr eines Zusammenstosses mit dem alten Partner deutlich wurde, gedachte die Sowjetregierung, einige ihrer Nachbarn zu beruhigen und ihren Unabhängigkeitsgeist zu ermutigen. Diese Politik in letzter Stunde war zu hastig improvisiert, als dass sie die Lage noch wenden konnte.

Bei meiner Ankunft in Moskau erkannte die Sowjetunion noch nicht die Gefahr, welche ihr Abkommen mit dem Reich ihr gegenüber barg. Sie gab sich noch ganz der Freude hin, ihren Vorteil aus der Gefahr ziehen zu können, welche dieses Abkommen für die andern darstellte. Das Beispiel des totalitären Deutschland wirkte mächtig auf das totali-

KRIEG IM OSTEN

täre Russland: seine Kräfte waren gespannt, seine Phantasie war erwacht, sein Appetit angeregt. Ich erfasste rasch die Ursache der Unruhe, von welcher die Mehrzahl meiner Kollegen erfüllt war; wie sie begriff ich, dass der Vertreter einer benachbarten Nation in der Hauptstadt der Sowjets keine Gesprächspartner antraf, sondern nur Gastgeber, die selbst dann, wenn sie sich bemühten, liebenswürdig zu sein, ständig über seinen Kopf hinweg nach einer Möglichkeit suchten, ihr Spiel dem der Deutschen anzupassen, deren Macht sie faszinierte.

Bald wurde mir der Eindruck der Ungewissheit, den mir der Frieden der Sowjets gemacht hatte, durch genaue Tatsachen bestätigt, von denen ich schon im ersten Teil dieses Werkes gesprochen habe und an die ich hier nur kurz erinnern will:

i. Am Vorabend des Tages, an dem die Achsenmächte in Wien ihren Schiedsspruch über Siebenbürgen fällen sollten, gebrauchte Dekanosow gegenüber Rumänien ein Einschüchterungsmittel, indem er erklärte, gewisse Grenzzwischenfälle könnten schwere Folgen haben.¹⁾ Diese mündliche Drohung, die nicht durch eine besondere Zusammenziehung von Sowjettruppen an der rumänischen Grenze unterstützt war, wurde nichtsdestoweniger von den Wiener Schiedsrichtern reichlich ausgenutzt, um mit dem rumänischen Widerstand fertig zu werden.

Das Ziel, welches Dekanosow mit seinem ungewöhnlichen Schritt verfolgt hatte, ist niemals aufgeheilt worden. Wollte er seinen Freunden in Berlin einen Dienst erweisen? Oder gedachte er im Gegenteil, so seine Unzufriedenheit darüber kundzutun, dass die Achsenmächte ohne Mitwirkung der Sowjetunion die territorialen Verhältnisse im Donau-becken zu regeln beabsichtigten? Sicher ist, dass der Schritt der Sowjets in erster Linie auf Deutschland ausgerichtet war. Deutschland wollte man in Moskau einen Dienst erweisen oder eine Warnung zuteil werden lassen. Weiterhin war von Bedeutung, dass dieser Dienst oder diese Warnung die Sicherheit Rumäniens in Mitleidenschaft zogen. Indem die Sowjetregierung in einem Augenblick, in dem die Achsenmächte sich anschickten, Rumänien einen Teil seines Gebietes wegzunehmen, dieses

¹⁾ Siehe Kapitel II, S. 81–83.

RUMÄNIEN UND DIE SOWJETUNION

Land mit «schweren Folgen» bedrohte, liess sie erkennen, dass die russisch-rumänischen Beziehungen ebenso wie die neue Ostgrenze Rumäniens alles in allem von den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Reich abhängen. Die Abkommen oder die Zwistigkeiten zwischen den beiden Mächten konnten ständig den Frieden, die Ordnung und das Gebiet ihrer gemeinsamen Nachbarn gefährden.

2. Molotow hatte gegenüber dem italienischen Botschafter seinen Wunsch geäußert, gemeinsam mit den Achsenmächten die Probleme der untern Donau und des Balkans zu regeln.¹⁾

Diese Tatsache zwang mich zu dem Schluss, dass trotz der friedfertigen Versicherungen Molotows die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und meinem Lande sich noch immer im Zustand äusserster Unbeständigkeit befanden. Es ist wahr, dass der Schritt des Chefs der Sowjetregierung bei Botschafter Rosso nicht unbedingt die entschiedene Absicht einschloss, die Ordnung der Dinge im Südosten zu ändern; aber er zeigte, dass die Sowjetunion einer solchen Änderung nicht widerstrebt und dass die Sowjetregierung sogar bereit war, sie zu begünstigen, unter der Bedingung, selbst daran teilnehmen und daraus Nutzen ziehen zu können. Die Beziehungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion blieben also, ebenso wie die Sicherheit Rumäniens, den Erfordernissen einer höhern Ordnung unterworfen, die sich über seinen Kopf hinweg nach dem Gutdünken der Unterzeichner des Moskauer Abkommens und ihrer Bundesgenossen regelte.

3. Die Garantie, welche die Achsenmächte nach dem Wiener Schiedsspruch Rumänien gaben, rief in Moskau grösste Überraschung und lebhafteste Unzufriedenheit hervor.²⁾ Die Sowjetregierung war betroffen und enttäuscht, dass der deutsche Partner ohne ihr Wissen die Neuordnung in einem Gebiet vornahm, welches sie dem Grundsatz der Einflussteilung vorbehalten glaubte.

Aber die Reaktion der Sowjets verlief nicht in der Richtung einer Wiederherstellung des Gleichgewichts, welche die Balkanstaaten hätte

¹⁾ Siehe Kapitel II, S. 74.

²⁾ Siehe Kapitel II, S. 83 und folgende sowie Kapitel V, S. 150–151.

KRIEG IM OSTEN

ermutigen können, dem deutschen Vordringen zu widerstehen. Die Sowjetregierung bemühte sich hartnäckig, Deutschland zur Politik der Zusammenarbeit zurückzuführen. Sie hoffte, dass die Unzufriedenheit, welche sie keineswegs verbarg, ein Mittel sein würde, nicht etwa um die durch das Moskauer Abkommen geschaffenen Beziehungen zu zerbrechen, sondern im Gegenteil, um sie enger zu gestalten und ihr Entschädigungen zu verschaffen, auf welche sie ein Recht zu haben glaubte. In diesem Sinne leitete sie ihre neue Donaupolitik ein.

4. Die Ansprüche, welche die Sowjetunion in der Donaufrage¹⁾ erhob, bewiesen den festen Willen, ihre Einflusszone erheblich über die Grenzen hinaus zu erstrecken, welche sie selbst durch ihr Ultimatum vom 27. Juni 1940 festgelegt hatte.

Die Sowjetunion begann damit, die Abschaffung der Europäischen Donaukommission zu verlangen.²⁾ Sodann bemächtigte sie sich durch einen Handstreich der Mündung des Chilia-Armes und einiger Inseln auf der rumänischen Seite dieses Armes, um das ganze Donaudelta unter ihrer Kontrolle halten zu können.³⁾ Sie forderte schliesslich auf der Konferenz von Bukarest, dass das Delta vollständig in ihrer Macht bliebe und einer Verwaltung unterstellt werde, welche sie nur mit Rumänien zu teilen bereit war.⁴⁾

Dieses Treiben war mehr als alles andere geeignet, Rumänien zu beunruhigen. Die Freiheit der Donau war für Rumänien eine Bedingung nicht nur seiner Sicherheit, sondern seines Daseins.

Die Debatten um die Donau, welche für mein Land von so brennendem Interesse waren, vollzogen sich, ehe die Konferenz von Bukarest scheiterte, zwischen Moskau und Berlin über meinen Kopf hinweg. Ich bemühte mich einzugreifen, um die beiden Parteien aufzuklären und die Sache Rumäniens zu verteidigen. Vielleicht waren diese Interventionen später, zurzeit der Konferenz, nicht ohne Wirkung. Aber in dem Augenblick, da ich sie unternahm, hatte ich den sehr deutlichen Eindruck, dass die Diskussion zwischen Deutschen und Sowjets sehr wenig um die

¹⁾ Siehe Kapitel III: Die Donaufrage.

²⁾ Kapitel III, S. 96–97. ³⁾ Kapitel III, S. 103–104. ⁴⁾ Kapitel III, S. 106.

Fragen von Recht und Gleichgewicht ging, sondern vielmehr um den Vorteil, den die Fortsetzung einer fruchtbaren Zusammenarbeit für den einen oder andern Partner haben konnte; hinter den Verhandlungsformeln zeichneten sich bereits die Ursachen des künftigen Konfliktes ab.

5. Die Undurchdringlichkeit der Sowjetunion hatte noch andere ärgerliche Folgen für die rumänisch-sowjetrussischen Beziehungen. Die überstürzte Besetzung Bessarabiens hatte eine Reihe sehr heikler Probleme aufgeworfen, die eine gemischte Kommission aus russischen und rumänischen Offizieren und Beamten, mit Sitz in Odessa, lösen sollte. Ich war mehrfach gezwungen, den rumänischen Delegierten Beistand zu leisten. Es ging um gewisse finanzielle und technische Probleme (Entschädigung, Rückgabe von Eisenbahnmaterial, Wiederherstellung bestimmter Fabriken usw.), welche die Sowjets mit Härte und äusserster Rücksichtslosigkeit zu regeln gedachten. Es ging vor allem um ein menschliches Problem, die Repatriierung von rund hunderttausend Männern, Frauen und Kindern, die weder Zeit noch Mittel gehabt hatten, vor der Sowjetinvasion zu fliehen. Die russischen Behörden gingen mit einer zur Verzweiflung treibenden Langsamkeit bei der Regelung dieser Frage vor, von der so viele Menschenleben abhingen. Sie hatten aus Bessarabien eine grosse Zahl von angesehenen Bürgern, Grundeigentümern und ehemaligen Politikern deportiert, deren Schicksal unbekannt war. Sie zögerten sogar mit der Befreiung von Personen, die vom politischen Gesichtspunkt aus keinerlei Bedeutung hatten, und deren rumänische Abstammung unbestritten war. Diese Langsamkeit in der Ausführung von Verpflichtungen, die doch vertraglich festgelegt waren, war vielleicht nicht ganz auf schlechten Willen zurückzuführen, sondern auch auf die Natur des Sowjetstaates, der im Schutze chinesischer Mauern wie hinter verschlossenen Türen lebte und für den die Befreiung einer zahlreichen Bevölkerung, die unter seine Fuchtel geraten war, den innersten Regeln seiner Verfassung entgegengesetzt und wie eine Verletzung seines Mysteriums zu sein schien. Gerade dies empfand das rumänische Volk auf der andern Seite der unübersteigbaren Barrikade. Die Sowjetunion erschien ihm als unversöhnlicher Riese, der von Schweigen umgeben war und für immer die Bevölkerungen und die

Territorien verschlang, welche in seine Macht fielen. Das war mehr als ein unbequemer Nachbar oder ein gefährlicher Gegner: es war das Sinnbild des Nichts, in das wie Bessarabien auch alle andern rumänischen Provinzen verschwinden konnten.

Diese Stimmung Rumäniens, die sich durch die Politik der Sowjets ständig verschärfte, machte die Aufgabe eines rumänischen Diplomaten in Moskau ganz besonders schwierig.

Ich gab mir darüber Rechenschaft, dass mein Land unaufhaltsam in die Netze der deutschen Politik glitt, und dass mir nichts geboten wurde, um es zurückhalten zu können. Schon besetzten die Truppen des Reichs unter dem Vorwand, bei der Ausbildung der Armee mitzuwirken, Rumänien, und dieses für alle wahren Patrioten so schmerzliche Ereignis schien durch die Drohungen und Donauforderungen der Sowjetunion gerechtfertigt zu sein. Übrigens war die Politik der Sowjets nicht mehr allein auf die Nachbarländer gerichtet; schon störte sie auch Deutschland. Immer dichtere Wolken verdunkelten den Himmel der Zusammenarbeit. Es war vorauszusehen, dass der Zusammenstoß zwischen den rumänischen und den sowjetrussischen Interessen bald einem unendlich bedeutungsvolleren Zusammenstoß Platz machen würde, dem zwischen der Sowjetunion und dem Reich. Nachdem diese beiden gigantischen Mächte alle Schranken und alle Stützpunkte des Gleichgewichts, die zwischen ihnen gewesen waren, umgestossen hatten, mussten sie schicksalhaft aufeinanderprallen.

Würde sich Rumänien rechtzeitig loslösen und einen Konflikt vermeiden können, dessen letzter Einsatz ihm fremd war? Es war kaum möglich, dies zu hoffen. Rumänien war ein Opfer der Einigung zwischen Deutschen und Russen geworden; es schien im Voraus dazu verurteilt, ebenso ein Opfer ihrer Entzweiung zu werden. Hatte für Rumänien der Krieg nicht schon an dem Tage begonnen, da die Sowjetarmeen in Bessarabien eingedrungen waren, die rumänischen Truppen in Verwirrung gebracht und ihnen Bedingungen für die Räumung auferlegt hatten, die so streng waren wie die Klauseln eines Waffenstillstandes? Seit damals hatte der Alarmzustand längs der neuen Grenze niemals aufgehört. Jede Nacht hielten Gewehrschüsse und Überfliegungen durch

RUMÄNIEN UND DIE SOWJETUNION

russische Flugzeuge die Bevölkerung wach; sowjetrussische Patrouillen machten «Gefangene» auf rumänischem Gebiet; stärkere Einheiten führten am Donaudelta mit Unterstützung von Flugzeugen und Kriegsschiffen Handstreich aus. Die Wiederaufnahme normalerer diplomatischer Beziehungen vermochte nicht, das Unbehagen zu zerstreuen, das diese Gewalttaten verursachten und wachhielten.

Es war unmöglich, diesem Zustand halber Kriegführung ein Ende zu machen, solange Deutschland in Europa Krieg führte. Denn das Treiben der Sowjets hing deutlich mit den kriegerischen Unruhen zusammen, welche die Armeen des Reiches verursachten. Es war also zu fürchten, dass Rumänien, wenn Deutschland je seine Waffen gegen die Sowjetunion richtete, sich einem Konflikt, der «de facto» bereits an seinen Ostgrenzen bestand, nicht würde entziehen können. Deutschland würde dann Rumänien, das nicht in Frieden, sondern halb im Kriege lebte, mitreißen, und unter dem Anschein, die Sache Rumäniens zu stützen, würde es sich dieses Landes bedienen, um seine kriegerischen Pläne zu verwirklichen, wie es sich seiner zu seinen diplomatischen Zwecken bedient hatte.

Auch hier, wie stets, förderte die Sowjetunion unbewusst das Spiel Deutschlands. Sie hatte Rumänien dem Reich in die Arme getrieben; erniedrigt und unter dem Druck einer ständigen Drohung hielt sie Rumänien an einer Kampffront fest, an der die deutschen Armeen aufzumarschieren begannen, um den Krieg zu entfesseln.

Ich befand mich in der schlimmsten Lage, die es für einen Diplomaten geben kann: ich verlor den Boden unter meinen Füßen, ohne dass es mir möglich gewesen wäre, wirkungsvoll zu handeln. Moskau lieferte mir keinen triftigen Anhaltspunkt, auf den ich mich hätte berufen können, um das Hinübergleiten meines Landes ins deutsche Lager zu verhindern; Bukarest lieferte mir keine Information und keinen Hinweis auf seine wirklichen Absichten, mit denen ich eine Intervention meinerseits hätte rechtfertigen können, um ein Ende zu verhindern, das ich um jeden Preis zu vermeiden wünschte. So musste ich mich darauf beschränken, eindringlich die Aufmerksamkeit der rumänischen Regierung auf die erstaunliche Entwicklung der Kräfte der Sowjetunion zu lenken.

III.

Ich wurde nicht unterrichtet über die Absichten der rumänischen Regierung, sich am Kriege zu beteiligen. Ich kannte im Voraus weder die Stunde noch den Tag des deutschen Angriffs, der die Armeen meines Landes mit sich reissen sollte. In den unruhigen Tagen, welche dem Ausbruch der Feindseligkeiten vorangingen, erhielt ich weder eine Botschaft noch eine Anweisung.

Im Morgengrauen des 22. Juni – es war ein Sonntag – weckte mich ein Telephonanruf des deutschen Botschaftsrates. Ich erfuhr, dass die deutschen und rumänischen Truppen die Sowjetgrenze überschritten hatten. «Die rumänische Regierung stellt Sie unter unsern Schutz», fügte er seiner Mitteilung hinzu. Bis zum Abend waren unsere Beschützer von der Aussenwelt abgeschnitten und unter strenge Bewachung gestellt. Die rumänische Gesandtschaft erfreute sich noch eine Zeitlang einer vorläufigen Freiheit.

Zwei Tage später, am Dienstag, den 24. Juni, liess Molotow mich in den Kreml rufen.

Nicht ohne Erregung überschritt ich die Umfassungsmauer der alten Festung. Welche Erklärungen konnte ich geben angesichts der Unkenntnis der Ereignisse, in der man mich gehalten hatte?

Der Empfang, der mir in den Räumen des Aussenkommissars bereitet wurde, war ausserordentlich höflich. Ein junger Offizier in feldmarschmässiger Ausrüstung stellte sich mir vor, drückte mir die Hand und geleitete mich durch lange Korridore bis in den Warteraum, in dem ein Sekretär mich willkommen hiess und mich zu Molotow führte.

Der Volkskommissar war blass und schien ermüdet. Die Ereignisse der letzten Tage, welche so grausam die Hoffnungen auf das Moskauer Abkommen widerlegten – jenes Abkommen, mit dem sein Name und seine Unterschrift verknüpft waren – hatten ihn sichtlich mitgenommen. Indessen kam er mir mit Ruhe und Schlichtheit entgegen und reichte mir die Hand. «Ich wollte wissen, Herr Gesandter, wie es zwischen uns steht.¹⁾

¹⁾ Ich umschreibe diese Unterredung, die wie üblich durch Vermittlung eines Dolmetschers stattfand, nach den Notizen, welche ich mir an Ort und Stelle gemacht habe.

Wir lebten bis gestern in Frieden. Heute haben sich Ihre Truppen dem Angriff der deutschen Banditen angeschlossen. Können Sie mir eine Erklärung dafür geben?» Seine Stimme war matt und zurückhaltend. Nur das Wort «Banditen» wurde etwas kraftvoller ausgesprochen.

Ich antwortete wahrheitsgemäß: ich war über nichts unterrichtet worden und wusste nichts von dem, was vorging. Ich dachte, dass die sowjetrussische Gesandtschaft in Bukarest besser über die laufenden Ereignisse unterrichtet sein müsse.

Als Molotow bestätigte, dass er aus Bukarest nicht mehr erfahren habe, erklärte ich, dass ich gezwungen sei, mich an die Tatsachen zu halten; diese Tatsachen schlossen den Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien in sich. Ich bat also den Volkskommissar, uns unsere Pässe aushändigen zu lassen. Ich fügte hinzu: «Als ich vor einem Jahr die Ehre hatte, Sie zum ersten Mal zu sprechen, habe ich Ihnen erklärt, dass ich entschlossen dafür arbeiten würde, die friedlichen Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern zu verstärken und zu normalisieren. Mein Gewissen sagt mir, dass ich Wort gehalten habe. Ich bin um so schmerzlicher betroffen durch das, was sich ereignet. Meine Bemühungen waren umsonst.»

Auch Molotow schien einige Worte hinzufügen zu wollen. Er entschied sich, mir die folgende Erklärung abzugeben: «Rumänien hatte nicht das Recht, den Frieden mit der Sowjetunion zu brechen. Es wusste, dass wir nach der Regelung der bessarabischen Angelegenheit keinerlei Forderung mehr hatten. Wir haben mehrfach in eindeutigen Ausdrücken erklärt, dass wir ein friedliches und unabhängiges Rumänien wünschten. Es war unser Wille, die Beziehungen zwischen unsern Staaten zu bessern, und wir haben ihn durch Taten bewiesen¹⁾. Als Deutschland Ihnen seine sogenannte Garantie gab, haben wir protestiert, denn wir fühlten voraus, dass diese Garantie dazu bestimmt war, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien zu trüben. Die Garantie Deutschlands bedeutete das Ende der Unabhängigkeit Rumäniens. Sie haben

¹⁾ Molotow meinte damit ohne Zweifel den Handelsvertrag, welchen die Sowjetunion im März mit Rumänien unterzeichnet hatte; er enthielt Bestimmungen, die für die rumänische Wirtschaft vorteilhaft waren.

sich in die Abhängigkeit von Deutschland begeben. Einige Monate später wurde Ihr Land von den deutschen Truppen besetzt; Sie haben dem nicht entgegentreten können. Trotzdem hatten Sie keinerlei Grund, sich dem Angriff der deutschen Banditen gegen die Sowjetunion anzuschliessen. Wir sind gezwungen, alle Folgerungen zu ziehen, die sich aus diesem Angriff ergeben.»

Ich erwiderte sofort: «In diesem Augenblick und unter diesen Umständen ist es mir nicht möglich, in eine allgemeine politische Diskussion einzutreten. Der Wirbelsturm des Kampfes zwischen gewissen Grossmächten ist so heftig, dass er schliesslich die friedfertigsten Staaten mit hineinreisst. Im Augenblick kann ich gegenüber Ereignissen, über die die Geschichte ihr Urteil fällen wird, nur die Haltung eines Diplomaten einnehmen, das heisst eines Soldaten meines Landes. In dieser Eigenschaft sei es mir gestattet, mein tiefes Bedauern darüber auszudrücken, dass die Sowjetunion durch die Politik, welche sie in diesen letzten Zeiten verfolgte, nichts getan hat, um für unsere beiden Länder das schmerzliche Ende zu vermeiden, das wir heute bedauern. Durch ihr brutales Ultimatum vom vorigen Jahr, als sie nicht nur Bessarabien, sondern auch die Bukowina und eine Ecke der alten Moldau forderte; durch die darauf folgenden ständigen Verletzungen unseres Gebietes; durch die Gewaltstreiche an der untern Donau gerade zu dem Zeitpunkt, da Verhandlungen über die Festlegung der neuen Demarkationslinie im Gange waren – durch all dies hat die Sowjetunion jedes Gefühl des Vertrauens und der Sicherheit in Rumänien zerstört und die berechtigte Angst hervorgerufen, dass die Existenz des rumänischen Staates auf dem Spiele stehe. Dann hat Rumänien auf einer andern Seite Unterstützung gesucht. Es hätte solche Unterstützung nicht nötig gehabt und hätte sie sicherlich nicht gesucht, wenn es nicht so schwer getroffen worden wäre und wenn es sich nicht bedroht gefühlt hätte. Ich gestatte mir, Sie an diese Dinge zu erinnern, da ich Gelegenheit gehabt habe, in meiner Eigenschaft als rumänischer Aussenminister mehrfach in meinen Reden und öffentlichen Erklärungen die Aufmerksamkeit der Sowjetregierung – der gegenüber ich immer eine aufrichtige Politik des Friedens und der guten Nachbarschaft verfolgt habe – auf die Tatsache zu lenken, dass die Existenz

eines unabhängigen rumänischen Staates mit einem in der ganzen Ausdehnung seiner Grenzen respektierten Gebiet eine Garantie für die Sicherheit der Sowjetunion sei. Der erste Schlag, welcher die Grundlagen dieses rumänischen Staates erschütterte, der eine Garantie für Sicherheit und Frieden und eine natürliche und nützliche Deckung für die ausgedehnte Grenze der Ukraine war, ist unglücklicherweise von der Sowjetregierung geführt worden. Die Folgen dieses Unglücks sind um so mehr zu beklagen, als das rumänische Volk bis zu diesem Tage niemals gegen das russische Volk im Kriege gestanden hat und niemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses zwischen unsern beiden Nationen bestanden haben. «

Molotow folgte schweigend der Übersetzung des Dolmetschers. Ich war ihm dankbar, dass er durch keine Bemerkung unterbrach. Als er an der Reihe war, beschränkte er sich darauf, zu bemerken, dass es vielleicht eine Möglichkeit gegeben hätte, sich über die Frage Bessarabiens auf andere Art zu verständigen . . . Aber als ich eine fragende Gebärde machte, lehnte er es ab, seinen Gedanken deutlicher zu fassen. Dann fügte er hinzu, ohne seine Stimme zu erheben, aber jedes Wort betonend und meinen Blick suchend: «Heute steht das Problem anders. Sie denken nur an Ihre Grenzen. Und Sie geben sich nicht darüber Rechenschaft, dass für Sie eine viel kostbarere Sache auf dem Spiel steht: Ihre Unabhängigkeit und die Existenz selbst Ihres Landes. Wir haben Ihre Unabhängigkeit niemals in Frage gestellt. Wir haben uns im Gegenteil einmal dafür geschlagen. Sie verdanken uns die Existenz Ihres Staates. Was haben Sie aus dieser Unabhängigkeit gemacht? Sie haben sie an Deutschland aufgegeben. Sie haben sich allen seinen Launen unterworfen, und nun marschieren Sie sogar gegen uns. Sie werden es zu bedauern haben. Was können Sie erhoffen? Deutschland hat zur Genüge bewiesen, dass es auf die Existenz und den Willen der kleinen Länder keinen Wert legt. Selbst im Falle eines deutschen Sieges haben Sie nichts zu hoffen . .

Ich hielt es nicht für nützlich, die Diskussion fortzusetzen. Im Übrigen hatte Molotow mir alles gesagt, was er mir zu sagen hatte. Er erhob sich hinter seinem Schreibtisch, ging mir einige Schritte entgegen und reichte

mir die Hand, um sich sehr schlicht von mir zu verabschieden, so, als ob wir einen neuen Grenzzwischenfall zu regeln gehabt hätten.

Aber als ich – zum letzten Male – den Kreml verliess, schnürte mir die Erregung die Kehle zu.

Ich dachte an die grauenhafte Auseinandersetzung, in die mein Land sich in diesem Augenblick einliess.

Gewiss war Russland ein furchterregender Nachbar. Seit dem Moskauer Abkommen hatte es alles getan, um Rumänien seines freien Willens zu berauben und es zu hindern, sich einem Kriege zu entziehen, der dem Volke widerstrebte. Es handelte sich nicht darum, dass die Rumänen fürchten mussten, einem Nachbarn gegenüber, der sich rühmte, ihnen das Leben gegeben zu haben (Molotow hatte soeben daran mit Worten erinnert, die unmittelbar an die Überlieferungen der Zaren anknüpften), durch Undank zu sündigen . . . Die Rumänen hatten gelernt, den Absichten des russischen Reiches zu misstrauen; hatte dieses sich nicht mehr als einmal der Protektion, die es auf die «Christen des Südens» ausdehnte, bedient, um ihre Seelen zu retten und sich ihr Land anzueignen?¹⁾

Es hatten sich trotzdem zwischen diesen «Christen des Südens» und ihren russischen «Brüdern» Bande herausgebildet, die auf nachbarlichen Beziehungen, auf einer gemeinsamen Religion und auf der Erinnerung an gemeinsam geführte Kriege beruhten. Diese Bande bestanden noch, und wenn das rumänische Volk in seiner Wahl frei gewesen wäre, so hätte es sie gewiss nicht als erster zerbrochen. Es hätte dies um so weniger getan, als ein solcher Bruch es von der Mächtegruppe trennte, in die es sein Vertrauen gesetzt hatte, und zu der es seine Zuneigung hinzog. Durch den Eintritt in den Krieg gegen die Sowjetunion wurde Rumänien, durch das Spiel der Allianzen, der Gegner seiner Freunde und der Freund seiner Gegner, zerrissen in seinen Gefühlen und Überlegungen, noch erfüllt von der Erinnerung an den letzten Krieg, war es ihm ebenso

¹⁾ Albert Sorel schreibt: «Russland wurde der Garant der Bewohner der Moldau und der Walachei, wie es der Garant der polnischen Verfassung gewesen war, indem es immer das gleiche Ziel verfolgte: die Auflösung des Staates, den es beherrschen wollte, in der Erwartung, dass es ihn erobern könnte oder gezwungen sein würde, ihn mit rivalisierenden Mächten zu teilen.»

schwer, seine Verbündeten zu lieben, wie deren Feinde zu hassen. Es sah zu klar, als dass es den Worten derer glauben konnte, die es in seinem Namen an die «Neuordnung» banden und den Kreuzzug gegen «Bolschewismus und Plutokratie» predigten; es fühlte nur zu sehr den tragischen innern Widerspruch zwischen der nationalen Sache, die es zu verteidigen hatte, und den Zielen, welche seine Waffengefährten verfolgten.

Gewisse Worte Molotows hallten schmerzlich in meinen Gedanken wider: «Was können Sie von einem deutschen Siege erhoffen?» Offensichtlich nichts. Der Kampf, in den die Bukarester Regierung das Land verwickelt hatte, hatte zum Ziel, zwei Provinzen zu befreien, an denen das rumänische Volk zu allen Zeiten von ganzem Herzen hing. Aber verlor sich nicht dieser Kampf für die Freiheit, der sich dem «Kreuzzug» der Achse eingliederte, in der ungeheuren Anstrengung, die Hitler-Deutschland machte, um auf Kosten aller freien Völker das grenzenlose Imperium zu schaffen, nach dem es verlangte? Molotow hatte treffend das unglückliche Schicksal eines Landes gekennzeichnet, das sich dem Gutdünken des Dritten Reichs ausgeliefert hatte. Gab er sich Rechenschaft, in welchem Masse die Politik der Sowjetunion selbst dazu beigetragen hatte? Ich war befriedigt, dass ich die Gelegenheit gehabt hatte, ihn daran zu erinnern.

Aber welche Bedeutung hatten noch die kleinen Länder in dem Sturm, der die beiden ungeheuren Reiche aufeinander prallen liess?

Molotow hatte den Verlust der rumänischen Unabhängigkeit bedauert und sich darüber beklagt, dass Rumänien sich den»faschistischen Banditen» zugesellt habe. Zwei Tage vorher hatte Hitler die Freiheiten der baltischen Staaten beweint, welche das «Sowjetungeheuer» verschlungen hatte.

Das Schicksal war nicht barmherzig mit den Völkern, die zwischen den beiden alten Partnern des Moskauer Abkommens lagen. Die Schläge, die sie sich gegenseitig zuzufügen begannen, drohten die wenigen Freiheiten, welche ihre Zusammenarbeit bis dahin verschont hatte, zu vernichten.

Angesichts des Abgrundes, in den mein Land gestürzt worden war, dachte ich an die Ereignisse, deren schicksalhafte Folgen täglich einen neuen Zusammenbruch hervorriefen. Ich dachte besonders an die beiden schuldigen Pakte: das Münchner Abkommen, jenes Versagen des Westens,

das der Auflösung aller Ordnung die Tür öffnete – und sein östliches Gegenstück, das Moskauer Abkommen, welches dem Kriege die Tore aufriß.

Diese Pakte hatten Europa in zwei Teile zerschnitten: im Osten und im Westen hatte das Reich an die Stelle der unteilbaren Ordnung des Kontinents das umstürzlerische Prinzip seiner Bewegungspolitik gesetzt; das Fehlen jedes Gleichgewichts, welches die Folge war, hatte im Geist und im Gefühl der Menschen die schlimmste Verwirrung hervorgerufen; die Länder hatten sich von ihren Gewohnheiten und Rechtsgrundsätzen gelöst und den überlieferten Rahmen ihrer Interessen und Bestrebungen überschritten; alles, was friedlichen Sinn und Wert hatte, war zerstört; die internationalen Verpflichtungen, die Verträge, die Grenzen – nichts hielt mehr stand.

Und ich fragte mich, wie in dieser ungeheuren Umwälzung, in der so viele Menschenleben und Werte untergehen sollten, sich von Neuem eine europäische Synthese herausbilden könnte, eine Ordnung des Gleichgewichts, die unter ihrem Gesetz auf einem befriedeten Kontinent die Westmächte und das Reich des Ostens einte – die einzige Ordnung, die den notwendigen Frieden¹⁾ und die notwendige Versöhnung zwischen meinem Lande und Russland begründen könnte?

Dies war gewiss die letzte Sorge derer, die, im Namen der «Neuordnung», den Krieg im Osten soeben entfesselten. Aber das rumänische Volk gab sich keinen leeren Illusionen hin. Es verband mit dem Kriege, den seine Führer ihm auferlegten, nicht die belebende Freude der Hoffnung, sondern die bitteren Tugenden der Verzweiflung: die Annahme der schwersten Opfer und das Herausstellen des reinen Heroismus. Es bestätigte so aufs Höchste seine Freiheitsliebe und sein Recht auf Leben. Wenn Europa seiner Sendung wiedergegeben wird, so wird es seinen Fehler erkennen müssen, der darin besteht, die wesentlichsten Werte seiner Größe nicht gewahrt zu haben: Gleichgewicht und Ordnung. Es wird dann den Völkern Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen, die, ohne Europa verraten zu haben, die Opfer seiner Kräfteverlagerung und seiner geistigen Verwirrung geworden sind.

¹⁾ Siehe Anhang 3.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der zweite russische Feldzug, dessen Ursachen und geschichtliche Parallelen wir hier untersucht haben, ist nur eine Teilansicht dieses Weltkrieges. Aber diese Teilansicht enthüllt mehr als alle andern den Umfang und die Wucht der Leidenschaften und Ambitionen, welche die Welt zerreissen. Angefangen bei den Umstürzen, die durch das Moskauer Abkommen hervorgerufen wurden, und dem Bruch des Gleichgewichts, der daraus folgte, bis zu dem verhängnisvollen Zusammenstoss zwischen den beiden gigantischen Mächten – von denen die eine die andere wachrüttelte, um sich zuerst ihrer zu bedienen und ihr dann den erbitertsten Sturmangriff auf dem gewaltigsten aller Schlachtfelder zu liefern – ist in diesem Ringen zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion alles ins Übermass gesteigert. Die revolutionäre Aufwallung der beiden früheren Partner, die seltsame Verständigung, die sie einte, die Interessen, welche sie trennten, der Hass, der sie gegeneinander wirft, die Zuspitzung des Konflikts, der aus der Zwiespältigkeit ihres Abkommens erwuchs, die wilde Wut des Angriffs und die Verbissenheit der Verteidigung, die unbegrenzten und verwirrenden Kriegsziele, die aus der ungehemmten Entfesselung der Leidenschaften hervordringen – all dies scheint den schon so weiten Rahmen, den die Geschichte dem grössten aller Kriege gezogen hat, sprengen zu wollen. Der entsetzliche Zusammenstoss wirft einen solchen Schatten auf die Welt, dass das Bild des Friedens und die Hoffnungen, die sich ganz natürlich damit verbin-

den, dadurch verdunkelt werden. Es scheint, als könnte der Konflikt, der im Osten die Deiche durchbrochen hat, nur in extremen Lösungen seinen Ausgang finden, Lösungen, die ebensowohl alle Masse übersteigen, wie die Ursachen, die ihn hervorbrachten, und die Leidenschaften, die ihn beherrschen.

In der Einleitung dieses Werkes haben wir die merkwürdige Ähnlichkeit zwischen dem russischen Feldzug Hitlers und dem napoleonischen Feldzug hervorgehoben. Der heutige Krieg wie der von 1812 schien als Ziel und höchste Rechtfertigung die Notwendigkeit zu haben, Russland und Europa unter der gleichen Herrschaft zu vereinen, um durch die Eroberung des Landes besser mit dem nicht zu fassenden und unbesiegbaren Reich des Meeres fertig zu werden.

Wir können unsere Arbeit nicht abschliessen, ohne auf jene Punkte zu verweisen, in denen sich das Unternehmen des Führers von dem tragischen Feldzug des Franzosenkaisers unterscheidet. Napoleon war ein Mensch des Mittelmeerraumes. Er trug die Idee der römischen Einheit in sich. Selbst als seine Eroberungssucht ihn bis an die äussersten Grenzen des Erdteils vorstossen liess, verursachte er niemals eine Umwälzung, ohne sich sofort den Inhalt und die genaue Form der Rechtsordnung vorzustellen, durch die er die Ordnung wieder aufrichten wollte. Er träumte von einer europäischen Verfassung, einem europäischen Gesetzbuch, einem europäischen Kassationshof. Er war der Kaiser, er befahl den verschiedenen Völkern, die unter seinem Gesetz im Namen einheitlicher und allumfassender Grundsätze vereint waren.

Hitler hat sich selbst den Namen «Führer» gewählt. Er ist derjenige, der «führt». Er führt sein auserwähltes Volk; er führt es zu neuen, fruchtbareren und ausgedehnteren Räumen. Er ist der Führer des Stammes, dessen Phantasie durch die Erinnerung an die Wanderungen der Vorfahren aufgepeitscht wird und für den die Bewegung noch den höchsten Grundsatz des Daseins darstellt. Das Gesetz: das höchste Interesse des Stammes; die Ordnung: etwas «Neues», das nach und nach aus den Bedürfnissen der Auserwählten entsteht; Schranke und gerechtes Mass: Begriffe, die nur jenseits der ewig dehnbaren Grenzen des deutschen Lebensraumes Geltung haben.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Für Napoleon bot die Eroberung Russlands nur die Aussicht, sein Reich auszudehnen und unter seinem Gesetz einige neue Völker zu gruppieren. Für Hitler hingegen war Russland das gelobte Land, die Gelegenheit zu einem grossen Aufbruch, der unabsehbar ausgedehnte Raum, zu dem er das Herrenvolk führen musste – wobei er auf seinem Wege die niederen Völker auseinandertrieb, zur Seite schob und unterdrückte – die entscheidende Etappe auf dem unbegrenzten Wege einer neuen Völkerwanderung. Dieser grosse Nomadentraum, dem der russische Feldzug seinen vollen Aufschwung gegeben hat, ist sehr verschieden von dem mittelländischen Ideal Napoleons und ähnelt viel mehr dem asiatischen Dynamismus eines Tamerlan oder Dschengis-Khan. Goebbels hat in einer seiner Reden eine packende Beschreibung gegeben: «Das Schicksal unseres Erdteils», sagte der Propagandachef der N. S. D. A. P., «entscheidet sich im Osten. *Unser gegenwärtiger Stoss nach aussen muss Erfolg haben.* Er ist so machtvoll, er wurde mit so gigantischen Mitteln unternommen und ist so kühn, dass er nur einmal versucht werden kann . . . *Das Schicksal hat uns in den Sattel gesetzt; wir müssen reiten.* Noch nach Jahrhunderten wird man von diesem Krieg der Giganten sprechen . . . Der Weg, den wir zurückgelegt haben, war steiniger und dorniger als der, welcher noch vor uns liegt. Auf dem Gipfel angelangt, blicken wir weithin ins Land *und sehen überall Gebiete, die uns gehören.*»

In der Tat handelt es sich heute eher um eine Kavalkade als um einen Feldzug. Für das Dritte Reich ist der Gedanke der Wanderung mit dem der «Befreiung» verknüpft. Der Krieg im Osten hat den Sinn, Deutschland von den Hindernissen zu befreien, welche die unerträgliche Starrheit und die kümmerliche Enge der europäischen Ordnung seiner Entwicklung entgegenstellen. Das deutsche Volk soll in der Bewegung und in der Eroberung des Raumes die «Freiheit» wiedergewinnen, seine hohe Bestimmung verwirklichen zu können. Dieses Wort Freiheit wird oft mit dem Wort «Europa» verbunden. Aber täuschen wir uns nicht: Europa ist nur ein Werkzeug dieser Befreiung; seine Freiheit, die Freiheit Europas, ist nicht das Ziel der deutschen Kraftanstrengung. In dem Ringen um das, was das Dritte Reich für Freiheit hält, bedient es sich

KRIEG IM OSTEN

des seiner Herrschaft unterworfenen Kontinents, um den «Stoss nach aussen» besser zu sichern. Diese Freiheit, für die es kämpft, hat für das Dritte Reich eine doppelte Bedeutung: einesteils befreit es sich im Innern, indem es die engen Schranken des Raumes, den Europa ihm Vorbehalten hatte, ebenso wie die störenden Bande seiner europäischen Abhängigkeit sprengt; andernteils befreit es sich nach aussen, indem es im Osten den unbegrenzten Raum öffnet, nach dem es verlangt. Die Beherrschung des Kontinents erlaubt ihm, die Welt herauszufordern; die Eroberung ungeheurer östlicher Räume wird ihm helfen, den Kontinent besser zu beherrschen. Alles in allem: auf dem Kontinent wie im Osten muss vor allem der Geist des alten Europa besiegt werden, der da bedeutet: Mass, Mannigfaltigkeit und Gleichgewicht. Herr Goebbels hat durchaus recht: der russische Krieg entscheidet über das Schicksal unseres Erdteils.

Hier liegt die wesentliche Unterscheidung zwischen der Kavalkade Hitlers und den Feldzügen Napoleons. In der Epoche des Ersten Kaiserreiches gab es in den Sitten und Ideen der Zeit Schranken gegen die Ausschreitungen und Übergriffe der kaiserlichen Unternehmungen. Napoleon selbst trug überall, wohin die Grosse Armee ihre Schritte lenkte, eine Grenze seiner Allmacht mit sich. Es waren die Ideen der Französischen Revolution, deren lebendigster Träger Napoleon selbst gegen seinen Willen war. Er hatte die Revolution politisch besiegt, aber er hatte ihren Geist nicht getötet. So konnte er sich auch nicht ihrer ideologischen Erbschaft entledigen; die Gedanken der Freiheit und Gleichheit begleiteten ihn auf allen seinen Zügen durch Europa: überall stellten sie sich zwischen die eroberten Völker und ihn und zwangen seinem Willen Zügel und Schranken auf. Sein Wirken als Eroberer führte paradoxerweise dahin, die Staaten zu unterwerfen, aber die Menschen zu befreien.

Bei Hitler gibt es keinen solchen inneren Widerspruch. Der Führer verfügt über seine eigene Revolution und über seine Lehre, wie er über seine Polizei und über seine Armee verfügt. Seine Gedanken gehen ihm voraus und decken ihn, wie seine Soldaten. Nichts in seiner Umgebung begrenzt seine Allmacht. Er lebt ohne Schranken und ohne Gegengewichte. Alle Gedanken, die ihn umgeben, rechtfertigen sein willkürliches Schalten und Walten. Sein «Recht», alles zu bestimmen, stützt sich fest

SCHLUSSFOLGERUNGEN

auf ein Machtgebäude von drei Stockwerken: die Oberhoheit des auserwählten Volkes in der Welt, die Oberhoheit der Partei im Staat und auf dem Gipfel die unbegrenzte und unkontrollierte Oberhoheit des Parteiführers. Dieser totalitäre Apparat ist bis in seine kleinsten Einheiten so ausgeklügelt, dass die Willkür der Autorität, die sich aus ihm ergibt, und der er als Stütze dient, in keiner Weise durch Rücksichten auf Freiheit oder menschliche Würde gemildert werden kann.

Der russische Krieg bietet dieser willkürlichen Autorität eine einzigartige Entfaltungsmöglichkeit. Die übersteigerte Natur des Angreifers kann ihren ungehemmten Lauf in einem Lande nehmen, das gross ist wie ein Erdteil, und in dem alle militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ziele unbegrenzt scheinen. Das ist der ideale Krieg, dessen Einsatz dem totalitären nationalsozialistischen Dynamismus angemessen ist oder, richtiger: wie er ausserhalb jedes Masses steht. Es gibt dort einen so ungeheuren Raum zu erobern, dass die Phantasie des Führers, der sich nicht durch Bedenken stören lässt, wie sie die Anwesenheit zahlreicher Völkerschaften hervorrufen könnte, nur eine gigantische Leere zu sehen versucht ist, die es auszufüllen gilt. Wie seine kriegerischen Pläne jedes Mass übersteigen, so könnte der Leitgedanke des Reichs im Fall eines deutschen Sieges im Osten in den Friedensbedingungen, die er auferlegen würde, nur ebenso masslos sein. In Russland fände er die notwendigen Elemente, um die Welt ganz nach seinem Bilde umzuformen.

Wäre der Leitgedanke Moskaus in Bezug auf die so schwierigen Probleme von Krieg und Frieden massvoller?

Wenn man Stalin hört, der mit treffenden Worten die hohe Bedeutung des heldenhaften Widerstandes der russischen Armeen hervorzuheben bemüht ist, könnte man versucht sein, es zu glauben. Der Führer des Sowjetstaates hat am 6. November 1942 vor dem Moskauer Sowjet erneut dem Programm der «faschistischen» Koalition das Ideal entgegengesetzt, für welches die Sowjetunion an der Seite der angelsächsischen Mächte kämpft. Das italienisch-deutsche Programm, sagt Stalin, kann folgendermassen gekennzeichnet werden: «Rassenhass, Vorherrschaft der auserwählten Nationen, Unterjochung der andern Nationen durch Wegnahme ihrer Gebiete, wirtschaftliche Versklavung der be-

siegten Völker, Ausplünderung ihres nationalen Reichtums, Zerstörung der demokratischen Freiheit und Errichtung Hitlerscher Regierungsformen in der ganzen Welt.» Demgegenüber erklärt Stalin, dass das Ziel der Vereinten Nationen vorsähe: «Abschaffung der Rassenvorrechte, Gleichheit der Nationen und Unverletzbarkeit ihrer Gebiete, Befreiung der versklavten Völker und Wiederherstellung ihrer souveränen Rechte, das Recht auf die Regierungsform, die ihnen zusagt, wirtschaftliche Hilfe für die Länder, die gelitten haben, und Hilfe für die Verwirklichung ihres materiellen Glücks, Wiederherstellung der demokratischen Freiheit und Zerstörung des Hitlerregimes . . .»

Man kann die Bedeutung solcher Erklärungen nicht bestreiten, die ein Mann abgibt, der nicht nur die höchste Autorität der Sowjetunion darstellt, sondern heute den Kampf- und Widerstandsgeist der Sowjetvölker verkörpert. Stalin hat sich der Atlantik-Charta angeschlossen. Er übernimmt ihre Sprache, er rühmt ihre Formeln. Wenn er freimütig eine wesentliche Tatsache in Bezug auf seine Verbündeten zugibt – «Es ist gewiss, dass wir verschieden denken» – so geschieht dies, um noch stärker seine Überzeugung zu bekräftigen, dass «es in einem Ringen gegen Mächte, die uns alle versklaven wollen, trotz allem möglich ist, ein gemeinsames Programm aufzustellen».

Indessen hat Sowjetrussland im Verlauf einiger Jahre mehrfach die Sprache gewechselt. Bevor es die Formeln der Atlantik-Charta benutzte, bediente es sich der so grossherzigen Sprache von Genf und dann der zweideutigen Begriffe des Moskauer Abkommens. Nachdem es im Völkerbund den Eroberungsgeist bekämpft hatte, und bevor es dem Angriff erstaunliche Widerstandskräfte entgegenstellte, war es zwei Jahre lang der Partner Hitler-Deutschlands.

Es wäre zwecklos, über die Absichten der Sowjetführer den Stab brechen zu wollen. Die Sprache, welche Stalin gegenwärtig so übereinstimmend mit seinen Verbündeten führt, entspricht übrigens ganz und gar den wirklichen Interessen der Sowjetunion. Es ist klar, dass ein Land, das über ungeheure Gebiete und natürliche Reichtümer verfügt, seinen Nachbarn nichts zu neiden hat. Das russische Volk, das auf dem Gebiete des Geistes und des Glaubens so ausserordentliche Gaben be-

SCHLUSSFOLGERUNGEN

sitzt – die es seit langem der Welt vorenthalten musste – braucht mehr als jedes andere eine wirkliche Befriedung. Nichts steht also dem entgegen, dass Russland wirklich «die Gleichheit der Nationen und die Unverletzbarkeit ihrer Gebiete, die Befreiung der versklavten Nationen und die Wiederherstellung ihrer souveränen Rechte . . sichert.

Aber es gibt da eine unbestreitbare Tatsache: mehrfach im Laufe seiner Geschichte und noch in allerjüngster Zeit (anlässlich der Ereignisse, die dieses Werk zu berichten bestrebt ist) hat Russland ein Antlitz enthüllt – und stets das gleiche – das weder für seine Nachbarn noch für die friedliche Ordnung der Welt beruhigend war. Das Moskauer Abkommen hat uns eine Sowjetunion gezeigt, in der der Kult der Gewalt und die Praxis der Doppelzüngigkeit verblüffend an die Zeiten der Grossen Katharina und der Zaren der vergangenen Jahrhunderte erinnerten. Die gleichen Ziele im Westen, der gleiche Vorstoss nach Süden, die gleiche Vorliebe für Teilungen, die gleiche Feindschaft gegen jeden Gedanken einer Grenze, schliesslich die gleiche Hartnäckigkeit in der Ausführung der kühnsten Pläne, alles schien zusammenzuwirken, um das beunruhigende Bild des alten moskowitischen Imperialismus wachzurufen. Wie ein Meer, das am Tage, da der Sturm es bewegt, einen Fehler im Deich sucht, um über eine Schranke, die seine Wogen weg-reissen und vernichten, hinwegzubranden – so warf das neue Russland, aufgereizt durch das erregende Beispiel und die Ermutigungen des Dritten Reiches, die Grenzpfähle um, die Europa im vergangenen Jahrhundert in geduldiger Anstrengung errichtet hatte, um das Reich der Zaren in seinen Grenzen zu halten. Und es dehnte sich so weit wie möglich nach Westen aus. Es schien einem alten und allmächtigen Antrieb zu gehorchen, ähnlich dem, der in der umgekehrten Richtung die deutschen Massen nach dem Osten trieb.

Gewiss ist der deutsche Vorstoss klarer und mehr seiner selbst bewusst: er hat seine Doktrin, seine Pläne und seine von vornherein bestimmte Marschroute. Er ist auch stürmischer: er explodiert mit der Kraft einer zusammengeballten, von allen Seiten eingeschlossenen Energie, welche die Umklammerung der gegnerischen Kräfte sprengt.

Der russische Vorstoss ist unklarer und geheimnisvoller. Er ist jeder

KRIEG IM OSTEN

Begrenzung Feind, nicht weil der Raum, der Russland einschliesst, zu eng ist, sondern im Gegenteil, weil der Gedanke der Begrenzung der Natur Russlands, die das Unbegrenzte selbst verkörpert, fremd ist. Es ist wie ein Meer, dessen Ausdehnung die Notwendigkeit noch weiterer Ausdehnung rechtfertigt. Ein Damm genügt, es auf ganz natürliche Weise aufzuhalten, wenn sein Material gut ist und seine Grundmauern feststehen. Aber ebenso natürlich überborden seine Gewässer ins Unbegrenzte, so lange sie keinem Hindernis begegnen.

Diese beiden vorstossenden Kräfte widersprechen in ihrer Masslosigkeit und Unbegrenztheit dem Gleichgewicht, der Mannigfaltigkeit und der Freiheit Europas.

Am Tage des Friedensschlusses wird es die wesentlichste Aufgabe sein, eine *Grenze im Osten* wieder herzustellen, dort, wo nach dem Moskauer Abkommen alles Verwirrung, Bewegung und Unordnung wurde. Von keiner Aufgabe hängen der Frieden und das Dasein selbst des alten Kontinents in höherem Masse ab.

* * *

Im Falle eines Sieges der Achse würden alle Grenzen, im Westen wie im Osten, im Norden wie im Süden, vom alleinigen Willen des deutschen Staates abhängen. Im Falle des Sieges der Alliierten wird es keine Grenze ohne Abkommen geben; aber ein Abkommen setzt eine allgemeine Zustimmung voraus und die allgemeine Zustimmung ihrerseits eine gerechte Berücksichtigung der verschiedenen vorhandenen Interessen; die Berücksichtigung aller grossen europäischen Interessen führt uns zum unausweichlichen Grundsatz des Gleichgewichts zurück.

Es gibt schon heute mehrere Vorschläge für die Art und Weise, wie die europäische Ordnung auf dem Wege des Abkommens errichtet werden könnte.

Einer von ihnen verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Er erfreut sich der Gunst eines Teils der Presse und gewisser angelsächsischer politischer Kreise. Ein ausgezeichnete Schriftsteller, M. Edward Hallett Carr, hat ihn in seinem bemerkenswerten Werk *The Conditions of Peace* genau umrissen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wieviele andere zeitgenössische Autoren ist Carr von den bedauerlichen Folgen des Versailler Vertrages stark beeindruckt. Dieser Vertrag stellt für ihn das schlechte Beispiel *par excellence* dar, dem man nicht folgen dürfe. So schlägt er Massnahmen vor, die denen genau entgegengesetzt sind, die auf der alten Friedenskonferenz getroffen worden waren. Der jetzige Krieg darf nach seiner Ansicht nicht mit einem improvisierten und hastig zusammengepfuschten Frieden enden wie 1919. Es bedarf eines Friedenswerkes auf lange Sicht, das die alten Klippen vermeidet. 1919 hatte man nur einen Gedanken: so schnell wie möglich zur alten Ordnung der Dinge zurückzukehren und eine Welt wieder aufzubauen, die in der Erinnerung noch so viel Anziehungskraft und so viele Reize bewahrte. Heute sind alle Gedanken vorwärts gerichtet: man sucht kühne, ja sogar revolutionäre Lösungen sozialer und wirtschaftlicher Art; nicht allein in den totalitären Ländern, sondern auch in den Staaten, die den alten Überlieferungen von Recht und Freiheit treu geblieben sind. Der Verfasser wünscht seinem Vaterlande, es möge sich an die Spitze einer solchen Bewegung stellen, um seinen Platz in der Welt bewahren zu können. Und er empfiehlt gewisse «revolutionäre» Formeln, die nach seiner Ansicht geeignet sind, die Ordnung in Europa wieder herzustellen – eine nicht-totalitäre «Neuordnung».

Von diesen Formeln erwähnen wir diejenige, welche sich auf die Zusammenarbeit zwischen Grossbritannien und der Sowjetunion bezieht und infolgedessen mit dem Gegenstand der vorliegenden Studie zusammenhängt. Mr. Carr schätzt das Russland der Sowjets nicht nur, weil es tapfer an der Seite Englands kämpft, sondern auch, weil es ein dynamisches Prinzip darstellt, eine gigantische Anstrengung, die erste und bedeutendste, um auf revolutionärem Wege eine «Neuordnung» zu schaffen. England hätte also alles zu gewinnen, denkt Mr. Carr, wenn es sich nach dem Kriege die Freundschaft und die Unterstützung der Sowjetunion bewahren könnte.

Diese Unterstützung seitens der Sowjets könnte dann zwei Zielen dienen: sie würde bei der Ausarbeitung und Errichtung der neuen europäischen Ordnung mitwirken und zugleich den angelsächsischen Mächten, angesichts des Fehlens jeder andern wirklich vorhandenen euro-

päischen Kraft, die Aufgabe, Deutschland im Zaum zu halten, erleichtern. Daraus ergeben sich zwei Folgerungen, die Mr. Carr im Voraus zu unterstreichen wünscht und die er genau und eindringlich darlegt:

1. Die Pufferstaaten zwischen Deutschland und Sowjetrussland sind nutzlos, weil sie gefährlich sind: sie schaffen ein Band der Solidarität zwischen den beiden grossen Reichen und erregen deren gemeinsamen Wunsch, sie zu annektieren.

2. Die Staaten des Ostens müssen sich auf die Sowjetunion stützen. «Wenn die Staaten Osteuropas», schreibt Mr. Carr wörtlich, «sich von der deutschen Herrschaft befreien wollen, so ist es für sie wesentlich, in enger und freiwilliger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu handeln und Russland eine entscheidende Stimme (*a determining voice*) in dem möglichen Aufbau dieses Gebietes einzuräumen.» Und der englische Autor fügt noch hinzu: «Das selbe entscheidende Gewicht, das in Westeuropa den Absichten und Interessen Grossbritanniens gegeben werden muss, wird in Osteuropa den Absichten und Interessen Sowjetrusslands gegeben werden müssen.»

Es scheint, dass Mr. Carr im vollen Bewusstsein der bedeutenden Rolle, welche Sowjetrussland – ebenso gut wie England – beim Wiederaufbau Europas zukommt, im Voraus die auseinandergehenden Tendenzen versöhnen will, die sich unter den alliierten Mächten bemerkbar machen könnten. Es ist sicher wünschenswert – es ist sogar notwendig – dass im Hinblick auf den Frieden und auch zur Bewältigung der zahlreichen Nachkriegsfragen das Bündnis zwischen England und Russland nicht zerbreche, und dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Russland und seinen Nachbarn zustande kommen möge. Aber es ist nicht leicht, einzusehen – und diese Schwierigkeit ist dem englischen Schriftsteller sicherlich nicht entgangen – wie Grossmächte, deren Ansichten über die Ordnung entgegengesetzt sind und verschieden bleiben werden (selbst wenn die Entwicklung in einem «revolutionären» Sinne, den Mr. Carr für England empfiehlt, eine Wendung nehmen sollte, wie sie die Geschichte dieses Landes niemals gekannt hat), auf übereinstimmenden Grundsätzen eine Einheitsordnung in Europa errichten könnten. Die «Revolution», an die Mr. Carr denkt,

SCHLUSSFOLGERUNGEN

und die er Europa zugute kommen lassen möchte, hat nichts gemein mit der Revolution, welche die Sowjets verwirklicht haben. Für den englischen Autor ist die aktive Teilnahme Englands an den Angelegenheiten des Kontinents an und für sich schon eine Revolution. Ebenso «revolutionär» erscheint ihm der Gedanke, die europäische Wirtschaft zu reorganisieren oder sie gemäss einem sorgfältig vorher ausgearbeiteten Gesamtplan an die Weltwirtschaft anzuschliessen. Es liegt ein gewisser Abstand zwischen solchen Wandlungen und denen, die Moskau anpreist. Selbst wenn dieser Abstand sich auf Grund einer Entwicklung verringern würde, die England in Richtung einer Angleichung der Vermögen und einer Sozialisierung der Industrie durchmacht – und im umgekehrten Sinne infolge der Wandlungen, welche die Sowjetunion unter dem Einfluss des nationalen Krieges und durch die Notwendigkeit, zum Wiederaufbau seines verwüsteten Reiches an das Kapital zu appellieren, erfährt – selbst dann wird immer noch eine grosse Anstrengung zu machen sein, ehe man zur Errichtung einer harmonischen Ordnung gelangt.

Aber es ist nicht unmöglich, sich die Verwirklichung eines kleineren Planes vorzustellen, der in einer Aufteilung von Einflusszonen in Europa bestände: England würde sich für «seine Absichten und Interessen» ein «entscheidendes Gewicht» im Westen vorbehalten, und es würde Sowjetrusland das Recht zuerkennen, ein ähnliches Gewicht auf Osteuropa lasten zu lassen. Das ist der Gedanke von Mr. Carr. Der Verfasser von *The Conditions of Peace* wünscht mit Nachdruck eine Zusammenarbeit, bei der die unmittelbaren Vorteile einer Einflussteilung die gewichtigeren, aber weniger greifbaren einer zu verwirklichenden Ordnung überwiegen würden.

Aber dieser Gedanke ist nicht neu. Er führt uns zurück zum Vertrag von Tilsit und zum Moskauer Abkommen. Und er droht, die gleichen Nachteile mit sich zu bringen und zu dem gleichen Ende zu führen.

Auch Napoleon und Hitler haben versucht, ihre Absichten und Interessen mit denen Russlands in Einklang zu bringen, indem sie mit ihm die Einflusszonen im Osten Europas teilten. Das Ergebnis war, dass zuerst gewisse Gelüste auf Kosten der Nachbarländer geweckt wurden; dann brach der Konflikt zwischen den Nutzniessern der Teilung aus. Die Ab-

KRIEG IM OSTEN

kommen, welche bestimmt waren, einen «endgültigen Frieden» im Osten zu sichern, indem sie eine auf Teilung beruhende Neuordnung errichteten, haben unfehlbar die Zerstörung der Ordnung und den Krieg herbeigeführt.

Erinnern wir uns der Tatsachen, wie sie sich aus dem Moskauer Abkommen ergeben haben. Hitler behauptete, den Frieden zwischen dem Reich und der Sowjetunion «endgültig besiegelt» zu haben durch ein Abkommen, welches «auf genaueste Art und für alle Zukunft» die beiderseitigen Interessengebiete zwischen den beiden Mächten festlegte.¹⁾ Die Sowjetunion zog daraus den Nutzen, alles das als «russische Interessen» zu betrachten, was in der durch die Politik des Reichs bewirkten Auflösung der Ordnung keinen eigenen Widerstand leisten zu können schien. Die Sowjetregierung änderte ihre Haltung und ihre Sprache. Ermutigt durch eine Verständigung, welche ihr die Hindernisse aus dem Wege räumte und ihr das Recht zugestand, ihre Ansprüche vorzubringen und ihren Einfluss auszudehnen, drang die Sowjetunion in die baltischen Staaten ein, griff Finnland an, teilte Polen, gab die Genfer Grundsätze preis, entzog der Balkanentente ihre Unterstützung, nahm Rumänien Bessarabien, die Bukowina und die Donauinseln fort, bot Bulgarien die Dobrudscha an, forderte die Abänderung des Regimes an der untern Donau und die Aufhebung der Europäischen Donaukommission und enthüllte ihre Absicht, Herrin des Donaudeltas zu bleiben. Alle diese Umwälzungen hatten einen Grund: das Moskauer Abkommen ersetzte die bisherige europäische Ordnung, welche auf Verträgen beruhte, die im Osten genaue Grenzen festgelegt hatten, durch eine vertragsmässige elastische Ordnung, die zum Nutzen der «Interessen» und «Einflüsse» wechselte, zu denen die beiden Partner sich berechtigt und befähigt glaubten. Für jeden der beiden bedeutete die «Neuordnung» das Nichtvorhandensein einer Begrenzung und die Möglichkeit, sich Soweit auszudehnen, wie dies in seiner Macht lag.

So wird es immer sein, wenn man einer einzigen Macht, deren Grenzen durch eine allgemeine Zustimmung und ein Gleichgewicht der

¹⁾ Rede des Reichskanzlers Hitler vom 17. Juli 1940.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Kräfte errichtet worden waren, die Sorge überträgt, sich mit der Sicherheit und dem Glück ihrer Nachbarn zu befassen. Es ist stark zu befürchten, dass die Sowjetunion – wenn sie sich im Augenblick des Sieges jeder Begrenzung durch eine europäische Ordnung ledig sieht und ausdrücklich aufgefordert wird, gegenüber ihren Nachbarn entsprechend ihren Ansichten und Interessen zu handeln – weder an der Donaumündung noch an den Grenzen Polens Halt machen wird; sie wird versucht sein, die überlieferten Grenzen Europas zu überschreiten, um durch die slawischen Länder des Balkans und der nördlichen Karpathen Saloniki, Triest und Prag zu erreichen: das Mittelmeer, die Adria und die Mitte des Erdteils.¹⁾ Der entscheidende Einfluss, den die Angelsachsen im Osten den Sowjets zubilligten, um einen neuen Vorstoss des deutschen Imperialismus besser in Schranken halten zu können, könnte nur die Folge haben, an die Stelle der deutschen Vorherrschaft die russische Vorherrschaft über den Kontinent treten zu lassen.

Es ist wahr: durch seinen heldenmütigen Widerstand trägt Russland mächtig dazu bei, das Gleichgewicht der Kräfte wieder herzustellen; es leistet so Europa einen hervorragenden Dienst. Die angelsächsischen Mächte haben guten Grund, ihm dafür Dank zu wissen. Dass sie Russland in seinem Widerstand unterstützen, ist nicht mehr als klug und gerecht. Aber wäre es klug, ihm die Aufgabe anzuvertrauen, im Osten allein einen geschichtlichen Prozess zu regeln, in dem es zugleich Richter und Partei wäre?

¹⁾ Es gibt freilich das «Phänomen Kutusow», das morgen auftreten kann, wie es 1812 auftrat. Der Sieger über Napoleon weigerte sich, nachdem er das Gebiet Grossrusslands befreit hatte, die «nationalen» Grenzen zu überschreiten, um den Krieg nach Europa zu tragen. Kutusow aber ist in der Sowjetunion der Held des Tages: sein Andenken wird im Theater geehrt, seine Klugheit wird von den Geschichtsschreibern gerühmt, sein Bild schmückt die Medaillen, welche die höchste militärische Tüchtigkeit belohnen. *Ein Frieden nach den Wünschen Kutusows kann in Osteuropa nicht nur die Ordnung wieder herstellen, sondern auch das Vertrauen, das für die Beziehungen zwischen Nachbarn so unentbehrlich ist.*

Aber ebenso wie die Klugheit Kutusows nicht über die Ambitionen Alexanders I. zu triumphieren vermochte, so würde in unsern Tagen die These der Mässigung unterliegen, wenn die Sowjetunion aufgefordert würde, ihre Macht und ihren Einfluss über ihre nationalen Grenzen hinweg auszudehnen.

Die Stellungen, welche Russland an seiner europäischen Grenze unter seine Aufsicht bringen könnte, haben für dieses Land weder Nutzen noch Verteidigungswert. Die Nachbarstaaten können Russland nichts geben, was es nicht schon im Überfluss in seinem gigantischen Reich hätte: Boden, Bodenschätze, Getreide, Wälder, Petroleum. Die Sowjetunion hat keinerlei Bedürfnis, sich bei ihnen «Verteidigungsstellungen» zu sichern. Niemals ist Russland von einem angrenzenden Staate angegriffen worden.¹⁾ Die beiden Invasionen, welche es im Laufe eines Jahrhunderts zu ertragen hatte, waren das Werk von Mächten, die seine «Verbündeten» waren und mit denen es vorher angrenzende Länder geteilt hatte. Es lernte die Schrecken des Zerstörungskrieges auf seinem Gebiet erst kennen, nachdem es, mitten durch friedliche Länder und auf ihre Kosten, eine Grenze errichtet hatte, an der es mit den kriegerischen Mächten in unmittelbare Berührung kam. So trugen die Stellungen, welche ihm ein «entscheidender Einfluss» im Osten zu sichern vermochte, in keiner Weise dazu bei, seine Sicherheit und die allgemeine Ordnung zu festigen.

Der Frieden im Osten hängt stets von einer gerechten Einigung zwischen den Gesichtspunkten und Interessen Russlands und denen Europas ab. Eine solche Lösung erfordert – wie in der Vergangenheit – nicht ungenaue und vermittelnde Abmachungen, sondern genaue Begriffe und eine wirksam festgelegte Grenze. Würde sich der Vorschlag von Mr. Carr verwirklichen, so wäre ein Jahrhundert geduldiger und beständiger europäischer Bemühungen ausgelöscht, um stattdessen die friedliche Ordnung im Osten dem überwiegenden Einfluss einer einzigen Macht zu unterwerfen.

Die Geschichte lehrt uns, dass Russland stets dann eine friedliche Rolle in Europa gespielt und die grossen Eigenschaften des russischen Volkes in den Dienst der kontinentalen Kultur gestellt hat, wenn es in seinen Ausdehnungsbestrebungen aufgehalten und durch Verträge verpflichtet

¹⁾ Der Krieg, den Rumänien auf Anstiften Deutschlands gegen die Sowjetunion führt, ist, wie ich gezeigt zu haben glaube, nur eine schicksalsmässige Folge des Moskauer Abkommens, welches Rumänien seiner Unabhängigkeit und seiner Handlungsfreiheit beraubte.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

wurde, an der europäischen Ordnung mitzuwirken. Um Russland an den europäischen Angelegenheiten zu beteiligen, war es notwendig, ihm Grenzen zu setzen, welche dem Geist und den Überlieferungen des alten Kontinents entsprachen. Es gab keine andere Möglichkeit zur Harmonie zwischen den Geschicken eines Reiches, in dem die Seele so sehr wie der Raum sich dem Zwang von Grenzen entziehen, und den Notwendigkeiten eines kleinen Erdteils, der durch den Zwang der Tatsachen den Gesetzen des Masses und der Mannigfaltigkeit unterworfen ist. Übrigens ist sich Russland, trotz seiner unbegrenzten Natur, immer der Bedingungen bewusst gewesen, die seine Zugehörigkeit zu Europa bestimmten. Niemals hatte es so sehr das Gefühl, eine europäische Rolle zu spielen, als dann, wenn es selbst seine Grenzen zu verteidigen hatte, indem es den Ansturm einer nach Ruhm und Eroberung lüsternen kontinentalen Macht brach, die bei ihm Abenteuer suchte. So war es nach dem ersten russischen Feldzug. Es wird nach dem zweiten ebenso sein können. Aber damals wie heute kam es für Europa darauf an, dass Russland seine Grenzen, nachdem es sie befreit hatte, nicht überschritte.

Die einzigen wirklichen Friedensschlüsse mit Russland waren Friedensschlüsse des Gleichgewichts; dies gilt für den Frieden von 1856, als eine europäische Koalition, die von Frankreich und England geführt wurde, sich mit Russland im Vertrag von Paris aussöhnte; es gilt ebenso für den Frieden von 1878, als Europa, in dem das neue Deutsche Reich einen entscheidenden Platz einzunehmen begann, das siegreiche Russland nach Berlin einlud, um es zu hindern, die im Osten errichtete Ordnung umzustürzen. Jedem dieser Verträge folgte eine Periode kontinentaler Eintracht und Zusammenarbeit. Hingegen haben Verträge und Abkommen, durch welche gewisse Mächte unter Aufopferung des Gleichgewichts im Osten versucht haben, mit Russland die zwischen ihnen hegenden Gebiete und Einflusszonen zu teilen, stets Unruhen und Unordnung hervorgerufen und schliesslich unfehlbar zum Kriege geführt. Die Beispiele des Dreibundes von 1772, des Tilsiter Abkommens von 1807 und des Abkommens vom 21. August 1939 sind schlüssig.

Der Wiener Kongress von 1815, dessen wohlthätige Wirkungen auf die europäischen Angelegenheiten sehr lange zu spüren waren, scheint

eine Ausnahme in dem Sinne gewesen zu sein, dass diesmal dank einem aussergewöhnlichen Russen, dem Zaren Alexander I., Russland die Initiative ergriff, um eine neue Ordnung auf der Grundlage eines europäischen Solidaritätsgefühls und der Achtung vor dem Recht zu errichten. Aber trotz der Mässigung Alexanders machten sich in Wien gewisse Ansprüche bemerkbar, die das mühsam geschaffene Gleichgewicht zu bedrohen schienen; Frankreich, Österreich und England hielten es daher für ein Gebot der Vorsicht, sich zu Dritt in einem Geheimpakt der Gefahr einer russischen Vorherrschaft entgegenzustellen.

Das sind Lehren, an die man sich erinnern soll, wenn man daran denkt, die grossen Linien des Friedens von morgen zu ziehen.

Gewiss, der Vertrag von Versailles, der heute so verschrien ist, enthält mehr als eine unglückliche Lösung, die man klugerweise nicht nachahmen soll. Aber es ist darum noch nicht sicher, dass es genügt, das genaue Gegenstück zu allen in Versailles beschlossenen Massnahmen zu wählen, um die Lösung der Probleme von heute zu finden. Die Erfahrung der Vergangenheit ist nur dann nützlich, wenn man die Vergangenheit in ihrem Gesamtbild studiert. Aus diesem Gesamtbild, das so viele veränderliche und vergängliche Erscheinungen umfasst, ergeben sich dann die beständigen Erscheinungen, welche die Geschichte der Völker bestimmen. Europa ist in steter Veränderung begriffen, und die Bewegung, welche es in Atem hält, scheint sich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts beschleunigt zu haben. Aber die Geschichte lehrt uns gewisse Bedingungen – immer die gleichen – die berücksichtigt werden müssen; sobald man sie vernachlässigt, nehmen die Dinge eine unglückliche Wendung; jedesmal, wenn man ihnen die notwendige Aufmerksamkeit zubilligt, erfreut sich Europa langer Perioden der Ordnung und des Friedens. Der Wiener Vertrag, der Pariser Vertrag und der Vertrag von Berlin haben diesen Bedingungen Rechnung getragen: der Mannigfaltigkeit Europas; der Nützlichkeit, die gemeinsamen Interessen und die solidarischen Gefühle zusammenzufassen; dem Bedürfnis, aus dieser Zusammenfassung eine europäische Autorität hervorgehen zu lassen; der Notwendigkeit endlich, Russland eine feste Grenze zu ziehen. Diese Verträge haben sich bemüht, ein friedliches Gleichgewicht zwi-

SCHLUSSFOLGERUNGEN

schen den Mächten zu errichten. Die Ergebnisse waren befriedigend. Der Pakt von München, der unter Aufopferung Osteuropas eine Entente zu Viert schuf – das Moskauer Abkommen, das diesen Osten aufteilte, indem es Staaten unterdrückte und weite Gebiete unter die Aufsicht der beiden verbundenen Grossmächte brachte – wie der Vertrag von Tilsit und wie ebenfalls die Aufteilung Polens im 18. Jahrhundert – haben weder der Mannigfaltigkeit Europas noch seinem Bedürfnis nach Gleichgewicht Rechnung getragen, sondern versucht, politische Fragen, die alle Länder Europas angingen, zum Nutzen einiger und zum Schaden von allen andern zu lösen. Diese Abkommen haben – aus Zweckmässigkeitsgründen – um unrechtmässiger Vorteile willen jede Grenze und jedes Gleichgewicht im Osten zerstört. Die Ergebnisse waren verheerend.

Die Grenze im Osten war während mehr als einem Jahrhundert eine der Grundbedingungen der europäischen Ordnung. Die Verträge, welche sie bestätigt, aufrechterhalten und verstärkt haben, vollbrachten ein Werk des Friedens. Jene Verträge, welche sie abschwächten oder auf hoben, haben nur Unruhen und Konflikte verursacht.

Das Wort «Grenze» muss, wohl verstanden, in seinem genauen und strengen Sinn begriffen werden. Es handelt sich darum, zwischen Russland und den angrenzenden Ländern die Grenzlinie neu zu ziehen, die jedem, Russland so gut wie seinen Nachbarn, vollständige Sicherheit und eine unabhängige und freie Existenz gemäss den europäischen Traditionen gewährleistet. Es versteht sich ebenso, dass eine solche Grenze Russland nicht «diktiert» werden darf; nichts kann ohne seine Zustimmung und seine aktive Beteiligung getan werden. Die grösste Macht des Ostens, deren Unterstützung für die friedliche Ordnung von morgen unentbehrlich ist, muss sich dessen versichern können, dass diese Ordnung ihren Interessen nicht zuwiderläuft und ihre Sicherheit nicht in Gefahr bringt. Es ist also nicht die Rede davon – und es wird niemals mehr die Rede davon sein können – Barrieren zu errichten oder «cordons sanitaires» zu schaffen. Die Politik der Isolierung hat das gegenseitige Misstrauen und die gegenseitige Furcht wachgehalten; sie hat den grossen Krieg begünstigt. Nichts darf am Tage des Friedensschlusses

KRIEG IM OSTEN

verhindern, dass sich regelmässige und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Russland und seinen Nachbarn anknüpfen können.

Die Grenze im Osten, wie sie ein dauernder, durch eine klug ausgeglichene Ordnung gesicherter Frieden erfordert, muss die unvermeidliche und unentbehrliche Rückkehr Russlands nach Europa erleichtern.

* * *

Damit im Osten das Gleichgewicht wieder hergestellt werden kann, ist es unerlässlich, dass es europäische Kräfte gibt, die fähig sind, es aufrechtzuerhalten. Vor allem ist notwendig, dass die Staaten des Ostens festgefügt sind und eigene Widerstandskraft besitzen. Es liegt im Interesse Europas, dass der Wiederaufbau dort beginne, wo der Druck am stärksten zu sein droht und wo infolgedessen die Verteidigungsanlagen am festesten gefügt sein müssen.

Die kleinen und mittleren Staaten sind für Europa notwendig. Sie entsprechen den wesentlichen Eigenschaften der europäischen Idee: der Mannigfaltigkeit und dem Gleichgewicht. Das Dasein der Kleinstaaten muss die Zusammenballung zerstörerischer Kräfte und die Entwicklung der Vorherrschaftsbestrebungen verhindern. Sie fördert in jedem Falle die Zusammenarbeit, regt zu Abkommen über kollektive Sicherheit an, schafft vielfache Bande zwischen Staaten und fördert die Entwicklung des internationalen Rechts. Mit einem Wort: sie spiegelt das wahre Antlitz Europas wider und trägt auf nützliche Weise dazu bei, ihm in einer Welt, in der einförmige Massen ganze Erdteile erfüllen, seine Überlieferungen und seine Eigenart zu erhalten, unerschöpfliche Quellen des Lebens, der geistigen Ausstrahlung und der schöpferischen Kraft. Jedes Mal, wenn die kleinen oder mittleren Staaten unterdrückt wurden, um gewisse Probleme zu vereinfachen, entstanden daraus neue Interessenkonflikte und neue Kriegsursachen.

Es ist anderseits unbestreitbar, und die gegenwärtigen Ereignisse zeigen es nur allzu deutlich, dass ein politischer Organismus, der nicht in sich selbst eine genügende Verteidigungs- und Widerstandskraft darstellt, die allgemeine Lage verwirrt und noch mehr erschwert. Wenn ein solcher Organismus nicht in der Lage ist, den Frieden zu sichern, den

SCHLUSSFOLGERUNGEN

zu erhalten sein Wunsch und sein Interesse ist, wenn er die Begehrlichkeiten, welche er hervorruft, nicht in Schach zu halten vermag, wird er die leichte Beute der Kühnsten, die ihn aus seiner natürlichen Bahn stossen und ihn Zwecken unterwerfen, die ihm fremd sind. So gelangt er dahin, zum Umsturz eines Gleichgewichts beizutragen, das ihm in erster Linie zugute kam.

Die grosse Zahl von Grenzen, welche sich aus dem Bestehen von Kleinstaaten ergibt, hat Unzuträglichkeiten, die in unsern Tagen noch augenfälliger sind: sie macht die Organisation einer europäischen Wirtschaft ganz besonders schwierig.

Es liegt also im Interesse Europas wie auch im Interesse der Kleinstaaten, dass diese ihr Wohl sichern, indem sie sich untereinander gruppieren, um mit vermehrten Kräften und verminderten Grenzen zur Verstärkung der Ordnung und des kontinentalen Gleichgewichts beizutragen.

Was für Europa gilt, gilt ganz besonders für den Osten.

Wir haben gesehen, dass nach gewissen Autoren die Länder dieser Region geopfert werden sollten, um nicht ein «Band der Solidarität» zwischen den beiden Reichen (Deutschland und Sowjetrussland) und den gemeinsamen Wunsch, sie zu annektieren, hervorzurufen. Es kann überraschend erscheinen, dass man, um Begehrlichkeiten und schlechte Absichten der Mächtigen zu verhindern, im Voraus ihre Opfer preisgibt. Aber eine solche Lösung wäre ebenso gefährlich wie unmoralisch. Denn jedesmal, wenn die «Pufferstaaten» ganz oder zum Teil durch ihre grossen Nachbarn aufgeteilt wurden, sind die Rivalitäten erst recht ausgebrochen, denen alsbald der Krieg folgte; unsere Studie legt darüber Zeugnis ab. Die Staaten des Ostens, die von der Ostsee bis zur Donaumündung und von dort bis zu den Meerengen Stellungen von allgemeinem Interesse innehaben, sind für den Frieden Europas unentbehrlich. Es ist aber auch notwendig, dass sie sich, damit sie ihre europäische Rolle erfüllen können, in Gruppen organisieren, um Kräfte eigenen Lebens und eigenen Widerstandes zu entwickeln. Es versteht sich von selbst, dass derartige Gruppierungen gegen niemanden gerichtet sein dürfen. Es handelt sich nicht darum, neue Rivalitäten zwischen den Grossmächten

KRIEG IM OSTEN

zu schäften, und noch weniger, kriegerische Blocks zu gründen, die ihren Nachbarn feindlich und den grossen Strömungen der Geschichte entgegengesetzt wären. Es gilt, das Spiel der internationalen Politik zu vereinfachen, nicht etwa es weiter zu verwirren. Die Schaffung von Gruppierungen der Kleinstaaten *soll zur Organisation Europas beitragen*: ihr Ziel soll sein, das Spiel der gegnerischen Kräfte auf dem Kontinent zu beschränken, die Unruhe, welche in den Beziehungen zwischen Grossen und Kleinen durch den Mangel an Vertrauen bei den einen und die Angst bei den andern hervorgerufen wird, zu beseitigen und die Autorität der wechselseitigen Verpflichtungen zwischen Partnern von gleichem Wert zu verstärken. Mit einem Wort: die harmonische Zusammenarbeit der europäischen Mächte zu erleichtern.

Die Ordnung des Kontinents hängt von einer noch wichtigeren Bedingung ab: Europa muss die gegenwärtige Krise überleben können.

Der Anblick, den das europäische Problem heute darbietet, ist ausserordentlich beängstigend. Deutschland scheint der vergeblichen Hoffnung nachzujagen, ein neues Europa zu begründen, das zum Geist und Willen der Europäer in Widerspruch steht. Der Sieg der Vereinten Nationen andererseits hängt von Kräften ab, deren Stützpunkte sich ausserhalb des alten Kontinents befinden.

Durch ihre liberale Überlieferung und auch durch ihren Abstand von Europa sind die Vereinten Staaten von Amerika berufen, der Wiederaufrichtung Europas wertvollen und uneigennütigen Beistand zu leihen.

England und Russland gehören zur alten Welt. Sie sind zu eng mit Europa verbunden, als dass Europa sich ohne ihre ständige und tätige Unterstützung erneuern könnte. England kann sich nicht länger in einer Isolierung gefallen, die für es selbst ebenso bedrohlich ist wie für den Kontinent. Sowjetrussland kann nicht mehr, wie nach Versailles, angewiesen werden, in gefährlicher Weise abseits von Europa zu leben.

Indessen kann sich die Hilfe, welche diese beiden Mächte Europa zu leihen vermögen, auf verschiedene Arten kundtun. Die Sowjetunion

SCHLUSSFOLGERUNGEN

und Grossbritannien können Europa in zwei «Einflusszonen» teilen. Wir haben schon die Gefahren hervorgehoben, die eine solche Teilung mit sich bringt.

England und Russland können aber auch an die europäische Gemeinschaft appellieren und ihr die Freiheit und die Mittel sichern, sich nach ihrem Willen, ihren Überlieferungen und ihrem Geist zu organisieren. England und Russland würden daraus unmittelbaren Nutzen ziehen, da sie als europäische Mächte eng mit dem Heil und dem Wohlergehen des Kontinents verbunden sind. Aber auch als Weltmächte würden sie dabei gewinnen, da sie sehr daran interessiert sind, dass sich zwischen ihnen und ihren oft auseinanderstrebenden politischen Tendenzen die wohlthuende Autorität eines friedlichen Europa erhebe.

Aber welchen Beitrag könnte Europa selbst zu einer solchen Lösung leisten?

Wird es nach all dem Unglück, das es niedergebeugt hat, in der Lage sein, sich aus eigenen Mitteln zu organisieren, sich aus eigenem Willen zu lenken und mit seinen eigenen Kräften zu verteidigen? Mit einem Wort: wird Europa noch Europa sein, «der alte Kontinent», dem die Bürgerkriege und die äusseren Gefahren bisher noch nie die Einheit und die Ausstrahlungen des Geistes rauben konnten? Oder wird es, von fremden Kräften beherrscht und von seinen eigenen Leidenschaften zerrissen, in Fetzen gehen und sich in den neuen Zivilisationen verlieren, die sich im Westen und Osten erheben?

Wir können hier dieses Hauptproblem, von dem für alle Europäer der Sinn und der Wert des Friedens abhängen, nur kurz streifen.

Es stellt sich unter trübstem Vorzeichen; Frankreich ist durch innere Spaltungen, welche durch Niederlage und Kapitulation noch verschärft worden sind, tief erschüttert – wird es seine Einheit früh genug wiederherstellen können, um, in den entscheidenden Stunden des Friedensschlusses, die wesentliche Rolle spielen zu können, die ihm gebührt? Italien hat aus freien Stücken der Politik des Gleichgewichts, welche einst seine Unabhängigkeit und Stärke bestätigte, die sogenannte Achsenpolitik vorgezogen, das heisst die Unterwerfung unter einen mächtigeren Partner. Wird es die notwendige Autorität finden, um an der Wie-

KRIEG IM OSTEN

derherstellung eines internationalen Regimes der Freiheit und des gerechten Masses teilnehmen zu können? Und die kleinen und mittleren Staaten des Nordens und Ostens – werden sie sich mit hinreichender Schnelligkeit zu befreien und zu gruppieren wissen, um in nützlicher Weise zur Wiederaufrichtung Europas beitragen zu können? Wieviele Befürchtungen wecken solche Fragen!

Aber es ist gut, sich daran zu erinnern, dass Europa schon ähnliche Krisen wie die heutige durchgemacht hat. Es gab eine Epoche im vorigen Jahrhundert, wo «alle Welt Angst hatte und für das Schicksal Europas fürchtete». ¹⁾ Das war zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, zu dem Zeitpunkt, da Napoleon die alte Ordnung der Dinge umstürzte, um sein siegreiches Imperium von den Pyrenäen bis zur Memel auszudehnen. Damals gab es auf dem Kontinent keinen Punkt mehr, der für die Wiederherstellung der europäischen Ordnung als Stütze dienen konnte. Frankreich hatte sein Schicksal an das des Kaisers gebunden: es schien dazu verurteilt, mit ihm zu siegen oder in den Abgrund zu stürzen. Preussen, geschwächt und terrorisiert, verschwand bei Jena in wenigen Stunden. Österreich war nur noch der Schatten seiner selbst, und dieser Schatten erbleichte, bereit, jedesmal zu verschwinden, wenn ein neuer Stern seine Strahlen auf ihn richtete. Die italienischen wie die deutschen Länder waren Sandkörner unbeständiger und unterworfenen Staaten. Der Papst war ein Gefangener, der Sultan hielt nur noch mit Mühe sein haltlos zusammenstürzendes Reich beieinander. Nur zwei Reiche in der Welt konnten sich der Allmacht Napoleons widersetzen: Grossbritannien und Russland.

Kaiser Alexander I. wollte die neue europäische Ordnung auf einer russisch-englischen Allianz begründen. Die «geheimen Instruktionen», die er seinem Gesandten in London gab, zeugen von höchster Weisheit. ²⁾

¹⁾ G. FERRERO: «*Reconstruction*».

²⁾ Die russisch-englische Allianz sollte dazu dienen, «die künftige Ruhe Europas auf feste und dauernde Grundlagen zu stellen». – «Es scheint mir klar» (schrieb der Kaiser in seinen geheimen Instruktionen an Novoltzow), «dass das grosse Ziel nur als erreicht betrachtet werden kann, wenn man dahin gelangt, einerseits die Nationen an ihre Regierungen zu binden, indem man die Regierungen befähigt, sich nur für

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Aber die Absichten des Zaren blieben ohne Folgen. Austerlitz entstellte das Antlitz Europas noch mehr. Alexander vergass seine Träume und dachte an seine Interessen: er bereitete sich schon auf eine neue «collaboration» vor. Das war Tilsit nach Erfurt. Das «grosse Ziel», das es zu erreichen galt, um «die künftige Ruhe Europas auf feste und dauernde Grundlagen zu stellen», hatte sein Aussehen verändert. Es ging nicht mehr darum, die Freiheiten Europas, sondern den Besitz Russlands zu festigen. Der Zar dachte weniger an die «wahren Grundsätze» der Regierung, aber um so mehr an die Orientfrage. Ein Grundsatz indessen hatte sich nicht gewandelt: der der Verständigung zwischen zwei grossen Mächten, um gemeinsam die «europäische Ordnung» zu errichten. Diese Verständigung musste unfehlbar zum Kriege führen; sie führte dahin, und die europäische Ordnung schien schlimmer geschädigt als jemals. Niemand konnte sich vorstellen, auf welche Weise Europa noch gerettet werden könnte.

Es wurde dennoch gerettet. Europa fand zu sich selbst zurück, dank den aufgeklärten und klugen Bemühungen einiger grosser Europäer. Im Augenblick, da die Friedensverhandlungen eröffnet werden sollten, hat Talleyrand die europäische Idee in einer Formel erfasst und zum Ausdruck gebracht, welche morgen lebendigste Aktualität gewinnen kann: *«Europa ist ein System von Staaten, welche unter sich in einer gewissen Gleichgewichtsbeziehung leben müssen. Aber diese Staaten sind lebendige Wesen. Das Gleichgewicht zwischen diesen lebendigen Wesen kann nicht von aussen durch die Gewalt eines Staates oder einer Gruppe mächtigerer Staaten nach ihrem selbst-*

das grösste Wohl der ihnen unterstellten Völker einzusetzen, während man anderseits die Beziehungen der Staaten untereinander auf genauere Regeln gründet, die zu beachten in ihrem Interesse liegen würde. Gründlichere Betrachtungen über diese Fragen und die Erfahrung der Jahrhunderte beweisen hinreichend, dass diese beiden Ergebnisse nur gesichert werden können, wenn die innere soziale Ordnung sich auf eine weise Freiheit stützt, welche die Regierungen zu festigen scheint und sie mit einer Art Schutzwall gegen die Leidenschaften, den entfesselten Ehrgeiz oder den Wahnsinn umgibt, welche oft die Menschen, die an ihrer Spitze stehen, vom rechten Wege abbringen. Zu gleicher Zeit muss das Völkerrecht, welches die Beziehungen der europäischen Föderation regelt, in seinen wahren Grundsätzen wiederhergestellt werden.»

herrlichen Willen aufgezwungen werden: es muss den Lebensnotwendigkeiten aller Staaten entsprechen. Um sich nicht über diese Lebensnotwendigkeiten zu täuschen, muss man ganz Europa an diesem neuen System mitwirken lassen.»

Die Wahrheiten, welche Talleyrand in Wien in die Erinnerung zu rufen und zu verteidigen für nützlich hielt, konnten in der Folgezeit banal erscheinen. Es erschien ganz augenfällig, dass Europa zu gleicher Zeit ein Ganzes und eine Mannigfaltigkeit war, dass diese Mannigfaltigkeit, um zu dauern, des Gleichgewichts bedurfte, und dass dieses Gleichgewicht nicht durch äussere Kräfte aufrechterhalten werden konnte, sondern «den Lebensnotwendigkeiten jedes Staates» entsprechen musste. Alle europäischen Grundsätze der Politik, des öffentlichen Rechts und der internationalen Moral ergeben sich aus diesen Notwendigkeiten. Der Wiener Kongress war berufen, einer Epoche der Auflösung aller geistigen, moralischen und politischen Ordnung ein Ende zu setzen. Indem es Talleyrand glückte, eine so treffende Definition Europas nicht nur in die Erinnerung zurückzurufen, sondern als Ausgangspunkt für die folgenden Verhandlungen genehmigen zu lassen, hatte er einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung der Ordnung getan. Dank ihm war der Grundsatz Europas mit Ordnung und Frieden gleichbedeutend geworden. Er rechtfertigte das Dasein der Schwachen und beschränkte die Forderungen der Starken. In diesem Grundsatz fanden sich alle zusammen, um in ihm die Daseinsberechtigung ihres Partikularismus und die Notwendigkeiten ihrer Gemeinschaft zu entdecken. Sie fanden in ihm auch Regeln für ihr Verhalten, welche den Überlieferungen ihrer gemeinsamen Kultur entsprachen, und die keine Kraft von aussen ihnen hätte aufzwingen können. Damit Staaten, die ausgelöscht schienen, und Mächte, welche man tot glaubte, so zum Heile Europas beitragen konnten, hatte sich Europa ihnen offenbaren und ihnen die Ermutigung und den Schutz seiner alten geistigen und moralischen Autorität gewähren müssen. Die Herrschaft der Gewalt hatte ein Ende gefunden; die Völker wandten sich begierig den alten Werten zu, denen sie im vorhergehenden Jahrhundert angehangen hatten. Das Völkerrecht, das Talleyrand in Wien anrief, hatte die Bedeutung «eines moralischen Anspruchs auf die Herrschaft der Weisheit,

SCHLUSSFOLGERUNGEN

der Loyalität und der Menschlichkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern und den Staaten» (G. Ferrero).¹⁾

Dieser moralische Vorgang erklärt, besser vielleicht als alle Handbücher der Geschichte der Diplomatie, die Wiederauferstehung Europas im Jahre 1815: die neue Ordnung, welche der Wiener Kongress errichtete, und die trotz der gigantischen Umformungen, welche die Welt auf sozialem und technischem Gebiet durchmachte, länger als ein Jahrhundert dauern sollte, war nicht durch eine Anwendung von Gewalt aufgezwungen worden; sie war aus freien Stücken von den Staaten des Kontinents angenommen worden, die durch eine ununterbrochene Folge von Kriegen, Gewaltakten und Missbrauch der Macht erschöpft waren; sie waren glücklich, sich den durch das Völkerrecht geforderten Beschränkungen und den Notwendigkeiten eines ausgeglichenen europäischen Lebens unterstellen zu können.²⁾

Europa, das Napoleon durch die Gewalt einigen wollte, hatte sich überzeugen lassen – der Kaiser hatte es auf St. Helena vorausgesehen –

¹⁾ Die Diplomatie der alten Schule hatte sich nicht an die weisen Vorschriften von Grotius gehalten. Die Teilung Polens, neben anderm, war ein Muster von Betrug und dunklen Machenschaften gewesen. Aber so sehr die Herrscher und ihre Ratgeber das Völkerrecht überschritten, so leugneten sie es doch nicht. Die Kaiserin von Österreich «weinte und nahm»; ihre Tränen waren eine Huldigung für die Gesetze, die zu verletzen sie sich nicht versagen konnte. Selbst Friedrich der Grosse setzte seinem Zynismus Grenzen und verteidigte sich in einem Brief, den er an d'Alembert richtete, gegen den Vorwurf, diese «schändliche Teilung» angeregt zu haben. Der Beginn des neunzehnten Jahrhunderts hingegen kannte keine derartigen Gewissensregungen. Das Völkerrecht wurde so offen über den Haufen geworfen wie Europa selbst: die Provinzen und die Völker wechselten den Herrscher und die Staatszugehörigkeit, und die Welt kannte kein anderes Gesetz mehr als den Willen eines allmächtigen Herrn. Die Reaktion, welche beim Sturz dieses Herrschers die Staaten zum Völkerrecht zurückführte, war umso mächtiger. Dieses Recht schien der sicherste Schutzwall gegen neuen Missbrauch der Gewalt werden zu sollen. Es rief in Europa «fast so etwas wie ein religiöses Gefühl hervor, das in gewissen Augenblicken fähig war, sich in Leidenschaft, Mut und Scharfblick zu verwandeln» (G. Ferrero).

²⁾ Benjamin Constant sprach im Jahre 1813 folgende Prophezeiung aus: «Wenn eines Tages die Welt ihre Vernunft wiedergewinnt und von Neuem Mut fasst – wohin auf der Erde könnte dann der bedrohte Angreifer seine Blicke richten, um Verteidiger zu finden? . . . Alle würden sich gegen ihn verbünden. Der Frieden, die Unabhängigkeit, die Gerechtigkeit wären die Losungsworte der allgemeinen Samm-

der Autorität der Vernunft nachzugeben. Der alte Kontinent hatte so zwar keine vollständige Einheit erreicht, die übrigens seiner Geschichte und seinem Entwicklungsgrad nicht entsprochen hätte; aber er hatte ein Gleichgewicht wiedergefunden, das den «Lebensnotwendigkeiten aller Staaten» entsprach und eine Rechtsordnung, welche die Grundlage jeder besseren Organisation der europäischen Gemeinschaft war und bleiben wird.

Die scharfen Kritiker des Wiener Kongresses machen ihm immer den Vorwurf, er habe die revolutionären Tendenzen und die liberalen Ideen erstickt und auf alten Formeln eine kontinentale Ordnung errichtet, welche den Klassenvorrechten günstig und dem Fortschritt verschlossen war. Der Kongress hätte nach dieser Ansicht dazu beigetragen, die falsche und gefährliche Idee zu verewigen, dass die internationale Ordnung auf einen so unsicheren und auch so herkömmlichen Begriff wie den des Gleichgewichts gegründet werden könnte.

Es ist unleugbar, dass das Legitimitätsprinzip, dessen sich die Diplomaten von 1815 bedient haben, um die Ordnung in Europa wiederherzustellen, einen eindeutig konservativen Charakter hatte. Aber hätte man ein anderes Prinzip finden können, das in der ganzen Welt anerkannt war? Musste man nicht die Bande zwischen den europäischen Staaten verstärken statt neue Gegensätze zwischen ihnen zu schaffen?

Das Wesentliche war, der Unordnung ein Ende zu machen, die durch die Übergriffe Napoleons verursacht war, welche Europa an den Rand des Abgrunds geführt hatten; und es musste geschehen, ohne neue Übergriffe hervorzurufen. Wie Talleyrand es so richtig empfunden hatte: in einem Europa, das aus Staaten gebildet wurde, die «lebendige Wesen» waren, galt es, die Lebensbedingungen zu berücksichtigen. Und man konnte dies nicht tun, ohne sich über die besondere Natur des alten Kontinents Rechenschaft zu geben, indem man an seine Überlieferun-

lung: und durch die bloße Tatsache, dass sie lange Zeit verpönt waren, hätten diese Worte eine fast magische Gewalt gewonnen. Da die Menschen das Spielzeug des Wahnsinns gewesen waren, würde Begeisterung für den gesunden Menschenverstand sie erfassen. Ein Schrei der Erlösung, ein Schrei nach Einigung würde von einem Ende der Welt zum andern widerhallen.»

SCHLUSSFOLGERUNGEN

gen und seine Rechtsgrundsätze anknüpfte und so Europa die erste all seiner «Lebensnotwendigkeiten» sicherte: die «Kontinuität».

Das Gleichgewicht war gewiss damals keine endgültige und vollkommen sichere politische Lösung und ist es heute ebensowenig. Aber in der europäischen Mannigfaltigkeit, die eine auf rechtem Mass beruhende Ordnung erfordert, war das Gleichgewicht ein Lebensprinzip und wird es immer sein. Das Gleichgewicht schliesst nicht eine systematischere Organisation der europäischen Gemeinschaft aus; aber damit eine solche Organisation einen europäischen Rahmen bewahre, darf das Gleichgewicht dabei nicht ausgeschlossen sein.

So konservativ der Wiener Kongress war, so hinderte er Europa doch nicht, durch liberale Strömungen mitgerissen und mehr als einmal durch revolutionäre Ideen umgestürzt zu werden. Aber er gab Europa dem Leben wieder – und die Ordnung, die er dem europäischen Leben sicherte, dauerte länger als ein Jahrhundert.

Aus diesen Gründen ist das Beispiel des Wiener Kongresses ganz besonders wohltuend in den Zeiten, die wir durchleben. Niemals hat eine vollständigere Auflösung aller geistigen und moralischen Ordnung Europa getroffen. Die neuen politischen Lehren, welche das Denken der Völker umnachteten, und die neuen Methoden, welche die Staaten lahmlegten, zerstörten nicht nur jede physische, sondern auch jede geistige Sicherheit. Die Begriffe von Recht, Gerechtigkeit und Interesse veränderten Sinn und Tragweite. Missgeburten tauchten in der politischen Ideologie auf: sie zerren am Wesen der Dinge und der Ideen, foltern den Geist und stellen Begriffe und Werte auf den Kopf. Von allen Missbräuchen, welche man mit den ihres Sinnes beraubten Worten begeht, ist der verwirrendste sicherlich der, welcher sich auf Europa bezieht: ständig ruft man zu Unrecht seinen Namen an, um Absichten und Gefühle zu bezeichnen, die stets dem europäischen Gedanken entgegengesetzt und gewissermassen seine Verneinung gewesen sind. Im Munde der totalitären Führer ist Europa je nach Bedarf bald ein Werkzeug des Kampfes, ein gigantischer Kampfwagen, dessen gesamtes Räderwerk knechtisch dem Willen des Herrschers gehorchen und ihm mit Feuer und Schwert den Weg zu unbegrenzten Räumen bahnen muss – bald

eine belagerte Festung, die von der Welt getrennt und ihren Umwälzungen und Bestrebungen fremd ist, und in der die Unterdrückten nur die eine gebieterische Pflicht hätten, in einmütiger begeisterter Solidarität den Unterdrückern zu helfen, den Gedanken der Unterdrückung selbst zu retten. Scheinen nicht solche Deutungen das Ende dieses Europa zu kennzeichnen, dessen Name einst angerufen wurde, um Eintracht und Frieden herzustellen, und das, als strahlender Mittelpunkt der Welt, die Erdteile führte und untereinander einigte? Die Verwirrung der Ideen noch mehr als die Zerstörungen des Krieges lässt befürchten, dass eine ganze Epoche ihr Ende erreicht hat.

Es ist das grosse Verdienst Guglielmo Ferreros, des bedeutenden italienischen Historikers, in diesen trüben Tagen, die so verzweiflungsvoll schienen, die Erinnerung an den Wiener Kongress und an die grosse Gestalt Talleyrands wachgerufen zu haben. Ferrero hat seine Überzeugung ausgesprochen, dass «Europa sich zum zweiten Male retten wird», wenn es weise genug ist, eine grosse «reconstruction» vorzunehmen und, wenn es das Glück hat, wie im Jahre 1815 Völker und eine Elite zu finden, die fähig sind, «den Krieg zu besiegen, und den Mut haben, den Sieg nicht zu fürchten».

Das Beispiel von 1815 ist in der Tat erhebend. Es zeigt uns, wie aus dem Übermass der Verwirrung der Gedanke des Gleichgewichts wiedergeboren werden kann, und wie aus dem Übermass des Unglücks manchmal der Gedanke Europas wiederersteht. Es lehrt uns auch, dass es nicht notwendig ist, Europa von aussen her neu aufzubauen – wer könnte auch den Anspruch erheben, dies zu tun? – sondern dass es genügt, gewisse entfesselte Kräfte zu brechen und wieder ein Klima zu schaffen, in dem der Gedanke nicht mehr durch Terror entstellt wird: dann vermag sich Europa, so geschwächt es ist, wiederzufinden, und in der Idee, um deren Verwirklichung es immer bemüht war, findet es das Heilmittel für seine Leiden. Je unbegrenzter die Auflösung aller Ordnung ist, um so mehr wird sich das Bedürfnis nach Ordnung und Begrenzung fühlbar machen. Je mehr die Willkür gewütet hat, um so mehr werden die Völker wieder die Notwendigkeit des Gesetzes empfinden und sich aus eigenem Antrieb unter den Schutz des Völkerrechts stellen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Gewiss, die Wiederherstellung des Gleichgewichts und der europäischen Freiheiten wird nicht genügen, um das Problem des Friedens zu lösen. Die allgemeinen Verhältnisse sind verworrener, als sie es jemals waren, und die Anforderungen eines Zusammenlebens sind heute grösser als in der Vergangenheit. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die entfesselten Kräfte aller technischen Mittel noch mehr als die menschlichen Leidenschaften und Ambitionen unmässige Anhäufungen von Energien erzeugen, erfordert der Wiederaufbau einer europäischen Gemeinschaft eine dauerhafte Anspannung des Denkens und der Organisation. Die europäischen Staaten werden gemeinsam die Fragen zu lösen haben, die mit ihrem Bestehen zusammenhängen: sie werden ihre Arbeit, ihre Erzeugung und ihren Austausch solidarisch regeln müssen. Ebenso werden gewisse soziale Fragen gemeinsam gelöst werden müssen. Wie nach dem Wiener Vertrag und auch nach dem Vertrag von Versailles wird sich die Notwendigkeit einer europäischen Autorität, die über allen Staaten steht, gebieterisch aufdrängen. Es wird wünschenswert sein, für die Errichtung einer solchen Autorität neue Verfahren und Mittel anzuwenden und unter Verwertung der Erfahrungen der Vergangenheit durch eine kühne Anstrengung – manche werden sagen: durch eine revolutionäre Anstrengung – Europa das politische Rüstzeug zu geben, welches die Zukunft zu fordern scheint. Diese unerlässliche Anstrengung für die Errichtung der europäischen Einheit wird eine ernstliche Überprüfung der politischen Einrichtung jedes Staates erheischen. Schon vor dem Wiener Kongress sah Alexander I. ein, dass im europäischen Rahmen nichts aufgebaut werden könnte, wenn nicht die innere Ordnung der Staaten auf eine «weise Freiheit» gegründet wäre, welche «dem Ehrgeiz, den Leidenschaften oder dem Wahnsinn, die oft die Männer der Regierung vom rechten Wege abbringen», Zügel anlegt. Die Männer von 1815 konnten sich auf ein Legitimitätsprinzip stützen, das durch die alten Höfe und die monarchistischen Ideen vertreten wurde. So sehr in unsern Tagen das politische Denken durch extremistische Strömungen verwirrt worden ist, so kann doch das demokratische Prinzip, das durch die totalitären Erfahrungen in reichem Masse gerechtfertigt worden ist, heute als legitimes Band zwi-

schen den Ländern dienen, welche sich einer weisen Freiheit zu erfreuen wünschen.

Aber all diese Zukunftsaussichten dürfen unsere Gedanken nicht von der wesentlichen Wahrheit ablenken, die das Leben Europas beherrscht: *man kann in Europa nichts neu aufbauen, ohne den alten Grundlagen Rechnung zu tragen.* Der Ausgangspunkt für die Zukunft liegt dort, wo Europa stets sich selbst wiedergefunden und wiedererkannt hat, bei seinem Gleichgewicht, welches zu allen Zeiten die Verschiedenartigkeit seiner Erscheinungen und die Harmonien seines Lebens bestimmt hat. Das europäische Problem ist weniger ein Organisations- als ein Lebensproblem. Und das Leben Europas wird von Möglichkeiten geistiger und moralischer Art bestimmt. Weder die Vorherrschaft einer einzelnen Macht noch Zwang, Willkür oder Schrecken haben jemals in Europa andere als Todeslösungen erzeugt. In Zeiten der Verwirrung, in denen die Lebensnotwendigkeiten des Geistes und der Seele verkannt oder verhöhnt werden, verschwindet Europa. Nur sein Name bleibt bestehen: er erweckt noch einige Illusionen, aber er schafft weder Ordnung noch Frieden. Damit Europa wieder Leben gewinne, müssen die Lebensbedingungen, die für das Bestehen der Gemeinschaft wie für das der Staaten, die sie zusammensetzen, unentbehrlich sind, Genüge getan sein.

Europa kann nicht ein Werkzeug der Weltherrschaft in den Händen einer kontinentalen Macht sein; es kann ebenso wenig ganz oder teilweise der Herrschaft einer Macht unterworfen werden, die ausserhalb des Kontinents oder an seinem Rande liegt. Instinktiv, manchmal unter Krisen und tragischen Zuckungen, verwirft es alles, was masslos ist; sein kulturelles Klima ist das des gerechten Masses. Nur in einem solchen Klima hat es seine schöpferischen Fähigkeiten auf allen Gebieten des Geistes entwickeln und seinen Platz in der Welt wahren können, und dies wird auch in Zukunft gelten. Sein wirklicher Lebensraum erstreckt sich auf einem Gebiet, auf dem das Gleichgewicht herrscht und die Gewalt fehlschlägt.

Die politische Einheit Europas kann nicht auf Kosten seiner geistigen und moralischen Einheit errungen werden; man kann nicht nach einer ein-

SCHLUSSFOLGERUNGEN

heitlichen Autorität und gleichförmigen Disziplin streben, wenn man die Werte leugnet, denen alle Europäer anhängen, und die ihr gemeinsames Erbe an ethischen Grundsätzen, Rechtsvorschriften und religiösen Überzeugungen darstellen; man kann keine «Neue Ordnung» in Europa schaffen: wer *Europa* sagt, sagt *Ordnung*, im höchsten und ältesten Sinne des Wortes, und man kann auf dem Wege zu einer besseren Gestaltung Europas keinen Schritt vorwärts tun, ohne diese Ordnung zu achten und sich mit ihr zu verbinden.

Europa kann weder in einem Anfall von Raserei noch in einer Anwendung von Hochmut neugeschaffen werden; es kann nicht nach dem Belieben der Pläne von Soziologen und Theoretikern errichtet und geordnet werden; es ist ein uraltes Werk, das nur aus der Innerlichkeit und dem Glauben heraus vollendet werden kann.

Die gegenwärtige Krise führt zu einer dieser tiefen Gegenbewegungen, aus denen die europäische Idee mächtiger und fruchtbarer als je wiedererstehen kann und muss. Alle europäischen Völker bereiten sich in der Tiefe ihres Gewissens darauf vor, an dieser Gegenbewegung teilzunehmen: kein Volk darf davon ausgeschlossen werden. So schwach einige erscheinen, so zersplittert sie unter sich sein mögen, sie werden die besten Stützen einer Ordnung sein, in die jeder sich mit all den leuchtenden Erinnerungen seiner Geschichte und mit seinen höchsten Zukunftsbestrebungen eingliedert. Die Zustimmung und die Mitwirkung aller werden wieder einmal – wie Napoleon es vorhersah und Talleyrand es forderte – die Grundlagen des europäischen Wiederaufbaues werden.

Nur in diesem Sinne kann Europa wirklich «befreit» werden. Die Hauptaufgabe – die wesentliche Aufgabe – derer, die an seiner Befreiung teilnehmen, wird sein, die Bedingungen des Masses und des Gleichgewichts, welche für sein Leben notwendig sind, wieder herzustellen. Von all denen, die in seinem Namen und für sein Wohl kämpfen, verlangt Europa, dass ihre Weisheit ihrem Mut gleichkomme, dass sie im Kampf siegen und über ihren Sieg hinauswachsen.

Genf, im Dezember 1942.

GRIGORE GAFENCU

EHEMALIGER RUMÄNISCHER AUSSENMINISTER UND GESANDTER RUMÄNIENS
IN MOSKAU

VORSPIEL
ZUM
KRIEG IM OSTEN

*Vom Moskauer Abkommen (21. August 1939) bis zum Ausbruch
der Feindseligkeiten in Rußland (22. Juni 1941)*

Antiquariat Kastanienhof



VERLAG AMSTUTZ, HERDEG & CO., ZÜRICH

ANHANG

1. Der englische Professor R. W. Seton Watson hat in einem Vortrag, den er am 51. Dezember 1942 in Oxford hielt, und in dem er die Innenpolitik König Carols einer strengen Kritik unterzog, mit schönem Freimut anerkannt, dass Rumänien nach aussen «eine gradlinige und loyale Politik»¹ verfolgt hat. Der König und seine Minister, erklärt Mr. Seton Watson, «haben gegenüber dem Völkerbund das Spiel ihrer westlichen Verbündeten, der Kleinen Entente und der Balkanentente gespielt (*played the game*), selbst bei solchen Gelegenheiten, wo man dies von andern, grossen oder kleinen Verbündeten nicht sagen kann. Er (der König) war bereit, die notwendigen Garantien zur Unterstützung der Politik der kollektiven Sicherheit zu geben, zu einer Zeit, als die Westmächte dazu nicht bereit waren. Er war bereit, Polen zu unterstützen, als Pilsudski von Frankreich forderte, es solle mit Gewalt die Entmilitarisierung des Rheinlandes im Jahre 1934 aufrechterhalten: aber er fiel nicht, wie Pilsudski, ins entgegengesetzte Extrem; er schloss keinen Vertrag mit Deutschland. Er übernahm den Plan Barthou durch einen Ostpakt, den Deutschland zum Scheitern bringen sollte. Er pflichtete den Sanktionen gegen das italienische Abenteuer in Abessinien bei, während Ungarn gegen die Sanktionen stimmte. Seine Haltung gegenüber der Kleinen Entente und der Balkanentente war vollkommen loyal, im Gegensatz zu der Haltung von Stoyadinovitsch und dem Prinzen Paul... Er hat die Folgen der österreichischen Politik Hitlers in ihrer ganzen Bedeutung erkannt, während die englischen Staatsmänner mit Blindheit geschlagen waren und Jugoslawien sich von Neuem allen Verpflichtungen entzog. Während der tschechischen Krise von 1938 war er für ein gemeinsames Vorgehen der Kleinen Entente, aber er stiess auf die Weigerung von Stoyadinovitsch. Er versuchte, Oberst Beck zurückzuhalten und ihn zu hindern, der Tschechoslowakei in den Rücken zu fallen; anschliessend lehnte er Becks Anregung ab, sich ruthenisches Gebiet anzueignen.

ANHANG

Im März 1939 besetzte Hitler Prag und zerschlug die Tschechoslowakei; König Carol blieb fest; als die erste britische Antwort in Form einer Garantie für Polen erfolgte – der revolutionärste Akt unserer diplomatischen Geschichte – verlangte und erreichte er, dass England Rumänien eine entsprechende Garantie gab (er wusste dabei nur zu gut, wie schwierig es für England war, für seine Freunde Waffen zu beschaffen). Selbst die Eroberung Polens, der deutsch-russische Pakt und die Besetzung Ostpolens durch die Russen erschütterten ihn nicht. Er erfüllte gegenüber seinem gefallenen Verbündeten Polen alle Freundschaftshandlungen, die möglich waren, ohne Selbstmord zu bedeuten . . .

Aber schon kämpfte er für eine verlorene Sache ... Im Frühjahr 1940 folgten die Schläge des Reichs gegen Skandinavien und Holland; dann fiel Frankreich: die letzte Hoffnung, die Balkanentente am Leben zu erhalten, schwand dahin . . . Die Aussenpolitik des Königs stürzte zusammen, aber nicht durch seine eigene Schuld . . .»

Die Erkenntnis der vollkommenen Loyalität der Politik, welche Rumänien bis zum Augenblick ihres «Zusammenbruchs» verfolgte, gibt dem Professor Seton Watson Schlussfolgerungen ein, deren Weisheit und Grossherzigkeit ich als Rumäne gar nicht genug betonen kann: «Seit mehr als zwei Jahren hat die britische Politik in Bezug auf Rumänien Stillschweigen bewahrt. Wenn dieses Stillschweigen dem Wunsch entspringt, Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetunion zu vermeiden, so wäre es nicht zu kritisieren. Aber man muss annehmen, dass unser Stillschweigen die Unschlüssigkeit der Rumänen in ihrer verzweifelten Lage zwischen dem Teufel und dem tiefen Meer (*between the Devil and the Deep Sea*) vergrössert und ebenso die fatalistische Strömung verstärkt hat, die sich damit abfindet, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, da man keine andere Möglichkeit sieht. Vom Standpunkt Bukarests aus ist dieses Schweigen befremdlich und steht im Widerspruch zu den britischen Garantien von 1939; es ist wahr, dass man uns diese Garantien vor die Füsse geworfen hat, aber es wäre nicht billig, wollte man für diese Missetat das rumänische Volk anklagen. *Eine öffentliche Erklärung von seifen Grossbritanniens, welche für die ausweglose Lage Verständnis zeigt, in der sich Rumänien in diesem Augenblick befand (ein Zeitpunkt, in dem England noch weniger fähig war, ihm zu Hilfe zu kommen als im Mai 1918 zurzeit des Bukarester Vertrages, und zwar zum grossen Teil aus den gleichen geographischen Ursachen) – eine Erklärung, die unser Interesse an der Unabhängigkeit Rumäniens und unsere Weigerung, den Wiener Schiedsspruch anzuerkennen, erneut bestätigt (eine andere Form der Feststellung, dass wir die Rückkehr Siebenbürgens zu Rumänien unterstützen) – eine Erklärung, die aber gleichfalls die Notwendigkeit einer Revision der rumänischen Grenzen zugunsten Russlands und Ungarns auf der Grundlage eines Bevölkerungsaustausches anerkennt', eine solche Erklärung würde Rumänien zeigen, woran es ist; sie würde es von seinen schlimmsten Befürchtungen befreien und ihm erlauben, seinem Verderben Halt zu gebieten, bevor es zu spät wäre . . .* Unsere Politik gegenüber Rumänien ist nur ein Ausschnitt – aber ein sehr wichtiger Ausschnitt – einer viel weiterreichenden Politik, die das Gebiet der kleinen Staaten zwischen der

KRIEG IM OSTEN

Ostsee und dem Mittelmeer betrifft. . . Als Schlussfolgerung: *der erste Schritt, der zu tun ist, um Rumänien aus seiner verzweifelten Lage einen Ausweg zu zeigen besteht darin, dass Grossbritannien und seine Verbündeten ihm öffentliche Zusicherungen geben, dass der Wiener Schiedsspruch, den sie niemals anerkannt haben, sobald wie möglich aufgehoben werden wird. Wenn dies mit der notwendigen Überzeugungskraft und der erforderlichen Bekanntmachung in der Öffentlichkeit geschähe, würde sich die Lage im Südosten Europas bald auf klären.»*

2. Georges Tatarescu, der bis zu den Tagen, in denen das sowjetrussische Ultimatum und seine unmittelbaren Konsequenzen Rumänien endgültig in die Gefolgschaft der Achse gebracht hatten, rumänischer Ministerpräsident war, hat über die diplomatischen Besprechungen, welche der Preisgabe Bessarabiens vorausgingen, folgendes Zeugnis abgelegt:

«Ich war mit dem König übereingekommen, keinen unnützen Hilferuf an Grossbritannien und Frankreich zu richten: Frankreich war entwaffnet und ausser Kampf gesetzt, und Grossbritannien rüstete sich mit den letzten Mitteln, die ihm geblieben waren, auf die Verteidigung seines eigenen Bodens. Ich habe also von Grossbritannien und Frankreich keine Hilfe erbeten.

Die geschichtliche Wahrheit verpflichtet mich, bei dieser Gelegenheit die irrigen Aussagen richtigzustellen, die kürzlich über die Haltung Grossbritanniens gemacht worden sind, das man angeklagt hat, seine Verpflichtung, Rumänien zu Hilfe zu kommen, nicht erfüllt zu haben. Diese Anklage ist unbegründet, denn der Beistand sollte nur dann in Kraft treten, wenn Rumänien–entschlossen, mit den Waffen gegen den Angreifer zu kämpfen – in aller Form die Hilfe der Garantiemächte verlangte. Diese Hilfe hat Rumänien nicht angefordert, und infolgedessen hatte Grossbritannien keine Beistandspflicht zu erfüllen.

In Übereinstimmung mit dem König hatte ich jedoch beschlossen, die Vermittlung Deutschlands und Italiens anzurufen, und zu diesem Zweck bat ich die Gesandten Deutschlands und Italiens ins Palais.

Um neun Uhr fand in Gegenwart des Königs die Besprechung mit dem deutschen Gesandten Fabricius statt. Nachdem ich Fabricius über die Lage, die durch das russische Ultimatum für Rumänien entstanden war, und über unser Verlangen, Deutschland möge als Vermittler bei der Sowjetregierung eingreifen, unterrichtet hatte, antwortete er uns, dass er bis zur Stunde keinerlei Mitteilung von Seiten seiner Regierung erhalten habe und dass er den Wunsch der rumänischen Regierung nach Berlin übermitteln werde. Im Verlauf der Aussprache trat der diensthabende Offizier ein, um dem deutschen Gesandten ein dringendes Telegramm zu überreichen. Fabricius öffnet den Umschlag und, nachdem er das Telegramm gelesen hat, teilt er uns seinen Inhalt mit, der sich auf das Ultimatum und auf Deutschlands Stellung dazu bezog. Die deutsche Regierung riet der rumänischen Regierung, das Ultimatum anzunehmen und es aus-

ANHANG

zuföhren. Der Wortlaut der Anweisungen liess keinerlei Hoffnung über die Möglichkeit irgendeiner Vermittlung offen. Die Unterhaltungen, welche der Übergabe der Note der deutschen Regierung folgten, sind ohne geschichtliches Interesse.

Eine halbe Stunde später wurde der italienische Gesandte Ghigi empfangen. Er hatte schon die Anweisungen seiner Regierung erhalten und beeilte sich, sie uns mitzuteilen: die italienische Regierung riet der rumänischen Regierung, im Interesse des Friedens wie im Interesse Rumäniens das russische Ultimatum anzunehmen und es widerstandslos auszuführen. Ich konnte nicht umhin, den Vertreter Italiens an die moralischen Verpflichtungen zu erinnern, welche sein Land eingegangen war, und an die Ratschläge, die er uns gegeben hatte: im Interesse der Zivilisation und der lateinischen Kultur einem russischen Angriff Widerstand entgegenzusetzen. Der italienische Gesandte bestritt diese Haltung seiner Regierung nicht, aber er bat uns, anzuerkennen, dass die Lage heute ganz anders sei als gestern.»

3. Die Grundsätze, welche die politische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten regeln, werden den Sinn und den Wert des Friedens von morgen bestimmen. In den Konferenzen von Moskau und Teheran scheint der Gedanke einer Weltordnung, die der allgemeinen Zustimmung unterworfen wird (im Gegensatz zu einer Aufteilung der Welt in Einflusszonen zwischen den Grossmächten), den Sieg davongetragen zu haben. Dieses Ergebnis, das überall die lebhaftesten Hoffnungen erweckt hat, ist von Rene Payot, dem hervorragenden Direktor des *Journal de Genève*, in einem Artikel «Europa und der Frieden» (30. November 1943) besprochen worden. Ich möchte hier die folgenden Absätze wiedergeben:

«Wenn man die Entwicklung Europas seit 1939 verfolgt, so stellt man fest, dass ihr Verlauf durch zwei grosse Ereignisse bestimmt worden ist: das Abkommen von München und das von Moskau. Das erste war ein Versuch, die Ansprüche des Dritten Reichs mit den Notwendigkeiten des europäischen Gleichgewichts zu versöhnen. Dieser Versuch ist gescheitert, weil der Hitlerismus nicht Halt zu machen wusste. Für die Westmächte stellte München einen Abschluss dar, die äusserste Grenze der möglichen Zugeständnisse. Hitler hingegen sah darin eine feierliche Bestätigung seiner Methoden und die Ermutigung, auf diese Weise fortzufahren. Nachdem er im Westen Ruhe hatte, richtete er seine Anstrengungen gegen Osten. Und darum waren die Russen mit der französisch-englischen Haltung aufs Äusserste unzufrieden und wandten sich von Paris und London ab. Da sie zur Konferenz nicht eingeladen und nicht einmal darüber zu Rate gezogen worden waren, stellten sie den Zusammenbruch der kollektiven Sicherheit fest.

Das Moskauer Abkommen war eine Antwort auf das Münchner Abkommen. Da das Reich sah, dass die Demokratien in der polnischen Frage nicht nachgeben würden und dass das Übereinkommen mit ihnen vor dem Bruch stand, wollte es sich mit

KRIEG IM OSTEN

Russland verständigen. Man weiss, was aus dieser Verständigung geworden ist, die auf einer Interessenbefriedigung beruhte.

So sind zwei grosse diplomatische Abkommen in weniger als zwei Jahren in Stücke gegangen. Das ist eine geschichtliche Tatsache von ungeheurer Tragweite; sie sollte denen zur Lehre dienen, welche das Spiel der rein materialistischen Bündnisse von neuem beginnen möchten. Beide Abkommen sind gescheitert, weil sie die europäischen Rechtsgrundsätze nicht berücksichtigten. München ging zur Anwendung von Verfahren über, die den internationalen Gebräuchen entgegengesetzt waren; Moskau lieferte unschuldige Länder an zwei Imperialismen aus. Glaubt man zum Beispiel, dass Rumänien in die Lage geraten wäre, in der es sich befindet, wenn es nicht durch das deutsch-russische Abkommen seiner Handlungsfreiheit vollständig beraubt worden wäre?

Aus diesen Erfahrungen ergibt sich, dass man Europa als ein Ganzes betrachten muss. Montesquieu stellte dies schon in einer Epoche fest, in der man noch nichts von gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit wusste. «Europa», so sagte er, «ist nur eine Nation, die sich aus mehreren zusammensetzt.» Europa stellt bereits eine soziale Einheit dar, aber eine Einheit, die aus Verschiedenheiten geschaffen ist; es ist, wie Ortega y Gasset schrieb, ein Bienenschwarm, der aus dem gleichen Stock aufsteigt. In der entsetzlichen Tragödie, die Europa durchlebt, sucht es sein Gleichgewicht wiederzufinden, an dessen Aufrechterhaltung alle Nationen mitarbeiten sollen, deren Zusammensetzung Europa bildet. Es stösst jeden imperialistischen Gedanken, jede Lehre, die seine verschiedenen Charaktere auslöschen möchte, zurück. Der Hitlerismus ist, in seiner Ausweitung, an den Felsen der geschichtlichen Überlieferungen gestrandet. Wir sind überzeugt, dass der Bolschewismus ein ähnliches Schicksal erleben würde, wenn Russland die notwendige Vorsicht aufgab und versuchen wollte, seine politischen und sozialen Anschauungen überall einzuführen.

Aber wir glauben, dass man eine allgemeine Verständigung suchen muss, gestützt auf Grundsätze, die von allen europäischen Nationen angenommen werden, weil sie die Grundlage einer gemeinsamen Zivilisation bilden. Die Westmächte dürfen Russland nicht ausschliessen, so wenig wie Russland sie hindern darf, an der Regelung der Fragen teilzunehmen, die sich in den Ländern Osteuropas stellen. Der Frieden, wie die Sicherheit, ist unteilbar. Man muss grosszügig sehen, wenn man richtig sehen will. Es ist klar, dass Deutschland in dieser friedlichen Organisation seinen Platz haben wird, aber ein Deutschland, das seine wahre europäische Mission verstehen und wie die Sowjets dies tun müssen – jeden Gedanken einer Einmischung in die Angelegenheiten der andern Völker von sich weisen wird. Nur unter dieser Bedingung kann das ruhige Zusammenleben wiederhergestellt werden, nur unter dieser Bedingung kann die freie Entfaltung jeder Nation zur Blüte der Gesamtheit beitragen.

RENÉ PAYOT.»

ANHANG

Einige Tage später versuchte ich, gestützt auf einige Abschnitte meines Buches, in dem folgenden Brief, den ich an das *Journal de Genève* richtete, die Stellung Rumäniens in Bezug auf die «allgemeine Verständigung», von der Herr Payot sprach, zu umreissen:

«Genf, den 1. Dezember 1943.

Sehr verehrter Herr Direktor!

Gestatten Sie mir, an der Untersuchung der Frage teilzunehmen, die Ihr Artikel unter der verführerischen Überschrift ‚Europa und der Frieden‘ so einsichtig gestellt hat.

Europa begrifflich zu bestimmen versuchen, irrtümliche und tendenziöse Formeln ausscheiden, die Frage in ihrer Gesamtheit erfassen und – wie Sie sagen – «grosszünftig sehen, um richtig zu sehen»: das heisst, dem Gedanken des Friedens von vornherein Sinn und Inhalt geben.

Zweifellos erinnern Sie sich an die Definition Talleyrands, auf die Professor Ferrero hinzuweisen liebte: *Europa ist ein System von Staaten, welche unter sich in einer gewissen Gleichgewichtsbeziehung leben müssen. Aber diese Staaten sind lebendige Wesen. Das Gleichgewicht zwischen diesen lebendigen Wesen kann nicht von aussen mit Gewalt aufgezwungen werden; es muss den Lebensnotwendigkeiten aller Staaten entsprechen.*

Indem der Wiener Kongress eine so treffende Definition Europas als Ausgangspunkt für die Verhandlungen, die folgen sollten, genehmigte, hatte er einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung der Ordnung getan. Dank ihm war der Grundsatz Europas mit Ordnung und Frieden gleichbedeutend geworden. Er rechtfertigte das Dasein der Schwachen und beschränkte die Forderungen der Starken. In diesem Grundsatz fanden sich alle zusammen, um in ihm die Daseinsberechtigung ihres Partikularismus und die Notwendigkeiten ihrer Gemeinschaft zu entdecken.

Nirgends besser als in Genf hat man die Entwicklung verfolgen können, welche dieser Begriff der ‚europäischen Ordnung‘ im Laufe des vergangenen Jahrhunderts durchlief; nirgends besser als in Genf, wo seither die Angelegenheiten der Welt geregelt wurden – und hoffentlich wieder geregelt werden – erkannte man deutlicher die Notwendigkeit einer unteilbaren Organisation und eines unteilbaren Friedens.

Sie haben versucht, die Ursachen der tiefen Krise zu bestimmen, welche Europa in unsern Tagen erschüttert, und Sie haben die beiden verhängnisvollen Pakte auf die Anklagebank versetzt: das Münchner Abkommen, jenes Versagen des Westens, das der Auflösung aller Ordnung die Tür öffnete – und sein östliches Gegenstück, das Moskauer Abkommen, welches dem Kriege die Tore aufsties. Diese Pakte hatten Europa in zwei Teile zerschnitten: im Osten und im Westen hatten sie an die Stelle der unteilbaren Ordnung des Kontinents das umstürzlerische Prinzip einer ‚dynamischen‘ Politik gesetzt. Die allgemeine Verständigung, die gewiss noch unvollkommen war, aber vervollkommen werden konnte, und die jedem Staat ein Mindest-

mass von Sicherheit gewährleistetete, war durch ein System von Sonderabkommen ersetzt worden; gewisse Grossmächte massten sich unter Ausschluss der andern das Recht an, sich zum Schaden der kleinen Nachbarstaaten Einflusszonen und Lebensräume zuzuteilen; es war die Epoche der Schiedssprüche, der Teilungen – und der aufgezwungenen Bündnisse. Die Auflösung jeder Ordnung, welche die Folge war, rief im Geist und im Gefühl der Menschen die schlimmste Verwirrung hervor; die Länder wurden aus ihren Gewohnheiten und ihren Rechtsgrundsätzen herausgerissen und über den überlieferten Rahmen ihrer Interessen und Bestrebungen hinausgeführt; alles, was friedlichen Sinn und Wert hatte, wurde zerstört; die internationalen Verpflichtungen, die Verträge, die Grenzen – nichts hielt mehr stand.

Ich habe das traurige Vorrecht gehabt, aus der Nähe die verzweifelten Anstrengungen verfolgen zu können, die mein Land machte, um bis zum Ende, über jede Möglichkeit hinaus, der europäischen Ordnung treu zu bleiben, die auf allen Seiten zusammenbrach – und dies bis zu dem Tage, an dem die Gewalt der Kräfte, vor der die Schranken Europas nachgegeben hatten, es auf den Weg mitriss, den es nicht beschreiten wollte . . . Wer diese Zeiten erlebt und diese Erfahrungen gemacht hat, der weiss, dass es in Europa ohne die Wiederherstellung einer einheitlichen Ordnung keinen Frieden geben wird.

Ist diese Wiederherstellung möglich?

Die Gerüchte, auf welche Sie anspielen, sind nicht beruhigend. Einige sprechen noch von den Möglichkeiten eines Sonderfriedens im Osten oder im Westen, einer unzeitgemässen Wiederauferstehung des Moskauer oder Münchner Abkommens; andere zerschneiden den Erdteil in Stücke, wobei sie irgendeine Aufteilung von Einflusszonen vorsehen; andere schliesslich bemühen sich, den verjährten Gedanken eines *cordon sanitaire* neues Leben einzuhauchen. Alle diese antieuropäischen Pläne können nur die Unordnung in der Welt verschlimmern.

Es gibt indessen eine neue Tatsache, die unsere Aufmerksamkeit verdient. Noch ist sie von Geheimnis und Argwohn umgeben, aber eine Hoffnung erwächst aus ihr, deren Bedeutung wir nicht verkennen dürfen. Die Konferenz der drei Grossmächte, welche im vergangenen Monat in Moskau tagte, scheint die Rückkehr zu einer Gleichgewichtsordnung ins Auge gefasst zu haben, welche auf einem befriedeten Erdteil die Westmächte und Russland unter ihrem Gesetz eint: die einzige Ordnung, die geeignet wäre, die Versöhnung und den Frieden im Westen wie auch in Osteuropa zu regeln und in der jedes Land seinen Platz hätte. Ein solche Ordnung würde wieder ‚unteilbar‘ machen, was zu Unrecht geteilt worden ist: sie würde die Erinnerung an das Münchner Abkommen und die Spuren des Abkommens von Moskau auslöschten; sie würde das Gleichgewicht, diesen Grundsatz des europäischen Lebens, wiederherstellen und Grosse und Kleine zwingen, sich dem gemeinsamen Gesetz des Erdteils zu unterwerfen, welches die *Begrenzung* ist. Sie würde so eine entscheidende Anziehungskraft auf alle Länder ausüben, die in ihrem Unglück dem Gedanken einer aus-

ANHANG

gedehnten und allgemeinen europäischen Ordnung als Garantie des Friedens, der Sicherheit und der Unabhängigkeit verbunden geblieben sind.

Und da Sie die Güte hatten, Rumänien als Beispiel eines Landes zu nennen, das die Abkommen, welche die europäische Einheit zerstören, seiner freien Entscheidung und seiner Handlungsfreiheit beraubt haben, so gestatten Sie mir, Ihnen zu versichern, dass das rumänische Volk in seiner ungeheuren Mehrheit sich ganz natürlich zu einer Ordnung hingezogen fühlen würde, die es verteidigt und geliebt hat, und der es immer zu dienen wünschte. Die Wiedereingliederung in eine solche wiedererstandene Ordnung wäre für Rumänien eine Handlung aus Überzeugung – und aus Vertrauen.

Denn wenn Europa sich seiner Sendung wieder bewusst wird, so wird es seinen Fehler erkennen müssen, der darin bestanden hat, die wesentlichen Werte des Gleichgewichts, mit denen seine Grösse verbunden war, nicht gewahrt zu haben. Es wird dann den Völkern Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen, die, ohne Europa verraten zu haben, die Opfer der Entzweiung seiner Kräfte und seiner geistigen Verwirrung geworden sind.

GRIGORE GAFENCU»

ERKLÄRUNG DER ORIENTIERUNGSKARTEN

KARTE A: *HISTORISCHE GRENZEN DER MOLDAU*

In der zweiten Hälfte des Mittelalters konstituierte sich die Moldau als politische Einheit. In der Epoche der Barbareneinfälle hatte die rumänische Bevölkerung dieser Gebiete – die von den romanisierten Daziern abstammte – nur lokale politische Gebilde, bäuerliche Republiken etwa in der Art der Schweizer Urkantone, in den hochgelegenen Tälern der Karpathen oder im Schutz der grossen Wälder, längs der wichtigsten Flüsse, geschaffen. Erst im 14. Jahrhundert, nach dem Verfall der Macht der Tataren, entstand das Moldau-Fürstentum. Es wurde im Jahre 1349 im Tal der Moldova (Nebenfluss des Sereth) von grossen rumänischen Feudalherren aus Marmarosch (Nordsiebenbürgen) gegründet, die die Karpathen überschritten, um der Abhängigkeit vom König von Ungarn zu entgehen.

Das Fürstentum dehnte sich rasch von den Bergen her zum Dnjestr und zum Schwarzen Meer aus; diese Grenzen erreichte es gegen das Ende des 14. Jahrhunderts. Die Fürsten der Dynastie Musat machten es sich zur Pflicht, an der Grenze, die ihr Gebiet von dem der Tataren und dem der Polen trennte, eine ganze Reihe von Festungen zu errichten: Hotin, Soroca, Orhei, Tighina (für die Türken Bender), Cetatea-Alba (auf Griechisch Asprokastron, auf Italienisch Moncastro, auf Tatarisch Akkerman), an der Mündung des Dnjestr, und Chilia (auf Griechisch und Italienisch Lycostomo) an der Donau. Die beiden Letztgenannten waren alte Städte, die der Reihe nach den Byzantinern, den Genuesern und zuletzt den Fürsten der Walachei gehört hatten.

Das andere rumänische Fürstentum, die Walachei (Muntenia), das fast ein Jahrhundert früher gegründet worden war, hatte seine Souveränität auf das Ufer des Schwarzen Meeres bis zum Dnjestr ausdehnen können. Infolge der Beherrschung durch die Walachen nannten die Bewohner der Moldau den Küstenstrich zwischen den

ERKLÄRUNG DER ORIENTIERUNGSKARTEN

Mündungen der Donau und des Dnjestr «*Bassarabia*», nach dem Namen der Dynastie der *Bassarab*, die vom 13. bis zum 17. Jahrhundert in der Walachei herrschte.

Mit dem 15. Jahrhundert begann eine lange Kette von Kämpfen gegen die Türken, um die Unabhängigkeit des Landes zu bewahren. Sie fanden ihren Abschluss mit dem Verlust des Küstenstrichs und, in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, mit der Annahme der ottomanischen Lehnsherrschaft. Das im Süden abgetretene Gebiet vergrößerte sich fortschreitend bis zum Jahre 1538, indem es die Stadt Tighina angliederte, und das ganze Gebiet den Tataren der Krim überlassen wurde, welche es Budschak nannten. Die Geographen sind dabei geblieben, dieses Dreieck (auf der Karte A rot schraffiert) Bessarabien zu nennen.

Die österreichisch-russisch-türkischen Kriege und die Politik der Teilung führten im Jahre 1775 zum Verlust eines Teiles des Hochlandes, einschliesslich der alten Hauptstadt Suceava. Die Österreicher brauchten diese Distrikte, um die strategische Verbindung zwischen ihren Besitzungen in Siebenbürgen und ihren neuen Erwerbungen in Polen herzustellen. Sie nannten dieses Gebiet «*Bukowina*», nach einem Buchenwald. (Auf Karte A rot kariert.)

KARTE B: *VERÄNDERUNGEN DER SÜDWEST-GRENZE RUSSLANDS VOM 18. JAHRHUNDERT BIS HEUTE*

Obwohl die politischen Beziehungen und die dynastischen Verbindungen der rumänischen Fürsten und der Grossherzöge von Moskau bis ins 15. Jahrhundert zurückgehen (Herrschaft Stephans des Grossen in der Moldau und Iwans III. in Moskau) gab es keine gemeinsame Grenze zwischen Russland und der Moldau *bis zum Ende des 18. Jahrhunderts*

Indessen spielte sich eine erhebliche Zahl von Kriegen zwischen Russen und Türken im 18. und 19. Jahrhundert auf dem Boden der rumänischen Fürstentümer ab, wobei die Rumänen meist auf der Seite des christlichen Reiches aktiv teilnahmen (der erste wirksame Bündnisvertrag wurde im Jahre 1711 zwischen Peter dem Grossen von Russland und Demetrius Cantemir, Fürst der Moldau, abgeschlossen). Die russischen Siege und Niederlagen sind durch das Vorrücken oder Anhalten der westlichen und südlichen Grenze des Zarenreichs gekennzeichnet: im Jahre 1696 gewinnt Peter der Grosse die Stadt Asow, die er im Jahre 1711 wieder verliert; 1725 liegt die Grenze am mittlern Dnjepr; 1739 (Frieden von Belgrad) gewinnt Russland Asow zurück; 1740 unterwirft sich die Ukraine der Kosaken dem Zaren; 1774 (Vertrag von Kainardschi) erreicht die Grenze die Mündung des Dnjepr und den untern Bug; 1775 ist das Jahr der ersten polnischen Teilung: leichter Vormarsch am oberen Dnjepr und im Gebiet von Smolensk; 1783 werden die tatarischen Khanate der Krim und der Nogaj-Steppe annektiert; im Jahre 1792 endlich berührt das russische Reich das Moldau-Fürsten-

KRIEG IM OSTEN

tum am unteren Dnjestr (Vertrag von Jassy) und im folgenden Jahre an dessen oberen Lauf, dank der zweiten Teilung Polens (1793).

Im Jahre 1812 überlässt die Türkei, als lehnherrliche Macht, den Russen die westliche Hälfte der Moldau (Vertrag von Bukarest), wie sie im Jahre 1775 die «Bukowina» veräussert hatte.

Mangels eines andern Namens dehnt die zaristische Regierung den Namen «Bessarabien», der in dieser Epoche nur den von den Tataren besetzten Küstenstrich bezeichnet hatte, auf die ganze neue Provinz aus. Das annektierte Gebiet wurde zuerst als autonomes Gouvernement errichtet und erfreute sich eines ähnlichen Rechtes auf «Selbstregierung» wie Finnland. Aber die liberalen Pläne Alexanders I. mussten andern Tendenzen weichen, und im Jahre 1828 wurde die bessarabische Autonomie unterdrückt.

1826 rückte Russland seine Donaugrenze vom Chilia-Arm zum Sulina-Arm vor (Übereinkunft von Akkerman) und 1829 bis zum St. Georg-Arm (Vertrag von Adrianopel).

Im Gefolge des Krimkrieges wurden die drei Departements Süd-Bessarabiens im Vertrag von Paris dem Moldau-Fürstentum zurückgegeben, «um die Freiheit der Schifffahrt auf der Donau besser zu sichern». Dieses Süd-Bessarabien forderte Russland auf dem Berliner Kongress von 1878 zurück, und die russisch-rumänische Grenze wurde an die Donau verlegt (Chilia-Arm). Inzwischen hatten die beiden Fürstentümer der Moldau und der Walachei im Jahre 1859 ihre Vereinigung beschlossen, um das Fürstentum Rumänien zu bilden. Dieses erwarb 1878 die Dobrudscha, erhielt die Anerkennung seiner vollständigen Unabhängigkeit und konstituierte sich 1881 als Königreich.

1917 proklamierten unter dem Einfluss der russischen Revolution verschiedene Teile des Zarenreichs ihre Autonomie, dann ihre Unabhängigkeit, indem sie von einem Recht Gebrauch machten, das der Oberste Sowjet ihnen eingeräumt hatte. Dies galt besonders für die Ukraine (die in Brest-Litowsk einen Sonderfrieden unterzeichnete) und für Bessarabien. Letzteres nahm den Namen einer Moldau-Republik an. Im März 1918 stimmte der Sowjet der Unabhängigen Moldau-Republik (Sfatul Tarii) für die Vereinigung mit Rumänien.

1924 schritt Sowjetrussland zur Schaffung einer neuen Moldau-Republik, im Osten des Dnjestr; sie war bestimmt, die Bevölkerung rumänischer Sprache der Ukraine einzuschmelzen (auf Karte B rot schraffiert).

Am 26. Juni 1940 verlangte die Sowjetunion, die rumänische Regierung solle ihr Bessarabien und ausserdem ein Stück der Bukowina abtreten. Auf der Karte, welche der ultimativen Note beigegeben war, umfasste das geforderte Gebiet ausserdem das Territorium von Hertza, das weder zu Bessarabien noch zur Bukowina, sondern zur Moldau im eigentlichen Sinne des Wortes gehörte (auf Karte B schraffiert).

Aus den vorangegangenen historischen und geographischen Hinweisen ergibt sich,

ERKLÄRUNG DER ORIENTIERUNGSKARTEN

dass der Name Moldau in verschiedenem Sinne verwendet werden kann. Bis 1812 bezeichnete er die Totalität des Fürstentums in seinen Grenzen an den Karpathen, am Dnjestr und am Meer. Seit dieser Zeit ist er auf das auf die Pruth-Grenze reduzierte Gebiet dieses Fürstentums beschränkt worden. In den Jahren 1917/18 wurde der Name Moldau auf das unabhängige Bessarabien angewandt. Ab 1924 verstand man in der Sowjetunion unter «Moldau» die «Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Moldau», im Osten des Dnjestr. In den Jahren 1940/41 endlich war diese Republik unter administrativen Gesichtspunkten mit Bessarabien und der Bukowina rumänischer Sprache in einer neuen «Sowjetrepublik der Moldau» vereinigt.

Der Name «Moldaubewohner» bezeichnet nicht eine Bevölkerung, die sich nach ethnischen Gesichtspunkten von anderen unterscheidet; er bezieht sich auf die Rumänen der Moldau (einschliesslich derer Bessarabiens und der Bukowina) und auf die rumänischen Siedlungen in Russland. Es existiert keine Moldau-Sprache, nicht einmal ein Dialekt. Die Sprache dieser Bevölkerung ist rumänisch.

KARTE C

Die ethnische Situation dieser Gebiete (Karte C) unterlag dem Einfluss der politischen Veränderungen. Die österreichische Herrschaft in der Bukowina und die russische in Bessarabien haben den Vorstoss des ukrainischen (ruthenischen) Elementes in die nördlichen Bezirke, die in direkter Verbindung mit dem österreichischen Galizien und dem russischen Podolien waren, erleichtert. Zur gleichen Zeit begünstigten diese beiden Regierungen die jüdische Einwanderung (Bessarabien war das einzige Gouvernement des russischen Reichs, in dem die Juden sich in den Städten niederlassen durften). Andererseits wurden die südlichen Bezirke Bessarabiens (das alte Bessarabien), die 1812 von den Tataren geräumt wurden, ein vollkommen menschenleerer Raum, der als Experimentierfeld für die Kolonisierung diente. Die zaristische Regierung verpflanzte dorthin nicht nur Russen und Ukrainer, sondern auch Bulgaren, die im Verlauf des vorangegangenen russisch-türkischen Krieges geflüchtet waren, Deutsche und sogar eine beträchtliche Zahl welschschweizerischer Kolonisten. Der Rest Bessarabiens blieb ein Gebiet mit kompakter rumänischer Bevölkerung, die in den zaristischen Statistiken immer unter der Rubrik «Moldau-Bewohner» aufgeführt wurde.

KARTE A

Orientierungskarten zu Cafencu: Vorsepiel zum Kriege im Osten. Copyright: Verlag Amstutz, Herdeg & Co., Zürich.



DIE GRENZEN DES FÜRSTENTUM MOLDAU VOM XIV. BIS XIX. JAHRHUNDERT

- Grenzen Moldaus zu Ende des XIV. Jahrhunderts
- Grenze von 1484
- Grenze von 1538
- Grenze von 1775 bis 1812
- Durch Oesterreich besetztes Territorium 1484 und 1538
- Durch die Türken besetztes Territorium 1775 bis 1918
- ★ Festungen

KARTE B



DIE RUSSISCH-RUMÄNISCHE GRENZE VOM XVIII. JAHRHUNDERT BIS HEUTE

- Grenzlinie zwischen dem russischen Kaiserreich und dem Fürstentum Moldau, 1792/1856 (erste gemeinsame russisch-rumänische Grenze)
- Grenzlinie zwischen dem russischen Kaiserreich und dem Fürstentum Moldau, von 1812 bis 1856, sowie zwischen dem russischen Kaiserreich und dem Königreich Rumänien, von 1858 bis 1917
- Grenzlinie zwischen dem russischen Kaiserreich und dem Fürstentum Moldau, von 1856 bis 1858
- Russisch-türkische Grenze im Donau-Delta von 1826 bis 1829
- Russisch-türkische Grenze im Donau-Delta von 1856 bis 1856
- Demarkationslinie zwischen Rumänien und dem von den Sowjettruppen besetzten Territorium, vom 28. Juni 1940 bis zum 22. Juni 1941
- Grenzlinie zwischen Sowjet- und Rumänien, von 1918 bis 1940
- Territorium der Autonomen Sowjet-Republik Moldau, 1924 geschaffen
- Herta-Gebiet (Moldau) 1940 von den Sowjettruppen außer Bessarabien und Nord-Bukowina besetzt

KARTE C

- ↑ OSTSLAVEN
 - WEISS-RUSSEN
 - GROSS-RUSSEN
 - UKRAINER
 - ↓ WESTSLAVEN
 - POLEN
 - TSCHECHEN SLOVAKEN
 - SERBEN KROATEN
 - ↓ SOOBLAVEN
 - BULGAREN
 - ↑ GERMANEN
 - NORWEGER
 - SCHWEDEN
 - DEUTSCHE
 - ↓ ROMÄNEN
 - RUMÄNEN
 - ↑ BALTEN
 - LETTEN
 - LITAUER
 - ↑ FINNEN
 - FINNEN
 - ESTEN
 - ↓ UGRO-FINNEN
 - MAGYAREN
 - ↑ ALTAIER
 - TÜRKEN TATAREN
-
- Westgrenze der U. d. SSR, 1938
 - Westgrenze der U. d. SSR 1939-40
 - Europ. Grenzen b. zum 2. Weltkrieg



DIE DURCH DIE SOWJETUNION NACH DEM MOSKAUER ABKOMMEN BESETZTEN TERRITORIEN (1939—1941)